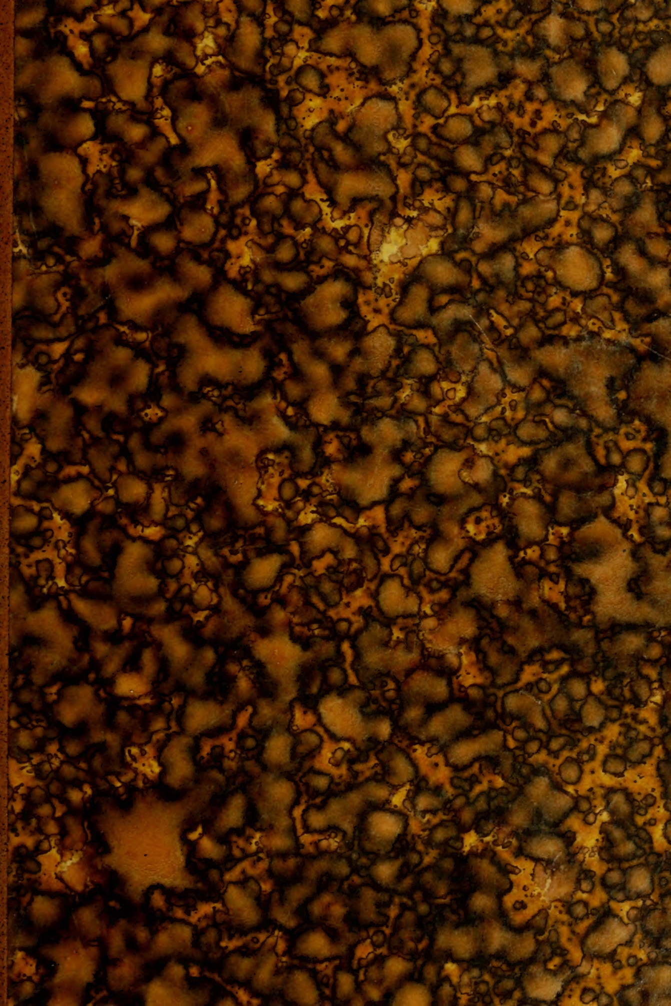


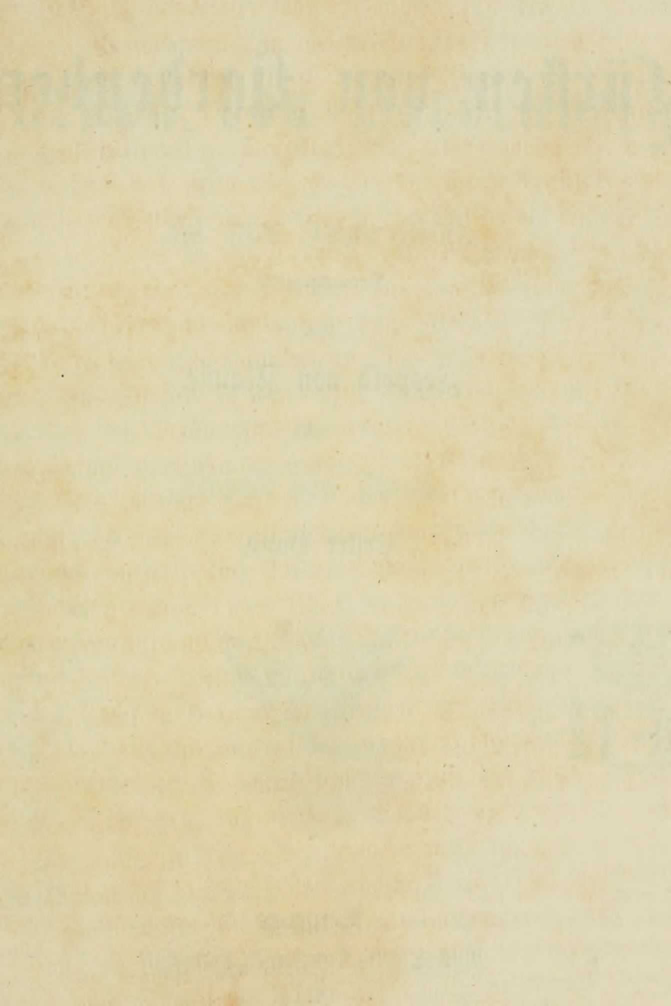












Denkwürdigkeiten

des Staatskanzlers

Fürsten von Hardenberg.

Herausgegeben

von

Leopold von Ranke.

Erster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1877.

Denkwürdigkeiten

des Staatskanzlers

Fürsten von Hardenberg

bis zum Jahre 1806.

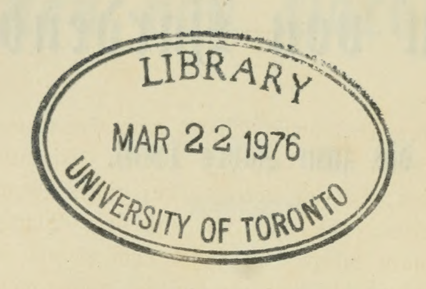
Von

Leopold von Ranke.





Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1877.


LIBRARY
MAR 22 1976
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorrede.

Ich besorge, der Titel dieses Werkes wird Erwartungen erregen, die durch seinen Inhalt nicht befriedigt werden. Eigentlich nur das erste der vier Bücher, die ich vorlege, hat einen überwiegend biographischen Charakter, wie man ihn mit dem Worte Denkwürdigkeiten zu verbinden pflegt. Es führt noch einmal in das achtzehnte Jahrhundert und die friedliche Kultur, welche damals in dem deutschen Reiche und besonders an den kleinen Höfen vorwaltete. Hardenberg gehörte derselben vollkommen an; er ist in ihr aufgewachsen und kommt durch sie empor, bis er zu der Stelle eines preußischen Ministers gelangt.

Was man aber in Biographien der Gelehrten bemerkt, daß hauptsächlich die Zeit ihrer Bildung Theilnahme für ihre Person erweckt und ihr Sein und Wesen später nur in der Wirksamkeit hervortritt, die sie in ihrem Fache entwickeln, sodaß die Lebensgeschichte eines Gelehrten die Geschichte seiner Wissenschaft werden muß: das ist auch und zwar in noch höherem Grade bei den Staatsmännern der Fall. Denn die Elemente des öffentlichen Lebens sind so mannichfaltig und für einen Jeden so gewichtig, daß sie in der Regel eine bei weitem größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, als die darin thätigen Persönlichkeiten, es wäre denn, daß man für deren Mängel ein scharfes Auge hat. Die allgemeine Bewegung ist das eigentlich Lebendige in der Geschichte; wahre Bedeutung hat der Staatsmann nur in sofern, als er sie an seiner Stelle fördert und vielleicht leitet. Als preußischer Minister nun nahm Hardenberg an den großen Interessen Antheil, welche die Welt erfüllten. Lange Jahre hindurch war seine Stellung keine selbstständige; und, indem sie eine solche

wurde, waren ihm die Bahnen vorgezeichnet, in denen er sein Talent entfalten konnte.

Um sein Leben und seine Laufbahn zu verstehen, mußte die Forschung zugleich die allgemeinen Angelegenheiten, auf die er einwirkte, und die noch viel mehr auf ihn zurückwirkten, umfassen.

Dafür lag mir nun ein reiches archivalisches Material vor, das den nächsten Anlaß zu meiner Arbeit gegeben hat.

Nach dem Tode Hardenbergs (November 1822) wurde in seinem Nachlaß eine sehr ansehnliche Sammlung von Papieren, die sich auf seine Person und seine Geschäftslaufbahn bezogen, vorgefunden, aber versiegelt und auf 50 Jahre in dem Archiv reponirt. Dies Verfahren, das wohl auch sonst angewendet worden ist und von der Empfindlichkeit der Mitlebenden gleichsam geboten wird, hat doch auch seine Schattenseite. Denn die Entwickelung einer Zeit geht auf den einmal eingeschlagenen Wegen immer weiter; durch die Geheimhaltung wichtiger Papiere entgeht den Zeitgenossen eine genauere Kenntniß der zuletzt vorgefallenen Begebenheiten, auf denen doch ihr eigenes Thun und Lassen beruht. Persönlichkeiten werden geschont, aber die allgemeine Kunde verliert.

Ein paar Jahre nach dem Tode des Staatskanzlers erschien ein anonymes Werk, welches man ziemlich allgemein als eine Mittheilung aus den nachgelassenen Papieren desselben ansah. Doch hat es mit diesen nichts zu schaffen. Es ist eine Kompilation von allerlei Materialien, in der einige wenige echte Stücke unter der Wiederholung allbekannter und unverbürgter Nachrichten untergehen. Das Buch wurde besonders wegen der Firma, die man ihm gab, verführerisch; in sich selbst war es mehr geeignet, zu verwirren, als aufzuklären.

Erst als die vorherbestimmte Zeit herannahte, richtete sich die Aufmerksamkeit ernstlich auf den literarischen Nachlaß Hardenbergs. Eines Tages begab sich der Direktor der Archive mit dem ganzen Schatz der Papiere zum dirigirenden Minister, dem jetzigen Fürsten Bismarck, der dann mit eigener Hand die Siegel löste.

Mir wurde der Auftrag zu Theil, sie durchzusehen und über ihren historischen Werth zu berichten.

Als das bei weitem wichtigste Stück zeigte sich ein Memoire von Hardenbergs eigener Hand. Es enthält nicht etwa, wie man ver-

muthen konnte, Aufzeichnungen über sein ministerielles Leben überhaupt und die Geschichte der Zeit, sondern eine Darstellung seines Verhaltens und der Politik des preußischen Staates in der unglücklichen Epoche von 1806 und 1807 und den zunächst vorangegangenen drei Jahren. Dem zweiten und dritten Bande, in welchen diese Memoiren publicirt werden, schicke ich einige Worte über ihr Entstehen und ihren Inhalt voraus. Hardenberg hatte dieselben noch einer weiteren Ueberarbeitung vorbehalten, überdies aber, wie er sich denn viel mit seinem Rufe bei der Nachwelt beschäftigte, sie dazu bestimmt, in französischer Uebersetzung in ein großes Memoirenwerk aufgenommen zu werden, zu dessen Ausarbeitung er seinen Freund Friedrich Schöll, dem wir einige Sammelwerke von reichstem Inhalt verdanken, ausersehen hatte. Die Ausarbeitungen Schölls zu diesem Zwecke fanden sich nun ebenfalls in dem Nachlaß. Sie sind sehr weitschichtig und voluminös und würden mit den zahlreichen Aktenstücken, die ihnen beigegeben sind, eine lange Reihe von Bänden füllen. Die früheren Epochen der Lebensgeschichte Hardenbergs werden darin ganz übergangen. Um so ausführlicher verbreiten sie sich über die Jahre 1794—1812.

Wenn nun die Frage entstand, ob auch diese Ausarbeitungen und die dazu gehörigen Aktenstücke in ihrer vollen Ausdehnung zu publiciren seien, so ließ sich dafür sagen, daß doch die Absicht des Staatskanzlers dahin gegangen war, und daß sie, mit Fleiß und Geschick gearbeitet, ein mannigfaltiges Interesse darbieten und ein sehr bedeutendes urkundliches Material, welches zuweilen auch in die Erzählung eingeschaltet ist, enthalten. Doch stellten sich auch einige entgegenstehende Betrachtungen heraus. Das eigenhändige Memoire würde dann in seiner ursprünglichen Fassung nicht haben mitgetheilt werden können. Denn das von Schöll unternommene Werk wurde französisch abgefaßt, um in aller Welt gelesen zu werden; eine Vereinigung deutscher und französischer Texte aber wäre in das Ungeheuerliche gefallen. Und ferner: in vielen Partien, namentlich den auf Deutschland bezüglichen hat Schöll deutsche Aktenstücke dem ganzen Inhalt nach wiederholt; er giebt ihnen dadurch, daß er Hardenberg in erster Person reden läßt, die Form von Memoiren, was die Lektüre erschwert und der Sache nicht genügt, da der Forscher doch allezeit auf die deutschen Originale hätte zurück-

gehen müssen. Endlich, bei dem seltenen Talent für einfache Redaktion, welches Schöll besaß, läßt er doch auch eine gewisse politische Tendenz erkennen: er schrieb in der Epoche der Restauration, deren Intentionen er mit lebhafter Ueberzeugung theilte; es begegnet ihm wohl, daß er den Anflug von Liberalismus, welcher der Hardenberg'schen Verwaltung eigen war, zu verwischen sucht. Die inneren Angelegenheiten des Staates berührt er nur hier und da, und die letzte Hand anzulegen, war er weit entfernt geblieben. Die Sammlung zu publiciren, wie sie war, würde geheißen haben, eine sehr umfangreiche und doch fragmentarische, durch die Zeit bereits überholte Produktion vorlegen.

Aber es wäre auch unthunlich gewesen, das eigenhändige Memoire ganz ohne Beigabe herauszugeben. Wenn ich mich anschickte, eine Einleitung dazu zu schreiben, so sollte das nach meiner ursprünglichen Absicht in der Weise des ersten Buches geschehen. Allein das zeigte sich bei den allmählich überwiegenden Beziehungen des Ministers zu den allgemeinen Angelegenheiten unausführbar, und die Sammlung Schölls bot einen Stoff dar, der viel weiter führte. Sie erstreckt sich über die letzten Jahre des achtzehnten und die ersten des neunzehnten Jahrhunderts, welche den wichtigsten Zeitraum der neueren Weltgeschichte bilden. Die Aufklärungen, die sich darin fanden, waren entscheidend für den Gang der preußischen Geschichte. Aber auch manches in den allgemeinen Angelegenheiten, was mir bisher unverständlich geblieben war, erhielt dadurch ein unerwartetes Licht. In den Rahmen einer Einleitung ließ sich das nun nicht mehr fassen. Ich mußte mich entschließen, ein selbständiges Buch über die Epoche zu schreiben, in das ich zugleich den Inhalt des Memoires, so weit derselbe historisch ist, aufzunehmen hatte. Von den Ausarbeitungen Schölls nahm ich eigentlich nichts herüber; aber es hätte der Verpflichtung gegen die Welt und die Studien widersprochen, die urkundlichen Mittheilungen, die sich bei ihm fanden, unbenutzt zu lassen. Wenn es die deutsche Wissenschaft als ihre Aufgabe anerkennt, die historische Darstellung nur noch auf urkundliche Aktenstücke und Berichte zu gründen, so eröffnete sich hier eine Aussicht, diesen Grundsatz noch weiter in Anwendung zu bringen, als es bisher geschehen ist. So ist die vorliegende Schrift entstanden. Ich erfreute mich dabei mancher

anderer Mittheilungen aus dem Königlichen Staatsarchiv, welche weder Schöll noch Hardenberg selbst gekannt haben.

Eine Geschichte im vollen Sinne des Wortes konnte und sollte jedoch meine Arbeit nicht werden, wie ja auch die Sammlung, die ich zu Grunde legte, den Minister Hardenberg zu ihrem vornehmsten Gegenstande gemacht hatte. Die Geschichte der Zeit und der Thätigkeit des Ministers ließen sich eben nicht trennen. Es sind historische Denkwürdigkeiten Hardenbergs, zugleich aber des preußischen Staates und der Epoche selbst, was ich darbiete.

Die Darstellung nimmt folgenden Gang:

In dem zweiten Buche begleite ich den Antheil, den Hardenberg in den Jahren 1793 bis 1795 an den allgemeinen, vornehmlich an den deutschen Angelegenheiten nahm. Die welthistorische Frage lag in dem Verhältniß der revolutionären Gewalt, die sich in Frankreich entwickelte, zu den europäischen Mächten, mit denen sie in innerem Gegensatz begriffen war und in äußeren Kampf gerieth. Die Wendung, welche die Ereignisse nahmen, beruhte hauptsächlich darauf, daß die Mächte in sich selbst, wenn nicht geradezu entzweit, doch auch nicht einverstanden, der revolutionären Gewalt keinen nachhaltigen Widerstand leisteten. Wenn man nun in Preußen den Gedanken faßte, inmitten der europäischen Kämpfe eine neutrale Stellung einzunehmen, so hatte Hardenberg an der Absicht sowohl, wie an der Durchführung derselben den größten Antheil. Denn in ihm repräsentirten sich zugleich die Tendenzen des europäischen Lebens, die der Revolution einigermaßen homogen waren. Er hielt für möglich, die Selbständigkeit Preußens zu wahren, indem es sich der revolutionären Macht näherte, ohne doch mit den entgegengesetzten Potenzen zu brechen.

Diesen Versuch nun, eine neutrale Politik zwischen dem neu emporkommenden revolutionären Staat und den Hauptmächten des alten Systems durchzuführen, mit dem ersten nicht zu zerfallen oder gar zu brechen, mit den andern in gutem Vernehmen zu stehen, ohne doch in Abhängigkeit von ihnen zu gerathen, stellt das dritte Buch dar. Es ist die Epoche der Politik des Grafen Haugwitz, dem sich Hardenberg Anfangs anschloß, mit dem er späterhin sogar in dem Ministerium wechselte, aber sich eben hiebei entzweite. Die Streitigkeiten zwischen den beiden Staatsmännern brauchen hier nicht erörtert zu werden, zumal da sie in den eigenhändigen Memoiren vielfach be=

rührt sind. Was ist überhaupt der Unterschied zwischen Memoiren und Geschichte? In den ersteren walten die Erinnerungen des Autors vor, und es ist ihres Amtes, die persönlichen Verhältnisse zu erläutern. Der Geschichtschreiber muß dagegen auf seiner Hut sein, sich von diesen Erinnerungen fortreißen zu lassen. Denn in dem Persönlichen liegt es, daß es häufig nicht einmal verificirt werden kann: der Eindruck, den der Handelnde von Freunden oder Gegnern erfuhr, ist dabei immer im Spiele; selbst wenn man beide Parteien hört, wird es nur selten möglich, ein Urtheil zu fällen. Auch ist das nicht der Beruf des Geschichtschreibers. Für die Muse der Geschichte, wenn ich sie recht kenne, giebt es Dinge, welche sie unbekümmert auf sich beruhen lassen kann. Die Memoiren haben ihre besondere Stellung in der Litteratur; von den Zufälligkeiten des persönlichen Lebens, das sie mittheilen, kann der Geschichtschreiber abstrahiren; sein Augenmerk ist vor Allem auf die allgemeinen Angelegenheiten gerichtet.

Hardenberg hatte an der Politik des Jahres 1806 einen Antheil, der jedoch für die Zukunft noch bedeutender war, als für die Zeit selbst. An der Katastrophe, die damals eintrat, kann ihm keine Schuld beigemessen werden, es wäre denn die, daß er verschmähte, sich mit Haugwitz auszusöhnen. Der Leser, der unsere Publikation systematisch studiren will, wird hier die eigenhändigen Memoiren zur Hand nehmen; indem er sich an ihrer anziehenden Umständlichkeit erfreut, wird er auch einige Abweichungen unserer Darstellung bemerken, die auf der erweiterten Kunde der Thatsachen, so wie auf dem nothwendig veränderten Standpunkt einer so viel späteren Zeit beruhen. Und an der Stelle, bis zu der uns die Memoiren führen, auch meinerseits abzubrechen, konnte ich nicht über mich gewinnen. Ich würde damit dem preußischen Staate, für welchen die Katastrophe ein Impuls zu seiner Regeneration geworden ist, und zugleich dem Andenken Hardenbergs, welcher an derselben eingreifend mitgearbeitet hat, Unrecht gethan haben. Ich führe den Leser in meine Werkstatt und verschweige nicht, daß der Umfang und der Inhalt der vorliegenden Materialien es mir beinahe als eine Pflicht erscheinen ließ, noch die Hauptmomente dieser Regeneration selbst darzulegen, was denn in dem vierten Buche, das an die drei ersten anknüpft, geschehn ist. Darin werden die Abwandlungen der Geschichte des preußischen Staates von seiner tiefsten Erniedrigung an unter stets imminenten Gefahren bis zu der Grund-

legung zu seiner Wiederaufrichtung geschildert. Der vorwaltende Gesichtspunkt ist immer auf die Monarchie selbst gerichtet. Die Stellung, welche Friedrich Wilhelm III. mitten in den Stürmen eingenommen hat, tritt, wenn ich nicht irre, nun erst in voller Deutlichkeit an den Tag. Er lebte mit ganzer Seele in dem Bestreben, den niedergeworfenen Staat wieder aufzurichten, seine gefesselten Kräfte zu entbinden und zur Wiedergewinnung der verlorenen Selbständigkeit zu entwickeln. Dabei trat ihm vor allen Hardenberg zur Seite; welche Ideen dieser darüber hegte, ergiebt sich aus der Denkschrift über die Reorganisation des Staates, die wir, wie er sie dem König im Herbst des Jahres 1807 vorlegte, am Schlusse des vierten Bandes mittheilen. Hardenberg erhob sich dadurch über die andern Staatsmänner seiner Zeit, daß er die innere Reform mit der äußeren Politik verknüpfte. Von dem siegreichen Napoleon aus seiner Stellung verdrängt, konnte er doch nach einiger Zeit wieder in dieselbe zurückkehren und die umfassende Autorität in die Hand nehmen, die ihm der König in beiderlei Hinsicht übertrug.

Die Staatsverwaltung Hardenbergs tritt nun in den Vordergrund, aber sie wäre auch jetzt nicht zu verstehen, wenn man nicht den allgemeinen Gang der Ereignisse eingehend betrachtete. Wer aber könnte diese auch nur berühren, ohne davon fortgerissen zu werden?

Ich bin dem Sammlerfleiße Schölls Dank dafür schuldig, daß ich in den Stand gesetzt worden bin, bis in das Jahr 1813, für welches sich in seinen Mappen noch einige Mittheilungen finden, vorzudringen. Wie hätte ich nicht wünschen sollen, auch zur Kunde der folgenden Jahre etwas Wesentliches beizutragen und Hardenberg bis an das Ende seiner Laufbahn gleichmäßig zu begleiten. Aber gerade die umfassenden Gesichtspunkte, die ich bisher hatte festhalten können, unterstützt von den erforderlichen Materialien, machten es mir unmöglich, die Arbeit fortzusetzen, sobald dieselben aufhörten. Ueber das Spätjahr 1813 konnte ich nicht hinausgehen. Und an der nunmehr erreichten Stelle glaubte ich stehen bleiben zu dürfen: es war die Zeit, in welcher die Coalition gegen Napoleon geschlossen und Preußen in seinen alten Rang unter den Mächten wieder aufgenommen wurde; die Thätigkeit Hardenbergs war dadurch zu einem großen Resultat gelangt. Und vielleicht würde die innere Einheit meiner Darstellung gestört worden sein, wenn ich auch das folgende Jahrzehnt hätte umfassen

wollen. Denn nicht nach Jahr und Tag bestimmen sich die Epochen für die historische Auffassung, sondern nach den in den Begebenheiten vorwaltenden Direktionen. Mit dem Kampf der großen Allianz gegen Napoleon war die Entwickelung neuer Tendenzen der europäischen Staaten verbunden; mit dem Falle desselben veränderte sich der Horizont der Welt; eine neue Epoche wurde damit inaugurirt, die der Restauration und der konstitutionellen Bestrebungen, in denen sich die folgenden Ereignisse bewegt und entwickelt haben. Sie erwecken ein Interesse, das vielleicht noch mehr politisch, als historisch ist.

Inhaltsverzeichniß.

Erstes Buch.

Hardenberg bis zu seinem Eintritt in den preußischen Dienst.

Seite 1—135.

Zweites Buch.

Hardenbergs Antheil an der preußischen und deutschen Politik in den Jahren 1794 und 1795.

Drittes Buch.

Zeiten der Neutralität (1796—1806).

Seite 335—633.

Erstes Buch.

Hardenberg bis zu seinem Eintritt in den preußischen Dienst.



Erstes Capitel.

Genealogische Ansicht.

In jeder Landschaft deutscher Erde spiegelt sich die Geschichte des Reiches und der Nation. Auch die kleinen territorialen Entwicklungen und die Genealogien der bedeutenden Geschlechter erhalten dadurch ein erhöhtes Interesse.

Zum ersten Mal erscheint der Hardenberg in den großen Kämpfen des Reichs und der Kirche am Ende des elften Jahrhunderts. Dahin nahm Erzbischof Ruthard von Mainz seine Zuflucht, als er vor Heinrich IV. einen Augenblick weichen mußte. Ruthard hielt zu dem Papstthum und der unbedingten kirchlichen Autorität. Man giebt ihm selbst eine Judenverfolgung Schuld, die bei den Aufwallungen des populären Geistes zur Zeit des Beginnens der Kreuzzüge stattgefunden hat. Der Kaiser nahm sich der Verfolgten an. Aber die kirchlichen Bestrebungen behielten den Platz gegen ihn. Der Kaiser wurde durch die Verbindung seines Sohnes mit der kirchlichen Partei, an deren Spitze der Erzbischof stand, des Reiches entsetzt. Indem Ruthard den jungen Heinrich (V.) zur Krone erhob, legte er zugleich einen Fluch auf ihn, wenn ihm jemals beikomme, den Widerstreit seines Vaters wider die Kirche aufzunehmen.

Daß dies nun dennoch geschah, wenngleich nicht mit aller Schärfe des ursprünglichen Gegensatzes, bestimmt die Geschichte des 12. und 13. Jahrhunderts; es rief die Entwicklung der territorialen Gewalt wie der übrigen, so besonders der niederdeutschen Fürsten hervor. In den ersten Decennien des 13. Jahr-

hunderts finden wir die Welfen, aus deren Mitte Kaiser Otto IV. hervorging, im Besitz des Fürstenthums Göttingen-Oberwald, in dessen Umkreis das feste Schloß Hardenberg lag. Die Erzbischöfe von Mainz, die das Eichsfeld inne hatten, behaupteten den Besitz der Burg nur mit großer Mühe. Erzbischof Gerhard, der den Streit darüber im Jahre 1257 persönlich auszufechten unternahm, hat das ein Jahr lang im Gefängniß zu Braunschweig büßen müssen. Nur durch die Ergebenheit der umwohnenden Dienstleute wurde das feste Haus gegen die Herzöge geschützt: denn noch wollten die Ministerialen das Fürstenthum nicht zu überwiegender Macht gelangen lassen. Es entsprach der Lage der Dinge und den einander widerstreitenden oder mit einander verbundenen Standesbeziehungen, wenn die Erzbischöfe, für welche der Besitz mehr Kosten veranlaßte, als Erträge einbrachte, im Jahre 1287 ihr Schloß den umwohnenden Ministerialen als Pfandbesitz überließen.

Denn bei dem Zurücktreten der unmittelbaren Einwirkung der höchsten Reichsgewalt kam alles mit einander empor: fürstliche, bischöfliche, ritterschaftliche und städtische Macht.

Es waren die Roßdorfe und Hardenberge, zwei eng mit einander verbundene, zu einem einzigen verwobene Geschlechter[1]), denen, da sie die Behauptung des Schlosses übernahmen, dieses selbst mit seinem ganzen Bezirk und Ertrag auf so lange überlassen wurde, bis ihnen eine zur Erstattung ihrer Kosten bestimmte Summe, 600 Mark, ausgezahlt werden würde. Da das in den nächsten Jahrhunderten nicht geschah, so betrachteten sich dem Herkommen gemäß die Inhaber des Schlosses als dessen Eigenthümer.

1) Wenn der Staatskanzler aus einem Belobigungsdekret eines seiner Vorfahren, in welchem derselbe als nobilis bezeichnet wird, schließen zu können glaubt, sein Geschlecht habe mehr zu den Dynasten, als zu den Ministerialen gehört, so ist das eine Annahme, die sich nicht behaupten läßt. Unter den Ministerialen erscheinen ingenui et nobiles, ohne daß damit eine besondere Würde bezeichnet werden sollte. Vrgl. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte V. S. 438.

Seitdem finden wir nun die Hardenberge, die neben dem erzbischöflichen dort auch ihr eigenes Haus hatten, emporkommen und sich weit und breit Raum machen. Jüngere Söhne erscheinen in den Stiftern zu Hildesheim und Minden, in den Klöstern zu Walkenried oder Ilsenburg, einer wohl auch als Pfarrer, welcher die Messe liest, zu Nienstedt. Andere ziehen in die benachbarten Städte, wo sie vielleicht als Bürgermeister auftreten[1]). Zuweilen dienen sie dem Erzbischof als Oberamtleute im Eichsfeld; sie nehmen dessen Mannen in Sachsen und Thüringen in Schutz. Sie waren tapfere Ritter, die an den Fehden der Zeit in Gutem und Bösem, in der Ferne und Nähe Theil nahmen, nicht gerade mit einem besseren Ruf als Andere ihres gleichen. Im Anfang des 16. Jahrhunderts tritt Hans von Hardenberg in der Mitte der fehdelustigen Ritterschaft auf. Wenn aber in den Kriegen wilde Raubgesellen bei ihm Aufnahme fanden, so wußte er dagegen als Oberamtmann des Erzbischofs im Eichsfelde, in welcher Eigenschaft auch Erfurt unter ihm stand, die gesetzliche Autorität zu behaupten; seine Entscheidungen zwischen dem Herrn und der Landschaft erweckten allseitige Zufriedenheit.

Ein Verhältniß bildete sich aus, welches zwischen Unabhängigkeit und Unterthanenpflicht schwankte und in das, wie überall, die kirchliche Reformation neue Motive brachte.

Es hat bis zum Jahre 1571 gedauert, ehe sich die Hardenberge, Christian und Friedrich, entschlossen, zur Augsburgischen Confession überzutreten. Das Wort Verbum Dei manet in aeternum erschien dann als Inschrift an der Front des Schlosses. Aber wie hätten Erzbischof und Kapitel zu Mainz es dulden sollen, daß nun von dem Hardenberg aus, über den sie sich noch immer das Eigenthumsrecht vorbehalten hatten, die Kirchenveränderung ausgebreitet wurde. Sie verordneten im Jahre 1574, daß ihrerseits kein Pfarrer geduldet werden solle, der nicht sein Bekenntniß nach der Formel Papst Pius IV. abgelegt habe.

1) Die Nachweisungen giebt J. Wolf, Geschichte des Geschlechts von Hardenberg.

Hierauf kam es nun zu fortwährenden Reibungen und Feindseligkeiten. Katholizismus und landesherrliche Autorität machten gemeinschaftliche Sache, wie auf der anderen Seite Protestantismus und ritterschaftliche Selbständigkeit. Endlich, im Anfang des 17. Jahrhunderts fand Erzbischof Schweikhard, auch einer der Vorkämpfer der kirchlichen Restauration, die Mittel, den alten Pfandschilling abtragen zu können, und machte den Versuch, die weltliche Autorität des Erzstiftes herzustellen. Die Hardenberge wandten ein, daß man nicht mehr wissen könne, was zur Pfandschaft gehöre und was ihr altes Eigenthum ausmache. Gewiß sei eines mit dem anderen unauflöslich verbunden; auch ihnen sei von den Bischöfen Brief und Siegel gegeben, sie bei dem Ihren schützen zu wollen. Sie verweigerten den Pfandschilling anzunehmen.

Einige andere Edelleute traten auf ihre Seite; die vornehmste Stütze aber fanden sie in den benachbarten Fürsten, den Herzögen von Braunschweig und den niedersächsischen Kreisständen überhaupt, in welchen der Protestantismus tiefe Wurzel geschlagen hatte.

Es ist allgemein bekannt, wie viel diese Gegensätze zu den Irrungen und Wechselfällen des dreißigjährigen Krieges beitrugen. Auch die Hardenberge wurden von denselben auf das Ernstlichste betroffen. Hans Christoph von Hardenberg, Sohn des durch seine Gemahlin reich gewordenen und dann sehr haushälterischen Friedrich, bei einem gelehrten Magister in Göttingen unterrichtet, hatte sich an Prinz Moritz von Oranien, der damals alle Fäden des streitbaren Protestantismus in seiner Hand zusammenfaßte, angeschlossen und das Kriegshandwerk unter ihm gelernt. Als sich in Niedersachsen die Dinge zum offenen Kampfe anließen, trat er in die Dienste Friedrich Ulrichs von Wolfenbüttel. An den Beschlüssen des niedersächsischen Kreises, die den Geist der Selbständigkeit athmeten, nahm er vielen Antheil und organisirte als Kriegskommissar des Herzogs die zum Widerstande gegen die Einbrüche Tillys aufgerufenen Streitkräfte. Nothwendig wurde er

dann auch von dem Umschlag heimgesucht, der in Folge der Schlacht von Lutter über das Land hereinbrach.

Auf der einen Seite machte der Kurfürst von Mainz Ernst damit, den Hardenberg als sein und seines Erzstiftes eigenthümliches Haus zurückzufordern. Der eichsfeldische Oberamtmann Westphalen bekam den Befehl, das Haus zu besetzen und die landesfürstliche Huldigung einzunehmen; zum Besten der Unterthanen sagte man, damit sie bei dem Kaiser der Treue des Kurfürsten genießen und nicht wegen der Verbrechen eines Anderen zur Strafe gezogen werden möchten. Hans Christoph war nicht im Stande es zu hindern: eine Protestation, die er einlegte, fand keine Beachtung. Das Schloß wurde besetzt, die Huldigung eingenommen; und wenn nun den Unterthanen Erleichterungen von den Kriegslasten und einige Unterstützungen zu Gute kamen, so wurden sie zugleich angehalten, mit ihren Weibern, Kindern und Hausgesinde zu der Religion zurückzukehren, durch die ihre Vorfahren selig geworden seien.

Ein anderes Motiv wurde von kaiserlicher Seite hervorgehoben. Der kaiserliche Hof betrachtete Hans Christoph als einen Anhänger des Königs von Dänemark und als des Verbrechens der beleidigten Majestät schuldig. Sein Name stand in dem Buche, in welchem alle Feinde des Kaisers verzeichnet waren; er wurde zu denen gerechnet, deren Hab und Gut dem Kaiser verfallen sei, so daß es unter dessen Freunde und Anhänger vertheilt werden könne. Eine Summe von 30000 Rthlr., die für die Hardenberge auf das Amt Plesse im Eichsfeld verschrieben war, wurde auf diesen Grund hin an den Reichshofrath Questenberg verliehen „zu einer Gnadenergötzlichkeit für seine langwierigen Dienste."

Wohl verwandte sich nun Pappenheim für den tapferen Hans Christoph. Dieser selbst dachte nach Wien zu gehen, um seine Sache zu führen. Schwerlich aber hätte er etwas ausgerichtet, und gewiß wäre der kaiserliche Hof weder des Willens noch im Stande gewesen, das Haus Hardenberg von Mainz

zurückzunehmen. Was die Hardenberge rettete, war allein der abermalige Umschlag der allgemeinen Verhältnisse, der in Folge der Schlacht von Breitenfeld eintrat. Herzog Wilhelm von Weimar war es dann, durch den Hans Christoph in dem Hardenberg restituirt wurde.

Was als private Angelegenheit erscheint, ward doch durch den großen Gang der Weltbegebenheiten entschieden. Das Hardenbergische Geschlecht wurde, wie ein großer Theil des norddeutschen Adels überhaupt, durch die Ereignisse des dreißigjährigen Krieges zuerst erschüttert und gefährdet, dann wiederhergestellt und befestigt.

In dem folgenden Jahrhundert widmeten sich die Hardenberge mit eben so viel Eifer wie Erfolg den Diensten des welfischen Hauses. Den größten Namen machte sich Hildebrand Christoph von Hardenberg, Sohn Hans Christophs, als Statthalter im Dienste des Herzog August von Wolfenbüttel. Er war dessen Geheimer Raths-Präsident und leitete alle Angelegenheiten des Landes, innere und äußere. Die Ordnung des Hofes führte er dann auf seiner Burg ein; von ihm stammt eine Hausordnung, deren barock-gebieterischer, haustyrannischer Ton in späteren Zeiten Verwunderung erregt hat[1]). Sie bezeichnet den Uebergang von der altväterisch-patriarchalen Zeit in eine gewaltsam umgestaltete moderne. Hildebrand Christoph ist der Stammvater aller späteren Hardenberge; sein zweiter Sohn stiftete die Wiederstädtische Linie. Der ältere, Christian Ludwig, setzte das Stammhaus fort; er lebte hauptsächlich auf dem Hardenberge, wo er das Schloß umbaute und Einrichtungen für die Erziehung der Jugend der Unterthanen machte. Besondere Erwähnung verdient seine Gemahlin Sibylla von Döringenberg, die gleich stark von Körper und Geist, sich um Erziehung ihrer Kinder das größte Verdienst erwarb. Diese aber widmeten sich dann dem hannoverschen Dienst.

1) Memoiren des Ritter v. Lang. 1. Theil. S. 270 ff.

Das Beispiel dazu hatte bereits einer der jüngeren Söhne des Statthalters gegeben, Hildebrand Christoph, der aus dem braunschweigischen Kriegsdienst in den hannoverschen übertrat, in welchem er die Leibgarde zu Pferde kommandirte und nach dem Eintritt des Kurfürsten von Hannover als König von England im Jahre 1716 zum k. großbritannischen Generalmajor ernannt wurde. Er bekleidete zugleich eine hohe Stelle im deutschen Orden. So traten nun auch seine Neffen, Söhne Christian Ludwigs und Sibyllens, in die Dienste der Kurfürsten von Hannover, Könige von England: der ältere in Civil-, der jüngere in Militärdienst. Jener ist Karl Friedrich, der in Halle und Helmstädt gebildet nach der Weise der Zeit auch noch eine Universität in Holland besuchte, worauf er sich nach England begab; er stieg nach und nach zu den höchsten Stellen auf. Im Jahre 1742 ist er als Gesandter in Paris durch die Vermittlung des Neutralitätsvertrages dem Lande sehr nützlich geworden; für sein Haus bewirkte er, daß Mainz endlich seine Ansprüche fallen ließ. Er war überaus thätig, heiter im Umgang und von allgemeiner Wißbegier durchdrungen. Hauptsächlich unter seiner Leitung ist Carl August von Hardenberg, der spätere preußische Staatskanzler, den er zu seinem Erben bestimmte, erzogen worden.

Denn dessen Vater, Christian Ludwig II., Bruder Karl Friedrichs, war durch die militärische Laufbahn, die er einschlug, meistentheils davon abgehalten. Auch das war ein in seiner Art bedeutender Mann. Er hat seine erste Schule in sardinischem Kriegsdienst gemacht, trat aber doch schon in frühen Jahren als Fähndrich in ein hannoversches Regiment ein. Er erlebte, als im Jahre 1756 hannoversche Truppen nach England gezogen wurden, um einer französischen Invasion, die man fürchtete, zu widerstehen, daß die Engländer von dieser Hülfleistung von Hannover her nichts wissen wollten: denn schon sehr stark regte sich dort in England das Gefühl der Absonderung von der dynastischen Stellung ihres Königs in Deutschland, was dann wieder auf die deutschen Lande zurückwirken mußte. Wohl fan-

den die Könige von Großbritannien in ihrem Erblande den alten Gehorsam und die alte Anhänglichkeit. Aber die volle Identität gemeinschaftlicher Interessen fing an zu fehlen. Die deutschen und protestantischen Ideen, welche doch auch viele Hannoveraner beseelten, fanden ihren nächsten und stärksten Rückhalt in dem emporkommenden Preußen. Eine historische Vermittelung hiezu bildeten die Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig, an denen der Vater des späteren Staatskanzlers mit Auszeichnung Theil nahm. Während dieses Krieges, des siebenjährigen, erwarben sich die beiden Brüder, der eine durch administrative Fürsorge, der andere durch militärische Handlungen, namentlich durch die Defension von Lippstadt nach glücklicher Ausführung eines schwierigen Marsches[1]), Verdienste um das Land und einen guten Namen. Es ist wohl von nicht geringer Bedeutung, daß dies im Bunde mit Preußen geschah und zu demselben Zwecke, welchen König Friedrich II. verfolgte: nämlich dem der Sicherung von Norddeutschland. Auf dieser Grundlage bahnten sich neue Geschicke für die Welt an, welche die Laufbahn des jungen Carl August bestimmen sollten.

1) Westphalen, Geschichte der Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig I. 651., III. 570., Renouard, die Feldzüge der Hessen in den Jahren 1756—63 II. 130.

Zweites Capitel.

Aus den Jugendjahren Hardenbergs.

Carl August, Freiherr von Hardenberg zu Essenrode am 31. Mai 1750 geboren, gehörte auch von mütterlicher Seite einem namhaften im Brandenburgischen, Sächsischen, den norddeutschen Gebieten überhaupt weit verbreiteten Geschlechte an. Seine Mutter war Anna Sophie Ehrengart, Tochter des Landraths von Bülow auf Oberschloß Beiernaumburg in Thüringen und Essenrode im Lüneburgischen [1]), der damals noch lebte, sowie seine Gemahlin, eine geborene Alvensleben [2]). Hardenberg, der sich in späteren Jahren seiner Kindheit, z. B. seines vierten Geburtstages mit Bestimmtheit zu erinnern glaubte, gedenkt mit Dankbarkeit seiner aus dem Alvenslebenschen Hause herübergekommenen Erzieherin Elisabeth Gawel, deren Pflege auch die Anfänge der Studien umfaßte; sowie des Oheims, dem der Hardenberg eigenthümlich gehörte, der aber kinderlos war, den Neffen wie seinen Sohn behandelte, die Kosten seiner Erziehung bestritt, ihn mit Büchern und reichlich mit Geld versah. Der Knabe folgte dem Vater bisweilen in die Garnisonen; am meisten verweilte er unter Obhut des Oheims zu Hannover. In Hannover erschienen während

1) Gotthard Heinrich August von Bülow, geb. 17. Juni 1704, gestorben 20. April 1769. Vergl. Paul von Bülow, Familienbuch der von Bülow I, 69.

2) Anna Adelheid, geboren 14. September 1702, gestorben 28. Februar 1766, Tochter des kurfürstlich-sächsischen Rittmeisters Bodo Dietrich von Alvensleben (gestorben 23. Juni 1719), hatte sich 1728 mit Bülow vermählt. Vergl. Wohlbrück, Geschichtliche Nachrichten von dem Geschlecht von Alvensleben III, S. 286.

des siebenjährigen Krieges bald die Franzosen in ihrem Glanze, bald die schwarzen Husaren Friedrichs. Wer wollte die Eindrücke ermessen, welche das Knabenalter aufnimmt, und die der Erwachsene dann ebenso unbewußt festhält: denn sehr empfänglich ist die jugendliche Seele für Alles, was sie berührt, was sie sieht oder vernimmt. Hardenberg hat immer gesagt, daß der Kriegsruhm des großen Friedrich ihm von Anfang an Bewunderung und Hinneigung zu Preußen eingeflößt habe.

Erst mit dem Frieden konnte ein regelmäßiger Unterricht beginnen. Charakteristisch ist eine Anweisung, die der Vater von London aus an den Director der Schule, welcher der Knabe noch von dem Oheim anvertraut worden war, nach dessen Tode erließ. Er dankte ihm für die Nachrichten, die er ihm von seinem jungen Studenten gebe. Vorzüglich angenehm sei ihm, daß er denselben die mathematischen Beweise recht fassen lehre, denn das sei die beste Logik. Die classischen Studien soll er nicht in all der Strenge, die damals üblich, treiben. Doch soll er das Latein verstehen und von dem Griechischen so viel lernen, daß er sich die aus dieser Sprache herrührenden Kunstausdrücke nicht von Anderen erklären zu lassen brauche. In der Geschichte soll das bloße Auswendiglernen der vorgekommenen Thatsachen vermieden werden; aber von großem Nutzen werde es sein, wenn dem Zögling in besondern ausgewählten Fällen die Motive der Handlungen begreiflich gemacht werden: dann sei die Geschichte die beste Schule der Staatsklugheit. Die Gegenstände der Kunst und Natur soll der junge Mensch unter Anleitung seines Hofmeisters durch eigene Anschauung kennen lernen[1]. Alles ist rationell und praktisch, der Verstand soll beschäftigt, das Gedächtniß nicht beschwert werden. Von der positiven Kirchenlehre, welche die Gemüther noch im Anfang des Jahrhunderts vollkommen beherrschte, ist in der zweiten Hälfte desselben kaum mehr die Rede. Die Vernunftreligion wird hier als die Quelle aller Tugenden be=

1) Der Brief ist bei Klose, Leben Karl Augusts von Hardenberg S. 13 abgedruckt.

zeichnet. In Bezug auf die Geheimnisse des Christenthums soll man sich einfach auf die heilige Schrift berufen. Es ist, wie ein Athemzug der Zeit, der sich in diesen Zeilen regt, zusammenhängend mit dem allgemeinen Umschwung, den der Unterricht des aufwachsenden Geschlechtes nahm. Dem General war es Ernst damit, daß sein Sohn, welchem Herkunft und sociale Stellung glänzende Aussichten für den höheren Staatsdienst eröffneten und der zugleich ein ungemeines Talent verrieth, durch gründliche und vorurtheilsfreie Studien dazu vorbereitet werde.

Im Herbst des Jahres 1766 bezog Hardenberg die Universität Göttingen, für sein Alter sehr zeitig, nicht für seine Wünsche, er hatte schon Ostern dahin gehen wollen. Doch war das kaum eine Trennung von seiner Familie, die er allwöchentlich besuchen konnte. Ostern 1768 finden wir ihn in Leipzig mit allgemeinen Studien beschäftigt. Besonders schloß er sich unter den Professoren Gellert an, der als viel gelesener Schriftsteller eines allgemeinen Rufes genoß; er verband Moral mit positiver Religion. Gellert rühmt an dem jungen Hardenberg Verstand und Herz, Wißbegierde und täglich wachsenden Fleiß, Fähigkeiten und Kenntnisse; er hegte, wie er sagt, große Erwartungen von ihm, war aber doch auch nicht ohne alle Besorgniß. „Verlangen Sie", schrieb er ihm, als er Leipzig wieder verlassen hatte, „keine besonderen Regeln des Verhaltens von mir. Wie kann ein Jüngling bei allen Versuchungen des Temperamentes seinen Weg unsträflich wandeln? Wenn er sich hält nach dem Wort des Herrn, wenn er wachet und betet und eifrig arbeitet[1]."

Man kennt den Zustand der Universität Leipzig aus der Schilderung Goethes, mit welchem Hardenberg in der Kunstschule Oesers und in den Abendgesellschaften bei Huber zusammengetroffen ist, ohne daß sie einander besonders nahe gekommen

1) Klose kannte den Brief und citirt ihn, hat aber die letzte Ermahnung unbegreiflicher Weise weggelassen.

wären. Die Studien Hardenbergs waren vornehmlich national-ökonomischer und cameralistischer Natur. Er hielt sich an die beiden Schreber, welche die National-Oekonomie auf der Universität einbürgerten[1]). Daniel Gottfried Schreber ist durch die Aufmerksamkeit bekannt, die er der Verwaltung der Cameralgüter widmete; er war nicht ohne historische Richtung[2]), er hat wohl der Verwaltung des großen Kurfürsten nachgeforscht. In einer nahen, zugleich verwandtschaftlichen Verbindung stand Hardenberg mit dem ausgezeichneten Mineralogen Heinitz, dem Begründer der Bergakademie zu Freiberg, der auf seinen dem Bergbau gewidmeten Reisen zugleich auf die Oekonomie der Staaten und ihre Verwaltung seine Aufmerksamkeit richtete. Mit Heinitz machte Hardenberg eine Reise im Erzgebirge, von der er sagt, er habe aus ihr mehr Nutzen gezogen, als von manchem Collegium. Auf die national-ökonomische Ausbildung Hardenbergs hat Niemand größeren Einfluß gehabt, als Heinitz.

Es ist zu bedauern, daß Hardenberg seine Erinnerungen aus dieser Zeit nur überaus flüchtig angedeutet, kaum skizzirt, noch viel weniger ihnen Leben gegeben hat. Nur Ein kleines Ereigniß tritt darin mit einer pikanten Faßlichkeit hervor.

Hardenberg war von einem Führer, Namens Gervinus begleitet, einem geistvollen Manne, der ihm aber nach und nach dadurch unerträglich wurde, daß er ihn mit einer Art von Eifersucht, die nicht ohne Prätension und Eitelkeit war, von jedem anderweiten Umgang zu entfremden suchte. Es ist bezeichnend für den Zögling, wie er sich des Führers entledigte. Es fehlte ihnen an Geld, und sie kamen überein, daß Hardenberg nach Merseburg gehen sollte, wo ein Oheim seiner Mutter lebte, um dessen Beihülfe in Anspruch zu nehmen[3]). Der

1) Christian Daniel und Daniel Gottfried Schreber.

2) Roscher, Geschichte der Nationalökonomie. S. 379.

3) Es war Joachim Werner von Alvensleben (geboren 14. Januar 1704, gestorben 28. Januar 1780), Domherr zu Merseburg, der Bruder von Anna Adelheit, der Großmutter Carl Augusts von Hardenberg mütterlicher Seits. Vergl. Wohlbrück III, S. 332.

junge Hardenberg machte sich auf, schlug aber einen anderen Weg ein, der ihn nach Hause führte. Von Kriegstädt aus, wo er auf der Streu übernachtete, schrieb er an Gervinus, er habe bei dem Großoheim nichts bekommen und denke nun, sich bei seinen Eltern Geld zu holen. Er fand diese in dem Jagdrevier von Levershausen. Er klopfte an die Thür des Zimmers, wo sie bei Tisch waren, und trat als Jägersmann gekleidet mit der Flinte über die Schulter ein. Nach und nach eröffnete er sich den Eltern und überredete sie wirklich, ihn von Gervinus zu befreien, nur unter der Bedingung, daß dieser dabei keinen Verlust erleiden solle. Sie sind später wieder die besten Freunde geworden.

Hardenberg ging nun abermals nach Göttingen und war fortan sehr fleißig; er ließ sich von dem Nachtwächter wecken, um am frühen Morgen zu studiren. Die Universität war zu dem Zwecke gegründet worden, für die Rechte der deutschen Reichsstände den Ansprüchen des kaiserlichen Hofes gegenüber eine feste und gelehrte Grundlage zu gewinnen. Manche von den einschlagenden Vorlesungen, z. B. über das Lehenrecht, verabsäumte Hardenberg den Ermahnungen des alten Böhmer zum Trotz, zu besuchen. Aber dem gelehrten Pütter folgte er mit anhaltendem Fleiß. Er hörte ein Privatissimum bei ihm, und der Professor bemerkte es wohl, als Hardenberg einst einem Andern, der an den Uebungen theilnahm, seine Arbeiten gemacht hatte. Unter den Schülern Pütters wird sich vielleicht keiner finden, der die Doctrinen desselben mit größerer Applikation und eigener Arbeit in sich aufgenommen hätte, als Hardenberg: wir begegnen ihnen allenthalben in späteren Arbeiten. Denn dazu sind die deutschen Universitäten eben angelegt, daß sie nicht allein die vollendete, sondern die werdende Wissenschaft jungen Männern aller Stände mittheilen. Sie erwerben dadurch eine unbegrenzte Wirksamkeit in der Nation, eine nicht zu ermessende Nachwirkung auf die Nachwelt. Für den jungen Geist bieten sie den Vortheil dar, daß sie ihn mit den lebendigen Elementen der fortschreitenden

Bildung in Berührung bringen. Hardenberg meint das Meiste aus persönlichem Umgang gelernt zu haben, wie er denn auch bei Heyne und bei Lichtenberg aus- und einging. Er besaß ein gewisses Ansehen unter den Studirenden. Bei der Ankunft eines großbritannischen Prinzen [1]) auf der Universität, des Herzogs von Glocester, war er der Führer von einer der beiden Compagnien, die denselben einholten. Ihm wurde die Ehre zu Theil, dem Prinzen in Weende ein Gedicht zu seiner Begrüßung zu überreichen, das er dann mit einer Anrede begleitete [2]).

Im Jahre 1770, erst zwanzig Jahre alt, verließ Hardenberg die Universität Göttingen, um in den hannoverschen Staatsdienst einzutreten.

Ein nachhaltiges und für ihn selbst bedeutendes Verhältniß hatte sich in dieser Zeit zwischen ihm und einem seiner Vettern aus der Wiederstädtischen Linie, dem Landcomthur von Hardenberg [3]) zu Loclum, gebildet. Der erwarb sich das Verdienst, ihn aus der Verlegenheit zu reißen, in die ihn die Schulden setzten, welche er während seines Universitätslebens gemacht hatte. Die Lehren, die er bei dieser Gelegenheit von dem Landcomthur empfing, machten einen heilsamen Eindruck auf ihn. Er erklärte sich überzeugt, es komme nur auf gute Ordnung an, so könne man alle Ausgaben bestreiten. Der Landcomthur, dem er herzliche Dankbarkeit ausspricht, gewann

1) Es ist Wilhelm Heinrich, Herzog von Glocester, Bruder Georgs III., der im August 1769 nach Göttingen kam. Vergl. den Bericht in den Göttinger gelehrten Anzeigen 1769 St. 99 S. 889.

2) Sie mag als die älteste Production, die von ihm übrig ist, hier einen Platz finden. „Die Freude, Gnädigster Herr, welche wir in dem Innersten unsrer Herzen über das Glück empfinden, das heute unsrer Academie durch die höchste Gegenwart Ew. K. H. wiederfährt, ist ebenso lebhaft als allgemein. Eine Anzahl der hier Studierenden erkühnt sich daher, Ew. K. H. den geringsten Theil dieser Empfindungen in aller Unterthänigkeit durch dieses Gedicht zu bezeugen. Unsere Dankbarkeit wird eben so groß seyn als unsere Freude, wenn Höchstdieselben geruhen wollen, es gnädigst aufzunehmen."

3) Gottlob Friedr. Wilhelm v. Hardenberg, geb. 4. Juni 1728, gest. 4. März 1800.

dadurch einen dauernden Einfluß auf ihn. In allen schwierigen Angelegenheiten zog er ihn zu Rathe; sein Briefwechsel mit ihm gewährt uns am meisten Einblick in seine Verhältnisse.

Die Ausstattung, die ihm sein Vater gab, entsprach seinen Wünschen, vielleicht auch seinen Bedürfnissen nicht vollständig; jedoch war es ihm Ernst, damit auszulangen, jede Unordnung zu vermeiden. „Ich werde gewiß", so schreibt er demselben „den größten Fleiß anwenden, um die mir gegebenen guten Lehren zu befolgen und meine Aufführung so einzurichten, daß sie meinen Eltern und Wohlthätern zur Freude und mir zur eigenen Glückseligkeit gereiche. Freilich sehe ich selbst wohl ein, daß es für einen jungen Menschen schwer hält, allen Verführungen auszuweichen und nicht einmal zu stolpern, allein eben das Bewußtsein meiner eigenen Schwäche wird und muß mich desto behutsamer machen. Ich habe daher meine Freunde gebeten, wohl auf mich Acht zu geben und es an Erinnerungen nicht fehlen zu lassen. Die Frau Generalin von Reden, eine würdige Freundin meiner Mutter, hat dies Geschäft insonderheit übernommen und ist also meine Hofmeisterin."

Und nicht gerade verwöhnt wurde der junge Mann von den Angehörigen des Hauses. In Hannover bekleidete der jüngere Bruder seines Vaters ein ansehnliches Amt: ein Mann der guten Gesellschaft, der sich nicht geringer Reputation erfreute. „Vetter" — sagte er dem jungen Hardenberg — „lieb habe ich euch; daß ich euch auch ästimiren lerne, das ist eure Sache." Die große Familienverbindung, in welcher der junge Mann erschien und die ihm Ansehen gab, legte ihm auch Pflichten auf.

Im Herbst 1770 machte Hardenberg sein Examen und trat als Auditor in der Justiz-Kanzlei ein. Er war zu beiden vorbereitet, einer cameralistischen und einer juridischen Laufbahn. Der alte Mäcen der Universität Göttingen, der die Geister zu unterscheiden verstand, Münchhausen, hatte den jungen Hardenberg am meisten für die Verwaltung geeignet gefunden, wozu sich dieser denn auch selbst bestimmte. Im

August 1771 wurde er in die Kammer zu Hannover eingeführt, in welcher sich die Landesverwaltung concentrirte, und hier erwies ihm nun der erste Präsident von Behr[1]) Gunst und Aufmerksamkeit. Er nahm ihn auf einer Geschäftsreise mit, auf der die Thätigkeit Hardenbergs ihn zufrieden stellte. Aber so leicht wie der Anfang, sollte der Fortgang der Geschäftslaufbahn nicht werden. Ein aristokratisches Regiment, wie es damals in Hannover obwaltete, ist immer mit persönlichen Feindschaften durchzogen, die dann auch wohl die höchste Autorität berühren. Hardenberg erlebte, daß die Förderung, die er von Behr erfahren, bei dem neuen Präsidenten Bremer zu seinem Nachtheil wirkte.

Die Familie Hardenberg machte sich Hoffnung, daß der junge und talentvolle Mann, der ihr angehörte, sogleich in eine damals vacante Rathsstelle einrücken würde. Die anwesenden Minister gaben ihm die besten Zusicherungen; doch mußte der Landesherr König und Kurfürst, Georg III., seine Genehmigung ertheilen. Nun war die Einrichtung, daß sich immer einer der vornehmsten hannoverschen Staatsmänner in London aufhielt, um dem König bei den zu treffenden Entscheidungen zur Seite zu stehen: damals ein Alvensleben[2]), der es wohl auch liebte, seine hannoverschen Collegen sein Uebergewicht fühlen zu lassen. Hardenberg behauptet, auf den habe eben Bremer Einfluß ausgeübt. Gegen die Erwartung der Familie und des Ministeriums kam die Weisung von London, daß man bei der Besetzung der vacanten Stelle auf den jungen Hardenberg zur Zeit noch nicht reflectiren solle: der König behalte sich vor, inskünftige für ihn zu sorgen. Jedermann war erstaunt. Vergeblich schrieb der Vater nochmals an Alvensleben; der junge Mann

1) Burchard Christian von Behr, der von 1767—70 die Stelle des hannoverschen Ministers in London bekleidet hatte; er starb am 21. December 1771.

2) Johann Friedrich Carl von Alvensleben, Sohn des 1737 verstorbenen hannoverschen Ministers Rudolf; er hatte von 1771 bis zu seinem Tode, 16. Mai 1795, die Stelle des hannoverschen Ministers zu London inne.

zeigte sich ziemlich verstimmt[1]). Zwischen ihm und seinem Präsidenten konnte es kein gutes Verhältniß mehr geben: es ist wohl einmal zwischen ihnen zu einem lebhaften Wortwechsel gekommen. Ohne Zweifel waren es jedoch noch andere Gründe, welche die Zurückweisung des jungen Hardenberg veranlaßten. Man hatte soeben bei der Anstellung eines andern jungen Mannes aus guter Familie unangenehme Erfahrungen gemacht. Und in der Kammer waren durchgreifende, auf eine größere Einheit in dem Geschäftsbetrieb abzielende Veränderungen im Werke, wie denn die Amtsvögte unabhängiger von dem Großvogte gestellt und der Kammer unterworfen wurden. Es waren die eigenen Intentionen Georgs III., durch deren Förderung Alvensleben sich in seiner Stellung befestigte. So sehr der König den Vater, der sein Generallieutenant war, ehrte und zu begünstigen liebte, so war doch diese administrative Anstellung für den jungen Mann nicht auszuwirken. Der König ließ ihn wissen: er sei zwar sehr geneigt, ihm Gnade zu erweisen und ihn zu befördern, doch möge er vorher reisen, um sich mit den deutschen Verhältnissen an den Höfen und im Reiche bekannt zu machen, und dann England zu besuchen. In der Familie wurde beschlossen, dieser Andeutung unverzüglich nachzukommen.

Wir haben über diese Reise ein ausführliches Tagebuch von Hardenbergs eigner Hand übrig. Sie wurde für seine Ausbildung, man möchte sagen für seine Zukunft, mehr als Jemand hätte ahnen können, entscheidend. Wir dürfen um so eher bei ihr verweilen, da die Aufzeichnungen auch für die Kenntnisse der deutschen Zustände selbst von Werth sind. Nur muß man sich immer erinnern, daß Alles doch bloß den momentanen

1) „Daß dieses alles sehr unerwartet und kränkend gewesen, werden Sie sich leicht vorstellen; meine Eltern hat es besonders betrübet, und sie sind nur durch die Versprechungen der hiesigen Herren Ministers in Etwas beruhiget. Selbst der Herr v. B. hat erstaunend viel Freundschafts-Protestationen gemacht und viel zugesagt, après avoir porté son coup.“ (10. Februar 1772.)

Eindruck wiedergiebt, den ein junger Mensch auf seiner Reise empfing: sie haben immer etwas Subjectives.

Hardenberg unternahm zu reisen in Gesellschaft eines Freundes, des Lieutenant von Freytag, dessen Vater, General in hannoverschen Diensten, mit dem seinen in einem guten Verhältniß stand. Er hatte sich das selbst so ausgesonnen und mit der Hülfe des Landcomthurs, der auch auf den Vater viel Einfluß hatte, zu Stande gebracht. Die Hardenbergs trugen alle Kosten, welche der Mitreisende, wenn er allein blieb, hätte tragen müssen; sie sorgten für den Wagen und den Transport; Freytag bezahlte nur, was er selbst brauchte. Der junge Hardenberg erschien dann als der vornehmere von Beiden; er reiste als der Sohn aus einer großen Familie[1]).

[1]) Es liegen zwei Journalhefte vor: das erste von 314 Seiten in 4° vom 15. Juli 1772 bis 30. April 1773, es endigt mit dem Aufenthalt in Berlin und ist ganz vollständig; das zweite bei weitem kleinere beginnt beim 31. Juli 1773 mit Osnabrück und endigt 29. September 1773 mit dem Aufenthalt in Salisbury. Zu dem ersten gehören noch einige lose Blätter, die sich auf kammergerichtliche Studien beziehen.

Drittes Capitel.

Aus dem Reisetagebuch.

Am 15. Juli 1772 Morgens um 5 Uhr brachen die Reisenden, begleitet von einigen Verwandten zu Pferd, von dem Stammschloß Hardenberg auf. Sie bemerkten die herrliche Aussicht bei Minden und erfreuten sich bald darauf der aufblühenden Pracht der Stadt Cassel. Um ein Beispiel von der Auffassung des jungen Hardenberg zu geben, nehmen wir die Stelle hierüber wörtlich auf. „Cassel wird mit der Zeit eine der schönsten Städte in Deutschland werden — treffliche Gebäude auf der Ober-Neustadt, insonderheit ist das von dem Obr. Juncken gebaute Haus schön und von superber Architectur — Neue katholische Kirche, Bibliothek, Comödien-Haus. Der Landgraf[1]) bezahlt 1500 Rthlr. auf ein Haus von 35 Fuß lang und 30 Fuß breit. Obr. Juncken hatte 3 Plätze, also 4500 Rthlr. erhalten. Außerdem bekommen sie die Steine von den demolirten Festungswerken umsonst und 10 Jahr Freiheit von allen Abgaben; die Häuser müssen aber alle massiv sein. Mit solchem Encouragement läßt sich was ausrichten. Der Obr. Juncken soll sein Haus der Landschaft für 48 Mille Rthlr. verkauft haben. Ein runder Platz, der Königsplatz, wird sehr schön."

Hardenberg schildert die Sammlungen des Landgrafen, ohne sie gerade zu bewundern, und die gewaltigen Anlagen am Weißen Stein, ihre Dimensionen, ihre Kosten, nicht ohne Staunen,

1) Friedrich II., geboren 14. August 1720, kam zur Regierung 1760, und starb den 31. October 1785.

aber doch mit der Bemerkung: zweckmäßiger würden gute Wege sein, als dieser Prachtbau, der nur dazu diene, den Stolz des Fürsten zu nähren. Was er in Hessen vermißt, findet er im Weilburg'schen, gute Chausseen, großentheils von schwarzem Basalt, zu beiden Seiten Sommerwege mit Lindenbäumen. Ganz seinen Beifall hat die neue Brücke über die Lahn mit ihren fünf Schwibbögen. Die Magazine des Fürsten[1], bemerkt er, haben sich in den Jahren der Theuerung sehr nützlich erwiesen.

In Ems beschäftigte ihn nicht allein die Schönheit der Gegend und die Anlage der Bäder, sondern auch die Fabrikation der Pottasche. Ueberall herrschen die cameralistischen und finanziellen Gesichtspunkte vor. Von großem Werth war ihm, daß er eine Zeitlang, besonders bei dem Besuch der Bergwerke und Eisenhammer, von Heinitz begleitet wurde. In dem Tagebuch legte er manche Bemerkungen nieder, die ihm dieser über die sächsische Finanzverwaltung machte. Der Grundsatz tritt hervor, daß man sein Augenmerk mehr auf das Staatsvermögen richten müsse, als auf die Casse des Fürsten, ein Unterschied, der in Preußen besser gefaßt werde als in Sachsen; nur eine solche Manufactur, welche die eigenen Landesproducte bearbeite, gebe einen sicheren Gewinn. Das Institut der Herrenhuter in Neuwied vergleicht Hardenberg mit einem Bienenkorb, wo alles zu einem gemeinschaftlichen Zweck arbeite.

Eine vorzügliche Aufmerksamkeit widmet der Reisende den rheinischen Hofhaltungen, z. B. gleich der nächsten, der gräflichen in Neuwied. Der regierende Graf[2]) macht ihm den Eindruck eines Bürgermeisters aus einem kleinen Städtchen: er hat den Ruf eines rechtschaffenen Mannes und guten Haushalters; doch soll alles den Anschein eines großen Hofes haben. Die Gräfin[3]) hat zwei Hofdamen von vornehmer Herkunft; wenn

1) Carl Christian, geboren 16. Januar 1735, succedirte 1753 und starb 28. November 1788.

2) Johann Friedrich Alexander Christian, geboren 18. November 1708, regierender Graf 1736—91. (Fürst seit 1786.)

3) Carolina, Tochter des Burggrafen Georg Friedrich von Kirchberg.

sie ausfährt, wird sie von sechs Husaren mit gezogenen Säbeln escortirt.

Den Hof des Kurfürsten von Trier fand Hardenberg in Kärlich, einem alten Landhaus. Der Kurfürst [1]) zeigt sich sehr gnädig, aber die Hofleute ungefällig und stumm. Ihre graue Uniform macht einen traurigen Eindruck. Einer seiner vornehmsten Minister, Metternich [2]), erscheint gezwungen und absichtlich. Alles trug für den Reisenden einen zu papistischen Charakter.

Ganz das Gegentheil in Mainz. Der Großhofmeister, Baron von Groschlag [3]), an den er durch Frau von Stein, Mutter des Ministers Stein, deren wir noch gedenken werden, empfohlen war, wohnte in dem schönen Hotel am Rhein, das dem deutschen Orden gehörte und auf französische Weise prächtig eingerichtet war. Er bediente sich Hardenbergs sogleich, um bei dem Kurfürsten [4]) die Nothstände des Eichsfeldes, das zu Mainz gehörte, bei der damaligen Theuerung zur Sprache zu bringen. „Groschlag" — so heißt es dann wörtlich im Tagebuch — „gilt alles beim Kurfürsten und hat alle die neuen Arrangements wegen der Festtage und Einschränkuug des Clerus gemacht, aber er ist von diesem letztern auch sehr gehaßt. Noch kürzlich war eine Verordnung gemacht, daß alle Geistlichen von ihren Gütern seit 1716 den titulum anbringen sollen. Sie dürfen sie nicht mehr verkaufen, oder sie müssen die gemeinen Lasten davon tragen — er soll einer der größten Minister in Deutschland sein. Der Kurfürst ist gleichfalls sehr vom Clero gehaßt, und man setzte ihm gern einen Administratorem von Seiten des Dom-Capitels."

1) Kurfürst von Trier war seit 1768 Clemens Wenzeslaus, Sohn August III., Königs von Polen, Kurfürsten von Sachsen; er verzichtete 1802 und starb 1812.

2) Franz Georg Carl Joseph Johann Nepomuck, Graf von Metternich-Wienburg und Beilstein, der Vater des österreichischen Staatskanzlers.

3) Friedrich Carl Baron von Groschlag.

4) Maximilian Friedrich, aus dem Geschlecht der Grafen von Königseck-Rothenfels, Kurfürst und Erzbischof 1761—1784.

Groschlag überhäufte den jungen Hardenberg mit Zuvorkommenheiten; dieser befand sich sehr wohl in Mainz.

Im October finden wir ihn in Darmstadt. Er beschreibt die Länge, Breite und Höhe des großen Excercirhauses, das der Landgraf Ludwig[1]) hatte bauen lassen; aber er findet doch, daß es für den König von Preußen schicklicher wäre, als für den Landgrafen von Darmstadt. Er fährt dann fort: „Das Militair, welches er (der Landgraf) mit Passion liebt, ist sehr schön und vielleicht das beste in der Welt in Absicht auf die Dressur und das Exerciren — insonderheit ist die Infanterie schön. Bei dem Landgrafen gilt nichts als der blaue Rock — er soll ein vortrefflicher Trommelschläger sein. Das Regiment, was in Darmstadt liegt und von dem General Werner commandiret wird, ist 8 Musketier- und 2 Grenadier-Compagnien stark, jede von den ersten zu 100 Gemeine und 10 Unteroffiziere und den letztern von 150 Gemeine und 12 Unterofficiere. Die Capitäns bekümmern sich weder um Werbung, noch um kleine Mondierung; der Landgraf steht für alles. Man hört in Darmstadt nichts als Exerciren, Trommeln, Pfeifen und Werda rufen, sowohl Tag als Nacht. Die Garde du Corps ist schön, 67 Pferde stark und liegt in Casernen, ihre Pferde sind Rappen; sie geben sie für Hollsteiner aus und halten viel davon, es sind aber mehrentheils Frießländer. Der Landgraf liebt die Cavallerie nicht."

Hardenberg wurde bei Hofe präsentirt, oder vielmehr er präsentirte sich selbst, wie dort die Sitte war. Er erstaunte, wie einfach alles herging. Der Landgraf liebte die Fremden nicht und erschien selten. „Die Landgräfin" — sagt Hardenberg — „ist eine respectable Frau, die viel Verstand und Welt zu haben scheinet, dabei ganz ungemein höflich. — Die alte verwittwete

1) Es war Ludwig IX., geb. 15. December 1719, der seinem Vater den 17. October 1768 folgte und den 6. April 1790 starb; seine Gemahlin ist Karoline Louise, Tochter des Pfalzgrafen Christian III. von Zweibrücken-Birkenfeld.

Prinzessin Max von Cassel [1]) ist eine Bavarde, die viel spricht und von Jedermann en ridicule tractiret wird, aber doch höflich, drei Prinzessinnen, Amelie, Louise und Wilhelmine [2]), sind, wie es scheint, gute Kinder. Sie gehen in Zitz, und man sollte sie nicht für Prinzessinnen ansehen. — Man ißt schlecht bei Hof und alles sieht sehr mustricht aus. Die Officiers erscheinen sehr négligeant, in Stiefeln ꝛc. — Hof=Cavaliere giebt es hier gar nicht, alles wird durch Officiers versehen, die zum Theil aussehen wie alte Corperals. Obermarschall von Ziegesar ist General. Oberjägermeister von Riedesel ist der Favorit vom Landgrafen und der Landgräfin; er soll ein sehr ehrlicher Mann sein, hat aber gar nichts Aeußerliches. Moser dirigirt alles. Das Ministerium besteht aus ihm, Geheimer=Rath Heß, Mildeberger, Kleppstein und Schulz."

Welch ein ganz anderer Zustand fiel in Mannheim in die Augen! Werke kirchlicher Baukunst, die damals viel bewundert wurden; eine Gemäldegallerie im Schloß voll von Meisterwerken: den Holländern zur Seite besonders einige große Stücke von Rubens, z. B. der Raub der Sabinerinnen. Hardenberg stellt Rubens den großen Meistern Tizian, Rafael gleich: die Kühnheit seines Pinsels bezeichne den Meister. Guido Reni's Geißelung Christi, bemerkt Hardenberg, sei von Düsseldorf nach Mannheim gebracht. Operetten werden aufgeführt von einem Orchester, das im Zusammenwirken seines Gleichen nicht zu haben im Rufe war. Geistliche Musik und Gottesdienst erscheinen mit der Hofhaltung auf das Engste verbunden. Am St. Carlstag z. B. empfängt der Kurfürst Carl Theodor die Glückwünsche seines Hofes, der sich überaus prächtig und zahlreich um ihn sammelt

1) Friederike Charlotte, Tochter des Landgrafen Ernst Ludwig von Hessen=Darmstadt, vermählte sich 1720 mit Prinz Maximilian von Hessen=Cassel, und war seit 1753 Wittwe von ihm; sie starb am 22. Mai 1777.

2) Prinzessin Amalie vermählte sich 1774 mit dem Erbprinzen von Baden, Karl, Wilhelmine 1773 mit dem Großfürst=Thronfolger, später Kaiser von Rußland, Paul, Louise 1795 mit Karl August, Großherzog von Sachsen=Weimar=Eisenach.

und dem sich auch viele Fremde beigesellt haben. Durch die langen Reihen der Garden begiebt sich die Versammlung nach einer Capelle, wo der Weihbischof von Worms[1]) die Messe liest und eine unvergleichliche kirchliche Musik aufgeführt wird. Nach dem Gottesdienst geht man zur Tafel. Des Abends erscheint Jedermann wieder, die Damen mit ihren Juwelen und auch sonst auf das Reichste gekleidet. Man giebt dann ein Stück Metastasio's nach der Composition des jüngeren Bach. Es fehlt nicht an Balletten, die einen unsäglichen Aufwand verursachen. Der Adel der Umgegend und selbst benachbarte Fürsten strömen dazu herbei.

Hardenberg sah den Fürsten in seinem Garten in Schwetzingen. Da war der Hof in Landhaustracht, grün und gold; man saß lange bei Tisch, aß gut und sprach wenig. Der Kurfürst war Fremden, die er nicht kannte, gegenüber verlegen. Man weiß, welche Passion er hatte. Hardenberg bemerkt, wie man ihm darin zu Diensten war, wie Mütter ihre Töchter ihm und den Hofleuten verhandelten, welche unglückliche Verhältnisse daraus entsprangen. Die Debauche schien Mittel, am Hofe emporzukommen. Der unanständige Ton, welcher herrschte, die anstößigen Geschichten, die man hörte, machten auf die beiden jungen Reisenden einen abschreckenden Eindruck. Indem sie zu Bette giengen, schwuren sie einander, niemals Mädchen zu unterhalten[2]). Noch im October gelangte Hardenberg nach Carlsruhe, wo soeben Carl Friedrich von Baden-Durlach nach Abgang der Linie Baden-Baden Besitz ergriffen hatte. Er hatte dem Unwesen des Vorfahren, der sich eine Art von Serail aus Tänzerinnen hielt, auf der Stelle ein Ende gemacht und die Verwaltung des Landes auf den Fuß der Administration in seinen alten Besitzungen eingerichtet.

1) Damals Franz Anton Xaver Scheben von Cronfeld.

2) „Le ton est extrêmement libertin et destitué de toute décence et honnêteté. Freitag étoit aussi rempli de dégoût et d'indignation que moi; nous jurâmes de ne jamais entretenir des filles et nous nous couchâmes en faisant des réflexions.“ Am Rande sind noch die Worte beigefügt: „Freitag dit qu'il n'a pas juré — läßt es in seinem Journal aus.“

Hardenberg widmete Allem, was er da sah, den physiokratischen sowohl wie den industriellen Versuchen des Markgrafen lebendige Theilnahme. Die ersten führt er ausdrücklich auf den älteren Mirabeau zurück; er hat darüber besondere Bemerkungen niedergeschrieben, die wir leider nicht finden. Doch enthält das Tagebuch manches Bemerkenswerthe über seinen Aufenthalt. „Nachdem wir uns bei dem Oberschenk von Stetten ansagen lassen, wurde uns Hof-Equipage und ein Hofbedienter zur Aufwartung gesandt. Einige Visiten gegeben und nachher bei Hofe durch den Obermarschall präsentiret worden. Der Markgraf und die Markgräfin[1]) sind respectable Leute, ihn muß man kennen, er ist im ersten Abord taciturne, nachher aber gar nicht. Sie hat ungemein viel Verstand und ausgebreitete Kenntnisse — beide sehr höflich. — Es geht am Hofe sehr häuslich und öconomisch her — zwei Tafeln — wenig Schüsseln, aber doch gut zugerichtete Hausmannskost. Die Markgräfin sprach viel vom Harz, erinnerte sich meinen Vater und Onkel gekannt zu haben, — versteht sich auf Bergwerkssachen."

Hardenberg speiste nicht selten bei Hofe, und es scheint, als ob die Markgräfin Geschmack an der Unterhaltung mit ihm gefunden habe. Sie erwähnte unter Anderem den Verfall von Versailles und den schon damals dort eingetretenen Geldmangel, so daß König Ludwig XV. kaum ein Wohnzimmer könne in Stand setzen lassen. Den Herzog Carl von Zweibrücken, von dem bald so viel die Rede sein sollte, schilderte sie als brutal und verhaßt: alle Welt wünsche seinen Tod und hoffe ihn auch: denn er thue alles, um seine Gesundheit zu ruiniren. Prinz Maximilian dagegen hatte vollkommen ihren Beifall. „Nach Tafel" — heißt es ein andermal — „zeigte uns die Markgräfin ihre Malereien. Es ist unstreitig, daß sie dem größten Meister Ehre machen würden. — Sie hatte zwei van der Werfs aus der Mannheimer Gallerie in Pastel ganz vortrefflich copiret,

1) Es war Caroline Louise, Tochter Ludwigs VIII. von Hessen-Darmstadt.

erstaunend fleißig und völlig dem Original ähnlich, die Farben außerordentlich lebhaft. — Schöne sehr ähnliche Zeichnung, den Markgrafen vorstellend, in Röthel. Sie zeigte auch den Buffon, da sie alle Thiere selbst illuminirt — läßt sich dazu immer eines in natura kommen, um es recht nach dem Leben zu machen. Friedrich mußte alles anschleppen."

Auch Hardenberg versichert, daß es ihm in Carlsruhe sehr gefallen habe. Es erregte seine Verwunderung, daß der Markgraf regieren konnte, ohne die Landstände zuzuziehen; aber das Land, sagt er, befinde sich wohl dabei. „Der Markgraf ist ganz ungemein geliebt in seinem Lande und ein rechter Vater seiner Unterthanen."

Im November machte Hardenberg einen Besuch in Ludwigsburg. Da er den Herzog Carl Eugen von Würtemberg[1]) dort nicht antraf, fuhr er sogleich nach der Solitude. „Bei dem Herzog" — sagt er — „kann nichts extravagant und außerordentlich genug sein; er hat oben auf dem Gipfel des höchsten Berges, mitten in einem Walde und in einer Gegend, die 1763 noch so wild war, daß nichts als wilde Schweine sich daselbst aufhielten, in dieser kurzen Zeit magnifique Gebäude, einen schönen Garten und ungeheure Sachen hervorgebracht, Berge mit einander verbunden, um den Weg hinauf zu bahnen u. s. w. Oben ist die schönste Aussicht. Den Mittelpunkt macht ein sehr prächtiges, aber kleines Schloß mit ungemein reich meublirten Zimmern, die aber alle nicht groß sind, in der Form eines antiquen Tempels gebaut." Das Schloß war bei weitem nicht ausgebaut; Oefen wurden immer vorher hineingesetzt und geheizt, alles aber auf das leichteste hergerichtet, so daß es nicht lange halten konnte. Die Militärpflanzschule des Herzogs hat den Beifall Hardenbergs: die jungen Leute werden in strenger Ordnung, aber auf des Herzogs Kosten unterhalten und selbst gekleidet; er giebt sich die größte Mühe damit und ist nicht selten zugegen. Uebrigens fiel es auf, wie hart er mit seinen

1) Er war geboren den 11. Februar 1728, folgte seinem Vater 1737, starb am 24. October 1793.

Leuten umging: wegen geringer Kleinigkeiten schickte er sie auf die Festung. „Stuttgart haßt er wegen der landschaftlichen Irrungen, kein Offizier darf einen Fuß hineinsetzen. In Ludwigsburg liegen alle seine Trouppen, ohngefähr 6000 Mann — gut dressiret, die Cavallerie unberitten."

Die Bemerkungen Hardenbergs gehen nicht gerade tief; aber für die Dinge, die er sah, bedurfte es dessen nicht: wir sehen sie bei ihm in ihrer charakteristischen Erscheinung. Nach allen Seiten hin hat er die Augen offen: die Verhältnisse des Ackerbaues und der Manufactur, z. B. in Frankenthal, die dem Kurfürsten von der Pfalz viel Geld kostete, die Anpflanzungen der Maulbeerbäume an den Straßen und die Pferdezucht beschäftigen seine Aufmerksamkeit; er besucht artistische und technische Talente, die Werkstätten mehr oder minder glücklicher Erfinder, wie sie noch allenthalben auftauchten. Eben erschienene Schriften werden excerpirt und beurtheilt. — Man bekommt einen Begriff von der vielseitigen Regsamkeit des deutschen Geistes in dieser so überaus productiven Epoche.

Inmitten der Mannigfaltigkeit des auf allen Punkten hervortreibenden Lebens und dieser wunderlichen Bildung und Verbildung der Höfe in entgegengesetzten und immer absoluten Tendenzen erscheinen nun die Institute des Reiches, das Reichskammergericht zu Wetzlar und der Reichstag von Regensburg in ihrer altväterischen Art und Weise. Die Stadt Wetzlar mit ihren unansehnlichen Häusern, dem Pflaster von spitzen Steinen und einer Bürgerschaft, die in jedem Augenblick alles durchbrachte, was sie eben gewonnen, mißfiel dem jungen Hardenberg; er sagt wohl, er würde sogleich abreisen, wenn er nicht bleiben müßte. Auch die Gesellschaft zog ihn nicht an. Man könnte erwarten, etwas von Werther's Lotte zu finden, und wirklich erscheint unter den näheren Bekannten Hardenbergs ihr Mann, Kestner, der der hannoverschen Legation angehört: wahrscheinlich hat Hardenberg doch auch Lotte gesehen; aber er erwähnt ihrer nicht; Herr

Goethe aus Frankfurt, ein Bekannter von Leipzig her, kommt einmal beiläufig vor: aber nichts weiter. Der gesellschaftliche Kreis, in welchem sich Hardenberg bewegte, stand eine Stufe höher, jedoch nicht in Anmuth und guter Sitte. Die Damen, die er kennen lernte, findet er zänkisch, unschön und kokett; es fällt ihm auf, daß sie so ganz offen von ihren Liebeshändeln sprechen in Gegenwart der Männer und untergeordnete Verhältnisse ihrer Angehörigen einander mit Bitterkeit zum Vorwurf machen[1]).

Die große Rolle in der Stadt spielten, wie sich versteht, die Kammerrichter. Graf Virmont fuhr immer in einem sechsspännigen Wagen nach dem Gerichte, angekündigt von einem Cavalier, der ihm mit zwei Pferden vorausfuhr. Zweimal die Woche hielt Virmont förmlich eine Cour ab, bei welcher die Assessoren erscheinen mußten. Seine Autorität hätte er sich auch in den Geschäften von niemand schmälern lassen; er war eifrig in der Sache, sorgfältig und höflich. Der damalige Kammerrichter Graf Spaur lernte die Geschäfte erst kennen, indem er sie verwaltete. Bei dem Vortrag erschien er so unbeweglich, daß man niemals abnehmen konnte, auf welche Seite er sich neige. Es schadete seinem Ansehen, daß er nicht reich genug war, um den für die gewohnte Repräsentation erforderlichen Aufwand bestreiten zu können. An Talent aber fehlte es ihm nicht; man meinte, er wisse recht gut eine Sache so einzufädeln, wie es seinem Interesse entspreche.

Noch mehr ließ der damalige älteste Präsident, Walpot von Bassenheim[2]), vermissen. Man sagte, wenn er nicht schlecht

1) Eine von ihnen hatte eine Schwester bei dem Landcomthur Lehrbach, bei dem sie Beschließerin war. Eines Tages fragt sie die Aebtissin von Lehrbach, eine Schwester des Comthurs, sehr cavalièrement, ob sie Nachricht von ihrem Bruder habe? und „thut sehr dick", worauf die Aebtissin antwortet: „Nein, es sei denn, daß mir ihre Schwester die Beschließerin schreibt; es ist ein recht gutes Mensch."

2) Johann Maria Rudolf, Reichsgraf Walpot von Bassenheim.

votire, so rühre das nur daher, daß er zuletzt votire. Es fehlte ihm an aller Gelehrsamkeit.

Hardenberg war nach Wetzlar gekommen, um den Reichsproceß an Ort und Stelle zu studiren. Zu dem Ende brachte er täglich ein paar Stunden bei Harpprecht zu, der mit ihm das Handbuch von Tafinger durchging und ihn über die Praxis sehr eingehend unterrichtete. Harpprecht erschien wie in seinen Büchern, so auch in seinem Umgang: gelehrt, freimüthig und würdig. Was das betheiligte Publikum in dieser Zeit allgemein beschäftigte, war die Kammergerichts-Visitation; sie bildete in dieser Zeit vielleicht in der That die wichtigste innere Angelegenheit im Reiche. Es ist von Werth, das Urtheil Harpprechts darüber zu vernehmen. Er sagt: die Visitation sei schlechterdings nothwendig gewesen, denn unläugbar seien Bestechungen vorgefallen, man habe ganz öffentlich davon gesprochen; von den einsichtsvollsten und willigsten Leuten sei sie gewünscht worden; aber es wäre genug gewesen, wenn man die Schuldigen, namentlich unter den Procuratoren, und die Vermittler bestraft hätte. Statt dessen war ein weitläuftiges umfassendes Verfahren beliebt worden, dessen alte, jetzt ungewohnte Formen neue Verwirrung hervorriefen. Allenthalben zeigte sich Zwietracht zwischen kaiserlicher und reichsständischer Gewalt und zwischen den beiden Religionsparteien, die hier ihres Widerstreits vergessend, hätten zusammenwirken sollen. Der Kaiser Joseph hatte mit einem gewissen Schwung, unter Beziehung auf seine Pflicht und seinen Grundsatz, das Recht zu handhaben, in die Visitation eingewilligt, aber dabei Ansprüche auf eine Prärogative erhoben, die man nicht anerkannte. Diese erweckte vielmehr den Widerspruch des protestantischen Theiles, an dessen Spitze der hannoversche Subdelegirte Falke stand, ein Mann von Geist und Energie, der aber den alten Mitgliedern die Rücksicht versagte, die sie fordern konnten und forderten. Darüber war es soweit gekommen, daß von Wien aus ein förmlicher Antrag auf seine Abberufung erfolgte, worüber aufs Neue Hader und Verwirrung

entstand. Es gehörte eine ungewöhnliche Gewandtheit dazu, unter diesen Verhältnissen etwas auszurichten. Dem früheren sächsischen Bevollmächtigten Wurmb war es durch geschickte Benutzung persönlicher Verhältnisse gelungen. Nicht so wohl gelang es dem Nachfolger desselben, einem Grafen Zech [1]; man sagte, er verschieße die Bolzen, welche der brandenburgische Gesandte ihm spitze. Aus der Ferne angesehen, machte das Kammergericht den Eindruck des Ehrwürdigen und Großartigen; in der Nähe betrachtet, bot es den Anblick von Menschlichkeiten und von Unordnung dar. Hardenberg gewann die Ansicht, die er später ausdrückt, daß das Kammergericht nicht zu reformiren sei: denn in den Versuch der Reformation dringe der Mißbrauch, der sie nothwendig mache, eben so wirksam wieder ein.

Dieselben Elemente, nur in etwas höherer Potenz, begegnen uns, wenn wir den Reisenden nach Regensburg begleiten.

Als der vornehmste Mann am Reichstag erscheint der Principal-Commissarius Fürst von Taxis [2], der vollkommen auf dem hohen Fuß lebt, wie das Haupt eines altfürstlichen Hofes, alle seine Beamten ausnehmend gut bezahlte und denen von ihnen, die etwa in Wien leben wollten, die Besoldung überließ, die er selbst hätte ziehen sollen. Das Theater der Stadt hat er eine Zeit lang allein unterhalten. Erst seit kurzem war er Mitglied des Reichsfürstencollegiums. Er hatte das nicht ohne sehr erhebliche Kosten erreicht; man rechnete dem Reichsvicecanzler nach, wie viel er dabei erworben habe; aber selbständiger war der Fürst dadurch nicht geworden. Der Gesandte, den er nun selbst bei dem Reichstag beglaubigte, bekam seine Instructionen von den österreichischen Bevollmächtigten. Sein Sohn, der Erbprinz Carl Anselm, hatte sich mit einer würtembergischen Prinzessin

1) August Ferdinand Graf von Zech.

2) Alexander Ferdinand. Seine Schwester Marie Auguste war die Gemahlin des Herzogs Carl Alexander von Würtemberg. Deren Tochter Auguste Elisabeth Marie, geboren 1724, hatte sich 1753 mit dem Sohne von Alexander Ferdinand, dem Erbprinzen Carl Anselm vermählt.

vermählt; aber mit dieser vornehmen Schwiegertochter stand der Fürst in keinem besondern Verhältniß. Wenn der alte Fürst Ceremonien-Tafel hielt, so erachteten sie es nicht für ihre Pflicht, dabei zu erscheinen und gaben in ihrer Behausung ihr eigenes Mittagsmahl. Der alte Fürst war nicht gelehrt, aber wohlwollend und wohlgesinnt; der Prinz war damals weniger geschätzt.

Unter den Gesandten machte der österreichische, Herr von Borié, die größte Figur: Sohn eines Assessors in Wetzlar und viel beschäftigt in der Visitations-Angelegenheit, die von Wetzlar herübergekommen war. Es ist der Mühe werth, die Schilderung zu wiederholen, die Hardenberg von ihm entwirft. „Ein geschickter Mann, aber ungemein hitziger wunderlicher Kopf, der immer neue Projecte hat, dabei aber doch nicht entetiret von seiner Meinung ist, wenn er vom Gegentheile durch Gründe überführet wird. Er war vorher Reichshofrath, und Referent in der Achtssache gegen den König von Preußen, nachher kaiserlicher Staats-Rath. Ihm hat der Kaiser seine Krone zu danken, und deswegen steht er auch sehr bei ihm angeschrieben und in Correspondenz, obgleich seine Feinde alles thun, ihn zu stürzen. — Er hat etwas Pedantisches in seinem Wesen, ist aber sonst ein feiner Mann."

In der Visitationssache hatte Borié selbst geschrieben. Eine kleine Schrift, betitelt „Ohnmaßgebliche Vorschläge u. s. w.", worin die kaiserlichen Ansprüche lebhaft verfochten wurden, rührte ohne Zweifel von ihm her. Dagegen war eine andere „Notamina über die ohnmaßgeblichen Vorschläge" erschienen, die man dem hannoverschen Ministerium zuschrieb, und die in Wien viel böses Blut machte. Der Kaiser, sagte man, wolle die legislative Gewalt der Reichsstände nicht schmälern; aber eine so dictatorische Sprache könne er sich nicht gefallen lassen. Es war nahe daran, daß das Wiederzusammentreten des Visitationsconventes verhindert und dadurch dem Fortgang der Reichsjustiz Einhalt gethan worden wäre. Preußen war es nicht, von dem die Opposition ausging; der brandenburgische Gesandte Schwarzenau führte eine

gemäßigte Sprache und von Berlin waren Vermittelungs-Vorschläge eingegangen, die in Hannover wie in Wien einen guten Eindruck machten und nicht wenig dazu beitrugen, daß man in Wetzlar selbst eine Auskunft traf. Auch hier trat der Gegensatz der beiden Religionsparteien jeden Augenblick hervor. Die Protestanten faßten selbst die Möglichkeit einer besondern Beschlußnahme, itio in partes, ins Auge. Unter ihnen hatten die hannoverschen Gesandten in diesem Augenblick die Führung übernommen; der frühere, Gemmingen[1]), dem es zugeschrieben wurde, daß es überhaupt zu einer Visitation des Gerichtes kam, war in Folge einer besonderen Verwendung des Kaisers beim Hofe von England entfernt worden[2]); der damalige, Beulwitz[3]) nahm sich die Mühe mit dem jungen Hardenberg die „Ohnmaßgeblichen Vorschläge" Boriés Punkt für Punkt durchzugehen. Dieser bezeichnet ihn als einen ungemein rechtschaffenen und geschickten Mann, der es sich sauer werden lasse: er mache wohl auch für andere Gesandten den ganzen Bericht, der von denselben nach Hause geschickt werde; er sei allgemein geliebt und hochgeschätzt.

Das religiöse Bekenntniß war jedoch bei der Haltung der Gesandten nicht durchaus maßgebend. Der bairische, Graf Wahl, ein vertrauter Freund des Herzogs von Zweibrücken, dessen Stimme er ebenfalls führte, wurde dem kaiserlichen Hof so verdächtig, daß man ihn unter dem Vorwand besonderer Freundschaft nach Wien zu ziehen suchte. Man nahm an, daß auch der salzburgische[4]) Gesandte und selbst der mainzische[5]) derselben Meinung seien, aber durch Rücksichten auf ihre Höfe gebunden, sich

1) Ludwig Eberhard von Gemmingen.

2) Hardenberg erzählt folgende Anecdote: „Wie ihm im letzten Kriege das Commercium ab imperialibus aufgesagt wurde, antwortete er dem Secret. Legat, er habe niemals gern etwas mit ihm zu thun gehabt, alle kaiserlichen Ministri seien recht schlechte Kerls; dieses wiederholte er mehrmals und rief noch auf der Treppe nach, man möge es in seinem Namen ausrichten."

3) Ludwig Friedrich von Beulwitz.

4) Joseph Gottfried Reichsgraf von Saurau.

5) Philipp Wilhelm Albrecht Freiherr von Linker.

nicht frei auszusprechen wagten. Dagegen stellte sich Sachsen, von dessen Gesandten[1]) es heißt, er habe von dem, was er vielleicht gewußt, das Meiste wieder vergessen, mehr auf österreichische Seite. Der anhaltische[2]) wurde von den übrigen Protestanten als eine Art von Verräther betrachtet.

Zwischen ihnen allen erscheint der Brandenburger Schwarzenau eigenthümlich bedeutend: er hat eine straffe, militärische Haltung, sprach gern von Pistolen und Degen, doch wußte er auch die Feder zu führen. Von mehreren in dem letzten Kriege über die bairische Erbfolge im preußischen Sinne erschienenen Schriften ward ihm die Urheberschaft zugeschrieben.

„Es ist ein wahres Räthsel", sagt Hardenberg, „daß der Preußische Hof bei seinen bekannten Gesinnungen sich so patriotisch in der Visitations-Sache verwendet hat, da es die beste Gelegenheit gewesen wäre, um im Gegentheil alles in Verwirrung und despotische Absichten in Ausführung zu bringen." Bei allen Mängeln des Kammergerichtes fürchtete man doch seine Zerrüttung: denn die Gesammtheit der Stände wurde vornehmlich doch durch die Jurisdiction von Kaiser und Reich zusammengehalten. Die Idee der Institute war großartig, ihre Ausführung besonders durch die geheimen und krummen Wege, welche die Parteien und namentlich auch die Repräsentanten der höchsten Gewalt einschlugen, unzureichend. Schon richteten strebsame junge Männer, wie unser Reisender, ihr Augenmerk auf die Herbeiführung ganz anderer Zustände. Hardenberg meint: wenn das Kammergericht sich auflöse, so würden die mächtigeren Stände Appellations- oder gewissermaßen kleinere Reichsgerichte anlegen, und die minder mächtigen dahin appelliren, was dann der kaiserlichen Macht in Deutschland einen tödtlichen Stoß versetzen würde.

Von Regensburg begab sich Hardenberg nach München, Wien und Dresden.

1) Johann Georg von Ponikau.
2) Heinrich Carl von Pfau.

Die Regierung des letzten Sprossen[1]) der Wilhelmschen Linie in Baiern machte ihm keinen besonders guten Eindruck. Weder Finanzen noch Militär seien in rechter Ordnung. Graf Seinsheim[2]), der alles regiere, lege nur wenig Einsicht an den Tag; viel zu viel Einfluß habe der französische Gesandte.

In Wien begegnete ihm das Gefühl, als lebe man eigentlich zwischen zwei verschiedenen Regierungen. Die Kaiserin erscheint wie eine gute Hausmutter, der Kaiser wie ein Privatmann: er ist sehr ökonomisch und abhängig von untergeordneten Persönlichkeiten. Man erzählte sich, daß der Kaiser, um einen seiner Diener zu befördern, sich an ein Kammerfräulein seiner Mutter wenden mußte. Schon fürchtete aber Jedermann die Veränderungen, die er vornehmen werde, wenn er zur wirklichen Regierung komme. Von Kaunitz, der alle Geschäfte leitete, war die Meinung, er habe sich durch seine Geschicklichkeit in Besitz seiner hohen Stellung gesetzt, behaupte sich aber darin nicht ohne Kunstgriffe. Er genoß unbeschränktes Ansehen; Jedermann richtete sich nach ihm; man wartete auch bei Tafel, bis es ihm gefiel zu erscheinen.

In Dresden, das Hardenberg im April 1773 besuchte, glaubt er einigen Verfall zu bemerken: man greife nichts auf die rechte Weise an; man entferne entweder talentvolle Leute, oder lasse sie doch nicht handeln wie sie möchten. „Marcolini ist erster Kammerherr vom Pagen geworden und gilt viel.“

Man ist neugierig, was Hardenberg über Berlin sagen wird, wohin er am 29. April gelangte; aber eben beim Eintritt in die schöne Stadt, der sein Wirthshaus in der Brüderstraße nicht recht entspreche, bricht das Tagebuch ab. Aus einer späteren Aufzeichnung erfahren wir, daß er Friedrich in Potsdam nur

1) Es ist Maximilian Joseph, succedirte 20. Januar 1745, starb 30. December 1777.

2) Joseph Franz Maria Reichsgraf von Seinsheim.

einmal vorbeireiten sah; gesprochen hat Hardenberg ihn nicht[1]); der König empfing damals niemand. Hardenberg sollte mit dem preußischen Staate später auf eine Weise Bekanntschaft machen, von der ihm noch keine Ahnung kam.

Damals richtete er seine Blicke, wie alle Hannoveraner, auf den König von England, Kurfürsten von Hannover. Ein zweites kleineres Tagebuch liegt vor, in welchem Hardenberg die Reise beschreibt, die er über Holland nach England unternahm. Er hat sie am 31. Juli 1773 angetreten und ist erst im Anfang des folgenden Jahres nach Hannover zurückgekommen.

Vielen Eindruck machte ihm unterwegs die Stadt Utrecht mit ihren fetten Weiden und den schönen Gärten der reichen und vornehmen Bürger; einen noch größeren Amsterdam mit seinen prächtigen Gebäuden; in dem Stadthaus findet er mehr solide Pracht und Größe, als in Sanssouci. Am meisten imponiren ihm einige Einrichtungen, die ihm neu sind, z. B. die Art der Civil-Ehe, die man dort durch Einschreiben auf dem Stadthaus eingeführt hat. „Alle diejenigen", sagt er, „welche nicht von der reformirten Religion sind, müssen sich hier einschreiben lassen und können nachher in einer gültigen Ehe leben ohne priesterliche Einsegnung, wenn sie noch drei Wochen gewartet und mittlerweile aufgeboten worden sind. Die Reformirten können sich auch einschreiben lassen, wenn sie wollen. Die priesterliche Einsegnung, welche eine Affaire de goût ist, fällt alsdann weg." Er bewundert die Anstalten der öffentlichen Wohlthätigkeit, nicht allein ihre Reinlichkeit und Ordnung, sondern auch die umsichtige Fürsorge und Toleranz, die er überall wahrnimmt.

Nach einer ziemlich langen und beschwerlichen Ueberfahrt langte Hardenberg den 23. August in Harwich an und eilte dann zu seinem König, dessen Lever er am 1. September beiwohnte. Georg III. zeigte sich sehr freundlich gegen ihn; doch blieb es nur bei

1) Von Wien aus hatte er den Herzog Carl von Mecklenburg um Empfehlung nach Strelitz und Schwerin gebeten; eine solche liegt vor; wahrscheinlich ging Hardenberg von Berlin aus dorthin.

allgemeinen Redensarten; zu einem näheren Verhältniß kam es erst, als er auf dem Landhause des Königs erschien, wo er nahe Bekannte hatte. „Nach Tische ließ uns der König heraufrufen, und wir hatten das Glück, vier Stunden bei diesem liebenswürdigen Monarchen in der Königin Zimmer zuzubringen. Es war niemand zugegen, als die Königin und nachher auf einige Zeit Lady Charlotte Finch, die Hofmeisterin der kleinen Prinzessinnen." An dem Hofe trat das deutsche Wesen noch stark hervor. Eben waren Bergleute vom Harz zugegen, die den König als ihren Landesvater begrüßten. Der König nahm seinen ältesten Sohn beim Kopf und zeigte ihn den Bergleuten als ihren künftigen Herren.

Hardenberg war selbst in einer vorzugsweise dem englischen Wesen geneigten Stimmung: er führt sein Tagebuch in englischer Sprache. Den größten Eindruck macht ihm Portsmouth mit seinen Befestigungen und Kriegsschiffen. Indem er sich von da nach Salisbury wendet, bricht auch dieses Tagebuch ab. Mit dem vorigen läßt es sich an Interesse nicht vergleichen; aber es leuchtet ein, daß auch diese Reise, die ihn zugleich nach Frankreich und den österreichischen Niederlanden führte, für die Bildung Hardenbergs von großer Wichtigkeit sein mußte. Aus dem engen Beamtenleben, in das er in so frühen Jahren gerathen war, kam er in eine universale Berührung mit dem Zustand der Zeit: er erscheint aufmerksam nach allen Seiten hin, empfänglich der großen Welt gegenüber, bildungsfähig und klug; überall verräth er reifende Gedanken, die schon etwas Gediegenes haben.

Viertes Capitel.

Verheirathung.

Noch vor der Reise war in Folge gefährlicher Krankheits-anfälle des Vaters dessen Testament festgesetzt worden. Es war schon ein letzter Wille vorhanden, aber in einer Form, die nicht hätte bestehen können. Im Auftrage des Vaters setzte der junge Hardenberg, der mit ihm zu diesem Zweck nach dem Stamm-schloß Hardenberg gegangen war und nun erst mit demselben eine definitive Abrede nahm, in bündigster Fassung ein anderes Testament auf, das von dem Vater unterschrieben und sogleich den Gerichten übergeben wurde. Die Summe desselben war, daß ein Theil der Familien-Güter, namentlich die in Holstein belegenen, den Brüdern gemeinschaftlich blieben; sie sollten von dem ältesten, unserm Hardenberg, verwaltet werden. Die alten Stammgüter, namentlich der Hardenberg, fielen ihm allein zu. Sie waren absichtlich so mäßig angeschlagen, daß er dabei be-stehen und alle die Lasten, die ihm dagegen oblagen, tragen konnte. Er hatte im voraus mit der Mutter jeden Punkt über-legt und war glücklich, sie vortheilhaft gestellt zu haben, vortheil-hafter, als sie selbst meinte und verlangte. Auch für die Brüder war so gesorgt, daß sie ihr gutes Auskommen hatten, und für die Schwestern eine für die Zeit nicht unansehnliche Aussteuer bestimmt. Der Vater war zwar wirthschaftlich und knapp, aber kein guter Haushalter. Für den Sohn war es schwer, ihn in guter Stimmung zu halten und mit ihm zu Ende zu kommen. Er konnte sich nun selbst als das künftige Haupt der Familie

ansehen. Die Mutter sollte von niemand abhängen und nur mit ihm zu thun haben. Es war dafür gesorgt, daß die Kosten der Reise ihm allein zur Last fielen. Das ganze Verfahren zeugt von Umsicht und gegenseitigem Wohlwollen. Im Besitz eines nicht unansehnlichen Vermögens, berechtigt, eine baldige gute Anstellung in der Administration zu erwarten, in der Mitte einer angesehenen und begüterten Verwandtschaft, schien der junge Mann in einer ruhigen und sicheren Laufbahn emporkommen zu können. Doch lag noch alles in weiter Ferne; denn fürs Erste lebte der Vater noch — er sollte noch eine Reihe von Jahren leben —; und noch vor kurzem hatte der Sohn empfinden müssen, wie wenig selbständig er war, auch in der Sache, die für einen Jeden persönlich zuletzt die wichtigste ist. Wir kommen nochmals auf die Reisetagebücher zurück.

Hardenberg gedenkt mit Vorliebe seines Aufenthaltes im Stein'schen Hause zu Nassau. Man kennt dies bereits aus den Lebensbeschreibungen des späteren Ministers von Stein, der dieser Familie angehörte, damals aber nicht zugegen war. Hardenberg schildert den Vater als einen guten alten Mann, dem man die Gelehrsamkeit und den Verstand, die er besitze, nicht sogleich ansehe; die Mutter als eine freundliche, sorgsame Hausfrau, die nicht ohne Belesenheit sei. Dasselbe, eine Verbindung von Lectüre und eigenthümlichem Geist, rühmt er auch an den Töchtern[1]. Als die wohlgestaltetste bezeichnet er die älteste, Louise, eine Brünette, mit schönen dunkeln Augen: „sie ist lebhaft und spricht, was sie denkt.“ Die Kinder lebten sehr familiär mit den Eltern; der jüngste Sohn fuhr wohl bei einem lebhaft werdenden Gespräch zwischen Vater und Mutter mit dem Wort dazwischen: Mulier taceat in ecclesia. Hardenberg, der mit guten Empfeh-

1) Hardenberg sagt: Artige Töchter — Louise die älteste und schönste — elle est brunette, bien faite et a de beaux yeux noirs — Sentimental maids — Marianne la seconde pourroit servir de pendant à Esope. — Charlotte la troisième bien faite et assez agréable — un peu marquée de la petite vérole.

lungen anlangte, aber wie man sagt, sich selbst am besten empfahl, wohnte im Hause und machte mit den Mitgliedern der Familie gemeinschaftliche Spaziergänge durch die anmuthige Umgegend, etwa nach dem verfallenen Schloß Stein; auch eine kleine Reise wurde unternommen, an der Heinitz, der alte Bekannte Hardenbergs, und dessen Frau, eine Verwandte der Familie, Theil nahmen. So wurde Ems und Neuwied besucht. Louise schien an der Art und Weise der Verheirathungen bei den Herrenhutern durch das Loos fast Gefallen zu finden.

Hardenberg war vor seiner Abreise von dem bewährten Freund und Vetter, der mit der Familie bekannt war, erinnert worden, vor den schönen Töchtern in derselben auf seiner Hut zu sein. Er kannte seine Schwächen in dieser Beziehung; sie hatten ihm schon manche Unannehmlichkeiten gemacht. „In meinen Gedanken", antwortete er, „bin ich sehr stark" — wie man sieht, eine zweifelhafte Versicherung.

Louise Stein machte nun doch auf ihn den tiefsten Eindruck. Dem alten Freunde bemerkte er: wenn man erst von einer Krankheit genesen sei, nehme man sich vor einem Rückfall doppelt in Acht. Er scheint gegen seine Neigung anzukämpfen, und behauptet, sich als Philosoph zu betragen. Aber wie solle er liebenswürdige Personen nicht so finden, besonders wenn sie das in so hohem Grade seien, wie Louise Stein? Endlich fährt er heraus: „ich liebe sie unbeschreiblich." Ihr selbst hat er das nicht gesagt; er meinte sogar, sie würde seine Neigung nicht erwiedern, sie würde die erste sein ihn zurückzuhalten. Sie schien nicht mehr ganz frei zu sein. Ihm selbst erweckte es Scrupel, daß er, wie er sich ausdrückt, noch kein Etablissement habe.

Aber eine eigenthümliche Aussicht giebt es doch, daß Stein und Hardenberg leicht hätten Schwäger werden können. Und sehr wahrscheinlich würde Hardenberg, eine solide und gebildete, liebenswürdige Frau an seiner Seite, zu einem ganz andern häuslichen Leben gelangt sein, als er später geführt hat. Hardenberg verschwieg seine aufkeimende Neigung den nächsten Verwandten und

auch seinen Eltern nicht. Welch einen Sturm aber zog er dadurch über sich herein! Die Eltern hatten für ihn schon eine andere Partie, eine reiche junge Erbin, ihre Verwandte, in Aussicht genommen. Sie machten ihm aus seinem Vorhaben einen ernstlichen Vorwurf. Hardenberg wehrt diesen nachdrücklich ab: denn in der Verbindung sehe er sein wahres Glück, und wie sollte darin etwas Unrechtes liegen, wenn er seinen Eltern davon Mittheilung mache, was er für sein Glück halte. Aber indem er ausspricht, er werde nie seine Neigung vertilgen, die junge Stein vergessen können, erklärt er doch, seine Pflicht heiße ihn gehorchen; er müsse es der Vorsehung überlassen, ob er glücklich werden solle. Die Eltern versichert er, nur aus ihren Händen wolle er eine Frau empfangen: sie würden ihm keine aufdrängen wollen, die er nicht liebe.

Es war eine noch nicht reif gewordene oder tief gewurzelte Hinneigung, die er empfand, wie denn in dem jungen Manne die Neigungen rasch aufflammen, aber nicht gerade Stand halten. In dem Intervall der beiden Reisen folgte er dem Vater nach Holstein, um die junge Dame zu sehen, die dieser ihm bestimmt hatte. Es war eine Gräfin Reventlow, die in dem Hause ihres Stiefvaters lebte: denn ihr Vater war gestorben, die Mutter, von einer geistigen Krankheit betroffen, war nicht zugegen. Der Stiefvater, von Thienen, begünstigte die nähere Bekanntschaft zwischen den beiden jungen Leuten keineswegs.

Hardenberg hat nicht versäumt, auf seiner zweiten Reise demselben von seinem Ergehen dann und wann Nachricht zu geben. Er bekam jedoch nur kalte und höfliche Antworten. Kaum aber war er wieder zurückgekommen, so unternahm er mit seinem Vater die entscheidende Reise nach Holstein, Anfangs Februar 1774. „Sobald wir dort angekommen waren", heißt es in einem Briefe Hardenbergs vom 20. März, „schrieb mein Vater sowohl als ich an den Herrn von Thienen, wir wären um der Sache willen hergereist und wünschten ungemein solche geendigt zu sehen; wir schmeichelten uns also mit der Hoffnung, man

werde mir nunmehr die Erlaubniß ertheilen, mich mit der jungen Person näher bekannt machen und mit ihr reden zu dürfen, dann aber mein Schicksal ganz von ihrer eigenen Hand zu erwarten." Auf diesen Brief wurden wir höflich nach Sierhagen eingeladen, allein weiter enthielt dieses Einladungsschreiben nichts. Inzwischen reisten wir mit guter Hoffnung hin und glücklicherweise wurde diese noch weit übertroffen. Wir wurden von der Großmutter, dem Stiefvater und der Gräfin selbst empfangen und gleich des andern Tages war alles richtig, weil auch auf ihrer Seite alles präpariret war. Ich hatte das Glück gehabt, der Hauptperson im vorigen Sommer zu gefallen; sie hatte sich also völlig für mich decidiret und verschiedene andere Partien rund abgeschlagen. Nach der Versprechung brachten wir noch einige Zeit sehr vergnügt mit einander zu; es wurde an ihre Vormünder, nach Kopenhagen und England geschrieben und nun werden nur die Antworten erwartet, um die Sache zu declariren, welche sich aber ein jeder ins Ohr sagt und alle Leute wissen. Die Pacta dotalia werden wohl überaus vortheilhaft für mich ausfallen, ohnerachtet wir gar nichts dazu gesagt; mir wird wohl usus fructus von ihrem ganzen Vermögen zugeschrieben werden und sie wird sich nur 3000 Thlr. jährlich Taschengeld reserviren. Uebrigens bin ich so vergnügt, so zufrieden und so verliebt als möglich; und was mich am innigsten bei der Sache freut, ist daß ich sicher bin, daß ich recht sehr und aufrichtig geliebt werde. Meine kleine Braut ist liebenswürdig, gut erzogen, es fehlt ihr gar nicht an Verstande und was alles dieses noch mehr erhebt, ist eine ungekünstelte Unschuld in ihrem ganzen Betragen, die mich ganz eingenommen hat und die ich nie vorher gekannt habe. Mit einem Worte, ich habe gewiß Ursache, der gütigen Vorsehung, die mich so sehr mit den besten Geschenken überhäuft, zu danken, und mein Bestreben wird und muß sich verdoppeln, mich derselben nicht unwürdig zu machen. Daß meine Eltern eine recht gerührte Freude über die Sache empfinden, werden Sie sich leicht vorstellen. Wie sehr erhöhet dieß nicht noch die meinige!"

Die junge Dame, mit der sich Hardenberg verlobte, war Christiane Friderike Juliane, Christian Detlev, des Lehengrafen von Reventlow in Dänemark Erbtochter, geboren 15. Febr. 1759. Ihre Verbindung mit einem Fremden erregte unter den Dänen das größte Aufsehen.

Ihre Vormünder waren der dänische Oberkammerherr Graf Reventlow und Graf Scheele in Kopenhagen; bei denen aber fand die Verlobung, die ihnen Hardenberg anzeigte, keinen Beifall: bei dem ersten, wie Hardenberg meinte, nur deshalb, weil sein eigener Sohn um die junge Gräfin geworben und ihr Jawort nicht hatte erlangen können. Graf Reventlow antwortete auf die Anzeige mit einem höflichen Glückwunsch, ohne jedoch seine vormundschaftliche Genehmigung auszusprechen, worauf auch Scheele Bedenken trug, sich zu einer solchen herbeizulassen. Hardenberg wandte sich an König Georg III. von England, um durch eine Verwendung bei dem Hofe diese Schwierigkeiten zu heben. König Georg gewährte ihm seine Bitte, jedoch nicht gerade in der angesonnenen Weise: denn er könne den dänischen Hof nicht zu einem Machtspruch veranlassen wollen. Die vornehmsten Einwendungen machte die dänische Regierung selbst. „Man wollte mir Anfangs“, sagt Hardenberg in einem Briefe vom 10. Juni, „die Heirath gar nicht gestatten, wenn ich nicht in dänische Dienste ginge; nachher forderte man eine unerhörte Decimation von den Revenuen meiner Frau und bei meiner Anwesenheit that man mir sehr glänzende Anerbietungen, um dort zu bleiben. Ich sollte meine Conditiones selbst machen und mir nichts abgeschlagen werden. Hätten Ordensband und äußere Ehre mehr bei mir vermocht, als meine Pflicht gegen meine Eltern und die Dankbarkeit, welche ich meinem Könige schuldig bin, so würde ich in Kopenhagen geblieben sein, allein sowohl diese Rücksichten als andere mehr haben mich davon abgehalten. Indessen habe ich mich doch nicht erwehren können, den dänischen Kammerherrn-Schlüssel, den mir der Erbprinz Friedrich noch bei der Abschieds-Audienz recht aufgedrungen, so anzunehmen, daß er mich zu keiner

Dienst- und Eidesleistung verbinde und meinen itzigen Verpflichtungen keineswegs einträglich sei."

Außer den persönlichen Bemühungen Hardenbergs wird besonders die angelegentliche Verwendung des hannoverschen Kammer-Präsidenten von Lenthe[1]) bei dem dänischen Staatsminister Grafen Bernstorf dazu beigetragen haben, die mancherlei Hindernisse, die man der Vermählung entgegensetzte, zu heben. Sie beruhten besonders darauf, daß die Güter großentheils in dem eigentlichen Dänemark lagen und ein Fideicommiß ausmachten. Hardenberg wurde dadurch genöthigt, den Namen und das Wappen der Reventlow den seinen hinzuzufügen, was ihm sein König gestattete. Die Vermählung fand am 8. Juli 1775 statt. Seitdem schreibt sich Hardenberg Hardenberg-Reventlow. Noch ein paar Monate hielt ihn dann die Uebernahme der Güter und die Abrechnung mit den Vormündern in Dänemark zurück; „aber", so schreibt er im September von Brunsgard in Jütland, „ich brenne vor Verlangen, wieder zurück zu sein, um mich durch Eifer und Fleiß des Vertrauens und der Gnade seiner Majestät einigermaßen würdig zu machen." Es war noch eine Folge seines Aufenthaltes in England, daß er zum Rath in der Kammer ernannt worden war. Nach kurzer Zeit stieg er zum Geheimen Kammerrath auf; sein Vater wurde zum Feldmarschall ernannt. So nahm die Familie eine ansehnliche Stellung im Dienst und Lande ein.

1) Albert Friedrich von Lenthe.

Fünftes Capitel.

Hannoverscher Dienst, sein plötzliches Ende.

Die Thätigkeit eines Beamten, der nicht gerade die erste Stelle bekleidet, ist gewöhnlich in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt. Denn wer wäre im Stande, die Acten der innern Verwaltung zu durchforschen, um dem Wirken eines Einzelnen nachzuspüren?

Aus den zerstreuten Mittheilungen, die darüber zu unserer Kunde gelangt sind, ergiebt sich soviel, daß der junge Kammerrath Hardenberg auf durchgreifende Reformen in den kameralen Einrichtungen dachte. Die Kammerkasse konnte ihren Verpflichtungen nicht genügen und war mit Schulden überladen. Hardenberg hielt sich überzeugt, daß die Erträge sich durch bessere Benutzung der Domänen, sorgsamere Pflege des Bodens, zweckmäßige Einrichtung in einzelnen Zweigen, z. B. bei den Gestüten und dem Bauwesen soweit würden erhöhen lassen, daß sie sogar einen Ueberschuß abwerfen könnten, namentlich, wenn man den trotz der Abwesenheit des Fürsten bestehenden Hofhalt und andere unnütze Ausgaben vermeide. Für die Unterthanen verlangt er Förderung des Handels und der Gewerbe, volle Sicherung des Eigenthums und der persönlichen Freiheit[1]).

Hardenberg repräsentirte in dieser Hinsicht die Ideen des Jahrhunderts; sie waren in ihm durch die Studien entsprungen, durch seine Reisen genährt, jetzt reiften sie durch seine Erfahrungen.

[1]) Vgl. Hardenberg's Denkschrift von 1775 bei Klose p. 225.

Auch in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse Hannovers folgte Hardenberg einer Richtung, die nicht gerade die in der Regierung vorwaltende war.

Das damalige Verhältniß der hannoverschen Regierung beruhte darauf, daß der Kurfürst, König von England, Georg III., bei weitem mehr Engländer war als sein Vater und sein Großvater und niemals mehr nach Deutschland herüberkam. Ein hannoverscher Minister residirte, wie oben bemerkt, an seinem Hofe, um den Zusammenhang des Landes mit seinem Kurfürsten zu erhalten und dessen Bestimmungen über große und kleine Angelegenheiten zu vermitteln. In der einheimischen Verwaltung war dabei immer eine gewisse Selbständigkeit, die in politischer Beziehung vor allem den Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich ins Auge faßte und von demselben abhing. Der intimsten Vereinigung mit Preußen, die im siebenjährigen Kriege obgewaltet, war unter Georg III., wie in England am Hofe, so auch in den deutschen Provinzen des Königs eine Entfremdung gefolgt, die denn dahin führte, daß das hannoversche Ministerium, zwar nicht immer, aber doch meistentheils zu Oesterreich neigte. Unter den leitenden Männern in Hannover ließ sich der Gegensatz der beiden Directionen bemerken, wiewohl er nicht gerade zu offenem Ausbruch kam; denn der von London kommenden Entscheidung unterwarf sich Jedermann.

Die erste große Irrung nun, die zwischen Oesterreich und Preußen wieder hervortrat, war die, welche die Erbfolge von Baiern betraf. Man mißversteht Friedrich, wenn man meint, er habe von Anfang an nur darauf gedacht, sie mit den Waffen zu entscheiden, wie das durch den Krieg von 1778 unternommen wurde. Indem er dem Fortgang der österreichischen Besitzergreifung und den damit zusammenhängenden Austauschentwürfen entgegentrat und die Sache von Zweibrücken zu der seinen machte, meinte er doch zugleich eine Entscheidung in den reichsrechtlichen Formen herbeizuführen. Sein Gedanke war, daß die drei weltlichen Kurfürsten sich des vierten, die Protestanten des Katho=

liken, annehmen und gemeinschaftlich die Erledigung der Sache auf legalem, d. h. reichsrechtlichem Wege forden sollten; zugleich aber sollte eine Association der drei zunächst betheiligten Kreise, der beiden sächsischen und des westfälischen geschlossen werden, um sich in dem Fall, daß einer von ihnen angegriffen werden würde, mit vereinten Kräften zu vertheidigen.

Denn man erwartete nochmals wie im Jahre 1756 ein Bündniß zwischen Frankreich und Oesterreich. Maria Theresia hat ihre Tochter in den dringendsten Ausdrücken, die selbst an Härte grenzen, bestürmt, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um ihren Gemahl und die französischen Minister zu einer Theilnahme für die österreichischen Interessen zu bestimmen. Sie wurde gleichsam verantwortlich dafür gemacht; man sagte ihr, das Leben ihrer Mutter hänge davon ab[1]. Nichts war wahrscheinlicher, als daß der Demonstration Preußens gegen Oesterreich eine Demonstration Frankreichs gegen Preußen und Norddeutschland überhaupt folgen würde.

Da wandte sich nun Friedrich, noch ehe der Krieg zum wirklichen Ausbruch gekommen war, wie an Sachsen, so auch an Hannover. Ein früher (1773) als preußischer Gesandter verwandter Diplomat, Namens Edelsheim, der damals nicht in aktivem Dienst war, wurde nach Hannover geschickt, um die Unterhandlungen dort einzuleiten und dann zugleich den Landgrafen von Hessen, sowie den Erzbischof-Kurfürsten von Köln zu Maßregeln gemeinschaftlicher Vertheidigung zu vermögen. An dem Beitritt des Landgrafen von Hessen, der vor Kurzem einen Theil seiner Truppen in englische Dienste überlassen hatte, ließ sich nicht zweifeln, sobald Hannover nur selbst voranging. Der Landgraf sprach den Wunsch aus, daß erst dann, wenn man mit Hannover übereingekommen sei, die Verhandlungen mit dem Kurfürsten

1) Es geschah unter Vermittelung Mercy's. Vergl. dessen Briefe vom 18. Februar und 20. März 1778, bei Arneth und Geffroy, Marie-Antoinette, correspondance secrète entre Marie-Thérèse et le Cte de Mercy-Argenteau III. 170. 182.

von Köln eröffnet werden möchten, von denen er sich einen guten Ausgang versprach.

So hing denn beides, die Vertheidigung von Norddeutschland und die Behauptung Baierns von dem Entschlusse ab, den man in Hannover fassen würde. Auch schien hier der Antrag Edelsheims Eingang zu finden. Von England langte einiges Geld an, das zu den nöthigsten Rüstungen verwendet wurde. Denn auch für Hannover lag eine Gefahr von weitestem Horizont vor, die aus der großen Bewegung in den universalen Verhältnissen entsprang. Die amerikanischen Colonien hatten ihren Abfall von England erklärt und erfreuten sich der Unterstützung von Frankreich; wie leicht, daß auch aus dieser Rücksicht die Franzosen, wie früher und später in ähnlichen Fällen, Hannover überfluthen würden. Unter diesen Einwirkungen waren einige englisch-hannoversche Staatsmänner für die Theilnahme an der Politik und den Unternehmungen des Königs von Preußen; besonders waren es die vornehmsten Militärs, die in das Geheimniß gezogen wurden; auch der alte Hardenberg und General Freytag waren dafür; ebenso der junge Hardenberg, der mit General Freytag in intimem Verhältniß stand. Er berichtet, daß sich Edelsheim an seinen Vater und dann auch an ihn selbst besonders angeschlossen habe. Nicht allein aber auf eine Landesdefension an sich war die Absicht gerichtet; man faßte den Gedanken, daß ein Corps Cavallerie nach dem preußischen Herzogthum Cleve, das zum niederrheinisch-westfälischen Kreise gehörte, vorrücken und es gegen einen möglichen Anfall von Frankreich in Schutz nehmen sollte. Aber eine so entscheidende Maßregel, welche in die gesammte Politik eingriff, konnte nicht ohne ausdrückliche Genehmigung des Königs und Kurfürsten vollzogen werden. Unter den hannoverschen Ministern dominirte Gemmingen, den Hardenberg als arbeitsam, aber beschränkt, als einen Pedanten in den eingewohnten politischen Tendenzen schildert. Der setzte sich nun mit aller Macht, selbst durch seinen Einfluß in England, dieser Absicht entgegen. Er wandte Alles an, um die Entscheidung

des Königs in seinem Sinne ausfallen zu machen. Man erwartete sie mit Spannung.

Endlich in der zweiten Hälfte des Juli traf sie ein; sie lief den Erwartungen aller derer, die sich mit Preußen zu verbinden gedacht hatten, gradezu entgegen. Von einer Theilnahme an der Vertheidigung von Cleve wollte König Georg III. nichts hören; denn er würde durch eine Abzweigung seiner Truppen die Defensive seines Kurfürstenthums schwächen. Er verwarf den Gedanken einer Association mit dem obersächsischen Kreise: denn der Kurfürst von Sachsen habe in der Sache sein besonderes Interesse, das Hannover nicht theile. Damit fiel auch der reichsrechtliche Entwurf Friedrichs von selbst zu Boden; die Initiative der drei weltlichen Kurfürsten zu Gunsten des vierten wurde unmöglich. Hannoverscherseits fand man nur eine alle Reichsstände umfassende Association zu gegenseitiger Garantie ihrer Besitzungen annehmbar.

Es war noch ein Glück, daß Frankreich, den Fehler erkennend den es in dem vorigen Kriege begangen hatte, Amerika in Deutschland behaupten zu wollen, und in Anstrengung aller Kräfte zu dem Zweck des maritimen Krieges begriffen, die Anmuthung Oesterreichs, an der bairischen Angelegenheit unmittelbar Theil zu nehmen, ablehnte. Gewiß würde es damals Friedrich zu einer Allianz mit Hannover nicht gebracht haben, wie im Jahre 1756. Aber auch so empfand er auf das Schwerste, daß ihm, indem er für einen großen Reichsstand die Waffen erhob, ein anderer, von dem das meiste abhing, seine Unterstützung dabei versagte. Er ließ den hannoverschen Ministern erklären, eine einfache defensive Union, wie sie von ihnen beantragt werde, könne ihm nichts helfen; es gelte die Erhaltung der Freiheiten und Prärogative des Reiches; wolle man ihn dabei nicht unterstützen, so sei er genöthigt, die Reichsstände dem Hause Oesterreich zu überlassen.

Und so viel wir von Hardenberg erfahren, ging die Entscheidung Georgs III. nicht allein von den in England vorwalten-

den Rücksichten aus; sie war, wie berührt, zugleich das Werk des hannoverschen Ministeriums, namentlich Gemmingens. Auch in dem Reichstag war die hannoversche Stimme gegen Preußen; sie folgte den Eingebungen des kaiserlichen Präsidialgesandten. So geschah es, daß die große bairische Angelegenheit von Friedrich allein, nur im Bunde mit Sachsen verfochten werden mußte. In die Friedensunterhandlungen, die eine rein deutsche Sache hätten sein sollen, griffen dann die europäischen Mächte ein. Die letzte Entscheidung erfolgte durch eine Erklärung von Rußland.

Zwischen Preußen und Hannover stellte sich eine divergirende Richtung heraus, welche die wichtigsten deutschen Angelegenheiten betraf, und immer anwuchs. Die Hardenbergs neigten sich auf die preußische Seite. Nicht ohne allgemeine Bedeutung wäre es gewesen, wenn der junge Vertreter dieses Geschlechts das Ziel seines Ehrgeizes, das ihn besonders beschäftigte, erreicht hätte; er strebte danach, die Stellung zu erlangen, in welcher die Verbindung zwischen Hannover und England zur Erscheinung kam, die eines in England zur Seite des Königs residirenden hannoverschen Ministers. Seine Briefe lassen keinen Zweifel darüber, daß dies seine Absicht bei der Reise war, die er im Jahre 1781 nach England unternahm. Es ist begreiflich, daß er von dem Manne, der diese Stellung inne hatte, dem Minister Alvensleben, eher eine Verhinderung seiner Reise erwarten mußte, als eine Förderung derselben. König Georg III. war jedoch dafür. Aber auch bei Alvensleben und dem General Freytag fand Hardenberg die beste Aufnahme, als er Ende Februar 1781 mit seiner Gemahlin in London ankam. „Unsere Reise“, schreibt er dem vertrauten Vetter, „ist sehr lang und beschwerlich, doch im ganzen glücklich gewesen; wir sind sehr gnädig aufgenommen worden und leben ganz vergnügt. Gegen den Sommer werden wir auf des Königs Befehl nach Windsor oder in die Nachbarschaft aufs Land ziehen. Jetzt gehe ich alle Montag mit den Majestäten mit hinaus, jage des Dienstags mit und komme Mittwochs wieder. Der General Freytag ist auch immer von der Partie. Daß mein Bruder

Capitän in des Prinzen von Wales Regiment geworden, werden Sie schon wissen. Herr von Alvensleben hat sich dabei sehr freundschaftlich bezeigt und thut auch ein gleiches gegen mich [1])."
„Mein hiesiger Aufenthalt", schreibt er im Mai an seine Mutter, „mag nun ausfallen, wie er will, so hat er in allem Betracht den allergrößten Nutzen. Die besondere Gnade beider Majestäten werden wir uns gewiß zu erhalten suchen; und ich habe recht große Proben von dem Vertrauen des Königs. Der Herr von Alvensleben ist nicht communicativ, und ängstlich suche ich gewiß seine Freundschaft nicht, äußerlich sind wir recht gut. Ich würde alles verderben, wenn ich mich hier zu Arbeiten drängen wollte; die Zeit wird Manches zu Wege bringen, und wenn am Ende die Reise keinen andern Nutzen gehabt, als daß sie mein häusliches Glück wiederhergestellt und meine Frau ordentlich ganz umgeschaffen hat [2]), so bin ich zufrieden."

Aber wie plötzlich sollten diese Hoffnungen für sein Emporkommen und für sein häusliches Glück zerstieben.

Seine Gemahlin hatte schon in Hannover manchen Anstoß gegeben. Ihr guter Ruf war nicht unversehrt geblieben. Es war dann zu Erklärungen zwischen ihr und ihrer Schwiegermutter gekommen, wobei sie selbst die Initiative ergriffen und zuletzt um Vergebung gebeten hatte. Auf der Reise hatte sich das Verhältniß gebessert. Hardenberg dachte wie den Sommer, so auch den nächsten Winter in England zu bleiben. Er bittet einmal seinen Vater, dem er weitere Mittheilungen über die Aeußerungen des Königs verspricht, um einen Zuschuß zu den Kosten des Aufenthaltes, die sehr beträchtlich waren. Zunächst hatte er in der Nähe von Windsor Wohnung genommen. Da spann sich ein Liebesverhältniß zwischen dem Prinzen von Wales und der Frau von Hardenberg an, welches viel Aufsehen

1) Schreiben vom 26. März.

2) Die mit gesperrter Schrift gedruckten Worte sind von Hardenberg selbst unterstrichen.

machte; in einer englischen Zeitung war davon die Rede. Zwei Briefe des Prinzen von Wales liegen vor; der eine an Hardenberg selbst, der andere an seine Gemahlin, die wenigstens einige Aufklärung darüber geben. Veranlaßt durch ein Schreiben Hardenbergs betheuert er demselben, daß die wiederholten Zeichen von freundschaftlichem Vertrauen, die er ihm gegeben habe, nicht etwa zum Deckmantel, um seiner Gemahlin den Hof zu machen, haben dienen sollen; einer so niederen Gesinnung sei er nicht fähig. Durch die Freimüthigkeit und Rechtlichkeit, die er an Hardenberg bemerkt, sei er für denselben gewonnen. Nur die Leidenschaft für die Gemahlin Hardenbergs habe ihn bethört. Er ergeht sich in einer langen Ausführung über die Macht dieser unwiderstehlichen Leidenschaft, versichert aber, Frau von Hardenberg habe ihn mit der größten Kälte behandelt, was jedoch seine Liebe nur vermehrt habe. „Ich bin von meiner Jugend an unglücklich gewesen; doch wußte ich noch nicht, was es heißt, bis auf diesen Grad zu leiden. Ich würde der feigste und infamste Mensch sein, wenn ich die Reputation Ihrer Frau in Ihren Augen darüber leiden ließe; ich bin der einzige Schuldige und verdiene allein Ihren Tadel.“ Aus den Worten des Prinzen sollte man schließen, daß ihm das Verhältniß unendlich tief gegangen war. „Ich will meinen Vater bitten, mir zu erlauben, England zu verlassen und ein elendes Leben, das mir zur Last ist, in irgend einem Winkel der Welt, gleichgültig in welchem, zu fristen [1].“

1) „Lorsque je commençois à l'aimer, je m'aperçus bientôt que ce n'étoit point l'effet d'une passion légère ou du caprice d'un moment, ce n'étoit point sa figure charmante seulement qui m'attachoit à elle, non son esprit, ses manières, sa gaieté, ses sentiments, son coeur, tout en un mot me paroissoit si parfait en elle, que la nature elle-même ne pouvoit y résister, et l'amitié céda à l'amour; mille et mille fois je lui ai dit, que ce qui me faisoit le plus de peine dans toute cette affaire, c'étoit qu'il falloit vous tromper, un homme que non seulement je respectois au plus grand degré, mais que j'aimois même. Pour elle je renonçois aux liaisons, que j'avois formées avec quelques jeunes débauchés, dont le commerce m'étoit assez agréable et dont j'ai la société à cette heure en horreur ...“ Ein Schreiben an Frau von Hardenberg liegt bei, in welchem er sich, wie sich denken läßt,

Dagegen möge Hardenberg seinem Vorsatz getreu den Winter über in England bleiben.

Die Sache wurde dadurch allgemein ruchbar, daß die Hardenbergs sofort Anstalt machten, die Nachbarschaft von Windsor zu verlassen. Frau von Hardenberg drang dann selbst auf unverzügliche Abreise; der König hielt für rathsam, dem Vater davon eine Meldung zu machen [1]).

Dem alten Herrn, der bereits 81 Jahr zählte, war noch aufbehalten, dies Ereigniß zu erleben, das alle seine Berechnungen und die Hoffnungen, die er für das Emporkommen seines Sohnes gehegt hatte, zerstörte. Biographisch ist es von der größten Wichtigkeit, da es den Austritt Hardenbergs aus dem Dienste des hannoverschen Hauses veranlaßt hat. Hardenberg bat den König um den Posten seines Reichstagsgesandten in Regensburg,

für den Unglücklichsten aller Menschen erklärt und sogar von seiner nahen Auflösung redet. Er sei zufrieden, wenn sie nur selbst in ihrem Herzen ruhig sei; sie möge in ihm in Zukunft nur einen warmen Freund sehen. Er scheint gemeint zu haben, er werde sie doch noch in ihrem Hause sehen können. „Quant à votre maison, mon coeur ne me permettrá jamais d'y rentrer avec d'autres sentiments que ceux que j'ai toujours chéris. Oubliez que j'ai jamais conçu le moindre amour pour vous, pardonnez-moi les peines que je vous ai causées et ne voyez plus en moi que le plus tendre et sincère ami. Adieu, que vous puissiez être aussi heureuse que moi je suis malheureux, c'est le voeu sincère de celui qui vous sera fidèlement et éternellement attaché jusqu' au dernier soupir. George P. Windsor-Castle le 7. juillet 1781". (Merkwürdig ist vielleicht, daß er ihr noch sagt: c'étoit la perfection et les sentiments rafinés de votre coeur, que j'aimais.)

1) Der Brief des Königs an den Feldmarschall lautet: Kew, den 13. Juli 1781. Mein Feldmarschall, die hiesigen Zeitungen, die leider Gottes von keinem anderen nutzen scheinen, als unwahrheiten auszustreuen, haben eure Schwieger Tochter sehr unglücklich gemacht, sie hat dieses an Euren Sohn erkläret, der mit meine Verwilligung darum die nachbarschafft Von Windsor Verlassen wollte, dadurch kame es heraus, daß mein Sohn gewis mit ihr Verliebt war; sie hat darum mit Viele Großmuth ihren Mann gebeten, plötzlich aus diesem Lande zu gehen, um dahero mehrere unannehmlichkeiten zu Verhüten. Ich habe gleich euren Sohn gesaget, ich wollte dieses an Euch melden, daß Von Euer Seite keine Verwunderung wegen seiner plötzlichen Abreise oder Verdacht wegen die Aufführung Von Eure Kindern entstehen möge.

George R.

obwohl dieser seinen sonstigen Wünschen nicht entspreche, hauptsächlich als ein Zeichen der fortdauernden königlichen Gnade. Aber König Georg fand sich nicht dazu bewogen; hierauf entschloß sich Hardenberg, den hannoverschen Dienst überhaupt zu verlassen.

Nicht eigentlich das Abschiedsgesuch, welches den gewöhnlichen Geschäftsgang gehen mußte, aber die ausführliche Motivirung desselben übersandte Hardenberg der Königin, die immer seine besondere Gönnerin gewesen war, um sein Handschreiben, welches dieselbe enthielt, sicher in die Hände des Königs zu bringen. Er sagt, es sei mit dem größten Zutrauen und der stärksten Freimüthigkeit geschrieben. So verhält es sich in der That; es ist in noch höherem Grade der Fall, als man nach den bisher bekannt gewordenen Fragmenten desselben erwarten dürfte.

„Mein alter Vater, der über die ganze Sache empfindlich gerührt war, meine Freunde hofften, daß es Ew. Königl. Majestät möglich sein würde, meine Ehre bei dem Publikum durch ein öffentliches Gnadenzeichen zu retten, und mein rechtschaffener Freund, der General Freytag, hielt den Regensburger Posten vorzüglich dazu geschickt. Ich aber ging in der Hoffnung, daß er mir vor meiner Ankunft in Hannover ertheilt, mithin die Absicht dadurch erreichet werden würde, auf diesen Vorschlag ein, so sehr er mir übrigens wegen der Art der dortigen Geschäfte, wegen meiner Privat-Angelegenheiten, und sonst in allem Betrachte zuwider war. Die Umstände haben es Ew. Königl. Majestät nicht erlaubt, mir jenen Posten gleich zu geben; der einzige Grund, warum ich solchen wünschen konnte, fällt demnach weg und ich muß mir denselben itzt also allerunterthänigst verbitten.

Mit der mir am allerangenehmsten gewesenen Hoffnung, daß Ew. Königl. Majestät vielleicht dermaleinst geruhen würden, mich bei dem Abgange des Herrn von Alvensleben an dessen Stelle zu berufen, der einzigen, wo ich, insofern es meine Kräfte verstatten, hätte recht nützlich sein können, darf ich mich nicht mehr schmeicheln.

Meine weitläuftigen Privat-Geschäfte erfordern die größte

Aufmerksamkeit. Ich würde solche gern Ew. Königl. Majestät Dienst aufopfern, wenn ich hoffen könnte, in meiner jetzigen Lage so viel Nutzen zu stiften, als ich es zu meiner Beruhigung für nothwendig und für meine Pflicht halte, wenn ich jene ferner hintansetzen soll. Das ist aber, wie ich Ew. Königl. Majestät freimüthig zu sagen verbunden bin, bei den irrigen Grundsätzen, wonach Allerhöchstdero Geschäfte großentheils behandelt werden, bei den Fehlern in der Einrichtung und in der Verbindung, worin sie unter einander, besonders aber mit dem englischen Minister stehen, nicht möglich. Eine Aenderung aber läßt sich ohne Ew. Königl. Majestät so lange gewünschte Anwesenheit oder ganz andere Vorkehrungen nicht hoffen, da man jetzt nicht selten Allerhöchstdero vortreffliche und Landesväterliche Absichten, die ich so oft mit innigster Rührung aus Höchstdero eigenem Munde zu hören das Glück gehabt, weder erfüllen kann noch will. Traurige Umstände für mein armes Vaterland, die jeden rechtschaffenen und einsichtsvollen Diener Ew. Königl. Majestät äußerst niederschlagen und deren Wahrheit von jedem Unpartheiischen bezeugt werden muß."

Dieser in der That sehr freimüthigen und wenig rücksichtsvollen Erklärung legte Hardenberg einen Brief Alvenslebens bei, die Regensburger Sache betreffend, in welcher derselbe auf ein höfliches Schreiben unhöflich und beleidigend geantwortet habe: ein solches Verfahren müsse ihm die Hoffnung nehmen, dem König mit gutem Erfolge zu dienen.

Aus dem Schreiben an den König stellt sich unwidersprechlich heraus, daß das Ereigniß von Windsor den Abschied Hardenbergs aus dem hannoverschen Dienst veranlaßte. Er hat später immer gesagt, er sei aus demselben geschieden, weil der Prinz von Wales das Glück seines Lebens zerstört habe. Doch wirkten dabei noch andere Motive mit. Er hatte auch deshalb an die Stelle Alvenslebens zu treten gewünscht, um dem obwaltenden System eine andere Richtung zu geben. Aus einer andern Denkschrift ergiebt sich, daß er Hannover in die engste Beziehung zu den

benachbarten deutschen Staaten zu bringen gedachte. Aus dem vorliegenden Gesuch sieht man, daß zugleich die inneren Angelegenheiten, die Mängel der Administration und die Unmöglichkeit, dieselben bei der andauernden Abwesenheit des Königs und bei der engen Verbindung der Landesbehörden und des in London residirenden Ministers zu heben, ihn zu seinem Entschluß antrieben. Die persönliche Empfindlichkeit verband sich mit dem Mißvergnügen über die Verwaltung der inneren und äußeren Angelegenheiten. Es war nicht ein gewöhnlicher Abschied, den er nahm: — dieser enthielt vielmehr gleichsam eine Lossagung von dem in Hannover noch vorwaltenden System. Dies Hannover in seinem damaligen Zustand gab Hardenberg auf. Wenn er aber andeutet, er wolle nunmehr sich seinen Privatangelegenheiten widmen, so lag das weder in seiner Natur, noch in seiner Bestimmung.

Sechstes Capitel.

Eintritt in den Braunschweigischen Dienst.

Aus der noch immer zahlreichen welfischen Familie, in der das Ereigniß, wie man denken kann (denn der Prinz von Wales erschien als das künftige Stammeshaupt) besonderen Eindruck machte, kam dem aus Hannover Ausscheidenden der Antrag zu einem neuen ehrenvollen Dienstverhältniß. Hardenberg sagt, sein Plan sei gewesen, nicht mehr in Dienst zu treten, sich den Sommer über der Verwaltung seiner Güter, die dänischen einbegriffen, zu widmen, und die Winter abwechselnd in Kopenhagen und Hannover zuzubringen, was ihn zugleich der Pflicht den Zehnten in Dänemark zu zahlen, überhoben haben würde: da sei ihm dieser Antrag gemacht worden. Noch lebte Herzog Ferdinand von Braunschweig, allgemein bewundert wegen seiner Heerführung in dem siebenjährigen Kriege, mit einem kleinen und beschränkten, aber unabhängigen Hofhalt: eine natürlich wohlwollende Gesinnung vermehrte das Ansehen, das seinem Talent gebührte. Der Vater Hardenbergs hatte unter ihm gedient. Durch die Dazwischenkunft des Prinzen, nicht ohne einen gewissen Einfluß des Landcomthurs von Loclum, geschah es nun, daß der vor kurzem zur Regierung gelangte Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig die Absicht faßte, den talentvollen jungen Staatsmann in seinen Dienst zu ziehen. In einem späteren Schreiben äußert Herzog Ferdinand, daß er durch seine Vermittlung zugleich dem Verdienste Hardenbergs und dem Bedürfniß seiner eigenen

Familie gerecht zu werden meine[1]). Eine vorläufige Frage bildete dann das Verhältniß Hardenbergs zu dem dänischen Hof und Staat.

Obgleich Hardenberg der Verpflichtung, die man ihm dort bei seiner Verheirathung hatte auflegen wollen, in dänischen Dienst zu treten, ausgewichen war, so hatte er sich doch nicht allen Verbindlichkeiten entziehen können. Nur eigentlich bis auf den Tod seines Vaters war ihm die Anmuthung, von den Gütern seiner Gemahlin den Zehnten zu erlegen, erlassen, und die Erlaubniß gegeben worden, seine Einkünfte ohne Abzug außerhalb des Landes zu verzehren. Er hatte versprochen, später entweder seinen Wohnsitz in dem dänischen Gebiet zu nehmen, oder den Zehnten in einer oder der anderen Form zu zahlen. Mit dem Tode des Vaters, der nun erfolgt war, trat diese Verpflichtung ein, die um so stärker wirkte, da er den Dienst seines besonderen Landesherrn, des Königs von England, durch dessen Vermittlung damals jene Abkunft erreicht worden war, in demselben Augenblick verlassen hatte.

Der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig kannte diese Schwierigkeit; er spricht sich darüber in einem Briefe an den Schwiegervater Hardenbergs, den Geheimen Rath von Thienen, in folgender Gestalt aus: „Ich wende mich an E. E. in einer für das Land Braunschweig, dessen Regierung mir der Himmel anvertraut hat, interessanten (er will sagen — wichtigen) Sache. Sie kennen das Verdienst und die Talente des Herrn von Hardenberg-Reventlow zu gut, als daß ich Ihnen zu schildern brauchte, von welchem Nutzen seine Kenntnisse und Rathschläge für das Land werden würden, wenn er an den Geschäften desselben Antheil nehmen wollte. Ich weiß, daß Sie ihm durch seine Verbindungen in Dänemark eine glänzende Laufbahn eröffnen wür-

1) Servir des personnes de mérite et le combinant avec les liens du Sang et ce qu'on doit à Sa famille, est un motif bien noble et bien doux de S'y laisser employer. Tel est mon cas vis-à-vis de vous Monsieur et du duc de Bronswic mon cher Neveu....

den. Nur der Wunsch, einen möglichst großen Nutzen zu stiften, wird ihn bestimmen können, sich einer beschränkteren Sphäre zu widmen, in der er jedoch die ihm eignen Talente entwickeln könnte, und in der er einer Freundschaft begegnen würde, welche die großen Carrieren selten bieten." Der Herzog ersucht Thienen, seinen Schwiegersohn zur Annahme der ihm durch den Landcomthur gemachten Anerbietungen zu bestimmen. Thienen antwortete, er habe schon von der Sache gehört und Hardenberg den Rath gegeben, sich dem Dienste eines Herrn zu widmen, der die Talente zu würdigen, das wahre Verdienst von dem blos scheinbaren zu unterscheiden wisse und der den an den Höfen so häufigen schlechten Umtrieben nicht gestatte, einen eifrigen Diener, der das wahre Wohl des Staates im Einverständniß mit seinem Herrn suche, in seiner Laufbahn aufzuhalten. Er machte ihn zugleich aufmerksam, daß die Königin Juliane Marie, die selbst der Braunschweigischen Familie angehörte, Schwester des Herzogs Ferdinand [1]), sich dazu eignen würde, die hilfreiche Hand in dem Geschäft zu leisten [2]).

Hardenberg, dem der Herzog auch selbst schrieb, er werde sich überzeugen, daß Freundschaft auf Hochachtung begründet, zuweilen einer glänzenderen Laufbahn gleich gestellt werden könne [3]), war sehr geneigt, auf die Anerbietungen desselben einzugehen. Die Nachbarschaft seiner Güter, der Familie überhaupt und besonders

1) Sie gehören beide der zahlreichen Nachkommenschaft des Herzogs Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-Wolfenbüttel († 1735) an, sowie auch der Vater des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand.

2) . . . je lui ai conseillé de suivre Son inclination en Se vouant à un service, où le maître sait apprécier les talens, distinguer le vrai mérite du faux brillant, et où la perspicacité du Prince ne permet pas aux mauvaises intrigues et aux mauvaises menées trop ordinaires dans la plupart des autres cours d'arrêter dans Sa carrière un serviteur zélé, qui, suivant les intentions de Son maître, ne veut que le vrai bien du Souverain et de l'état.

3) Je me flatte, que Vous serez convaincu un jour, que l'amitié fondée sur l'estime et les talents reconnus peut balancer quelques fois les carrières les plus brillantes.

auch des Landcomthurs, wie er diesem schreibt, machten ihm Braunschweig angenehm, und es kam nur noch darauf an, daß er in Dänemark seiner Verpflichtungen entlassen, und eine annehmbare Situation in Braunschweig für ihn ausgemacht würde.

Königin Juliane Marie machte sich doch nicht sofort anheischig, die Sache, die ihr von ihrem Bruder und ihrem Neffen empfohlen war, durchzuführen; sie sei so bedeutend in sich und noch mehr durch den Wunsch, den der König von Dänemark immer gehegt habe, Hardenberg in seinen Dienst zu ziehen, daß eine formelle Berathung darüber unvermeidlich werde: Hardenberg möge den König selbst in einer motivirten Eingabe darum ersuchen. Eine solche liegt nun vor. Hardenberg bemerkt darin, daß zwar die Gründe, die ihn früher bestimmten, in Deutschland zu bleiben, weggefallen, andere aber eingetreten seien, um deren willen er an diesem Wunsche festhalte. „Eine verehrungswürdige Mutter, deren einzige Stütze er sei, drei Brüder und drei Schwestern, zum Theil noch sehr jung, bei denen er Vaterstelle vertreten müsse, ansehnliche Güter im Lande, die er, obwohl Besitzer, doch nicht für sich selbst verwalte, sondern zugleich für seine Brüder und Schwestern, die darauf angewiesen seien: durch diese und andere Obliegenheiten werde sein Aufenthalt in Deutschland nothwendig. Da mache ihm nun der Herzog von Braunschweig Anträge, bei deren Annahme er zugleich zur Besorgung seiner eigenen Angelegenheiten in beiden Ländern fähig bleiben werde: ein Vortheil, den kein anderer Dienst, auch nicht der dänische, der ihn überdies in anderweite große Schwierigkeiten verwickeln würde, ihm darbieten könne." Er säumte nicht, sich auch an den dirigirenden Minister in Dänemark, Gultberg, zu wenden. Aus seinem Schreiben an denselben[1]) ersehen wir, daß ihm, was wir sonst nicht finden,

1) Mon plan étoit fait: il ne comprenoit que mes terres d'ici et du Dannemarc pour la plus grande partie de l'année, pour les hivers, je les aurois passés alternativement à Coppenhague ou à Hannovre· Il ne pouvoit être question alors de la décimation. Cependant l'on me fit des ouvertures très-avantageuses à Berlin, que par de bonnes raisons je n'aurois jamais

auch von Berlin aus Anerbietungen gemacht waren. Zugleich ersuchte er nochmals den Herzog um seine Verwendung; dadurch werde er allein in den Stand kommen, sich ganz seinem Dienste zu widmen. Es war unter der minderjährigen Regierung Friedrichs des Sechsten, als man sich in Dänemark entschloß, den Bitten nachzugeben. (April 1782.) Auch dann geschah es, wie es in der Entscheidung heißt, „wie aus besonderer Gnade gegen ihn, so vornehmlich aus Freundschaft und Hochachtung für des regierenden Herzogs von Braunschweig Hochfürstliche Durchlaucht." Man ließ den Abschoß des 6. und 10. Pfennigs von den Revenuen fallen, jedoch unter der Bedingung, daß der älteste Sohn aus der Ehe, wenn er sein 16. Jahr erreicht habe, nach Dänemark kommen und in landesüblicher Weise das Fideicommiß verwalten solle [1]). Gultberg begleitete den Entwurf mit einem sehr höflichen Schreiben, in dem er zugleich der Beschlüsse der Vorsehung zu gedenken nicht ermangelte.

War nun aber hierdurch das persönliche Verhältniß geregelt, so stellten sich dem Eintritt in den Dienst des Herzogs noch andere, in diesem selbst liegende Schwierigkeiten entgegen.

Der Herzog bezeichnete den Eintritt Hardenbergs als einen ersten Schritt, dem bei den bald zu erwartenden Vacanzen andere folgen würden. Zunächst sollte Hardenberg als Großvoigt und Präsident der Kloster=Raths=Stube mit einem nicht grade glänzenden Gehalt, aber als Wirklicher Geheimer Rath angestellt werden. Hardenberg, der nach einer vollkommenen Selbständigkeit strebte,

cru pouvoir accepter, mais celles de Mgr. le Duc de Bronsvic me parvinrent d'une façon si gracieuse et de la part d'un Prince, que j'avois toujours aimé et respecté à si juste titre, que je ne pus me défendre d'y prêter attention.

1) „So lange beyde (Eheleute) leben, oder, da er sie überleben würde, soll sein ältster der Mutter in den Stammhäusern succedirender Leibeserbe, sobald solcher das 16. Jahr zurückgeleget hat, hier im Lande bleiben und verbleiben, und solchergestalt sich niederlassen, daß man dieses Fideicommiß mit seinen Einkünften in der Folge würcklich, wie sichs gebühret, in dem Besitz und Genuß eines in unseren Landen wohnenden Unterthans sehe und finde." Resc. vom 10. April 1782.

fühlte sich dadurch nicht befriedigt. Wir lernen bei diesen Verhandlungen die inneren Verhältnisse des Herzogthums näher kennen. Hardenberg bemerkt, der Kloster-Rath versammele sich immer nur einmal in der Woche und eben nur zur Verwaltung der Klöstergüter. Die Großvoigtei sei der Finanzkammer und anderen Dikasterien unterworfen und erfordere seine Anwesenheit in Wolfenbüttel nur alle drei Monate. Besonders die Unterordnung unter die Domainenkammer war ihm widerwärtig. Er wünschte nur mit dem Herzog selbst, wie er sagt, Communikation zu haben und erinnerte ihn an die Aussicht die er dem Landcomthur eröffnet habe, ihm Sitz und Stimme in dem geheimen Raths-Collegium zu geben, in welchem man alle Staatsgeschäfte unter der persönlichen Direktion des Fürsten selbst behandle. Der Herzog erwiderte, er betrachte ihn als den Mann, auf dem in kurzem seine vornehmsten Angelegenheiten beruhen würden; ohne Lärm und Mißtrauen zu erregen, werde er ihn in Kenntniß von allen Geschäften zu setzen wissen. In einer beiliegenden ausführlichen Erklärung bewilligt er ihm Unmittelbarkeit seiner Berichte, wie als Großvoigt, so auch als Kloster-Raths-Präsidenten; allein die Hauptforderung, ihm den Eintritt in das geheime Raths-Collegium zu gewähren, lehnte er ab. Er bemerkte, daß da doch auch nur eine Anzahl specieller Gegenstände vorkämen und der Rang eines Geheimen Rathes dadurch nicht berührt werde.

Diese Entscheidung schien dadurch annehmbar zu werden, daß auch der Geheime Rath Feronce von Rosencreuz, ohne Zweifel der wirksamste Mann im Herzogthum, doch nicht Mitglied des geheimen Raths-Collegiums war. Allein Hardenberg beruhigte sich damit nicht; er erinnerte: das Vertrauen, das der Herzog diesem würdigen Manne schenke, mache denselben zum ersten Minister des Landes: er stehe über dem geheimen Raths-Collegium. Allein in diesem Collegium würden doch auch gewiß die allgemeinen Angelegenheiten berathen; er für seine Person müsse den Eintritt in dasselbe fordern, denn sonst würde er nur Titular-Geheimer-Rath werden; seine übrigen Funktionen würden ihn zu dem Range

eines Wirklichen Geheimen Rathes nicht berechtigen. Auch die Auskunft über die Großvoigtei genügt ihm nicht; denn nur ihm selbst persönlich werde dadurch Unmittelbarkeit gesichert; das Geschäfts-Personal aber bleibe der Finanzkammer untergeordnet, sowie die Geschäfte selbst.

In seinen vertraulichen Briefen erklärt Hardenberg sich entschlossen, die Verhandlungen lieber abzubrechen, als in Bezug auf den Eintritt in das geheime Raths-Collegium nachzugeben. „Ich will nicht ein gemalter Minister sein; die ganze Welt würde mich verdammen, wenn ich unter diesen Auspicien in den Dienst des Herzogs von Braunschweig träte. Die schönen Worte, die man mir giebt, die unbestimmten Hoffnungen, die man mir macht, sind doch nicht geeignet, mich zufrieden zu stellen[1])." Bei diesen Differenzen hielt Hardenberg für das Beste, sich persönlich nach Braunschweig zu begeben. Und hier gelangte er denn wirklich zu seinem Zwecke. Er erhielt Sitz und Stimme in dem Geheimen Rath; der Landcomthur sagte ihm wohl, noch nie sei man einem Manne in Braunschweig so entgegengekommen, wie ihm.

Hardenberg war nun zufrieden und trat in die Stellung ein, nachdem die Entscheidungen in Copenhagen günstig ausgefallen waren. Vom Mai 1782 ist eine Verfügung des Herzog datirt, in welcher der Kloster-Rath bedeutet wird, wenn sich der neue Präsident in dem Collegium einstelle, demselben den ihm gebührenden ersten Platz an der rechten Seite der Tafel einzuräumen und ihm die schuldige Folge zu beweisen.

Wäre Hardenberg im hannoverschen Dienst geblieben, so

1) ... Il me paroît que je n'ai pas lieu de me promettre beaucoup de confiance de tout ceci et je suis très-décidé de rompre plutôt que de céder par rapport à la place dans le conseil privé. Je ne veux pas être un ministre en peinture, et vous sentez bien que tout le monde me condamneroit, si j'entrois sous de tels auspices dans le service du Duc de Bronsvic. Les espérances pour le futur ne sont point de nature à me contenter et les belles promesses vagues non plus. Mon dessein est de me rendre à Bronsvic selon la proposition de Mr. de Féronce et je souhaiterois ardemment de pouvoir vous parler avant que d'entrer en conférence avec le Duc et lui.

würde er sein ganzes Interesse mit dem des Kurfürstenthums identificirt haben. Indem er dergestalt die jüngere, aber mächtigere Linie des welfischen Hauses verließ, riß er sich von einer Politik los, deren Charakter auf einer Verbindung Englands und Hannovers beruhte, aus welcher Gemeinschaft sich Gesammtgesichtspunkte entwickelten, die in der Weltstellung des Königreiches begründet, doch auch Hannover umfaßten. In den Dienst der älteren minder mächtigen Linie übertretend, gesellte er sich dem Fürstenhause zu, welches die gemeindeutschen Interessen stets im Auge gehabt und sich von jeher zu Preußen gehalten hatte. Seine Direction wurde wesentlich eine andere, in die er dann wohl auch Hannover hinüberzuziehen trachtete, wie sich das sogleich bei dem nächsten Anlaß, der Errichtung des Fürstenbundes auswies.

Siebentes Capitel.

Antheil Hardenbergs am Fürstenbunde.

Es war überhaupt nicht ein gewöhnliches Dienstverhältniß, in welches Hardenberg zu dem Herzog von Braunschweig trat; es war, man möchte sagen, eine Allianz zwischen ihnen. Der dänische Dienst hätte für Hardenberg umfassendere Aussichten dargeboten; aber es entsprach den beiderseitigen Interessen, daß der Herzog ihm Anerbietungen machte und Hardenberg sie annahm. Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig entwickelte als Landesfürst achtungswürdige Eigenschaften. Gleich im Anfang seiner Regierung hat er durch eine strenge Oekonomie die unter seinem Vater bis zu einer unerträglichen Höhe gestiegenen Schulden großentheils getilgt. Er erschien als ein Reformer im Lande. Noch als Erbprinz hatte er Lessing, durch einige Stellen seiner antiquarischen Schriften für ihn gewonnen, nach Wolfenbüttel gezogen; er nahm Antheil an der literarischen Bewegung dieser für die deutsche Cultur entscheidenden Epoche. Friedrich II. von Preußen bewies ihm, wie seine Correspondenz mit ihm zeigt, ein unerwartet großes Vertrauen. Der Herzog galt für einen der besten Generale aus der Schule Friedrichs und stand noch im activen Dienst. Er war militärisch pünktlich und streng: aber zugleich fein und für verwickelte diplomatische Geschäfte geeignet. Er zeigte sich sehr arbeitsam, selbst in den kleinen Geschäften; und man wunderte sich nur, daß sie ihm genügten. Er wußte zu sprechen und zu schreiben; man bemerkte, daß er bemüht war, sich allezeit gut auszudrücken. Er hatte den Ehrgeiz, keinem

Tadel in dem, was er vornahm, ausgesetzt zu sein, mehr umsichtig, zurückhaltend, als unternehmend und zuverlässig; für alle Bestrebungen des Jahrhunderts offen, ohne sich der einen oder der anderen hinzugeben. Eine allgemein bedeutende Stellung gewann er schon damals durch sein Ansehen an dem preußischen Hof, so daß man meinte, es würde nur auf ihn ankommen, um nach dem Tode des großen Königs die Zügel zu ergreifen. Ihm selbst lag das fern, er hat nie einen Versuch dazu gemacht. Souveräner Herr in seinem Lande, erschien er doch in Berlin als ergebener Diener der höchsten Gewalt, die er selbst zu dirigiren nicht den Anspruch machte. In den Angelegenheiten des Reiches an sich, wie es das Verhältniß seiner Macht mit sich brachte, ohne entscheidende Gesichtspunkte, aber sehr fähig, solche zu fassen, widmete er den Entwürfen, mit denen man sich damals trug, den Umgriffen des kaiserlichen Hofes eine Conföderation der Stände zu gemeinschaftlichem Schutz entgegen zu setzen, die in den Fürsten seiner Machtsphäre entstanden waren, ursprünglich wenig Theilnahme. Er hielt die Pläne, wie sie formulirt wurden, für chimärisch und unausführbar. Da trat ihm nun Hardenberg zur Seite.

Für Hardenberg war es ein Gewinn, daß er durch die Vermittlung des Herzogs der dänischen Verpflichtungen entledigt wurde; daß er in der Mitte seiner Familie, seiner Freunde, in der Nähe seiner Güter eine Stellung erhielt. Als er im Jahre 1783 nach Braunschweig kam, trat er als großer Herr daselbst auf. Es machte Eindruck, wie er und seine Gemahlin in besonderen Wagen mit prächtiger Bedienung, jedem ein Läufer voran, ausfuhren. In dieser Weise war sein Hauswesen eingerichtet. Es war neben dem herzoglichen das glänzendste in Braunschweig. Wie er selbst, so nahm auch seine Gemahlin an den gesellschaftlichen Festlichkeiten des Hofes einen seinem Range angemessenen Antheil. Der Herzog war nicht selten sein Gast. Und wohl entsprachen die administrativen Geschäfte, die ihm übertragen waren, seinen Neigungen und Kenntnissen. Zugleich aber nährte er einen weiter

strebenden Ehrgeiz; von bestimmten Ueberzeugungen über die Ziele und Zwecke, welche die Politik von Deutschland verfolgen sollte, sowie über die Stellung, welche das Braunschweigische Haus beider Linien in Deutschland zu nehmen hatte, belebt, fand er in den angeregten Fragen Gelegenheit, denselben Raum zu machen. Die Uebergriffe Kaiser Josephs II., die in dem Versuche, Baiern gegen die Niederlande einzutauschen, ihren Höhepunkt erreichten, erweckten in ihm die alten Ideen, die er einst im Jahre 1778 bei einem ähnlichen Anlaß gehegt hatte. Wollte man den Gedanken, durch den er von den anderen deutschen Staatsmännern in den mächtigeren Ländern sich unterschied, näher angeben, so ging derselbe dahin: daß ihre Pflicht sei, den König von Preußen in der Opposition, die er gegen Oesterreich mache, zu unterstützen, um die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und nicht selbst vom Kaiser erdrückt zu werden. Noch ehe er von dem, was am preußischen Hofe in dieser Beziehung vorging, Kunde hatte, wendete er sich mit einer Eingabe an den Herzog, die der preußischen Politik von der anderen Seite her entgegenkam. Es ist die erste eigentlich politische Arbeit von seiner Hand, die uns vorliegt und dadurch merkwürdig, daß sie eine Intention kundgiebt, welche bei Hardenberg in seiner ganzen Laufbahn maßgebend geblieben ist.

Darin erinnert er den Herzog an die Vorgänge des Jahres 1778; eine Epoche, in welcher ein entsprechender Entschluß von Hannover den Angelegenheiten eine andere Wendung hätte geben können. Man würde damals eine bei weitem durchgreiferende Entscheidung der obschwebenden Fragen, als sie in dem Teschener Frieden erlangt worden sei, haben erreichen, man würde die kaiserliche Autorität in unübersteigliche Schranken haben einschließen können. Doch sei noch nicht Alles verloren. Auf seiner Reise hatte ihm das A E I O U, das ihm in Oesterreich in den Städten oft begegnete: Austriae est imperare orbi universo viel Eindruck gemacht; ein Spruch, der durch das weitere Vordringen dieses Hauses im Reiche, noch erfüllt werden könne. Noch aber hielt

er es für möglich, Dem durch eine Verbindung der norddeutschen Fürsten entgegenzutreten; er wünsche, sagt er, keine gewaltsamen, die Sicherheit der eintretenden Staaten selbst gefährdende Maßregeln; Mäßigung und Umsicht müsse Alles leiten. Nur zu wahrscheinlich sei es, daß man noch weitere Veränderungen erleben werde; wäre einmal der Widerstand des Königs von Preußen unterdrückt, so würde kein anderer mehr möglich sein, noch immer könne der Plan Karls V. wieder aufgenommen werden; man müsse einem solchen die vereinigten Kräfte der Häuser Brandenburg, Braunschweig, Sachsen, Hessen entgegensetzen. Jedes Wort zeigt, wie sehr die großen Kämpfe des sechszehnten Jahrhunderts auf das achtzehnte zurückwirken. Ohne unmittelbare Rücksicht auf die Religion dienten doch die Handlungen des schmalkaldischen Krieges gewissermaßen zum Vorbilde und die damaligen Unglücksfälle zur Lehre. Hardenberg meint, man müsse sich zu gemeinschaftlichen Grundsätzen und der Vertheidigung derselben nach einem bestimmten Plane vereinigen. Aber die Frage ist, fährt er fort, wie man zu einem solchen Plane gelangen könne. „Von Ew. Durchlaucht kann er nicht kommen; es hieße sich kompromittiren, wenn man in einer so schwierigen Sache vorangehen wolle; man kann nicht hoffen, daß der Gedanke in Hannover oder in Dresden gefaßt wird; er muß von dem König von Preußen kommen. Wenn Ew. Durchlaucht ermächtigt würden, in England und in Hannover einen bereits fertigen Plan mitzutheilen, so wird die Sache vielleicht ausführbar sein." Er rechnet darauf, daß in England jetzt eine andere Stimmung herrsche als früher; auch in Hannover sei kein Gemmingen mehr[1]). Wer aber, heißt es weiter, soll die Kosten bezahlen? Der König von Preußen allein ist reich. Sachsen erhebt sich mit Mühe wieder. Hannover hat Nichts. Wenn man sich zum Theil für Holland bewaffnete — soeben waren die Scheldeirrungen zwischen dem Kaiser und den Holländern zum Ausbruch gekommen — würden sie nicht auch Subsidien zahlen müssen? An Geld fehle es ihnen nicht.

1) Gemmingen war 1783 gestorben.

Wir haben hier einen eigenthümlichen auf den Eindrücken der politischen Lage beruhenden Plan vor uns, dessen Kern darin besteht, eine Verbindung zwischen Holland, England und Preußen, auf diesem Grunde aber eine Vereinigung der größeren norddeutschen Staaten mit Preußen im Gegensatz gegen die österreichischen Uebergriffe zu Stande zu bringen.

Ganz unveranlaßt war diese Eingabe doch nicht. Der Herzog hatte wissen wollen, inwiefern es den Reichsständen erlaubt sei, sich zur Vertheidigung ihrer Rechte zu bewaffnen. Darüber hat dann Hardenberg, der sich gern mit reichsrechtlichen Studien beschäftigte, einen besonderen Aufsatz abgefaßt [1]). Er geht dabei von dem Landfrieden von 1548 aus, durch welchen Karl V. alle Gewaltsamkeiten und jeden zu solchen aufgerichteten Bund bei Strafe der Acht verboten habe. Das werde nun zwar im allgemeinen durch den westfälischen Frieden bestätigt; allein dabei doch das Recht der Fürsten, unter sich und mit Auswärtigen Bündnisse zu schließen, erneuert, nur mit der Maßgabe, daß dadurch das Reich selbst nicht in Gefahr gerathen dürfe. Wie nun das Recht der Bündnisse, so sei auch das Recht der Waffen den Fürsten im westfälischen Frieden zugesichert worden, immer mit Vorbehalt der Sicherheit des Reiches. Nun aber sei auch der Kaiser durch ähnliche Verpflichtungen in Bezug auf Bündnisse, Krieg, Durchzüge gebunden und es sei vollkommen gesetzlich, daß man sich ihm, selbst die Waffen in der Hand widersetze, sobald er die Sicherheit des Reiches gefährde oder die Fundamentalgesetze desselben überschreite. Denn auch in dem Landfrieden werde der Widerstand im Fall eines Angriffes vorbehalten. Auch in dem westfälischen Frieden werde den durch eine Verletzung desselben Benachtheiligten gestattet, wenn alle Versuche eines gütlichen Austrages drei Jahre hindurch vergeblich geblieben seien, die Waffen zu ergreifen. So könne man die Religion selbst vertheidigen und sich gegen Verweigerung der Justiz schützen.

1) Précis succinct des droits des Etats de l'Empire par rapport aux armes et aux traités. S. Anhang.

Gleichviel, ob durch die Deductionen Hardenbergs überzeugt oder auch nicht, ging der Herzog auf dessen Anträge ein. Er theilte ihm die aus Berlin zugegangenen einschlagenden Schriftstücke mit, und auf der Stelle machte sich Hardenberg auf den Weg, um in Hannover die Durchführung seiner Pläne persönlich einzuleiten.

Was ihm dabei am meisten zu Statten kam, war die Anwesenheit des Herzogs von York, Friedrich, des zweiten Sohnes Georg III., der damals Fürst-Bischof von Osnabrück war und in Deutschland residirte. Der Herzog von York war kurz vorher in Wien gewesen und hatte sich mit der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Hof mit umfassenden Eroberungsabsichten umgehe. Auf das Lebendigste nahm auch er an den Besorgnissen Theil, welche die Schritte des Kaisers in Holland erregt hatten. Der dort überhand nehmende französische Einfluß war ihm persönlich zuwider. Es kostete Hardenberg, der ihn vorlängst kannte und sein Vertrauen besaß, wenig Mühe, ihn ganz für sich zu gewinnen. Mit einander begaben sie sich dann zu dem leitenden hannoverschen Minister Busche[1]. Sie fanden ihn leidend und im Bett. Die Sache, die sie ihm vortrugen, war ihm jedoch nicht vollkommen unbekannt. Soeben war vielmehr ein Schreiben von Berlin eingetroffen, in welchem an lebhafte Klagen über die Umgriffe des Kaisers die Anfrage geknüpft wurde, „ob man in Hannover nicht geneigt sei, im Bunde mit dem König von Preußen und anderen patriotischen Reichsfürsten durch gemeinschaftliche Maßregeln sowohl auf dem Reichstage als auch mit anderen kräftigeren Mitteln denselben entgegenzutreten[2].

In Hannover war man sehr bereit zu gemeinschaftlichen Schritten an dem Reichstage; aber die andere Seite der Anfrage, welche die kräftigeren Mittel betraf, flößte Besorgniß ein. „Das Ministerium", sagte Hardenberg, „ist noch immer so schwach,

1) Ernst August Wilhelm von Busche, hannoverscher Minister 1773—91.
2) A. Schmidt, Geschichte der preußisch deutschen Unionsbestrebungen seit der Zeit Friedrichs des Großen. S. 143.

wie im Jahre 1778. Seine Principien sind noch immer dieselben; den Distinktionen der Publicisten gemäß hält es zwar an dem Recht der Waffen fest, jedoch nur für den Fall, daß ein Stand in seinen Staaten wirklich angegriffen ist". Hardenbergs Meinung dagegen war, daß man auch verderblichen Anschlägen widerstehen und die Waffen ergreifen könne, sobald der Kaiser die Verfassung offen verletze. Sonst werde sich ein unternehmender und ehrgeiziger Kaiser wahrhaftig nicht im Zaum halten lassen.

Man hatte in Hannover überdies die Meinung, der König von Preußen werde das neue Bündniß zu seinem besonderen Vortheil mißbrauchen. Hardenberg erinnerte: daß, wenn der König ein Interesse habe, mit seinen Nachbarn verbunden zu sein, so sei es auch das Interesse der Stände, die Macht des Hauses Brandenburg als das einzige Gegengewicht im Reiche aufrecht zu halten. Nur Bussche selbst gab diesen Vorstellungen Gehör. Gegen die übrigen Minister wagte Hardenberg seine Erörterungen gar nicht vorzubringen. In der Antwort, die sie gaben, ist denn auch nur von Anwendung der für die Erhaltung der Reichsverfassung zweckmäßigen Mittel die Rede [1]). Um so erwünschter war es nun, daß der Herzog von York kein Bedenken trug, die Sache in dem Lichte, wie sie Hardenberg begriff, seinem Vater vorzustellen [2]). Gleich bei seiner Rückkehr von Wien hat er demselben geschrieben: der Kaiser gehe ohne Zweifel mit

1) A. Schmidt a. a. O. S. 143 ... S. Maj. von Großbritannien werde mit dem König von Preußen „über die Nothwendigkeit, für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, Gesetze und Friedensschlüsse alle Sorgfalt und alle zweckmäßigen Mittel anzuwenden, völlig gleiche Gesinnungen hegen."

2) My ideas, which I had the honour of writing to Your Majesty upon my return from Viena, are very found: that the emperor had some great project in view, which was not then ripe, but what, when ready, would show, how unbounded his ambition is. Secondly that this project is not a new one; it is the great point, to which all his views ever, since he mounted to the throne, have tended. — — The Keeping up the constitution of Germany depends wholy upon the balance of power between the King of Prussia and the emperor. Der undatirte Brief muß noch in den Februar 1785 fallen.

einem großen Entwurfe um, der noch nicht reif sei, aber der Welt zeigen werde, wie weit über alle Schranken hinaus sein Ehrgeiz reiche. Jetzt, fügte er hinzu, habe sich diese seine Voraussetzung bereits erfüllt. Der Kaiser trete mit einer Absicht hervor, welche er seit seiner Thronbesteigung am meisten im Auge gehabt habe; er wolle Baiern gegen die Niederlande, die dann ein Königreich Austrasien oder Burgund bilden sollten, austauschen. Dem Herzog von Zweibrücken werde eine Ausstattung von einigen Millionen versprochen, wenn er es zugebe. Zugleich aber bedrohe man ihn, falls er sich weigere. Die Kaiserin von Rußland sei mit dem Plane einverstanden, und der König von Frankreich nicht dagegen; Deutschland nur auf sich selbst angewiesen. Sein Vater würde sich in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover Tadel zuziehen, wenn er nicht zur Vertheidigung der Reichsverfassung mit anderen Fürsten gemeinschaftliche Sache mache; er möge bedenken, daß die Verfassung von Deutschland auf dem Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen beruhe [1]).

Schon war auch in London von der Sache die Rede gewesen. Der dortige preußische Gesandte, Graf Lusi, war von Friedrich beauftragt worden, zu erforschen, ob der König von England nicht zu bewegen sei, als Kurfürst von Hannover im Verein mit ihm und anderen deutschen Fürsten, sich den für das Gleichgewicht im Reiche so gefährlichen Arrondirungsabsichten des Wiener Hofes zu widersetzen. Lusi wendete sich an den hannoverschen Minister des Königs, Alvensleben, der dann nicht allein von der Geneigtheit des Königs auf den Antrag einzugehen Kunde gab, sondern zugleich eine Zusammenkunft der Minister von Sachsen und Hannover mit den preußischen, um die Sache zu Ende zu führen, in Vorschlag brachte. Die Erklärungen Alvenslebens gingen über die von dem hannoverschen Ministerium gegebenen in Wahrheit noch nicht hinaus. Er meinte, wie dieses, der Herzog von Zweibrücken möge sich am Reichstage über die Anmuthungen des Kaisers beschweren, durch welche

1) Vergl. Die deutschen Mächte und der Fürstenbund I. S. 227.

die Hausverträge der pfälzischen Fürsten unter einander gefährdet werden, worauf denn eine Verbindung der drei Kurfürsten über die zweckmäßigsten Mittel, dem Einhalt zu thun und die deutschen Fürsten überhaupt zu sichern, folgen könne[1]). Im Gespräch mit Lusi bestätigte König Georg die Aeußerungen seines Ministers und bezeigte seinen Beifall über den patriotischen Eifer des Königs von Preußen. In dem Briefe an seinen Sohn ging er selbst noch weiter heraus. Er sagte, das Königreich England sei nicht im Stande, sich in einen Krieg einzulassen; aber in seiner Eigenschaft als Kurfürst werde er, der König, ohne Bedenken an der Vertheidigung des Reiches in Verbindung mit anderen großen Häusern Theil nehmen. Also doch eine Andeutung, obwohl nur eine unbestimmte, daß man im Nothfall auch zu den Waffen greifen würde[2]).

So faßte das auch Hardenberg auf, dem der Herzog von York den Brief seines Vaters zufertigte. Er fand die Antwort der von ihm gefaßten Absicht durchaus entsprechend[3]); mit den soeben eingelaufenen preußischen Anträgen traf die Erklärung Georg III. nicht in jedem einzelnen Punkte, aber im allgemeinen zusammen. Man konnte nun ernstlich zu einer Vereinbarung schreiten. Hardenberg, an sich ein Anhänger Hertzbergs, mißbilligte doch einige der wichtigsten Artikel, die dieser aufgenommen hatte[4]). Aber man beeiferte sich, alle Anstände zu heben, zumal

1) . . . qu'en conséquence de cette demande V. M. et les électeurs de Saxe et d'Hannovre s'accordassent ensemble sur les moyens les plus propres, de mettre en sûreté pour le présent et pour l'avenir non seulement les états de l'électeur Palatin, mais encore ceux de tous les autres Princes d'Allemagne ainsique la liberté et la constitution de l'empire, , . . Schmidt, a. a. O. S. 186.

2) Schmidt a. a. O. S. 186.

3) J'ai reçu avec une satisfaction bien vive la réponse tout à fait favorable de Sa Majesté Britannique, que V. A. R. a daigné me communiquer par une estaffette.

4) Man lernt ihn in jenen reichsrechtlichen Deduktionen, deren wir gedachten, kennen. Indem er die Hertzbergschen Entwürfe, die er nun erst kennen lernte, im allgemeinen annahm, machte er doch auch einige Einwendungen

da die Sache trotz der beschwichtigenden Erklärungen des Kaisers noch immer sehr dringend erschien. Die Zusammenkunft fand wirklich Statt, in der dann der Unionsvertrag zu Stande gebracht worden ist. Nicht allein die Mittheilungen Hardenbergs, die Erinnerungen des Herzogs von York sind es gewesen, was den König Georg, Kurfürst von Hannover, bestimmte, sich in einem, seinem früheren Verhalten nicht entsprechenden Sinne zu entscheiden. Das Meiste trug die Lage der allgemeinen Angelegenheiten dazu bei. England fürchtete unaufhörlich eine Allianz zwischen Frankreich und Holland zur nochmaligen Erneuerung des abgebrochenen Seekrieges. Es war gegen Oesterreich, weil diese Macht mit Frankreich in der engsten Allianz stand, und für Preußen, weil dessen Einfluß auf Holland ihm in einem entgegengesetzten Sinne zu Statten kommen konnte[1]). So hat sich der Herzog von York in einem Briefe an Hardenberg sehr ausdrücklich erklärt[2]). Auch

dagegen, die nicht ohne Belang sind. Hertzberg hatte in seinem ersten Entwurf vom Ende des Jahres 1784 unter den Zwecken der Association unter anderem die Durchführung der Rekurse gegen einige in den Reichsgerichtshöfen wider sie ergangene Sentenzen, ferner die Frage, in wie weit die Säcularisation von Klöstern, welche von katholischen Fürsten vorgenommen werde, auf deren in protestantischen Ländern belegene Pertinenzien Anwendung finde, endlich die Ausschließung des Reichsadels von den Erzbisthümern und Bisthümern durch mächtige Reichsfürsten namhaft gemacht. Hardenberg erklärt sich in seiner Correspondenz mit dem Herzog von Braunschweig gegen alle diese Punkte; denn bei den Rekursen sei der Rechtspunkt oft sehr zweifelhaft. Ebenso leuchte doch nicht ein, inwiefern der westfälische Friede die weltlichen Oberherren eines zu Klöstern, die man jetzt säcularisire, gehörenden Gebietes berechtige, diese als herrenlose Besitzthümer selbst einzuziehen. Endlich die Absicht, die großen katholischen Häuser von den Beneficien der Kirche auszuschließen, würde man nie erreichen. Er hielt dafür, daß man einfach bei der Behauptung der Constitution des Reiches, wie sie durch den westfälischen Frieden festgestellt sei und deren Vertheidigung gegen jedweden Angriff stehen bleiben müsse. Auch gegen die späteren Schreiben und Entwürfe Hertzbergs machte er einige Einwendungen. Die politischen Anschauungen des preußischen Ministers fanden immer ihre Kritik in Braunschweig, so sehr auch Hardenberg sonst zu den Verehrern Hertzbergs gehört.

1) Vergl. über diese Verhältnisse die Deutschen Mächte I. S. 240.

2) Il me parait cependant que c'est l'intérêt également de la Prusse que de l'Angleterre de tâcher de diminuer le pouvoir de la France en

Hardenberg selbst war dieser Meinung. Sein Verdienst ist es allemal, den Augenblick ergriffen zu haben, in welchem eine Annäherung zwischen England-Hannover und Brandenburg-Preußen möglich war. Ohne begünstigende Umstände wird der Diplomat nie etwas erreichen. Hardenbergs Interesse aber blieb doch allezeit ein recht eigentlich deutsches. Seinen Deductionen und mündlichen Erörterungen wird es hauptsächlich zuzuschreiben sein, daß man, hannoverscherseits, auf eine eventuelle Anwendung der Waffen, wenn durch andere Mittel nichts zu erreichen sei, eingegangen ist.

Der Herzog Karl Wilhelm selbst war nicht immer leicht zu behandeln; er glaubte, damals bei der Besetzung der Inspection von Magdeburg von König Friedrich verletzt zu sein. Hardenberg beschwor ihn, an der einmal ergriffenen Politik dennoch festzuhalten. Auf die Ausdehnung der Unterhandlungen nach den süddeutschen Höfen hat er keinen wesentlichen Einfluß ausgeübt.; aber in dem Kreise, den er sich gezogen, war er unermüdlich thätig. Bei den definitiven Verhandlungen in Berlin, bei denen nicht der Entwurf Hertzbergs, sondern ein von den hannoverschen Ministern eingebrachter zu Grunde gelegt wurde [1]), kam es zu Bestimmungen, die seinen Vorstellungen, namentlich denen, die er in Hannover gemacht hatte, entsprachen.

In dem geheimsten Artikel wurde nun auch die Truppenzahl, die man gemeinschaftlich aufstellen wollte, zwischen den drei Kurhöfen näher bestimmt [2]). Dann aber erhob sich für die minder mächtigen Höfe, namentlich für Braunschweig, eine große Schwierigkeit.

Hollande. Car le moment qu'il y aura une guerre, il est naturel de supposer que la France se declarera pour l'Empereur; si alors les Hollandais les joignent, il sera fort difficile pour l'Angleterre de faire tête aux flottes de ces deux nations ensemble et il lui sera totalement impossible de donner aucune assistance au Roi de Prusse. Brief vom 23. Juni 1785.

1) Die deutschen Mächte I. S. 230.

2) Die deutschen Mächte I. S. 234.

Noch in der Abtragung der Schuldenlast begriffen, die auf dem Lande lag, und darüber durch besondere Vereinbarungen mit seiner Landschaft gebunden, erklärte es Karl Wilhelm Ferdinand für schlechthin unmöglich, eine neue Verpflichtung über sich zu nehmen. Er hatte mit Hannover eben in Bezug auf seine Schulden einen Subsidienvertrag, der noch eine Zeitlang dauern sollte, abgeschlossen und machte nun den Versuch, diesen auf eine solche Weise umzugestalten, daß ihm die Aufstellung und Erhaltung eines selbständigen Truppencorps möglich gemacht würde. In Hannover aber hatte man den strengen Befehl, auf eine Vereinigung des Subsidientraktates mit der neuen Union nicht einzugehen. Sollte nun der Herzog den Beitritt zu derselben, die doch zum Theil sein Werk war, am Ende verweigern? Es wäre für ihn und für Hardenberg sehr empfindlich gewesen. Er unterschrieb endlich den Vertrag, die geheimen und auch die geheimsten Artikel, aber mit dem Vorbehalt, daß bei der Festsetzung seines Contingents die Bestimmung darüber immer von seinem eignen Ermessen abhängig bleiben sollte.

Man sieht, wie es nur eine geringe Befriedigung für den hochstrebenden Staatsmann sein konnte, in dieser beschränkten Enge unter dem Druck alter Schulden zu arbeiten. Auch in den eigentlich inneren Verhältnissen kam das zu Tage.

Achtes Capitel.

Schul-Directorium.

Es würde nicht weit führen, der Theilnahme Hardenbergs an kleinen Auseinandersetzungen mit den Nachbarn, z. B. in Bezug auf die Bergwerke nachzugehen. Aber es ist auch unmöglich: die Archive des Landes bieten darüber nichts dar. Dagegen liegen über einen Gegenstand von allgemeinstem Interesse, den Hardenberg als braunschweigischer Minister behandelte, Actenstücke vor, die einen Blick in seine Tendenzen zugleich und die ständischen Verhältnisse, mit denen er dabei in Conflict gerieth, eröffnen; wir meinen das Schulwesen, dessen Verbesserung damals die strebenden Geister in der Welt auf das Lebhafteste beschäftigte. Der Emil Rousseaus war erschienen und in aller Welt gelesen worden; allgemeinen Beifall fand der Versuch, die Erziehung von den gesellschaftlichen Zuständen, denen sie eben unterlag, unabhängig zu machen und sie wieder der Natur anzunähern. Auf ein bloße Reproduction des Vorhandenen mit allen seinen Unzuständigkeiten sollte es nicht mehr abgesehen bleiben. Man wollte die Jugend nach dem Begriffe des Allgemein-Menschlichen erziehen. Unmittelbar an Rousseau reihte sich Pestalozzi, dessen Schriften, in der Schweiz gedacht und ausgearbeitet, überall, wo man Deutsch sprach, die lebendigste Theilnahme erweckten. Vor Allem galt es dabei der Abwehr der engen bürgerlichen Verhältnisse in den Städten nicht allein, sondern auch auf dem Lande Die Mütter erscheinen, wie bei Rousseau, so auch bei Pestalozzi, in der vollen Größe

und Bedeutung ihres Berufes für die erste Erziehung bei dem einen und für die Haushaltung bei dem anderen. In Deutschland war ein analoges Bestreben verwandter Natur, aber doch von eigenthümlichster Art und Weise schon längst im Gange. Hier hatte es zugleich eine theologische und zwar kirchlich oppositionelle Richtung. Basedow hat noch in den Schulen der Wolf'schen Philosophie, inwiefern in derselben von der natürlichen Religion die Rede war, seinen Antrieb empfangen. Seine Schriften waren heterodoxen Inhalts: sie haben ihm selbst in Altona die Excommunication zugezogen. Dennnoch herrschte in dem protestantischen Deutschland das streng kirchliche System, wie es sich im sechszehnten und siebzehnten Jahrhundert gebildet hatte, in genauer Verbindung mit landschaftlichen und ständischen Einrichtungen ungebrochen vor. Es bestimmte das bürgerliche Leben; es war um so tiefer in die Gemüther gedrungen, da die Lehre gleichsam ein Moment der Freiheit enthielt und nur mit den größten Anstrengungen errungen worden war. Und da der Begriff das Ewige umfaßte, so war Unterricht und Erziehung der Jugend ausschließend darauf begründet; die Universitäten hielten ihn wissenschaftlich aufrecht; auf den gelehrten Schulen machte die Erlernung der alten Sprachen, die zur vollen Theilnahme an den theologischen so wie an den juridischen Studien und andern befähigten, den vornehmsten Gegenstand des Unterrichts aus. Die Volksschule erschien als ein kirchliches Institut; sie war der protestantischen Welt von Grund aus eigenthümlich und diente vor allem der Fortpflanzung der Religion in die aufwachsenden Geschlechter. Verschließen wir unsere Augen nicht gegen die hohe historische und moralische Bedeutung dieses Zustandes; denn fast das wichtigste Moment der Geschichte, so weit sie die lebenden Generationen berührte, lag in dieser Bildung des protestantischen Lebens an und für sich; der religiösen Idee in dieser Form wohnte eine seelenstärkende Kraft inne. Aber dabei waren doch die mannigfaltigsten Uebelstände zu bemerken, wie sie mit der Herrschaft einer ausschließenden Orthodoxie verbunden zu

sein pflegen. Die bedeutendsten Geister des Jahrhunderts haben sich in der Opposition gegen dieselbe durchgebildet. Basedow gehörte nicht in deren Reihe; aber er war ein Mann, der mit Entschlossenheit und mit dem heftigen instinktartigen Impuls, welcher nichts weiteres kennt als seine eigne Sache, die Absicht ergriff, die Erziehung der Jugend von diesem System zu emancipiren. Er meinte dem emporwachsenden Geschlecht eine freiere und genußreichere Jugend zu verschaffen, als die strenge Zucht der protestantischen Schule es bisher gestattete. Sein Unternehmen fand an den großen und fast noch mehr an den kleinen Höfen vielen Eingang; einer der kleinsten deutschen Fürsten, der Fürst von Dessau, war es, der ihm in seiner Hauptstadt ein Institut in seinem Sinne zu errichten gestattete und möglich machte. Das Philanthropin wurde fast weniger wichtig durch den Einfluß auf die Zöglinge als durch die gleichgesinnten Genossen der Arbeit, die sich an Basedow anschlossen. In der Geschichte der Pädagogik haben die Namen Campe, Salzmann, Trapp, Olivier, Wolke einen guten Klang. Diese gehörten Alle zu der Schule des Philanthropin.

Einer von ihnen, Joachim Heinrich Campe, der das meiste litterarische Talent besaß und zwar ein solches, das durch Popularität sich gerade bei der Jugend Einfluß verschaffte — für den Unterricht selbst ist es ohne Zweifel größer, als die Gabe Pestalozzis — war nun mit dem Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, seinem geborenen Landesherrn, bekannt, und hatte dessen Beifall gefunden. Das Gute hatten die kleinen Souveränitäten, daß sie Versuche der Neuerung in der Cultur des Volkes gestatteten und begünstigten. Dem Herzog selbst war daran gelegen, daß Campe seinen Aufenthalt in Braunschweig nehmen und hier einen Versuch zur Besserung des Schulwesens machen sollte. In dem Jahre 1785 erschien derselbe in der Hauptstadt, um Hand an das Werk zu legen, insofern ein Moment von Bedeutung, da die Veränderung des Unterrichtes, die im Philanthropin nur einen privaten Charakter gehabt

hatte, nunmehr zu einem öffentlichen gelangte, in einem deutschen Fürstenthum, das unter den mindermächtigen oben an stand. Man konnte sich dabei auf einige frühere Beschlüsse der Landstände beziehen. Der neue Minister des Herzogs, Hardenberg, widmete der Sache seine ganze Theilnahme. Auf die Gunst des Herzogs und des Ministers gestützt, nahm Campe einen rücksichtslosen Anlauf, seinen Ideen Bahn zu brechen. Aus dem historisch Gewordenen und gesetzlich Bestehenden sollte sich gleichsam im Laufe des Geschäfts unter der höchsten Autorität eine Veränderung hervorbilden, welche eine umgestaltete Zukunft verhieß. Man möchte Campe, wenn die Stellungen nicht allzu verschieden wären, mit Mirabeau vergleichen, welcher kurz nachher dem neuen König von Preußen eine durchgreifende Reform seines Staates nach den damals in Europa zur Herrschaft kommenden Ideen anrieth.

Der Entwurf Campe's auf dem ihm eigenthümlichen Gebiete, war nicht viel minder weitausgreifend; auf der einen Seite nahm er einen Umschwung der theologischen Studien in Aussicht; er trug darauf an, den wohlbekannten Doctor Bahrdt nach Helmstedt zu berufen und ihm die Leitung eines pädagogischen Seminars zu übertragen; dies werde zugleich die beste Vorbereitung zu den theologischen Studien bilden; freilich in ganz anderem Sinne, als diese Verbindung bis jetzt existire. Man würde wohlthun, das theologische Seminar in Riddagshausen zu diesem Sinne einzurichten und ein Erziehungsinstitut damit zu verbinden, um junge Männer theoretisch und praktisch zu bilden [1]). Für die Schullehrer fordert Campe Verbesserung der Besoldungen und angemessene Titulatur sowie Aussicht auf die einträglichsten geistlichen Aemter und andere Auf-

1) Um brauchbare Schulmänner in erforderlicher Anzahl zu bekommen, müßte a) das ganze bisherige, in hohem Grade zweckwidrige theologische Studium nach dem neulich entworfenen in den meisten Stücken vortrefflichen Plane des Dr. Bahrdt umgeändert werden; b) es müßte ein Mann von Bahrdt's Talenten, Einsichten und Activität nach Helmstedt berufen werden, welcher einige schwer zu besetzende Fächer dieses Planes ganz ausfüllen könnte.

munterungen. In den Schulen selbst sollen die classischen Autoren nur auszugsweise gelesen werden; denn neben dem Guten, was sie enthalten, finde sich darin auch vieles Unwahre, Unnütze Sittenverderbende. Die Schulbücher müsse man nach einem Plan einrichten und zwar nach dem seines Revisionswerkes; Campe bringt die Einführung einer Schulencyclopädie, einer von den aufgeklärtesten Pädagogen ausgearbeiteten „vollständigen Folge von Schulbüchern, die gleich den Rädern einer Uhr in einander greifen", und zugleich eine Schulbuchhandlung in Vorschlag [1]). Sein Plan, der auf eine radikale Umgestaltung hinaus lief, war nicht ganz ohne Eigensucht. Die Educationsidee, mit der er sich trug, würde der Mittelpunkt der geistlichen Landesverfassung überhaupt geworden sein. Es ist von Interesse zu bemerken, wie nun Hardenberg, der die Absicht im Allgemeinen theilte, sich zu dem besonderen Plane verhielt. Den Gedanken, Bahrdt nach Helmstädt zu ziehen, verwarf er schon deshalb, weil dieser Mann von mancher schlechten Seite bekannt sei; davon aber war er durchdrungen, daß Campe bei der Umbildung des Unterrichts, wofür ohne Zweifel etwas geschehen müsse, ungemein gute Dienste leisten könne. Nachdem er mit einigen der angesehensten Männer in Braunschweig, dem Vicepräsidenten Jerusalem, dem Generalsuperintendenten Richter und dem Hofrath Mahner die Sache besprochen, schlug er dem Herzog vor, sie zu unternehmen und zu diesem Zweck, namentlich auch zur Abfassung der Schulbücher eine Commission niederzusetzen. Campe sollte als Schulrath in Braunschweig fixirt und durch Bewilligung einiger Vortheile für seinen Buchhandel belohnt, neben ihm Professor Trapp berufen werden mit einem kleinen Gehalt aus der Klosterkasse, den Campe aus dem Ertrag der Buchhandlung zu vergrößern verspreche [2]).

1) „Vorläufiger Entwurf dessen, was zu einer gründlichen, gänzlichen und fortdauernden Schulverbesserung erfordert wird." Original im Herzoglichen Landesarchiv zu Wolfenbüttel.

2) Unterthänigstes Pro Memoria Hardenbergs d. d. Braunschweig 24. Dec. 1785.

Einen bestimmten Charakter bekam der Vorschlag nach dem Tode des Vorsitzenden im Consistorium, Geheimen Rathes von Braun. Hardenberg meinte, daß man den Augenblick benutzen müsse, um die Durchführung der Schulverbesserung von dem Consistorium unabhängig zu machen; der Herzog möge ein förmliches Schuldirectorium einsetzen, dem nicht allein die Schulmänner durchaus, sondern auch die Geistlichen, insofern sie davon betroffen werden würden, subordinirt sein sollten [1]). In Hardenbergs Natur lagen überhaupt keine radicalen Tendenzen; er war weit entfernt davon die auf eine theologische Reform zielenden und die Verfassung der Kirche betreffenden Vorschläge Campe's zu billigen; aber durchaus in seinem Sinne war es, der Regierung eine unmittelbare, durch die Kirche nicht behinderte Action in Bezug auf den Unterricht zu verschaffen; dafür wollte er Campe's Sachkunde, Eifer und pädagogisches Talent verwerthen.

Ganz ohne gesetzlichen Anhalt war, wie berührt, dies Vorhaben nicht. Bei den letzten braunschweigischen Ständeversammlungen 1769 und 1775 war es als ein Landesdesiderium zur Sprache gekommen, daß die Schulen verbessert werden müßten, und zwar wie die gelehrten, so auch die Elementarschulen. Eine Commission zu diesem Zweck war bereits in Aussicht genommen; man hatte auch von der Einführung neuer Lehrbücher zum Unterricht für die Lehrer selbst, die für jede Schule anzuschaffen und in derselben aufzubewahren sein würden, gesprochen. Auf diese Aeußerungen der Stände, denen doch keine Folge gegeben war, gestützt, entschloß sich der Herzog, ohne weitere Rücksprache mit ihnen, zu einem entscheidenden Schritte. Wenige Tage nach der letzten Eingabe Hardenbergs, am 12. Juli 1786, erschien die fürstliche Verordnung, durch welche das Schuldirectorium eingerichtet und sämmtliche Schulen in den Städten und auf dem Lande der Aufsicht desselben ausschließlich unterworfen, die Geistlichen und Civilbehörden aber angewiesen wurden, seinen Anord=

1) Unterthänigstes Pro Memoria Hardenbergs, das Schulwesen betreffend vom 4 Juni 1786.

nungen in allem, was das Schulwesen betreffe, gehorsame Folge zu leisten. Auf eine solche Einrichtung waren nun aber die Absichten der Stände keineswegs gegangen. Die Landstände besaßen überhaupt viel Macht in Braunschweig und durch den Uebertritt des Herzog Anton Ulrich zum Katholicismus waren sie veranlaßt worden, grade die geistliche Landesverfassung unter ihre Obhut zu nehmen. Die finanziellen Anordnungen der letzten Regierung waren ihnen, da sie zur Deckung der Schulden herbeigezogen wurden, insofern zu Statten gekommen, als man festsetzte, daß die Stände nicht allein bei der Einführung neuer Steuern konkurriren, sondern daß überhaupt einige wenige Fälle ausgenommen, keine Steuern ohne ständische Bewilligung ausgeschrieben werden dürften[1]). Mit den Rechten der Stände waren die Befugnisse der einmal eingerichteten Behörden auf das Innigste verwebt. Den unangenehmsten Eindruck auf die Stände machte nun die Errichtung einer neuen, von allen anderen unabhängigen obersten Behörde zur Direction der Schulen im Gegensatz mit der bisherigen Unterordnung derselben unter das Consistorium. Und zugleich hob man das religiöse Moment mit Nachdruck hervor. Den meisten Widerspruch erweckte das Vorhaben, den Schulmeistern neue Lehrbücher in die Hände zu geben. Die bisherigen, sagte man, seien vollkommen übereinstimmend mit der Landesreligion, „den Lehren der unveränderten Augsburgischen Confession, dem corpus doctrinae Julium, der bestehenden Kirchen-Ordnung“; jetzt berufe man Männer, großentheils Fremde, welchen von dem allen keine Kenntniß beiwohne; in die Bücher, die sie verfassen würden, könne leicht etwas einfließen, was wider die angenommenen kirchlichen Doctrinen und Ordnungen laufe. Im Namen der Stände brachte das Schulcollegium in Erinnerung, daß auch durch die fürstlichen Assecurationen die Erhaltung dieses Zustandes gewährleistet werde, und stellte die Forderung auf, daß die neuen Lehrbücher vor ihrer Einführung der Prüfung des Consistoriums unterworfen werden sollten.

1) Dobbeler, Landständische Verfassung in Braunschweig. 1831. S. 33.

Diese Einreden hinderten nun nicht, daß nicht das neue Directorium in aller Form eingesetzt worden wäre. Am 3. October 1786 wurde die erste Sitzung gehalten, in welcher Hardenberg, der zum Präsidenten ernannt worden war, die Mitglieder in Eid und Pflicht nahm und über die Art und Weise der Geschäftsverwaltung, die Sitzungen, die alle Dienstag stattfinden sollten, die Expedition der Beschlüsse, die Registratur die nöthigsten Bestimmungen getroffen wurden[1]). Noch war alles vorläufig; Hardenberg hatte noch keine Instruction für die Mitglieder abgefaßt. Campe wurde ersucht, seine Gedanken über die Bücherreform mitzutheilen; ein anderes Mitglied, die Fragen aufzustellen, die man den Lehrern und ihren bisherigen Ephoren vorzulegen habe, um sich über den Zustand der Schulen zu unterrichten. Manche überaus merkwürdige, von dem Hergebrachten abweichende Entwürfe sind in Vorschlag gekommen. Aber die Hauptfrage war eine andere; sie betraf das gegenseitige Rechtsverhältniß der Stände und der Regierung. Es ist selbst für die spätere Laufbahn Hardenbergs wichtig zu bemerken, wie er sie behandelte. Wenn er dem Fürstenthum der kaiserlichen Gewalt gegenüber ein großes Maß von Autonomie zuschrieb, so meinte er auf der anderen Seite die landständischen Rechte, wiewohl er sie nicht in Abrede stellte, doch auch nicht weit um sich greifen zu lassen. Allerdings gab es Momente, in denen die landständische und kaiserliche Autorität einander zum Nachtheil des Fürstenthums unterstützten. An Pütter und Moser sich anschließend, stellte Hardenberg die Theorie auf, daß Landeshoheit und ständischen Rechte als zwei ursprünglich unterschiedene Momente einander gegenüberständen, die dann in den landständischen Verfassungen vermengt worden seien. Ob nun den Landständen eine Art von Mitregierung zustehe und wie weit

1) Actum praesentibus des H. G.-R. von Hardenberg-Reventlow Exc., der Herren Hofrath Mahner, General-Superintendenten Richter, Schulrath Campe, Professor Stuve, Professor Trapp, Conrector Heusinger et me secretario Bischof.

sich diese erstrecke, darüber war man eben streitig. Hardenberg erkennt an, daß die Einwilligung der Stände in allen die Steuern betreffenden Angelegenheiten unbedingt nothwendig sei; in anderen komme ihnen blos ein consultatives Votum zu. Man nenne sie die geborenen Räthe des Fürsten; auch seien sie das; der Fürst müsse sie in allen Angelegenheiten hören; aber er sei nicht gebunden, ihrem Rathe zu folgen, wenn er etwas Anderes für das Bessere halte. Die Voraussetzung gelte, daß den Ständen nichts gehöre, als was in ihren Privilegien ihnen ausdrücklich zugestanden sei. Würden sie eine Ausnahme von dieser Regel geltend machen wollen, so würden sie ihre Befugniß dazu bündig beweisen müssen. Wo aber und wann sei ihnen zugestanden worden, daß der Fürst kein neues Collegium errichten dürfe? Das geistliche Recht des Fürsten, mit dem die Schulsachen enge verbunden, leitet er aus dem Majestätsrecht, das aus der Landeshoheit fließe, und aus dem bischöflichen Rechte her, das aus der Reformation der Kirche entsprungen sei. Nirgends aber sei bestimmt, daß dies durch die Consistorien allein ausgeübt werden solle. Der Fürst sei vollkommen in seinem Recht, wenn er jetzt hierüber Verfügung treffe und ein Obercollegium zur Direction der Schulen bestelle. Nur in einem Falle könnte das Land sich beschweren dürfen, wenn nämlich die kirchliche Lehre beeinträchtigt würde. Das aber sei hier nicht der Fall. Er, der Minister, würde dem Herzog rathen, der Meinung der Stände zu folgen, wenn sie das nicht als ihr Recht in Anspruch nähmen; da aber dies geschehe, so müsse der Herzog um der Consequenzen willen an seinem Beschlusse festhalten und das Schuldirectorium nicht fallen lassen [1]).

1) Ich denke den Auszug aus diesem merkwürdigen Aufsatz in dem Anhang mitzutheilen. Hier führe ich nur die Schlußworte an: . . . „So sehr ich also Serenissimo unterthänigst anrathen würde, wenn die Stände ihre Einwendungen als geziemende Vorstellungen und Erinnerungen angebracht hätten, darauf Ihren Landesväterlichen Gesinnungen gemäs, alle mögliche gnädige Aufmerksamkeit zu richten und solche Veränderungen, die nützlich befunden werden, zu verfügen; so wenig getraue ich mir doch itzt, diesen Rath zu geben,

Das leuchtet nun wohl ein, daß den Tendenzen einer durchgreifenden Neuerung, wie sie sich vom Philanthropin nach Braunschweig ausbreiteten, bereits die Spitze abgebrochen war. Die Besorgniß war allgemein, daß dieselben „eine Revolution in der Kirche und in der gründlichen Gelehrsamkeit herbeiführen würden". Sie seien voll Gefahr „für die constitutionsmäßige Lehre, für die gründlichere Gelehrsamkeit und selbst für die Sittlichket der Jugend." Die Geistlichen seien voll Besorgniß, unter die Aufsicht von Männern zu gerathen, von denen ihre ganze Thätigkeit herabgewürdigt werde. Schon bemerke man auf der Universität, daß die Jugend streng wissenschaftliche Vorlesungen versäume und den unterhaltenden nachgehe. Damit sei eine Preßfreiheit verbunden, welche das Volk und die Jugend irre führe. Solle den Schriftstellern volle Freiheit zu behaupten, was ihnen gefalle, gegeben werden? Das Revisionswerk stimme mit den Wolfenbütteler Fragmenten, welche Lessing ein Decennium früher publicirt hatte, genau zusammen. Von großer Bedeutung ist doch diese in Braunschweig gewährte, wenngleich nur particulare Preßfreiheit. Die Fragmente, welche in Berlin die Censur nicht passirt hatten, sind in Braunschweig erschienen; die Stellung Lessings in seinen späteren Jahren beruht darauf. Alles, was an der kirchlichen Institution festhielt, gerieth dadurch in Aufregung; sie verdoppelte sich, als man wahrzunehmen glaubte, daß ähnliche Grundsätze durch die Einwirkung der fürstlichen Gewalt in den Schulen eingeführt werden sollten. Diese conservativ kirchlichen Tendenzen der Stände gaben ihrer Opposition gegen die Einführung des neuen Collegiums Leben und Nachdruck. Da nun den Ständen das Recht zuerkannt wurde, über die eingeführte religiöse Doctrin zu halten; so folgte daraus auch ihre Befugniß, wenn nicht die vorgeschlagene Behörde, doch die Zusammensetzung derselben aus Philanthropinisten zu verhindern.

da man sich auf ein vermeyntliches Recht gründet und halte vielmehr bey diesen Umständen dafür: daß Serenissimus bey der einmal beliebten Einrichtung es der Folgen wegen bewenden lassen müßen." Braunschweig d. 13. Jan. 1787.

Eine vollkommene Losreißung der Schule von der Kirche zeigte sich überhaupt unausführbar. Die Schulmeister auf dem Lande waren zugleich zu Kirchendiensten verpflichtet und genossen dafür kirchliche Einkünfte. Das Consistorium wollte sich die ökonomische Verwaltung kirchlicher Einkünfte nicht entreißen lassen. Hardenberg gab sich nun alle Mühe, sowohl diese Schwierigkeiten zu beseitigen, als die aus der religiösen Meinung entspringenden Besorgnisse zu zerstreuen; er traf mit dem neu eintretenden Consistorial-Präsidenten von Knuth eine Abkunft über das künftige Verhältniß der beiden Behörden [1]), nach welcher die Consistorial-Räthe ihrer Verpflichtungen, insofern sie das Schulwesen betrafen, enthoben, dagegen aber die in dem Directorium, mit dem Examen der Candidaten in Religionssachen beauftragten Mitglieder verpflichtet wurden, auf die Rechtgläubigkeit derselben zu achten. Bei den Schulbüchern sei dafür zu sorgen, daß sie nicht von der reinen christlichen Lehre abweichen dürften. Die Bestallung und eidliche Verpflichtung der Candidaten behielt das Consistorium sich vor; und ebenso eine allgemeine Aufsicht über ihr Leben und ihren Wandel. Mit alledem waren jedoch die Stände nicht zu befriedigen. Was sich in der Welt bekämpft, besteht nicht sowol in den positiven Forderungen, die von der einen oder von der anderen Seite aufgestellt werden, sondern darin, was denselben zu Grunde liegt. Die Tendenzen bekämpfen einander; sowie die eine zu Tage kommt, so regt sich die entgegengesetzte auf der anderen Seite. Es brachte keine Wirkung hervor, daß Hardenberg die extremen Meinungen der Philanthropinisten nicht theilte; daß er den Anträgen Campes in Bezug auf Doctor Bahrdt entgegengetreten war. In einer Zusammenkunft von drei Mitgliedern der Regierung, unter denen Hardenberg, und drei Mitgliedern der Stände, in welcher die erwähnte Grenz-Bestimmung zwischen Consistorium und Schuldirectorium vorgelegt wurde,

1) Projekt zur Gräntz-Bestimmung zwischen dem Fürstl. Consistorio und Fürstl. Schul-Directorio.

blieben die ständischen Deputirten dabei, die Unterordnung der Obrigkeiten im Lande unter das Schuldirectorium nicht anzuerkennen; als ein Obercollegium mit Befugnissen, wie es den anderen Obercollegien zustehe, wollten sie dasselbe schlechterdings nicht gelten lassen[1]). Die Controverse wurde sehr lebhaft; die Stände, die aus drei verschiedenen Curien bestanden, Prälaten, Ritterschaft und Städten, verlangten, daß aus jeder derselben ein Mitglied in dem Directorium Sitz und Stimme habe, und wollten, daß auch alsdann bindende Befehle nicht aus dem Collegium, sondern nur aus dem geheimen Rath selbst in das Land ergehen dürften. Die wesentliche Frage blieb immer, ob die Regierung einen unmittelbaren Einfluß auf die Schulen im Lande ausüben solle oder nicht. Hardenberg versuchte es mit aller ihm eigenen Geschicklichkeit durchzusetzen. Die Stände verwarfen es unbedingt, und Karl Wilhelm Ferdinand war nicht der Mann einer so stark andringenden Bewegung zu widerstehen. Die Stände haben wohl gedroht, die Reichsjustiz gegen ihren Herzog aufzurufen. Hardenberg hätte es darauf ankommen lassen. Aber der Herzog fürchtete das Aufsehen, das die Sache machen, die Nachrede, die sie ihm zuziehen würde. Obwohl er überzeugt war, daß er in seinem Rechte sei, so ließ er doch die Sache fallen. Der Fehler, d. h. die Ursache des Mißlingens lag darin, daß die extreme Tendenz der Philanthropinisten mit dem an sich gerechtfertigten Streben der Regierung in Verbindung gebracht wurde, das vielleicht ohne die Opposition, welche jene erweckte, durchzuführen gewesen wäre. Es war im Jahre 1788. Der Versuch bildet einen Moment der Periode der Aufklärung und gehört zu den Reformbewegungen, welche Europa und Deutschland erfüllten, aber nicht fähig waren durchzudringen. Sie wurden dann in die großen Er-

1) Actum im Gemache der Fürstl. Geheimen Raths Stube, Braunschweig d. 14. Sept. 1787. Präs.: Sr. Exc. Herr Geh. Rath von Hardenberg-Reventlow, Herr Consist.-Präsident von Knuth, ego Hofrath Mahner, ex parte Statuum: Herr Abt Hüseler, Herr Landdrost von Bülow, Herr Hofgerichts-Assessor Hurlebulch.

schütterungen verwoben, welche aus der französischen Revolution, die sich eben anbahnte, entsprungen sind und ganz Europa umfaßten.

Auch mit einer anderen, principiell zwar weniger bedeutenden, an und für sich aber für die Fortbildung des alten Zustandes überaus wichtigen Angelegenheit konnte man noch nicht zu Stande kommen. Sie betrifft die Universität Helmstedt.

Die Universitäten bildeten allerdings, namentlich in den kleineren Territorien, die Mittelpunkte ihres geistigen Lebens. Doch war ihre Anlage auf diesen besonderen Zweck nicht beschränkt. In dem protestantischen Deutschland waren sie zugleich für das religiöse Leben und die gelehrten Studien auch der Nachbarländer der Nation überhaupt bestimmt. Da war nun Helmstedt so lange ein wichtiger Platz, als es nur mit den sächsischen Universitäten, Leipzig, Wittenberg und Jena, von denen doch die beiden letzten schon seit geraumer Zeit keinen allgemeinen Ruf mehr besaßen, zu rivalisiren hatte. Von Rostock, Frankfurt, Greifswald wurde es kaum berührt. Seitdem aber hatten sich die Umstände sehr verändert. Zuerst war Halle emporgekommen; die dortige Universität war die Metropole der theologischen und allgemeinen Studien, die in der eigenthümlichen Richtung, die sie daselbst einschlugen eine Zeit lang Deutschland beherrschten; dann wurde von dem anderen jüngeren, aber mächtigeren Zweige des Hauses Braunschweig Göttingen gegründet und gewann sehr bald universales Ansehen. Hier waren es besonders die reichsrechtlichen Studien, die man pflegte. Alle jungen Männer, welche in dem höheren Staatsdienst emporkommen wollten, machten hier ihre Schule. Neben diesen großen Metropolen deutscher Studien, Leipzig, Halle, Göttingen, konnte Helmstedt sich in dem alten Flor nicht behaupten. Es kam hinzu, daß auch Kiel gestiftet worden war; allerdings ohne jemals zu großer Bedeutung gelangen zu können; jedoch entzog es der Universität Helmstedt den Besuch der Holsteiner und wenigstens zum Theil der hanseatischen Bürger und Unterthanen. Wir finden noch Gelehrte in Helmstedt, die sich durch ausgezeichnete Arbeiten in ihren Fächern

und zwar in abweichenden Richtungen, einen Namen machten, wie der Reichshistoriker Häberlin durch eine grundlegende Arbeit über die Reichsgeschichte, welche besonders für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts durch Vereinigung nur irgend aufzufindender Nachrichten ein hohes Verdienst erwarb — ausnahmsweise hat er auch das fürstliche Archiv benutzen dürfen; — und der Kirchenhistoriker Henke, der sich mehr dem Genius der Zeit anschloß und durch eine leichtere Darstellung der theologischen Controversen im 17. und 18. Jahrhundert glänzte. Aber dabei hatte doch die Universität ihre Anziehungskraft verloren; sie beschränkte sich auf die Landeskinder. In dem unangenehmen Verhältniß, das zwischen den jungen Leuten und einer auf den von ihnen zu machenden Gewinn angewiesenen Bürgerschaft entstand, konnte sie vollends nicht gedeihen. Man griff den Verfall der Universität mit Händen. Die Frage erhob sich, wie ihr zu helfen sei. Ohne bedeutende Anstrengungen, die Forderungen des Jahrhunderts auch an dieser Stelle zu erfüllen, war es nicht möglich. Man fragte sich, ob es nicht besser sei, sie überhaupt von dem Boden, auf dem sie nicht mehr fortkam, zu lösen und sie etwa nach Wolfenbüttel zu verlegen. Da hatte man über ansehnliche Gebäude zu verfügen. Die Studirenden sollten mit „freieren" Einwohnern, die nicht geradehin auf sie angewiesen waren, in Berührung kommen, sich besserer Sitten befleißigen, schon um sich bei den Mitgliedern der dortigen Dikasterien, von denen ihre Beförderung abhing, guten Ruf zu machen. Die Nähe von Braunschweig kam hinzu. Man meinte, die Oertlichkeit werde auch für solche eine anziehende Kraft haben, welche die Universität nicht gerade um ihrer Studien willen besuchen müßten[1]. — Dieser Ansicht war auch Hardenberg, vorausgesetzt, daß man einen Ersatz für den Schaden finde, den Helmstedt dadurch erleiden werde, der etwa in der Verlegung einer Garnison in die Stadt bestehen könne, um ein

1) Bericht der hinsichtlich der in Vorschlag gekommenen Verlegung der Universität Helmstedt niedergesetzten Commission an Herzog Carl Wilhelm Ferdinand (1790).

gleiches Capital daselbst in Umlauf zu setzen, wie es jetzt durch die Universität geschehe. Bleibe die Universität in Helmstedt, so sei sie verloren und mit ihr die auf sie angewiesene Stadt. Entschließe man sich, die Universität nach Wolfenbüttel zu verlegen, und ihr die unentbehrlichen Geldmittel zuzuwenden, so werde man eine blühende hohe Schule und zugleich eine blühende Stadt begründen. Von den Gedanken, die er vorträgt, ist vielleicht der merkwürdigste, daß er die Vereinigung aller wissenschaftlichen Institute für Wolfenbüttel anregt und damit zugleich eine Kunstakademie — denn die Bilder von Salzdahlum sollten dahin geschafft werden — in Verbindung zu setzen anräth[1]). Der Vorschlag stieß jedoch auf einige nicht unbegründete Einwendungen. Besonders hob man die ungesunde Lage von Wolfenbüttel hervor, die mit der Gründung der Stadt auf sumpfigen Boden zusammenhängt. Die Commissionen konnten sich nicht vereinigen und ein entscheidender Wille war nun einmal nicht da. Als Hardenberg seine Vorschläge eingab, war er bereits selbst aus dem braunschweigischen Dienst geschieden.

1) Gutachten wegen der Universität Helmstedt d. d. Hardenberg 21. Sept. 1792.

Neuntes Capitel.

Austritt aus dem braunschweigischen Dienst.

Hardenberg ward in seinem dienstlichen Verhältniß nicht etwa zurückgesetzt. Es geschah auf seinen Wunsch und mit Beziehung auf seine persönliche Vorliebe für das Fach, daß ihm im Jahre 1787 die erledigte Stelle eines Kammerdirectors übertragen wurde. Der Herzog erleichterte ihm dann die Verwaltung seiner übrigen Geschäfte, die er großentheils beibehielt. Ein eigentlich vertrauliches Verhältniß zwischen Karl Wilhelm Ferdinand und Hardenberg bildete sich jedoch nicht. Sie waren von Natur zu verschieden. Charakteristisch ist die Bitte, die Hardenberg dem Fürsten eines Tages vorträgt: er ersucht ihn, wenn er von den mancherlei Sachen, die ihm vorzutragen seine Pflicht sei, die eine oder die andere die höchste Billigung nicht finde, ihm ein resolutes Nein zu sagen. Grade dies wurde dem Herzog schwer, der es liebte, die Sachen eine Weile hingehen zu lassen, ehe er sie mit Entschiedenheit verwarf. Der eigentliche Grund jedoch, weshalb Hardenberg sich nach einiger Zeit zurückzog, lag auch darin nicht. Dazu gab wieder das persönlichste Verhältniß den Anlaß. Hardenberg hatte, wie er oft erwähnt, einen sehr lebendigen Begriff von dem häuslichen Glück und von dem häuslichen Behagen, das mit einer glücklichen Ehe verknüpft ist. Für ihn aber gab es ein solches nicht. Seine Gemahlin machte einen Aufwand, der selbst ihr Vermögen überstieg; bei dem sehr glänzenden Einkommen wurden Schulden von großem Belang contrahirt; aber die Hauptsache, ihre anderweite Führung war an=

stößiger als je. Untadelhaft betrug sich auch dann der Gatte keineswegs. Im Jahre 1787 kam es so weit, daß die Ehe getrennt werden mußte. Wir brauchen die Unannehmlichkeiten, die häuslichen Stürme, das Mißbehagen nicht zu schildern, die hiemit nothwendig verbunden waren. Der größte Uebelstand lag darin, daß die Gemeinschaft des Vermögens, auf welcher das Hauswesen beruhte, aufgelöst werden mußte. Nicht allein entging dadurch dem an Glanz gewöhnten Minister der größte Theil des Einkommens, aus welchem die Kosten seines bisherigen Hauswesens bestritten worden waren; sondern er wurde auch genöthigt, die Schulden, welche, wie er sagt, hauptsächlich durch seine Frau veranlaßt waren, allein zu übernehmen. Weniger ihr selbst schreibt er das zu als denen, die ihre Sache führten, und von denen er mit feindseliger Arglist behandelt worden zu sein behauptet. Um einigermaßen aus der Sache zu kommen, mußte er sich selbst nach Kopenhagen begeben. Der Herzog von Braunschweig, der um eine unter diesen Verhältnissen unentbehrliche Gehaltsverbesserung angegangen wurde, fand doch die Forderung Hardenbergs zu hoch für seine Umstände. Er ließ sich nur zu einmaligen Geschenken bewegen. Wenn nun der Aufenthalt in Braunschweig in Folge des Aufsehens, welches die Familienvorfälle in Stadt und Land gemacht hatten, überhaupt einen unangenehmen Beigeschmack bekam, so wurde das Mißverhältniß bald darauf noch erhöht. Hardenberg vermählte sich im Jahre 1788 zum zweiten Mal. Er folgte dabei einer alten Jugendinklination, deren Gegenstand seitdem aber auch sich ähnliche Vorwürfe, wie seine frühere Gemahlin zugezogen hatte. Es war Sophie von Lenthe, geborene Haßbergen, aus dem Hause Nienburg, die soeben auch von ihrem Gemahl geschieden wurde. Hardenberg verheirathete sich mit ihr zu Hamburg auf einer Reise, die durch seine eigene Scheidung nothwendig geworden war. Seine Leidenschaft wurde mit entgegenkommender Neigung erwiedert. Er meinte, das Glück gefunden zu haben, welches das Ideal seiner Jugendträume gewesen sei. Wir gehen auf diese Vorfälle, wiewohl die größten, die in dem

persönlichen Leben eines Mannes vorkommen können, nicht weiter ein. Denn nur die staatsmännische Thätigkeit Hardenbergs ist unser Gegenstand. Auch für diese aber wurden sie von vieler Wichtigkeit, da sie deren regelmäßige Folge unterbrachen. Die zweite Gemahlin Hardenbergs, die nun in Braunschweig einen sehr regelmäßigen Wandel führte, wurde dennoch bei Hofe nicht nach ihrem Wunsch und Anspruch behandelt. Die Herzogin vermied, sie bei sich zu sehen. Zuweilen mußte Hardenberg bemerken, daß er absichtlich allein eingeladen worden war, während andere Gäste mit ihren Damen erschienen. Es gab Tage, an denen die Minister mit ihren Gemahlinnen regelmäßig bei Hofe speisten. Die neue Frau von Hardenberg wurde dabei übergangen. Hardenberg beschwerte sich; und es kam schon so weit, daß er drohte, nun auch selber niemals wieder bei Hofe zu erscheinen. Wer weiß nicht, wie sehr Vernachlässigungen dieser Art verletzen und das tägliche Leben verbittern? Wenn aber Hardenberg empfand, daß unter diesen Umständen seines Bleibens in Braunschweig überhaupt nicht sei, wohin sollte er sich wenden? Sein erster Gedanke war, in den hannoverisch-englischen Dienst, den er wegen seiner früheren Gemahlin hatte verlassen müssen, zurückzukehren. Im December 1788 wendete er sich an seinen alten Gönner, den Herzog von York, der indessen wieder nach England zurückgekehrt war[1]). Er rechne, sagt er ihm, bei ihm auf

1) Votre A. R. Se rappelera les démarches inouies de Mad. Reventlow et les éclats, par les quels elle me força à me faire séparer d'Elle. Nous nous arrangeames et tout parut en bon train, lorsque par des cabales, qu'il est trop long de réciter, on me suscita les chicanes tout à fait inattendues, par lesquelles j'ai perdu la plus grande partie de mon bien, ayant été obligé malgré qu'on m'ôte les terres Danoises de me charger d'une somme disproportionnée de dettes, dont la comtesse Reventlow avoit fait et occasionné le plus grand nombre.

Cependant il me reste encore assez pour payer ces dettes et pour vivre quoiqu' avec de grands retranchemens. Le bruit public aura sans doute informé V. A. R. de tout ce qui m'est arrivé au printemps passé. Un enchainement singulier des circonstances m'a mis en possession de celle que j'aime; je goûte avec elle un bonheur rare. qui ne peut être troublé que par le souvenir de ce qui a précédé notre union. Si j'avois

eine billige Beurtheilung seines Betragens. Er wolle ihm mit einem unbeschränkten Vertrauen sein Herz eröffnen. Er erin=

la satisfaction de Vous voir, Monseigneur, et que vous me permettiez de Vous entretenir en détail sur cet événement. Vous verriez, que j'ai agi en homme d'honneur et comme je le devois, quelles que puissent être les apparences. Je ne disconviendrai jamais de mes torts ni des reproches, que j'ai à me faire, mais ils ne touchent que les premières causes de cet événement; une passion extraordinaire, souvent combattue, nourrie et augmentée par toutes les circonstances et par la conduite incroyable de Mad. de Reventlow envers moi. Dans la dernière époque décisive je ne pouvois agir autrement, ce qu'on aura de la peine à croire quand on n'est pas bien informé; c'est que cet événement n'a nullement été cause de la mauvaise tournure de mon affaire avec Mad. de R. qui avoit eu lieu longtemps auparavant et que je la dois uniquement à la fausseté de mes adversaires. — J'aurois cependant tout lieu d'être content de ma situation présente, si après les changemens qui sont arrivés, je n'avois toutes les raisons imaginables de désirer une autre carrière, un autre établissement, loin de ce théâtre, où ces événemens ont eu lieu et qui ne peut manquer d'offrir mille désagrémens pour ma femme et pour moi. Malgré mon respect pour les grandes qualités de Mgr. le Duc de Brunsvic ces raisons sont trop fortes pour ne pas faire pencher décidement la balance. — De plus il me faut une perspective pour rendre ma fortune meilleure ne pouvant espérer d'être payé ici à proportion des frais, que je ne puis me dispenser de faire.

Vous êtes le seul, Monseigneur, à qui je m'ouvre à ce sujet et je sais, que la noblesse de V. façon de penser ne vous permettrait jamais de me compromettre avec Mgr. le Duc que je serois au désespoir d'offenser; mais V. A. R. est en état peutêtre faire mon bonheur et nous trouverons alors des moyens pour ne pas manquer au Duc. Et j'ose me flatter qu'Elle le fera avec plaisirs si cela Lui est possible. Les occasions, où Elle pourrait contribuer à faire changer ma situation, peuvent se présenter, et alors je La supplie instamment de m'accorder la protection et de Se rappeler de moi. Elle sait, avec quelle peine j'ai toujours envisagé cette triste nécessité, qui m'a fait quitter ma patrie et le service de mon Roi, combien il me seroit toujours préférable. Ce désir est vivement renouvelé à présent. (Il y a sans doute des difficultés à surmonter. Folgen einige unleserliche Worte.) Daignez Vous rappeler Mgr., ce que j'eus l'honneur de Vous dire sur le poste d'Angleterre, qui de tout tems a été l'objet favori de mes voeux, tant parceque je croirois véritablement pouvoir y être de quelque utilité à ma patrie, tant parceque je préfère ce pays à tout autre. A présent il me conviendroit plus que jamais. Ce seroit le comble de mes voeux que de pouvoir m'y établir. L'idée m'est venue que peutêtre les circonstances ou le

nert ihn an alles, was mit der Gräfin Reventlow vorgegangen — der Prinz kannte diese Verhältnisse ohnehin — an die Verluste, die er erlitten; er sprach ihm zugleich von dem Glück, das er in seiner zweiten Ehe gefunden habe. Oft habe er diese Lei-

temps pourroient amener des occasions où par la protection de V. A. R. je pourrois encore obtenir ce poste. Les entraves qui s'y opposoient et qui pouvoient m'empêcher d'aspirer aux bonnes grâces de S. A. R. Mgr. le Prince de Galles n'existent plus. Wir entnehmen diesen Brief aus dem Entwurf Hardenbergs, der voll von Correcturen und Umschreibungen ist, aus der Sammlung in Neu-Hardenberg. Je pourrois vouer tout mon zèle et mon attachement à S. A. R. le Prince de Galles, s'il vouloit m'accorder ses bonnes grâces et sa confiance. Et quelle seroit ma joye d'être rapproché par là de la personne de V. A. R., surtout si en même tems je pouvois peutêtre Lui être utile dans Ses affaires allemandes. Je ne crois pas pour cela la chose tout à fait impossible. — Du reste, Hannovre ne seroit pas dans mon plan, au moins pour le premier tems, je désire de m'éloigner.

J'ai longtems balancé, longtems combattu avec moi-même, Monseigneur, avant de Vous exposer mes désirs. Ma démarche pourroit paroitre très indiscrette, surtout dans la crise présente, si on vouloit lui donner une mauvaise explication, mais je crois n'avoir rien à craindre de ce genre de V. A. R., connoissant Sa façon de penser. C'est donc à Vous Seul, Mgr., que je m'ouvre avec pleine confiance. Vous ignorez mes idées; il faut bien Vous en faire part, si je veux Vous mettre en état de me faire participer de Sa bonté, les momens peuvent être décisifs; pourquoi n'aurois-je pas recours a V. A. R.! Je ne sais pas si la chose est faisable ou non, si l'époque est favorable ou non. Elle fera ce que Sa prudence, sagacité et Sa bienveillance pour moi Lui dicteront, ce qu'il y a à faire, et daignera surtout observer un silence scrupuleux, si cette idée ne peut pas être réalisée.

Voilà ce que je Vous demande, Mgr. Je m'en remets entièrement à Vous. Si l'idée n'est pas admissible, Vous me ferez la grâce de me le dire. Peutêtre aurez-Vous alors dans la suite une autre occasion de penser à moi. Il est cependant nécessaire d'observer encore que je ne pense nullement à déplacer Mr. de Alvensleben, s'il doit être conservé en Angleterre. Réservez alors l'accomplissement de mes voeux à la mort, Mgr. J'ajoute encore que je ne crains pas les dépenses là bas. Avec le revenu attaché au poste en question et ce qui me reste à moi même, j'y vivrois toujours beaucoup mieux qu'ici. Dans un grand endroit comme Londres on n'est pas observé; l'on vit à sa guise au lieu qu'ici étant un des premiers avec un très petit nombre d'autres, l'on est assujetti à mille dépenses, qu'on voudroit et pourroit éviter.

denschaft bekämpft; sie sei aber immer gewachsen, und durch das an das Unglaubliche gränzende Verhalten seiner früheren Gemahlin genährt worden. Die eigentliche Ursache zu der letzten Katastrophe sei dies Verhältniß nicht gewesen; in der Falschheit seiner Gegner liege die einzige Ursache der schlechten Wendung, welche die Sache genommen. Nach Allem, was vorgekommen, müsse er wünschen, von dem Schauplatz dieser Ereignisse sich zu entfernen; er müsse das trotz seiner Hochachtung für die Eigenschaften des Herzogs. Auch müsse er die Aussicht haben, den Zustand seines Vermögens zu verbessern, während er in Braunschweig niemals eine den unumgänglich erforderlichen Ausgaben entsprechende Einnahme erlangen könne. Vielleicht könne der Herzog von York ihm helfen, in eine andere Lage zu kommen; dann würden sie auch den Herzog von Braunschweig beruhigen, den er um keinen Preis beleidigen wolle. „Sie wissen, Monseigneur", fährt er fort, „wie peinlich mir die traurige Nothwendigkeit gewesen ist, mein Vaterland und den Dienst meines Königs zu verlassen, den ich noch immer allen andern vorziehe. Erinnern Sie sich freundlichst dessen, was ich Ihnen über den Posten in England gesagt habe, der von jeher der vornehmste Gegenstand meiner Wünsche war. Ich glaube, ich würde in demselben einigen Nutzen stiften können und würde mit Freuden nach England gehen. Vielleicht könnte ich durch E. K. H. auch jetzt noch diesen Posten erlangen; die Umstände, die mich hindern könnten, der Gnade des Prinzen von Wales theilhaftig zu werden, existiren nicht mehr."

Das Gesuch Hardenbergs fiel in die Zeit, in welcher Georg III. zum ersten Mal von dem Delirium, das ihn öfters heimgesucht hat, betroffen wurde. Es begann im November 1788 und dauerte bis in den April 1789. Diese Monate waren dann zugleich mit großem Kampfe über die Regentschaft erfüllt. Der Herzog von York ergeht sich in seiner Antwort in Klagen über die schlechte Behandlung, die sein Bruder von Pitt erfahre und über die betrübende Lage der englischen Angelegenheiten. Was

Hardenberg erlebt habe, betrachtet er nicht gerade als ein Unglück: denn er sei jetzt in den Besitz der Person gelangt, die ihm die liebste in der Welt sei. Auf sein Gesuch geht er nur sehr im allgemeinen ein; seinem Bruder werde er bei der nächsten Gelegenheit davon sprechen; er brauche ihm nicht zu sagen, wie glücklich er selbst sein würde, wenn es damit gelänge.

Hardenberg war keineswegs ausschließend auf England angewiesen. Wir werden sogleich erörtern, welche Aussichten sich ihm für den markgräflichen Hof von Ansbach eröffneten, auf die er einging und die sein künftiges Leben bestimmten. Lieber wäre es ihm aber auch dann noch gewesen, wenn es ihm mit seinem englischen Plane gelungen wäre. Im Sommer 1790 wendete er sich noch einmal in einem dringenden Gesuch deshalb an den König Georg III. „Nur mit dem größten Schmerze, Sire, sagt er, denke ich an die traurigen Begebenheiten, die mir das Glück entrissen haben, Ihnen anzugehören, mich Ihnen zu nähern. Ich überließ mich damals allzu sehr der Hoffnung, eine Person zu retten, von der ich mein häusliches Glück erwartete. Aber diese selbe Person, die dergestalt mich dem Dienst E. M. und meines Vaterlandes entrissen, hörte nicht auf, mich zu verrathen und nöthigte mich endlich zu einer Trennung zu schreiten. Den Wunsch, eines Tages in den Dienst E. M. zurückzukehren, hegte ich selbst in dem Augenblick, wo ich denselben verließ; ich hege ihn noch. Die würdigen Eigenschaften des Herrn Herzogs von Braunschweig verhindern mich doch nicht an dem Wunsch, meinem alten Souverän aufs neue zu dienen.“ Er erwähnt dann die Erbietungen, die ihm von brandenburgischer Seite gemacht worden seien. Wenn aber der König seine alte Gnade für ihn erneuern und ihn in seinen Dienst ziehen wolle, so möge er ihn nur rufen. Er bezeichnet auch dem König den Posten, der den Gegenstand seines Ehrgeizes ausmachte. Gründe, die gegen seine erneuerte Anstellung in Hannover sprächen, würden vielleicht nicht gelten in England. Den Markgrafen betrachtet er als einen fremden Fürsten. Wer könne ihn tadeln, wenn er den Dienst

seines angeborenen Souveräns dem vorziehe. Der Brief ist mit der vollen Hingebung eines angestammten Unterthanen abgefaßt; auch diesmal wurde die Königin und die vertraute Umgebung des Königs in Bewegung gesetzt, um das Gesuch zu unterstützen. König Georg hat es gelesen; aber kein Wort erwidert, weder schriftlich, noch auch mündlich.

Denn die Fürsten mißkennen oft um momentaner Eindrücke willen den unermeßlichen Werth, den die Vereinigung von Hingebung und Talent für sie haben sollte. Was könnte ihnen Besseres widerfahren, als sich der Männer zu bedienen, in denen sich die Fähigkeit, ihnen Dienste zu leisten, mit dem Wunsche dazu verbindet? Georg III. ging auf den Antrag Hardenbergs in seinen Dienst zurückzukehren nicht ein. Erst dadurch löste sich, denn auch in Braunschweig konnte er nicht bleiben, sein Unterthanenverhältniß zu dem Welfenhause auf. Hardenberg trat in eine neue Laufbahn ein.

Zehntes Capitel.

Eintritt in den brandenburgischen Dienst.

Eines der sonderbarsten Verhältnisse zwischen einem Fürsten und einem Land, sehr erklärlich jedoch aus den obwaltenden Umständen, hatte sich in den fränkischen Fürstenthümern des Hauses Brandenburg, die man mit Rücksicht auf das Hauptland, die Mark Brandenburg, Markgrafschaften nannte, Ansbach und Baireuth, gebildet. Sie waren damals beide unter dem Markgrafen Alexander vereinigt[1]: der in dem einen und dem anderen jedoch dadurch an zweifelloser Hingebung der Unterthanen verlor, daß er keine Nachkommenschaft hatte, so daß die Ansprüche der älteren Linie der Dynastie, des Königs von Preußen, auf die Succession in diesen Ländern eine nahe Aussicht, realisirt zu werden, erhielten. Auch hier traten österreichische Sympathien, die durch die benachbarte Reichsritterschaft gepflegt wurden, mit dem preußischen Interesse, welches an die Ideen des Fortschrittes in der inneren Verwaltung anknüpfte, in Conflict. Der Markgraf war früh mit der Prinzessin Friederike Caroline von Sachsen-Coburg-Saalfeld vermählt, die ihm keine Kinder brachte. Er selbst war durch eine französische Gouvernante und englische Dienstboten, durch die er die Sprachen lernte, zugleich der alten deutschen Sinnesweise einigermaßen entfremdet worden, hatte jedoch auch in der vor kurzem gestifteten Universität Erlangen den Unterricht

1) Es ist Christian Friedrich Karl Alexander, geb. 24. Februar 1736, folgte seinem Vater Karl Wilhelm Friedrich 1757 in Ansbach und seinem Vetter in Baireuth 1769.

guter Professoren genossen und die Kenntnisse gesammelt, welche die damalige Bildung der Hochschulen gewährte. Nach der Sitte der Zeit besuchte er dann Holland, England, Frankreich. Seine Verwandtschaft mit der Königin Caroline von England, seines Vaters Schwester, brachte ihn in Beziehung zu dem oranischen sowie zu dem englischen Hofe. Die lebhaftesten Eindrücke aber empfing er zu Paris. Eine der berühmten Schauspielerinnen des Tages, Mademoiselle Clairon, folgte ihm nach Franken und übte dann einen nicht geringen Einfluß aus: sie kostete ihm viel Geld. Noch eine andere Bekanntschaft aber machte er, abermals in Paris, die für sein Leben entscheidend wurde. Es war eine vornehme Dame, Lady Craven, geborene Berkeley, die, nachdem sie bereits sieben Kinder geboren, mit ihrem Gemahl, der ihr untreu wurde, zerfallen war und England verlassen hatte. Auf weiten Reisen, die sie nach Constantinopel und Griechenland, nach Wien und Warschau, nach Petersburg führten, gewann sie eine allgemeine Kunde der europäischen Zustände. In Paris stand sie auch der Königin Marie Antoinette näher. Was sie aus England vertrieb, war vornehmlich eine Veränderung in dem gesellschaftlichen Verhalten des englischen Hofes, der unter Georg III. und dessen Gemahlin den vornehmen Familien gegenüber eine anspruchsvollere Haltung annahm, als unter Georg II. und dessen ansbachischer Gemahlin, Königin Caroline, obgewaltet hatte. Lady Craven behauptete wohl, in ihr walle das Blut der Plantagenet; sie wollte sich in gewisse Regeln der Unterordnung nicht fügen. Sie war voll von Talenten, besonders für Tanz und Schauspiel, noch immer schön. Der Eindruck, den ihre Persönlichkeit machte, wurde durch den vornehmen einer großen Dame entsprechenden Ton, den sie anschlug, noch erhöht, wenigstens für einige unter ihren Freunden, zu denen der Markgraf Alexander gehörte. Auch sie kam nach Ansbach; sehr im Gegensatz mit Clairon, weniger mit der Markgräfin, gegen die sie Anstand und gute Sitte beobachtete und die ihr auch deshalb wohlwollte, weil wenigstens zunächst durch sie die längeren Abwesenheiten des Markgrafen aufhörten. Die Lady

bemühte sich, ihm in Franken selbst das Leben angenehm zu machen. Ein Theater wurde eingerichtet, in dem sie die Intendantin war und für das sie selbst einige Stücke schrieb, mit denen man den Markgrafen immer zu überraschen wußte. Sie richtete in Ansbach eine Gesellschaft für gelehrte Unterhaltungen ein, für die man unter Andern Mercier aus Paris, den Bruder des Verfassers des Tableau, herbeizog. Der Park in Triesdorf wurde von Grund aus umgekehrt und dem entsprechend auch das Schloß umgebaut. Auch eine Erziehungsanstalt wurde angelegt, zunächst für das weibliche Geschlecht, für dessen Ausbildung ihr der Markgraf eine besondere Fähigkeit zuschrieb. Es war eine Bildung im allgemein europäischen Geiste, die jedoch in Franken wenig Anklang und Eingang fand. Lady Craven beklagt sich, daß man in Deutschland Fremde zwar gern aufnehme, aber nur allzu bald Mißtrauen gegen sie fasse, gleich als sei ihre Absicht nur auf ihren eigenen Vortheil gerichtet. Wie wäre das aber auch in diesem Falle anders möglich gewesen. Die Lady nahm in allen Dingen eine Miene von Ueberlegenheit an, die Niemand sich gern gefallen läßt. Nur in der unbedingten Vorliebe, die ihr der Markgraf widmete, fand sie eine Stütze. Aber ihr Theater, ihre Bauten und alle die Unternehmungen, zu denen sie schritt, kosteten mehr als die Landeskassen abwarfen. Das Thun und Treiben der Lady Craven lief dem landesüblichen Herkommen überhaupt entgegen. Nun war aber die Landesverwaltung noch ganz auf dem Fuß eingerichtet, wie sie in Ansbach unter dem Vater und in Baireuth unter dem Vetter des Markgrafen bestellt worden war. Er hatte aus Pietät für seine Vorgänger, auch in Bezug auf die Persönlichkeiten, wenig geändert und das Land schien sich dabei wohl zu befinden. Die Minister, Gemmingen und Seckendorf, erfreuten sich der allgemeinen Achtung[1]). Seckendorf schreibt sich das Verdienst zu, in langjähriger Anstrengung die Finanzangelegenheiten in Ordnung gebracht, Handel und

1) Friedrich Carl von Seckendorf und Carl Friedrich Reinhold von Gemmingen.

Wandel, Credit und Wohlstand hergestellt zu haben. Zwischen den Ministern und dem Markgrafen hatte der Kabinetssekretär, des Namens Schmidt, die Vermittlung zu erhalten. Er genoß seit langer Zeit das volle Vertrauen des Markgrafen. Der Regierungs=Präsident Ludwig von Wölwarth hatte früher den Markgrafen auf seinen Reisen begleitet und war noch immer in hohen Gnaden; aber auch ihnen war die Lady mit ihren Ansprüchen zuwider. Der frühere Reisebegleiter und der Kabinetssekretär waren mit den Mitgliedern der Verwaltung darin einverstanden, daß der Einfluß der Lady nicht maßgebend werden dürfe. Im Jahre 1789 nun machten Markgraf Alexander und Lady Craven eine Reise nach Italien. Es war in Neapel, daß sie den Entschluß faßten, dem Zustand der Landesverwaltung, wie er war, und der Autorität der vorwaltenden Personen ein Ende zu machen. Die Sache wurde wie eine Theaterintrigue behandelt; das übrige Gefolge bekam den Befehl nach Ansbach zurückzugehen ohne den Markgrafen und die Dame, welche einen anderweiten Ausflug zu machen sich angeschickt hätten. Die Lady erzählt mit Vergnügen, wie sie sich hiebei ihres noch sehr jungen Sohnes, der den Namen Keppel führte, — denn von den Albemarles stammte sie ebenfalls her, — bedient habe, um die übrige Gesellschaft hinzuhalten oder zu täuschen. Die Absicht, welche sie verheimlichte, war, nach Berlin zu gehen, unter dem Vorwand, daß der Markgraf dem Haupte seines Hauses, König Friedrich Wilhelm II., den er seit dessen Thronbesteigung noch nicht gesehen hatte, seine Huldigungen darbringen müsse; in der That aber zugleich in der Intention, die man auch im Lande sofort vermuthete, durch das Ministerium in Berlin und den König zu einer durchgreifenden Veränderung in Ansbach autorisirt zu werden. Sie langten hier im Anfang des Jahres 1790 an und wurden sehr gut aufgenommen; man sah das Verhältniß der Lady zu dem Markgrafen von der besten Seite an. Sie erschien als seine Freundin, wie Andere zu sagen vorzogen, seine beständige Begleiterin, gleichsam als seine Schwester. Sie behauptet von dem König

ihrem Range gemäß behandelt, mit Güte überhäuft, auch zur Tafel gezogen worden zu sein. Mit ihrem Anliegen wandten sie sich besonders an Hertzberg, der damals noch den vorwaltenden Einfluß besaß. Lady Craven liebte es dann, mit der Bitterkeit, die ihr eigen war, den Zustand der Nullität auszumalen, in welchen der Markgraf in seinem Lande verfallen sei. Schritt für Schritt thue dort jeder in seinem Posten, was ihm beliebe. Der einzige, der nichts vermöge, sei der Markgraf selbst. Er habe ihr oft gesagt, er habe Niemand für sich. Noch besser hätte er sagen können, Jedermann sei gegen ihn. Sie versicherte, das Ministerium, die Kammer, die Regierungen seien unter einander einverstanden. Ueber die Rechnungen, die sie zu Papier brächten, seien sie im Voraus übereingekommen. An Revenuen beziehe der Markgraf nur eben so viele, als diese Clique ihm zugestehe. Die Lady sprach den Wunsch aus, daß dem Markgrafen zwei oder drei preußische Beamte beigegeben würden, die in die dortigen Verhältnisse nicht verflochten und mit dem reichsunmittelbaren Adel unbekannt seien. Sie werde ihnen die nöthigen Nachweisungen geben. Für den Markgrafen sei ein Mann von guter Herkunft nöthig wie die ihre, der zugleich sein Freund sei[1]).

Hertzberg überzeugte sich, daß die Absicht des Markgrafen, eine durchgreifende Veränderung in seinem Lande vorzunehmen,

1) Die Denkwürdigkeiten der Markgräfin von Ansbach (aus einer englischen Handschrift übersetzt. Stuttgart und Tübingen 1826. 2 Bände) verdienen gelesen zu werden. Sie enthalten über ihre eigene Person, die Zustände in England und alles das, was ihr auf ihren Reisen begegnete, mancherlei gute Auskunft. Nur sind sie mit Unbedeutendem, was sie freilich für bedeutend hielt, angefüllt. Ihr Geist geht doch über das Gesellschaftliche und über das Maß touristischer Wahrnehmungen nicht weit hinaus. — Sehr erwünscht sind die Correspondenzen, die sich in den Akten finden, vor allem ein undatirtes Schreiben, das etwa in den März 1790 fallen muß, unterzeichnet Eliza Craven née Berkeley. P. D. A. — Daraus und aus allem anderen geht hervor, daß sie die Sache leitete. Schon seit zwei Jahren war sie damit umgegangen. Wenn nach ihrer Darstellung der Entschluß, den man faßte, auf einem in Neapel eingetroffenen Briefe beruht, so kann sich das doch nur auf den momentanen Ausschlag beziehen; wenn es sich überhaupt so verhält. Ihre Erzählung ist voll von Reticenzen.

unabänderlich gefaßt sei; daß er sich aber zu schwach fühle, um sie ohne Unterstützung des Königs, der sein präsumtiver Nachfolger war, durchzuführen. Er schien sogar Unruhen im Lande zu befürchten. Ueber die Sache selbst hatte man in Berlin kein Mittel sich ein gründliches Urtheil zu bilden. Aber einigen Eindruck machten seine Vorstellungen doch, um so mehr, da er eine größere Hingebung für das königliche Haus zeigte, als man ihm zugetraut hatte. Nach kurzer Zeit verließ der Markgraf mit seiner Dame Berlin in der Ueberzeugung, daß sie sich auf den Rückhalt der königlichen Regierung stützen dürften, von dem General Treskow begleitet, von dem der Markgraf sagt, er sei zugleich in seinem Dienst gewesen. Sie eilten nach Franken, um ihren Plan unverzüglich zur Ausführung zu bringen.

Eines Abends gegen 11 langten sie in Driesdorf an; schon an dem anderen Morgen früh um 7 Uhr war der Markgraf mit dem Generale, den er zum Zeugen haben wollte, in Ansbach. Er begab sich sofort zu dem Kabinetssekretair Schmidt und forderte dessen Papiere. Der Markgraf behauptet, der Kabinetssekretär habe seine wichtigsten Correspondenzen im Voraus auf die Seite gebracht: denn irgend eine Handlung durchgreifender Art habe man bereits erwartet. Er hielt es nicht unter seiner Würde, sich den Schlüssel des Schreibtisches von Schmidt geben zu lassen und ihn zu durchsuchen. Unter den vorhandenen Papieren fand er doch einen Brief des Minister von Seckendorf, den er als beweisend für seine Vermuthungen ansah. Er kündigte dem Sekretär seine Entlassung an, wiewohl mit Beibehaltung seiner Besoldung. Durch den Brief meinte er gegründete Ursache bekommen zu haben, um auch gegen die höheren Beamten anzugehen. In demselben kommen Ausdrücke vor, die sich offenbar auf Lady Craven und ihren Einfluß beziehen und sehr anzüglich lauten [1]). Von dem Markgrafen

1) Pourvu que la recrûe Angloise ne nous porte pas guignon. Il me paroît qu'il faut tâcher dès le commencement à se mettre dans une position propre à parer tous les coups qui pourroient nuire à notre système.... Il faut dresser pour cet effet un plan de finances, qui devienne inaltérable,

ist mit einer gewissen Ergebenheit die Rede; allein man will sich verbinden, um die bestehende Ordnung gegen jeden weiteren Eingriff zu vertheidigen. — Der Markgraf gerieth in heftige Entrüstung, daß man ihn als eine Null, einen Schatten behandele; er meinte, der Brief könne als hochverrätherisch angesehen werden: Er gehe gegen die Interessen des Hauses Brandenburg überhaupt an.

König Friedrich Wilhelm II., dem der Brief mitgetheilt wurde, konnte sich davon nicht überzeugen. Er fand die Ausdrücke zu dunkel und allgemein, um ein Verfahren gegen Seckendorf darauf zu gründen, zumal da derselbe unleugbare Verdienste um das Land habe. Aber der Markgraf blieb bei seiner Ansicht und verfuhr danach in Ansbach. Gemmingen und der Regierungs-Präsident Wölwarth wurden entlassen. Als dessen Bruder, Präsident im Saynischen, hierauf seine Entlassung forderte und darauf bestand, erhielt er sie mit der Bemerkung, daß er die Liebe zu seinem Bruder dem Dienst des Fürsten nicht hätte vorziehen sollen. Der Markgraf blieb dabei, daß er auch Seckendorf nicht dulden könne, und veranlaßte, daß der preußische Gesandte im fränkischen Kreise, Böhmer, von dem er überhaupt unterstützt wurde, nach Berlin ging, um mit dem Hofe darüber Rücksprache zu nehmen. Indessen erschien der Domainenrath von Bärensprung in den Fürstenthümern, um unter der Autorität des Markgrafen, dem die Hülfeleistung desselben auf einige Zeit bewilligt worden war, die Rechnungen und das Kassenwesen zu revidiren; er hat wirklich Veruntreuungen zu entdecken geglaubt.

Man kann sich vorstellen, welch eine Gährung dies Verfahren in dem kleinen Lande veranlaßte. Für Lady Craven ist es charakteristisch, daß sie ein Stück darüber schrieb, in welchem die Scene mit Schmidt vorkam und es auf ihre Bühne brachte.

Doch hatte die Sache auch noch anderweite Beziehungen und ward keineswegs von allen preußischen Staatsmännern gut ge-

sans quoi nous nous avanturerons et verrons retomber nos beaux édifices dans leur ancien néant. J'ai communiqué mes idées là dessus à S. E. le Baron de Gem. (Gemmingen) et à mon frère.

heißen. Denn die Beleidigung der vornehmen Herren in Ansbach berührte die reichsritterschaftlichen Geschlechter überhaupt, die seit dem Fürstenbund in Preußen eine Stütze zu finden gemeint hatten. Man setzte dabei selbst eine allgemeine Veränderung in den Tendenzen der preußischen Politik voraus: denn vor kurzem hatten die Preußen in den Irrungen von Lüttich Partei gegen die hochadligen Domkapitulare und für den dritten Stand genommen, was dann auf Trier und Cöln zurückwirkte. Damit traf die allgemeine Agitation zusammen, welche aus den Ereignissen in Frankreich hervorging, da die Grundsätze, die auf die Herrschaft des dritten Standes zielten, in der französischen Nationalversammlung die Oberhand erlangten und eine totale Umgestaltung des öffentlichen Lebens anbahnten. Mancher preußische Staatsmann befürchtete, daß der Widerwille der hohen Aristokratie, den diese Neuerungen erweckten, sich gegen Preußen richten dürfte.

Nun hatte der Markgraf zum Ersatz für seine Minister um preußische Staatsmänner gebeten. Man war geneigt und bei der Lage der Dinge gewissermaßen genöthigt, ihm zu willfahren. Wer aber sollte ernannt werden? Wer war fähig und Willens, in eine nach allen Seiten hin so bedenkliche Stellung einzutreten?

Eben in den Tagen, in welchen diese Frage zur Sprache kam, in der zweiten Hälfte des April 1790 befand sich Karl August von Hardenberg, damals noch braunschweigischer Minister, in Berlin. Er war gekommen, um seinem Herzog, der von der Thurn und Taxis'schen Post loszukommen wünschte, bei der Verhandlung darüber die Unterstützung von Preußen auszuwirken. An die Angelegenheiten des Markgrafen von Baireuth und Ansbach, von denen er kaum allgemeine Kunde hatte, dachte er nicht, aber er kannte Hertzberg, zu dessen politischem System er sich im allgemeinen hinneigte. Sein alter Freund Heinitz war preußischer Minister geworden und hatte sich als solcher vielen Credit erworben. Er ist einmal von dem König getadelt worden, daß er nicht den Gehorsam zeige, der bei aller übrigen Tüchtigkeit doch für den Dienst

unbedingt [1]) erforderlich sei. Heinitz sagte wohl: er sei allerdings zum Gehorsam verpflichtet, aber sein Eid verpflichte ihn auch, die Vorstellungen zu machen, die er erforderlich erachte. Er war die Seele der Agitation unter den Ministern selbst, die sich der Einführung einer neuen Steuer gleich im Anfang der Regierung Friedrich Wilhelms II. widersetzten [2]). In seinem Fache, der Verwaltung der Bergwerke, hat er sich wahrhaftes Verdienst erworben. Dieser alte Freund Hardenbergs war es nun, der ihn Hertzberg als den für die fränkisch-brandenburgischen Verhältnisse geeigneten Minister bezeichnete. Hertzberg ging darauf ein; einst bei einer Cour der Königin ließ Hertzberg eine Andeutung darüber gegen Hardenberg fallen. Wir kennen die Lage Hardenbergs, die Unannehmlichkeit seines Aufenthaltes in Braunschweig, die Unhaltbarkeit seiner dortigen Stellung und das Verschwinden der Hoffnungen, die er sich auf eine Rückkehr in den englischen Dienst gemacht hatte. Wie hätte er einen Antrag zurückweisen sollen, der ihm eine so angesehene und ehrenvolle Stellung in Aussicht stellte. Bei einem Besuch, den er dem Flügel-Adjudanten Bischoffwerder einer anderen Sache halber in Potsdam abstattete, brachte auch der die Sache in Anregung.

Mehrere Andere, namentlich auch Böhmer, waren in Vorschlag gekommen. Aber dieser selbst fürchtete, seine frühere Theilnahme an den Ansbach'schen Verwickelungen möchten dahin gedeutet werden, als hätte er dabei immer nur diesen Endzweck im Auge gehabt. Jedoch säumte er nicht, auf seinen Posten zurückzugehen, wo ihn der Markgraf ungeduldig erwartete. Denn alle Tage wurde es diesem unerträglicher, in Seckendorf einen Minister im Amte zu dulden, den er nach dem Vorgefallenen doppelt als seinen Feind betrachten mußte. Er hielt es für einen unerklärlichen Irrthum des Berliner Hofes, daß man dort die Schuld Seckendorfs nicht anerkennen wollte; er beharrte bei seiner Entlassung.

1) Kabinetsordre des Königs vom 13. December 1788 bei Riedel der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt S. 144.

2) Sein in einer geschriebenen Zeitung mitgetheiltes Promemoria.

Nur soviel ließ er sich durch die für Seckendorf günstigen Stimmungen abgewinnen, daß er demselben eine ansehnliche Schadloshaltung bewilligte. Das Land gab dem Scheidenden Zeichen einer unverkennbaren Theilnahme.

Grade diese Vorfälle, das fortdauernde Uebergewicht der Lady, ihr Wankelmuth und die Schwäche des Markgrafen mußten auch Hardenberg bedenklich machen, die ihm angetragene Stellung zu übernehmen.

Wir dürfen annehmen, daß seine Deliberation darüber mit der Erwartung, noch eine günstige Antwort von Georg III. zu erhalten, zusammenhing. Doch hielt er zugleich für rathsam, für die Annahme des Antrags seine Bedingungen zu machen; deren waren drei. Die eine, daß der König den Herzog von Braunschweig, von dem er ihn gleichsam verlange, zu einer freiwilligen und gnädigen Einstimmung in den Wechsel vermöge; die zweite, daß ihm der Markgraf eine solche Besoldung gewähre, wie er bedürfe, — weder an dem einen noch an dem andern ließ sich eigentlich zweifeln —; die wichtigste und schwierigste war die dritte: Hardenberg wünschte für alle Fälle der Protektion des Königs von Preußen sicher zu sein. Er machte dabei aber noch einen andern Antrag. Er forderte zugleich als preußischer Minister in Ansbach und Baireuth zu fungiren, wie es ja hergebracht sei, daß Minister kleinerer Höfe zugleich kaiserliche Minister sein könnten.

Das Letzte trug man Bedenken ihm zu bewilligen. Hertzberg, der ihn sonst höchlich begünstigte, machte die Einwendung, daß die Meinung sich verbreite, als wolle Preußen die beiden Fürstenthümer noch bei Lebzeiten des Markgrafen in Besitz nehmen, wohin die Absicht damals noch nicht ging; aber man wollte sie auch nicht durch die Vereinigung der Titel eines preußischen und markgräflichen Ministers andeuten. Hardenberg erkannte das an und stand davon ab. Aber er bestand auf der Zusicherung einer Anstellung im preußischen Dienst für den Fall seines Wiederausscheidens aus dem markgräflichen.

Der Markgraf, der ihn nicht kannte, auch von Böhmer, der doch der Meinung zu sein schien, mit seiner Stelle im fränkischen Kreise die Verwaltung der Markgrafschaft zu verbinden, die nöthige Auskunft nicht erhielt, folgte doch unbedingt dem Vorschlage Hertzbergs, der durch den König autorisirt wurde. Er machte keine Schwierigkeit, Hardenberg die Vortheile zuzusichern, die er verlangte. Die Verhandlung mit dem Herzog von Braunschweig wurde während jener Zusammenkunft in Reichenbach gepflogen, die für die europäische Geschichte eine so große Bedeutung hat. Der Herzog von Braunschweig und Hertzberg wohnten ihr bei. Schon im Voraus von der Sache in Kenntniß gesetzt, bewilligte der Herzog auf die erste Anregung Hertzbergs noch an demselben Tage die Entlassung Hardenbergs, weil es der König so wolle: denn sonst würde er sich des geschickten Mannes in seinem Dienst sehr nützlich bedienen können. Hardenberg war doch betroffen, daß der Herzog ihn so leicht entließ.

Er schritt nun dazu, die brandenburg-preußischen Unterhandlungen abzuschließen. Von Schönwalde aus bekam er von dem König von Preußen die Versicherung nicht allein seines Schutzes, seines Beistandes und seiner Gnade, sondern es wurde ihm auch versprochen, ihn bei einer Veränderung in Franken in die eigenen preußischen Dienste zu nehmen und darin beizubehalten. Hiedurch wurden alle Bedenken erledigt. Im September 1790 erschien Hardenberg in Triesdorf und ward auf das Beste empfangen; der Markgraf erkannte in ihm den Mann, dessen er eben bedurfte. Um seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, ehe er Niedersachsen verlasse, begab sich Hardenberg noch einmal dahin zurück, kam aber gegen Ende Oktober wieder nach Ansbach, um seine ministeriellen Verrichtungen zu beginnen, die dann für das Land unvergeßlich geworden sind. Noch zeigt man in Ansbach die Räume, in denen er Wohnung genommen hat. Die größte, wenngleich noch ferne Aussicht aber gewährte es, daß ihm dabei zugleich der preußische Dienst eröffnet wurde.

Elftes Capitel.

Uebergang der Brandenburgischen Fürstenthümer unter preußische Verwaltung. — Hardenberg preußischer Minister.

Schon längst hatte die Aussicht, daß die fränkische Linie des Hauses Brandenburg aussterben und die Besitzthümer derselben an die ältere Linie, welche jetzt die königliche Würde bekleidete, fallen werde, die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigt. Bei dem Hubertusburger Frieden trug man von Seiten Oesterreichs an, daß diese Lande in dem erwähnten Falle in eine Primogenitur verwandelt und mit der Krone nicht vereinigt werden sollten [1]). Der König blieb dabei, daß das eine brandenburgische Hausangelegenheit sei, in welche sich kein Fremder mischen dürfe. Er hatte bereits im Jahre 1752 die Bestimmung getroffen, daß die Vereinigung dieser Lande mit den übrigen Gebieten des Staates stattfinden und sie auch in Zukunft nicht wieder getrennt werden sollten; die Constitution war von den Prinzen des Hauses unterzeichnet worden. Einer von ihnen, Prinz Heinrich, war aber niemals damit einverstanden gewesen. Für ihn hätte es einen unendlichen Reiz gehabt, als selbständiger Fürst in jenen Regionen aufzutreten. Er sah darin einen Eingriff in die alten Hausverträge und hat sich wohl gegen die österreichischen Staatsmänner, gegen Kaiser Joseph darüber beklagt [2]). Aber der König blieb unerschütterlich. Vor

1) Denkschrift von Kaunitz vom Jahre 1776 in dem Archiv für österreichische Geschichte Bd. 48, H. 1 S. 90.

2) Bei Gelegenheit der Zusammenkunft zu Neiße. Aufzeichnung Kaiser Joseph's II., mitgetheilt im Archiv für österreichische Geschichte a. a. O. S. 462.

Augen lag, welchen Einfluß der preußische Staat in Folge dieser Succession in dem südlichen Deutschland, in dem Reiche überhaupt gewinnen könne; im schlimmsten Falle würde ein Tausch eingegangen und das Gebiet dadurch nach einer anderen Seite hin erweitert worden sein [1]). Und dafür gewann Friedrich im Jahre 1769 die Beistimmung von Rußland; die Kaiserin garantirte diese Constitution in aller Form; sie versprach selbst dazu mitzuwirken, daß diese Incorporation in die preußischen Lande, wenn der Fall eintrete, stattfinde [2]). In dem Frieden von Teschen hat dann auch Maria Theresia erklärt, daß sie sich derselben nicht widersetzen wolle. Aber Friedrich und Maria Theresia waren gestorben, ehe der Fall eintrat. Daß die Vollziehung einer so großen Erwerbung Widerspruch und Schwierigkeit finden werde, ließ sich nicht bezweifeln. Man erzählt, Lady Craven habe, überzeugt davon, daß sich der Markgraf in den Markgrafenthümern nicht behaupten könne, die Cession derselben zuerst dem Kaiser Joseph angeboten, von dem aber, wahrscheinlich weil er sich über eine so wichtige Angelegenheit nicht aussprechen wollte, keine Antwort bekommen. In Berlin hat sie nun, wie versichert wird, die Abtretung der Fürstenthümer an die preußische Krone in Vorschlag gebracht. Jedoch auch der König von Preußen lehnte diese Erwerbung für das erste ab; er fürchtete damit in unangenehme Verwickelungen zu gerathen und viel Geld aufwenden zu müssen. Aber die Bestimmungen, die man getroffen hatte, schlossen doch die Ergreifung einer Art von Mitbesitz ein. Der König hatte einen Minister gegeben; ein preußischer Ober-Finanz-, Kriegs- und Domainen-Rath nahm das Kassenwesen unter seine Aufsicht. Dieser fand nun viel darin zu bessern. Man wußte dort von keiner Kassenrevision; eine Menge Defekte zeigten sich. Um die Verwendung der einst für Truppenstellungen von England ge-

1) Vergl. den Bericht van Swieten's vom 20. Februar 1773 bei Beer, Friedrich II. und van Swieten S. 95.

2) Der hierauf bezügliche Artikel ist mitgetheilt bei Beer, Friedrich II. und van Swieten S. 44 in der Note.

leisteten Subsidien beurtheilen zu können, verschaffte sich der Finanzrath ein Conto von dem mit der Zahlung beauftragt gewesenen Amsterdamer Hause und fand, daß ansehnliche Posten nicht verrechnet, sondern zum Privatvortheil des Beauftragten benutzt worden waren. Eine alte Veruntreuung von bedeutendem Belang war wegen der Unordnung der Rechnungsführung in langen Jahren niemals bemerkt worden. Es stellte sich doch in der That heraus, daß vieles geschehen war, was nicht entschuldigt werden konnte. Wenn nun in dem Markgrafen der Wunsch entsprang, sein ganzes Finanzwesen auf preußischen Fuß angeordnet zu sehen; so wurde der Finanzrath, der sich mit dem Eifer eines für seine Sache glühenden Beamten ohne alle Nebenrücksicht in die Geschäfte warf, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich bei einer besseren Anordnung auch noch viele Ersparnisse machen und Ueberschüsse würden erzielen lassen. Der Markgraf, durch alles, was nun ans Licht trat, und die Unannehmlichkeiten der Reform, die er machte, in seinem Lebensgenuß gestört, faßte den Gedanken einer vollständigen Cession aufs neue und beschloß, sie eben durch den Finanzrath ins Werk zu setzen. Gegen Ende des Jahres 1790 begab er sich mit seiner Freundin wieder nach Berlin. Diese bemerkt, daß zwischen dem Könige und dem Markgrafen in ihrer Gegenwart von der Sache die Rede gewesen sei.

Eine Schrift liegt vor, in welcher der Markgraf den Finanzrath in tiefstem Geheimniß beauftragt, die Sache bei dem König zur Sprache zu bringen. Ermüdet durch die Verdrießlichkeiten, die er in seiner langen Regierung erfahren habe, von dem Wunsche beseelt, seine Unterthanen, denen noch immer vor einem Austausche bange sei, unter dem preußischen Scepter glücklich zu sehen, habe er den Gedanken gefaßt, seine Lande schon bei seinen Lebzeiten dem König abzutreten, dem sie kraft des Rechtes der Primogenitur bei seinem Tode ohnehin zufallen würden. Er wünsche seine Tage in Ruhe zu beschließen und bedinge sich nur eine Leibrente aus, die ihm in seiner Abwesenheit vom Lande — denn bereits

im künftigen Juni denke er es zu verlassen — regelmäßig gezahlt werde.

Bärensprung, den es sehr glücklich machte, in einer so wichtigen Sache zum Vortheil des Staates die Vermittelung zu übernehmen, legte mit all seinem Eifer, der durch seine Kunde der Sache doppelten Werth erhielt, Hand an das Werk. Nicht ein einziger von den Kabinetsministern erhielt davon Kenntniß; nur Bischoffwerder wurde ins Geheimniß gezogen und dieser trug kein Bedenken, an einer Verhandlung Theil zu nehmen, die der König billigte. Am 16. Januar 1791 kam der Vertrag zu Stande. Er ist von Bärensprungs diesmal sehr leserlicher Hand geschrieben und von dem König so wie dem Markgrafen mit der eigenhändigen Bemerkung eines Jeden, daß er den Inhalt des Vertrages genau kenne, unterzeichnet. Auch der Kronprinz Friedrich Wilhelm hat seine Unterschrift gegeben; sie erscheint zwischen der des Vaters und der des Vetters, jugendlich, aber sorgfältig.

Der Inhalt ist nun jenem Anschreiben des Markgrafen zuweilen wörtlich entsprechend, daß er die nach den Hausverträgen vorbehaltene Wiedervereinigung seiner gesammten Erblande in Franken und im Vogtlande mit der Primogenitur schon bei seinen Lebzeiten vollziehen wolle und der König sie annehme. In einer langen Reihe von Artikeln wird das umständlich ausgeführt. Der Markgraf behält sich sein Chatoullevermögen vor; seine Rente wird auf 300,000 Gulden, die ihm alle Vierteljahre mit 75,000 Gulden zu zahlen sei, bestimmt. Die Cession soll am 1. Juni 1791 ins Leben treten. Niemand erfuhr davon; auch Hardenberg nicht, der in Ansbach zurückgeblieben war, so sehr er sonst das Vertrauen des Markgrafen besitzen mochte. Vollkommen aber und ganz konnte dies Geheimniß doch nicht bewahrt werden. Vor Allen der Wiener Hof mußte davon erfahren, — nicht allein weil er mit dem Lande immer in naher Beziehung gestanden hatte, sondern die kaiserliche Autorität war erforderlich, um die Sache ruhig, ohne Lärm und Entzweiung durchzuführen. Für die gesammte deutsche Politik des Erzhauses war es von unmittelbarer Be-

deutung, daß die rivalisirende Macht im südlichen Deutschland eine Stellung erlangen sollte. Die Frage bildete einen Theil der großen Transaktion, durch welche sich Oesterreich und Preußen im Anfange des Jahres 1791 einander näherten. Das Abkommen zwischen der Krone Preußen und dem Markgrafen fällt nur etwa vierzehn Tage vor der Reise, welche Bischoffwerder in tiefem Geheimniß unternahm, und durch welche ein Verständniß zwischen den beiden großen Höfen angebahnt und wirklich herbeigeführt wurde. Philipp Cobenzl, der mit der Unterhandlung beauftragt wurde, brachte in Erinnerung, daß die förmliche Abtretung der fränkischen Landschaften bei Lebzeiten des Markgrafen in dem Frieden von Teschen nicht vorgesehen sei, sondern nur ihr Anfall nach dem Aussterben der Linie. Die Eröffnung war keine feindselige. Aber zum Abschlusse kam es damals überhaupt nicht: und die Frage gewann durch die großen politischen Verhältnisse noch eine anderweite Bedeutung. Hätte man, verbündet mit England und unter Connivenz von Oesterreich Rußland zur Nachgiebigkeit gegen die Tripelallianz genöthigt; so würde auch die Erwerbung der fränkischen Fürstenthümer keine Schwierigkeit gefunden haben. Aber England versagte, wie man weiß, als es zum definitiven Akt kommen sollte, seine Mitwirkung. Rußland mußte auf dem Wege der Unterhandlungen zur Nachgiebigkeit gegen die Türkei bewogen, und auch Oesterreich zur Behauptung des Status quo strict vermocht werden. Wie aber konnte Preußen darauf dringen, wenn es selbst zu einer so erheblichen Veränderung im Besitzstande schritt, wie es die Erwerbung der fränkischen Markgrafenthümer war. Der älteste Cabinetsminister, Graf Finkenstein, der von der Sache erst jetzt nähere Mittheilung erhielt — denn vorher hatte er nur ein Gerücht vernommen, fand die österreichischerseits erhobenen Einwendungen doch nicht unerheblich.

Er urtheilte ferner, daß dadurch der Friede mit Rußland nothwendig werde. Aber man müsse ihn im Einverständniß mit England zu Stande bringen. Für den Abschluß eines solchen

aber im Sinne des strikten Status quo, welche Bedingung in Reichenbach verabredet worden, werde, so meinte er, die Ausführung des zwischen dem Markgrafen und dem König geschlossenen Vertrages nicht förderlich sein. Er fürchtete, der Wiener Hof werde sich dadurch berechtigt glauben, an dem Status quo nicht so strenge festzuhalten, als das Verhältniß des Königs zu der Türkei es fordere. Auch von dem zweiten Kabinetsminister Alvensleben wurden Bemerkungen gegen die sofortige Ausführung des Traktates gemacht. Man kam in der That zu dem Entschlusse, dieselbe zu verschieben.

Bärensprung, der sich noch in Berlin aufhielt, bot dazu die Hand. Man beschloß eine interimistische Einrichtung zu treffen [1]), bei welcher der Markgraf im Besitz bleiben, die Verwaltung aber noch vollständiger als bisher in preußische Hände übergehen sollte. Bärensprung wurde mit der Ausführung der erforderlichen Maßregeln beauftragt. Er sollte wieder nach Ansbach zurückgehen und alles Nöthige, jedoch mit großer Behutsamkeit und immer im Namen des Markgrafen vorkehren. Man wollte selbst bei der Entstehung von Vakanzen eine definitive Besetzung der erledigten Stellen vermeiden. Bärensprung sollte als Commissar erscheinen, wofür er denn mit einer sehr umfassenden Autorität bekleidet wurde. Die Landesbehörden, selbst die höchsten sollten seinen Anordnungen Folge leisten; im Nothfall ward er ermächtigt die Widerstrebenden zu verhaften; er sollte seine Berichte unmittelbar an den König einsenden ohne weitere vermittelnde Behörden, wofür ihm eine Kabinetschiffre anvertraut wurde; er würde als der eigentliche Inhaber der königlichen Gewalt erschienen sein.

Indessen hatte aber auch Hardenberg durch ein Mitglied des

1) Wie es in der Instruktion an Bärensprung heißt: weil es „noch zur Zeit die politischen Conjunkturen, besonders mit dem kaiserlichen Hof, nicht gestatten, und in dieser Rücksicht, in der augenblicklichen Crisis bloß aus Menagement eines wechselseitigen Vertrauens noch nicht räthlich scheinen will, von dem ganzen Umfang und Inhalt der mit unserem vielgeliebten Vetter des Markgrafen von Brandenburg Liebden förmlich geschlossenen Conventions-Acte öffentlich Gebrauch zu machen und jetzt gleich zum völligen effect zu bringen.“

wieder zurückgekommenen markgräflichen Hofes — dessen Zustand durch den inzwischen eingetretenen Todesfall der Markgräfin doch einigermaßen verändert worden war — von dem geschlossenen Vertrage Kunde erhalten, aber sich dadurch in seiner gewohnten Thätigkeit nicht stören lassen. Er besaß jetzt das volle Vertrauen des Markgrafen. Man rühmte seine große Application, Geschäftskenntniß und beifallswürdige Thätigkeit, die er auch bei der Ausführung des neuen Finanzplanes bewiesen habe. Der Markgraf hatte ihn zum dirigirenden Minister in beiden Landschaften ernannt. Er besaß die vornehmste Autorität im Lande. Wie mußte es ihn berühren, daß nun ein von Berlin kommender Finanzrath ihm nicht sowohl zur Seite gestellt, als eigentlich vorgesetzt wurde. Denn als Minister des Markgrafen wäre er dem königlichen Commissar Folge zu leisten verpflichtet gewesen. Sein Entschluß war auf der Stelle gefaßt.

Er sprach ohne Umschweif und Zurückhaltung mit Bärensprung[1]), der sich in der That bewegen ließ, in einem Schreiben nach Berlin um die Ausdehnung der ihm gegebenen Vollmacht auf Hardenberg zu bitten. Doch war es dessen Meinung nicht, sich hiemit zu begnügen.

Der Gegensatz zwischen ihnen war insofern von politischer Natur, als Bärensprung in dem Sinne des Ministeriums arbeitete, mit Vorbehalt der markgräflichen Autorität; Hardenberg dagegen den Uebergang der Markgrafenthümer an Preußen ins Auge faßte. Das erstere war durch die politischen Verhältnisse überhaupt geboten; das letztere entsprach den schon beschlossenen Thatsachen besser: der Markgraf stimmte mit der Auffassung Hardenbergs überein, er zog die Cession allem Andern vor. Er versah ihn

1) In den eigenhändigen Aufzeichnungen Hardenbergs finden sich folgende Worte: Enfin Baerensprung m'annonce son arrivée en avril. — Parlé au Margrave après le Rapport. Arrivée de Baerensprung: ses intrigues pour me débusquer — ce que je fis — Dit rondement mon sentiment à B. — parlé le lendemain de grand matin au Margrave et allé à Berlin, accompagné de Koch, auquel je ne parlais de la chose qu'après avoir quitté Ansbach.

mit einer Ermächtigung, über alles das, was sich auf den über die Cession der Markgrafschaften geschlossenen Vertrag beziehe, zu unterhandeln und abzuschließen, so daß das ganze Geschäft in dessen Hand gelegt wurde; unverzüglich machte Hardenberg sich auf den Weg nach Berlin. In Beelitz hielt er an, um ein Memoire, das er vorlegen wollte, zu Stande zu bringen. Ihm kam es darauf an, nicht allein markgräflicher Minister, sondern zugleich Minister des Königs von Preußen und dessen vornehmster Bevollmächtigter zu sein, so daß die Ausübung der landesherrlichen Autorität vollständig ohne weitere Rücksicht auf einen andern in seiner Hand vereinigt wurde. Darauf beruhte, wie der Fortgang der Sache, so vornehmlich seine eigene Zukunft.

In der Denkschrift [1]) spricht sich Hardenberg zunächst gegen die durch die Instruktion Bärensprungs angeordnete neue Verfassung aus. Darin werde für die Finanzen und die Administration, zugleich mit Beziehung auf das Militär eine besondere königliche Commission angeordnet, während innere Polizei, Rechtspflege und die Verhältnisse zu dem Auslande sowie zu dem Reich dem markgräflichen Ministerium vorbehalten seien. Dieses habe die Pflicht, sich in wichtigen Dingen mit der Commission zu verständigen. Wie aber, sagt Hardenberg, solle sich dies ausführen lassen in einem Lande, das nicht einmal ein geschlossenes Territorium besitze und in den verwickeltsten Verhältnissen mit den Nachbarn stehe, wo es Dörfer gebe, welche Unterthanen von drei verschiedenen Souveränen zählen; wo man häufig in einer Beziehung nachgeben müsse, um in einer anderen zu seinem Ziele zu gelangen? Eine interimistische Einrichtung würde überhaupt unausführbar sein. Ein Minister könne die Verantwortlichkeit nicht selbst übernehmen und an wen solle er sich in zweifelhaften Fällen wenden? Zwischen dem Commissär und dem markgräflichen Minister werde es unaufhörliche Collisionen geben. Dem

1) Copie d'un mémoire fait à Ansbach le 13 de mai 1791 par ordre de Msgr. le Marggrave et approuvé par S. A. S. Buchstäblich, wie man sieht, ist das Datum nicht zu nehmen.

letzten werde nichts übrig bleiben, als eine Art von exekutiver Gewalt mit ebenso geringfügigen Mitteln, sie auszuüben, wie man sie in Frankreich soeben constituire. Wer solle die Stellen besetzen? Ohne die Autorität des Souveräns würde Alles in Unthätigkeit verfallen. Und wolle man das Geheimniß des geschlossenen Vertrages bewahren, so würde schon die Aufstellung einer königlichen Commission dies zerstören. Der Minister des Markgrafen werde ohne die Autorität des Königs viel zu schwach sein, um sich den Eingriffen der Reichsgewalt zu widersetzen. Die Commission selbst werde im Lande als eine fremde betrachtet werden und nicht das erforderliche Ansehen haben. Welche Unzuständigkeiten würden daraus erfolgen, daß man ihr auch das Militär unterordne.

Hardenberg geht dann auf die Motive über, durch welche man zu einer so ungewöhnlichen und schädlichen Anordnung bewogen worden sei; er meint die Einwendungen, welche Cobenzl in Wien ausgesprochen hatte. Hardenberg erklärt sie für unbegründet. Denn der Wortlaut des Friedens von Teschen sei auch auf diesen Fall anwendbar und zur Autonomie deutscher Fürstenhäuser gehöre es, in Fällen dieser Art für sich selbst gültige Bestimmungen zu treffen. Er entwickelt das mit der ihm eigenen publicistischen Gewandtheit. Für sich selbst lehnt er auf das Bestimmteste ab, sich in das Verhältniß zu fügen, das man ihm anmuthe. Er würde dadurch gleichsam ein Untergebener des Commissars werden und sich vor ganz Deutschland entehren. Nicht unter diesen Voraussetzungen habe er sein früheres Dienstverhältniß verlassen. Für den Fall einer Veränderung sei ihm Aufnahme in den königlichen Dienst zugesagt worden.

Mit dieser Denkschrift nun begab er sich nach Berlin, wo er seinen alten Gönner Hertzberg nicht mehr am Ruder fand. Hertzberg war nicht entsetzt, aber von den wichtigsten Geschäften, die nicht gerade formaler Natur waren, blieb er ausgeschlossen. Hardenberg conferirte mit den drei anderen Cabinetsministern: Finkenstein, Alvensleben und Schulenburg, von denen besonders der letzte damals in großem Ansehn stand. Die Bemerkungen, die Hardenberg machte, waren so einleuchtend, daß sie in der

Hauptsache vollkommen überzeugten. Nur dahin konnte er es nicht bringen, daß man sich entschlossen hätte, die Cession in aller Form eintreten zu lassen. Bei der schwankenden Lage der allgemeinen Verhältnisse schien es auch jetzt nicht opportun zu sein. Man entschloß sich zu der Auskunft, unter Vermittelung Hardenberg's, der dazu vollkommen ermächtigt war, einen neuen Vertrag, den man Pacte additionel nannte, mit dem Markgrafen abzuschließen. Darin wird der frühere Vertrag zwar suspendirt, aber seinem Inhalte nach zugleich bestätigt. Der König erscheint als Eigenthümer des Landes; die Regierung aber soll unter dem Namen des Markgrafen durch Hardenberg geführt werden. Dazu wird ihm von dem Markgrafen der ausgedehnteste Auftrag ertheilt. Er soll sämmtliche, sowohl die Länder und deren Regierung als seine (des Markgrafen) Person betreffende Besorgungen und Geschäfte ohne Ausnahme mit voller Macht übernehmen [1]), die landesherrliche Gewalt und die legislative, das Recht, die Behörden einzurichten, die Mitglieder derselben anzustellen: die ganze Autorität, die ihm bisher im Namen des Markgrafen mit dessen persönlicher Theilnahme zugestanden hatte, soll er fortan ohne dieselbe ausüben. Ein für allemal erklärte sich der Markgraf damit einverstanden, daß der Minister von dem König von Preußen Verhaltungsbefehle erhalte, und zugleich wurde Hardenberg zum wirklichen preußischen Staatsminister ernannt: das eigentliche Ziel seiner Wünsche, das er mit einer glücklichen Gewandtheit erreichte, die ihn ganz eigen charakterisirt [2]); sein Interesse fiel mit dem der Sache zusammen. In seiner Person concentrirte sich die Autorität des Königs und des Markgrafen; und wenn man das Geheimniß, das wohl für Niemand ein Geheimniß war, äußerlich noch beobachtete, so trug das nur

1) Cum libera facultate et potestate agendi.

2) Der Bericht der drei Minister darüber bezeichnet das Motiv mit den Worten: ...... pour arranger l'affaire de la Cession des Margraviats d'Ansbach et de Bareuth de manière à contenter les désirs du Margrave sans encourir les dangers, qui pourroient en résulter dans les conjunctures politiques du moment......

dazu bei, Hardenberg eine unabhängige Stellung zu verschaffen, die ihm fern von dem Mittelpunkt des Staates freie Hand ließ. Doch gehörte noch die Ratifikation des Markgrafen dazu; das einzige, was sich derselbe in seiner Vollmacht vorbehalten hatte. Dieser Fürst war indeß, von der Besorgniß geängstigt, daß die Revolution auch sein Land ergreifen könne, und von seiner Begleiterin fortgezogen, nach England gegangen. Hardenberg schickte seinen Sekretär dahin ab und wartete auf seinem Stammschloß, bis derselbe mit der Ratifikation des Pacte additionel zurückgekommen war. Hierauf begab er sich nach Ansbach, wo nun alles eine definitive Gestalt nach seinem Sinne annahm.

Wie sehr sah sich Bärensprung enttäuscht. Anfangs war die Absicht gewesen, ihn zum Minister oder doch zum Ober-Präsidenten der Finanzen zu ernennen. Doch wurde auch das Letzte aus Rücksicht auf die übrigen Beamten vermieden. Hardenberg selbst entwarf die Instructionen, durch welche die beiderseitigen Stellungen geregelt wurden. Bärensprung trat in ein untergeordnetes Verhältniß zurück. Die ihm früher ertheilten Berechtigungen wurden aufgehoben. Er fügte sich in sein Schicksal mit der Submission eines eingeschulten Beamten und war zufrieden, daß ihm die Rückkehr nach Berlin vorbehalten blieb. Die Stellung Hardenbergs, der nun als Repräsentant der gesammten Regierungsgewalt erschien, bezeichnete Schulenburg nicht mit Unrecht als ebenso glänzend wie bedeutend. Doch hatte sie noch mannigfache Schranken zu überwinden, ehe sie zur Selbständigkeit gelangte, was denn Hardenberg, dem alle Unterordnung verhaßt war, zu versuchen nicht versäumte.

Für den Sommer 1791 nahm Hardenberg Wohnung in Baireuth. Er wurde daselbst sehr wohl empfangen und ergriff nun die Zügel der Regierung. Bärensprung folgte ihm als sein erster geheimer Rath. Auch machten ihm die Befehlshaber der bewaffneten Macht ihren Vortrag. Er säumte nicht, einen preußischen General, eben Treskow, an die Spitze derselben zu stellen.

An sich hatte in Folge der zweifelhaften und nicht ganz mit-

theilbaren Vorgänge das staatsrechtliche Verhältniß doch auch unangenehme Seiten. Die größte Schwierigkeit lag in der Ertheilung der unmittelbaren Lehen in den Fürstenthümern durch den Reichshofrath [1]). Der Markgraf hatte versäumt, sie einzuholen; aber ohne eine von dem jedesmaligen Besitzer unterzeichnete Forderung war sie nicht zu erreichen. Nachträglich konnte das nicht geschehen. Es würde eine Nullität in sich geschlossen haben, da der Markgraf bereits wirklich cedirt hatte. Um die Belehnung zu erlangen, mußte der König persönlich als Besitzer auftreten.

Auch in anderen Verhältnissen zeigte sich doch der Mangel einer eigenhändigen Unterschrift, wie Hardenberg von Anfang an vorausgesehen hatte, nachtheilig; er empfand es, daß er Manches ohne alle Autorisation — ungewöhnlich in Deutschland — entscheiden mußte. In wichtigen Geschäften war das auf die Länge unthunlich. Der Minister war sehr glücklich darüber, als er Anfang November 1791 Nachricht bekam, daß die förmliche Besitznahme nicht länger verzögert werden sollte. Von dem kaiserlichen Hofe brauchte man keinen Widerspruch zu befürchten. Es war die Zeit der engsten Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen in allen allgemeinen Angelegenheiten, die dann bald nachher zu einer Gemeinschaft der Waffen und der Politik führte, die Niemand hatte erwarten können.

Den Ansichten Hardenbergs gemäß, hielt man es für hinreichend, dem kaiserlichen Hofe eine Notifikation zugehen zu lassen, in der man besonderen Werth darauf legte, daß die Cession des Markgrafen durch seine den Bedürfnissen der Zeiten und des Landes nicht mehr genügende Verwaltung nothwendig geworden, von preußischer Seite nicht herbeigeführt, nicht einmal gewünscht worden sei, und daß die Besitznahme mit keinem Zuwachs an

1) Des inconvéniens sans nombre, qui pour un gouvernement aussi compliqué que celui des principautés d'Ansbach et Bareuth résultaient du grand éloignement du margrave et du retour fréquent des cas qui exigeaient la signature du souverain, et particulièrement les difficultés élevées par rapport aux pleinpouvoirs pour l'investiture des fiefs de l'empire compris dans ces principautés .... ont obligé le roi etc.

Einkünften verbunden sei, deren Ueberschuß dem Markgrafen vorbehalten bleibe.

Unverzüglich gab Hardenberg dem Markgrafen selbst Nachricht. Dieser hatte nur einen kurzen Aufenthalt in England genommen: denn seine Lady fand dort die Aufnahme nicht, auf die sie gerechnet hatte. Sie waren nach Lissabon gegangen, wo dann kurz darauf ihre Vermählung stattfand, denn auch Lord Craven war vor einiger Zeit gestorben.

Die Nachricht von dem Entschluß des Königs, wirklich Besitz zu ergreifen, gereichte dem Markgrafen zu großer Genugthuung. Niemals, schreibt er [1]), habe ihm ein Courier größeres Vergnügen gemacht, als der, welcher ihm die Nachricht bringe, daß der Schleier von seinen Verhandlungen vollends weggezogen sei. Er habe dem König für das, was er für ihn thue, seinen Dank und seine Segenswünsche in Bezug auf die Fürstenthümer, die er jetzt in Besitz nehme, dargebracht. Es schien ihm nur darauf anzukommen, die ihm bewilligten Gelder, namentlich die Capitalien der Chatoulle so bald als möglich zu empfangen, um sich eine sichere und anständige Existenz für die Zukunft zu gründen. Er war glücklich, der Geschäfte überhoben zu sein. Denn auch solche Fürsten giebt es, denen die Ausübung der höchsten Gewalt, die niemals ohne Schwierigkeiten ist, zur Last fällt. Sonst gutmüthig und wohlwollend ziehen sie doch das Privatleben, für das sie vielleicht geboren waren, ihrem Antheil an den Geschäften bei weitem vor. Auf der andern Seite aber trat die große Frage ein, welches nun das Verhältniß der neu erworbenen Landestheile zu der Monarchie sein solle.

Hardenberg begab sich nach Berlin, um über seine bisherige Geschäftsführung Rechenschaft abzulegen und zugleich die neue Ordnung der Dinge, vornehmlich auch sein eigenes persönliches Verhältniß festzustellen. Noch einmal kam die Auseinandersetzung mit dem

1) J'ai écrit au Roy, où je Le remercie de tout ce qu'il fait pour moi et où je Lui donne mille bénédictions avec les margraviats, qui viennent être réunis à présent sous son sceptre.

Markgrafen zur Sprache; einige Bedenken konnten die von seinen Voreltern zu Gunsten der öffentlichen Institute, namentlich der Universität Erlangen bestimmten Capitalien erregen; es mußte entschieden werden, inwiefern das Silberzeug, das er in Anspruch nahm, Fideicommiß sei oder nicht. Wir übergehen diese und ähnliche Fragen. Die Art und Weise, wie Hardenberg sie behandelte, wird ein oder das andere Aktenstück besser zeigen, als es im Lauf der Erzählung geschehen könnte.

Wichtiger waren die Erwägungen über die Feststellung der Ordnung überhaupt. Es ließ sich denken, daß die neue Erwerbung, wie die anderen Provinzen behandelt, nach den verschiedenen Zweigen der Verwaltung den Centralbehörden in Berlin unterworfen würde. Wenn es das eigene Interesse Hardenbergs war, dem zu widerstreben, so trafen auch hier andere aus der Sache entspringende Motive mit demselben zusammen. Hardenbergs Antrag ging dahin, die gesammte Landesverwaltung in seiner Hand zu lassen. Denn die verwickelte Verfassung der Landschaften, die stete Vermischung der Administration mit auswärtigen Beziehungen mache die Direktion eines einzigen, in denselben anwesenden Ministers, die sich über alle Gegenstände erstrecken müsse, nothwendig [1]). Sein Wunsch war, die Administration in seiner Hand zu vereinigen und nur unter dem Cabinetsministerium, das die allgemeinen Geschäfte des Staates besorgte, zu stehen.

Er verlangte überdies, in Bezug auf sein Einkommen eine dieser Stellung angemessene Ausstattung zu erhalten. Denn er sei nicht reich; in seinem ererbten Vermögen habe er durch allerlei Unglücksfälle große Verluste erlitten; von den Gütern, die er besitze, habe er nur die Verwaltung, aber keine Einkünfte; er müsse von seinem Dienst leben. Auch sei das mit seinem bisherigen Einkommen möglich gewesen, so lange der Markgraf im Lande

1) Denkschrift vom 10. Januar 1792. Er widerräth, die Provinzen gleich den übrigen in die eingeführten Realdepartements, namentlich die des Generaldirektoriums zu vertheilen.

Hof gehalten habe [1]). Nach dessen Entfernung aber müsse er viele Menschen sehen und großen Aufwand machen. Er verlangte den damals gewöhnlichen Gehalt eines preußischen Ministers: 6200 Thaler, 5000 Thaler Tafelgelder und einige andere Emolumente. Das hatte keine weitere Schwierigkeit. Der König genehmigte es mit Vergnügen und gestattete ihm auch die Benutzung der Eremitage in Baireuth und Schildwachen vor seiner Wohnung, worauf er viel Werth legte, und was dem mehr ist.

Eine größere Schwierigkeit entsprang aus der näheren Bestimmung des Dienstverhältnisses. Um von dem Cabinetsministerium nicht als ein Untergeordneter behandelt zu werden, verlangte er selbst Cabinetsminister zu sein, mit Sitz und Stimme in demselben, wenn er nach Berlin komme, mit Ausschluß jedoch aller anderen Geschäfte, nur für Ansbach und Baireuth. In seiner Abwesenheit wollte er für den größten Theil der Geschäfte als Deputirter des Cabinetsministeriums bevollmächtigt sein. Nur die wichtigeren Sachen würde er durch dasselbe unmittelbar an den König gebracht haben. Nach den Aufzeichnungen Hardenbergs sollte es scheinen, als habe ihm Schulenburg, der jetzt, wie überhaupt, so namentlich in diesen Dingen den größten Einfluß ausübte, sein Einverständniß mit diesen Wünschen ausgesprochen. Hardenberg hatte im Beisein Schulenburgs und Bärensprungs eine Audienz bei dem König, bei der er die Ueberzeugung faßte, daß auch der König damit einverstanden sei. Indem er mit Schulenburg die Treppe hinunterging, besprachen sie miteinander, wer das Resultat der Audienz niederschreiben solle. Hardenberg sagt, aus Bescheidenheit habe er das dem älteren Minister überlassen. Er klagt dann fortwährend darüber, daß das in einem ihm entgegenlaufenden Sinne geschehen sei, und beschwert sich über die Falschheit Schulenburgs. Wir können

1) Je ne suis pas riche, Sire; la fortune de mon Père m'a été enlevée par des malheurs de famille, que ne m'ont laissé que de grandes terres endettées, dont j'ai la Charge de l'administration, sans en tirer des Revenues. Il faut que je vivé du service. — 12. Januar 1792.

nicht ermitteln, wie weit sich das so verhält. Denn an und für sich und von geschäftlicher Seite betrachtet, läßt es sich kaum anders denken, als daß die fungirenden Cabinetsminister einiges Bedenken trugen, dem neu eintretenden eine Stellung zu gewähren, durch die er wesentlich unabhängig zu werden schien. Durch königliche Cabinetsordre wurde Hardenberg der Charakter eines Cabinetsministers ertheilt, vor allem mit der Maßgabe, welche er nicht anders erwarten konnte, daß er an der Führung der auswärtigen Geschäfte des Staates keinen Antheil zu nehmen habe; dann aber mit einem weiteren Zusatze, den er nicht erwartete: er sollte allerdings die Direktion sämmtlicher Geschäfte in den brandenburgischen Fürstenthümern behalten, aber unter Leitung des Cabinetsministeriums, an das er seine Berichte einzusenden habe und welches über alle wichtigen Gegenstände die königlichen Entscheidungen einholen, die minder wichtigen aber selbst entscheiden werde. So hatte Schulenburg selbst vorgeschlagen[1]) und die bestimmenden Beweggründe hiezu in Anregung gebracht; er bemerkte, Hardenberg würde sonst einen Staat im Staate bilden, bei all seinem Talent kenne er doch die Form des preußischen Dienstes nicht und würde ohne andere Direktion nicht im Stande sein, den Uebergang der Provinzen in das preußische System, der doch in der Absicht liege, einzuleiten. Hardenberg seinerseits wollte sich dem nicht fügen; er sah darin die Tendenz des Cabinetsministeriums, ihn zu unterjochen. Bärensprung, sein alter Nebenbuhler, sollte alle Wochen ein Mal über die ansbach-baireuther

1) Je crois pourtant devoir observer que si Elle trouve bon de donner la surveillance des affaires des Margraviats au Ministère du Cabinet ou à tel autre Département qu'Elle trouvera à propos, le Baron de Hardenberg doit suivre, malgré le caractère qu'il demande à Votre Majesté, les instructions qu'il en reçoit, puisque d'ailleurs il formerait statum in statu et que ces nouvelles provinces ne tiendraient par aucun fil à la machine générale de la monarchie: ces provinces doivent successivement prendre la forme du gouvernement des autres états de Votre Majesté et le Baron de Hardenberg, malgré ses talents et ses lumières, ne connait pas lui-même cette forme et doit nécessairement être dirigé ... 15. Januar 1792.

Angelegenheiten Vortrag im Cabinet haben. Nach demselben würde das Cabinetsministerium unfehlbar entscheiden. Heiße das nicht, die Direktion an Bärensprung bringen und ihn, den Minister, in die Stellung eines Landes=Präsidenten zurückdrängen? Schon auf der Reise wendete er sich in einem sehr dringenden Anschreiben hierüber an Schulenburg. Dieser bedeutete ihm unumwunden und zugleich im Namen seiner beiden Collegen, daß es bei der getroffenen Anordnung sein Bewenden haben müsse. Der ihm zu Theil gewordene Charakter sei nur eine Ehrenbezeugung, die ihm der König wegen seiner dortigen Stellung verliehen habe. Seitdem war nun kein gutes Verhältniß mehr zwischen Hardenberg und Schulenburg. In allem, was von dem Cabinetsministerium verfügt wurde, meinte Hardenberg die Hand Bärensprungs und die Absicht, ihn niederzuhalten, zu erkennen.

Indessen ging nun die Besitzergreifung ihren Weg. Hardenberg nahm die Huldigung im Namen des Königs ein. Er erwähnt, daß er in Baireuth zu Pferde stieg, um die guten Zusicherungen des Königs zu verkündigen. Das Land begrüßte den Uebergang unter die preußische Herrschaft mit Jubel. Für Hardenberg entsprangen aus seinem Verhältniß zu dem General=Directorium und den Einflüssen Bärensprungs, welche die Absicht einer unmittelbaren Einfügung in das preußische Staatswesen nicht aufgaben, mancherlei Schwierigkeiten; aber er wußte sie zu umgehen; er war ganz der Mann dazu, eine Aera für die Fürstenthümer in Bezug auf ihre innere Verwaltung zu eröffnen.

Zwölftes Capitel.

Verwaltung der fränkischen Fürstenthümer.

Es ist der Mühe werth, gleich an dieser Stelle einen Blick darauf zu werfen, wie Hardenberg seine Aufgabe ergriff. Vielleicht wäre kein eigentlich preußischer Staatsmann sie zu erfüllen so fähig gewesen, wie dieser erst in den Dienst eingetretene, der von Jugend auf seine Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse des Reiches und die Beziehungen der Territorialgewalt zu demselben gerichtet hatte. In Berlin machte es einen gewissen Eindruck, daß Hardenberg den Antrag stellte, von Regensburg her über die im Reichstage vorkommenden Angelegenheiten, insofern sie sich auf die Fürstenthümer bezögen, unterrichtet zu werden. In der Besorgniß, er wolle Einfluß auf die Reichsangelegenheiten gewinnen, beschränkte man ihn auf die Mittheilung dessen, was sich unmittelbar auf Ansbach und Baireuth beziehe: Hardenberg dagegen blieb dabei, daß auch das Allgemeine mit den ansbach-baireuthischen Angelegenheiten so genau zusammenhänge, daß die Kunde davon ihm unentbehrlich sei.

In den fränkischen Fürstenthümern war die Autorität der Reichsinstitute, namentlich der Reichsgerichte, noch in einem Grade bedeutend, von dem man in norddeutschen Gebieten nichts mehr wußte. Von den Gerichten des Landes konnte schon bei der kleinen Summe von 8000 Gulden an die Reichsgerichte appellirt werden. Diese hatten über die unaufhörlich streitigen Verhältnisse der Nachbarn, selbst der nach Reichsfreiheit trachtenden Insassen die letzte Entscheidung zu geben; und seit langer Zeit war

diese mehr in dem vorherrschenden Sinne gegen die Interessen der Landesregierung ausgefallen. Man erinnerte sich, daß nur in längst verflossenen Zeiten das Kammergericht Urtheile zu Gunsten der Landeshoheit ausgesprochen hatte. Diese war in den fränkischen Fürstenthümern überhaupt nicht ausgebildet worden. Dagegen war die Kreisverfassung, die in den letzten Jahrhunderten das faktisch zusammenhaltende Moment in dem Reiche ausmachte, in dem fränkischen Kreise am meisten entwickelt, ausgenommen etwa den schwäbischen. Die Kreisstände versammelten sich seit einiger Zeit nicht mehr wie früher in bestimmten Zeitfristen, sondern sie blieben immer zusammen. Sie hatten ihre besondern Kassen, ihr eigenes Militär, ein gemeinschaftliches Schuldenwesen. Sie waren auch hier wie anderwärts in verschiedene Bänke abgetheilt: die fürstliche, welche zugleich geistliche und weltliche Stände umfaßte, die reichsgräfliche und die städtische. Aber diese Bänke votirten nicht, wie es am Reichstage herkömmlich war, jede für sich; sie faßten ihre Beschlüsse immer in gemeinsamer Berathung. Für dieselben war es von großer Wichtigkeit, daß man keine Rücksicht auf den Umfang der Territorien nahm, sondern die kleinsten Bezirke so viel galten als die großen. Die Folge davon war, daß die kleineren die Mehrheit bildeten und den Ausschlag gaben.

In der Geschichte der politischen Verhandlungen dieser Zeit, auch der allgemeinen Friedensschlüsse, tritt zuweilen der Name Zwanziger bedeutend hervor. Sein Ansehen beruht auf diesem Verhältniß. Zwanziger war auf der Kreisversammlung in Franken Repräsentant von sieben gräflichen Herrschaften. Diesen sieben Stimmen gesellten sich vier andere hinzu, die der Bevollmächtigte von Schwarzenberg, der auf der Fürstenbank saß, mit den ersten zu vereinigen wußte. Die vereinigten elf Stimmen nun beherrschten den Kreistag und leiteten ihn nach dem Sinne Zwanzigers, d. h. in dem Sinne der Reichsfreiheit und des kaiserlichen Hofes. Den Ansprüchen der Landeshoheit setzte sich die Idee der Einheit und der Souveränetät des Kreises entgegen, eine Idee, von der man

annahm, daß sie durch die Vorgänge in Frankreich, so höchst verschieden diese auch in ihrem Sinne und Wesen waren, Leben empfange. Wohl gebührte dem Markgrafen ein Antheil an den Geschäften des kreisausschreibenden Direktoriums; aber noch mehr lag dies in den Händen des Bischofs von Bamberg, dem, wie man sich ausdrückte, Mund und Feder d. h. Vortrag und Fassung gehörten; zwischen beiden aber kam es nie zu dem ernstlichen Zusammenwirken, das dazu gehört hätte, um dem Uebergewicht der Grafenstimmen entgegenzutreten. Denn das geistlich-katholische Interesse neigte sich mehr zu dem der Reichsritterschaft und der Reichsgerichte. Genug, die Fürstenthümer mit ihren durch die Besitzungen der Reichsstadt Nürnberg getrennten beiderseitigen Territorien, die jedes auch in sich selbst nicht geschlossen waren, blieben weit davon entfernt, eine selbständige Autorität zu besitzen und geltend machen zu können. Sie waren zu ansehnlichen Beiträgen zu der Kreiskasse, etwa dem sechsten Theil der ausgeschriebenen Summen, die nach Römermonaten berechnet wurden, verpflichtet. Die markgräflichen Soldaten trugen großentheils die Uniform der Kreistruppen.

Die Absicht der neuen Verwaltung war es nun[1]), dieser Abhängigkeit möglichst ein Ende zu machen. Man dachte daran, die Stimmenzählung nach dem wirklichen Bestande der Territorien abzuändern, und der Allgewalt Zwanzigers gegenüber, die man als Despotismus bezeichnete, die Gerechtsame der Landeshoheit emporzubringen. Hardenberg wollte der Verwirrung, in der sich die Kasse befand, ein Ende machen und lieber einen angemessenen Theil der Kreisschulden auf das Land übernehmen, als von derselben mitbetroffen werden. Der allernächste Gedanke war, das Militär, das nun als preußisches erschien — es belief

1) Wir schöpfen aus dem „General-Bericht über die Verwaltung der Fürstenthümer Ansbach und Baireuth vom Regierungsantritt des Königs im Jahre 1792 an bis 1. Juni 1797, verfaßt und S. Majestät übergeben von dem Minister von Hardenberg. Berlin, im Junius 1797."

sich ungefähr auf 9000 Mann — von der Verbindung mit dem Kreise loszureißen und mit der Zeit auf einen respectablen Fuß zu setzen. Dazu gehörte nun aber auch die Umgestaltung der Landesregierung, noch nicht vollständig auf den preußischen Fuß, aber doch nach dem Vorbild, das Preußen gab. Denn das war das Bedeutende in dem Verhältniß Preußens zu den übrigen deutschen Ländern, daß es zuerst und durchgreifend die Idee einer selbständigen und allumfassenden Staatsgewalt zur Erscheinung brachte gegenüber dem Herkommen, das sich auf erworbene Berechtigungen oder auch eingerissene Mißbräuche gründete; gegenüber auch den Reichsbehörden und ihren das besondere Staatswesen zersetzenden Eingriffen. Erst dadurch wurde es möglich, allgemeine Ideen für das bürgerliche Leben zu fassen und zu realisiren. Wie hätte wohl sonst ein allgemeines Gesetzbuch, wie das preußische Landrecht war, zu Stande kommen können. Zunächst war nicht daran zu denken, in den neuen Provinzen, in denen die Appellation an die kaiserlichen Gerichte in so großem Umfang stattfand, das Landrecht einzuführen. Ebensowenig hätte das preußische Militärsystem in seiner ganzen Strenge in denselben zur Ausführung gebracht werden können; aber der Geist dieser Einrichtungen schwebte bei den Abänderungen, die man in der Landesverfassung der Fürstenthümer traf, nothwendig vor Augen. Zuweilen erschienen sie, selbst in militärischer Hinsicht, als eine Erleichterung, namentlich auch das Cantonalwesen, welches von den bestehenden willkürlichen Einrichtungen befreite. Die Verwaltung der Justiz war dort nicht schlechthin zu verwerfen; denn auf dem Grunde der allgemeinen Cultur, welche die früheren Jahrhunderte überhaupt belebte, beruhten auch die dortigen Zustände. Aber man stellte die Mitglieder der Collegien häufig an, ohne ihre Befähigung geprüft zu haben. Der Unterschied zwischen adligen und bürgerlichen Mitgliedern trat auf eine schädliche Weise hervor. Geschenke geben und nehmen war an der Tagesordnung. Nach einigen Jahren schritt man doch dazu, die preußische Justizverfassung auch über Franken auszudehnen, und

in jüngeren strebsamen Eingeborenen fand dieser Versuch Anklang und Unterstützung. Mit dem preußischen Präsidenten Kircheisen ging ein fränkischer Völderndorff Hand in Hand. Nach und nach gewann Alles eine andere Gestalt. So bestand auch in kirchlicher Beziehung eine gute Grundlage, die man beibehielt. Nur darauf kam es an, die katholischen Pfarrer, welche auf die Macht ihrer nahen Diöcesanbischöfe gestützt, sich fast unabhängig geberdeten, zur Anerkennung ihrer Unterthanenpflicht zu bringen. Es war schon etwas, daß sie den Huldigungseid ableisten mußten. Allenthalben gab es dem protestantischen System gemäß Landschulen, sowie in den Städten höhere Schulen und Gymnasien. Hardenberg wandte besonders der Errichtung von Schullehrerseminarien seine Aufmerksamkeit zu. Der Universität Erlangen widmete er sorgfältige Pflege. Man dachte sie zu wirklichem Flor emporzubringen. Vor Kurzem hatte eine wohlgesinnte Fürstin sich mit dem Gedanken getragen, eine neue Universität im Ansbachischen zu gründen und ein Capital dazu angewiesen, das sich im Laufe der Zeit ansehnlich vermehrt hatte. Der letzte Markgraf hatte die Zinsen zu seinen Chatoullegeldern geschlagen. Jetzt nahm man vor Allem Bedacht, das Capital wenigstens nicht auszahlen zu lassen; denn sonst würde es nach dem Tode des Markgrafen in die Hände der Lady Craven gerathen. Hardenbergs Rath ist, es alsdann nicht zur Gründung einer neuen Universität, sondern zur Verbesserung und dem Emporbringen der alten Unterrichtsinstitute zu verwenden. Er zeigt in Allem den umfassenden und doch schonenden Geist eines zur Gesammtregierung eines Landes in den verschiedensten Zweigen befähigten Staatsmannes. Vornehmlich war sein Augenmerk auf die dort so wichtigen, aber vernachlässigten Zweige der Forstkultur und des Bergbaues gerichtet. Eine der größten Beschwerden des Landes bildete die Hegung eines unverhältnißmäßigen Wildstandes und die Bevorzugung des Jagdwesens. Die Jäger übten hier und da eine despotische Gewalt aus. Die Waldungen blieben dabei doch vernachlässigt. Hardenberg begann damit, eine Forstcommission zu errichten, welche von allgemeinen

Gesichtspunkten ausgehend auch diese Verwaltung für die Bedürfnisse des Staates umgestaltete.

Er hatte eine alte Vorliebe für den Bergbau, der einst in diesen Fürstenthümern überaus blühend und einträglich gewesen war und ließ es an Eifer nicht fehlen, um ihn wieder emporzubringen. Sein Freund und Lehrer in diesem Fache, Heinitz, kam persönlich herbei, um sich über das Thunliche mit ihm zu verständigen. Dabei leistete ihm ein junger Bergassessor, der später zu universalem Ruhm emporgekommen ist, Unterstützung. Es war Alexander von Humboldt, der, indem er die Gruben befuhr, zugleich das Gezimmer der Erde studirte. Er wurde zum Obergmeister ernannt und blieb bei Hardenberg. Genug, allenthalben war Leben und Fortschritt, und zwar ein solcher, bei dem die Entwicklung der Cultur und der Macht zugleich ins Auge gefaßt wurde. Hardenberg bemerkt, das Land sei wohl im Stande 20—30,000 Mann aufzubringen. In künftigen Streitigkeiten mit Oesterreich könne es militärisch von der größten Wichtigkeit werden; denn es flanquire Böhmen von der einen Seite, wie Schlesien von der anderen. Eine große Aussicht biete es für die Entwicklung der Macht in Süddeutschland dar. Man könne nun mit Baiern Hand in Hand gehen und über alle benachbarten Gebiete, auf diese Besitzungen gestützt, einen wirksamen Einfluß ausüben.

In diesen Beziehungen der fränkischen Fürstenthümer, nachdem sie preußisch geworden waren, zu dem Reich wurzelte die politische Thätigkeit Hardenbergs. In Bezug auf die innere Administration war sein Bestreben, indem er die Tendenzen der preußischen Staatsverwaltung zur Anwendung brachte, doch auf Selbständigkeit des Landes der inneren Natur desselben gemäß aufrecht zu erhalten, was dann nicht ohne mannigfaltigen Streit mit den Centralbehörden durchgesetzt werden konnte, aber ihm im Ganzen gelang. Wäre er auf diese Thätigkeit beschränkt geblieben, so würde er immer eine große Figur in der Geschichte der Administration bilden, wie ein und der andere schlesische Minister. Wir würden dann dieselbe näher zu entwickeln haben, wie sich

denn dazu mannigfache Materialien vorfinden. Allein eine noch größere und umfassendere Laufbahn war ihm bestimmt. Wir finden ihn in Kurzem auf den Anlaß, den ihm seine provinziale Stellung gab, in die großen Angelegenheiten eingreifen. Und was anfangs nur ein Titel sein sollte, Staats- und Kabinetsminister, gewann bei ihm nach und nach eine bedeutungsvolle Realität. Wir erheben unseren Blick über die Marken der fränkischen Landschaften hinaus, die, von Preußen in Besitz genommen, dieser Macht dann wieder entrissen worden sind, und fassen die Bewegungen ins Auge, welche die Welt erfüllten.



Zweites Buch.

Hardenberg's Antheil an der preußischen und deutschen Politik

in den Jahren 1794 und 1795.



Erstes Capitel.

Blick auf die Umgestaltung Europa's im Jahre 1793.

Es war nicht der alte preußische Staat, wie er sich unter dem großen Friedrich gebildet hatte, in dessen Dienst Hardenberg trat. Unter Friedrich Wilhelm II. war die Stellung des Staates wesentlich verändert worden. Die Erwerbung der fränkischen Fürstenthümer, zu welcher Hardenberg selbst soviel beitrug, brachte Preußen in ein unmittelbares Verhältniß zu dem südlichen Deutschland, zu den Regionen, die man das Reich nannte, zu dem Kaiser und dem kaiserlichen Hofe. Es war nicht leicht, diesen Ländern eine dem preußischen Staate analoge Organisation zu geben und sie mit demselben unauflöslich zu verbinden. Aber noch schwerer fiel die Veränderung der allgemeinen Politik in's Gewicht. Die Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich, gegen welche Friedrich II. in den letzten dreißig Jahren seines Lebens Front gemacht hatte, existirte nicht mehr. Die französische Revolution war zum Theil grade im Gegensatz gegen dieselbe ausgebrochen. Friedrich Wilhelm II. hatte sich bewogen gefunden, mit Oesterreich gegen die Revolution gemeinschaftliche Sache zu machen, ohne sie jedoch bezwingen oder bändigen zu können. Hardenberg war, wie die meisten preußischen Staatsmänner, gegen das Unternehmen wider Frankreich und gegen die Verbindung mit Oesterreich gewesen. Er hatte mit Schulenburg, der dabei sehr thätig mitgewirkt hatte, bei Gelegenheit der Reise des Königs nach Franken darüber gesprochen; er mißbilligte nicht allein dessen Politik: er fand sie abscheulich. Den schlechten Ausgang des Feldzuges schrieb er

einzig und allein dem Herzog von Braunschweig zu. Alle die Eigenschaften, von denen er, so lange er im Dienste des Herzogs gewesen war, gelitten hatte: Unentschlossenheit, kleinliche Eifersucht, Mangel an Muth, glaubte er in der Weise, wie von demselben der Feldzug geleitet worden, wiederzuerkennen. Es hätte wenig daran gefehlt, sagt Hardenberg, so würde der Herzog den zweiten Theil von Saratoga geliefert haben. Bei Saratoga war das legitimistische parlamentarische Kriegsheer, welches die amerikanischen Colonien zum Gehorsam zurückführen wollte, vernichtet worden; dem preußisch-österreichischen Heere war es noch gelungen, sich ohne Niederlage aus der Champagne zurückzuziehen. Aber der Erfolg erschien insofern als gleichartiger, als dort die vreeinigten Staaten zu einer Consistenz auf immer gelangten; hier aber die französische Revolution einen Sieg erfocht, der das gesammte alte Europa bedrohte.

Wenn man sich den Gang der europäischen Geschicke vergegenwärtigt, so war das gesammte Staatsleben aus einem und demselben Grunde hervorgewachsen, aus der Verbindung der abendländischen Nationen romanischen und germanischen Ursprungs zu einer politisch-religiösen großen Gemeinschaft, in welcher die Selbständigkeit der einzelnen Glieder mit gegenseitiger Abhängigkeit verbunden war. Sie war gelockert und erweitert worden, aber immer bestehen geblieben; sie hatte in dem System des europäischen Gleichgewichts ihren Ausdruck gefunden und jeder besonderen Staatsentwicklung ihren eigenthümlichen Charakter gegeben. Indem man unaufhörlich stritt, war man doch in der Hauptsache einverstanden; der einmal gelegte politische, geistliche und zugleich geistige Grund, auf dem man sich befand, war trotz einzelner Abweichungen unerschüttert. Die Bewegungen der französischen Revolution hatten ursprünglich eine Direktion genommen, die mit den öffentlichen Zuständen des alten Europa vielleicht noch zu vereinbaren gewesen wäre; sie in derselben festzuhalten, war der eigentliche Zweck des Kriegszuges von 1792. Aber im Verlaufe der inneren Gegensätze und der äußeren Verwicklungen

hatten in Paris Tendenzen das Uebergewicht erlangt, welche den eingelebten politischen und zugleich spiritualistischen Grundlagen des alten Europa geradezu entgegenliefen und nunmehr die Grenze von Frankreich zu überfluthen und allenthalben ähnliche Umbildungen, wie die französischen waren, hervorzurufen den Anlauf nahmen.

Eine der großartigsten historiographischen Aufgaben, die es geben kann, würde es sein, den Fortgang dieses Gegensatzes und seine Erfolge im Allgemeinen darzustellen; auf der einen Seite den inneren Gang der französischen Bewegung unter den nicht mehr zu bezwingenden, gleichsam autonomen revolutionären Impulsen, auf der anderen Seite den Widerstand, den die alten Staaten dieser Bewegung in jeder ihrer Phasen entgegensetzten, die Conflikte, in welche die beiden Elemente unter einander geriethen, die Ausdehnung von Aktion und Reaktion, das Uebergewicht der einen oder der anderen Seite, die auch innerlich in unaufhörlicher Wechselwirkung standen, bis die Resultate zu Tage kamen, die man als definitiv betrachten konnte. Aber eine so umfassende Darstellung liegt nicht in der Absicht dieser Schrift. Ihr Gegenstand ist die Politik und Geschichte von Preußen in der Mitte der großen Kämpfe der Epoche. Obgleich in seinem Bau von den anderen Gliedern der europäischen Gemeinschaft abweichend, hatte es doch keine innere Analogie mit der revolutionären Macht; es wurde von dem allgemeinen Sturme mitbetroffen; es mußte diesen mitbestehen und zugleich sein Inneres selbst entwickeln und erweitern. Auch diese Beziehungen und Thätigkeiten haben wir nicht in ihrem vollen Umfang darzustellen. Wir begleiten vor Allem die Arbeit eines Staatsmannes, der an denselben den lebendigsten Antheil nahm, aber doch lange Zeit hindurch von der Direktion der Geschäfte noch entfernt blieb. Hardenberg war kein Preuße von Geburt, aber er gehörte seit seiner Jugend zu denen, welche sich dem preußischen Interesse anschlossen und in deren Förderung das allgemeine Heil erblickten. Er widmete sich dem Staate im Dienste der europäischen und deutschen

Nothwendigkeiten. Seine eigenen Aufzeichnungen über die wichtigsten und zugleich unglücklichsten Jahre dieser Epoche sollen vollständig mitgetheilt werden. Auch liegen uns über die früheren und einige der späteren Jahre umfassende Zusammenstellungen über seine Wirksamkeit vor. Doch ist es nicht der biographische Moment der einen und der andern, was unsere Aufmerksamkeit fesselt. Was läge an sich so Großes an Hardenberg? Er ist nur dadurch einer historischen Darstellung würdig, daß er um die Befestigung und Wiederherstellung der preußischen Selbständigkeit das größte Verdienst hat. Worauf es uns ankommt, ist eben die Geschichte des preußischen Staates der französischen Revolution gegenüber: wir werden die Gefahren, die demselben aus der Berührung mit den revolutionären Gewalten erwuchsen, die Haltung, die er in diesem Conflikte nahm, sogleich unter lebhafter Theilnahme Hardenbergs, seine Niederlage, die Anfänge seiner Wiederherstellung, zu schildern haben. Was man gewöhnlich Denkwürdigkeiten nennt, tritt hier vor dem großen Interesse des Staates und der Welt zurück und geht gleichsam in ihnen auf.

Vergegenwärtigen wir uns nun zuvörderst die allgemeine Lage, wie sie sich im Jahre 1793 gestaltete. Die Begebenheiten nahmen eine von dem Laufe der Dinge in dem vorangegangenen Jahre, der gleichwohl Alles beherrscht, doch wieder sehr abweichende Richtung.

Die Signatur der Zeit liegt in dem Proceß und der Hinrichtung Ludwigs XVI. Darin kam die Vollendung der Revolution, inwiefern sie den in Europa herrschenden Ideen der Monarchie und Legitimität entgegenlief, vollständig zu Tage. Es ist der zweite Königsmord, der im Namen der National-Souveränetät überhaupt vorgekommen ist. Der erste war die Hinrichtung Karls I. in England. Auf die gegen die beiden Könige erhobenen Anklagen kommt es dabei so sehr nicht an. Das Motiv lag in der Unvereinbarkeit einer durch und durch volksthümlichen Gewalt mit der althergebrachten Autorität eines

erblichen Königs. In England hatte man die Idee der Volkssouveränetät in diesem Umfange nicht festgehalten. Man war in der Revolution von 1688 weit entfernt geblieben, darauf zurückzukommen. Das erbliche Königthum war unter dem Haus Hannover fortgesetzt worden und hatte sich seinerseits in England mit der parlamentarischen Verfassung identifizirt und sich nationale Theilnahme erworben, die nur nicht nach Amerika hinüber reichte, das in dem Parlament nicht repräsentirt war. Aber auch in England erweckten jetzt die revolutionären Ideen der Franzosen mannigfaltige Sympathien, denen dann die Antipathien entsprachen, welche sie in der Regierung und dem König, in der That auch in der Mehrheit der Nation wach riefen. An dem Kriege von 1792 hatte England keinen Antheil genommen: denn den daselbst herrschenden Prinzipien wohnte mit den ursprünglichen Intentionen der französischen Neuerung doch immer eine gewisse Verwandtschaft bei. Aber nachdem König Ludwig XVI. von dem Convent verurtheilt und hingerichtet war, erhielt der Gesandte, welcher bisher noch im Namen seiner Allerchristlichsten Majestät in England fungirt hatte, seine Pässe. Schon waren auch andere Zwistigkeiten der beiden Staaten im Gange. Nach der raschen Ueberwältigung der belgischen Provinzen, die den Franzosen noch im Jahre 1792 gelang, hatten sie eigenmächtig die Schelde eröffnet. Was Joseph II. nicht hatte durchführen können, setzten die Franzosen, die früher selbst dagegen gewesen waren, nunmehr unverzüglich ins Werk, gleich als gäbe es keinen Vertrag, der sie, wenn er mit den natürlichen Rechten im Widerspruch sei, verpflichten könne. Es war darüber zwischen den beiden Regierungen zu lebhaften Contestationen gekommen; doch hatten die Engländer auch bei der Entfernung des Gesandten die Möglichkeit einer Aussöhnung offen gehalten. Aber die französischen Gewalthaber nahmen den Fehdehandschuh mit unerschrockenem Selbstgefühl auf. Die republikanischen Minister bezeichneten die Sympathie, die Ludwig XVI. in England finde, sogar als eine Beleidigung gegen die französische Nation, die man rächen müsse.

Man hörte das Wort: Frankreich werde sich zur See eben so stark zeigen, als es sich in dem letzten Jahre zu Lande erwiesen habe. Die Franzosen zögerten nicht, England den Krieg zu erklären, und schritten unverzüglich zu einer Handlung, welche eine offene Feindseligkeit enthielt. Von den holländischen Patrioten auf das Dringendste aufgefordert, durch einen Einfall in Holland sich ihrer Sache anzunehmen, hatten sie bisher Bedenken getragen, zu einem solchen Unternehmen zu schreiten, wiewohl es in der Consequenz der Ereignisse von 1787 lag. Damals zu schwach sich einzumischen, erachteten sie sich jetzt stark genug dazu und bereiteten Alles für den Moment vor, in dem die Lage der allgemeinen Angelegenheiten sie einladen würde, es auszuführen. Ein solcher war durch ihr Zerwürfniß mit England nunmehr eingetreten. Wenige Wochen nach der Hinrichtung des Königs (Mitte Februar 1793) überschritten ihre Truppen die Grenzen der Generalitätslande. Die Invasion hatte Anfangs glücklichen Fortgang. Bald aber stieß sie auf ernstlichen Widerstand von Seiten der heranziehenden kaiserlichen Truppen, und noch einmal kam es zu Tage, daß die revolutionäre Idee die Führer der Armee noch nicht eigentlich beherrschte. General Dumouriez wandte sich, wie einst Lafayette, gegen die eigene Regierung, wahrscheinlich in der Absicht, den Herzog von Orleans auf den Thron zu setzen. Wohl fand er nun bei seinen Truppen ebenso wenig Beifall und Nachfolge, wie Lafayette; aber den Verbündeten erwuchsen doch aus seinem Verhalten große Vortheile; sie gelangten wieder in den Besitz der österreichischen sowie der vereinigten Niederlande und konnten selbst eine auf die Erweiterung derselben berechnete, offensive Stellung nehmen. Und zugleich brach der Seekrieg zwischen Frankreich und England aus. Wenn es überhaupt die Absicht der Engländer war, den alten maritimen Kampf mit Frankreich wieder aufzunehmen und durchzuführen, so kam ihnen diese Verwicklung sehr zu Statten. Von größtem Nutzen war ihnen von jeher die Verwendung der französischen Streitkräfte in continentalen Kriegen gewesen. Diese fand nun

aber jetzt in einem Umfang statt, wie früher noch nie. Die ursprünglich beabsichtigte Coalition kam wirklich zu Stande, veranlaßt durch die antirevolutionären Impulse der verschiedenen Mächte, aber keineswegsallein auf dieselben beschränkt. Die Franzosen ihrerseits sahen sich von allen Seiten bedroht und gefährdet; jedoch auch sie betrachteten den Krieg nicht als einen durchaus principiellen. Auch unter den ganz veränderten Umständen faßten sie eine Wiederaufnahme der alten politischen Beziehungen Frankreichs ins Auge. Der revolutionäre Staat nahm eine Stellung, welche an die Politik des Hofes von Versailles anknüpfte.

Vor uns liegt eine Denkschrift von der Hand des damals in den auswärtigen Geschäften vielleicht erfahrensten Franzosen, Caillard [1]), der einige Jahre früher in die holländischen Irrungen auf das Thätigste eingegriffen hatte. Darin werden die Gesichtspunkte, welche Frankreich in diesem Augenblick im Allgemeinen verfolgen könne, mit Scharfsinn und Einsicht erörtert. Caillard geht davon aus, wie man das schon öfter gesagt hatte, daß von den Feinden Frankreichs Oesterreich der vornehmste sei. Oesterreich habe auf der einen Seite Preußen und das deutsche Reich, selbst Sardinien, auf der anderen England und Holland, denen Spanien folge, zu Verbündeten. Den König von Preußen von Oesterreich loszureißen, macht sich Caillard in diesem Augenblick keine Hoffnung; denn da die Verhandlung mit Friedrich Wilhelm II. daran gescheitert sei, daß sich derselbe von der Sache der Legitimität nicht habe losreißen wollen, dürfte man das nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. noch weniger erwarten. Dagegen hält er für möglich, bei den deutschen Fürsten zweiten Ranges, nicht zwar den geistlichen, aber den weltlichen, Verbindungen mit Frankreich anzubahnen; denn sie seien auf den überwiegenden Einfluß, der von Oesterreich und Preußen in Gemeinschaft ausgeübt würde, eifersüchtig. So hatte man auch unter der früheren Regierung den germa-

1) Précis d'un mémoire de Caillard sur la situation politique à l'égard des puissances de l'Europe 1793.

nischen Körper, wie man sich ausdrückte, immer gegen das Uebergewicht der beiden Mächte sicher zu stellen und für den französischen Einfluß empfänglich zu erhalten getrachtet; und in Vergessenheit war es nicht gerathen, daß in dem letzten continentalen Kriege, dem siebenjährigen, Frankreich einen großen Theil des westlichen Deutschland mehrere Jahre hindurch inne gehabt und mit militärischer Autorität beherrscht hatte. Nothwendig richteten die Franzosen ihr Augenmerk auch auf Polen. Ihre Meinung war nicht, die Integrität von Polen unbedingt zu behaupten; zu den Anträgen, die sie im Jahre 1792 dem König von Preußen gemacht haben, gehörte eine Anerkennung und Förderung seiner Ansprüche auf polnische Landschaften in einem solchen Umfang, daß er dadurch in den Stand gekommen wäre, die Uebermacht von Oesterreich nicht mehr fürchten zu müssen. Zugleich faßten sie die Türkei abermals ins Auge. Man meinte, mit Schweden und der Türkei eine Allianz gegen die beiden Kaiserhöfe zu formiren. Schweden sollte von Finnland her in das russische Gebiet einfallen, die Türkei ihren Krieg an Dniester und Donau und selbst auf dem schwarzen Meere erneuern. Dieser Allianz sollte dann auch Polen sich zugesellen. Die Absicht war dahin gerichtet, Rußland zu nöthigen, auf der einen Seite Oesterreich zu Hülfe zu rufen, auf der andern seine Truppen aus Polen zurückzuziehen, so daß Preußen gezwungen sein werde, eine größere Truppenzahl dahin zu werfen. Caillard rechnete darauf, daß dann die österreichischen sowie die preußischen Streitkräfte zu dem Kampfe gegen Frankreich nicht mehr in hinreichender Stärke verwendbar bleiben würden. In der Aufrechthaltung von Polen sah er eben nur eine Diversion zu Gunsten Frankreichs.

Wir haben da Entwürfe vor uns, welche, aus den Verwickelungen der vorangegangenen Epoche entsprungen, weit in die Folgezeit hinausreichen. Das Endziel war ein doppeltes: das Uebergewicht Oesterreichs und Preußens in Deutschland zu vernichten und alle Antipathien der Nachbarn, insbesondere die polnischen, gegen Rußland wach zu rufen. Wie verhielten sich

nun diesen Entwürfen gegenüber die europäischen Mächte? Sie geriethen so eben in offenes Zerwürfniß untereinander, nicht etwa, weil sie ihre Beziehungen zu Frankreich sehr verschieden aufgefaßt hätten, sondern aus anderweiten Motiven, die aus der Situation einer jeden entsprangen. Es war besonders die polnische Frage, was sie entzweite.

Zwischen Oesterreich und Preußen war es allen Unterhandlungen zum Trotz zu keinem Verständniß darüber gekommen. Am 23. Januar 1793 ward aber ein solches zwischen Rußland und Preußen getroffen. Die beiden Mächte sprachen einander darin große Gebiete zu, ohne Oesterreich zu Rathe zu ziehen, unter der Voraussetzung, daß diese Macht in dem Eintausch Baierns gegen die Niederlande eine hinreichende Compensation erhalten würde. Aber in Wien hielt man diesen Austausch für keine hinreichende Entschädigung. Man war sogar geneigt, denselben aufzugeben, seitdem England für die Fortdauer der österreichischen Herrschaft in den Niederlanden sich aussprach. Um so stärker war der Eindruck, den die zwischen Rußland und Preußen getroffene Uebereinkunft hervorbrachte, sobald sie, — denn anfangs hatte man sie verborgen gehalten —, mitgetheilt wurde. Nicht als ob die österreichischen Staatsmänner insgesammt dagegen gewesen wären; die Mitglieder der Staatskanzlei, besonders Philipp Cobenzl waren der Meinung, daß man an dem Austausch festhalten müsse; denn erst dann, wenn Oesterreich Baiern in Besitz genommen und sich der Niederlande entledigt habe, werde es eine vollkommen unabhängige Macht sein, die von aller weiteren Rücksicht absehen könne. So viel wir wissen, war die österreichische Aristokratie auf ihrer Seite; in der Annexion von Baiern erblickte sie den Frieden von Oesterreich. Dagegen zogen andere angesehene Mitglieder der höchsten Staatsverwaltung und des Hofes, Graf Colloredo und Graf Rosenberg die Annäherung an England jedem anderen Verhältnisse vor; denn da Rußland erkaltet und Preußen verdächtig sei, so müsse man anderweit eine feste Stütze suchen; eine solche lasse sich nur in einer wahren und stand-

haften Verbindung mit England. Das Uebergewicht dieser Partei fand sogleich den entschiedensten Ausdruck. Unter dem Einflusse der Familie Colloredo trat Franz Maria Thugut als Direktor der auswärtigen Geschäfte ein; ein Mann, der durch Talent und Eifer zur Theilnahme an den großen Staatsangelegenheiten gelangt war; schon in den letzten Verwickelungen von 1792 hatte er gegen Preußen Partei ergriffen. Er verwarf den Austausch, weil derselbe nicht ohne den Einfluß von Preußen durchgeführt werden könne; würde er aber auch durchgesetzt, so sei doch der Vortheil, der den beiden anderen Mächten durch die polnischen Provinzen zuwachse, bei weitem größer und das Gleichgewicht der Mächte werde gestört, welches nur in der gleichmäßigen Proportion der Vergrößerungen bestehe [1]). Thugut lebte in den Ideen der universalen Bestimmung des Hauses Oesterreich, wie es in dem A. E. I. O. U. ausgesprochen ist. Er war ein Enthusiast der Allgewalt des Hauses Oesterreich, von der er meinte, der Augenblick sei gekommen, um sie zu Stande zu bringen. In der Verbindung mit England sah er das wahre Mittel, Oesterreich zu verstärken. Er drang darauf, die verbündeten Armeen sollten in Frankreich nur immer vorrücken und so viel Gebiet als möglich einzunehmen trachten; seine Intention war, die Niederlande nicht etwa schmälern zu lassen, sondern zu verstärken. Und hiebei fand er nun die bereitwilligste Beistimmung der Engländer. Sie betrachteten eine Erweiterung

1) In einer Denkschrift vom 14. August 1793 führt er aus, in welchen Nachtheil Oesterreich, die Macht, die größere Ansprüche auf Entschädigung habe als alle anderen, durch den Vertrag vom 23. Januar gerathen sei. Wenn in demselben der Austausch Baierns gegen die Niederlande acceptirt worden war, so machte das keinen Eindruck auf Thugut. Er berechnete, daß der Vortheil Preußens über Oesterreich dennoch drei Millionen Einwohner und acht oder neun Millionen an Einkünften betragen würde. Auch der Vortheil Rußlands würde bei der Fruchtbarkeit der von ihm eingenommenen Gebiete ungeheuer sein. Wenn man nun hätte erwarten können, daß Oesterreich seine Gegenforderungen aufstellen werde, so hielt Thugut nicht für rathsam dieselben auszusprechen; er meinte, die beiden Mächte würden sich, wenn man nur Festigkeit zeige, von selbst nähern und annehmbare Bedingungen machen.

der österreichischen Niederlande nach der französischen Seite als vollkommen gerechtfertigt durch den alten Besitzstand und nothwendig für das europäische Gleichgewicht [1]). Ihrerseits nahmen auch sie eine bedeutende Erwerbung in Anspruch; sie wollten Dünkirchen, das schon im 17. und selbst im 18. Jahrhundert so oft der Gegenstand ihres Streites mit Frankreich gewesen war, endlich definitiv an sich bringen. Den Franzosen sollten unübersteigliche Bollwerke für alle Zeiten entgegengesetzt werden. Man könnte fragen, ob denn Thugut den Anspruch auf Baiern wirklich habe fallen lassen wollen. Er dachte vielmehr, denselben auf diesem Wege am leichtesten durchzuführen; seine hochfliegenden Pläne gingen dahin, von den Streitkräften der verbündeten Mächte unterstützt Elsaß und Lothringen zu erobern und diese Landschaften dann dem Hause Pfalz als Aequivalent für Baiern zu überlassen oder aufzunöthigen. Wenn nun aber dergestalt die Direktion der auswärtigen Angelegenheiten von Oesterreich sich in weltumfassenden Plänen erging, die in vollem Widerspruch mit den Absichten der preußischen Politik standen; so kann man ermessen, wie wenig von dem gemeinschaftlichen Kriege der beiden Mächte gegen Frankreich zu erwarten war. Noch dauerte die Cooperation derselben am Mittelrhein allerdings fort; aber ihre Entzweiung war stärker, als ihr Zusammenwirken. Die vornehmste Thätigkeit war dem König von Preußen zugefallen. Durch ihn war Frankfurt noch gegen Ende des vorigen Jahres den Franzosen entrissen worden; nach einer langen und kostspieligen Belagerung hatte er Mainz erobert. Allein damit glaubte er seiner Pflicht als deutscher Fürst genügt zu haben. Er wollte sich zu keiner weiteren Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich verstehen, wenn Oesterreich

1) No operation of the combined armies on the Continent can be so essential in our eyes as these whose ultimate tendency is to establish the Netherlands in the possession of the House of Austria with such extended and safe frontier as may secure the independence and tranquillity of Holland. Brief Dundas an Murray Whitehall 16. April 1793. Journal and Correspondence of Lord Auckland III, 25.

die ihm in seinem Vertrag mit Rußland zugesagten Landeserwerbungen, die Partition überhaupt nicht genehmige.

Alle Tage wurde die gegenseitige Stimmung gereizter. In einem Briefe Thuguts [1]) heißt es, man müsse den bitteren Kelch der monströsen Allianz mit Preußen bis auf die Hefe austrinken. Welche Erfolge ließen sich bei dieser Gesinnung für den Feldzug erwarten? Wenn die Franzosen kaum gehofft hatten, Preußen und Oesterreich von einander zu trennen, so war dies durch den Gang der Dinge ganz von selbst geschehen. Auch in dem Inneren der beiden Staaten waltete Zwietracht unter den leitenden Männern und persönlicher Hader. In dem preußischen Ministerium gab es noch immer eine Stimme, die den Krieg gegen Frankreich überhaupt verurtheilte; aber auch die, welche ihn billigten, verwarfen die Art und Weise, wie er geführt wurde. Hardenberg war nach Frankfurt berufen worden, hauptsächlich um für die Verpflegung und die Einrichtung von Magazinen Sorge zu tragen. Er traf daselbst mit Graf Haugwitz zusammen, der an Stelle Schulenburgs in das Cabinet trat. Sie schlossen Freundschaft mit einander; es waren beides aufkommende Talente, die sich eben Bahn machten.

Die inneren Zwistigkeiten kreuzten sich mit dem Gegensatz der Mächte. Wenn Thugut die Kriegführung des Herzogs von Coburg in den Niederlanden als zu schwach und zu methodisch verwarf [2]), so fand dieselbe im preußischen Hauptquartier Anerkennung und Lob. Was richtet er nicht alles aus, ein Mann, wie Hardenberg sagt, ohne Genie, aber von der Festigkeit, deren man bedürfe, und einem feinen Urtheil. Wie ganz anders der Herzog von Braunschweig, der eine Schwäche, Unentschlossenheit und

1) Nous devrons boire jusqu' à la lie le calice amer de notre monstreuse alliance avec eux (les Prussiens). Schreiben Thuguts vom 26. August 1793 bei Vivenot „Vertraute Briefe des Freiherrn von Thugut“ — eine für die ganze Epoche hoch anzuschlagende Publikation.

2) Schreiben Thuguts vom 7. Januar 1794 bei Vivenot, Vertraute Briefe I., 71.

Haltlosigkeit an den Tag lege, die man nicht ohne Entrüstung bemerken könne. In der Umgebung des Königs wünsche Alles die Entfernung desselben; auch der König selbst wünsche sie, aber er könne sich nicht dazu entschließen, sie auszusprechen.

Der Herzog war nicht ohne ein Bewußtsein dieser Lage: Das konnte aber nicht anders, als seine Mängel verdoppeln. Er klagt selbst, daß in demselben Maße, in welchem das Zutrauen des Königs abgenommen, die Unsicherheit in seinem eigenen Benehmen gewachsen sei; er beschwert sich, daß den Heeresabtheilungen, die unter seinem Commando standen, unmittelbare Befehle des Königs zugegangen seien. In der Natur des Herzogs lag überhaupt kein ernstliches Widerstreben gegen den Willen des Königs. Nur einmal, sagt er, habe er Remonstrationen gegen einen Befehl zu machen gewagt, mit denen er denn auch durchgedrungen sei[1]). Es liegt am Tage, daß die Differenzen zwischen dem Kriegsherren und dem Heerführer jeder entscheidenden Aktion gegen die Franzosen in den Weg traten. Auch in dem österreichischen Heere bemerkte man mannichfaltige Zerwürfnisse und selbst Cabalen. Thugut kann nicht als ein durchaus unabhängiger Minister betrachtet werden. Die Colloredos waren am Hof und im Staat seine Meister, und auch bei den diplomatischen Agenten konnte er nicht auf unbedingten Gehorsam rechnen.

Indem aber Preußen und Oesterreich sich entzweiten, wurde König Friedrich Wilhelm II. auch in seinem Bündniß mit Rußland irre. Die Unterstützung, welche die polnische National-Partei auf dem Reichstage in Grodno in alle dem, was Preußen betraf, bei den anwesenden russischen Ministern fand, rief die Besorgniß hervor, daß hier auf kein dauerndes Verständniß zu rechnen sei[2]). Hardenberg billigte den zwischen Rußland und Preußen geschlossenen Vertrag wegen der großen und umfassenden Erwerbungen, die er verschaffe; er meinte, es sei gut gewesen, denselben ohne

1) Die Briefe sind noch ungedruckt; sie werden in dem herzoglichen Archiv zu Wolfenbüttel aufbewahrt.

2) Häusser. Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen, I., 512.

Theilnahme von Oesterreich zu Stande zu bringen. Der gleiche Vortheil hätte sich mit dieser Macht nicht erreichen lassen, und zwar um so weniger, je glücklicher der westliche Feldzug ausgefallen wäre. Nun aber brachen auch mit Rußland Differenzen aus. Preußen schien im Osten in ähnliche Streitigkeiten mit Rußland verwickelt zu werden, wie im Westen mit Oesterreich. Der König hielt für nothwendig, die Rheinarmee zu verlassen und sich nach Polen zu begeben, um von seinen neuen Acquisitionen Besitz zu ergreifen und sie zu behaupten; er nahm einen Theil seiner Truppen mit sich (Ende September 1793). Noch standen die Sachen nicht so, daß man hiedurch in offenbaren Nachtheil gegen die Franzosen gerathen wäre. Der Herzog von Braunschweig, der seinen Ruf den Feldzügen gegen Frankreich, an denen er unter dem Herzog Ferdinand Theil genommen, verdankte, erneuerte denselben, allen Ausstellungen, die man gegen ihn machte, zum Trotz; er erfocht bei Pirmasens einen Sieg, zu dem ihn der König beglückwünschte. Die preußische Armee behauptete eine feste Stellung und ihr altes Ansehen. Nicht so die österreich-englische in den Niederlanden. Es gelang den Franzosen, Dünkirchen, in dessen Verlust oder Behauptung nicht allein ein militärisches, sondern ein politisches Interesse für die englische wie für die französische Nation lag, glücklich zu entsetzen und ebenso bald darauf Maubeuge. Die Feldschlachten, die dabei geliefert wurden, sind nicht von Bedeutung gewesen, aber das französische Gebiet wurde vor dem weiteren Vordringen der Verbündeten sicher gestellt.

Hierauf warf sich der ganze Impuls der Franzosen gegen den Oberrhein. An ihrer Spitze erschien Hoche, der eben aus den untersten Schichten der Gesellschaft emporgestiegen, den demokratischen Geist, der in der Armee gepflegt wurde, — wir werden darauf zurückkommen —, repräsentirte. In dem entscheidenden Augenblicke wurde ihm durch den Einfluß der Bergpartei im Convent das Oberkommando übertragen. Zwischen dem methodischen Herzog von Braunschweig und dem feurigen Wurmser, der ohne alle Vorsicht war, konnte kein Zusammenwirken erzielt werden. Hoche erstürmte

die Verschanzungen Wurmser's bei Reichshofen und nöthigte die Oesterreicher über den Rhein zurückzugehen. Der König von Preußen gab dem Herzog von Braunschweig das Zeugniß, daß das nicht geschehen wäre, hätte Wurmser sich den Anordnungen desselben gefügt. Aber auch der fühlte, daß er hier nicht mehr am Platze sei, und verließ den Dienst. Hardenberg betrachtete das als ein glückliches Ereigniß; er wünschte alle Welfen aus der Armee weg, ausgenommen seinen Freund, den Herzog von York [1]).

Das Ereigniß des Jahres 1793 war, daß sich Frankreich gegen einen gewaltigen, von verschiedenen Seiten heranwogenden Angriff zum zweiten Male behauptete. Die Revolution war consolidirt.

Wenn im Laufe des Feldzuges von 1793 noch einmal der Gedanke, die Monarchie in Frankreich herzustellen, gefaßt worden war, so mußte dieser am Ende des Jahres vollends aufgegeben werden. Von der Offensive war man in die Defensive geworfen. Frankreich nahm in der Reihe der europäischen Mächte eine sichere und alle anderen bedrohende Stellung ein. Von den Objekten des Ehrgeizes, welche Caillard aufgestellt hatte, zeigte sich dann vornehmlich eines erreichbar, vielleicht das wichtigste von allen. Es bestand in der Durchführung der oft versuchten französischen Politik in Beziehung auf Deutschland: das deutsche Reich sollte dem Einfluß von Frankreich unterworfen werden, womit sich dann zugleich für die revolutionären Ideen ein unermeßlicher Wirkungskreis eröffnete.

1) Schreiben Hardenbergs vom 5. bis 10. Mai, Preußisches Staatsarchiv.

Zweites Capitel.

Erste Theilnahme Hardenbergs an den allgemeinen deutschen Angelegenheiten.

Im Jahre 1792 waren Oesterreich und Preußen vereinigt ins Feld gerückt, um die Rechte des Reiches in Bezug auf die Besitzungen deutscher Fürsten im Elsaß wahrzunehmen und die westliche Grenze von Deutschland den revolutionären Anfeindungen gegenüber unangetastet zu erhalten. Wie ganz anders war nun die Situation geworden? Das überrheinische Deutschland war großentheils von den Feinden in Besitz genommen und selbst das rechte Rheinufer gefährdet. Die große Frage trat ein, wie sich die Deutschen gegen diese Anfälle vertheidigen und behaupten würden. Nach allem Vorangegangenen hätte die Vertheidigung den beiden Hauptmächten obgelegen. Schon aber waren diese, jede für sich selbst, in eine bedenkliche Lage gerathen.

Aus einem Gutachten des Hofkriegsraths in Wien sieht man, daß sich Oesterreich in Folge der angedeuteten Irrungen in seiner besonderen Machtstellung bereits im Anfang 1794 gefährdet fühlte. Der Freundschaft von Preußen oder auch von Rußland war es so wenig sicher, daß sogar gegen einen möglichen Angriff derselben Vorbereitungen in Böhmen und Mähren getroffen worden sind; die Besorgniß regte sich, daß Preußen sich mit Frankreich verständigen und die Gelegenheit ergreifen werde, um Oesterreich umzustürzen. Zugleich meinte man in der Türkei französischen Umtrieben gegen die definitive Vollziehung der Grenzberichtigung auf die Spur zu kommen. In Italien nicht allein,

selbst in Ungarn, glaubte man französische Einwirkungen zu bemerken. Die Knöpfe mit den Insignien der Freiheit und Gleichheit, welche die eingebrachten Gefangenen von ihren Monturen abrissen und unter das Volk warfen, erregten doch einige Befürchtungen.

Wohl hatte Preußen eine überaus ansehnliche Erwerbung in Polen gemacht; seine Kriegsehre war unangetastet; aber es hatte den schwersten Verlust in seinem inneren Haushalte zu beklagen. Der Staatsschatz, auf welchem nach den Principien der beiden letzten Könige die Sicherheit des Staates beruhte, war aus den Gewölben verschwunden, in denen er verwahrt worden war. Die neue Landerwerbung hatte für den Staat einen zweifelhaften Werth, da die erste Einrichtung mehr kostete, als sie einbrachte. Unter den Staatsmännern fanden die wieder Gehör, welche das Unternehmen gegen Frankreich von Anfang an gemißbilligt hatten. Sie sahen das Heil in einem förmlichen Bruch der mit Oesterreich eingegangenen Verpflichtungen und einer Aenderung des ganzen bisherigen Systems.

In Dem aber entwickelte sich erst die Gefahr des deutschen Reiches. Es wurde von der revolutionären Macht bedroht, welche in immer erneuten Kriegsschaaren gegen die Grenzen heranfluthete, wie man damals sagte, mit der Wuth und Zahl von Barbarenhorden, die aber eine militärische Ordnung im Sinne der europäischen Kriegsheere beobachteten. Es leuchtete ein, daß hier die vereinigte Kraft der ganzen deutschen Nation entgegengesetzt werden mußte. Auch ist zu einer populären Bewaffnung und Gegenwehr auf der Stelle ein Anlauf genommen worden. In dem fränkischen Kreise wurde in aller Form beschlossen, eine solche Bewaffnung ins Werk zu setzen; aber man ist dabei von den particularsten Gesichtspunkten ausgegangen. Man meinte, daß jedes einzelne kleine Gebiet sich selbst vertheidigen müsse: denn nur da fechte der Bauer mit Eifer, wo er den eigenen Heerd vertheidige. Wohl darf mit Zuversicht behauptet werden, daß, Nation gegen Nation, die deutsche hiebei im größten Nachtheile gegen die französische war:

denn diese war militärisch organisirt, die deutsche zersplittert und in den primitiven Zuständen einer augenblicklichen Nothwehr. Ueberdies aber verfochten die Franzosen Ideen, deren allgemeiner Inhalt ihnen auch in Deutschland Sympathien verhieß. Wer konnte dafür stehen, daß nicht die bewaffneten Unterthanen sich gegen ihre Herren, deren Joch, wenngleich es in patriarchalischen Formen erschien, sie nur ungern ertrugen, erheben würden? Dann aber würde in den vorliegenden Landen eine allgemeine Verwirrung ausgebrochen und der Herrschaft der Franzosen Thür und Thor geöffnet worden sein. Wenn nun der Widerstand in den gewohnten Formen des Reiches geleistet werden mußte, woran man um so weniger zweifelte, weil der Krieg großentheils wegen der Interessen des Reiches in Folge eines Reichsconclusums unternommen war, so gingen hiebei die Tendenzen der beiden deutschen Hauptmächte auseinander.

Oesterreich war im Besitz der kaiserlichen Gewalt, welcher von jeher die Initiative im Reiche zugestanden. Es hielt für möglich, eine Reichsarmee aus den verschiedenen Contingenten der Stände in alter Form, aber unter kaiserlicher Führung, zu welcher der Herzog von Sachsen-Teschen berufen wurde, den Franzosen entgegenzustellen. Das Reich würde zu dem Ende in seiner früheren aristokratisch-hierarchischen Form wieder belebt und zu gemeinschaftlicher kriegerischer Thätigkeit haben aufgeweckt werden müssen. Wenn nun aber auch dies nach den Erfahrungen der letzten Zeiten ein Versuch von sehr zweifelhaftem Erfolge war, so fiel um so größeres Gewicht auf das preußische Kriegsheer, das den Franzosen noch gegenüberstand und die Rheinlande gegen sie beschützte. Aber der König, der so eben des erschreckenden Abgangs in seinen Kassen inne wurde, erklärte so laut und so unumwunden wie möglich, daß er den Krieg ohne anderweite Unterstützung nicht fortführen könne. Um nicht sein Heer zurückziehen und dadurch das Reich dem Eindringen der Franzosen überlassen zu müssen, faßte er den Gedanken, eine Aushülfe für seine finanziellen Bedürfnisse bei dem Reiche selbst zu suchen: das

Reich sollte die Verpflegung des preußischen Heeres, auf dem seine Sicherheit beruhte, übernehmen. Zur Mitwirkung für diesen Plan wurde nun auch Hardenberg berufen, der durch seine Stellung in den fränkischen Markgrafenthümern mit alle dem, was sich in Oberdeutschland regte, in nahe Berührung gekommen war. Wenn in Folge der Niederlage Wurmsers die Idee der Volksbewaffnung zur Vertheidigung in Schwaben, namentlich in Würtemberg, und wie gesagt, auch in Franken ergriffen wurde, so lag der nächste Grund in der Besorgniß, daß der Rhein von den Franzosen, besonders bei eintretendem Frost, leicht überschritten und dann eine Invasion derselben in den vorliegenden Kreisen ohne Schwierigkeit bewerkstelligt werden könne. Hardenberg, der den Abgeordneten der Markgrafschaften in der Kreisversammlung mit Instruktionen zu versehen hatte, urtheilte, daß die Gefahr nicht so dringend sei, wie man sie vorstelle: denn noch wären die festen Plätze in den Händen der Reichsfürsten, so daß die Franzosen den Uebergang mit einer starken Armee nicht wagen dürften; sollten sie mit kleinen Trupps eindringen, so würde ihnen Baden und Würtemberg auch in ihrem gegenwärtigen militärischen Zustand hinreichendeu Widerstand entgegensetzen. Er erstattete darüber einen ausführlichen Bericht nach Berlin, in welchem er sich gegen das Vorhaben erklärte. Nicht zwar in den brandenburgischen Landestheilen, sagt er, aber in anderen fränkischen Gebieten, wo Unzufriedenheit, Streit der Landeseingesessenen mit dem Landesherrn herrsche, könne das Aufgebot sehr widerwärtige Folgen nach sich ziehen. Den Feind würden die Unterthanen vielleicht zu vertreiben im Stande sein, aber alsdann Forderungen, die man bisher vergeblich aufgestellt habe, durchzusetzen versuchen. Schon sei der Nürnberger Magistrat der Bevölkerung der Stadt nicht mehr mächtig. In der brandenburg-fränkischen Landschaft, wo so eben die preußische Cantonverfassung mit Strenge eingeführt werde, halte der Unterthan den König für verpflichtet, ihn mit seiner Armee zu vertheidigen. Auch würde gewiß das Beste sein, den Franzosen regelmäßige

Truppen entgegenzusetzen. Aber das vorhandene Militär reiche dazu nicht hin; und er wisse nicht, ob der König geneigt sei, seine dortigen Truppen so weit zu verstärken, daß das möglich werde. Von allen Uebeln das größte wäre, wenn unter dem Eindrucke der blutdürstigen Freiheitsschwindelei der Franzosen ein Aufruhr ausbräche; der könne zuletzt auch die besten Unterthanen mit sich fortreißen. Wolle man ja auf eine Volksbewaffnung eingehen, so könne eine solche doch nur unter der Führung tüchtiger Offiziere und Unteroffiziere von der Armee Erfolg haben. Dazu aber seien Waffen erforderlich, womöglich auch Geschütze, an denen der Feind keinen Mangel leide[1]).

König Friedrich Wilhelm II. stimmte den Einwendungen gegen das Aufgebot nicht allein bei; er erklärte dasselbe für schlechterdings unzulässig, hauptsächlich deshalb, weil dadurch der gewöhnliche Lauf der Beschäftigungen der Einwohner unterbrochen und die Verpflegung der regelmäßigen Truppen unmöglich werde: die Rettung des Reiches hänge allein von der kaiserlichen und der königlichen Armee ab.

Bei der fränkischen Kreisversammlung war das Aufgebot in diesem Augenblick bereits in Antrag gekommen, und sogar beschlossen worden (18. Januar 1794); der brandenburgische Gesandte in der Kreisversammlung wurde instruirt, die Unthunlichkeit und Schädlichkeit des Selbstvertheidigungssystems durch das allgemeine Aufgebot einleuchtend zu machen; er sollte es dahin bringen, daß die Kreisgesandten von ihren Prinzipalen neue Instruktionen einzuholen beauftragt würden.

Auch an dem Reichstag zu Regensburg hatte der preußische Gesandte Graf Goertz den Auftrag erhalten, sich gegen das Auf-

1) Schreiben Hardenbergs vom 16. Januar 1794 in den Akta betreffend die von den deutschen Reiche und provisorie von den fränkischen, baierischen, schwäbischen, churrheinischen, ober-rheinischen und nieder-rheinischen, westphälischen Kreise zu übernehmende Verpflegung der Königlichen Preußischen Truppen, int. mit wegen der Volksbewaffnung. Berliner Staatsarchiv. Das Aktenstück enthält die sämmtlichen Correspondenzen, welche diese Angelegenheit betreffen.

gebot zu erklären. Denn was in Franken dagegen gesagt worden war, galt auch für die anderen Kreise, von denen man dem gefaßten Plane gemäß die Verpflegung der preußischen Truppen erwartete. Dieser Plan wurde noch im Januar 1794 dem Reichstag in aller Form vorgelegt. Man gab die Anzahl von Rationen und Portionen an, welche zur Erhaltung der Truppen erforderlich wären, ohne deren Gewährung diese nothwendig in das eigene preußische Gebiet zurückberufen werden müßten.

Indessen hielt auch Oesterreich an der Politik fest, die dem Reichsoberhaupt zukomme. In demselben Augenblick erschien ein kaiserliches Commissionsdekret, nach welchem die Vertheidigung des Reiches in der altherkömmlichen Weise durch Stellung der Contingente ins Werk gerichtet werden sollte. Der preußische und der österreichische Vorschlag standen nicht im direkten und offenen Widerspruch gegen einander; aber unleugbar war ihr innerer Gegensatz.

Um die Reichsstände auf seiner Seite festzuhalten oder für sich zu gewinnen, hielt der Hof zu Berlin bei der Dringlichkeit der Sache für rathsam, sich unmittelbar an die Reichskreise zu wenden, die zunächst von den Franzosen bedroht waren; sie sollten zur Gewährung der Verpflegung bestimmt werden. Zur Unterhandlung mit denselben wurde Hardenberg ausersehen. Es war eigentlich der erste Moment, in welchem er selbständig zu den allgemeinen Angelegenheiten des Staates und des Reiches herbeigezogen worden ist. Niemand konnte geeigneter und freudiger dazu sein.

Doch ehe wir ihn bei der Ausführung seines Auftrags begleiten, wird es gut sein, die allgemeinen Intentionen hervorzuheben, von denen er ausging. Sie sind sehr umfassender Art und zugleich von unerwarteter Tragweite. Unausführbar und gefährlich erscheint ihm der Gedanke, die preußischen Truppen in das eigene Gebiet zurückzuziehen. Wie schrecklich würden die Folgen davon sein? Nicht allein das deutsche Reich, sondern auch die in Franken und Westfalen vorliegenden preußischen Gebiete würden der Ueberfluthung des Feindes ausgesetzt werden. Der

Freiheitsschwindel würde Deutschland und demnächst ganz Europa ergreifen. Sollte nun aber, das war die vornehmste Frage, der Krieg gegen Frankreich auf dem bisher eingeschlagenen Wege fortgesetzt werden? Die Absicht, die bei dem letzten Feldzug vorgewaltet hatte, Frankreich in engere Grenzen einzuschließen, widersprach den politischen Tendenzen Hardenbergs; er fürchtete das Uebergewicht, welches bei dem glücklichen Fortgang des Krieges dem Hause Oesterreich zu Theil werden würde. Wenn man beabsichtigt hatte, Frankreich niederzuwerfen, so war Hardenberg weit entfernt von einem solchen Gedanken: denn Frankreich werde, wenn es einmal zur Ruhe komme, ein nützliches Gewicht in der Wagschale der europäischen Mächte und zwar zu Gunsten Preußens bilden können. Schon deutet er an, daß man in die Nothwendigkeit kommen werde, einen partiellen Frieden zu suchen, wenigstens zur Vorbereitung des allgemeinen. Aber nicht auf Kosten Frankreichs werde derselbe zu schließen sein: die Entschädigung, welche der König verlange und auf welche auch Oesterreich Anspruch mache, lasse sich, so sagte er schon damals, nicht anders als durch Säcularisation einiger Hochstifte ins Werk setzen, ein Verfahren, das den alten reichsgeschichtlichen Vorgängen entspreche und schon vorher von Zeit zu Zeit vorgeschlagen worden war[1]).

Es springt in die Augen, daß darin eine Annäherung an die Tendenzen der Revolution lag, die eben in der Abschaffung der großen geistlichen Institute culminirte. Allein man würde Hardenberg verkennen, wenn man ihn für einen Anhänger der französischen Theorie halten wollte. Mit der Annäherung verband er zugleich eine sehr bewußte Entfernung von Allem, was zu einem allgemeinen Umsturz führen konnte. Er sagt: wäre man im Reiche über die Zwecke bei der Fortsetzung des Krieges besser unterrichtet, so würde die Stimmung für denselben günstiger werden. Als diesen Zweck bezeichnet Hardenberg vor allen Dingen

1) Schreiben Hardenbergs vom 24. Januar 1794.

Abwendung der drohenden Gefahr für Religion und die bürgerlichen Bande, ferner Entschädigung für die durch die Schlüsse der Nationalversammlung benachtheiligten Reichsstände, zugleich aber auch Schadloshaltung der Mächte, welche das Reich geschützt, und dabei viel aufgeopfert haben, nicht sowohl durch Eroberung, als auf andere Weise. Hardenberg stellte ausdrücklich in Abrede, daß die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich der Zweck des Krieges sein könne, namentlich nach den beiden letzten fruchtlosen Feldzügen. Aus diesen ergebe sich die Nothwendigkeit der Abwendung einer anderen Gefahr. Eine an sich nicht zahlreiche Klasse von Anhängern der französischen Grundsätze erhebe nach den letzten Begebenheiten ihr Haupt und werde äußerst gefährlich werden, wenn ein feindlicher Einfall oder etwa eine unvorsichtige Bewaffnung der Unterthanen oder andere sie begünstigende Umstände einträten [1]). Aber eine andere Klasse gebe es, die den Frieden wünsche, zugleich jedoch mit demselben die Verbesserung des inneren Zustandes. Ihr Absehen sei auf folgende Punkte gerichtet: die Mängel der deutschen Verfassung friedlich abzustellen, die Gesetze walten zu lassen und den Zeiten gemäß zu reformiren, dem

1) „Man würde sich täuschen, wenn man nicht in Deutschland eine Klasse von Bösewichtern oder Schwindelköpfen sähe, die, itzt noch von den französischen Grundsätzen angesteckt, die ganze Anwendung derselben wünschen. Hoffentlich ist sie nicht zahlreich, wenigstens gewiß nicht so sehr, als ehedem, bevor man die französische sogenannte Freiheit ganz kannte; aber sie hebt doch hin und wieder seit den letzten Unglücksfällen ihr Haupt wieder empor und würde durch Verführung äußerst gefährlich werden, wenn feindlicher Einfall oder etwa eine unvorsichtige Bewaffnung der Unterthanen oder andere sie begünstigende Umstände einträten.

„Eine zweite Klasse verabscheut zwar die französischen Grundsätze und die dortige Zügellosigkeit, wünschte aber doch eine Revolution in Deutschland, indem sie dem deutschen Charakter, vielleicht zu gutmüthig —, zutraut, er sei solcher Dinge nicht fähig, und werde in gewissen Schranken bleiben. Diese weit zahlreichere, als die erste zählt zuverlässig viele großen Einfluß habende Geschäftsmänner unter sich und arbeitet im Stillen nach einer Revolution hin.

„Eine dritte Gattung sieht zwar manche Mängel in unseren Verfassungen, hält aber dafür, es sei besser, solche nach und nach unvermerkt abzustellen, Mäßigung, Gerechtigkeit und die Gesetze, welche allmählig den Zeitumständen

Talent freie Concurrenz zu eröffnen; ferner verlange man unparteiische Anwendung der Gesetze, möglichst gleiche Vertheilung der Lasten, völlige Sicherheit des Eigenthums und der Person; man wolle aber diese Veränderungen mit der Erhaltung der Religion und der bürgerlichen Ordnung verbinden.

Hardenberg hatte, wie man erkennt, eine totale Umgestaltung Deutschlands, jedoch unter Abwehr revolutionärer Einflüsse, wenn wir so sagen dürfen, in conservativ-liberalem Geist im Sinne. Keinen Augenblick verlor er das Verhältniß von Preußen und Oesterreich aus dem Auge. Er sagt: jetzt greife die Ueberzeugung um sich, daß Oesterreich und Preußen auf Kosten des Reiches sich zu vergrößern denken. Die Betrachtung, daß eine Verbindung der Reichsstände mit Preußen gegen Oesterreich für die ersteren das Rathsamste wäre, mache seit der Allianz Preußens mit Oesterreich nur geringen Eindruck, so daß bei jedem Vorgehen viel Widerspruch zu erwarten sei. Er meint, nur eine Erklärung über die oben angeführten Absichten, Sicherung vor Gefahr, Beilegung der elsässer Angelegenheit und Schadloshaltung der kriegführenden Mächte ohne Eroberung, werde zum Ziele führen können. Aber auch unter dieser Voraussetzung konnte man sich doch nicht verhehlen, daß das Reich in seiner bis-

nach zu formiren, herrschen zu lassen, dem Talent und dem Verdienst aus allen Ständen eine freie Concurrenz zu eröffnen, darin und in unparteiischer gleicher Anwendung der Gesetze, in möglichst gleicher Vertheilung der Lasten, völliger Sicherheit des Eigenthums und der Person, wahre Freiheit zu setzen und solche mit Religion und bürgerlicher Ordnung, ohne welche sie nicht bestehen können, zu verbinden. Diese Klasse, hoffentlich auch zahlreich, wünscht einen sicheren Frieden, um jene Pläne desto besser und schneller erfüllt zu sehen. Sie wird am geeignetsten sein, zu allen Maaßregeln beizutragen und eigene Kräfte aufzuopfern, um diesen Zweck recht bald zu bewirken.

„Eine vierte, geschreckt durch den Gedanken, irgend ein Vorrecht zu verlieren, fällt in das Extrem: Alles aufs äußerste treiben zu wollen, und dadurch nicht selten in Härte, Stolz und Ungerechtigkeit, beurtheilt den Geist der Zeit gar nicht, und handelt darin ganz verkehrt, indem sie gleich der ersten Klasse Animosität und Gährung vermehrt. Sie findet sich wohl nur bei einem Theile der privilegirten Stände und bei einigen Geschäftsmännern.“ Aus dem Berichte Hardenbergs vom 24. Januar 1794.

herigen Verfassung zu keiner erheblichen Leistung fähig sei. Hardenberg trägt auf eine durchgreifende Veränderung an, bei der er auf den Vorschlag des gemeinen Pfennigs zurückkommt, den Versuchen gemäß, die im 15. und 16. Jahrhundert so oft gemacht worden waren[1]). Er faßte die Absicht, die eximirten Stände, vornehmlich die reichen geistlichen Stiftungen, die bei der jetzigen Verfassung so viel wie nichts für die allgemeinen Zwecke beitrugen, zu den entsprechenden Leistungen heranzuziehen. Er bedient sich hiebei des Ausdrucks der privilegirten Stände, der aus Frankreich herübergekommen war, wie denn in Allem Analogien mit den ursprünglichen Tendenzen der revolutionären Bewegung hervortreten. Nur auf die Idee der höchsten Autorität will er dieselben nicht anwenden lassen, und gerade um diese aufrecht zu halten, müsse man, so meinte er, die in der Sache liegende Nothwendigkeit von Reformen anerkennen. Wenn das militärische Uebergewicht von Frankreich aus dem Umschwung aller Verhältnisse und der Aufhebung der Privilegien und besonderen Gerechtsame hervorgegangen war, so erschien ein ähnliches Verfahren auch in Deutschland nothwendig, um der revolutionären Macht nicht ganz und gar zu erliegen.

In der Reihenfolge dieser Gedanken ist ein gewisses System: Anerkennung des revolutionären Frankreichs in seinem ganzen

1) „Jene Unmöglichkeit ist entweder physisch, oder sie beruht auf den Schwierigkeiten, welche die gewöhnliche Reichsbesteuerungsart, wo die ganze Last dem pflichtigen Unterthan aufgebürdet wird, mit sich führt; die erstere existirt keineswegs, letztere wird ebenso wenig vorhanden sein, oder doch da, wo der Krieg sie etwa hervorgebracht haben mag, sehr vermindert werden, wenn die Auflage von jedermann, er sei privilegirt oder nicht, nach Maßgabe der Besitzungen und des Vermögens getragen wird, wobei die Privilegirten, die das größte Interesse bei diesem Kriege haben, auch vorzüglich zu dessen Kosten beitragen würden. Es ist nämlich die Frage, ob man nicht bei dieser Gelegenheit auf die ältere Reichsbesteurungsart, nach Maßgabe des gemeinen Pfennigs recurriren wolle, welche bekanntermaßen eine vollkommen verhältnißmäßige Gleichheit der Abgaben bei den Obrigkeiten und den Unterthanen, bei privilegirten und steuerbaren Klassen der Staatsbürger, der Reichen und Armen voraussetzt.“ Aus demselben Berichte Hardenbergs.

Umfang, ohne weitere Rücksicht auf die daselbst eingeführte oder einzuführende Regierungsweise, zugleich Abwehr jedes Angriffs durch streitfähige, aber auf allgemeine Kosten zu erhaltende Armeen. Wenn den Hauptmächten eine gewisse Schadloshaltung zustehe, so soll diese durch Säcularisation geschehen; was in Frankreich durch die Beschlüsse der Nationalversammlung mit popularer Gewaltsamkeit durchgeführt war, soll in Deutschland durch die vorwaltenden Mächte selbst ins Werk gesetzt werden. Denn das leuchtet ein, daß damit das alte Deutschland eben auch nicht bestehen konnte. Säcularisationen, Aufhebung der Privilegien, Umwandlung der Gesetze, Eröffnung einer freien Laufbahn für jedes Talent, stellten auch hier eine neue Welt in Aussicht. Allein noch war man weit entfernt, Ideen dieser Art ausführen zu können; sie erschienen nur eben als ein inneres Ferment der Ansichten; in den Verhandlungen mußten sie sogar verheimlicht und der Versuch gemacht werden, auf der Grundlage der bisherigen Verfassung zu einem Zustande, welcher eine wirksame Vertheidigung ermögliche, zu gelangen.

Drittes Capitel.

Verhandlungen mit den Reichskreisen.

Die Ideen Hardenbergs tragen durchaus das Gepräge persönlicher Ueberzeugung. Daß es die Gedanken gewesen wären, auf denen das Verhalten Preußens zu dem Reiche beruhte, läßt sich nicht behaupten. Das Berliner Kabinet meinte noch, auf dem Grund der Reichsverfassung zu den Zugeständnissen zu gelangen, welche für den Staat und das Heer nothwendig waren, wenn der Krieg weiter fortgesetzt werden sollte. Immer aufs Neue sprach der König aus, daß durch die beiden Feldzüge, die er mit dem auserlesenen Theile seiner Truppen in entfernten Regionen habe führen müssen, die Kräfte seines Staates erschöpft seien, so daß er ohne fremde Beihülfe keinen dritten Feldzug eröffnen, sich nicht einmal zu einem solchen vorbereiten könne. Er verhandelte darüber auch mit dem Kaiser, der, davon durchdrungen, daß der Rückzug der preußischen Truppen das Reich der äußersten Gefahr aussetzen würde, sich geneigt erklärte, gemeinschaftlich mit dem König bei dem Reiche dahin zu wirken, daß dies die Verpflegung des preußischen Heeres übernehme. Der König behauptete, durch die Wiedereroberung von Mainz und den letzten Feldzug des Herzogs von Braunschweig zu seiner Forderung berechtigt zu sein; denn die preußische Armee habe eigentlich die Reichsarmee gebildet und das Reich vertheidigt. Eine Concurrenz des Reiches bei der Erhaltung der Armee durch Uebernehmung der Verpflegung schien ihm um so billiger, da der ganze Aufwand, den er mache, dem Reiche zu Gute komme und seinem Lande entzogen werde. Eben

darauf beruhte die preußische Administration, daß die Aufwendungen für das Heer auch wieder dem Lande zu Gute kamen. Einen auswärtigen Krieg eine Reihe von Jahren hindurch ohne fremde Unterstützung zu führen, war der preußische Staat seiner inneren Construktion nach nicht fähig. Auch der große Friedrich hatte es nicht vermocht. Indem nun aber Friedrich Wilhelm II. seinen Gesandten am Reich, Grafen Goertz, beauftragte, im Verein mit dem kaiserlichen Minister diesen Antrag in Regensburg einzubringen[1]), bemerkte er doch, daß die Deliberation hierüber am Reichstage zu weit aussehend sei und zu lange dauern würde, um zum Ziele zu führen, bei der Nähe der Gefahr und dem augenscheinlichen Bedürfniß der Truppen; deshalb habe er auf eine provisorische Auskunft Bedacht genommen. Diese ging dahin, daß die sechs vorliegenden Kreise (der baierische, schwäbische, fränkische, ober-, kur- und niederrheinische), die, den Einfällen der Feinde am unmittelbarsten ausgesetzt, des Schutzes am meisten bedürften, sich dazu verstehen sollten, die Verpflegung provisorisch zu übernehmen. Zu diesem Zwecke sollte ein Convent in Frankfurt zusammentreten, bei dem kaiserliche und preußische Commissäre erscheinen würden, um die Sache aufs Rascheste ins Werk zu setzen. So weit nun auch der preußische Antrag außerhalb des gewohnten Ganges der Dinge lag, so erhielt er doch durch die dringende Conjunktur der Umstände eine gewisse Aussicht, faktisch angenommen zu werden. Die Deliberation am Reichstage blieb dabei vorbehalten; man erwartete, daß die den Schauplätzen entlegenen Reichskreise von demselben angewiesen werden würden, die Leistungen der vorderen durch Geldzahlungen zu vergüten. Aber unverzüglich mußte die provisorische Berathung ins Werk gesetzt werden. Hardenberg hätte gewünscht, über die Ausführung des ihm zu Theil gewordenen Auftrages nähere Rücksprache in Berlin nehmen zu können. Aber das wurde abgelehnt, weil eine unverzügliche Thätigkeit des Ministers in den oberen Reichskreisen noth-

1) Schreiben an Goertz, 12. Januar 1794.

wendig schien, um für den Zweck zu wirken. Auch säumte Hardenberg keinen Augenblick, das Geschäft in Angriff zu nehmen. Das Creditiv mit dem er beglaubigt ward, ist vom 31. Januar 1794. Schon am 10. Februar finden wir ihn in Aschaffenburg bei dem Reichskanzler-Kurfürst Friedrich Karl von Mainz. Die Stimmung dieses Fürsten war damals eine für Preußen ungünstige. Er hatte selbst bei dem kaiserlichen Hof den Antrag gestellt, von der Anwesenheit der Preußen in seinen Festungen, die kein gesetzliches Motiv mehr habe, erledigt zu werden. Die Eröffnungen Hardenbergs, die doch auch dahin zielten, den Rückzug der Preußen zu vermeiden und die Rheinlande des Schutzes ihrer Waffen zu versichern, verfehlten jedoch nicht, auf den Kurfürsten Eindruck zu machen. Er ward leicht für den Vorschlag gewonnen, die sechs vorderen Kreise, auf deren Zusammenwirken Alles ankam, zu einer besonderen Versammlung zu berufen, um sie zu diesem Zwecke zu vereinigen; nur darüber hegte er Zweifel, ob er dazu zu schreiten befugt sei, ohne vorher bei dem Kaiser angefragt zu haben. Den ersten Tag waren alle Vorstellungen, die Hardenberg machte, um diesen Zweifel zu heben, vergeblich. Der Kurfürst wollte erst das Gutachten seines Hofkanzlers Albini, der sein unbedingtes Vertrauen besaß, darüber hören. Der aber, unter dem Eindruck der revolutionären Erfahrungen, die man in Mainz gemacht hatte, trug keine Bedenken, den Vorschlag, von dem sich eine unmittelbare Sicherung erwarten ließ, anzunehmen. Am andern Morgen früh erhielt Hardenberg ein Schreiben Albini's, aus dem er bereits abnahm, daß man auf seinen Wunsch, ohne Concurrenz des kaiserlichen Hofes die Convocation zu bewerkstelligen, eingehe. Nach Tisch eröffnete ihm dies der Kurfürst selbst, mit der Bemerkung, daß nur seine grenzenlose Verehrung für den König und die Rücksicht auf das Wohl des Reiches ihn dazu vermöge[1]). Die Einladungsschreiben an den schwäbischen und niederrheinischen Kreis gingen bereits ab; die Zusammenkunft ward

1) Bericht Hardenbergs vom 11. Februar 1794.

auf den 1. März angesetzt. Hardenberg suchte Albini in Mainz selbst auf und fand ihn sehr wohlgesinnt. Die Gefahr, von welcher die Landschaften des Kurfürsten bedroht wurden, und aus der nur die preußische Armee sie retten konnte, bewirkten bereits, daß sich in dieser eine gewisse Zuversicht auf die Theilnahme des Mainzer Hofes kund gab, wiewohl derselbe immer mit einem Rückblick auf den Wiener Hof handeln würde. Wohl machte Albini Einwendungen, welche von der Leistungsunfähigkeit einiger Kreise, sowie auch von der Pflicht, die Preußen habe, sein Kontingent zur Reichsarmee zu stellen, hergenommen waren; doch betonte er die schrecklichen Gefahren, welche ein Rückzug der Preußen herbeiführen werde, wenn nicht Frieden und Sicherheit wenigstens für einen Theil des Reiches die unmittelbare Folge davon wäre[1]). Niemand war von dieser Gefahr mehr durchdrungen als Hardenberg; in allen seinen Anschreiben nach Berlin hebt er dieselbe hervor. Er zieht in Zweifel, ob der König, wenn er das Reich sich selber überlasse, auf die Länge des Besitzes seiner eigenen, namentlich der westfälischen Landschaften sicher bleibe. Er führt aus, daß sich der ursprüngliche Zweck des Krieges, da die verbündeten Mächte nicht alle ihre Kräfte gleichmäßig anstrengen würden, niemals werde erreichen lassen. Im deutschen Reiche rufe Alles nach Frieden, ausgenommen vielleicht die „schändliche Partei, die eine Revolution in Deutschland in Gang zu bringen gedenke." Die Frage liegt, sagt er, darin, ob der König, wenn er seine Truppen zurückzieht, wo nicht das ganze Reich, doch alle diejenigen Stände, die seinen Schutz sich erbäten, vor der Gefahr von Seiten des Feindes sicher zu stellen die Absicht hat. Er entscheidet nicht, ob eine Neutralität oder ein Waffenstillstand für die preußischen Staaten und das Reich oder jenen Theil desselben auf einem unverfänglichen Wege und ohne förmliche Unterhandlung mit Frankreich als Republick zu bewirken stehe. Würde der König ohne irgend eine Abkunft seine Truppen zurückziehen, so würde er sich isoliren

1) Bericht Hardenbergs vom 18. Februar 1794.

und die Stände nöthigen, sich in die Arme von Oesterreich zu werfen, während sich sonst die schönste Gelegenheit darbiete, die Bande zwischen ihm und den Reichsständen fester zu knüpfen. Die Bemerkung liegt auf der Hand daß die Absicht von Preußen zugleich dahin ging, die in dem Fürstenbund genommene Parteistellung zu entwickeln: der König würde fast als Vorkämpfer, aber auch als Vertreter der Reichsstände erschienen sein, mit allen Rechten, die sich daran knüpften. Wer könne, sagt Hardenberg, die Fälle absehen, in denen es nothwendig sei, sich dem Hause Oesterreich entgegenzusetzen; Oesterreich werde vielleicht die Lage zur Durchführung seiner eigenen Tauschprojekte oder von Säcularisationen benutzen wollen.

Wie viel kam nach der Reihenfolge dieser Gedanken auf jene Verpflegung, die man den Kreisen anmuthete, noch an.

In dem letzten Feldzug zwar nicht eigentlich geschlagen, aber doch an den beiden Flanken der großen Vertheidigungslinie in den größten Nachtheil gerathen, mußte das Reich sich ohne Zweifel zu kräftigem Widerstande entschließen. Ein Reichsheer ins Feld zu stellen, war gewiß nothwendig; aber in der alten Form berufen, bot es doch gegen den übermächtigen Feind keinerlei Sicherheit dar, und es mußte erst zusammengebracht werden. Die Anstrengungen von Oesterreich mit den englischen vereinigt hatten nur für die Niederlande Bedeutung. Wenn nun das preußische Heer das vornehmste Bollwerk war, das den Franzosen entgegengesetzt werden konnte; der preußische Staat aber, wie denn kein Zweifel daran ist, außer Stande war, das Heer in der bisherigen Weise zu unterhalten, — denn der Staatsschatz war erschöpft , so lag es nahe, daß das Reich dafür aufkommen mußte. Als Mitglied des Reiches war der König nur eben verpflichtet, sein Kontingent zu stellen, was bei weitem nicht hinreichte. Wenn das Reich behauptet werden sollte, so war nicht allein die Aufstellung des Reichsheeres, welche nur langsam und ungenügend erfolgen konnte, sondern die Anwesenheit des gerüsteten preußischen Heeres in den bedrohten Regionen nothwendig. Die preußische Macht

war eben die überwiegende und für die Vertheidigung des Reiches einzig geeignet. In seiner Besonderheit hatte Preußen den Feind zunächst nicht zu fürchten; sollte es die gemeinsame Sache führen, so mußte es durch gemeinschaftliche Anstrengungen, bei denen kein Verzug eintreten durfte, unterstützt werden. So waren die Eindrücke und Schlußfolgerungen in Berlin. Selbst wenn die Vertheidigung durch eine unmittelbare Waffenerhebung nicht erfolgen sollte, so konnte durch das politische Gewicht von Preußen der Weg angebahnt werden, um durch einen Stillstand der Waffen dem Reiche Sicherheit für damals und für immer zu verschaffen. Die Lage der Dinge machte es nothwendig, über einige Skrupel hinwegzusehen, welche aus der bisherigen Verfassung entnommen werden konnten. Unleugbar hätte sich damit ein größerer Einfluß von Preußen in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten verbunden. Denn die Annahme des Vorschlags würde dahin geführt haben, daß das preußische Heer zugleich als Reichsheer anzusehen gewesen wäre. Darin hätte aber in dem damaligen Moment auch wieder ein allgemeiner Vortheil gelegen. Neben dem Reichsheer, welches der Kaiser zu Stande zu bringen Anstalt machte, würde auch das preußische, von dem Reiche unterstützt und dadurch in seinem Zusammenhange mit dem Reiche anerkannt, die Vertheidigung übernommen haben; die reichsoberhauptliche Autorität und die militärische Haltung des preußischen Staates würden zusammengewirkt haben. Die Staatskräfte der deutschen Reichsstände würden sich ihnen beigesellt; man würde sich den Sieg haben versprechen können.

Aber wie unendlich schwer war es, darüber nur eine Berathung, geschweige denn eine Uebereinkunft zu Stande zu bringen. Für Preußen lag die Schwierigkeit, seine Absicht zu erreichen nicht allein in der Deliberation der Kreisstände über die Sache selbst; sie mußten erst befragt werden, ob sie die Convocation annehmen oder nicht; dabei hing wieder das Meiste von der Stimmung der in den Kreisen vorwaltenden Fürsten ab, die erst durch eine Art diplomatischer Verhandlung gewonnen werden

mußten. So war für den oberrheinischen Kreis die Stimme des Landgrafen von Hessen-Cassel entscheidend. Hardenberg, der nichts versäumte, was zu seinem Ziele führen konnte, begab sich persönlich zu ihm. Schon war die Welt von Gerüchten über die Säcularisationspläne, mit denen man umgehe, erfüllt; sie hatten selbst in die Nürnberger Ministerial-Zeitung Aufnahme gefunden. Hardenberg suchte sie seiner Instruktion gemäß überall zu widerlegen. Bei seiner Ankunft in Cassel bemerkte er, daß Pläne dieser Art dort eher willkommen geheißen worden wären, namentlich wenn er dem Landgrafen die Aussicht eröffnet hätte, Fulda in Besitz zu nehmen.

Den Anträgen, die Hardenberg nun wirklich machte, setzte der Landgraf mancherlei Beschwerden, die sich auf die Behandlung seiner Truppen bezogen, entgegen. Er war nicht geradezu gegen die Verpflegung der preußischen Truppen durch die Stände, wollte sich aber ausbedingen, daß sein Gebiet von allen Beiträgen dafür befreit bleibe. Auch der Landgraf machte Anspruch auf Entschädigung für die Kriegskosten. Die Beschickung des Convocationstages nahm er nur deshalb an, weil Hardenberg ihm sagte, der König würde in seiner Weigerung einen starken Widerspruch zu der Ergebenheit, deren er ihn unaufhörlich versichere, erblicken; der Einsicht des Königs werde nicht entgehen, wie sehr die hessische Stimme bei der oberrheinischen Vereinsversammlung ins Gewicht falle. In einer offiziellen Note (1. März) wiederholte der Landgraf seine Bedingungen, aber erklärte sich bereit, der Absicht des Königs bei der Kreisversammlung möglichst förderlich sein zu wollen.

Auch nach allen anderen Seiten hin unterhandelte Hardenberg; doch brauchen wir ihn dabei nicht im Einzelnen zu begleiten. In einem Schreiben vom 13. März stellt er zusammen, wieweit er überhaupt gekommen sei. Auf Mainz und Trier könne man rechnen; sie werden aber wegen des erlittenen Schadens auf eine Minderung ihrer Quote bestehen; der Oberrhein sei meist nicht ungünstig; nur über Speier ist Hardenberg nicht unterrichtet;

nach Darmstadt denkt er selbst zu gehen; aber auch hier beruft man sich auf die erlittenen Verluste; in Niederrhein-Westfalen scheint die Beschickung keinen Bedenken unterworfen zu sein; doch erregen die viel Gift enthaltenden Artikel der hannoverschen Zeitung Besorgnisse: die Artikel haben ein offizielles Ansehen, scheinen aber mit den Verhältnissen Preußens zu England in Widerspruch zu stehen. Der schwäbische Kreis wird beschicken, doch ist der Herzog von Würtemberg gegen Preußen, vielleicht aus einem zu hoch gespannten Selbstgefühl und im Vertrauen auf die Volksbewaffnung: er äußere, man könne den preußischen Schutz allenfalls entbehren. Baden ist für den Antrag, Constanz dagegen. Von dem größten Werthe war, daß Baiern sich dem Vorhaben günstig zeigte. Man schrieb das vor Allem dem Einfluß des Herzogs von Zweibrücken zu, welcher der natürliche Alliirte von Preußen war. Wenn Hardenberg sich noch schmeichelte, mit dem preußischen Entwurf durchzudringen, so ergiebt sich doch auf den ersten Blick, auf welche Schwierigkeiten er stieß. Manche lehnten überhaupt ab; Andere betonten ihre Erschöpfung, um nur zu geringen Beiträgen verpflichtet zu werden, oder sich denselben geradehin zu entziehen. Auch an den befreundeten Höfen hörte man die Aeußerung, daß die Angelegenheit vor den Reichstag gehöre und daselbst erörtert werden müsse. Alle Tage kamen neue Schwierigkeiten zum Vorschein. Am bittersten empfand Hardenberg, daß der fränkische Kreis, in welchem Brandenburg ein großes Interesse hatte, viel bösen Willen zeigte. Die Kreisversammlung, sagt er, werde von einem widerwärtigen Geiste beherrscht und hänge an elenden Formalitäten und Wortklaubereien; und doch habe der fränkische Kreis durch den Krieg am wenigsten gelitten. Die Antipathie schrieb sich hauptsächlich von der Reichsritterschaft her, mit welcher eine Regierung wie die preußische in natürlichen Gegensatz gerieth. Der König wollte sich nicht mit der Rolle begnügen, welche den letzten Markgrafen aufgedrungen war; vergessene Rechte wurden hervorgesucht, Abweichungen von denselben als Usurpationen betrachtet. Und wiewohl Hardenberg behauptete, nur eben der Usurpation Ein-

zelner suche er ein Ende zu machen, mit der Corporation der Reichsritterschaft habe er keinen Streit, so fühlte sich diese doch selbst beleidigt, und noch war sie durch mannichfaltige Familienverbindungen sehr mächtig; selbst der preußische Direktorial-Gesandte Graf Soden schien wohl unter ihrem Einfluß zu stehen. In der Kreisversammlung stellte man in Abrede, daß der eingeschlagene Weg, eine besondere Deliberation in den Reichskreisen zu veranstalten, der richtige sei; die Sache gehöre vor Kaiser und Reich. Der vornehmste Gegner der preußischen Anträge war der Abgesandte des deutschen Ordens. Einen Besuch Hardenbergs in Bamberg lehnte der Fürstbischof ab, indem er seine schwache Gesundheit vorschützte. In Nürnberg brachte die Anwesenheit des Ministers eine erwünschte Wirkung hervor; aber die überwiegende Meinung war doch, daß die Sache an das Reich gehöre. Trotz dieses Widerstrebens wurde die Convokation der sechs Reichskreise nicht aufgegeben, aber man überzeugte sich, daß eine Deliberation am Reichstage vorangehen müsse, auf welche die Meinung der befreundeten Stände Einfluß ausüben werde; wenn da die Hauptfrage entschieden wäre, so würden die näheren Bestimmungen doch einer Kreisversammlung anheimfallen.

So verhält es sich einmal: die Armee des Kaisers war anderweit beschäftigt, ein allgemeines Aufgebot hätte bei dem damaligen Zustande eine nur noch größere Gefahr herbeigeführt, ein Reichsheer in den gewohnten Formen sollte erst geschaffen werden. Da stellte sich dann der am besten bewaffnete der Reichsstände mit seiner Armee dar; er bot sie zur allgemeinen Vertheidigung, nur unter der einen Bedingung, daß man ihn dabei mit den unabweisbarsten Erfordernissen versähe. Allein in dem Anerbieten sah man weniger eine unentbehrliche Hülfeleistung, als einen Anspruch an Macht, der denn auch wirklich nicht fehlte, aber hinter der Nothwendigkeit der momentanen Lage zurücktrat. Es wurde nicht abgelehnt, aber auch nicht angenommen. Wenn die Deliberation auf den Reichstag verwiesen wurde, so trat dabei das Verhältniß zu dem Kaiser an

erster Stelle hervor. Sollte der Kaiser zugeben, daß die preußische Armee gewissermaßen als Reichsarmee anerkannt werde, während er selbst eine solche zu Stande zu bringen beflissen war? Darauf kam es an, daß Oesterreich und Preußen sich verständigten. Noch durfte man hoffen, daß die Eifersucht der einen Macht gegen die andere in Deutschland vor ihrem gemeinschaftlichen Interesse gegen Frankreich zurücktreten würde. Und Umstände traten ein, in Folge deren sich das Zusammenwirken der gesammten Coalition erwarten ließ.

Viertes Capitel.

Stellung der Mächte in den ersten Monaten des Jahres 1794.

Die Schlichtung der Differenzen, die zwischen Oesterreich und Preußen obwalteten, ihre gegenseitige Stellung überhaupt hing nicht allein von ihren Beziehungen zu Deutschland, sondern von dem Verhältniß ab, in welchem sie zu den übrigen europäischen Mächten, namentlich zu Rußland und England, standen. Der Direktor der auswärtigen Angelegenheiten in Wien, Thugut, faßte vor Allem das europäische Verhältniß Oesterreichs ins Auge.

Wie die preußischen Pläne an die Tendenzen des Fürstenbundes anknüpften, so erneuerten sich in Thugut die josephinischen Entwürfe in aller ihrer Stärke: er nahm den Gedanken eines nach allen Seiten hin unabhängigen und unangreifbaren österreichischen Großstaates wieder auf; ein Kampf mit den Türken lag jedoch nicht in seinem Sinn; — Thugut warnt vielmehr den russischen Hof vor einem solchen Unternehmen, er wünschte auf dieser Seite Fortdauer des Friedens und der Ruhe. Dagegen trug er sich nach andren Seiten hin mit Absichten von unerwartetem Umfang. Gleich als komme es darauf an, den alten burgundischen Ansprüchen gegen Frankreich nunmehr erst Geltung zu verschaffen, brachte er in seinen Verhandlungen mit Rußland eine Erweiterung der österreichischen Niederlande bis an die Somme in Vorschlag; die weitere Grenze sollte gebildet werden durch eine grade Linie von den Quellen der Somme bis auf Sedan und Mezieres an der

Maas, dann durch diesen Strom selbst[1]). In einer weiteren Mittheilung nach St. Petersburg (Februar 1794) verlangt er Wiederherstellung der Grenzen des pyrenäischen Friedens: also Zurückgabe alles dessen, was Frankreich seitdem in Besitz genommen hatte; namentlich fordert er Elsaß und Lothringen mit den drei Bisthümern und dem Sundgau. Er regt die Idee an, daß sich aus Lothringen und den drei Bisthümern ein von Oesterreich abhängiger Lehensstaat bilden lasse, welcher einem der Erzherzöge nach der Wahl des Kaisers übertragen werden solle. Im allerungünstigsten Falle würde sich Oesterreich mit Zurückgabe von Artois, der Herstellung der Grenzen des pyrenäischen Friedens und mit seinen alten Besitzungen im Elsaß begnügen. Man setzte dabei immer eine unzweifelhafte Ueberlegenheit über Frankreich voraus. Sollte aber diese nicht erlangt und die Abtretung der bezeichneten großen Gebiete von den Franzosen nicht gewonnen werden, so richtete Thugut sein Augenmerk noch bei weitem entschiedener als Joseph II. auf die venetianischen Provinzen, die sich ohne alle Theilnahme an den großen Zerwürfnissen in Europa noch des tiefsten Friedens erfreuten. Die alten Rechte, welche die Vorfahren des Kaisers auf dieselben besaßen — denn die Venetianer seien nur Usurpatoren — sollten wieder zur Geltung gebracht werden[2]). Man erfand dafür den nicht grade anstößigen Ausdruck Revendikation. Rußland scheint Istrien und Dalmatien angeboten zu haben: Thugut bestand auf der gesammten Terra ferma, wodurch Oesterreich, welches Mailand besaß, das volle Uebergewicht in Italien erlangt hätte.

Wenn man sich darüber nicht täuschen konnte, daß Preußen, dessen Cooperation gegen Frankreich man festzuhalten gedachte, das aber keine Ahnung von diesen Entwürfen hatte, sich denselben widersetzen würde, sobald man damit hervorträte, so meinte Thugut

1) Depesche Thuguts an Cobenzl 18. Dezember 1793 im Archiv für österreichische Geschichte, Band XXXXII S. 386.

2) Depesche Thuguts an Cobenzl vom 27. Februar 1794 im Archiv für österreichische Geschichte Band XXXXII S. 400.

das durch das Gewicht der russischen Macht zu verhindern. Man wollte Truppen an den Grenzen Preußens versammeln, um es in Zaum zu halten, wenn es etwa Kriegsanstalten dagegen mache. Es liegt auf der Hand, wie so ganz und gar die bisherige Politik hiedurch verändert wurde. Der Kampf gegen die Revolution behielt nur noch ein territoriales Interesse. In den Vordergrund trat die Aufstellung Oesterreichs als der überwiegenden mitteleuropäischen Macht; Alles andre war sekundärer Natur.

Wenn nun England sich zur Fortsetzung des Krieges im Bunde mit Oesterreich anschickte, so war doch nicht daran zu denken, daß es Pläne dieser Art gebilligt hätte; sie wurden den englischen Ministern ebenso gut verborgen gehalten, wie den preußischen. Ihrerseits hatten aber auch die Engländer vor Allem ihr eigenes Interesse im Auge. Den alten Vortheilen der maritimen Macht, welche England in dem spanischen Erbfolgekrieg, so wie in dem siebenjährigen erfochten, war in dem amerikanischen gewaltig Einhalt geschehen, weil Frankreich damals alle seine Kräfte auf die Marine warf, England aber mit seinen Colonien im Kriege begriffen war. Jetzt war die Lage insofern eine andere, als die französische Macht allerdings durch die Revolution stärker entwickelt, überwiegend in dem continentalen Kriege beschäftigt war.

Den Engländern gelang es, bereits im März und April 1794 in Westindien Meister zu werden: wie Tabago, so fielen nun auch Martinique, St. Lucie und Guadeloupe in ihre Hände. Sie rüsteten sich zur Erneuerung ihres Seekriegs gegen Frankreich in dem Sinne der Schlacht von La Hogue; die Vortheile, die in dem spanischen Erbfolgekriege errungen und in dem siebenjährigen befestigt worden waren, die ganze Ueberlegenheit ihrer Seemacht, wie sie die geographische Position an die Hand gab, meinten sie in dem allgemeinen Kampfe vollends durchzuführen. Dazu aber gehörte eine energische Fortsetzung des continentalen Krieges, wozu die Behauptung von Holland, die Theilnahme von Preußen unentbehrlich erschien, wie ja die Seemächte mit dem preußischen Staate unter der Regierung des ersten Königs Friedrich verbunden

gewesen waren. Die Unabhängigkeit von Holland zu behaupten, das alte System der Seemächte zu erneuern, und wie sich an der Mitwirkung von Oesterreich nicht zweifeln ließ, so nun auch die besondere Mitwirkung von Preußen zu erlangen, wurde der nächste Gegenstand ihrer politischen Verhandlungen.

James Harris, Lord Malmesbury, welcher den letzten Vertrag von 1788, der schon in Voraussicht neuer Zerwürfnisse mit Frankreich geschlossen war, vermittelt hatte, erschien als der geeignete Mann, eine Erneuerung desselben in Bezug auf die nunmehrigen Verhältnisse durchzuführen; er wurde nach Berlin geschickt, um jenen Vertrag nicht allein in Erinnerung zu bringen, sondern bei den Verabredungen für die Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich zu Grunde zu legen.

Man ermißt leicht, welches das Verhältniß Preußens dazu sein konnte. Die eigne Aufgabe des Staates war die Vertheidigung des deutschen Reiches gegen die täglich drohenden Einfälle der Franzosen; eine neue Verbindung mit England erschien, obwohl an und für sich nicht grade darauf gerichtet, doch in der Sache mit dem Hauptobjekt der Politik überein zu stimmen. König Friedrich Wilhelm II. gab dem Lord bald nach seiner Ankunft Audienz: denn eben mit Malmesbury hatte er den Vertrag von 1788 abgeschlossen. Er bezeugte mit großer Wärme und Wahrhaftigkeit, daß er diesen Vertrag auch jetzt noch anerkenne und beobachten wolle; was aber die Fortsetzung des Krieges anbetraf, so betheuerte er sein Unvermögen, an demselben fortan thätigen Antheil zu nehmen, wenn er nicht von andrer Seite unterstützt werde. Der Staatsschatz des Vorfahren sei nahezu erschöpft; nicht durch unnütze Aufwendungen sei das geschehen, sondern im Interesse der allgemeinen Sache; würde man jetzt auch die Ueberbleibsel desselben verwenden, so würde man außer Stande sein, bei der nächsten Verlegenheit zu Rüstungen zu schreiten. Eine Anleihe zu machen, vertrage sich nicht mit der Natur des preußischen Staates, und unmöglich könne man die Auflagen erhöhen: sie seien von dem Vorgänger so hoch angelegt,

daß eine Vermehrung derselben allgemeine Unzufriedenheit herbeiführen würde. Mit diesen augenscheinlich wohlbegründeten Auseinandersetzungen stand nun die Versicherung des Königs, daß er, wenn es nur irgend möglich sei, thätigen und persönlichen Antheil an dem Kriege nehmen wolle, in schneidendem Contrast.

Aber so war in der That seine Lage und Gesinnung. Er erklärte sich bereit 100,000 Mann ins Feld zu stellen und persönlich die Anführung derselben zu übernehmen: denn der Ehrgeiz seiner Seele ging noch immer dahin, den gewaltsamen Neuerungen der Franzosen, die sich eben in den wildesten Convulsionen, dem System des Schreckens, bewegten, ein Ende zu machen, und den Frieden der Welt auf fester Grundlage zu erneuern, wenn es nur ohne die offenbare Zerrüttung des eignen Staatswesens geschehen könne, und wenn er durch Subsidien dazu in den Stand gesetzt werde. Seine Reden lauteten allezeit, als ob er der Retter von Deutschland sein wolle. Die heroische Gestalt des cheruskischen Armin, die in dem Schmucke der Poesie zu neuem Glanze erhoben worden war, scheint auf ihn nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Aber König von Preußen, wie er war, mußte er vor Allem die Lage seines Staates und ihre Erfordernisse berücksichtigen. Sein deutschpatriotischer Enthusiasmus wurde dadurch nicht weniger gelähmt, als sonst durch die Umstände angeregt und entzündet. Wenn schon seine Unterhandlungen an dem Reiche dahin zielten, es ihm möglich zu machen, den Krieg zugleich für Preußen und das Reich fortzusetzen, so stellte die Unterhandlung mit Malmesbury noch andre Hülfsquellen in Aussicht. Auf eine Meldung von den Gesinnungen des Königs empfing der englische Gesandte neue Instruktionen, die ihn zu weiteren Unterhandlungen ermächtigten. Gleich nach ihrer Ankunft sprach Malmesbury mit dem König, den er auf einem Spaziergang im Thiergarten fand (6. Februar 1794). Er machte demselben nur allgemeine Andeutungen, bemerkte aber, daß sie den größten Eindruck auf ihn hervorbrachten. Am folgenden Tage hatte er eine Conferenz mit ihm. Der König war sehr bei der Sache; er hatte sich bereits

eine umständliche Auskunft über die Kosten verschafft, welche die Ausrüstung erfordern würde. Auf Grund derselben erklärte er, nicht ohne ein gewisses Zögern, die erforderlichen Subsidien würden zwanzig Millionen Thaler betragen müssen. Malmesbury erwiderte, das gehe sehr weit darüber hinaus, was er anbieten dürfe: die Summe von zwei Millionen Pfund, zu deren Beschaffung Holland und der Kaiser würden beitragen müssen.

Man nimmt gleich bei dem ersten Schritte die Schwierigkeiten wahr, in welche Preußen durch diese Anträge, die es, immer mit Vorbehalt seiner Stellung, anzunehmen bereit war, verwickelt werden mußte. Denn wenn nicht allein das englische, sondern auch das deutsche Interesse vertheidigt werden sollte, so war die Voraussetzung, daß diese identisch seien und es bleiben würden; überdies war dann eine starke Vermehrung der Armee und eine so bedeutende Geldunterstützung, wie der König forderte, nothwendig. Der Entwurf von England ging dahin, daß nicht allein Holland, sondern auch Oesterreich zur Zahlung von Subsidien vermocht werden sollten. Dabei war die Verhandlung mit dem Reich über die Approvisionnirung des preußischen Heeres immer vorbehalten; nur wenn sie zu Stande kam, und anderweit hinreichende Subsidien bewilligt wurden, ließ sich eine nach den verschiedenen Seiten hin ausreichende Theilnahme Preußens an dem Kriege erwarten. Das Eine griff mit dem Andern zusammen. In diesem Sinne conferirte Malmesbury mit den preußischen Ministern, von denen jedoch nur Einer im vollen Vertrauen des Königs war: der jüngst eingetretene Graf Haugwitz. Noch an demselben Tage (7. Februar) wurde eine ministerielle Conferenz gehalten, in welcher der Plan, wie die erforderlichen Subsidien beschafft werden müßten, besprochen wurde. Der Entwurf war sehr außerordentlich: zwei Fünftel der Summe sollten von England, ein Fünftel von Holland aufgebracht und gezahlt werden. Von wem aber die beiden andren? Das eine von Oesterreich, das andere aber provisorisch von Preußen selbst. Wie Malmesbury versicherte, ging der Wunsch der Engländer dahin, daß der König an die Spitze der Armee treten sollte, er persönlich.

Friedrich Wilhelm sprach wiederholt aus, daß er an seinen alten Gesinnungen unerschütterlich festhalte: denn der Sieg der französischen Principien würde einen allgemeinen Umsturz herbeiführen. Dem stimmte auch Haugwitz mit Lebhaftigkeit bei: er sagte wohl, es sei das einzige Mittel den Krieg zu beendigen; man würde es ewig bedauern, wenn die Convention nicht zu Stande käme.

Aber wie so ganz widerstrebte das den Ideen und Entwürfen von Thugut! Widerwärtig war ihm an sich, dem König von Preußen zu einer so großen Rolle, wie der Malmesbury'sche Vertrag in Aussicht stellte, die Hand zu bieten, und zwar durch Verträge, welche der preußischen Macht neue große Aussichten eröffneten; er rechnete heraus, daß das Malmesbury'sche Projekt mit der Verpflegung der Truppen zusammen dem preußischen Staat einen Vortheil von dreißig Millionen zuwenden würde. Wenn Oesterreich nicht gradezu dagegen war, daß die Unterhandlung über die Verpflegung der Truppen am Reichstag ihren Fortgang behielt, so wies es doch die von Malmesbury gemachten Vorschläge mit Entschiedenheit zurück.

Mit großer Indignation vernahm man in Berlin die negative Antwort, deren Beweggründe man eigentlich nicht übersah, und in der man nur den Beweis einer wachsenden Feindseligkeit des Wiener Hofes gegen Preußen zu erkennen glaubte. Die Politik der Könige hat immer eine persönliche Ader, und von Friedrich Wilhelm II. läßt sich behaupten, daß seine meisten Handlungen von persönlichen Impulsen abhängen. Denn er hatte, wie wir wissen, noch immer den Wunsch und den Ehrgeiz, den Kampf gegen Frankreich, der das allgemeine Interesse der Welt in sich schließe, auszufechten; auch besaß er die erforderlichen militärischen Kräfte; aber es fehlte ihm an den Mitteln, sie in Bewegung zu setzen; daß ihm diese von eben denen, zu deren Besten er aufzutreten gedachte, nicht bereitwillig gewährt wurden, erfüllte ihn mit einem Unwillen, den er nicht verbergen mochte. Fast mit einer gewissen Ostentation erklärte der König, daß er in der Nothwendigkeit sei, seine Truppen vom Rheine zurückzuziehen;

sofort ergingen einige Weisungen in diesem Sinne an die Generale. Nur um so eifriger wurde der Plan einer Cooperation mit England ergriffen. Haugwitz und Malmesbury begaben sich nach dem Haag, — denn Hollands konnte und wollte man nicht entbehren —, wo sie, jedoch nicht ohne einigen Verzug, da das englische Ministerium noch einmal consultirt werden mußte, am 19. April einen Vertrag folgenden Inhalts schlossen. Die preußische Armee, die zur Hülfeleistung für die Seemächte bestimmt wurde, sollte aus 62,400 Mann bestehen, so daß die für Oesterreich stipulirten 20,000 davon ausgeschlossen wären. Die preußischen Truppen sollten beisammen bleiben, unter Einem Führer; man rechnete noch immer darauf, daß der König selbst an dem Feldzug Theil nehmen werde; die Verwendung der Truppen wurde von einer militärischen Uebereinkunft zwischen Preußen und den Seemächten abhängig gemacht, mit der Bestimmung, daß sie da gebraucht werden sollen, wo man glaube, daß es für die Interessen der Seemächte am besten sei. Um die Tragweite dieser Bestimmung zu ermessen, muß man sich der Bedingungen erinnern, unter welchen der große Vorgänger des Königs in den Bedrängnissen des siebenjährigen Krieges die englischen Subsidien annahm; er behielt sich dabei die freie Bestimmung über seine Armee im vollsten Umfang vor: denn nur in der eignen Selbstbestimmung, ohne alle fremde Controlle, sah er die Aufrechthaltung seiner Würde und seiner Macht. Aehnliche Bestimmungen hätte man ohne Zweifel auch jetzt treffen müssen. Allein man ließ sich auf allgemeine Festsetzungen ein, allerdings in Ausdrücken, welche zwar zugleich Rücksicht auf das eigne Dafürhalten des Königs in sich schlossen, jedoch die Hauptentscheidung auf Conferenzen verwiesen, deren Ergebniß sich nicht voraussehen ließ. Der König von Preußen sollte durch Subsidien in den Stand gesetzt werden, seinem Eifer für die gemeine Sache gemäß zu handeln. Die Subsidien sollen monatlich 50,000 Pfund betragen, außerdem aber sollen auf der Stelle 300,000 Pfund zur Mobilmachung der Armee bezahlt werden; alle Eroberungen, die man machen wird, sollen den beiden

Seemächten zufallen, die darüber zu verfügen haben werden, wie es ihnen gut scheint.

Die Absicht der Engländer war Anfangs gewesen, den König zu verpflichten, die bindende Kraft des Traktats bis zum Ende des Krieges auszudehnen; Friedrich Wilhelm verwarf das: denn wer könne die Ereignisse voraussehen, durch welche möglicherweise die Lage von Grund aus verändert werde. Haugwitz hatte denn wirklich erreicht, daß in dem geheimen Artikel, über den man übereinkam, nur stipulirt wurde, der König wolle über die Erneuerung des Vertrages am Ende des Jahres Beschluß fassen. Das Ministerium in Berlin war damit sehr zufrieden. Aber auch mit dieser Modifikation enthält doch der Vertrag eine Abwendung von dem gemeindeutschen Interesse zu dem englischen; er enthielt gleichsam die Antwort auf die abschläglichen Erklärungen der deutschen Fürsten, denen man nun überließ, sich selbst zu vertheidigen, während die preußische Armee ihre Kräfte nach den Niederlanden hin richten sollte.

Da trat nun aber die große politische Frage, welche für Preußen und das Reich die wichtigste war, in volle Evidenz.

Indem man sich zu einer Cooperation mit der englischen Armee verbindlich machte, disponirte man über den größten Theil der Truppen, die an dem Rhein standen, und auf deren dortiger Anwesenheit die Vertheidigung des Reiches beruhte, das ohne sie der Uebermacht der Franzosen zur Beute werden mußte. Das lag nun aber wieder nicht in dem preußischen Interesse; unmöglich konnte man die Fürsten, mit denen man so enge verbunden war, dem Verderben Preis geben. Man hätte eigentlich zweier Armeen bedurft: der einen, um den Engländern zu Hülfe zu kommen, der andern, um das Reich zu vertheidigen. Daß dieses auf sich selbst angewiesen und von den preußischen Truppen verlassen werden sollte, erschien als die verderblichste Maßregel, welche man schlechterdings vermeiden müsse. So dachten die deutschen Bevölkerungen an den Ufern des Rheines und die Staatsmänner, welche die Verbindung mit ihnen aufrecht erhielten. Hardenberg gab dieser Anschauung den

beredtesten Ausdruck. Unter den preußischen Staatsmännern war er durch seine Stellung in Ansbach, besonders in Frankfurt der geworden, der sie am meisten zu vertreten berufen war und sie vertrat. Noch vor seiner Ankunft im Haag zu Utrecht, empfing Haugwitz eine Depesche von Hardenberg, in der ihm dieser das unberechenbare Unglück vorstellte, welches der Rückzug der preußischen Truppen aus ihren Standquartieren herbeiführen würde: denn auf das erste Gerücht von diesem Vorhaben sei eine Regung in der französischen Armee bemerkbar geworden: sie gedenke Mannheim zu besetzen [1]).

Indessen hatte auch der König ähnliche Zuschriften erhalten. Er wurde an die Verdienste erinnert, die er sich im letzten Jahre um das Reich erworben habe, als dessen Retter er betrachtet werden müsse. Schon am 26. März ließ er Haugwitz durch Oberst Manstein auf diese Lage aufmerksam machen, so daß der Minister, von verschiedenen Seiten her dazu aufgefordert, es wagen konnte, gleich nach seiner Ankunft im Haag (31. März) die Weisung an die Befehlshaber der Armee zu erlassen, fürs Erste in ihren Standquartieren zu verbleiben. Mit der Absicht, in welcher der Vertrag ursprünglich gedacht und entworfen worden war, stand dies doch in der That nicht in Einklang; das Verhalten des Grafen Haugwitz ist nicht frei von Zweideutigkeit. Man kann den Grundfehler der ganzen Verhandlung darin sehen, daß die leitenden Gedanken nicht mit voller Präcision gefaßt und festgesetzt wurden. Haugwitz nahm die Stipulationen des Vertrages an in der Besorgniß, daß eine Veränderung derselben in England

1) „Die Folgen werden die allerschrecklichsten sein, wenn der Königliche Entschluß, die Truppen hier wegzuziehen, ausgeführt würde. Nicht nur die ganze Rheingegend, das mit so vielem Blut und Geld theuer erkaufte Mainz, die für ganz Deutschland wichtige, wohlhabende und dem König ergebene Stadt Frankfurt, sondern auch den weiter zurückliegenden Staaten und darunter die schönen und treuen fränkischen Fürstenthümer würden den Verheerungen eines wüthenden Feindes blosgestellt sein.“ Schreiben Hardenbergs an Haugwitz vom 27. März 1794.

verworfen werden würde; er überredete sich, daß sie mit der deutschen Kriegführung doch noch vereinbar bleiben würden.

Sie waren nicht dazu angethan, alle Bedenklichkeiten zu beseitigen. Auch die Armee hatte für die Auffassung Hardenbergs Partei ergriffen: sie meinte, dazu bestimmt zu sein, das westliche Deutschland vor den Franzosen zu schützen. Der Oberbefehlshaber der preußischen Rheinarmee Feldmarschall Moellendorf und seine Umgebung theilten diese Ansichten.

Moellendorf führte aus [1]), daß der Feind, der durch die letzten Bewegungen der preußischen Truppen zurückgewiesen sei, nunmehr gleichwohl die Absicht verrathe, bei dem Abmarsche derselben den Rhein zu überschreiten: dann würde auch Frankfurt in Feindes Hand gerathen und dieser durch seine Erpressungen einen Zuwachs an Kräften für mehr als einen Feldzug davon tragen. Er brachte ferner in Erinnerung, daß eben am Rheine der Punkt sei, den die Armee behaupten müsse, wenn der Ausschlag des Feldzugs nicht aufs Spiel gesetzt werden soll; sollte die Armee nach Cöln oder gar nach Brabant gezogen werden, so würde weder Mannheim, noch Trier, noch Coblenz behauptet werden können. Die österreichische Armee sei viel zu schwach dazu; man gönne aber den Preußen die Ehre nicht, sich jenseit des Rheines zu behaupten. Die preußische Heeresmacht selbst werde durch vieles Hin- und Herziehen Gefahr laufen, geschlagen zu werden. Er bat auf das Dringendste, die Truppen an ihrer Stelle zu lassen, wo sie für das Ganze wesentliche Dienste leisten können. Wäre die Armee bei Cöln, und der Feind dränge dann an den Mittelrhein vor, so würde man unfähig werden, demselben die von ihm erlangten Vortheile wieder abzugewinnen. Der König würde dann alle Consideration im Reiche verlieren und den Haß desselben auf sich laden; alle bisherigen Aufopferungen würden vergessen sein. Wahrscheinlich sei das der Zweck des Wiener Kabinets, dem die Preußen ebenso ver-

1) Schreiben Moellendorfs an Haugwitz vom 27. März und 4. April 1794.

haßt seien wie die Franzosen, während man in der österreichischen Armee eher ein Verständniß wünsche[1]).

Der Feldmarschall, der am Rheine commandirte, und der Kabinetsminister, der die Verhältnisse zu Holland und England im Auge hatte, geriethen in offenbaren Zwiespalt. Moellendorf war überhaupt gegen eine Uebereinkunft mit England. Unerläßlich sei es allerdings, daß der König nicht auf Kosten seines Landes bei dem Kriege mitwirke; aber um dieser Mitwirkung willen dürfe der König nicht etwa ein Söldling von England werden; Moellendorf bittet um Verzeihung wegen des Ausdrucks. Sollten die Subsidien verweigert werden, so wäre es besser, die Armee zurückzuziehen, als sie zugleich mit dem Reiche zu Grunde gehen zu lassen. Moellendorf sprach seine Genugthuung darüber aus, daß Haugwitz eine militärische Uebereinkunft in Aussicht stellte; er meinte, ein vertrauter Offizier sollte dazu nach London abgeschickt werden. Seine Ansicht war und blieb, daß die Vertheidigung des Reiches der erste Zweck des bevorstehenden Feldzuges sei, und daß zu Gunsten der englischen und österreichischen Armee nur eine Diversion übernommen werden könne: für beide Absichten sei seine Postirung geeignet.

Man erkennt die einander entgegenstrebenden Direktionen: die Seemächte verlangten eine Verwendung der preußischen Truppen, wie ihr besondres Interesse es mit sich bringe, sie waren damals in der Offensive begriffen; die Führer der Armee behielten mehr die Defensive und das Verhältniß Preußens zu Deutschland im Auge. Nach der Ansicht des Feldmarschalls war dies zugleich das Interesse der großen Sache. Nach Abschluß der Convention erhielt er von Haugwitz die Weisung, sich in seinen bisherigen Positionen zu halten. Von jener militärischen Uebereinkunft war nur ziemlich unbestimmt die Rede. Haugwitz war wie zwischen zwei Feuern. Seine Stellung

1) „Der Wiener Hof würde den ganzen Haß auf uns wälzen; und er scheint diesem Zweck um so ergebener zu sein, je mehr er uns den Vorzug mißgönnt, welchen sich unsere Armee dadurch, daß sie sich allein diesseits des Rheins behauptete, vor der seinigen erworben hat." Brief Moellendorfs an Haugwitz vom 27. März 1794.

ist insofern unfest und schwankend, als er in dem Traktat den Engländern nachgiebt und dann doch die Ansichten der preußischen Staatsmänner und des Feldmarschalls billigt: große politische Voraussicht verräth er überhaupt nicht. Seinen Collegen in dem Staatsministerium, die einige Einwendungen gegen den Vertrag machten, bemerkte er, der Verbindung mit Oesterreich, welches sich selbst derselben durch Verweigerung der Subsidien entzogen habe, sei die Verbindung mit den Seemächten vorzuziehen; in derselben lasse sich auch eher auf Frieden hoffen: denn Oesterreich habe Indemnitäten, die niemals gewährt werden würden, in Aussicht genommen; England dagegen, jetzt im Besitz von Martinique, sei zum Frieden geneigt, worin auch das Interesse von Preußen liege. Wie wenig entsprach doch diese Ansicht der wirklichen Lage der Dinge! Der Krieg zwischen Frankreich und England sollte nur mit einer kurzen Unterbrechung noch länger als zwei Jahrzehnte währen. In Bezug auf die Seemächte faßte Haugwitz den Haager Vertrag so auf, daß die preußische Armee ihre Positionen am Rheine behaupten, dabei aber nach ihrer rechten Seite, dem Niederrheine hin, operiren sollte [1].

In derselben Richtung bewegten sich die Gedanken des Königs. Gleich bei den ersten Berathungen über den Vertrag mit den Seemächten hatte er den Wunsch ausgesprochen, daß in der Art und Weise der Aktivität der Armee keine Veränderung stattfinden dürfe; er würde nie eingewilligt haben, seine Truppen in englischen Sold zu überlassen: das könne ein Kurfürst von Hessen thun, ein Herzog von Braunschweig, aber einem König von Preußen würde es Schande machen; auch die Liebe zu seinen Unterthanen verbiete ihm das [2]. Aber zugleich täuschte er sich doch nicht

1) Il faudra à mon avis nécessairement que notre armée commence ses opérations de la position où elle se trouve maintenant, et agisse ensuite vers la droite, suivant que les événements militaires y donneront lieu. Brief an das Ministerium d. d. 3. Mai 1794.

2) Il est contraire à la considération de cet État, et à l'amour que je porte à mes sujets, de les vendre à d'autres puissances, passe pour un Landgrave de Hesse ou un Duc de Brunswick, mais ce serait honteux au roi de Prusse. Eigenhändiges Schreiben des Königs.

darüber, daß die Engländer die Cooperation des preußischen Heeres mit dem der Seemächte fordern würden: er gab im Voraus nach, daß man sich dieser Forderung werde fügen müssen.

Ob das nun möglich sei, darin lag grade die große Frage. Preußen war nicht stark genug und wurde es auch durch die Subsidien nicht, um zugleich den Mittelrhein zu vertheidigen und in den Niederlanden einzugreifen; es war mit Oesterreich entzweit und mit England doch nicht völlig einverstanden.

Im dem Augenblicke trat in dem Verhältniß zu Polen und zu Rußland eine Wendung ein, die es nothwendig machte, auch in Polen mit selbständiger Macht zu erscheinen. Friedrich Wilhelm II. mußte jene Idee, als ein Vorkämpfer germanischer Freiheit gegen die französische Invasion nochmals im Feld zu erscheinen, fallen lassen und sich in Person nach Polen begeben. War er aber stark genug, allen diesen Obliegenheiten zu genügen? Der beginnenden Insurrektion in Polen Widerstand zu leisten, nicht einmal im vollen Einverständniß mit Rußland; die Franzosen vom Mittelrhein abzuwehren, keineswegs im Einverständniß weder mit Oesterreich noch mit den deutschen Fürsten; endlich mit England zusammenzuwirken und die Niederlande und Holland vor der Eroberung der Franzosen zu schützen? Seine Politik ist nicht ohne große Impulse und gute Beweggründe an jeder Stelle; aber es fehlte ihr an der Einheit des Alles beherrschenden Gedankens, die unter seinem Vorgänger die Kräfte des Staates gebildet hatte.

Fünftes Capitel.

Reichsconclusum. Zusammenkunft in Kirchheim-Bolanden.

Inmitten der in ihren Richtungen divergirenden Potenzen suchte Preußen, ungeachtet jener raschen Erklärung des Königs, seiner Stellung zum Reiche sicher zu werden. In der Reichsversammlung zu Regensburg fand der ursprüngliche Gedanke, daß das Reich die Verpflegung der preußischen Truppen übernehmen solle, weniger Widerspruch, als man hätte erwarten sollen. Pfalz-Baiern war dafür, Oesterreich selbst sprach sich eher günstig aus. Den größten Eindruck hatte doch die Erklärung des Königs, daß er seine Truppen zurückziehen werde, selbst hervorgebracht. Denn davon war Jedermann durchdrungen, daß das Reich, wenn es auch nach den Anträgen Oesterreichs zur Aufstellung eines Reichsheeres schreite, dadurch nicht in den Stand komme, den andringenden Franzosen Widerstand zu leisten. Man war überzeugt, daß man ohne die schützende Anwesenheit eines besonderen preußischen Heeres verloren sei. Da es nun aber einleuchtete, daß die wirkliche Verpflegung die größten Schwierigkeiten finden würde, so faßte man den Gedanken, den Beitrag des Reiches in regelmäßige Subsidien zu verwandeln; nicht zwar für die ganze Armee, aber für einen Theil derselben, der zugleich dem Reiche zu dienen verpflichtet sein würde. Mainz und Cöln vereinigten sich mit andern fürstlichen und kurfürstlichen Gesandten dahin, sich bei ihren Höfen die Ermächtigung zu dem Antrag zu erbitten, daß der König aufgefordert werden sollte, außer seinem Kontingente dem Reiche ein Hülfscorps von 20000

Mann gegen Subsidien zu stellen. Ein Antrag, durch welchen das Interesse des Reiches als eines Ganzen mit dem besonderen Interesse Preußens und seiner überwiegenden Macht ausgeglichen sein würde. Hardenberg war sehr einverstanden mit diesem Antrag, und zweifelte nicht, daß er durchgehen würde. In seinem ersten Schreiben zählt er die Stände auf, die vorläufig dafür gewonnen seien: Holstein-Gottorp, Baden, Oldenburg, Lübeck, Worms, Augsburg, Speier, die Grafen in Franken, Wetterau, vielleicht auch Freisingen, Regensburg, Berchtesgaden; in einem folgenden versichert er mit Bestimmtheit, daß die Mehrheit der Reichsstände den Antrag annehmen werde. Man bemerkte wohl, daß die Verpflichtungen, die man in dem Haager Vertrag eingegangen, einige Schwierigkeit bei dieser Verhandlung hervorbringen würden: denn bei dem Abschluß desselben war das Verhältniß zum Reich nicht eigentlich in Betracht gezogen worden. Hardenberg verfiel auf die Auskunft, daß die Subsidien bei dem Reich zur Besetzung einiger französischer Grenzfestungen gefordert werden sollten, wobei der Haager Vertrag intact bleibe, und der König nur versprechen solle, die deutschen Grenzen in seinen Schutz zu nehmen.

Schon war nun aber auch die Aufstellung eines Reichsheeres in ernstliche Berathung gezogen worden, nach den Vorschlägen von Oesterreich, das dabei neuen Gesichtspunkten Raum gab. Indem der kaiserliche Hof dazu schritt, ein Reichsheer unter dem Herzog von Sachsen-Teschen ins Feld zu bringen, suchte er zugleich die reichsoberhauptliche Autorität zu verstärken, und zwar sollte das durch die Verbesserung der alten Reichsexecutionsordnung geschehen. Der kaiserliche Bevollmächtigte Hügel brachte in Erinnerung, daß Jedermann das Unzureichende der im Jahre 1555 abgefaßten Reichsexecutionsordnung kenne; aber noch immer habe man sie nicht verbessern wollen; man habe dem Kaiser weder eine Gewaltserweiterung für immer, noch eine verstärkte provisorische Befugniß bewilligt; als Erzherzog trage der Kaiser auf die Abänderung der Reichsverfassung an, um die Ehre, Würde und

Souveränetät des deutschen Vaterlandes aufrecht zu erhalten. Der Reichstag möge beschließen, daß die kaiserliche Generalität gegen säumige Reichsstände im Wege der Execution verfahren könne; daß solche Mitglieder des Reichsverbandes nöthigenfalls verhaftet, und zum Ersatz der durch ihre Unthätigkeit entstehenden Kosten angehalten werden sollten. Wenn Oesterreich im Allgemeinen beistimmt, daß Subsidien für ein preußisches Hülfscorps bewilligt werden, so behält es sich doch vor, da es bereits das Vierfache leiste, von jedem Beitrage dazu befreit zu bleiben.

Wollte man das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen, die beide bisher den Krieg mit eigener Anstrengung geführt hatten und nun auf die Theilnahme des Reiches recurrirten, im Allgemeinen bezeichnen, so lag es darin, daß Oesterreich die reichsoberhauptlichen Gerechtsame zu erweitern suchte, und zwar durch Reichsgesetze, welche dem Kaiser eine Autorität zurückgegeben hätten, die sehr umfassend werden konnte, die sich nun aber mit der einmal eingelebten Selbständigkeit der Reichsstände schwerlich vereinbaren ließ. Dagegen dachte Preußen, in seiner eigenthümlichen landesherrschaftlichen Stellung beharrend, mit den Reichsständen mehr in das Verhältniß eines Verbündeten, durch den sie geschützt werden sollten, zu treten. Kaiser Franz wollte seine eigenthümliche Stellung in Europa entwickeln und zugleich als Reichsoberhaupt in Deutschland fungiren. Der König von Preußen bestand auf seiner Machtstellung überhaupt und wollte die Kreise zur Unterstützung und zum Schutze des Reichs gegen Frankreich heranziehen mit Wahrung ihrer Selbständigkeit. Man kann abstrahiren von den Velleitäten der Persönlichkeiten: der Gegensatz war bei der Lage der Dinge unvermeidlich. Die Tendenz von Oesterreich ging auf eine Herstellung der beinahe abgekommenen oberherrlichen Rechte des Kaiserthums; Preußen nahm eher ein Bundesverhältniß unter seinem überwiegenden Einfluß in Aussicht.

Sehr merkwürdig ist nun das Reichsconclusum, das unter den entgegengesetzten Einwirkungen dieser Tendenzen am 12. Mai zu Stande kam. Darin erkennen die Reichsstände vor Allem die

bisherigen Anstrengungen des Kaisers mit ehrerbietigem Danke an; sie sprechen die Erwartung aus, daß alle Stände ihre Pflicht bei dem gefährlichen Kriege erfüllen werden: eine durchgreifende Veränderung der Executionsordnung aber, wie sie in dem österreichischen Antrage lag, lehnen sie ab. Das Aufgebot, welches dem kaiserlichen Dekrete sogar noch vorangegangen, wird zwar höchlich gebilligt, aber nicht unter die kaiserliche Generalität gestellt, sondern auf die einzelnen Fürsten und Kreise selbst vertheilt, die unter einander in Verbindung treten könnten. Das Wichtigste ist der dritte Punkt des Conclusums, in welchem es heißt: bei der gefährlichen Lage der Dinge sei es erwünscht, der verfassungsmäßigen Reichsarmee eine größere Stärke zu verschaffen. Dies geschehe am leichtesten und vortheilhaftesten, wenn von den schon an Ort und Stelle vorhandenen preußischen Truppen ein Corps gegen Geldsubsidien übernommen werde, vorbehaltlich kaiserlicher Genehmigung. Nicht ganz einmüthig wurde dieser Punkt im Kurfürstencollegium angenommen. Hannover, von dem man es bei der erfolgten Annäherung zwischen England und Preußen am wenigsten erwartet hätte, legte Verwahrung dagegen ein, und ihm traten einige dissentirende Stimmen im Fürstenrath bei: Bamberg, Salzburg, Würzburg, Würtemberg. Die Minderheit, die sich dadurch bildete, war jedoch nicht bedeutend genug, eine Rückwirkung auszuüben. Die Städte schlossen sich dem Antrag an, nicht ohne die Beibringung des Verlorenen, worunter zwei Reichsstände seien, zu betonen, und diesem Zusatz gab der preußische Gesandte Goertz seinen vollen Beifall. Wenn Hardenberg die Belagerung französischer Grenzfestungen als nächsten Zweck hatte bezeichnen wollen, so verwarf dies Goertz, weil darunter auch solche begriffen werden könnten, auf die Oesterreich Anspruch machte; er erklärte sich für Wiederherbeibringung der Avulsa Imperii, die seit dem westfälischen Frieden entfremdet seien.

Bei jedem Schritt, bei jedem Wort, möchte man sagen, zeigt sich die Eifersucht der beiden Mächte. In die Augen springt, daß Preußen jetzt am Reichstage die Oberhand über Oesterreich hatte.

Der Grund davon liegt vor Allem darin, daß die kaiserlichen Anträge eine Erweiterung der reichsoberhauptlichen Macht, von der ein Jeder stets empfindlich betroffen werden konnte, in Aussicht stellten, aber dabei doch keine Sicherheit verhießen. Dagegen schonte Preußen die Gefühle der reichsständischen Unabhängigkeit und ließ die Vertheidigung der Reichsgrenzen erwarten. Ein diametraler Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen über die Reichsvertheidigung liegt auch hiebei nicht vor; denn auf jeden Fall sollte das Reichsheer zu Stande gebracht werden, nur nicht mit der Erweiterung der kaiserlichen Autorität, für welche, wenn sie hätte gewährt werden sollen, eine andere Politik nothwendig gewesen wäre. Aber zugleich sollte die Armee des preußischen Staates als solche doch in die Pflicht des Reiches genommen werden, in Folge der zu seinen Gunsten zu machenden Bewilligungen, und gleichsam als ein zweites Reichsheer erscheinen. Darin lag faktisch insofern nichts Neues, als die Armee nur eben die Stellung zu behaupten hatte, welche sie bereits einnahm. Zugleich als europäischer Fürst und mächtigster Reichsstand gewann Friedrich Wilhelm II. eine großartige Position, wenn er das Eine mit dem Andren, den Haager Vertrag und das Reichsconclusum zu vereinigen vermochte. In dieser Verbindung lag die große Aufgabe; aber vom ersten Augenblick an zeigte sich auch eine beinahe unüberwindliche Schwierigkeit. Der Fehler lag darin, daß der König, verstimmt durch die schlechte Aufnahme, welche sein Vorschlag bei den Reichsständen gefunden, die Entfernung der Truppen vom Mittelrhein und ihre Verwendung am Niederrhein auf das Raschest bewilligt hatte; und nun doch, durch die schlimmen Folgen, die sie für das Reich gehabt haben würden, erschreckt, davon zurücktrat, wodurch nun aber auch die Engländer veranlaßt wurden, ihre Leistungen zu verzögern.

Gleich bei der Zusammenkunft, die in den ersten Wochen des Juni zwischen Malmesbury und Haugwitz zur Verabredung der militärischen sowohl wie der pekuniären Ausführung des Traktats gehalten wurde, trat die Differenz hervor. Mit Ungeduld

drang Haugwitz auf die Zahlung der englischen Subsidien, welche noch immer verzögert wurde, obwohl ohne dieselbe die preußische Armee ihre Standquartiere nicht verlassen könnte; aus dem preußischen Staatsschatze, sagte er, könne nicht Ein Thaler dafür aufgewendet werden. Die vornehmste Meinungsverschiedenheit aber betraf die Verwendung der preußischen Armee. Preußischerseits ließ man den Wunsch durchblicken, daß dieselbe am Rhein stehen bleiben möchte. Malmesbury forderte mit vieler Bestimmtheit ihre Aufstellung zwischen Maas und See. Der Prinz von Oranien, der persönlich an der Conferenz Theil nehmen sollte, schickte ein Gutachten ein, in welchem er sich für das Verbleiben der Preußen am Rhein aussprach. Der englische General Cornwallis, hingegen, der am 9. Juni eintraf, schloß sich der Ansicht Malmesburys an, der auch der holländische Bevollmächtigte Kinkel beitrat. In den Conferenzen drang die Ueberzeugung durch, daß der Marsch der Preußen nach den Niederlanden keine Schwierigkeit haben werde. Nach den mündlichen Aeußerungen des Grafen Haugwitz gab er nur eine Bewegung der preußischen Truppen nach Cöln und der Maas hin zu; auf die Anmuthung Malmesbury's, daß die Preußen nach Namur und Luxemburg heranrücken sollten, ging er nicht ein, weil sie nur auf den Vortheil von Oesterreich ziele. Die Engländer hatten gemeint, da sich zwischen Oesterreich und Preußen kein Einverständniß erreichen lasse, die beiden Mächte so zu lenken, daß sie doch zu dem ihnen erwünschten Zweck zusammenwirken sollten. Aber wie an dem Reichstag, so in dem Felde trat dieser Gegensatz jeden Augenblick hervor. Wir berührten schon, wie stark Moellendorf denselben betonte; er meinte in den Anträgen der Engländer den gehässigen Einfluß Oesterreichs zu bemerken. Die Mittheilungen, die er von Haugwitz empfing, der ihm von Maestricht kommend einen Besuch machte, konnten seine Meinung nicht ändern. Haugwitz versicherte ihn, daß er den König zu Nichts verpflichtet habe, was seine Convenienz und die Kriegsraison nicht gestatte. Wie aber die Verpflichtungen, die er wirklich eingegangen war, mit dem großen In-

teresse des Reiches in Einklang zu bringen seien, darüber gab er keine weitere Auskunft. Alles blieb von einer neuen Zusammenkunft der beiden Engländer Malmesbury und Cornwallis mit Moellendorf abhängig, die denn auch am 20. Juni zu Kirchheim-Bolanden stattfand.

Haugwitz hatte an Moellendorf geschrieben, die großen Generale würden sich über die militärischen Operationen bald verständigen. Darauf kam es nun eben an. Cornwallis entwickelte bei der Zusammenkunft: der Feldzugsplan, über den man übereingekommen, gehe dahin, daß man sich an dem Rheine defensiv verhalten, dagegen in den Niederlanden zu einer kräftigen Offensive schreiten wolle; die Defensive sei am Rheine dem Herzog von Sachsen-Teschen anvertraut; die preußische Armee dagegen zur Cooperation in den Niederlanden bestimmt; er sprach sogar von ihrer Theilnahme am Feldzuge in Flandern als einer Sache, über die man sich vereinigt habe, und die keiner weiteren Erörterung bedürfe. Moellendorf war ganz anderer Meinung. In einer besonderen Denkschrift stellte er vor, daß es unumgänglich nothwendig sei, eine Armee zwischen Rhein, Saar und Mosel zu behalten; denn der Verlust dieser Landstriche würde nicht allein den Ruin eines großen Theiles deutscher Gebiete herbeiführen, sondern auch alle die Siege, die man vielleicht in Flandern erfechte, null und nichtig machen. Er brachte weiter in Erinnerung, daß für einen Marsch der Preußen nach den entfernten niederländischen Provinzen nichts vorbereitet sei, kein Magazin, kein Hospital; man würde sich dabei der größten Gefahr aussetzen. Für bei weitem vortheilhafter erklärte er ein Unternehmen nach Elsaß und Lothringen, welches sich wohl ausführen lasse und die beste Diversion bilden werde [1]).

1) Diese Denkschrift wurde Hardenberg in Offenbach mitgetheilt; sie liegt in einer Handschrift vor, welche den Schriftzügen Alexander von Humboldt's sehr ähnlich aussieht und von der Hand eines Archivars mit diesem Namen bezeichnet worden ist. Der Fall scheint ähnlich gewesen zu sein, wie einmal bei Goethe. Humboldt wird sich in dem dringenden Moment der Abschrift eines fremden Memoires von Bedeutung unterzogen haben.

Es waren doch auch hier wieder die Interessen von Oesterreich und Preußen, die einander entgegen traten. Der Feldzugsplan, welchen Cornwallis vertrat, war von dem österreichischen General Mack entworfen: dem aber lag Alles an der Behauptung und Erweiterung der österreichischen Eroberungen auf französischem Gebiete; Moellendorf hatte dagegen sein Augenmerk lediglich auf das Reich und dessen Vertheidigung gerichtet. Nun aber hatte der König Subsidien von England genommen und eine Cooperation in den Niederlanden versprochen. Alle Argumente Moellendorfs wurden von den Engländern bei Seite gesetzt; sie bestanden einfach auf der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen; nur waren diese nicht auf eine Weise bestimmt, daß jeder Widerspruch unmöglich gewesen wäre. Moellendorf wich nicht von seinem Standpunkte; die Engländer behaupteten den ihren: es folgte, daß man die Entscheidung des Königs selbst anrief. Die Differenz kann nicht als eine persönliche betrachtet werden: bei den vorangegangenen doppelseitigen Verhandlungen war sie unvermeidlich. Die Allianz mit England beruhte auf den Ideen der europäischen Coalition; dagegen legte das Verhältniß zum Reich gleichsam die Pflicht auf, die Rheinlande mit bewaffneter Macht zu behaupten. Die Gesichtspunkte waren unversöhnlich. Moellendorf erklärte, er werde lieber seinen Abschied fordern, als eine seinen Ueberzeugungen widersprechende Bewegung der Truppen antreten; Malmesbury ließ vernehmen, eine seiner Ansicht entgegenlaufende Entscheidung des Königs werde die Suspendirung der Subsidienzahlung zur Folge haben.

In dieser Verwicklung der Dinge ist es gewesen, daß Hardenberg, dessen Thätigkeit bisher nur für die deutschen Angelegenheiten, Kreisversammlungen und Reichstage in Anspruch genommen war, auch in die großen, zwischen den europäischen Mächten schwebenden Verhandlungen gezogen wurde. Er hatte nach Ansbach zurückzugehen gedacht, allein andere Beschäftigungen, namentlich auch ein Auftrag des Königs, ihm über Geldentsendungen, die von Paris nach Polen gegangen sein sollten, Aufklärung in Frank=

furt zu verschaffen, hatten ihn zurückgehalten. Er überzeugte sich dabei, daß es mit jenen Geldsendungen nichts sei: denn der Convent besitze nur Soldaten und Assignaten; pekuniäre Unterstützung zu leisten, sei er außer Stande. Was ihn weiter zurückhielt, war der Wunsch, die Folgen des Maestrichter Convents abzuwarten und kennen zu lernen. Er wurde von Moellendorf und dem anwesenden preußischen Minister Schulenburg ersucht, an der Conferenz zu Kirchheim-Bolanden Theil zu nehmen. Er bemerkte, daß er, in die politischen Verhältnisse nicht eingeweiht, der militärischen Angelegenheiten vollkommen unkundig, an den Verhandlungen keinen selbständigen Antheil nehmen könne. Ueber die Verhandlungen, an denen er denn doch Theil nahm, hat er an Haugwitz ein Schreiben gerichtet, das wir nicht übergehen dürfen, da es zugleich das persönliche Verhältniß der beiden Staatsmänner bezeichnet, und die Lage der Sache erläutert. „Ich entzog mich", so schreibt er am 21. Juni, „diesem Antrag um desto „weniger, da ich meinestheils glaubte, durch Conciliation in der „Sache selbst einigen Nutzen schaffen zu können; anderentheils „aber mir sagte, daß es Ihnen, bester Freund, angenehm sein „würde, durch mich von dieser Conferenz genau benachrichtigt zu „werden." Er stand damals in einem unerwartet innigen Verhältniß zu Haugwitz. Er schreibt, in dem Styl der damaligen Epoche: „Mein ganz für Freundschaft geschaffenes Herz fühlt „den Werth, in Ihnen einen Mann gefunden zu haben, mit dem „es sich ganz versteht." Von der bisherigen Haltung Hardenbergs hätte man erwarten können, daß er sich den auf Vertheidigung des Rheinlandes gerichteten Ansichten des Feldmarschalls unbedingt anschließen würde. Er theilte die Meinung desselben über die Gefahren, welche ein Abzug des Heeres herbeiführen würde; namentlich würde es kaum möglich sein, alsdann Mainz gegen die Franzosen zu behaupten. Aber er nahm doch auch Rücksicht auf die Stipulationen des Haager Vertrags, da es besonders die Sache von Holland war, welche die Anwesenden beschäftigte. Die Engländer und der holländische Admiral Kinkel forderten den Marsch der

preußischen Armee nach den Niederlanden, weil sonst Holland Gefahr laufe und mit diesem Lande ganz Europa, selbst der preußische Staat. Moellendorf führte aus, daß es für Holland ebenso gefährlich sein würde, wenn der Feind Mainz und Coblenz besetze und dann den Rhein hinunter auf Maestricht gehe. Es konnte, wie gesagt, zu keiner Verständigung kommen. Hardenberg berichtet, Malmesbury habe versichert: es sei nie von etwas anderem die Rede gewesen, als von Operationen in den Niederlanden, und noch zuletzt in Maestricht habe Haugwitz bestimmt erklärt, daß dieselben keinem Zweifel unterworfen sein könnten. „Hierüber äußerte sich," fährt Hardenberg fort, „der Feldmarschall sehr empfindlich und versicherte, Sie hätten ihn gar nicht davon unterrichtet; vielmehr habe er geglaubt, daß von einem Marsche nach den Niederlanden nicht mehr die Rede sein könne und demnach sei Alles, was die Operationen der Armee, Magazine, Hospitäler u. s. w. betreffe, eingerichtet. Ich sage Ihnen dieses alles ganz gerade heraus, bester Freund, und halte das für meine Pflicht, damit Sie die ganze Lage genau beurtheilen mögen. Wenn Sie den Marsch nach den Niederlanden noch für nothwendig oder nach dem Traktat für unumgänglich hielten, so hätte ich, aufrichtig gesagt, eher gewünscht, Sie hätten sich darüber freimüthig gegen den Feldmarschall geäußert." Hardenbergs Meinung ist, daß eine solche Bewegung, wenn irgend möglich, noch erfolgen müsse. „Der Traktat ist da", schreibt er, „die Gefahr dort gewiß am größten; wird Holland erobert, so ist Alles verloren". Aber er verbirgt sich doch auch nicht die Gefahr, welche ein Einbruch der Franzosen in den Rheinlanden haben würde. Der Gedanke drängt sich ihm auf, daß es am besten sei, Frieden zu schließen, zumal, da man annehme, daß Oesterreich denselben suche. Er erwähnt hiebei das Gerücht, daß Oesterreich, um andere Pläne auszuführen, die Niederlande zu verlassen die Absicht habe.

Sechstes Capitel.

Waffenentscheidung in Flandern.

In dieser Zeit war das maritime Uebergewicht Englands über Frankreich bereits entschieden. In dem Canal waren die beiden Flotten zusammengetroffen, von deren Bemannung die eine unter den revolutionären Stürmen zusammengerafft und in See geschickt worden war, die andere aus eingeübten, seegewohnten Truppen bestand. An Zahl der Schiffe waren sie einander nicht ungleich, aber der britische Admiral hatte den Vortheil, den Mustern und der Taktik seiner Vorgänger im Dienste folgen zu können. Die Engländer erfochten am 1. Juni 1794 einen vollständigen Sieg. Es war ein Sieg, der die Population von England elektrisirte und alle die Entwürfe der Seeherrschaft, mit denen sie sich trug, belebte; aber auch auf den continentalen Krieg wirkte er zurück.

Von den belgischen Niederlanden aus dachten die Engländer mit Oesterreich verbündet noch einmal in Frankreich vorzudringen. Die Absicht war noch immer sehr umfassend und wurde es um so mehr, je gewaltsamer sich das Schreckenssystem entwickelte. Man hat wirklich die Absicht gefaßt, die Monarchie wiederherzustellen, weil dies die einzige für Frankreich passende Form der Regierung sei, bei der Europa bestehen könne; man schmeichelte sich, die Festungen einzunehmen, durch welche Frankreich in diesen Grenzen geschützt wurde und dann nach Paris vorzudringen[1]). Man meinte, für die Zukunft an den Grenzen eine

1) Vergl. das Memoire von Jarry bei Auckland, III., 86.

solche Stellung zu nehmen, durch welche man in den Stand komme, jeden Augenblick, wann es nöthig sei, in Frankreich einzudringen, um etwa entstehenden Unordnungen sogleich ein Ziel zu setzen. Nochmals kommt das Wort vor, man müsse Paris zerstören, wenn es sich widersetze.

Soweit nun gingen die zur Ausführung vorbereiteten Kriegsentwürfe wohl nicht; aber sehr weitaussehend waren sie doch. Auf der österreichischen Seite hoffte man solche Vortheile zu erlangen, daß die Franzosen sich genöthigt sehen würden, den Frieden zu suchen und mit Abtretungen zu erkaufen. Kaiser Franz hatte sich in Person zu der Armee begeben, welche für die Erweiterung der österreichischen Niederlande kämpfen sollte: er hielt Hof in Valenciennes. In seinem Rathe wurde die Meinung geäußert, man solle nur gerade auf die Franzosen losgehen, und etwa in der Ebene von Cambray mit ihnen schlagen. Die Diplomaten der verbündeten Höfe waren um den Kaiser versammelt. Die Engländer, durch Lord Yarmouth vertreten, schlossen sich dem Unternehmen des Kaisers mit vollem Eifer an. Die englische Nation hatte einen Begriff davon, wie viel ihr daran liege, keine feindliche Macht in den Besitz der gegenüberliegenden Küste kommen zu lassen. Die englischen Staatsmänner meinten, die Direktion der Kriegführung durch das Zusammenwirken eines englischen Ministers, der in Brüssel seinen Sitz haben sollte, mit den österreichischen Generalen in ihrer Hand zu behalten. Darauf war nun auch ihre Verhandlung mit Preußen berechnet: wäre der erste Entwurf einer Holland und England, Oesterreich und Preußen umfassenden Convention zur Ausführung gekommen, so würde sich das großartigste Schauspiel eröffnet haben. Auf der einen Seite waltete die Absicht vor, Monarchie und Religion, im Allgemeinen die durch die Revolution gestürzte alte Verfassung in Frankreich wiederherzustellen.

Gerade in diesem Moment aber nahm die revolutionäre Macht einen Aufschwung der Einheit und Energie, der ihr erst ihren vollständigen Charakter gab. Frankreich war nicht mehr das Land

von 1792. An theilweise Sympathien, wie sie Lafayette und Dumouriez für die Herstellung einer der alten analogen Regierung bewiesen hatten, war nicht mehr zu denken. Die Armee war von Grund aus umgebildet worden. Dem Aufgebot in Masse darf man diese Wirkung nicht zuschreiben: wo es in den Grenzprovinzen ernstlich versucht worden war, hatte es sich doch undienlich und unwirksam erwiesen. Die Idee war groß: sie schloß die Rettung der Nation in sich ein, aber auf eine ganz andere Weise mußte sie realisirt werden. Zwischen der Linie, die der alten Armee angehörte, und den Volontärs, welche eben erst im Felde erschienen, trat ein natürlicher Zwiespalt der Gesinnung und Haltung hervor. Der eigentliche Anfang einer Neugestaltung lag darin, daß man unter den Linientruppen, die noch ihren Offizieren folgten, welche doch nicht ohne royalistische Sympathien waren, den demokratischen Geist erweckte, durch den sie mit denselben in Gegensatz geriethen. Das vornehmste Mittel, das die im Lager anwesenden Commissare des Convents dazu ergriffen, bestand darin, daß sie die Journale extremer Richtung, besonders den Pere Duchesne, unter die Truppen vertheilten; auch in diesen erwachte nun die populäre Leidenschaft. Man sah sie in großen Gruppen der Verlesung der Journal-Artikel durch einen Cameraden beiwohnen, sie begleiteten dieselben mit ihren Bravos. Das Lager verwandelte sich in eine Art Volksversammlung, bei der nun der Einfluß der alten Offiziere aufhörte. Sie wurden als verdächtig betrachtet; der Convent drang darauf, alle geborenen Edelleute aus der Armee zu entfernen, was denn nach und nach zuerst in der Nordarmee, dann am Oberrhein geschah. Um die ausgestoßenen Officiere zu ersetzen, hatten die Commissare hier anfänglich das Vorrecht des Alters im Dienst ohne Rücksicht auf den Grad eingeführt, wodurch aber die unfähigsten Menschen zu bedeutenden Stellen gelangten, so daß die Commissare am Ende die Ernennungen selbst in die Hand nahmen: man weiß, daß die fähigsten Generale der Republik aus diesen Ernennungen hervorgegangen sind; denn nur eine ein-

leuchtende militärische Begabung und zugleich entschieden republikanische Gesinnung verschafften dabei den Vorzug. Das Dekret über die Erhebung der Nation in Masse erhielt zugleich damals eine Modifikation, durch welche eine durchgreifende Umbildung der Armee begründet wurde. Das Entscheidende lag in dem Zusatz, als dessen Urheber Danton zu betrachten ist, nach welchem zuerst die jüngste Altersklasse in der Stufe von 18—25 Jahren aufgeboten werden sollte.

Auch dabei zeigte sich sogleich eine große Schwierigkeit. Den Aufgebotenen war es überlassen, sich zu organisiren und Bataillone zu formiren. Das hatte aber zur Folge, daß sie eine zum Dienst untaugliche Masse bildeten. Man hat sie bei dem ersten Flintenschuß, der im Bivouak einschlug, die Flucht ergreifen sehen; sie klagten selbst, daß sie unfähig seien zu manövriren und Niemand unter sich hätten, der das verstehe. In den Commissaren entstand der Gedanke, da ohnehin die alten Regimenter der nöthigen Stärke entbehrten, die requirirten Mannschaften, die dabei zugleich den Dienst lernen würden, denselben zu incorporiren. Die Maßregel war am Oberrhein und in den Ardennen bereits ausgeführt worden, als sie durch den Convent am 22. November 1793 in Gesetzesform dekretirt wurde. Man nannte sie das Amalgam oder Embrigadement. Nicht ganz ohne Widerstand fügten sich die Aufgebotenen; aber ein neues Dekret vom 8. Januar 1794 gebot die unverzügliche Ausführung der Vereinigung. Sie wird als eine brüderliche bezeichnet; unter Hochrufen für Convent und Republik wurde sie vollzogen. Ein Bataillon der Linie, zwei Bataillone der Freiwilligen oder Aufgebotenen bildeten eine Halbbrigade. Nicht mit Unrecht ist Nachdruck darauf gelegt worden, daß auf diese Weise doch die alten Regimenter, an die sich der Ruhm der französischen Waffen knüpfte, fortdauerten. Aber freilich war die Zusammensetzung eine durchaus veränderte: sie verband die alte bewährte Ordnung mit dem revolutionären Enthusiasmus.

Welch ein Wagniß nun war es, wenn die Verbündeten eine

Invasion in das in neuen Formen, welche die ganze Nation umfaßten, gerüstete und erstarkte Land unternahmen. Oesterreicher und Engländer meinten, daß ihnen die Eroberung von Landrecies, das sie belagerten, eben so große Vortheile bringen könnte, wie einst Kaiser Karl V. Es war gleichsam noch das alte burgundische System, zu dem sich England und das Haus Oesterreich so oft vereinigt hatten, dessen Durchführung ihnen vorschwebte. Aber ihrer Aggression setzten die Franzosen eine Defensive entgegen, die der popularen Richtung ihrer Armee entsprach.

Nach der durch die Conventskommissare bewirkten Umbildung war an keine Selbständigkeit der Generale zu denken: alles hing von dem Wohlfahrtsausschuß ab, der, übrigens durch wilde Factionen zerrissen, doch in militärischer Hinsicht davon unberührt blieb. Robespierre, der das Scepter noch immer in seiner Hand hatte, nur mit den religiös-politischen Entwürfen und der Ausübung der Gewalt im Inneren beschäftigt, war zufrieden, die Armee gehorchen zu sehen; er überließ es Carnot, von seinem Kabinet her die Bewegungen derselben zu leiten. Dem hauptsächlich schreibt man die neue Methode der Strategie zu, welche den Bewegungen der Franzosen ein verändertes Gepräge gab. Vor Allem beruht sie darauf, daß man über zahlreichere Truppenmassen zu verfügen hatte; und dann mehr die geographisch-beherrschenden Gesichtspunkte ins Auge fassen konnte, um von allen Seiten angreifend den Feind zu verwirren. In den Niederlanden wurde ihre nunmehr sich entwickelnde Offensive dadurch erleichtert, daß die von Joseph II. im Vertrauen auf die unerschütterliche Allianz mit Frankreich abgebrochenen Festungen jetzt nur nothdürftig wiederhergestellt waren, und keinen ernstlichen Widerstand leisten konnten, sobald man des Feldes Meister geworden war. Unter diesen Umständen mußte der Krieg eine für die Verbündeten verderbliche Wendung nehmen.

Landrecies zwar wurde erobert, aber bei dem neuen Zusammentreffen in Westflandern, durch welches nach einem Mack-

schen Plane die Franzosen in die See geworfen werden sollten, behielten dieselben die Oberhand. Bei Tourcoing erlitt der Herzog von York am 18. Mai eine Niederlage, die mit großen Verlusten verbunden war. Thugut will die Ursache der Unfälle in persönlichen Mißverständnissen der Führer sehen; er ist immer ein Gegner von Coburg und Mack und beklagt, daß Franz II. irre geführt werde[1]); er meinte, aus den partiellen Verlusten werde ein unglückliches Resultat des gesammten Krieges entspringen.

Daß dies in Folge des Haager Vertrags hätte verhindert werden können und sollen, darf man doch nicht annehmen. Viel zu spät langten die Subsidien von England an, als daß die preußische Armee verstärkt und zu einer wirksamen Cooperation hätte herbeigezogen werden können[2]).

Nach der Auffassung der kriegskundigen Beobachter in Deutschland lag die Entscheidung darin, daß die Defensionslinie der Verbündeten, welche eine lange Kette von Postirungen von Nieuport bis Namur ausmachte, zu weitläufig war, um allenthalben vertheidigt werden zu können, namentlich da die Operationsarmee, die in der Offensive begriffen war, sich von derselben zu weit entfernte[3]). Die Verbündeten hatten darauf gerechnet, daß die Franzosen, für Paris fürchtend, sich ihnen entgegenstellen und zu einer großen Schlacht Anlaß bieten würden, bei welcher

1) Des intrigues, fondées uniquement sur l'intérêt personnel, si ce n'est pas même sur des vues plus coupables encore, fascinent les yeux de notre bon et jeune maître pour l'entraîner dans l'abîme. Schreiben Thuguts Valenciennes 19. Mai 1794 bei Vivenot. Vertraute Briefe I, S. 110.

2) Il est bien clair que l'armée du Roi n'aurait dans aucun cas et quelque sens qu'on veuille attribuer à la Convention de la Haye pu obvier à la situation dangereuse où se trouvent les affaires aux Pays-Bas, puisqu' à l'heure où il est encore le terme de la mobilité de nos troupes n'est pas encore arrivé. Dans ces circonstances l'impossibilité physique et l'inutilité de la marche de l'armée par le Luxembourg aux Pays-Bas est palpable. Haugwitz an Moellendorf 2. Juli 1794.

3) Ich benutze hierbei die Bemerkungen von Berenhorst, Kriegskunst S. 419, fg., der sich wiederum auf einen Aufsatz in dem Magazin der merkwürdigen Kriegsbegebenheiten stützt, den er mittheilt.

dann die deutsche Kavallerie den Sieg würde haben entscheiden können. In dem militärischen Comité des Wohlfahrtsausschusses aber faßte man den Plan, die Defensionslinie der Verbündeten auf beiden Flügeln anzugreifen, zuerst in Westflandern, was denn auf das Glücklichste gelang, und alsdann an der Sambre. Hier wurden alle Kräfte vereinigt. Man geräth auf den Gedanken, daß das nicht geschehen wäre, wenn Moellendorf seine Absicht, nach Lothringen vorzudringen, hätte ausführen können. Da er sich aber in der Defensive hielt, so konnte Jourdan mit der Rheinarmee, die nicht recht beschäftigt wurde, nach der Sambre herbeigezogen werden: durch das Uebergewicht, das er den Franzosen gab, wurde Alles entschieden.

Eben indem man in Kirchheim-Bolanden über den Antheil unterhandelte, welchen die preußische Armee an den Kämpfen in Flandern nehmen sollte, wurden diese entschieden. Gerade am 20. Juni, dem Tage der Zusammenkunft, war es, daß nach langen und blutigen Kämpfen, schon dreimal geschlagen, die französische Sambre- und Maas-Armee die Einschließung von Charleroi aufs Neue und diesmal ungestört vollzog. Dann kam es zur Schlacht von Fleurus am 26. Juni. Die Nachricht von der Einnahme von Charleroi bewog den Herzog von Coburg, den wenigstens noch nicht ganz entschiedenen Kampf abzubrechen und den Rückzug anzutreten [1]), fortwährend in Vertheidigung begriffen, aber doch alle Zeit bereit zurückzuweichen. Der auf Offensive berechnete Plan der Verbündeten gelangte nicht zu voller Ausführung; die Defensionslinie, auf die sie sich stützten, wurde überwältigt und durchbrochen. Der Sieg der Franzosen, zu welchem an den verschiedenen Stellen auch der demokratische Eifer der neu eingetretenen Truppen im Einzelnen beitrug, war in strategischer Beziehung ein vollständiger. Die Verbündeten wurden überall zurückgeworfen. Die demokratische Organisation der Armee, ihre Ueberzahl und die strategische Ueberlegenheit des allgemeinen Planes

1) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit III, 132.

unterstützten einander. Es waren nicht, wie man wohl Anfangs sagte, Barbarenhorden, die aus dem Innern hervordrangen, sondern es war eine demokratische Armee in einer der Lage der Angelegenheiten entsprechenden Organisation unter einer einheitlichen Leitung, gegen welche kein Widerstand möglich blieb, was die Ueberlegenheit der Franzosen entschied. Nun erst mit diesem einen Schlage verwandelte sich ihre bisher auf Vertheidigung berechnete Haltung in eine angreifende: sie erlangten das militärische Uebergewicht auf dem Continent.

In kurzer Zeit fielen Brügge und Mons in die Hände der Franzosen. Kaum war der Beschluß gefaßt, Belgien zu vertheidigen, so wurde er auch wieder aufgegeben; man ließ den Franzosen den Weg nach Brüssel offen. Der Kaiser selbst verließ Belgien.

Was zu dieser Wendung vornehmlich beitrug, war die Stimmung dieser Landschaften selbst. Es ist doch höchst auffallend, daß die hohe Geistlichkeit und Aristokratie in den österreichischen Niederlanden, namentlich in Brabant, wiewohl sie die starrsten Prinzipien des alten Systems vertrat, doch allen eigentlichen Antheil an dem Kriege verweigerte, der gegen die Negation derselben, die in Frankreich zur Herrschaft kam, geführt wurde. Die Stände von Brabant waren zu keiner außerordentlichen Beisteuer zum Kriege zu bewegen; sie lehnten ab, die aufgelaufenen Rückstände zu zahlen, selbst nur auf Abschlag. Mercy brachte ein Don gratuit von vier Millionen in Antrag; es ging aber wie früher: die beiden ersten Stände willigten ein, wahrscheinlich doch in der Erwartung, daß es vom dritten Stand verweigert werden würde, wie das denn auch mit sieben gegen zwei Stimmen erfolgte. Widersetzlichkeiten gegen die Maßregeln der Regierung waren an der Tagesordnung. Welchen Eindruck das alles machte, welche Folgen man erwartete, zeigt ein Wort des General-Reichscommissars O'Donnell: „Uebelgesinnte streuen aus, daß man die Niederlande verlassen wolle; Besserdenkende glauben, daß man sie verlassen müsse; allgemein aber ist die Ueberzeugung,

daß man sie verlassen werde"[1]). Daß hievon ernstlich die Rede gewesen ist, läßt sich nicht bezweifeln; es entsprach dem Gedanken der hohen Aristokratie in Oesterreich, welche, wie angedeutet, in die entfernten Händel nicht verwickelt sein wollte und vielmehr den Wunsch hatte, daß die österreichische Armee sich nach den Erblanden zurückziehen und sich mit der Vertheidigung derselben begnügen sollte. Darin aber hätte die Auflösung der noch obwaltenden politischen Verhältnisse, namentlich der Allianz mit England gelegen. So viel wir erfahren, war es der Mann, der in dem europäischen Interesse von Oesterreich von jeher lebte und seinen Beruf darin sah, es aufrecht zu erhalten, Graf Mercy, der sich diesem Vorhaben mit aller Energie entgegensetzte und es durch seine Autorität rückgängig machte. Graf Mercy ist in dieser Zeit unerwartet gestorben (25. August 1794). Sein eigentlicher politischer Erbe war Thugut, der als eine Creatur Mercy's betrachtet wurde und sein System aufnahm[2]). In seinen Conversationen mag Manches vorgekommen sein, was ein gewisses Schwanken verrieth; aber in seiner Seele war er entschieden, das altüberkommene System zu behaupten; er hat darin, von den Colloredo's unterstützt, niemals geschwankt.

1) Nach dem Bericht des General-Kriegs-Commissars Grafen von O'Donnell bei Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall I., 124. fg.

2) Mercy having placed Thugut in the post he now occupies, not only on account of his talents, but as one in whom he could confide. whatever respected the war and who was entirely at his disposal. Crawford an Auckland 2 September 1794 in Journal and correspondance of Lord Auckland III., 235.

Siebentes Capitel.

Intention einer gemeinschaftlichen Vertheidigung der Rheinlande und Hollands.

Der Feldzug in Flandern im Jahre 1794 darf als der entscheidende in den Revolutionskriegen überhaupt betrachtet werden. Noch einmal war eine Invasion in Frankreich in Aussicht genommen worden. Eben dies aber hatte den französischen Streitkräften einen neuen Impuls gegeben. Die demokratische revolutionäre Armee hatte den Sieg über die Verbündeten, welche die monarchische Idee repräsentirten, davongetragen. Oesterreich und England, inwiefern dies an dem continentalen Kriege Theil nahm, waren zugleich besiegt, die Provinzen ihnen entrissen worden, auf denen ihre politische Gemeinschaft beruhte. Es war für Preußen ein Vortheil, daß es in diesen Ruin nicht verflochten worden. Die Armee stand unangetastet und noch in dem vollen Ruf der alten Kriegstüchtigkeit im Felde. Aber politisch gerieth dadurch doch der Staat in die schwersten Verlegenheiten Der Krieg war bisher unter der Voraussetzung geführt worden, daß die Franzosen an der österreichisch-englischen Aufstellung einen unüberwindlichen Widerstand finden würden. Nach den Ereignissen in Flandern aber war man in eine Defensive zurückgedrängt, welche zugleich eine große Gefahr für das deutsche Reich und für Preußen in sich schloß.

Und damit stand auch ein anderes Ereigniß von größter Wichtigkeit im östlichen Europa in Verbindung. Die Polen erhoben sich zur Insurrektion gegen die ihnen von Preußen und Rußland auferlegte zweite Theilung. Auf der einen Seite gedrängt durch die russischen Gewaltsamkeiten, auf der andern ermuthigt durch die Verminderung der russischen Truppen, die sich nach der türkischen Grenze zogen, schaarten sich die polnischen Patrioten zum offenen Aufruhr in Warschau zusammen. Man hat damals allgemein angenommen, daß dabei französischer Einfluß im Spiele sei, vermittelt durch die Anwesenheit französischer Emissäre in der Türkei. Aber wer könnte in Abrede stellen, daß auch ohne eine solche Vermittelung die Polen durch die Ereignisse in Frankreich angeregt wurden. Es waren nicht gleiche, aber doch gleichartige Tendenzen, die sich im Westen und im Osten regten. Im Osten kamen noch Beziehungen zu Schweden und selbst zu Oesterreich hinzu[1]. Wir wissen, wie sehr sich Oesterreich durch die zweite Theilung verletzt fühlte; wie verhaßt ihm Preußen war. Der Aufruhr in Polen kam eben in der Zeit zum Ausbruch, als König Friedrich Wilhelm II. dem Gedanken Raum gab, an dem Kampf in den Niederlanden persönlich Theil zu nehmen. Gewiß würde er dabei zu spät gekommen sein; doch war das nicht das Motiv, das ihn zurückhielt. Man stellte ihm vor, daß er vor allen Dingen seine südpreußischen Eroberungen behaupten und die Insurrektion, bei der ein Zusammenwirken aller feindlichen Elemente statt finde, zu Boden schlagen müsse. Der König fragte, was dann aus dem französischen Kriege werden solle. Nicht allein ein Gegenstand seines persönlichen Ehrgeizes, sondern die antirevolutionäre Ader, die in seinem Innern schlug, wurde davon berührt. Oberst Manstein sagte ihm, von den übrigen Verbündeten suche ein jeder im Kriege mit Frankreich seinen eigenen Vortheil; der König sei der einzige, der

1) Schreiben Lucchesinis an König Friedrich Wilhelm: Warschau, den 7. April 1794 bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband, Seite 467.

es ehrlich mit der Sache meine, allein dabei könne er zu Grunde gehen; er sei verpflichtet, sein eigenes Interesse wahrzunehmen, so gut wie die anderen. Der König verhehlte selbst einen gewissen Unwillen nicht, den ihm diese Vorstellungen erweckten[1]. Aber die Bemerkungen waren zu wohl begründet, und wurden von allen Seiten lebhaft wiederholt, als daß er ihnen hätte Widerstand leisten mögen. Es sind immer zwei Impulse, die auf ihn wirken: der eine sein eigener Wunsch, den Ideen gemäß, die in ihm leben, der andere die Nothwendigkeit, welche sein Staatswesen ihm auferlegte; die letzteren gewannen dann immer die Oberhand. Unverzüglich begab sich Friedrich Wilhelm II. nach Polen. Am 3. Juni traf er bei der Armee ein. Am 6. brachten die unter ihm vereinigten russisch-preußischen Truppen den polnischen Insurgenten, die unter der Führung von Kosciusko einen nicht ganz zu verachtenden Widerstand leisteten, bei Rawna eine Niederlage bei, durch welche es den Polen unmöglich wurde, Krakau und Warschau zugleich zu behaupten. Die Polen hätten Krakau lieber den Oesterreichern überlassen; aber gerade dies war für Preußen ein Motiv mehr, es in Besitz zu nehmen, was in der Mitte des Monats Juni geschah. Man behauptet, von der Bürgerschaft in Warschau, welche die Rache der Russen auf der einen und die Gewaltherrschaft der Revolutionäre auf der anderen Seite fürchtete, sei Nichts mehr gewünscht worden, als die baldige Ankunft des Königs. Friedrich Wilhelm aber war doch allein nicht stark genug, um sich der polnischen Hauptstadt zu bemächtigen. Die russischen Hülfstruppen zeigten sich nicht so gefügig, wie er erwartete. Und nunmehr erst erhob sich die Empörung in Südpreußen, welche er vor allen Dingen dämpfen mußte.

In diesem Augenblick fanden sich, wie die östlichen, so auch die westlichen Angelegenheiten in einer gefahrvollen Krisis. Hardenberg machte den König darauf aufmerksam, welche Gefahr in der

1) Schreiben von Manstein an Moellendorf: Potsdam, den 5. Mai 1794 bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband S. 479.

Entzweiung mit den Seemächten liege. „Denn mit ihnen zu brechen", sagt er, „ohne irgend einer anderen Stütze in diesem kritischen Zeitpunkte gewiß zu sein, ihre Wiedervereinigung mit Oesterreich zu veranlassen, wenn wir ganz isolirt dastehen sollten, würde mir äußerst bedenklich erscheinen, ohne auf die unabsehbaren Folgen Rücksicht zu nehmen, welche eine feindliche Eroberung Hollands für uns selbst ganz unleugbar haben würde, indem sie die Fortdauer unserer und aller Monarchien höchst precär machte" [1]). Worte, welche die ganze Gefahr ausdrücken, in die man durch die Ueberlegenheit der Franzosen in den österreichischen Niederlanden gekommen war. Von Hardenberg wurden auch die Gesandten der Seemächte daran erinnert, was die preußische Armee unter diesen Umständen zu bedeuten habe; daß ihr Ruin den Ruin der Monarchie nach sich ziehen könne. Aber er brachte bei denselben keinen Eindruck hervor: sie blieben einfach bei ihrem Traktat stehen, der die preußische Regierung unbedingt verpflichte. Zwischen den beiden Meinungen nicht allein, sondern auch den Gründen, die für eine jede sprachen, gerieth Hardenberg nicht wenig ins Gedränge. „Malmesbury", schreibt er, „beruft sich immer auf den Gang der Negotiation von Anfang an, wo der Marsch nach den Niederlanden die Grundlage von allem gewesen, und ich sehe mit Gewißheit voraus, daß man bei der Weigerung, solchen vorzunehmen, die Zahlung der Subsidien für den Juli sistiren wird." Auf die veränderte Lage und die Gefahren, in welche das Reich durch die Entfernung der preußischen Truppen gerathen würde, nahm der englische Gesandte keine Rücksicht. Hardenberg meinte, den Augenblick ankündigen zu können, in welchem die Engländer ihre Subsidienzahlung einstellen und sich wieder mit Oesterreich verbünden würden.

Seinerseits säumte auch Moellendorf nicht, dem Könige, an den er den Vertrauten Meyerinck absandte, die Motive seines Verhaltens darzulegen. In einem ausführlichen Memoire ent-

1) Bericht Hardenbergs vom 24. Juni 1794. Staatsarchiv.

wickelte er, daß die Vorschläge der Seemächte die von dem preußischen Heere bereits begonnene Offensive unterbrechen würden. „Diese Armee", so sagt Moellendorf, „hat während der Wintermonate das Meiste geleistet." In unaufhörlichen kleinen Gefechten habe sie einen Theil der Pfalz vor der Plünderung gerettet und die Entwürfe scheitern gemacht, welche der Feind unaufhörlich gegen Mannheim und Trier formirte. Wenn die preußische Armee über den Rhein zurückgegangen wäre, um sich auszuruhen, wie die anderen, so würde das für den Schutz der Niederlande unentbehrliche Trier in die Hände der Feinde gerathen sein. Um den Verbündeten in Flandern einen guten Dienst zu leisten, habe er, noch ohne dazu recht vorbereitet zu sein, — denn viel zu spät seien die englischen Subsidien ausgezahlt worden — den Feldzug an seiner Stelle eröffnet, um den Sturm zu beschwören, der die flandrische Armee bedrohte. Er habe den Herzog von Sachsen-Teschen bewogen, auch seinerseits den Rhein zu überschreiten; darauf sei ein Angriff bei Kaiserslautern gewagt, und der Feind dadurch genöthigt worden, sein Unternehmen gegen Lüttich aufzugeben und die Positionen an der Saar zu verstärken; um die Posten zwischen Rhein und Saar zu behaupten, habe der Feind, der keine derselben vernachlässigt, seine Nordarmee nothwendig schwächen müssen. Die Operationen des Feldmarschalls seien von dem größten Nutzen für die Verbündeten gewesen. Man sollte die preußische Armee unterstützen, um auf diesem so glücklich eröffneten Wege zu beharren. Aber man wolle sie nach den Niederlanden ziehen, wozu sie in keiner Weise fähig sei. Der Feind, der dann für Saarlouis und Landau nicht mehr zu fürchten brauche, werde Gelegenheit finden, entweder gegen den Rhein hin die gefährlichsten Diversionen auszuführen, oder seine Macht in den Niederlanden dergestalt zu verstärken, daß ihre Eroberung vollzogen sei, ehe die preußische Armee ankommen könne. Eine Gegenwirkung lasse sich nur durch einen Angriff auf Elsaß und Lothringen erreichen, wie denn der vorige Feldzug gezeigt habe, daß dem Feinde eine Gefährdung dieser Länder höchst empfindlich sei. Die Seemächte sollten den Herzog von

Sachsen-Teschen bestimmen, an dieser offensiven Bewegung Theil zu nehmen. Man dürfe keinen Augenblick durch längere Berathungen versäumen. Das einzige Mittel, die in den Niederlanden von einem allzu zahlreichen Feinde gedrängten Verbündeten zu retten, liege darin, daß die preußische Armee, verstärkt von dem Herzog von Sachsen-Teschen, in dem Gebiet zwischen Rhein und Saar vorrücke. Wenn ihr ein entscheidender Schlag gelänge, werde sie hierdurch die Niederlande beschützen. Der Feind, der Trier und Bliescastel bedrohe, werde nicht zögern, den größten Theil seiner Truppen gegen Elsaß und Lothringen zu wenden. Es sei gegen alle militärische Regel, eine Armee von dem Kriegstheater abzurufen, auf welchem sie fechte.

Es ist zu begreifen, daß der König, der sich im Osten und Westen in einer gefährdeten Situation befand — er stand damals vier Märsche von Warschau —, den Ausführungen Moellendorfs Beifall schenkte. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Gründe, die derselbe gegen den Marsch nach den Niederlanden vorgetragen, von den Ministern der Seemächte nicht besser gewürdigt worden wäre. Wenn Lord Cornwallis in Kirchheim sich wenig geäußert hatte, so schloß der König daraus, der erfahrene General stimme dem Feldmarschall eigentlich bei. Dem englischen und dem holländischen Minister machte er ihren Widerspruch zum Vorwurf. Der Sinn des Haager Vertrages gehe nicht dahin, wie ihre Meinung zu sein scheine, daß der preußischen Armee die Richtung vorgeschrieben werde, welche sie zu nehmen habe; man solle darüber nur ein Abkommen treffen [1]). Die von ihnen geforderte Bewegung würde Mainz, Trier, Coblenz gefährden und die Truppen einem Ruin aussetzen. Die Drohung Malmesbury's, wenn die Armee der von ihm beantragten Richtung nicht folge, so werde England mit der Zahlung seiner Subsidien innehalten, erfüllte den König mit Indignation; einzig der Wunsch, der gemeinschaftlichen Sache

1) que les stipulations de la convention de la Haye leur donneraient le droit de prescrire, au lieu de convenir, de la direction dans laquelle mon armée peut agir avec le plus d'avantage pour l'intérêt des deux puissances maritimes.

Dienste zu leisten, besonders den beiden Seemächten, habe ihn vermocht, auf die Grundlage des Haager Vertrages einzugehen. Er sei entschlossen, eher auf alle Subsidien Verzicht zu leisten, als sich zu Maßregeln drängen zu lassen, durch welche die Sicherheit der Landschaften, deren Verlust seinen Staat und seine Freunde betreffen würde, bedroht, die Ehre der Armee und die Würde der Krone compromittirt werde. Den Marschall erinnert er, nur seinerseits Alles zu thun, was zum Vortheil der verbündeten Waffen wirklich beitragen könne.

Diesem französisch abgefaßten und ostensiblen Schreiben fügte Friedrich Wilhelm II. am folgenden Tage noch ein vertrauliches hinzu, in welchem er die Anträge des Feldmarschalls bei der Conferenz von Kirchheim nicht allein mit Lebhaftigkeit billigt, sondern ihm dafür dankt. Die Zumuthung des Gesandten athme den englischen Kaufmannsgeist, ohne zu unterscheiden, was Ehre der Waffen und Kriegsregel sei. Wenn England bei seinem Eigensinn beharre, so müsse man nur Bedacht nehmen, daß die Armee bis zu Ende des Jahres in ihrer jetzigen Stellung ihr Auskommen finde; dann komme man mit Ehren aus der Sache. Die Unfälle der Verbündeten, von denen man vernehme, machen die Behauptung der eingenommenen Stellung um so nothwendiger, namentlich auch das Verhältniß zu Oesterreich. „Ich danke Ihnen", so schließt der König, „noch herzlichst für alle Mühe und Eifer, so Sie für das Beste der Armee, meines Hauses, und für den Ruhm des Staates anwenden, und ich kann Ihnen nie genug meine Dankbarkeit zu erkennen geben."

In dem Zwiespalt, der zwischen den diplomatischen Rücksichten und der Haltung der Armee hervortrat, war der König, wie man sieht, für die letztere; er schlug die ersteren selbst geringer an, als man hätte erwarten sollen. Aber zum Bruche kam es darüber noch nicht.

Hardenberg, der eine Zeitlang in Ansbach gewesen war und die dortige Regierung auf eine Weise geordnet hatte, daß die laufenden Geschäfte auch in seiner Abwesenheit besorgt werden konnten, ging jetzt, vom König ermächtigt, wieder nach Frankfurt, wo die

beiden Gesandten, die er in Mannheim verlassen hatte, sich aufhielten. Er fand sie in einer ganz veränderten Stimmung; die indeß in den Niederlanden eingetretene Katastrophe hatte auch auf sie, wie nach allen anderen Seiten hin ihre Wirkung ausgeübt; sie sprachen jetzt nicht mehr von einer Verweigerung der Subsidien, noch auch von dem Abmarsch der ganzen Armee nach den Niederlanden; ihre Aufmerksamkeit war vor Allem auf die Gefahr von Holland gerichtet. Von dem Entschluß der Oesterreicher, auf das rechte Rheinufer zurückzugehen, wurde auch Hardenberg mit den trübsten Besorgnissen erfüllt; er argwöhnte weitere geheime Absichten von ihrer Seite. „Niemals“, sagt er, „hat sich Europa in einer ähnlichen Krisis befunden.“ Er sieht die Religion, die Throne, die sociale Ordnung, das Eigenthum selbst bedroht; er bezweifelt, daß bei den zwischen den Alliirten ausgebrochenen Differenzen den Franzosen ein nachhaltiger Widerstand geleistet werden könne. Er erblickt das einzige Heil in dem Abschlusse eines Friedens mit ihnen[1].

Vor Allem war die Gefahr von Holland eminent und dringend; es mußte für seine Existenz fürchten. Kinkel und Malmesbury drangen jetzt auf die Absendung eines besonderen preußischen Corps zur Rettung Hollands. Die beiden Gesandten bezogen sich auf den von Moellendorf gemachten Antrag, einen Theil der preußischen Truppen zur Unterstützung Hollands vorrücken zu lassen. Sie fragten an, welcher das sei. Noch einmal wurde unter diesen Umständen ein neuer Plan der Vertheidigung, der zugleich Deutschland und die Niederlande umfassen sollte, entworfen. Der nächste Gedanke war, den Herzog von Sachsen-Teschen zu vermögen, die Vertheidigung von Mainz

1) Il est impossible de se dissimuler que la paix promptement et conjointement amenée ne soit le seul parti qui puisse nous garantir ou pour le moins éloigner les malheurs dont nous sommes menacés. So schreibt er dem König selbst am 26. Juli. Jedoch verhehlt er zugleich nicht die große Schwierigkeit, auf die ein solches Vorhaben stoßen würde: England wolle seine maritimen Eroberungen nicht wieder aufgeben, noch auch die österreichischen Niederlande in Abhängigkeit von Frankreich gerathen lassen.

über sich zu nehmen, so daß es dem Marschall möglich sein würde, seine Streitkräfte mehr nach der niederländischen Seite hin zu verwenden. Hardenberg sprach sich in diesem Augenblick über das Verhalten der Engländer zufrieden aus: die Zahlung der Subsidien werde fortgesetzt; man bestehe nicht mehr auf der Auslegung des Traktates, nach welcher der König von der Bestimmung über die Art und Weise der Cooperation seiner Truppen ausgeschlossen sein würde. Denn das war eben der streitige Punkt überhaupt gewesen, aber den Traktat auszuführen, könne nicht verweigert werden. Ueber das „Wie" werde man in den nächsten Tagen Bestimmung treffen. Unbestreitbar sei das große Interesse, das in der Erhaltung von Holland für Europa liege; selbst die westfälischen Provinzen Preußens würden gefährdet sein, wenn Frankreich am Niederrhein immer weitere Fortschritte mache. Eben so wenig aber könne man das Reich verlassen; vom Rhein aus würden die fränkischen Besitzungen des Königs ebenfalls in die größte Gefahr gesetzt werden. Beide Provinzen zu schützen, dahin müsse man alle Bestrebungen richten, jedoch ohne Egoismus noch Parteisucht. Ein Rath, welcher doch die Gemeinschaftlichkeit der Action involvirt. Hardenberg's Meinung ist, daß man 20,000 Mann an den Niederrhein abgehen lassen müsse; wenn der Herzog von Sachsen-Teschen eine gleiche Truppenzahl hinzufüge, oder wenn dieser die Deckung des Rheins ganz übernehme, so könne der Marschall sich mit seiner Hauptarmee gegen Coblenz und die Mosel wenden, um das Reich und die Communikation mit den Niederlanden zu sichern. Gegen die Trennung der beiden Abtheilungen der preußischen Armee würde nichts zu sagen sein, da beiden der Rückzug nach den preußischen Provinzen offen stehe und der König auf diese Weise seinem Traktat nachkomme und um so mehr in den Stand gesetzt werde, für den Frieden zu arbeiten, ehe neue Unglücksfälle dazu nöthigten, die härtesten Bedingungen einzugehen. Hardenberg begehrt eine Vollmacht des Königs, auf die er sich in seinem Verkehr mit den fremden Ministern stützen könne.

Hiemit griffen die Verabredungen einer militärischen Conferenz zusammen, die am 26. Juli in dem Hauptquartier des Oberbefehlshabers der Reichsarmee zu Schwetzingen zwischen preußischen und kaiserlichen Bevollmächtigten statt fanden. Es wurde ein umfassender Entwurf zu einer Vertheidigungslinie von Antwerpen bis Basel zu Stande gebracht, der alle Theile zu befriedigen schien. Moellendorf sollte mit seinem Centrum sich auf dem Hundsrück aufstellen und Coblenz decken und mit den Oesterreichern unter Blankenstein vereinigt, die Verbindung mit dem Herzog von Coburg aufrecht erhalten. Für die übrigen Armeecorps wurde sogar noch eine Offensive in Aussicht genommen, freilich auch, wenn sie nicht gelänge, der Rückzug über den Rhein [1]).

Wohin die Dispositionen zielten, sieht man aus der Erklärung, welche Hardenberg in einem Briefe an den preußischen Gesandten in London über dieselben giebt. Er setzte voraus, daß der Herzog von Coburg die Maas wirklich vertheidigen, Venlo und Maestricht sichern und die Verbindung mit der englisch-holländischen Armee aufrecht erhalten werde. Auf der anderen Seite an der Mosel wäre die preußische Armee aufgestellt. Auf diese Weise sei eine Defensionslinie gebildet, durch welche England und Holland größere Vortheile erlangen würden, als die Veränderung der Stellung der Armee jemals hätte gewähren können [2]).

1) Nur auf diese noch entfernte Eventualität bezieht sich die Weigerung Moellendorfs bei Vivenot Albrecht, Herzog von Sachsen-Teschen I, 140.

2) Supposé que le Pr. de Cobourg, comme il a été expressément stipulé, défende la Meuse et par conséquent Maestricht et Venlo avec le pays jusqu' à la rive gauche de la Moselle, et que les communications soient bien établies entre son armée et celles des Hollandais et du duc de York, pendant que le maréchal de Mœllendorf et le duc de Saxe-Teschen se chargent de la défense du terrain entre la Moselle et le Rhin et plus haut de ce fleuve même; la ligne de défense paraît en général très-bien établie pour les intérêts communs et les puissances maritimes en particulier, mieux servies par cet arrangement que par un déplacement de notre armée, soit pour la totalité soit en partie.

Nicht lange darauf gelang es den Franzosen, da die preußischen und österreichischen Streitkräfte, wie man behauptet, durch die Schuld des Generals Kalckreuth sehr schlecht zusammenwirkten, Trier einzunehmen, was die Gefahr der Niederlande wesentlich vergrößerte. Aber da dem gegenüber eine bedeutende und haltbare Stellung genommen wurde, so zerstörte das die allgemeinen Dispositionen nicht, welche in Schwetzingen getroffen waren. Hardenberg hielt auch dann noch eine gemeinschaftliche Vertheidigung der großen Linien von Antwerpen bis Crefeld für möglich.

Achtes Capitel.

Das preußische Ministerium im August 1794. Bruch mit England.

Es gab wohl keinen preußischen Staatsmann, der die Lage des Staates in diesem Moment nicht für höchst gefährdet angesehen hätte. Ueber Polen war der König mit Oesterreich entzweit und mit Rußland nicht mehr einverstanden, im Kampfe mit einer Volkserhebung, welche mehr innere Kräfte hatte, als man erwartete. In Deutschland war Preußen im bittern, mehr als lebhaften Antagonismus gegen Oesterreich begriffen, seine eigenen Kräfte waren erschöpft; sobald eine Entzweiung mit den Seemächten erfolgte, wie das sehr möglich blieb, wenn man den Gegensatz der Kriegsehre und der Subsidienzahlung, die zu einem bestimmten Zweck bewilligt war, erwägt, so waren der König, seine Armee und sein Land vollkommen isolirt, und zwar gegenüber einer Macht, die nunmehr erst die unwiderstehliche Gewalt einer durch Enthusiasmus getragenen Volksbewaffnung in geordneten Reihen entwickelte.

In diesem Moment hat sich die Idee, daß Preußen seinen Frieden mit Frankreich schließen solle, zuerst mit Bestimmtheit erhoben. Ganz unerhört war sie nicht; doch war sie bisher mehr als ein Wunsch in Bezug auf die zu besorgenden Eventualitäten aufgetreten. Der erste, der sie ernstlich ins Auge gefaßt hat, ist der Reichstagsgesandte Graf Goertz gewesen, der bei einem Aufenthalt Hardenbergs in Baireuth diesem einen Besuch

in der Eremitage machte, bei dem er seine Gedanken aufs Papier warf. „Alle Regierungen von Europa", sagt er, „die Souveräne der Staaten befinden sich in einer Krisis, wie sie noch niemals vorgekommen ist. Kein Mensch, so einsichtsvoll er auch sein möge, kann voraussehen wollen, welches Schicksal die Staaten und die Individuen erwartet. Der preußische Staat, dessen Ruhm und Glanz auf den höchsten Punkt zu steigen im Begriff war, ist bedroht, in die allgemeine Bedrängniß verwickelt zu werden. Dies Schicksal zu vermeiden und vielleicht Preußen zum Schiedsrichter und Retter von Europa zu machen, muß der Gedanke der Staatsmänner sein, die dem loyalen und beherzten König Friedrich Wilhelm dienen [1]). Dazu gehört eine thätige und folgerichtige Politik, gegründet auf Ehre und guten Glauben, und unerschütterliche Festigkeit nach Innen und nach Außen hin. Nothwendig muß man einen entscheidenden Beschluß über den Antheil fassen, den Preußen an dem Kriege gegen Frankreich nehmen will. Zwei verschiedene Fälle sind möglich: entweder steht Oesterreich in der That mit Frankreich in einseitigen Unterhandlungen über die Niederlande, oder seine jetzige Haltung ist nur eine Folge der Kleinmüthigkeit, und es will auch fortan an dem Kriege Theil nehmen. In dem ersten Falle kann man nicht daran zweifeln, daß der Kaiser auch das Reich in seinen Frieden begreifen werde. Dann würde der König das deutsche Reich nicht weiter zu vertheidigen brauchen und seine Truppen könnten zu Hülfe der Seemächte nach dem Niederrhein abrücken. Vor Allem ist die Rettung von Holland nothwendig; denn von dem Bestehen von Holland hängt das Wohl von Europa ab. Dagegen wenn Oesterreich an dem Kriege ferner Theil nimmt, ist es unbedingt nothwendig, die preußische Arme in den jetzigen Stellungen zu belassen: denn sonst würden die verwüstenden Horden der Revolutionäre sich über Provinzen ergießen, die doch auch zur Revolution geneigt sind. Wenn die Seemächte auch dann noch

1) loyal et valeureux.

auf dem Abmarsche der Preußen bestehen sollten, so würde der König vollkommen in seinem Rechte sein, wenn er denselben verweigerte; dann aber muß er sein Verhältniß mit Frankreich regeln. Er muß alsdann die Neutralität suchen für sich selbst, und wenn nicht für das ganze Reich, doch für die Fürsten, die sich ihm anschließen wollen. Vielleicht läßt es sich erreichen, daß die Franzosen das Versprechen geben, nicht über den Rhein zu gehen und überhaupt den Fürsten den Zustand gewähren, in dem sie vor dem Kriege gewesen sind. Dann wird Preußen außer Gefahr sein und zugleich Deutschland retten. Das Ansehen von Preußen würde die Oberhand gewinnen über das österreichische, welches durch die erfahrenen Unglücksfälle ohnehin herabkommt. Es ist sehr hart, so fügt er hinzu, mit den Regiciden einen Vertrag schließen zu müssen. Aber wenn man den Blick auf die andern Cabinete wirft, die Mittel, die sie anwenden, den Egoismus und das persönliche Interesse, welches sie leitet, und in Betracht zieht, was man trotz aller Anstrengung von der Fortsetzung des Krieges erwarten darf, so ist ein solcher Schritt nicht allein zu rechtfertigen, sondern vielleicht nothwendig".

Wir treten hier in Sphären, wo inmitten des allgemeinen Conflikts neue Gedanken sich bilden, neue Wendungen der Ereignisse sich vorbereiten. Alles, was von bisherigen Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich verlautete, ist ohne Bedeutung. In dem Augenblicke aber, wo die Monarchie isolirt und von allen Seiten bedroht, ihrem eigenen Verderben und dem Ruin von Deutschland gegenübersteht, inmitten des allgemeinen Streites egoistischer Interessen, erhebt sich der Gedanke trotz alle Dem, was sich dagegen sagen läßt, eine neutrale Stellung zwischen den Krieg führenden Mächten zu ergreifen und dadurch zugleich für das deutsche Reich zu sorgen.

Auch in Moellendorf ist in dieser Lage der Gedanke entsprungen, daß das Beste sein werde, an einen Frieden mit Frankreich zu denken. Was wäre auch anders übrig geblieben, wenn man mit Oesterreich fortwährend schlecht stand, und wenn es

dann zu einem Bruch mit den Seemächten kam. Moellendorf ließ seine Gedanken dem König zuerst durch Lucchesini eröffnen. Der König verwarf sie: denn er wolle nicht der Erste sein, der von einem Frieden rede. Er verbot alle Schritte, die dazu führen konnten; doch wäre er nicht dagegen gewesen, wenn ein Versuch, einen allgemeinen Frieden zu schließen, in Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten hätte gemacht werden können[1]). Indem Hardenberg eher im Gegensatz gegen Moellendorf stand, als in Freundschaft mit ihm, begegnete ihm, daß eine umfassendere Vollmacht, die er begehrte, von dem König verweigert wurde, weil dieser vermuthete, er sei mit Moellendorf einverstanden und würde ausgedehntere Vollmachten dazu benutzen, ihn wider seinen Willen zum Frieden zu bringen. Sehr eigenthümlich waren doch diese Zustände: der Feldmarschall und der ihm beigegebene Kriegsminister waren alle Tage mehr für ein Abkommen mit Frankreich und bedienten sich des Vertrauens, welches sich Lucchesini bei dem König verschafft hatte, um diesem ihre Ansichten mitzutheilen. Die beiden Diplomaten Haugwitz und Hardenberg waren dagegen für die Fortdauer der Verbindung mit den Seemächten. Allerdings faßten sie, durch die allgemeine Lage der Dinge veranlaßt, auch den Frieden ins Auge. Das sollte aber ganz in dem Sinne des Königs nicht ein besonderer, sondern ein allgemeiner sein. Aus einem Schreiben Hardenbergs an Haugwitz (12. August) ergiebt sich die Gedankenreihe, in welcher sie sich im Allgemeinen bewegten. Hardenberg ist noch der Meinung, daß die Idee eines besondern Friedens, wie sie sich in dem Hauptquartiere rege, eine höchst verderbliche sei. „Unsere Kräfte sind erschöpft“, schreibt er; „ein baldiger Friede ist für uns unentbehrlich. Der Krieg wird im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung geführt: besonders ist auch die Armee demselben entgegen. Sie ist von oben bis unten vom Geiste des Widerspruchs, des Frondirens erfüllt. Die Armee schlägt sich

1) So der von Moellendorf an Hardenberg mitgetheilte Brief Lucchesinis.

nur noch der Ehre wegen. Trier hätte man behaupten können und wäre noch im Stande, es wieder zu erobern, allein das wird schwerlich geschehen. Das einzige Heil, die einzige Rettung von Europa liegt in einem baldigen Frieden. Dabei muß man aber mit den Verbündeten zusammenwirken. Das Glücklichste wäre, wenn es gelänge, den Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem Kriege war". Hardenberg hielt für nothwendig, an dem Haager Vertrage fest zu halten, der die Eifersucht Oesterreichs erregt habe, um sich nicht mit den Seemächten durch einen Bruch desselben zu verfeinden; sie würden sich sonst mit Oesterreich vereinigen und vielleicht die Erwerbung Baierns durch Oesterreich begünstigen. Davon, daß die Franzosen zum Frieden geneigt seien, hatte man keine irgend zuverlässige Notiz. Aber Hardenberg behauptet, in dem Hauptquartier sei dennoch Alles für einen Frieden mit ihnen aus Haß gegen die Seemächte; der Kriegsminister selbst und Moellendorf seien heftig aufgeregt gegen sie; ihre bloße Erwähnung reiche hin, den Feldmarschall in Aufwallung zu bringen.

In dieser Unsicherheit der politischen Lage und der damit zusammenhängenden Agitation der bedeutendsten Persönlichkeiten hielt Hardenberg für rathsam, seinen alten Freund Gervinus nach Berlin zu schicken, um die dortigen Stimmungen zu beobachten und sich hauptsächlich mit Haugwitz zu verständigen. Persönlichen Verhältnissen und Discussionen nachzugehen würde keinen besonderen Werth haben; hier aber betrafen sie Krieg und Frieden. Auch an sich hat es einen gewissen Reiz, Gervinus auf seiner Mission zu begleiten und seine Berichte zu vernehmen. Wir folgen seinem Tagebuch, das er später an Hardenberg mittheilte. Haugwitz empfing Gervinus — es war am 18. August — mit einer Erklärung über die Art und Weise, wie er in das Cabinets-Ministerium gekommen, was ihm Schulenburg nie vergeben könne. Er stellte sich als den gradsinnigen; jenen als den Ränkemacher dar. Gervinus scheint ihm vollen Glauben beizumessen. Er sagt, Haugwitz diene auf seine eigenen Kosten

ohne Gehalt und solle bereits 100,000 Thaler von seinem Vermögen im Dienste verwendet haben. Er opfere seine Ruhe dem Könige, dem er täglich Beweise seiner Anhänglichkeit gebe, dem Staate und der guten Sache auf. Der König, dessen Abwesenheit von Berlin dem Grafen schadete, habe denselben zwar vor Kurzem in wichtigen inneren Landesangelegenheiten consultirt; aber der vertraute Briefwechsel zwischen beiden nehme doch ab. Der Minister sei gekränkt, verlasse sich aber auf die Festigkeit und Anhänglichkeit des Königs, wie Gervinus meint, nur zu viel. Noch sei der König von seinem System nicht abgewichen, wie viel man auch thue, um ihn dahin zu bringen. Der Kern des Systems liege in der Verbindung mit den Seemächten. Haugwitz sagte: wenn man diese ohne ihr Verschulden aufgäbe, so werde er sogleich abdanken. Wenn Haugwitz nicht gleich nach seiner Rückkunft vom Haag zu dem König nach Polen gegangen war, so gab er als Grund an, daß er nicht die ganze Verantwortlichkeit habe auf sich nehmen wollen. Die wahre Ursache aber sei wohl die, daß der König ihn nicht zu sich beschieden hatte, was man wieder der Intrigue zuschrieb, die denselben umgarne. Haugwitz versicherte, der König sei mit den auf einen Frieden mit Frankreich gerichteten Vorschlägen Moellendorfs unzufrieden und habe demselben durch Lucchesini schreiben lassen, daß er sich von der Politik fern halten möge. Der habe das wohl gethan, aber auf seine „verzuckerte Weise“. Sobald erst der König wieder in der Hauptstadt wäre, so würde er sich noch entschiedener für das bisherige System erklären. Wenn Gervinus an der Gesinnung Lucchesinis Zweifel äußerte, so behauptete Haugwitz, die Erklärung des Königs zu Gunsten der Verbindung mit den Seemächten habe ihn anderen Sinnes gemacht; er sei ein Chamäleon und wenn der König anders denke, denke auch er anders. Lucchesini habe zur Verwirrung beigetragen und wünsche, um sich wieder herauszuziehen, nach Wien zurückzukehren. Haugwitz verhehlte überhaupt nicht, daß der König ungehalten gegen Malmesbury und Kinkel und über die Drohung, die Zahlung der Subsidien

einzustellen, sehr aufgebracht sei; er meinte jedoch, durch ein einziges Gespräch mit dem König die Sache beilegen zu können. Mit Rußland stehe man nicht viel besser, als mit Oesterreich: General Fersen handle nicht nach den Intentionen des Königs. Auch Haugwitz urtheilte, daß man auf einen allgemeinen Frieden denken müsse, der sehr möglich sei, wenn man nur den Engländern einen Theil ihrer Eroberungen lasse. Denn von der Meinung, daß man ihnen alles entreißen könne, war er zurückgekommen; er fand es selbst lächerlich, es zu versuchen. Auf die Frage, ob nicht die gemeinschaftliche Friedensunterhandlung durch Preußen angefangen werden sollte, antwortete Gervinus mit der Gegenfrage, ob den Franzosen nicht die Anerkennung der Republik als eine Lockspeise hingeworfen werden könne. Haugwitz war derselben Ansicht: Rußland würde freilich dagegen sein, allein das würde Preußen nicht abhalten, wenn nur einige der kriegführenden Hauptmächte damit einverstanden wären. Daß Lucchesini damals nach Wien geschickt wurde, erregte bei Haugwitz kein Bedenken; denn der König gebe ihm einen Brief mit, der zur Herstellung guter Verhältnisse dienen solle.

Wir wollen nicht übergehen, wie sich Haugwitz über den König selbst äußerte. Er sei gütig, aber reizbar und empfindlich; lasse sich wohl das Eine und das Andere von Personen, die er leiden möge, aufdringen, aber, wenn es öfter geschehe, schöpfe er den Verdacht, man wolle ihn regieren und höre nicht mehr darauf; nur durch Vertrauen, Vorsicht und Nachgiebigkeit sei mit ihm auszukommen. Er brauche nicht immer Minister um sich, arbeite ziemlich viel und diktire meistens seine Befehle einem Sekretär; doch lasse er dem Minister, der um ihn sei, dann die Ausführung der Geschäfte.

Dürfen wir dem ein Wort hinzufügen, wie es sich aus der Durchsicht der mannichfaltigen Papiere ergiebt, so ist es dies, daß König Friedrich Wilhem II. trotz der drei Männer, die diesen Titel führten, ohne Kabinetsminister, ohne eigentlichen Rathgeber war.

Der Wechsel der großen Ereignisse, die guten, die schlechten Aspekte, die diese darboten, berührten ihn unmittelbar; er urtheilte und verfügte nach den Eindrücken, die er empfing. Wie hätte es da an Schwankungen fehlen können. Wir sahen, wie sehr der König auf die Vorstellungen Moellendorfs einging; aber eine Einmischung desselben in die Politik im Gegensatz mit seinen Ministern wollte er doch nicht. Er hat damals wohl ein Schreiben an Moellendorf unversiegelt an Haugwitz versendet, der es abschicken möge oder nicht. Haugwitz versah es mit dem Königlichen Siegel und ließ es abgehen. Trotz dieser Bevorzugung war Haugwitz doch noch keineswegs Meister des Kabinets; weniger Finkenstein als Alvensleben hielt ihm die Widerpart. In der obschwebenden Frage wurde von dem Kabinet ein Gutachten, welches den Ansichten Moellendorfs beipflichtete, an den König abgeschickt. Sonst wenn Haugwitz einem Gutachten seiner Collegen nicht beistimmte, gab er seine abweichende Meinung dadurch zu erkennen, daß er dasselbe nicht unterschrieb. Diesmal unterschrieb er es, aber indem er die gefährlichen Folgen betonte, welche die Ausführung des Beschlusses haben könne. Auch auf die Räthe in dem Ministerium erstreckte sich die Meinungsverschiedenheit der beiden Minister: Renfner, der bei Alvensleben in vielem Ansehen stand, wurde von Haugwitz nicht geliebt; Alvensleben selbst, über dessen Formalismus sich Haugwitz beklagte, wird doch zugleich als sehr unselbständig geschildert; Demokrat sei er, wenn er Gelehrte um sich habe, Aristokrat, wenn er mit Männern seines Standes rede. Das Uebergewicht, welches die Franzosen damals errangen, erweckte in ihm die düstersten Besorgnisse; er soll voraus gesagt haben, die Franzosen würden noch bis ins Magdeburgische vordringen, wo er seine Güter hatte. Ueberhaupt dachte man viel an die unmittelbare Gefahr, welche die Fortsetzung des Krieges herbeiführen könne, namentlich wenn keine Subsidien gezahlt würden. Die fränkischen und westfälischen Besitzungen Preußens würden dann aufgegeben werden; man würde sich an die Elbe zurückziehen müssen, wo die Popu=

lation Widerstand zu leisten gewillt sein werde; denn von den andern Provinzen erwartete man das nicht.

Wir folgen nun noch einen Augenblick den Discussionen des Gesprächs. Gervinus bemerkte, daß das Aufgeben der westälischen und fränkischen Provinzen in denselben wohl gar eine Empörung veranlassen dürfte; viel besser wäre es, mit dem Reiche über Subsidien übereinzukommen. Haugwitz erwiderte, mit dem Reiche sei nichts anzufangen; der König sei mißvergnügt über das Vergangene; er glaube noch immer, England werde die Subsidien fortzahlen: denn es könne die preußische Armee nicht entbehren. Dem englischen Gesandten Paget, der sich wiewohl in gemäßigten Ausdrücken beklagte, versicherte Haugwitz, der König wolle nicht allein an der Haager Convention festhalten, sondern dieselbe zur Grundlage einer genaueren Verbindung mit England machen; er betonte den schlechten Eindruck, den die Verzögerung der Subsidienzahlung hervorbringe.

Mit Hardenberg unterhielt Haugwitz die vertraulichste Verbindung; auch in jenen Differenzen, in welche Hardenberg über die Verwaltung in Franken gerathen war, stimmte Haugwitz demselben bei: das Ministerium, dem es an Lokalkenntniß fehle, sollte sich so wenig als möglich in die dortigen Angelegenheiten mischen. Dagegen bezog sich Alvensleben darauf, daß dem Ministerium einmal die Oberaufsicht über Franken anvertraut sei und es jetzt darauf ankomme, die preußische Verfassung daselbst einzuführen. Gervinus erinnerte an die besonderen Umstände, welche ein solches Unternehmen schwierig machten: Mangel an Geld, das Widerstreben der Persönlichkeiten, wobei ihm Haugwitz beistimmte. Er bat ihn, sich immer direkt an ihn zu wenden; kein Mensch in seinem Bureau erfahre etwas davon; er könne von Allem den besten Gebrauch machen. Haugwitz hielt es damals für rathsam, den Herzog von Braunschweig wieder an die Spitze der Armee zu bringen, der seinen Abschied niemals verlangt haben würde, wenn schon zu jener Zeit von Subsidien

die Rede gewesen wäre; er würde die Stellung annehmen, wenn die Subsidien fortgezahlt würden.

Gervinus sah selbst bald darauf Malmesbury, der diese sehr flüchtige Aeußerung über den Wiedereintritt des Herzogs von Braunschweig für ernstlich gemeint hielt, und die Erwartung daran knüpfte, daß Hardenberg, der früher im Dienste des Herzogs gewesen, dann die Geschäfte überhaupt in seine Hände bekommen werde. Eine von den Combinationen, die eine äußere Wahrscheinlichkeit haben, ohne doch begründet zu sein.

Damals suchte Hardenberg den englischen Gesandten von dem Interesse zu überzeugen, das es für England habe, den Subsidientraktat zu erneuern und Preußen zur Fortsetzung des Krieges in Stand zu setzen; er fragte besonders eifrig, wie sich England mit dem Hofe von Wien stelle. Malmesbury, der sich immer als den Beleidigten geberdete, entgegnete: Alles werde darauf ankommen, welche Haltung Preußen annehme. Er versicherte, die Mission Spencers nach Wien, welche die Frage Hardenbergs veranlaßt hatte, habe blos den Zweck, Oesterreich zur Fortsetzung des Krieges zu animiren; nicht von Subsidien sei dabei die Rede, sondern von anderen Mitteln, um dieselbe möglich zu machen. Hardenberg und Haugwitz wünschten, daß Malmesbury nochmals nach Berlin kommen möge, um die alten Verbindungen zu erneuern. Der Lord weigerte sich, darauf einzugehen; er beschwerte sich, daß in dem Hauptquartier die dem Traktat entgegengesetzte Faktion die Oberhand habe und der Feldmarschall das blinde Werkzeug derselben sei; er würde seine Stellung in England compromittiren, wenn er bei der zweifelhaften Haltung Preußens nochmals nach Berlin ginge: er war vielmehr entschlossen, nach England zurückzukehren. Hardenberg, welcher eine unangenehme Rückwirkung der Entfernung Malmesburys auf den König befürchtete, suchte dem durch eine conciliatorische Erläuterung zuvorzukommen; er schrieb dem König: indem Malmesbury seine Heimreise ankündige, versichere er doch, daß dieselbe durch keine Entfremdung seines Hofes von dem preußischen veranlaßt sei; er hege persönlich den

Wunsch, die Verbindung zwischen Preußen und England noch inniger zu schließen; jedoch werde es sehr schwer werden, die Erneuerung des Vertrages bei der englischen Nation zu rechtfertigen, in Rücksicht auf die Unthätigkeit der preußischen Armee; er wünschte, daß die Armee noch irgend einen kühnen und glorreichen Schlag ausführe, zumal da nach dem Falle der Festungen die Franzosen alle ihre Macht gegen Holland richten und damit das größte Unglück über Europa herbeiziehen würden.

In dem Hauptquartier der Armee und in einigen der hochgestelltesten Staatsmänner war der Gedanke gefaßt worden, den Einwirkungen von England, die für Preußen und Deutschland verderblich werden könnten, eine Abkunft mit Frankreich zur Sicherung derselben vorzuziehen. Aber dieser Gedanke war bei Weitem nicht durchgedrungen. Der König verwarf ihn noch; er selbst und die wirksamsten Minister blieben der Meinung, daß der Krieg gegen Frankreich fortgesetzt werden müsse. Für die Gründe, aus denen die Unschlüssigkeiten des preußischen Kabinets und die geringe Theilnahme der Armee an dem niederrheinischen Feldzuge entsprangen, hatte man in England weder Sympathie, noch Verständniß. Man betrachtete die Häsitationen der preußischen Regierung als Bundesbrüchigkeit; das englische Volk hatte keinen Sinn für die Nothwendigkeiten, welche aus der Pflicht, Deutschland zu vertheidigen, für Preußen erwuchsen. Die Verstimmung war so allgemein, daß William Pitt und sein Ministerium zu dem Entschluß gedrängt wurden, den sie dann sofort ausführten; Pitt erklärte dem preußischen Gesandten unumwunden: die Zahlung der Subsidien für den Monat Oktober solle so lange aufgeschoben werden, bis die preußische Armee mehr Eifer gezeigt habe, Holland zu retten als bisher. Indem die anwesenden englischen Gesandten nach einigem Zögern davon Nachricht gaben, bezeichneten sie als erstes Motiv die nahe Eröffnung des Parlaments: wie denn der Haager Traktat durch die Opposition und die öffentliche Meinung lebhaft angegriffen wäre, und das Ministerium beweisen wolle, daß es nichts versäumt habe, um denselben effektiv zu

machen; als zweites die große Gefahr, in der Holland schwebe. Malmesbury versicherte jedoch, daß die Absicht noch immer dahin gehe, die Verbindung mit Preußen zu erneuern. Nach eingeholter Instruktion von Berlin antwortete Hardenberg den beiden Ministern auf ihre Eröffnungen: man sei bereit gewesen, sich über alle streitigen Punkte zu verständigen, aber die Suspension der Zahlung mache jede weitere Verhandlung unmöglich; der König sehe sie als einen Bruch des Haager Vertrages an.

Damit löste die Verbindung sich auf, welche die Theilnahme Preußens an dem allgemeinen Kriege gegen Frankreich in Gang erhielt. Nicht anders hatte der König die Verpflichtung, die er einging, verstanden; aber er hatte seinen damaligen Intentionen gemäß und den Rathschlägen des Grafen Haugwitz folgend eine präcisere Theilnahme an dem Feldzuge versprochen, als die Umstände und besonders die Rücksicht auf das deutsche Reich ihm gestatteten ins Werk zu setzen. Kein Zweifel, daß vornehmlich die Rücksicht auf die Vertheidigung des Mittelrheins und des deutschen Reiches seine Zögerung hervorrief. Man könnte meinen, daß England auch seinerseits ein Interesse an dieser Vertheidigung hatte. Aber die englische Nation fühlte nur die in den Niederlanden erlittenen Unglücksfälle und gab sie, sowie die noch immer wachsenden Gefahren, dem Verhalten von Preußen Schuld, das damit das Recht auf die ihm versprochenen Subsidien verwirkt habe. Der junge Pitt behandelte Preußen nicht in dem Sinne, wie sein Vater. Die Unabhängigkeit der Politik und der Kriegführung, welche Friedrich II. festgehalten hatte, wollte man Friedrich Wilhelm II. nicht zugestehen. Wenn nun aber für Preußen die Möglichkeit den Krieg fortzuführen, von der Zahlung der englischen Subsidien abhing, — denn von dem Reiche war keine wesentliche Unterstützung zu erwarten —, so sieht man, wohin die Versagung derselben führen mußte. Von England verlassen mußte Friedrich Wilhelm II. sich der öffentlichen Stimme zuneigen, die ihn zum Frieden aufforderte.

Neuntes Capitel.

Ideen eines Friedens zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich. Oesterreichische Politik.

Ich werde eine auffallende Paradoxie behaupten, indem ich ausspreche, daß es das Beste gewesen wäre, wenn Oesterreich einen ähnlichen Beschluß, wie Preußen, gefaßt hätte, sich von England loszureißen und mit Frankreich Friede zu machen. In den Erblanden ging der allgemeine Wunsch dahin. Man wollte nur eben die österreichische Monarchie, wie sie dort constituirt war, vertheidigen und sich nicht in einem Kriege für Interessen, die nicht die eigenen waren, verbluten. Hätten Oesterreich und Preußen einstimmig die Friedensunterhandlungen in die Hand genommen, so würden Frankreich, wo nach dem Sturze Robespierres im Juli 1794 die Partei der Mäßigung sich wieder erhob, und das deutsche Reich auf erträgliche Bedingungen sich haben pacificiren können. In dem letzten Feldzuge waren die europäischen Mächte von den Franzosen überwunden, aber noch keineswegs überwältigt worden; noch standen ihre Heere zwar geschlagen, aber keineswegs kampfunfähig, und was Preußen anlangt, kampfgerüstet im Felde. Noch besaßen sie Streitkräfte genug, um auch dem Feinde eine Pacifikation erwünscht zu machen.

Dahin ging die Gesinnung Friedrich Wilhelm II. Er meinte, daß die Eroberungen, die man von beiden Seiten gemacht habe, aufgegeben und die Verhältnisse, so wie sie vor dem Kriege bestanden, hergestellt werden sollten. Darauf war die Mission Lucchesini's nach Wien berechnet; sie hatte keinen andern Zweck,

als den Kaiser zur Theilnahme an einer allgemeinen Pacifikation zu vermögen. Die unerläßliche Bedingung aber für eine solche war, daß auch England an derselben Theil nähme und sich zur Zurückgabe der maritimen Eroberungen bereit erklärte, durch welche Frankreich als Macht hätte befriedigt werden können. Möglich, daß es nicht so weit kam. Allein dann würden England und Frankreich, welches durch den continentalen Frieden in den Stand gekommen wäre, seine maritime Macht zu entwickeln, ihren Kampf allein ausgefochten haben. Bei seinen ersten Unterhaltungen namentlich mit Thugut auf der einen, mit den anwesenden englischen Gesandten auf der anderen Seite überzeugte sich Lucchesini, daß ein Verständniß zwischen beiden eingeleitet sei [1]). Wäre Oesterreich entschlossen gewesen, die Niederlande wenigstens zum Theil aufzuopfern, so würde seine Verbindung mit England des vermittelnden Rückhaltes entbehrt haben. Aber dahin führte, wie berührt, das an Thugut vererbte System, daß die große europäische Position des Hauses Oesterreich, welche die Niederlande umfaßte, behauptet werden müsse. Gerade in dem fortgehenden Kampfe meinte Thugut die Mittel zu finden, das System nicht allein zu behaupten, sondern noch umfassender auszubilden. An eine allgemeine Pacifikation oder auch an den Frieden auf dem Continent war dann nicht zu denken: die Geschicke mußten sich vollziehen. Denn auf irgend eine Abtretung einzugehen, blieben die Engländer weit entfernt. Sie waren in dem Ausbau des großen Gebäudes ihrer Seeherrschaft begriffen; ein Friede mit Frankreich in diesem Moment würde denselben verhindert haben. In dem Parlament hatte sich die Meinung gebildet, daß ein solcher Friede in diesem Augenblicke unmöglich sei. Sollte nun aber England den Krieg allein fortsetzen? William Pitt ging von dem Erfahrungssatze aus, daß England seinen Seekrieg niemals besser geführt habe, als wenn zugleich die Landmacht richtig

1) Bericht Lucchesini's an Friedrich Wilhelm. Wien, vom 22. August 1794, bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband S. 501.

angewendet worden sei, um die Streitkräfte des Feindes zu schwächen und zu theilen[1]). Wenn Frankreich in früheren sowie in späteren Zeiten die Absicht befolgt hat, England zugleich auf dem Continent zu bekämpfen, so war es dagegen die Politik von England, die maritimen Anstrengungen von Frankreich dadurch zu hemmen, daß man ihm einen continentalen Krieg entgegensetzte. Dahin zielte bereits der Vertrag mit Preußen, der hauptsächlich daran scheiterte, daß König Friedrich Wilhelm II. seine Macht den Kriegsplänen der Engländer nicht unterordnen wollte. England richtete jetzt sein Augenmerk auf Oesterreich, welches nicht gerade Subsidien, aber ein Anlehen in England unter der Garantie der englischen Regierung forderte, um im Stande zu sein, den Krieg weiter fortzusetzen. Es könnte sogar scheinen, als habe man in Oesterreich von der Absicht, die Niederlande aufzugeben, so viel und so laut gesprochen, um die Seemächte zu größeren Anstrengungen als die bisherigen für Vertheidigung dieser Provinzen zu vermögen. William Pitt zeigte sich von der Opportunität einer engen Allianz mit Oesterreich, die eben durch dieses Anlehen vermittelt werden sollte, lebhaft durchdrungen. „Auf wen", sagte er im Parlament, „könnten wir unsere Blicke richten, als auf den Kaiser? wegen der umfassenden Mittel, die er besitzt, wegen seiner geographischen Position und seines Interesses an der Fortsetzung des gegenwärtigen Kampfes. Wenn wir nach einer Macht suchen, deren Interesse es ist, die italienischen Staaten vor den Uebergriffen der Franzosen zu sichern, Savoyen zu retten, Piemont zu beschützen, so ist Oesterreich diese Macht; wenn wir eine Macht suchen, welche Spanien vertheidigen und den Franzosen in den Niederlanden eine Barriere entgegensetzen kann, so ist Oesterreich diese Macht".

1) This country had never so successfully combated with France, as when its maritime strength had been aided by the judicious application of a land force on the continent, in order to weaken and divide the exertions of our opponents. Pitt's Rede vom 5. Februar 1795. Parliamentary debates XXXI, 1294.

Es war demnach die Gesammtlage des westlichen Europa überhaupt, was den Engländern eine Verbindung mit Oesterreich wünschenswerth machte. Pitt fügte die Bemerkung hinzu: der auf Requisitionen begründete finanzielle Zustand von Frankreich werde unhaltbar, wenn der continentale Krieg fortdauere; es würde dann keine Hülfsquellen zur Führung des Seekrieges übrig behalten. Die Absicht der Franzosen sei mit einer oder der anderen continentalen Potenz Frieden zu schließen, um alsdann ihre volle Kraft gegen England wenden zu können [1]); sei es da nicht rathsam, Alles zu thun, um eine Macht ins Feld zu bringen, die geeignet sei, sie zu beschäftigen und zu erschöpfen? Wenn Oesterreich in den Stand gesetzt werde, 200,000 Mann ins Feld zu stellen, so würden die Franzosen ihrer Seemacht nicht die nöthige Aufmerksamkeit widmen können. Die Superiorität Englands zur See würde um so stärker sein, je mehr die Thätigkeit der Franzosen von den maritimen Angelegenheiten abgelenkt werde. Die Motion Pitts zu der Erklärung, daß das Parlament von dem Vortheil überzeugt sei, welchen eine kräftige Cooperation Oesterreichs für die allgemeine Sache zur Folge haben würde, wurde mit 173 gegen 58 Stimmen angenommen.

An die Stelle der zweifelhaften und niemals recht realisirten Verbindung Englands mit Preußen, die sich in eine Art von Feindseligkeit umsetzte, trat nun die engste Verbindung mit Oesterreich, worauf es dann zugleich beruhte, daß man in Wien die Aussicht den Krieg fortzusetzen mit Eifer ergriff. Einer ansehnlichen monatlichen Geldhülfe sicher, nahm man unverzüglich die offensiven Pläne für die Wiedereroberung der Niederlande wieder auf. Man faßte dabei nochmals die Behauptung der eroberten Festungen (Condé und Valenciennes) ins Auge; man traute sich zu, die Maas wieder überschreiten und die Franzosen aus den Positionen, die sie ergriffen hatten, vertreiben zu können. Daß der Prinz Josias von Coburg, der alle Unfälle des letzten Feldzuges von dem

1) It was in order to pursue the war against this country with unabated rancour, that they (the French) desired peace with the other powers of the confederacy.

Ausbleiben der ihm zugesicherten Unterstützungen durch Truppen herleitete, zu neuem Vorrücken die Hand zu bieten zögerte, war der vornehmste Grund seiner Entlassung aus dem Dienste, wie er denn auch bei den Engländern alles Vertrauen verloren hatte. Wenn die beiden Festungen dann doch verloren gingen, so schrieb man das einer Nachlässigkeit zu, die in seiner Kanzlei vorgekommen. An die Stelle Coburgs einzutreten, hatte Niemand so große Ansprüche, als Lascy. Aber Thugut hätte nie zur Ernennung desselben die Hand geboten: denn auf dessen Einwilligung in die Pläne der Wiedereroberung der Niederlande konnte Thugut nicht zählen; Energie für Politik und Kriegführung ließ sich von demselben nicht erwarten [1]). Der Oberbefehl wurde in die Hände Clerfayts gelegt, der nun aber bei der Verwirrung der Zustände in der Armee, die durch den Wechsel des Commandos veranlaßt wurde, in die Unmöglichkeit gerieth, die Offensive zu unternehmen, und sich vielmehr in Kurzem selbst genöthigt sah, über den Rhein zurückzugehen (Anfang Oktober).

Trotz dieser neuen Widerwärtigkeit wurde der politische Gedanke immer festgehalten. Clerfayt wurde ausdrücklich angewiesen, sich jeder Beziehung zu Moellendorf und selbst zu dem Herzog von Sachsen-Teschen, die den Engländern mißfällig sein könne, zu enthalten [2]).

Indem sich der österreichische Minister auf das Engste an England anschloß, hielt er zugleich an der Absicht fest, durch eine Verbindung mit Rußland dem Umsichgreifen Preußens in Polen zu widerstehen. Darin liegt das Charakteristische der Thugutschen Politik, daß sie sowohl bei Rußland als bei England der Verbindung Preußens mit diesen Mächten entgegentrat. Wenn Oesterreich auch seinerseits eine Entschädigung in Polen suchte, indem es die Palatinate Krakau und Sendomir in Anspruch nahm, so hatte es dabei Rußland auf seiner Seite, welches sonst in den Fall gekommen wäre, von seinen eigenen letzten Er-

1) Brief Thuguts 7. Januar 1794 bei Vivenot, Vertraute Briefe I, S. 70.

2) Schreiben Thuguts vom 22. und 26. October 1794 bei Vivenot, Vertraute Briefe I, 146. 149.

werbungen eine Abtretung zu bewilligen. Rußland selbst mußte mit aller Kraft eingreifen, um den polnischen Aufstand zu bezwingen. Preußen war in diesem Augenblick wenig beliebt in Petersburg; man sprach dort Genugthuung darüber aus, daß die englischen Subsidien versagt worden waren [1]). So bildete sich eine Verbindung der großen Mächte aus, welche dem Interesse des preußischen Hofes entgegenlief und die bei diesem angeregte Tendenz zu einer Pacifikation mit Frankreich, nothwendig verstärkte. Die Männer, welche den Frieden mit Frankreich anriethen, fanden verdoppeltes Gehör. Der Kriegsminister Schulenburg hat sogar geäußert, daß man mit Frankreich gar nicht eigentlich im Kriege begriffen sei; der preußische Staat habe immer nur als Verbündeter anderer Mächte gehandelt; eine förmliche Kriegserklärung sei gar nicht erfolgt. Argumente dieser Art konnten nun nicht Jedermann überzeugen. Hardenberg, der schon immer die Meinung gehegt hatte, daß Frankreich an sich der beste Alliirte für Preußen sein würde, bemerkte doch: jetzt sei es unthunlich und selbst schimpflich, sich mit dieser Macht zu vereinigen, selbst ohne Rücksicht auf das Gefährliche der Principien, die sie verfechte [2]). Er hielt damals noch für möglich, sich über die Herstellung des allgemeinen Friedens mit den übrigen Mächten zu verständigen. Er ist hiebei selbst auf die ihm an sich verhaßte Idee eines Austausches der Niederlande gegen Baiern eingegangen, in der Voraussetzung, daß England bereit sei, denselben zu genehmigen, wie das bei Rußland keinem Zweifel unterlag. Dieser Plan würde, so sagt er, vielleicht ohne Preußen ausgeführt werden; sollte man nicht der Ausführung desselben beistimmen können, besonders wenn man dadurch die Aussicht zu einer allgemeinen Pacifikation

1) Schreiben von Whitworth an Lord Grenville, Petersburg, 4. Novbr. 1794 bei Herrmann a. a. O S. 503.

2) La France serait notre meilleur allié, mais, dans ce ce moment, elle ne saurait sans doute offrir aucun appui; il serait peut-être impossible aussi bien qu' il serait honteux de s'unir à elle-sans, compter les dangers inévitables d'une alliance aves ses principes.

gewinne. Man brauche sich nicht auf immer mit Oesterreich zu vereinigen, aber in diesem Augenblick gelte es Europa zu retten: Austausch von Baiern, Garantie von Südpreußen, definitive Festsetzungen über Polen, endlich auch Säcularisationen würden dazu die Mittel darbieten. Der Zweck bei dem allgemeinen Frieden mit Frankreich müßte sein: die Grenzen herzustellen, wie sie früher waren, und sie zu befestigen; auch für die Entschädigung der im Elsaß verletzten Reichsfürsten würden sich Mittel und Wege finden; Oesterreich und Preußen sollten zu einer allgemeinen Pacifikation zusammenwirken.

Aber Hardenberg kannte doch die Ziele der damaligen österreichischen Politik nicht in ihren vollen Umfange. Kaiser Franz hat wohl selbst einmal friedliche Gedanken gehegt. Thugut sah in dem unerwarteten Ausdruck dieser Hinneigung den Beweis fremden Einflusses und strebte mit Heftigkeit dagegen an. Die Allianz mit Rußland und mit England, die er vorbereitet hatte, beruhte darauf, daß der Krieg mit Frankreich mit allem Eifer fortgeführt werden müsse. Wenn nun Preußen, durch seine allgemeine Lage auf die Nothwendigkeit eines Friedens mit Frankreich zurückgeführt, den es allein abzuschließen noch eine gewisse Scheu trug, von England zurückgewiesen, von Oesterreich keiner Beistimmung dabei versichert war, worauf konnte es sich stützen? So abschätzig Haugwitz sich über das Reich geäußert hatte, nicht ohne Grund, insofern von pekuniären Leistungen die Rede war, so bot doch das Reich in politischer Hinsicht eine Verbindung von solider und sicherer Grundlage dar.

Persönlich war es für Hardenberg von keinem Nachtheil, daß der Bruch mit England nun wirklich erfolgte. Malmesbury erklärte in der That seine Mission für beendet und trat den Heimweg an. Dadurch aber wurde Hardenberg der mannichfaltigen Rücksichten entledigt, die sein Verhalten in den letzten Monaten zweifelhaft erscheinen ließen: er konnte sich jetzt freier regen; sein Sinn ging auf eine unmittelbare Verbindung Preußens mit dem Reiche in Bezug auf den Frieden.

Wohl hatte die Reichsversammlung auf Antrag des Kaisers sich entschlossen, ein Quintuplum von Truppen ins Feld zu stellen, was eine Armee von 200,000 Mann gegeben haben würde, und immer noch schien es möglich, aus den Schätzen der geistlichen Fürsten und der Kirche selbst die für die Armee erforderliche Geldsumme zusammenzubringen; von hierarchischer Seite war gesagt worden, man möge indessen den Weihrauch aus kupfernen Kesseln aufsteigen lassen. Allein wer die Zerstörung erwog, die bereits die überrheinischen Lande betroffen und das Mißtrauen, welches die bisherige Kriegführung der Kaiserlichen veranlaßt hatte, konnte sich von Anfang an weder auf kräftige Anstrengung noch auf genügende Beisteuer Hoffnung machen. Aus einem Schreiben des Kurfürsten Maximilian von Köln, eines geborenen Erzherzogs, nimmt man die fast verzweifelten Verlegenheiten ab, in denen er sich befand; gegen Ende des Jahres, sagt er, werde er seine Dikasterien nicht mehr besolden können. Wie wäre er im Stande gewesen, austrägliche Vorkehrungen zu einem neuen Feldzug zu treffen. Er klagt, der Zustand, in welchem die österreichischen Truppen nunmehr schon zum dritten Mal über den Rhein zurückgegangen seien, habe die Menschen nicht allein entmuthigt, sondern entrüstet: das Landvolk sei versucht, sich an den kleineren kaiserlichen Truppenhaufen zu vergreifen. Am meisten Eindruck macht die Bemerkung, daß man sehr wohl fühle, wie wenig das österreichische Interesse mit dem deutschen zusammengehe. Der Erzherzog-Erzbischof unterscheidet zwischen reichsoberhauptlichen Gedanken und denen des österreichischen Kabinets. Es komme schon dahin, daß man Oesterreich im Reiche als eine fremde Macht betrachte. So werde allerdings auch Preußen angesehen; allein man habe zu denen kein Zutrauen mehr, durch welche man so oft getäuscht sei, eher zu den Andern.

Allgemein war die Besorgniß, daß in der alten Methode der Reichstage kein Heil mehr zu finden sei. Einige Stände, wie Würtemberg, Baden, der Landgraf von Hessen, vereinigten sich durch eine Bewaffnung ihrer Gebiete das Eindringen der Fran=

zosen zu verhindern; so viel man sieht, wollten sie ihr Reichscontingent mit den alten Landausschüssen, die eine Art von Miliz bildeten, vereinigen, um im Falle eines Angriffs Widerstand zu leisten; sie hielten deshalb einen Convent zu Wilhelmsthal. Aber die Beschlüsse, die sie daselbst faßten, waren doch nicht nachdrücklich genug, um Zutrauen einzuflößen; und wie lange Zeit hätte dazu gehört, um sie zur Wirksamkeit zu bringen. Wenn nun die Vorkehrungen den deutschen Reichsfürsten keine Hoffnung ließen, den Krieg mit einigem Erfolg fortzusetzen, von einem vierten Feldzuge nur neue Gefahren und Bedrängnisse zu erwarten waren; so läßt es sich wohl denken, ohne viel fremden Einfluß dabei vorauszusetzen, daß der Reichskanzler mit dem Entschlusse hervortrat, auf einen Frieden mit Frankreich offen hinzuarbeiten. Der Coadjutor Dalberg wird als der Mann bezeichnet, dem der Entschluß des Kurfürsten besonders zuzuschreiben sei. Der etwas auffallende Vorschlag war, Schweden oder Dänemark zur Vermittlung zwischen dem deutschen Reich und den Franzosen aufzurufen. Darauf aber kömmt es weniger an, als auf die Absicht, die Sache am Reichstage in Gang zu bringen, wie das denn noch im Oktober 1794 geschah.

Der erzkanzlerische Gesandte versichert, er habe bei seinem Antrag auf die Berathschlagung hierüber eine größere Bereitwilligkeit und eingehendere Instruktionen bei den Reichsständen vorgefunden, als je bei einem andren Antrag. Wohl wäre es dem Reichsoberhaupt zugekommen, die Initiative dazu zu ergreifen; da nun aber die österreichische Politik ganz andere Bahnen verfolgte, so ließ sich von dem Kaiser eine solche niemals erwarten. Der Reichserzkanzler nahm sie in Uebereinstimmung mit den Reichsständen selbst in die Hand. Man kann darin den ersten Abfall von der Coalition erblicken. Das Reich wollte sich in die Bewegungen der großen Mächte, ihre Absichten und ihre Entzweiung nicht mehr einlassen; nur durch eine Abkunft mit Frankreich glaubte es sich selbst retten zu können.

Und wie die Dinge einmal lagen, suchte und fand es eine

natürliche Anlehnung an Preußen. Die ersten vertraulichen Eröffnungen darüber hat der Mainzische Hofkanzler Albini an Hardenberg gemacht.

In Wien erklärte man sich nicht absolut gegen den Vorschlag. Man sagte: wenn der Kurfürst von Mainz Mittel gefunden habe, einen erträglichen Frieden herzustellen, so würde sich Oesterreich als Mitstand des Reiches dem fügen und ihn annehmen; zur Zeit aber würde der Ruf nach Frieden auf der deutschen Seite lähmend wirken und das Selbstvertrauen der Feinde anschwellen machen; man müsse vorerst alle Kräfte nochmals mit äußerster Anspannung anwenden, um die Franzosen dahin zu bringen, daß ein Friede ihnen selbst erwünscht sei.

Ein offener Widerstreit der beiden Mächte stellte sich auch hier nicht heraus. Aber wie so ganz waren die Tendenzen einander entgegengesetzt. Preußen war für den Frieden, Oesterreich für den Krieg. Wohl erklärte der Kaiser, auch er wünsche den Frieden; aber sein Minister gab doch den Verbindungen, in die er zur Fortsetzung des Krieges getreten war, offenbar den Vorzug. Die Hinneigung Preußens zu den auf dem Reichstag eingebrachten Vorschlägen leitete Thugut daher, daß es die Coalition zu zerstören suche. In Deutschland eine noch größere Truppenzahl für den Krieg gegen Frankreich von Preußen zu erlangen, hielt Thugut bereits nicht für so wichtig, als den Unzuverlässigkeiten dieser Macht ein Ziel zu setzen: denn im letzten Feldzug habe sie mehr geschadet als genützt; sie habe sich den Operationen Oesterreichs nur beigesellt, um den Erfolg derselben zu verhindern; Preußen wolle die Streitkräfte des Feindes schonen, um Oesterreich in die alleräußerste Verlegenheit zu bringen. Er meint, eine Rektifikation des preußischen Verhaltens müsse durch das Uebergewicht von Rußland angebahnt werden [1]).

1) Depesche Thuguts an Cobenzl, Wien, den 29. November 1794 im Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 42. S. 416.

Unter der Emphase der heftigen Anschuldigungen, mit denen die Depeschen Thuguts angefüllt sind, hat man Mühe das Thatsächliche herauszufinden, auf das sie sich beziehen; in der Hauptsache sind sie unbegründet.

Sie beruhen auf der Voraussetzung, daß Friedrich Wilhelm II. in einem fortgesetzten geheimen Verkehr mit den Franzosen stehe, und daß er eine Abkunft mit ihnen zum Nachtheil Oesterreichs schließen wolle; daß er Oesterreich so gut als zu vernichten denke. Von alle dem muß man das Andenken Friedrich Wilhelm II. freisprechen. Aus allen seinen Aeußerungen, sowohl gegen Fremde, als gegen sein Ministerium ersieht man, daß seine Gedanken damals noch immer dahin gingen, in Frankreich eine Veränderung zu Gunsten der legitimen Gewalten hervorzurufen, oder doch wenigstens den Fortschritten der Franzosen Einhalt zu thun. Aber wahr ist, daß er dabei dem kaiserlichen Hofe keine einseitigen Erwerbungen gestatten wollte, die ihm in seiner besonderen Stellung hätten nachtheilig werden können. Entwürfe zu Erwerbungen dieser Art erfüllten die Seele Thuguts. Seine Absicht war auf Erweiterung der Niederlande, die Wiederherstellung des österreichisch-burgundischen Uebergewichts an den Grenzgebieten zwischen Frankreich und Deutschland, endlich auf jene Revendikation venetianischer Landschaften, die wir berührten, nach dem Vorgange Maximilian I. und Joseph II. gerichtet.

In diesem Sinne eines weltumfassenden Ehrgeizes, der von den erlittenen Nachtheilen nicht berührt wurde, und des lebhaften Preußenhasses ist der schon lange vorbereitete Vertrag zwischen Oesterreich und Rußland am 3. Januar 1795 abgeschlossen. Thugut begrüßte denselben vor Allem in dem Gefühl der Eifersucht gegen Preußen: jetzt finde Preußen für den Vertrag, den es ohne Vorwissen Oesterreichs im Januar 1793 mit Rußland geschlossen, eine Erwiederung; es sei jetzt ebenso betrogen, wie es damals Oesterreich betrogen habe[1]. Unter diesem Gesichtspunkte

1) Je regarde l'achèvement de notre arrangement avec la Russie comme un événement très avantageux; le roi de Prusse se trouve

hatte Cobenzl, der alte Vertraute des russischen Hofes, den Vertrag, selbst über die Instruktion hinaus, die er empfangen, zu Stande gebracht. Er war beauftragt, mit Rußland und Preußen zugleich über die polnischen Angelegenheiten zu verhandeln; aber dabei doch jedes Einverständniß zwischen Rußland und Preußen zu verhüten. Cobenzl hielt dafür, daß er das Eine und das Andere erreichen werde, wenn er mit Rußland abschließe: denn die Autorität dieser Macht werde dann den Berliner Hof nöthigen, zu accediren. Für Rußland lag darin offenbar der größte Vortheil, Cobenzl konnte die Forderungen desselben nicht ablehnen, ohne Gefahr zu laufen, daß es dann eine entgegengesetzte Uebereinkunft mit Preußen treffe, wodurch Oesterreich genöthigt werden würde, sich von diesen Mächten Gesetze vorschreiben zu lassen [1]). Der Vertrag bezieht sich nicht unmittelbar auf Frankreich; aber die Grundlage von Allem ist die Voraussetzung, daß der Krieg gegen die Franzosen von Rußland und Oesterreich gemeinschaftlich fortgesetzt werden solle. Ein Artikel lautet dahin, daß Preußen mit aller Macht angegriffen werden soll, wenn es sich der Besitzergreifung der für Oesterreich vereinbarten Compensationen entgegensetze. Nicht minder anzüglich lautet die Bemerkung Cobenzls, daß Oesterreich an einen Krieg mit Preußen nicht denken könne, bevor nicht Friede mit Frankreich geschlossen sei [2]). Lag nicht darin die Andeutung, daß zwischen Frankreich und Preußen gleichsam ein gemeinschaftliches Interesse obwalte, eine Rechtfertigung der Politik, wie sie Hardenberg und Goertz an die Hand gaben?

Bei alle dem wurde der im Jahre 1793 zwischen Preußen

déjoué tout à fait de la même manière que nous l'avons été, il y a deux ans, par la fameuse convention du 23 janvier 1793. Cobenzl me paraît s'être conduit à merveille. Schreiben Thuguts, 22. Januar 1795, bei Vivenot. Vertraute Briefe I, S. 185.

1) Depesche Cobenzls vom 5. Januar 1795, im Archiv für österreichische Gesch. Bd. 42, S. 422.

2) Je ne me dissimulais pas que, dans la position actuelle, nous sommes bien peu en état de penser à une guerre de Prusse, jusqu' à ce que celle de France ne soit terminée.

und Rußland abgeschlossene Traktat nicht eigentlich aufgehoben: Oesterreich spricht vielmehr seine Accession aus. Es garantirt Rußland die kraft desselben gemachten Erwerbungen, aber unter Bestimmungen, die Allem doch einen andern Charakter geben. Die in den Briefen Kaiser Josephs und der Kaiserin Katharina ausgesprochenen Entwürfe über eine den Osmanen abzugewinnende Gebietserweiterung der beiden Reiche werden darin erneuert. Mit Bestimmtheit wurde festgesetzt, daß Moldau, Wallachei und Bessarabien von der Türkei getrennt und zu einer besondern Souveränetät für einen nachgeborenen Prinzen aus dem in Rußland regierenden Hause gestaltet werden sollten. Die Kaiserin wird dagegen die damals für Oesterreich bestimmten Landschaften demselben zu verschaffen alle Mühe anwenden. Wenn es dem Kaiser unmöglich ist, von Frankreich eine seinen Anstrengungen entsprechende Entschädigung zu erlangen, so stimmt die Kaiserin der Revendikation venetianischer Gebiete durch Oesterreich vollkommen bei. Auch hiebei werden die zwischen Katharina und Joseph gewechselten Briefe und Verpflichtungen bestätigt. Die Kaiserin verspricht, gegen jede Macht, welche sich der Besitzergreifung des Kaisers widersetze, mit demselben gemeinschaftliche Sache zu machen [1]).

In Preußen hatte man von alledem keine Ahnung. Man empfand nur den Gegensatz der preußischen und der russisch-österreichischen Interessen. Und historisch liegt vor Augen, daß eine Entzweiung der großen Mächte in dem Augenblick eintrat, als Frankreich sich zur ersten von allen zu erheben den Anlauf nahm.

1) Die geheime Deklaration des Kaisers und der Kaiserin sind zuerst von Miliutim Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich unter der Regierung Kaisers Pauls I., ins deutsche übertragen von Chr. Schmidt I. S. 296, veröffentlicht, vergl. Martens Recueil des traités et conventions conclus par la Russie II. S. 243.

Zehntes Capitel.

Kriegsgefahren und Mediationsentwürfe.

Man sprach damals viel von einem vierten Feldzug, was so aussieht, als sei es nur eben auf eine Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich angekommen. In That und Wahrheit aber war der Krieg gegen die Revolution nicht mehr in dem Sinne gemeint, in dem er Anfangs unternommen worden. Die drei großen Mächte, England, Rußland, Oesterreich hatten Absichten gefaßt, die über die ursprünglichen Motive weit hinausgingen. England trachtete vor Allem nach einer Ausdehnung seiner maritimen Macht; um zur See die Ueberlegenheit zu behaupten, hielt es die Fortsetzung des continentalen Krieges namentlich durch Oesterreich für nothwendig. Zu diesem Zwecke bewilligte es Oesterreich große Anleihen und stellte ihm andere Hilfsleistungen in Aussicht. Dadurch bekam nun Oesterreich neue Kräfte und den Muth, in seinen Eroberungsabsichten nicht allein an den französischen Grenzen, sondern auch nach anderen Seiten hin zu verharren. Es faßte die mitteleuropäische Stellung, nach der Joseph II. gestrebt hatte, noch in größerem Umfang, als dieser selbst ins Auge. An und für sich konnte den Engländern nichts daran liegen, Oesterreich größer und mächtiger zu machen; aber sie wurden durch ihr maritimes Interesse bewogen, das österreichische zu unterstützen. Nicht ohne Rußland jedoch konnte Oesterreich zu seinen Intentionen zu gelangen sich Hoffnung machen; um Rußland zu gewinnen, entschloß sich Oesterreich dessen Besitznahme ausgedehnter polnischer Provinzen anzuerkennen und

selbst die Ansprüche der Kaiserin auf die Donaufürstenthümer zu begünstigen.

Indem nun diese Entwürfe ergriffen und diese Verbindungen eingeleitet wurden, kam in Preußen die fernere Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich in ernstliche Erörterung: denn noch war die Absicht, eine partikulare Abkunft mit Frankreich zu schließen, nicht gefaßt: die friedlichen Intentionen, die man in Berlin hegte, bezogen sich auf eine allgemeine Pacifikation, die aber nach Allem, was vorging, in so weiter Ferne lag, daß vielmehr fürs Erste die Fortsetzung des Krieges in der bisherigen Weise in Aussicht trat. Man erwog, welcher Erfolg sich von einem vierten Feldzug erwarten lasse. Eine Denkschrift eines einsichtsvollen preußischen Offiziers, Phull, liegt vor, in der die militärischen Erwägungen ausgesprochen sind, welche von einem solchen Unternehmen dringend abmahnen mußten. Wenn man, so heißt es in derselben, die Kräfte berechne, welche in einem vierten Feldzug den Franzosen gegenüber stehen und mit denselben zu kämpfen haben würden, so stelle sich das unzweifelhafte Uebergewicht der Franzosen heraus: Frankreich habe die Centralkraft von vierundzwanzig Millionen Menschen, angefeuert von patriotischen Ideen, geleitet von dem despotischen Convent, dem Niemand widerstrebe. Der Kriegsschauplatz sei für Frankreich der vortheilhafteste. Die Kette von Festungen, die das Land umschließe, mache es den Franzosen leicht, die Feinde zurückzuweisen, die zwischen denselben durchzudringen suchen möchten. Sie fänden alle ihre Bedürfnisse an Ort und Stelle; sie seien zur Offensive ebenso gut vorbereitet, wie zur Defensive und drei Mal stärker als die Verbündeten, die ihnen die Wage halten sollten. Menschenblut werde von ihnen nicht geschont. Unter den Verbündeten aber lasse sich, so fährt Phull fort, kein gemeinschaftlicher Operationsplan zu Stande bringen. Die Leitung des Ganzen von einem Endpunkte der Operationslinie bis zum anderen sollte nur Einem Manne anvertraut werden. Aber das sei schon darum nicht zu erreichen, weil keine der betheiligten Mächte es wagen dürfe, ein Armeecorps einem fremden General anzuvertrauen.

Wegen des geringsten Schrittes, den die eine Armee zu Gunsten der anderen thäte, müsse hin- und hergeschickt und zu Hause angefragt werden, von wo denn oft die zweckwidrigsten Weisungen erfolgten. Alles Unglück leitet Phull von dem Mangel an Vorbedacht und Zusammenhang her. Unmöglich wäre es, einen Mann zu finden, fähig einen Kriegsplan aufzustellen, der zugleich den Regeln der Kriegskunst und den besonderen Interessen eines jeden entspräche. Für einen vierten Feldzug sei man von vornherein in größerem Nachtheil, als bei den früheren: denn man sei der Schifffahrt auf dem Rhein nicht mehr Meister. Die Magazine längs dem Rhein seien theils aufgezehrt, theils vom Feinde erbeutet und in den Hinterlanden keine angelegt. Man werde unvorbereitet und ungerüstet vom Feinde überfallen werden. Sämmtliche Armeen seien vom Ausfluß des Rheins ins Meer bis Basel in einem mehr als 90 Meilen langen Cordon zersplittert. Es stehe zu erwarten, daß es dem Feinde glücken werde, denselben irgendwo zu durchbrechen, über den Rhein zu gehen und sich so zur Eroberung von Mainz den Weg zu bahnen. Nichts hindere die Franzosen, den Rhein zugleich bei Cöln und bei Hüningen zu überschreiten. Die Oesterreicher würden dabei noch die am wenigsten gefährdeten sein; sie könnten sich in gerader Linie nach der Donau zurückziehen. Für die Preußen sei es weit schwerer, ihre Heimath ohne große Verluste zu erreichen.

Diese Erwägungen waren König Friedrich Wilhelm II. nicht fremd geblieben. Er hatte schon selbst den Wiener Hof aufmerksam gemacht, daß sich von dem vierten Feldzuge kein besseres Resultat erwarten lasse, als von den drei früheren, zumal bei der indeß immer mehr zu Tage gekommenen Erschöpfung beider Staaten. Und nicht allein von einem Angriff auf Frankreich war jetzt die Rede. Schon empfand man auch in Norddeutschland, daß man von der Kriegsgefahr unmittelbar bedroht sei. Wie war dem Herzog von Braunschweig zu Muthe, der sich zwei Jahre früher geschmeichelt hatte, in Paris einzurücken, jetzt aber sich in seiner nächsten Nähe von den Fran-

zosen heimgesucht sah. Er hoffte noch, man würde ihnen Widerstand leisten, und war sehr bereit, dazu beizutragen. Bei der Nachricht von dem Rückzuge Clerfayts und des Herzogs von York, schreibt er an Bischoffwerder: Möllendorf müsse sich jetzt mit Clerfayt vereinigen, um den Feind über die Maas zurückzuwerfen: der König möge einen Bevollmächtigten an die Armeen schicken, um ihre Unternehmungen zu dirigiren; die unmittelbare Gefahr seiner westfälischen Lande gebe ihm dazu das Recht. Der Herzog selbst erbot sich diesen Auftrag zu übernehmen und die Befehle des Königs auszuführen; nach gethaner Arbeit aber sich zurückzuziehen[1]). Darauf antwortete Bischoffwerder: er sei Zeuge gewesen von dem bitteren Schmerze des Königs bei dem plötzlichen Bruch des Subsidientraktats, wodurch er verhindert werde, den Alliirten Hülfe zu leisten, wie er gern möchte; noch bitterer seien die Gefühle des Königs über die vom Rhein eingetroffenen Nachrichten[2]). Möllendorf habe gemeldet, der Feind sei ihm allenthalben an Streitkräften überlegen; er würde sich einem empfindlichen Nachtheil ausgesetzt haben, wenn er sich zu einer Diversion angeschickt hätte, zu eben der Zeit, als jene ihre eigenen Positionen verließen. Aus den Berichten der Augenzeugen erfahre man, daß Unordnung und Insubordination in der kaiserlichen Armee über alle Beschreibung gehe. Von Offizieren und Generalen höre man: sie wollten nicht mehr fechten; kein Mensch solle sie wieder über den Rhein bringen.

Für den Krieg überhaupt ein entscheidender Moment: die Franzosen, die offenbar schwächer, als die Preußen waren,

1) Si le Roi trouvait cette course de ses intérêts et que, dans ce moment, il ne se trouvât pas d'autre sujet propre à cette commission, je ne suivrais que les volontés de S. M. sans m'occuper de projets puérils pour la recherche de quelque commandement; l'opération terminée, je me hâterais à regagner ma retraite. Brunswick, le 12 octobre 1794. Archiv zu Wolfenbüttel.

2) J'ai été témoin du chagrin amer que le Roi ressentait en se voyant privé, par la brusque infraction du traité des subsides, des moyens de suivre son inclination en prêtant un secours efficace à ses alliés, mais ce sentiment est bien augmenté par les tristes nouvelles qui se suivent de près de la situation des armées sur le Rhin. Potsdam, le 14. octobre 1794. A. z. W.

sahen mit Erstaunen, daß sich dieselben zurückzogen. Preußen war politisch im Nachtheil, aber militärisch noch nicht besiegt. Der Herzog von Braunschweig, der jetzt das einzige Heil im Frieden sah, bezweifelte doch, ob der mit Erfolg gekrönte Feind, im Begriff Holland zu erobern, was ihm unberechenbare Hilfsquellen gewähren müsse, sich zum Frieden herbeilassen werde; zumal wenn die Armee des Herzogs von York wegen Mangel an Disciplin zu Grunde gehe, die kaiserliche Armee in einen Zustand von Insubordination gerathe und zugleich Conspirationen in Wien und London zu Tage kämen. Für die Fortsetzung des Krieges rechnete der Herzog gutmüthiger Weise noch auf eine Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Preußen und England. Der Sinn des englischen Hofes könne gar nicht sein, sich der preußischen Hilfe zu berauben: er werde sich ohne Zweifel bewegen lassen, Subsidien für die noch am Rhein stehenden Truppen zu bezahlen. Man müsse Holland vertheidigen und dem Feinde zeigen, daß die Coalition immer enger werde; daß man jeden Fuß breit Landes zu vertheidigen entschlossen sei, und daß man den Vertheidigungskrieg leicht in eine Offensive verwandeln könne. Man sage wohl, es sei unmöglich, ein Verständniß unter den Alliirten herbeizuführen; aber habe es jemals einen Augenblick gegeben, wo das nothwendiger gewesen wäre, als der gegenwärtige, in welchem der Feind das Innere von Deutschland bedrohe und die alten und besten Verbündeten zu Grunde richte? Er, der Herzog, wolle beinahe garantiren, daß England einen Feldzugsplan annehmen werde, den der König selbst entwerfe. Der König wird als der große Pilot bezeichnet, der Europa vor den Jakobinern und dem Verderben retten könne[1]).

1) C'est au roi qu'il est réservé de réunir les intérêts de l'Europe, et de convenir d'un plan quelconque avec l'Angleterre et l'Autriche. — Quand on est prêt à faire naufrage, vers qui voulez-vous que l'on tourne les yeux si ce n'est vers le pilote qui inspire le plus de confiance, et le Roi en sauvant l'Europe se couvrira de gloire et acquerra les bénédictions de toutes les personnes bien pensantes, qui détestent le Jacobinisme, les horreurs qu'il a produites et celles qu'il va produire encore. Brunswick, le 20 janvier 1795. A. z. W.

Die Antwort des Königs zeigt, daß er ein so schleuniges Vorrücken des Feindes doch noch nicht fürchtete; er hatte sein Augenmerk auf die drei vornehmsten Plätze, Emden, Wesel und Mainz, gerichtet; besonders hatte er Wesel verstärkt und hoffte, daß es sich behaupten werde. Die Bewegungen Moellendorfs zielten dahin, die Vertheidung zu erleichtern. Der König hat damals das Kriegscollegium aufgefordert, ihm die Positionen anzugeben, welche die Armee in dieser gefährdeten Lage einnehmen sollte. Dessen Antwort ist: die Vertheidigung von Mainz müsse man den Oesterreichern, auf die man sonst wenig zählen könne, überlassen; dagegen sollte eine Linie gebildet werden, deren linker Flügel die Gegend von Gießen und Hanau decken, deren Centrum sich in Lippstadt und Osnabrück aufstellen und deren rechter Flügel, von Hannoveranern und Hessen gebildet, die Ems bis Emden behaupten solle. Diese Position solle mit der äußersten Anstrengung vertheidigt werden: müsse man sie dennoch verlassen, so wurde noch eine zweite und dritte Position rückwärts der ersten genommen. Am 5. Februar 1795 spricht der König die Hoffnung aus, daß Wallmoden sich noch so lange halten werde, bis die preußische Armee die neuen Stellungen eingenommen habe, wozu Moellendorf erst vor Kurzem aufgefordert sei.

Dieser Vertheidigungsplan zeigt, daß noch nicht alle Fühlung weder mit Oesterreich noch mit England verloren war. Man wollte den vordringenden Franzosen eine aus den drei verbündeten Heeren zu bildende Gesammtmacht entgegenstellen. Zugleich war dabei die Meinung, in dieser defensiven Haltung eine Unterhandlung mit Frankreich zu beginnen, vor Allem in der Absicht, die Pacifikation zwischen den Franzosen und dem Reiche in die Hand zu nehmen.

Hardenberg hätte wohl gewünscht, daß die Mediation des Königs vom Reiche angerufen worden wäre; da das aber am Reichstage nicht zu erreichen war, so wendete er sich abermals an die vorderen Reichskreise, welche bei Preußen ihren Rückhalt suchen sollten, jedoch ohne daß die Stände, die das wünsch=

ten, dadurch verhindert würden, sich auch an den Kaiser zu wenden. Er sprach darüber mit Moellendorf, der die Einwilligung des Königs mit Bestimmtheit in Aussicht stellte, und mit Albini. Dann ging er nach Ansbach, um bei den fränkischen Ständen die nöthigen Einleitungen zu treffen. So weit kam es nun, daß zuerst der oberrheinische Kreis, am 13. November der fränkische und am 22. der kurrheinische die Mediation des Königs anriefen. Wenn nun aber der König, der den Mangel der englischen Subsidien empfand, auf den Gedanken zurückkam, die vorderen Reichskreise zur Verpflegung seiner Truppen aufzufordern, so hielt Hardenberg eine Maßregel der Art in diesem Augenblicke für unzeitig, da sich jetzt Oesterreich dagegen erklären würde: man müsse abwarten, ob der nächste Winter nicht zum Frieden führe; geschehe das nicht, so würde das Reich, um sich zu schützen, selbst Propositionen machen.

Aber die Hauptsache blieb doch immer die Einleitung des Friedens zwischen Frankreich und dem Reiche. Hardenberg erklärte: der König sei sehr bereit, die Mediation zu übernehmen, wenn er von den Kreisen und dem Reiche dazu aufgefordert werde; unmöglich aber könne er dabei mit Oesterreich zusammenwirken; denn dies gehöre zu den kriegführenden Mächten. Frankreich würde nicht darauf eingehen; Preußen und Oesterreich würden über die Unterhandlungen selbst in unendliche Weitläufigkeiten gerathen. Solle der König für den Frieden etwas leisten, so müsse er die ehrenvolle, aber mühselige Rolle des Vermittlers allein übernehmen.

Hardenberg hatte damals, da sich von dem Antrag auf Verpflegung kein Erfolg erwarten ließ, den Vorschlag zu einer Anleihe gemacht, einem Mittel, dem er in dem Geiste der kommenden Zeiten überhaupt den Vorzug vor unmittelbaren Leistungen zu geben geneigt war. Er machte, noch ohne eine ausdrückliche Ermächtigung sich erwirkt zu haben, den Kreisen in diesem Sinne einen Antrag.

Wiewohl das den bisherigen finanziellen Gewohnheiten des

preußischen Staates nicht entsprach und in der Art und Weise der Einleitung den Beifall des Finanzministers Struensee nicht hatte, so wurde die Sache doch von dem König keineswegs verworfen. Dem König wären an sich Naturallieferungen das Liebste gewesen; aber nach einigem Bedenken genehmigte er in einem ausführlichen eigenhändigen Schreiben eine Anleihe bis 10 Millionen Thalern. Vor Allem bezeugte er seinen Beifall darüber, daß Hardenberg die deutschen Fürsten dahin zu bringen trachte, ihn zu ersuchen, ihre Pacifikation mit der französischen Nation zu vermitteln.

So begegneten einander in den letzten Monaten des Jahres 1794 und den ersten des Jahres 1795 Maßregeln zur militärischen Abwehr und Unterhandlungen zur Einleitung einer Pacifikation mit Frankreich.

Allein, daß sie zum Ziele oder zu einem haltbaren Zustand führen würden, war doch höchst unwahrscheinlich. Wie hätte die Aufstellung jener Gesammtmacht auch nur zu Stande gebracht werden können, da die Intentionen Oesterreichs und Englands ganz andere waren, als die preußischen. Und in das Vorhaben des Königs von Preußen, sich von dem Reiche mit der Friedensmediation beauftragen zu lassen, konnte Oesterreich nimmermehr ernstlich einwilligen, da seine Politik auf die Fortsetzung des Krieges gerichtet war.

In der Unmöglichkeit, hierüber zu einer Entscheidung zu gelangen, bekam nun in Preußen die Idee, einen partikularistischen Frieden mit Frankreich zu schließen, vollends die Oberhand.

Elftes Capitel.

Einwirkungen des Prinzen Heinrich.

Wenn man die Tendenzen, durch die Preußen zu einem besonderen Frieden geführt wurde, als einen Abfall von der Coalition betrachtet, so ist dabei die Voraussetzung, daß diese noch bestanden habe. Auch verhält sich dies so, inwiefern die drei übrigen großen Mächte dabei beharrten, den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen. Aber die Revolution niederzuwerfen, war nicht ihr ausschließlicher, ja nicht einmal ihr vornehmster Zweck. Jede der drei Mächte hatte ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen die Absicht gefaßt, und zwar nicht allein im Gegensatz zu Frankreich, sondern auch im Widerspruch gegen Preußen, welches durch ihre Ueberlegenheit in die schwierigste Lage gedrängt worden sein würde. Der Anfall der revolutionären Macht würde vor Allem Preußen niedergeworfen haben; aber auch die Niederlage Frankreichs hätte es fürchten müssen, weil dann Pläne zur Ausführung gekommen wären, welche seine Selbständigkeit erdrückt hätten. So dürfte man nicht leugnen, daß das Bestehen von Preußen in eine innere Verwandtschaft zu der Behauptung der französischen Macht, selbst wenn sie eine revolutionäre war, gerieth: ein absoluter Gegensatz bestand nicht zwischen ihnen. Sich in der Mitte der beiden großen Gegensätze der Welt zu behaupten, das einmal gebildete Selbst des preußischen Staates zu erhalten, namentlich seine Verbindung mit den Interessen von Deutschland, war jetzt die Aufgabe der preußischen Politik, welche sie, obwohl zögernd, ergriff.

Es ist sehr leicht zu begreifen, daß dem König, der den Feldzug gegen die Revolution mit einer Art von Enthusiasmus begonnen hatte, unendlich schwer wurde, sich zu einem Schritte der

Annäherung an das bekämpfte Element zu verstehen. Nur mit vielem Bedacht ließ er sich zu einer solchen herbei. Wären ihm nicht jene Subsidien versagt worden, in einer Weise, die er als eine Beleidigung seiner Kriegsehre betrachtete, so würde er schwerlich dazu geschritten sein. Aber dadurch wurde er in die Unmöglichkeit gesetzt, den Krieg mit Nachdruck fortzuführen, und zugleich in eine Aufwallung gebracht, welche ihn der Coalition entfremdete.

Dagegen lebte in dem brandenburgischen Hause ein Prinz, der die politische Entfernung von England als heilsam für den Staat betrachtete. Es war der Oheim des Königs, Prinz Heinrich, der noch von der Reminiscenz an die Politik seines Bruders erfüllt war. Er hatte die erste Verbindung des Königs mit England in der Verwicklung der holländischen Angelegenheiten mißbilligt; noch mehr die Verbindung desselben mit Oesterreich gegen Frankreich, eine Abneigung, die der größte Theil der Nation theilte. Jetzt war zu Tage gekommen, wie wenig der Staat in der einen und der anderen Rücksicht gewonnen hatte. Man hat gesagt, die zum Frieden geneigte Partei am Hofe, zu der auch Bischoffwerder gerechnet wird, habe den Prinzen herbeigezogen, um sich seiner zu bedienen. In den freilich nicht ausreichenden Notizen, welche über die in diesem Moment vorwaltenden Persönlichkeiten vorhanden sind, finde ich Nichts, was diese Meinung bestätigen könnte, wenngleich auch nichts, wodurch sie schlechthin ausgeschlossen würde. Für die Fortsetzung des Krieges war überhaupt Niemand; noch hatte aber auch Niemand den Entschluß zum Frieden. Wenn der Prinz nach langem Intervall den Versuch machte, wieder in die politischen Angelegenheiten einzugreifen, so geschah das, weil die widrigen Folgen der Abweichungen von dem früheren System, die er immer mißbilligt hatte, jetzt in voller Evidenz vorlagen, so daß sie für seine Einwirkungen eine neue Bahn eröffneten.

Der Prinz ließ den Grafen Haugwitz wissen, er habe Propositionen in Bezug auf einen mit Frankreich zu schließenden Frieden zu machen; er wünsche aber im Voraus zu erfahren, ob

der König sie durch den Grafen kennen zu lernen geneigt sei. Haugwitz erhielt die Erlaubniß des Königs, die Propositionen zu vernehmen, nicht jedoch ohne die Warnung, daß er sich von dem Prinzen nicht zu weit fortreißen lassen möge. Sein Oheim besitze viel Geist, stelle sich aber die Sachen zu leicht vor; er folge seiner Phantasie, habe jedoch immer egoistische Absichten; vielleicht denke er in diesem Augenblick die Negotiation ganz in seine Hände zu bekommen.

Es ist unzweifelhaft, daß Prinz Heinrich, der einmal behauptet, er habe seit dem Oktober 1794 die preußische Politik gelenkt, sich auf's Ernstlichste mit dem Wechsel des Systems, den er für nothwendig hielt, beschäftigte. Die größte Aufmerksamkeit verdienen die Ansichten, die von ihm damals in zwei verschiedenen Denkschriften niedergelegt worden sind. Die erste ist eine Anweisung für den Gesandten, der über den Frieden unterhandeln soll, aber hier noch nicht genannt wird. Der Prinz ergeht sich erst in allgemeinen Betrachtungen über das Verhalten eines negociirenden Gesandten. Dann kommt er auf die vorliegenden politischen Fragen. Als die wichtigste von allen faßt er das Verhältniß zu Polen auf. Wenn die Franzosen, sagt er, denen in dem letzten Feldzuge so Vieles gelungen sei, in dem nächsten Holland erobern und über den Rhein gehen: werde dann nicht ihre Absicht sein, bei einer folgenden Friedensverhandlung den König zur Zurückgabe der von ihm in Besitz genommenen polnischen Provinzen zu nöthigen? Diese grausame Alternative, so drückt er sich aus, mache den Frieden mit den Franzosen nothwendig. Jetzt seien sie, so viel man wisse, noch freundlich für Preußen gestimmt; man könne ihnen Betrachtungen einflößen, welche sie von der Unvermeidlichkeit der polnischen Besitzergreifung überzeugen würden. Es ist der intellektuelle Urheber oder vielmehr Vermittler der ersten Theilung von Polen, der hier in einer bedeutenden Krisis das Wort über Polen ergreift. Er geht von der Bemerkung aus, daß ein eigentliches Polen doch niemals hergestellt werden könne; die Nation sei zu unwissend; auch der niedere Adel werde von den Magnaten und Starosten

nach deren Belieben geleitet. Würde Preußen genöthigt sein, die neuen polnischen Acquisitionen herauszugeben, so würde Alles unter die Herrschaft der Russen fallen und das Gleichgewicht im Norden verloren sein. Denn Preußen würde dann nicht zwischen den beiden anderen Mächten die Balance halten können. Deren Uebergewicht würde auf das deutsche Reich und die orientalischen Verhältnisse zurückwirken. Die Türkei, an deren Erhaltung Frankreich schon wegen seines Handels so viel liege, würde gefährdet werden. Man hat wohl gesagt, und es ist sehr richtig, daß man in Berlin die Pläne, welche Thugut und Cobenzl in Petersburg verfochten, und denen Rußland beitrat, in dem Moment noch nicht kannte; allein die Politik wäre eine kleinliche Wissenschaft oder Kunst, wenn sie allezeit nur auf eine genaue Kenntniß des Gegners und seiner Pläne begründet werden müßte. Wenn der Prinz Heinrich in diesem Augenblick zu einer Verständigung mit Frankreich rieth, so schwebten ihm dabei die Besorgnisse vor Augen, welche unter allen Umständen aus dem entschiedenen Uebergewicht Oesterreichs und Rußlands entspringen würden: die Zerstörung des Gleichgewichts im Norden, die Gefährdung der Türkei; Eventualitäten, gegen welche man des Beistands von Frankreich sicher sein werde, wenn man sie zur Sprache bringe.

Der Prinz erwägt nun weiter die Punkte, die bei einer Verhandlung mit Frankreich zunächst zur Sprache kommen würden: Auswechselung der Gefangenen, für die er den Rath giebt, alle mögliche Zuvorkommenheit zu zeigen, die Handelsinteressen, die Bedingung des diplomatischen Verkehrs. Nicht allein aber einen Frieden bringt er in Vorschlag, sondern auch eine weitere damit zu verbindende Uebereinkunft. Der König soll die Mediation zwischen Frankreich und den übrigen im Kriege befindlichen Mächten übernehmen. Dabei habe er dann für das Haus Oranien, mit dem das brandenburgische so eng verbunden sei, Sorge zu tragen, vor Allem aber für das deutsche Reich. Der Prinz meint, daß weder Oesterreich noch England geneigt sein werde, die Vermittlung des Königs anzunehmen. Die glorreiche Stelle eines allgemeinen

Pacifikators werde ihm schwerlich beschieden sein, aber es genüge schon, wenn Frankreich die Mediation des Königs für das deutsche Reich annehme; er werde dadurch eine seiner würdige Position erlangen. Er könne dann seine Truppen zurückziehen und für sich selbst die Wohlthat des Friedens genießen. Zu den Motiven des Friedens mit Frankreich gehört die Voraussetzung der Wahrheit der Nachricht, daß zwischen den Franzosen und den Oesterreichern ernstlich über eine Abtretung der Niederlande gegen den Eintausch von Baiern unterhandelt werde. Der Prinz glaubte, daß das Zustandekommen dieser Verhandlung durch den Tod Robespierres verhindert worden sei. Nichts aber sei für Preußen verderblicher, als dieser Austausch: Baiern müsse dem pfälzischen Hause verbleiben. Wenn der König auch von Oesterreich als Mediator anerkannt werde, so könne er demselben zu einiger Entschädigung für die Niederlande das Bisthum Salzburg verschaffen. Auch eine Erweiterung seiner Grenzen in Polen könne ihm gestattet werden nach der Convenienz von Rußland und Preußen; aber nimmermehr die Erwerbung von Baiern. Ein Gedanke des Prinzen ist, daß der westfälische Friede mit geringen, von den beiden Mächten zu bestimmenden Abweichungen hergestellt werden sollte. Nur insofern wünschte er eine Verbindung mit Frankreich; auf eine allgemeine Allianz der beiden Mächte geht sein Antrag nicht[1]).

Es waren noch immer die alten Gefahren, gegen die sich der große König erhoben hatte, von denen man sich bedroht fühlte. Eine Pacifikation mit Frankreich erschien um der polnischen, wie um der deutschen Verhältnisse willen unerläßlich, wohlverstanden mit einem Frankreich, das noch nicht als erobernde Macht betrachtet werden konnte. Und waren nicht die größten Gefahren des preußischen Staates von der alten absoluten Monarchie in Frankreich

[1]) Eine Abschrift dieses Memoires, wie der Denkschriften des Prinzen findet sich in den pièces justificatives bei Schöll; doch stimmt die Reihenfolge, die er ihnen giebt und die Zeiten, in die er sie versetzt, mit dem Inhalt nicht immer zusammen. Der Auszug, den er daraus mittheilt, ist geeignet auf falsche Vorstellungen zu führen.

selbst ausgegangen? Wie die inneren Verhältnisse sich nach dem Sturze Robespierres gestalteten, war die constitutionelle Monarchie in Frankreich noch immer möglich. Unter den einander bekämpfenden Parteien gab es auch solche, die das Heil von Frankreich in dem Frieden mit Preußen sahen. Frankreich sollte trotz der durch die Revolution geschehenen Veränderung als ebenbürtige europäische Macht betrachtet werden; man wollte ein dem alten analoges neues politisches System gründen; das revolutionäre Frankreich sollte den westfälischen Frieden bestätigen. Es leuchtet ein, daß damit Abtretungen an Frankreich in großem Umfang unvereinbar waren. König Friedrich Wilhelm II. sollte als Mediator für Deutschland und zugleich für Holland auftreten, dessen Erhaltung einen wesentlichen Moment in der Politik des Prinzen bildete.

Bemerkungen und Ansichten, denen man nicht abstreiten kann, daß sie ebenso wichtig, wie umfassend waren und in das Wesen der Dinge trafen; sie konnten nicht verfehlen auf den König Eindruck zu machen. Man bemerkt immer eine Differenz zwischen der persönlichen Hinneigung desselben und den Erfordernissen der Lage des Staates. Die erste war für die Coalition, die zweite drängte zu einer Abkunft mit Frankreich. Friedrich Wilhelm war nach Allem, was geschehen, nicht in der Stimmung, um diese Tendenzen absolut zurückzuweisen. Er fühlte sich selbst von der Coalition allenthalben abgestoßen. Die Vorschläge, welche Prinz Heinrich machte, eröffneten ihm die Aussicht auf eine große Stellung inmitten der kriegführenden Mächte. Anfang Dezember 1794 erklärte er sich, nicht ohne Beziehung auf die Eingaben des Prinzen, die jedoch keineswegs vollständig gutgeheißen wurden: er ging selbst auf die Negotiation mit Frankreich ein und bezeichnete den Mann, der ihm dazu der geeignetste scheine, den General Goltz, der bis zum Ausbruch des Krieges von 1792 Gesandter in Frankreich gewesen war. Bereits aber waren, ursprünglich selbst ohne Vorwissen des Königs, Verbindungen mit Frankreich angeknüpft.

Zwölftes Capitel.

Einleitung der Unterhandlung in Basel und in Paris.

Die ersten Friedensregungen waren von der Armee ausgegangen. Wenn der Feldmarschall auf Frieden drang, so sprach er damit die unter den Offizieren vorherrschende Meinung aus. Die Armee hatte damals, wie ein preußischer Offizier sagt, das Ansehen einer kleinen militärischen Republik. Die Opposition, in die sie sich gegen die Direktion der Diplomaten zu Gunsten Englands hineingeredet hatte, bekam vollends das Uebergewicht, nachdem die Zahlung der englischen Subsidien suspendirt worden war. Noch ohne die Genehmigung des Königs — es ist kein Zweifel daran — wurde von dem Hauptquartier eine Negotiation mit den Franzosen eingeleitet.

Es bildet einen auffallenden und doch sehr erklärlichen Gegensatz, daß in der Republik jede Abweichung von dem Gebot der Machthaber mit den äußersten Strafen geahndet; in der Monarchie dagegen eine Eigenmächtigkeit der Offiziere geduldet wurde, welche selbst die große Politik berührte. Graf Friedrich Adolf von Kalckreuth, der alle Zeit Abneigung gegen Oesterreich, große Vorliebe für Frankreich gezeigt hatte, so daß ihm der schlechte Erfolg der Maßregeln, die zur Vertheidigung von Trier im Werke waren, zugeschrieben worden ist, ergriff hiebei die Initiative. Schon im Juli 1794 hatte er einen Weinhändler aus Kreuznach, Namens Schmerz, der ihm von dem General-Major Hiller empfohlen war, welcher dessen Bekanntschaft in Kreuznach ge-

macht hatte, mündlich Auftrag gegeben, nach Basel zu gehen[1]), um bei den dort anwesenden Franzosen zu erkunden, ob sie auf eine Auswechselung der Gefangenen eingehen wollten, und wenn dies der Fall sei, ob sie vielleicht auf einen Stillstand, der bis zum Ablauf der englischen Subsidien geheim gehalten werden müsse, ferner zu Verhandlungen über einen Frieden mit dem deutschen Reich und Preußen geneigt seien. In Basel setzte Schmerz sich mit dem Bürgermeister Ochs und durch diesen mit Bacher, der sich als Commissar der französischen Regierung[2]) daselbst aufhielt, in Verbindung. Als Schmerz abreiste, versprach Bacher, ihm eine Resolution des Wohlfahrtsausschusses nachzuschicken. Am 19. August empfing Schmerz, der dann wieder in Kreuznach war, die Nachricht von Ochs, daß seine Eröffnungen wohl aufgenommen seien, eine Notiz, die Kalckreuth sehr willkommen war.

Mit einem zweiten Auftrag, der ihm ebenfalls nur mündlich ertheilt wurde, — nicht jedoch von dem Feldmarschall, welcher ihn zwar zur Tafel zog, aber dabei kein Wort von der Sache sagte —, ging Schmerz wieder nach Basel zurück, wo ihm Ochs zwar berichtete, daß die französische Regierung alles Vertrauen auf eine geheime Unterhandlung mit Preußen verloren habe; Bacher aber doch auf den Vorschlag eines geheimen Waffenstillstandes einging.

Ein anderes Verhältniß war von französischer Seite angeknüpft worden. Merlin von Thionville erzählt[3]), daß er einen

1) Instructions verbales. Hardenberg muß die Thatsachen aus einem Bericht von Schmerz entnommen haben, den er später dem König vorlegte und den dieser vernichtete. Man ist also auf das Gedächtniß Hardenbergs und die Zuverlässigkeit seiner Mittheilungen an Schöll angewiesen. Im Ganzen ist gewiß Alles richtig, im Einzelnen kann man zweifeln.

2) Premier secrétaire interprète attaché à la mission française en Suisse, et par conséquent à Barthélemy.

3) Bericht Merlins an den Wohlfahrtsausschuß vom 14. Frimaire d. J. III (4. Dezember 1794) bei Reynaud, Vie et Correspondance de Merlin de Thionville. II, 127.

Emissär, der ebenfalls als ein Kreuznacher bezeichnet wird, an Kalckreuth geschickt habe, um ihm zu sagen, der Friede Frankreichs mit Preußen hänge davon ab, daß sich dieses von der Coalition zurückziehe [1]); Kalckreuth habe geantwortet: um über den Frieden unterhandeln zu können, sei es nothwendig, die Feindseligkeiten vor Mannheim und Mainz zu suspendiren.

Einen störenden Eindruck machte es, daß Prinz Hohenlohe bei einer großen Recognoscirung die Franzosen aus ihren Stellungen verjagte und sie über Kaiserslautern nach der französischen Grenze zurücktrieb. Das diente vielleicht am meisten dazu, den Franzosen Rücksicht auf die preußischen Waffen einzuflößen. Meyerinck, einer der Adjutanten Möllendorfs, an den Schmerz besonders gewiesen war, gab über die Absichten Preußens beruhigende Erklärungen; er verband dabei Zusicherungen und Drohungen. Der Erfolg war, daß die Franzosen dem Rückzug, zu dem sich die preußischen Truppen damals anschickten, nur geringe Feindseligkeiten entgegensetzten. Einen Zusammenstoß mit den französischen Truppen vermied man und mußte ihn um so mehr vermeiden, da man indessen wirklich in Berlin zu dem Entschlusse gekommen war, in eine förmliche Verhandlung mit Frankreich einzutreten. Diese betraf nicht allein die Auswechselung der Gefangenen, womit Meyerinck zunächst beauftragt war; sie hatte eine Abkunft zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich zum Zwecke. Von jener nordischen Mediation waren die deutschen Reichsstände zurückgekommen; besonders der Kurfürst von Mainz wünschte dieselbe in aller Form an Preußen übertragen zu sehen; der König war ehrgeizig, sie zu übernehmen. Bei der umfassenden Bedeutung der Angelegenheit schien es nicht rathsam, die Unterhandlung in den Händen untergeordneter Agenten zu lassen, wiewohl Bacher mit großer Be-

1) Der Emissär Merlins erscheint bei ihm unter dem Namen Schmitz. Wohl möglich, daß Schmitz und Schmerz dieselbe Person sind; aber es giebt Regionen, welche selbst die historische Forschung zu berühren sich scheut.

stimmtheit aussprach, daß der Convent sehr geneigt sei, darauf einzugehen: man wünschte mit dem damaligen französischen Gesandten in der Schweiz, Barthelemy anzuknüpfen. Ein Edelmann, der in Diensten des Königs von Preußen stand, besuchte denselben gegen Ende November in Baden, wo er sich aufhielt. Barthelemys Einfluß auf die Verhandlungen ist so bedeutend gewesen, daß wir wohl seiner Persönlichkeit eine nähere Erwähnung schuldig sind.

Franz Barthelemy, Neffe des Autors des in aller Welt gelesenen Anacharsis, gehörte noch der alten europäischen Gesellschaft an; seine diplomatische Ausbildung fällt noch in die Zeiten Ludwig XVI. Jetzt hatte er sich in Baden einen den früheren Gewohnheiten analogen comfortablen Zustand eingerichtet. Er arbeitete den ganzen Tag bis in die Nacht; aber er hatte einen Garten, eine angenehme Gesellschaft von jüngeren Freunden, — er selbst war nie verheirathet, — eine gute Küche, einen wohlversehenen Weinkeller. Er war von natürlicher Sanftmuth und angeborener Mäßigung. Er verabscheute das System des Schreckens und der Jakobiner mit ganzer Seele, wie er sich denn um einige Flüchtlinge, die der Gewalt der damaligen Herrscher entrannen, Verdienste erworben hatte. Den preußischen Besuch, der ihm jetzt zu Theil wurde, empfing er mit behaglicher Liebenswürdigkeit und dem Ausdruck entgegenkommender Gesinnung. Gern erging er sich im Gespräch über die großen Handlungen und Erfolge der französischen Armee in ihrer damaligen Zusammensetzung und erwartete deren noch mehrere; aber zugleich wünschte er den Frieden. Er verhehlte nicht, daß es in dem Convent eine Partei gebe, welche alles Gebiet bis an den Rheinstrom in Anspruch nehme: der aber stehe eine andere entgegen, zu der er selbst gehöre, welche sich damit begnügen wollte, die alten Grenzen wieder herzustellen, wie sie vor der Revolution gewesen seien. Doch sprach er dabei die Voraussetzung aus, daß England seine Eroberungen herausgebe und die belgischen Provinzen sowohl,

wie Holland zu Republiken frei von jedem fremden Einfluß, umgestaltet würden[1]).

Für die Einleitung einer förmlichen Unterhandlung zeigte sich jedoch noch eine andere Schwierigkeit. Bacher wurde von dem Wohlfahrtausschuß aufmerksam gemacht, daß ihm, dem Ausschuß, den Beschlüssen des Convents zufolge allein die Befugniß ertheilt sei, Anträge einer fremden Macht zu vernehmen, und daß demnach auch alle Propositionen, welche von preußischer Seite gemacht werden würden, an den Ausschuß gerichtet werden müßten[2]). Darin lag zwar eine Weiterung, aber doch auch zugleich die Einwilligung in die Verhandlungen selbst. Der Wohlfahrtsausschuß gab dem Gesandten Barthelemy mit einer Art von Entschuldigung — denn er hätte erwarten dürfen, daß die Unterhandlung von vornherein durch ihn geführt worden wäre — Nachricht von dem bisher Geschehenen (5. Dezember). „Wir haben uns bereit erklärt, die Vorschläge des Königs von Preußen anzuhören, vorausgesetzt, daß sie mit der Würde und den Interessen des französischen Volkes vereinbar sind. Da das Kabinet von Berlin seine Augen über seine wahren Interessen öffnet, so hängt es nur von ihm ab, das ganze System von Europa zu verändern zum gemeinschaftlichen Vortheil für Preußen uud Frankreich. Doch scheint es das Beste, die Verhandlungen unmittelbar mündlich in Paris zu führen“[3]).

1) Les uns croient que, fidèle à la constitution, on doit renoncer à toute conquête. que les anciennes limites de la France, c'est-à-dire celles qui subsistaient avant la révolution garnies partout d'une belle chaîne de forteresses, soit ce qu'il faut à la République, et lui serait de cet avis, bien entendu que les Anglais rendent tout ce qu'ils ont encore aux Français, que les Hollandais, les Pays-Bas autrichiens fussent des Républiques, influencées par personne, alliées à la France. Bericht des Grafen von Luxburg an Hardenberg, G. St.-A.

2) Le Comité de salut public de la Convention nationale au citoyen Bacher, premier secrétaire interprète de la République en Suisse, à Bâle. Paris, le 26 brumaire, l'an III de la République française, une et indivisible.

3) Nous avons répondu que nous étions disposés à écouter les propositions du roi de Prusse, qu'on pouvait être sûr qu'elles seraient accueillies

Indessen war in Berlin Hand an die von dem Könige angeordnete Mission nach Basel gelegt worden; sie wurde noch höchst geheimnißvoll behandelt, ähnlich wie jene erste Absendung Bischoffwerders nach Wien. Das damals eingeschlagene System sollte nun eben von Grund aus verändert werden. Graf Goltz, der sich in Magdeburg befand, soll sich zuerst nach Rheinsberg zu dem Prinzen Heinrich begeben, dem man diese Aufmerksamkeit wegen seines Eifers für den Frieden und seiner interessanten Bemerkungen über denselben schuldig sei; der Besuch soll jedoch nur als eine Höflichkeit betrachtet werden. Unter fremdem Namen soll sich Goltz nach Potsdam begeben, um hier seine Instruktionen zu empfangen. Der König hatte befohlen, er solle selbst Berlin nicht berühren und ihm überhaupt das tiefste Geheimniß zur Pflicht gemacht. Obgleich Goltz sich nicht wohl befand, — er klagte über einen durch die Gicht gelähmten Arm — so zögerte er doch keinen Augenblick, die Mission anzunehmen: denn jedes Bedenken verschwinde, wenn sein Herr urtheile, daß er nützliche Dienste leisten könne. Leider findet man nichts über seine Conferenz mit dem Prinzen Heinrich, dessen Rathschläge er entgegen zu nehmen angewiesen war. Als er von Rheinsberg nach Potsdam kam, fand er eine bereits fertige Instruktion vor, und Haugwitz säumte nicht sich einzustellen. In dieser Instruktion erkennt man einige der Grundsätze wieder, die der Prinz in seinem Memoire niedergelegt hatte, doch war sie vollkommen ein Werk des Ministeriums. Sie ist insofern von der größten Merkwürdigkeit, als sie die Ge-

si elles s'accordaient avec la dignité et les intérêts du peuple français, et que, puisqu'enfin le cabinet de Berlin ouvrait ses yeux sur ses véritables intérêts, il ne tenait qu'à lui, en mettant dans cette grande négociation la même franchise et la même loyauté que nous, de contribuer avec nous à changer rapidement le système de l'Europe de la manière la plus avantageuse pour lui comme pour la République française, qu'au surplus nous persistons à penser qu'il serait plus expédient de traiter de vive voix à Paris que par lettres. Le Comité de salut public au Citoyen Barthélemy. Paris, le 15 frimaire an III (5 décembre 1794). Nach der Abschrift im G. St.-A.

sichtspunkte entwickelt, unter denen Preußen in die Friedensverhandlungen mit Frankreich eintrat.

Vor allen Dingen soll Goltz die bereits begonnene Unterhandlung über die Auswechselung der Gefangenen aufnehmen. Die Franzosen hatten versprochen die Freigebung der sehr zahlreichen Gefangenen französischer Nation dadurch zu erwiedern, daß sie die von ihnen occupirten westfälischen Landstriche preußischer Herrschaft fortan nicht feindselig behandeln würden. An die Veränderung, die durch den Sturz Robespierres in dem innern Zustande von Frankreich eingetreten war, sollen die Hoffnungen angeknüpft werden, die der König für den Frieden hege, wobei er zugleich die Rolle eines allgemeinen Friedensvermittlers zu übernehmen wünsche. Vor allen Dingen nothwendig sei der Abschluß eines Waffenstillstandes, in den jedoch die Festung Mainz eingeschlossen werden müsse; erst dann könne man zu einer Verabredung von Friedenspräliminarien schreiten. Eine förmliche Anerkennung der französischen Republik soll der Gesandte möglichst vermeiden, und nur unter der Bedingung aussprechen, daß die Negotiation nicht abgebrochen werde, sondern zum Ziele führe. Diese Anerkennung mochte auf der andern Seite nicht hoch angeschlagen werden, weil man derselben nicht bedürfe; für Preußen war sie aber ein wichtiger Schritt, da die Nichtanerkennung der Republik den Mittelpunkt der Ideen der Coalition bildete. Als Preis dieser Anerkennung wird die Rückgabe der von den Franzosen occupirten preußischen Staaten auf dem linken Rheinufer gefordert.

Eines der vornehmsten Objekte der Unterhandlung ist die Mediation des Königs für eine Anzahl Reichskreise und Reichsfürsten, von denen dieselbe gefordert ist. Es sind Franken, Oberrhein, Kurrhein, ferner die beiden Hessen, Trier, Zweibrücken, Leiningen. Der König trägt darauf an, daß diesen Fürsten sowohl wie andern, die sich ihnen anschließen könnten, Waffenstillstand und Neutralität bis zum Abschluß des Friedens zugesichert werde; er bezieht sich darauf, daß nach den Aeußerungen von

Bacher und Ochs die französische Republik diesem Wunsch nicht entgegen sei, sondern es gern sehen werde, wenn das Reich sich noch inniger als bisher an Preußen anschließe. Von einer Allianz mit Frankreich soll zunächst nicht die Rede sein. Doch soll in Anbetracht, daß das ganze System in Europa durch die letzten Ereignisse eine Veränderung erfahren, die Aussicht zu einer solchen eröffnet werden, namentlich für den Moment, wo es den Franzosen gelinge, ihrer Regierung einen Grad von Stabilität zu geben, durch die sie sich gegen neue Umsturzbewegungen sicher stelle. Goltz wird unterrichtet, daß Holland mit Frankreich in Friedensunterhandlungen getreten sei, in der Absicht, sich von dem Joch der Engländer loszureißen. Zur Ausführung einer Neutralisation, welche den Rückzug der österreichischen Truppen an vielen Stellen nothwendig mache, biete der König seine guten Dienste an. Der Emigranten soll sich der Gesandte annehmen, und die Erleichterungen, die man ihnen gewähre, als eine Gefälligkeit bezeichnen, die man dem König erweise. Die Frage, wie sich Frankreich zu den von ihm im deutschen Reiche gemachten Eroberungen zu verhalten gedenke, erscheint, wie sich denken läßt, als einer der wichtigsten Gegenstände der Erkundigungen des Gesandten. Man wünschte zu hören, ob irgend ein Opfer zur Herstellung des Friedens nothwendig sei. Zugleich aber wird in Erinnerung gebracht, daß Frankreich die Garantie des westfälischen Friedens, die es einst so hoch gehalten, wieder übernehme, so daß es nicht allein die Constitution des Reiches garantire, sondern auch im Allgemeinen den Umfang seiner Besitzungen [1]).

Es ist eine für immer merkwürdige Phase der preußischen Politik, die hiebei zu Tage tritt: die alte Gestalt von Europa sollte

1) Ce serait rendre à l'Empire le service le plus signalé que de porter le gouvernement français à reprendre la garantie de la paix de Westphalie, car il serait clair que dès lors il serait obligé, pour ne pas tomber en contradiction avec lui-même, à subordonner ses vues à la teneur de ce même traité et à les borner ainsi au statu quo des possessions qu'il établit. Instruction secrète pour le général-major comte de Goltz. Berlin, le 8 décembre 1794.

möglichst conservirt, jedoch auch Frankreich als Macht, gleichsam als eine Gegenmacht gegen Oesterreich und England anerkannt werden. Preußen will sich mit Frankreich Macht gegen Macht in Verhältniß setzen; besonders nimmt es eine große Stelle in dem Reich in Anspruch, das sich ohne innere Veränderung oder äußeren Verlust an den preußischen Staat angeschlossen haben würde. Aber gleich an höchster Stelle in dem Kabinete gab es eine Stimme, welche die in der Instruktion angedeutete Politik als unausführbar betrachtete.

Der Kabinetsminister Alvensleben vermißte vor Allem, daß man auf die vornehmste Streitfrage, die sich herausstellen werde, nicht mehr Rücksicht genommen habe. Er setzt voraus, daß die Behauptung des linken Rheinufers in Frankreich eine beschlossene Sache sei, so daß die Zurückgabe der preußischen Provinzen sich nimmer werde durchsetzen lassen: denn die Franzosen würden ihr neu erobertes Gebiet nicht zerstückeln wollen[1]. Bei der Abfassung der Instruktion hätte man auf die Möglichkeit dieser unwiderruflichen Prätention der Franzosen Rücksicht nehmen müssen. Alvensleben ist nicht der Meinung, daß dieser Anspruch absolut zurückgewiesen werden müsse; der Friede sei nun einmal das dringendste Bedürfniß. Er erörtert vielmehr, was für eine solche Abtretung von Frankreich zu verlangen wäre. Dazu bringt er zweierlei in Vorschlag: Sicherung der in Besitz genommenen polnischen Erwerbungen und Zusage einer Entschädigung Preußens durch Säcularisation[2].

Diesem Gutachten aber setzte sich wieder Graf Finkenstein entgegen. Er erinnert: daß Frankreich die Provinzen des Königs werde behalten wollen, sei doch nur eine Möglichkeit, die man bei der Instruktion nicht zu berücksichtigen brauche. Darauf einzugehen, würde den König empören, so daß er vielleicht von der Mission

1) morceler. Mémoire d'Alvensleben. Le 9 décembre.

2) de nous faire assurer une indemnisation en Allemagne par quelques sécularisations.

des Grafen Goltz nichts mehr werde hören wollen [1]). Rußland werde sich im höchsten Grade verletzt fühlen, wenn es durch eine Indiskretion erführe, daß man Frankreich in die polnische Angelegenheit habe mischen wollen. Und selbst die Exclusion Oesterreichs von den in Polen zu machenden Erwerbungen würde, von den Franzosen ausgesprochen, bei ihrer weiten geographischen Entlegenheit ohne alle Wirkung bleiben. Das bedeutendste Wort Alvenslebens war die zur Entschädigung von Preußen in Aussicht genommene Säcularisation. Auch erregte es den größten Anstoß. Finkenstein bemerkt: ein solches Vorhaben würde das gesammte deutsche Reich gegen Preußen in Aufregung bringen, zumal wenn man zugäbe, daß Frankreich seine Grenzen bis zum Rhein ausdehne [2]).

Was hier als eine Meinungsverschiedenheit zweier Minister erscheint, war, im Allgemeinen angesehen, die vornehmste Frage der Welt. Sollte es Preußen gelingen, noch einmal auf Grund des westfälischen Friedens sich mit Frankreich zu pacificiren, d. h. das alte Europa und namentlich das hierarchische Deutschland zu behaupten; oder sollte diese Pacifikation nicht anders geschehen können, als durch Nachgiebigkeit in der territorialen Frage, was nothwendig nicht die Herstellung, sondern den Umsturz des Reiches zur Folge haben mußte. Haugwitz war der Meinung, daß es nicht an der Zeit sei, darüber im Voraus feste Entschlüsse zu fassen: denn noch seien die Franzosen untereinander selbst nicht über ihre Politik in dieser Beziehung einig. Wäre es aber wirklich an dem,

1) Cela ne manquerait pas de révolter le roi et engagerait peut-être S. M. à ne plus vouloir entendre parler de la mission du comte de Goltz. Mémoire de Finkenstein. Le 9 décembre.

2) Le partage de la Pologne ne dépend pas de la France, mais principalement de la Russie, qui serait piquée au vif si elle apprenait, par l'indiscrétion de la France, qu'on avait voulu y faire intervenir cette puissance. — Une sécularisation en notre faveur animerait tout l'Empire contre nous, dans le moment où nous l'abondonnerions en connivant à ce que la France poussât ses frontières jusqu'au Rhin.

daß sie die Rheingrenze behaupten wollen, so würde nicht von einem Frieden, sondern nur von einem Waffenstillstand die Rede sein dürfen. Die Instruction von Goltz war in der Voraussetzung abgefaßt, daß die Franzosen an der Forderung der Rheingrenze nicht unerschütterlich festhalten würden. Auf seiner Reise nach Basel traf Goltz mit Hardenberg zusammen, mit dem er in ein sehr vertrauliches Verhältniß trat. Hardenberg unterrichtete ihn besonders über die Verhandlungen am Reichstage in Bezug auf die Mediation: denn die beiden Ideen der Mediation im Reiche und der Pacifikation mit Frankreich hingen aufs genaueste zusammen. Auch dem Feldmarschall Möllendorf machte Goltz einen Besuch. Dem lag vor Allem daran, daß von den Franzosen nicht die Belagerung von Mainz unternommen werde. Goltz langte am 28. Dezember in Basel an. Man wußte bereits, daß Barthelemy ebenfalls nach Basel kommen werde.

Indem aber das Berliner Kabinet die Unterhandlungen in Basel zu eröffnen im Begriff war, vernahm es, und zwar eben von Basel her, daß der Wohlfahrtsausschuß Propositionen, die ihm von Seiten des Feldmarschalls zugingen, doch nicht angethan fand, um ernstliche Verhandlungen daran zu knüpfen; er wünschte von den persönlichen Meinungen des Königs eine zuverlässige Kunde zu erlangen.

In Basel hielt man für nothwendig, das Berliner Kabinet von dieser Erklärung unmittelbar in Kenntniß zu setzen. Der dort anwesende preußische Gesandtschaftssekretair Harnier machte sich auf, um sie persönlich nach Berlin zu überbringen. Ohne Goltz zu erwarten, eilte er nach Berlin, wo er am 18. Dezember ankam und seine Mittheilungen machte. Die Eröffnung des Ausschusses schien für den ganzen Erfolg der eben unternommenen Mission so wichtig, daß man unverzüglich Harnier selbst dazu bestimmte, nach Paris zu gehen und die erforderlichen Erklärungen über die Gesinnungen des Königs beizubringen: er wurde an demselben Tage mit Anweisungen dahin versehen.

Um die Entschlüsse zu beurtheilen, welche in Berlin gefaßt

wurden, muß man sich erinnern, daß die Nachrichten aus Paris den friedlichen Aeußerungen Barthelemys entsprachen. Die große Reaktion gegen das Schreckenssystem war noch in vollem Gange. Der Jakobinerklub war geschlossen, die 73 Girondisten waren wieder in den Convent eingetreten (9. Dec. 1794). Man erfuhr von einer durchaus veränderten Stimmung in der Nation und der höheren Gesellschaft. In der Hauptstadt kehre man, — so versicherten ein Paar Reisende, die aus Paris soeben in Basel angekommen waren —, zu den alten Sitten zurück; die Bezeichnungen Bürger und Bürgerin verwandelten sich wieder in das altgewohnte Monsieur und Madame; man dutze sich nicht mehr; man vermeide das kurz abgeschnittene Haar, an welchem man die Jakobiner erkannt hatte; Alles rufe nach Frieden; das Volk begehre wieder eine öffentliche Gottesverehrung; bei der wachsenden Irritation von Rußland, Oesterreich und England beginne man einen Umschlag des bisherigen Glückes zu fürchten und würde geneigt sein, die Eroberungen, die in den Niederlanden und längs des Rheines gemacht worden, wieder aufzugeben, um Frieden zu erhalten[1]).

Man sieht, wie sehr diese Mittheilungen den Wünschen des Berliner Kabinets entgegen kamen. Um so gespannter war man darauf, wie die Eröffnungen Harniers aufgenommen werden würden. Dessen Auftrag ging nun dahin, die von dem Wohlfahrtsausschuß geforderte mündliche Einleitung zu treffen und im Namen des Königs einmal von dessen Geneigtheit, auf einen Frieden einzugehen, Zeugniß zu geben; dann aber zugleich die Bedingung hinzuzufügen, daß Frankreich die Mediation des Königs in Bezug auf das deutsche Reich, mit welchem unmittelbar nach der Abkunft mit ihm selber ein Frieden geschlossen werden müsse, aner=

1) Diese Nachrichten kamen von Baron Luxburg zuerst privatim an Hardenberg und wurden von diesem an den König eingeschickt. In den Briefen wird Luxburg als ein Mann bezeichnet, der im Königlichen Dienste stehe. Er ist derselbe, von dem die obigen Mittheilungen über Barthelemy stammen.

kenne[1]). Harnier, der seinen Weg wieder über Basel genommen hatte, traf am 6. Januar 1795 in Paris ein. Begleiten wir den Verlauf seiner für die Entwickelung der Dinge unendlich wichtigen Unterhandlung.

Den Tag nach seiner Ankunft in Paris hatte er seine erste Audienz bei dem Wohlfahrtsausschuß, welcher vollzählig beisammen war. Der Präsident führte ihn in den Saal und wies ihm einen Platz zu seiner Seite an. Harnier las das Reskript vor, in welchem der Zweck seiner Mission — Frieden und Mediation — ausgesprochen war. Man antwortete darauf mit allgemeinen Versicherungen, auf welche die Discussion folgte, die sich den 8. und 9. immer in den Mittagsstunden fortsetzte, und in welcher man die Gesichtspunkte des Wohlfahrtsausschusses hervorkehrte. Das erste, was man besprach, war die Pacifikation zwischen Preußen und Frankreich, die dergestalt in der Natur der Sache liege, daß die Schwächung des einen Theiles für den andern schädlich sei. Aber zugleich schien es, als halte man eine Allianz der beiden Mächte gegen ihre gemeinschaftlichen Feinde für selbstverständlich. Man sagte: nachdem Oesterreich Frankreich nicht habe zu Grunde richten können, werde es, gereizt durch die erlittenen Verluste, Hand anlegen, seine Gelüste gegen das Reich wieder aufzunehmen[2]).

Harnier hatte den ausdrücklichsten Befehl vom Könige, wenn jemals, was er nicht erwarte, die Rede davon wäre, daß er seine Waffen gegen seine bisherigen Verbündeten wenden solle, dies zu verweigern; niemals werde er einen ähnlichen Entschluß fassen; ein solcher würde seiner Loyalität durchaus entgegen laufen. So sprach sich nun Harnier mit Entschiedenheit aus: er machte damit vielen Eindruck auf den Ausschuß und brachte die Frage auf ihren

1) Le but de cette commission, destinée à frayer les voies à une conciliation, consiste à prononcer mon intention sincère et sérieuse et le désir que j'ai de faire la paix avec la France, moyennant que celle-ci accepte ma médiation pour la paix à conclure immédiatement après avec l'Empire germanique. Instruction pour Harnier; Potsdam, le 18 décembre.

2) L'Autriche serait plus avide à trouver ailleurs de quoi satisfaire sa rapacité et reprendre nommément ses anciens projets contre l'Empire.

eigentlichen Standpunkt zurück, d. h. auf den Abschluß eines besonderen Friedens. Den Antrag auf Mediation lehnten die Franzosen ab, inwiefern mit diesem Worte die Idee einer positiven Autorität verbunden sein könne. Sie unterschieden davon die Interposition guter Dienste, die sich auf gegenseitige Freundschaft gründe: eine solche allein entspreche der Stellung, welche die französische Nation durch Vollendung der Revolution im Kampfe mit den europäischen Mächten erlangt habe. Unerschütterlich bestand die Majorität des Ausschusses auf der Nothwendigkeit, Mainz in französische Hände zu bringen, — der einzige Platz, der ihnen mangele, um das ganze linke Rheinufer zu beherrschen.

Harnier bemerkte, daß die Erklärung des Comités, weit entfernt den friedlichen Erwartungen, die man hegte, zu entsprechen, vielmehr nur auf eine Fortsetzung des Krieges zu zielen schiene: es liege ein Widerspruch darin, dem König von Preußen eine größere Macht verschaffen und doch ihn selbst und seine Mitstände ihrer bisherigen Besitzungen und das Reich einer seiner vornehmsten Festungen berauben zu wollen.

Der Ausschuß erwiderte: Frankreich sei entschlossen den Krieg so lange fortzuführen, bis es die Sicherheit erlangt habe, deren es bedürfe; der König werde nicht die Bitten einiger Mitstände höher anschlagen, als das Interesse seiner eigenen Staaten; in den Reichslanden spreche der Widerwille gegen den Krieg sich so laut und nachdrücklich aus, daß er niemals nationalisirt werden könne.

Das waren allerdings nur Besprechungen, keine Beschlüsse: in dem Ausschusse gab es eine Anzahl von Mitgliedern, die ungefähr ebenso gesinnt waren, wie Barthelemy sich ausgedrückt hatte. Dabei aber bleibt es doch, daß bei dem ersten Schritte der Annäherung zwischen Frankreich und Preußen auch der große Gegensatz hervortrat, der sie wieder auseinander hielt. Alles liegt in dem Anspruch der Franzosen auf die Rheingrenze, welcher, da er ohne Entschädigung nicht durchgeführt werden konnte, zu einer Umgestaltung des innern Deutschlands führen mußte; das Wort Säcu-

larisation ist bei diesen Verhandlungen nicht ausgesprochen worden, aber wir wissen, daß es in dem Schooß des preußischen Ministeriums selbst verlautet war. Die Meinung Alvenslebens war gewesen, auf die Forderung Frankreichs einzugehen, und sich zugleich mit demselben über alle daraus hervorgehenden Nothwendigkeiten zu verständigen. Den übrigen Ministern, und vor allem dem König lag ein solcher Gedanke ferne; sie wünschten Pacifikation mit Frankreich, aber Erhaltung der Grenzen sowohl wie der innern Gestaltung Deutschlands. Inwiefern dies zu vereinigen sein würde, das war nun die große Frage.

Dreizehntes Capitel.

Häsitation der Unterhandlungen. Goltz in Basel.

Schon an sich brachten die Berichte Harniers über seine Mission die größte Sensation in Berlin hervor; sie wurde dadurch verdoppelt, daß eben in derselben Zeit ein Ereigniß eintrat, durch welches die Weltlage wesentlich verändert wurde. Es war die Einnahme von Holland durch die Franzosen: sie geschah weniger durch neue bedeutende Waffenthaten, als in natürlicher Folge der Katastrophe von Belgien. In Holland regten sich die antioranischen Elemente, welche im Jahr 1787 besiegt worden waren und einen Rückhalt an Frankreich gefunden hatten. Damals besaß Frankreich — es waren die Zeiten der Notabeln und Calonnes — keine militärische und deshalb auch keine politische Bedeutung; seitdem war es zur vorwaltenden Macht in Europa geworden. Gleich bei dem Beginn der revolutionären Kriegsbewegung nach Außen war eine Invasion in Holland versucht, aber durch die Uebermacht der Coalition rückgängig geworden. Der Rückzug der Verbündeten, die Erhebung der Patrioten, das Eindringen der Franzosen unter begünstigenden Umständen aller Art, — Alles ging Hand in Hand. Der Prinz von Oranien, der noch einmal Anerbietungen in Frankreich gemacht hatte, wurde von der patriotischen Partei überboten und verließ das Land. Auch die Seemacht, welche immer viel oranische Sympathien gezeigt hatte, ging endlich zu den Franzosen über. An Stelle der Einrichtungen, welche 1787 und 1788 unter dem Schutz von Preußen und England getroffen worden waren, bildeten die jetzt

siegreichen Patrioten eine neue Republik unter der Aegide von Frankreich. Die Unabhängigkeit von Holland hatte seit dem Jahre 1672 gleichsam als ein Eckstein des europäischen Staatensystems gegolten. Dort war die Idee des Gleichgewichts der Mächte ursprünglich gefaßt worden; dieses Gleichgewicht war aber jetzt, auf dem Continent wenigstens, so gut wie zertrümmert. Am tiefsten und unmittelbarsten wurde Preußen davon betroffen, das in den engsten Verbindungen mit dem Hause Oranien stand; dessen Combinationen es eigentlich waren, was in Holland von den Franzosen überwältigt wurde, und das dadurch auch geographisch in große Gefahr gerieth.

Mit dem Eindruck, den dies Ereigniß hervorbrachte, trafen nun die Nachrichten Harniers aus Paris zusammen: Haugwitz eilte zu dem König, um persönlich Rath mit ihm zu pflegen. Die Frage war, ob, nachdem der Anspruch der Franzosen auf die Rheingrenze unzweifelhaft geworden war, eine Fortsetzung der Friedensunterhandlungen noch zulässig sei. Hätte der Staat in seiner alten Energie bestanden; wäre er seiner Streitkräfte vollkommen mächtig gewesen: so würde man das nimmermehr haben genehmigen, man würde schon die in Holland geschehene Staatsveränderung sich nicht haben gefallen lassen dürfen. Allein so standen die Dinge nicht. Wenn die politischen Verhältnisse überhaupt zu den Verhandlungen mit Frankreich geführt hatten, so war diese Nothwendigkeit jetzt verstärkt. Das Vordringen der Franzosen in Holland, der entsetzliche Schlag, den sie den Streitkräften der Verbündeten beigebracht, die furchtbare Verstärkung der Hülfsmittel, über die sie disponiren konnten, verboten schlechterdings die Unterhandlungen mit ihnen abzubrechen[1]). Ebenso umfassend wie dringend waren dieselben.

1) Les nouveaux progrès faits par les armes françaises en Hollande, le coup affreux qu'ils ont porté aux forces de la Coalition, l'augmentation terrible de celles qu'ils ont déjà à leur disposition, sont autant de raisons pour porter le Roi à désirer que les négociations entamées avec les Français ne seraient point rompues, mais que les circonstances les plus inpérieuses exigent plutôt qu'on ménage les dispositions favorables que le

Wie viel hatte es schon an sich zu bedeuten, daß der König von Preußen mit dem revolutionären Staat, den er zuerst bekämpft hatte, einen Pakt zu schließen genöthigt war. Fast noch lebhafter aber empfand man die vorliegende Nothwendigkeit, über das künftige Verhältniß zwischen Frankreich und Deutschland Beschluß zu fassen. Und Alles gehen zu lassen, wie es ging, konnte zu unmittelbarem Verderben führen. In dieser Verlegenheit, durch die jeder Entschluß zweifelhaft wurde, machte man die Bemerkung, daß man das, was im Wohlfahrtsausschuß geäußert war, nicht als offizielle Erklärung anzusehen brauche; man dürfe die Eröffnungen abwarten, welche der französische Gesandte dem preußischen in Basel vorlegen werde: auf der Stelle jedoch müsse man dem Erstaunen des Königs über den ungeheuren Entwurf der Franzosen Ausdruck geben. Aber man hielt nicht für rathsam, sich demselben direkt und entschieden entgegenzusetzen. Man erwog, daß bei der allgemeinen Pacifikation alle Mächte dahin gebracht werden könnten, den Franzosen die Rheingrenze zuzugestehen: dann würde es vielleicht in dem Interesse des Königs sein, sich über das Schicksal seiner linksrheinischen Staaten mit Frankreich zu verständigen. In diesem Falle müsse man über den Austausch oder ein Aequivalent übereinkommen; bis dahin müsse jede Bestimmung verschoben werden [1]).

Wenn man noch die Hoffnung hegen konnte, daß die ge=

gouvernement français, d'après un plan politique, paraît nourrir, et qui ne semblent pas être contraires aux vrais intérêts de la Prusse. Haugwitz à Finkenstein et Alvensleben. Potsdam, le 27 janvier 1795.

1) Si, lors d'une pacification générale, telle était la nature de l'arrangement auquel toutes les Puissances contractantes auraient souscrit, que le Rhin fût effectivement la nouvelle ligne de la France, il conviendrait peut-être aux intérêts réciproques de la Prusse et de la France de s'entendre sur la possession des États du Roi sur la rive gauche de ce fleuve, et on ne disconvient pas que l'intérêt mutuel des deux Puissances exige que, dans ce cas, on convienne d'un arrangement quelconque d'échange ou d'équivalent à stipuler entre les deux Puissances. Mais comme ce point dépend des contingents futurs, on doit y renvoyer cet objet.

mäßigte Partei in Frankreich die Oberhand erhalten und die Aufrechthaltung der alten Grenzen beschließen würde, so war das doch nur die eine Seite der Frage; auch das Gegentheil blieb möglich. Und wenn dann ein neuer Sieg über die Coalition hinzukam, sodaß das Zugeständniß der Rheingrenze allgemein nothwendig wurde, so trat der Fall ein, in welchem Preußen nicht über die Hauptfrage, wohl aber über seine besondre Stellung eine Abkunft mit Frankreich zu schließen hatte.

In allen andren Punkten war das Kabinet von Berlin mit den Eröffnungen des Wohlfahrtsausschusses einverstanden. Man begrüßte mit Freude, daß zunächst von keiner formellen Anerkennung der Republik, hauptsächlich aber, daß von keiner engen Allianz zwischen den beiden Mächten die Rede sein sollte. Selbst in Bezug auf die Mediation wich man einen Schritt zurück. Hardenberg ist immer dagegen gewesen, und würde sich wahrscheinlich niemals dazu verstanden haben; Haugwitz aber ließ sich dazu herbei; er erklärte: man werde sich mit der Intercession für diejenigen Stände begnügen, die sich an das preußisch-französische System anschließen würden, wie das von dem Wohlfahrtsausschuß vorgeschlagen war.

Ueberhaupt ist ja nicht zu verkennen, daß Preußen sich bei dieser Negotiation von vornherein im Nachtheil, Frankreich aber im Vortheil befand. Wohl mußte Frankreich wünschen und wünschte es, Preußen von der Coalition zu trennen: doch war für Frankreich die Pacifikation mit Preußen keine Nothwendigkeit; eine solche aber war sie für Preußen selbst. Alvensleben hat bei der damaligen Berathung nochmals eine evidente Zusammenstellung darüber zu den Akten gegeben; und um das Verhältniß der beiden Mächte zur Anschauung zu bringen, möge sie hier in kurzem rekapitulirt werden. Die holländische Armee, sagt Alvensleben, ist nicht mehr, die englisch-hannoversche so gut wie zerstört; bei den deutschen Fürsten findet man pompöse Worte, aber keinerlei nachhaltige Kraft. Der ungeheuren Macht der Feinde stehe man also allein gegenüber; die preußische Armee

könne vernichtet, das Gebiet zwischen Rhein und Weser von den Franzosen eingenommen werden. Von England sei nach Eintritt des Winters gewiß keine Hülfeleistung zu erwarten. Von den beiden Kaiserhöfen werde man mit Knechtschaft bedroht, wenn das preußische Heer nicht in das eigne Gebiet zurückkehre und man ihnen nicht durch die Verbindung mit Frankreich imponire. Wollte man die Vortheile von Oesterreich über Frankreich befördern, so würde man an seinem eignen Ruin arbeiten. Aus dem Berichte des Finanzausschusses sehe man, daß das Land keine Hülfsmittel weiter darbiete; aus den bei den Anleiheversuchen gemachten Erfahrungen ergebe sich, daß man keinen Credit besitze. Man könne die Armee nicht länger als bis zum März 1795 erhalten; schon im Februar werde sie ihren Rückzug antreten müssen.

In dieser gefährlichen und widerwärtigen Krisis aller innern und äußern Verhältnisse war es, daß die Unterhandlungen in Basel begonnen wurden.

Von französischer Seite war der Vorschlag gemacht worden: Goltz solle sich zur Fortsetzung der Unterhandlung nach Paris begeben, wo auch andre Friedensbevollmächtigte, namentlich von Spanien und von Schweden, erwartet wurden. Goltz verwarf das mit Entschiedenheit: denn in der neutralen Stadt, in der man sich befinde, werde man die Geschäfte am ruhigsten ausführen können; in Paris dagegen würde man von dem dort wieder mächtig auftauchenden Strudel der Intriguen ergriffen werden; die Emissäre von England und von Oestereich würden den Fortgang der Unterhandlungen stören, und um so mehr wirken können, da die Aufhebung des Maximums, zu der der Convent damals geschritten war, eine Vertheuerung der Lebensmittel herbeigeführt und den Einfluß der Jakobiner wieder gesteigert habe. In Berlin war man mit der abschlägigen Antwort des Gesandten sehr einverstanden: auf die Anmuthung der Franzosen einzugehen, laufe der Würde der preußischen Krone entgegen; offenbar werde für dieselbe besser gesorgt, wenn man

an einem neutralen Orte verhandle, als wenn die Negociation geradezu nach der Hauptstadt der neuen Republik verlegt werde. Man blieb dabei, daß die Unterhandlung entweder in Basel oder in Baden geführt werden müsse, und zwar mit Barthelemy, zu dem man bereits als einem alten Gesandten seiner allerchristlichen Majestät ein nicht geringes Vertrauen gefaßt hatte.

Am 12. Januar 1795 traf Barthelemy in Basel ein. Die erste Begegnung, die er auf Veranstaltung Bachers an einem dritten Orte mit Goltz hatte, fiel sehr befriedigend für diesen aus: Barthelemy erklärte sich persönlich in dem Sinne der preußischen Gesandtschaft. Am 22. Januar wurden die Vollmachten von beiden Seiten im Rathhause zu Basel ausgewechselt. Am 23. kam es zu einer ersten, förmlichen Konferenz, an welcher auch Bacher, der jetzt seinem Gesandten adjungirt wurde, und Harnier, der vor kurzem aus Paris zurückgekommen war, theilnahmen. Sie betraf besonders den Abschluß eines vorläufigen Stillstandes und die Mediation. In zwei Punkten traten die Franzosen den Preußen entgegen, jedoch mit möglichster Schonung. Barthelemy erklärte: er sei beauftragt, nicht über Waffenstillstand, sondern zugleich über Friedenspräliminarien zu unterhandeln. Wenn Goltz den Wunsch ausgedrückt hatte, daß mit keinem deutschen Fürsten Verhandlungen ohne Dazwischenkunft des Königs von Preußen angeknüpft werden dürften; so lehnte das Barthelemy ebenfalls ab: denn es würde den intimen Verbindungen nicht entsprechen, in denen Frankreich bisher mit den verschiedenen deutschen Höfen gestanden habe[1]). Es ließ sich nicht verkennen, daß es die Absicht der Franzosen war, mit den auf dem linken Rheinufer ansässigen Fürsten besondere Uebereinkünfte zu schließen. Die Versicherung der Franzosen blieb jedoch immer, daß dem Könige von Preußen eine noch größere Präponderanz im deutschen Reiche verschafft werden müßte: Frankreichs eigenes Interesse erheische das.

Zu bestimmten Vorschlägen oder Abmachungen kam es bei

1) En souvenir des rapports multipliés qui ont subsisté entre la France et eux.

diesem Anfang noch nicht. Man beschloß erst die Antworten abzuwarten, welche ein Courier, den man sofort absandte, aus Paris zurückbringen würde. Der weiteren Ansprüche, die der Wohlfahrtsausschuß Harnier gegenüber geltend gemacht hatte, geschah hier keine Erwähnung. Die preußische Regierung hat ausdrücklich erklärt, auf eine Verhandlung darüber nur dann einzugehen zu können, wenn der Gesandte in Basel sie in diplomatischen Formen mittheile.

Goltz war eine feine Natur, ein Mann von Kenntnissen und der Gabe, die Angelegenheiten zu begreifen. Die Berichte von seiner früheren Gesandtschaft in Frankreich enthalten mannichfaltige und treffende Informationen. Er war damals immer mehr gegen den Hof, als für denselben gewesen.

Aber indem er sich anschickte eine Unterhandlung zu führen, die von größerer Bedeutung war, als jemals eine andere, ist er gestorben, 6. Februar 1795, an einer zurückgetretenen Gicht. Sobald als seine Krankheit eine gefährliche Wendung nahm, hatte man in Berlin dafür gesorgt, daß er zunächst durch den Gesandtschaftssekretär Harnier ersetzt werden konnte, der vollkommen dazu befähigt war, zumal nun die Fragen, wegen deren er nach Paris geschickt worden, ernstlich zur Sprache kamen.

Nachdem Goltz gestorben, gingen die Aufträge, die für ihn bestimmt gewesen waren, mit auf Harnier über. Er sollte aber die französischen Anträge nur zur Berichterstattung nehmen. Er sollte Barthelemy auffordern, einen Friedensentwurf zu übergeben, worauf dann das preußische Kabinet ebenfalls einen Entwurf einbringen werde[1]). Nochmals soll er das Erstaunen des Königs über die Anträge des Wohlfahrtsausschusses aussprechen, die mit Allem, was früher geäußert worden, in Widerspruch stünden: denn die Autorität, die man dem König zu gönnen die Miene annehme, werde er verlieren, wenn er der erste sei, der sich

1) Je vous charge de proposer à Barthélemy de me faire parvenir par votre canal un projet de traité, auquel, en tant qu'il ne serait point trouvé acceptable, je ne manquerais pas de répondre sans délai par un contre-projet. A Harnier; Potsdam, le 15 février 1795.

zu einer Abtretung vom Reichsgebiet verstehe, indem er einen Theil des eignen Gebietes aufgebe[1]). Da nun der Besitz der linksrheinischen preußischen Landschaften für Frankreich keinen Werth habe, wenn es nicht seine Grenzen überhaupt bis an den Rhein ausdehne, — eine Frage, die erst bei einem allgemeinen Frieden entschieden werden könne —, so müsse auch eine Festsetzung über die ersten bis dahin verschoben werden. Das Beste wäre, in dem zu schließenden Traktat dieser Sache überhaupt nicht zu gedenken. Wäre das unthunlich, so möge durch eine einzurückende Clausel die Entscheidung über die preußischen Landschaften bis zur allgemeinen Pacifikation verschoben werden[2]). Darauf ging nun Barthelemy bereitwillig ein: es war sogar sein eigener Gedanke gewesen[3]). In seinen Instruktionen war allerdings der förmlichen Anerkennung der Rheingrenze gedacht worden; aber Barthelemy hielt diese Forderung für inconsequent und übertrieben: er trennte sich in dieser Hinsicht von dem Wohlfahrtsausschuß und kam der preußischen Erklärung entgegen; er nahm gleichsam eine vermittelnde Stellung zwischen dem Ausschuß und dem preußischen Kabinet ein. Nur auf unmittelbare Räumung der preußischen Provinzen, die in Vorschlag kam, wollte auch er nicht eingehen, hauptsächlich weil dadurch das Ansehen des Ausschusses in Frankreich geschmälert und den gegen denselben gerichteten Intriguen Thür und Thor geöffnet werde. Bemerkenswerth ist, daß die Bedingungen der Autorität des Königs von Preußen und der des Ausschusses fast die vornehmsten Argumente waren, mit

1) Si j'étais le premier à donner l'exemple d'un démembrement du territoire de l'Empire, par l'abandon d'une partie de mes provinces qui y sont comprises.

2) De réserver jusqu' à la pacification générale la question des limites futures de la France vis-à-vis de la Prusse.

3) Les plénipotentiaires français n'ont en dernière analyse cru reconnaître la jonction délicate des considérations réciproques que précisément dans l'idée énoncée à la fin des très gracieux ordres de V. M. du 15; savoir qu'un article conçu dans les termes les plus généraux renvoie à l'issue de la pacification générale la détermination des limites futures de la Prusse et de la France. Harnier au Roi; Bâle, le 25 février.

denen man sich bekämpfte: der König konnte die überrheinischen Gebiete nicht aufgeben, weil ihn das um sein Ansehen in Deutschland, der Ausschuß die Räumung der preußischen Provinzen nicht bewilligen, weil es ihn um sein Ansehen in Frankreich gebracht haben würde. Die Umtriebe der Jakobiner und die Einwirkung des englischen Geldes wurden schon damals mit einander in Verbindung gebracht.

In dieser Zeit der Annäherung war eine Art von Stillstand zwischen den Armeen eingetreten. Es kann kein Zweifel daran sein, daß die neuen Stellungen der preußischen Armee, deren wir oben gedachten, auf einen Widerstand gegen einen Angriff der Franzosen berechnet waren. Aber schon stellte sich heraus, daß ein solcher nicht zu fürchten sei. Bis zu einem eigentlichen Einverständniß kam es jedoch auch hiebei nicht. Die Franzosen wollten sich vorbehalten, wie sie sagten, die Engländer vom Continent wegzufegen. Von der preußischen Armee wurde erklärt, daß, wenn sie sich in der Defensive halten solle, sie auch keine Offensive in ihrer Nähe zugeben könne. Damit ward eine nicht viel weniger wichtige Frage berührt, als die über die Rheingrenze selbst war: denn unmöglich konnte Preußen das Vordringen der französischen Macht in Norddeutschland überhaupt dulden. Grade in diesem Augenblicke sind neue Versuche einer Vereinbarung zwischen England und Preußen zur Vertheidigung von Norddeutschland gemacht worden. Die Preußen wollten Emden so wenig aufgeben, wie Mainz. Möllendorf ließ den Franzosen von der Position Nachricht geben, die er an Lippe und Ems, von Wesel bis Fulda einnehmen würde; er brachte zugleich eine Demarkationslinie in Vorschlag, jenseit deren weder von der einen noch anderen Seite Feindseligkeiten vorgenommen werden sollten. Die Franzosen zeigten sich geneigt darauf einzugehen; ihr Observationscorps solle so verfahren, wie es das Verhalten der Preußen an die Hand geben würde [1]). Allein bei alledem war

1) Se conduire suivant la conduite que tiendra l'armée prussienne.

doch Beides noch, der Fortgang der Negotiation sowohl wie die Haltung der Armeen, in hohem Grade zweifelhaft.

In dieser Zeit hat der Herzog von Braunschweig einen Vertrauten, einen Herrn von Riedesel nach Berlin geschickt, um sich über Absichten und Stimmungen zu unterrichten. Es ist unerwartet, wieviel noch im Februar 1795 von einer Wiederanknüpfung mit England die Rede war. Man meinte, daß der König nur durch die Suspension der Subsidien zu einer Unterhandlung mit Frankreich bewogen worden sei: denn dem Staate schien die größte Gefahr bevorzustehen, wenn man sich weder mit England wieder verständige, noch auch mit Frankreich zum Frieden gelange. Hauptsächlich richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Vertheidigung von Norddeutschland gegen die Invasion der Franzosen. Riedesel machte den König, bei dem er eine Audienz hatte, aufmerksam, wie wenig die zur Vertheidigung bestimmte Linie zu einer solchen geeignet sei; eine neue Parallele müsse an der Weser in Stand gesetzt werden. Man hielt daran fest, daß Möllendorf den Niederrhein, eine österreichische Armee dagegen den Mittelrhein und besonders Mainz vertheidigen solle. Von den Verhandlungen über den Frieden sagte König Friedrich Wilhelm kein Wort. Er hätte persönlich die Coalition noch immer vorgezogen. Den größten Eindruck machte auf ihn, daß das englische Parlament sich zu sehr umfassenden Bewilligungen für den Krieg gegen Frankreich herbeiließ. Der englische Gesandte ließ ihn erwarten, daß er in kurzem im Stande sein werde, ihm von England aus Anerbietungen zu machen, was der König weit entfernt war zurückzuweisen. Auch Haugwitz zeigte sich zurückhaltend; aber er versicherte, daß, wenn der Friede geschlossen würde, auch die Reichsstände ihren Schutz finden würden. Andererseits hielt er noch daran fest, daß ein Plan zur Vertheidigung entworfen werden müsse, bei welchem man auf Geldunterstützung und Verpflegung von englischer Seite rechnen dürfe. Dieser Unbestimmtheit gegenüber erschien Prinz Heinrich als der einzige Mann, der

zu einem festen Entschluß gelangt war und dabei beharrte. Er entwickelte dem Bevollmächtigten des Herzogs von Braunschweig ausführlich, durch welche Gründe man zum Frieden genöthigt würde: den absoluten Geldmangel, das allgemeine Mißvergnügen über den Krieg, die Verbindung Englands mit Oesterreich, das zweifelhafte Verhältniß zu Schweden und zu Rußland [1]). Die Katastrophe von Holland machte auf ihn den Eindruck, daß sie den Franzosen den Seekrieg gegen England nur erleichtern werde, da die holländische Marine ihnen jetzt zur Verfügung stehe. Er fügte hinzu: der Friede werde nicht ehrenvoll sein, aber er sei nothwendig; er seinerseits wolle sein Vaterland nur aus dem Verderben retten, in das es durch andre gestürzt sei [2]). Es hatte fast das Ansehen, als kümmere ihn der Ruin der Welt nicht, wenn er nur Preußen rette.

Aber auch so war die allernächste Zukunft zweifelhaft. Die Franzosen waren ungeduldig über die Zögerungen des preußischen Kabinets: zugleich traten sie in Basel mit entscheidenden Forderungen hervor.

Eines Tages erschien Bacher in großer Aufregung bei Harnier, um ihm von neuen Depeschen, die aus Paris eingelaufen waren, Nachricht zu geben: er bemerkte gleichsam entschuldigend, daß sie das Gepräge der Verstimmung trügen, in der sie geschrieben seien, und fügte hinzu, die Revolution habe eine Exaltation in den Gemüthern hervorgebracht, die jetzt noch, wo Alles einen

1) Le manque total d'argent, le mécontentement général de la nation et de l'armée avec cette guerre, les plans mal combinés du ministère britannique, ses connexions claires avec la cour de Vienne, dont on cachait soigneusement toutes les démarches; les arrangements alarmants de la cour de Vienne sur la frontière de la Pologne et qui faisaient même craindre bientôt une offensive pour la Prusse, qui ne devait pas en être dupe, étaient tant de raisons pourquoi il avait cherché à traiter avec la Convention. Riedesel au duc de Brunswick; Berlin, le 8 février 1795.

2) Je crois la paix certaine et nécessaire. — Je n'ai en vue que le bien de ma patrie, et je veux la sauver de la ruine où d'autres l'ont menée.

andren Gang ankündige, selbst in einer Depesche des Comité [1]) sich manifestire.

Der Ausschuß sagte nämlich: er habe gemeint, Preußen werde die Prätention der Franzosen auf das linke Rheinufer nicht von der Hand weisen; wenn es sich jetzt dagegen erkläre, so könne man sich kaum der Meinung erwehren, daß Preußen den Krieg fortsetzen wolle. Und auf jeden Fall müsse er darauf Rücksicht nehmen, daß nicht durch fruchtloses Hin- und Herreden eine unschätzbare Zeit versäumt werde. Er komme auf seinen früheren Beschluß zurück, die militärischen Operationen fortzusetzen ohne Rücksicht auf die Friedens-Negotiationen [2]).

Harnier beklagte sich über das Mißverständniß, das bei dieser Voraussetzung obwalte. Barthelemy bezog sich auf eine flüchtige Aeußerung von Goltz, aus der dieser Schluß habe gezogen werden können; er entschuldigte alles mit dem Eifer und der Präcipitation, die jetzt in dem Comité herrsche. Nach den Instruktionen für Barthelemy, von denen Bacher einen Artikel schließlich beibrachte, war die Absicht des Comité, an der Abtretung des linken Rheinufers festzuhalten: sie solle die Grundlage für den Frieden bilden, in welchem alle Reichsstände, die sich dem fügen würden, eingeschlossen sein sollten [3]); nur Oesterreich wurde ausgenommen, weil man an einen Frieden mit dieser Macht noch nicht dachte [4]).

1) Barthélemy me dit: que je connaissais trop bien l'exaltation que la révolution avait laissé subsister encore en touchant à son terme dans la plupart des têtes, pour pouvoir être étonné d'en trouver aujourd'hui même dans une lettre du comité. Harnier au Roi; Bâle, le 6 mars.

2) Le comité revenait à sa résolution précédente de continuer les opérations militaires, non-obstant les négociations pour la paix.

3) Article VI du projet de paix français: La République française continuera d'occuper les pays de Mœurs, de Clèves et de Gueldres sur la rive gauche du Rhin; et ces pays suivront, à la pacification générale entre la République française et le restant de l'Allemagne, le sort des autres États de l'Empire situés sur la même rive.

4) Tous les États de l'Empire, excepté l'Autriche, qui consentiront à ce que la République française reste en possession tranquille des pays situés sur la rive gauche du Rhin, seront admis à la paix.

Harnier war hiedurch überrascht und unangenehm berührt: er sah in dem Vorschlag eine Nichtachtung Preußens; man vergesse in Paris, daß man es mit einer europäischen Potenz zu thun habe. Barthelemy und Bacher waren eigentlich derselben Meinung: denn so war es doch, daß die Beschlüsse des Comités von einer Majorität herrührten und daneben noch immer eine dissentirende Minorität bestand, die in dem Convent viele Anhänger zählte, und der die Nation überhaupt sich anzuschließen schien. Die beiden Bevollmächtigten äußerten sich in solchen Ausdrücken, die, nach Harniers Meinung, sie hätten unter die Guillotine bringen können, wären sie bekannt geworden. Nur deshalb, sagten sie, sei von ihnen den preußischen Bevollmächtigten davon Nachricht gegeben worden, weil sie in Besorgniß seien, daß das Comité in seiner Uebereilung an die Armee analoge Weisungen erlassen haben möchte, die dann leicht den Ausbruch der Feindseligkeiten veranlassen könnten, wenn man nicht die preußischen Generale im voraus darauf aufmerksam mache, daß das soviel nicht zu bedeuten habe. Um eine nochmalige Deliberation in dem Ausschuß hervorzurufen, übernahm es Barthelemy selbst einen Vertragsentwurf abzufassen und einzusenden, in welchem er die entgegengesetzten Richtungen zu vereinigen suchte. Die Abtretung des linken Rheinufers sollte nicht ausdrücklich verworfen werden, weil der Ausschuß alsdann damit in den Convente zu viel Widerspruch finden würde; aber zugleich würde man eine Clausel hinzufügen, nach welcher die Entscheidung über die Abtretung, sowohl die Sache selbst, als die Art und Weise ihrer Ausführung, einer weiteren Beschlußfassung vorbehalten würde.

Der Zweck war also, den preußischen, sowie den französischen Tendenzen auf eine gewisse Weise zugleich gerecht zu werden. Dem Wohlfahrtsausschuß zu Gefallen, sollte die Abtretung nicht gradezu verweigert; aus Rücksicht auf Preußen aber sollte sie auch nicht definitiv bewilligt, sondern der künftigen Pacifikation vorbehalten werden. Es sind die Artikel, die man hernach bei dem

Friedensabschluß zu Grunde gelegt hat. In dem Ausschuß wurden sie als Grundlage der Unterhandlungen angenommen.

Als sie nach Basel zurückkamen, eilte Harnier einen Courier mit denselben nach Berlin abzufertigen. Dieser traf bereits im Anfange seiner Reise mit dem neubevollmächtigten preußischen Gesandten, Hardenberg, zusammen.

Vierzehntes Capitel.

Friedensunterhandlung Hardenberg's in Basel.

Hardenberg, der dazu ausersehen war, die Unterhandlung in Basel zu übernehmen, war ohne Zweifel der geeignetste Mann dazu. Er gehörte nicht zu den Anhängern Möllendorfs, er war kein Freund von Kalckreuth: an jener ersten Annäherung, deren wir gedachten, hat er keinen Antheil genommen. Aber den Gedanken des Friedens hat er vielleicht von Allen zuerst gehabt, in der Ueberzeugung, daß zu dem politischen Gleichgewicht von Europa ein mächtiges Frankreich nicht entbehrt werden könne. Ein besseres Verhältniß mit Frankreich sollte dann dahin führen, die Autorität des Königs in Deutschland durch Vermittlung eines Reichsfriedens zu verstärken.

In der Verbindung dieser beiden Gedanken bestand das Wesen seiner Politik. Als Goltz nach Basel ging, trat Hardenberg mit ihm in eine Correspondenz, die sich hauptsächlich auf diese Combination bezog und seine eigene Stellung sowie den Stand der Sachen erläutert. Er machte ihm Mittheilung von dem Reichsconclusum, welches den österreichischen Einwirkungen zum Trotz auf eine Weise ausgefallen sei, die den König berechtige, in den Verhandlungen zugleich für das Reich einzutreten: die Mehrheit der Stände sei offenbar für die Friedensvermittlung durch den König. Auf Hardenberg machte es nicht wenig Eindruck, daß im englischen Parlament auf Annahme der von Pitt vorgeschlagenen großen Anleihen, namentlich der zu Gunsten von Oesterreich bestimmten, gerechnet werden konnte, in

Folge der nunmehrigen Stimmung der Nation. Dadurch wird — sagt er — außer Zweifel gesetzt, daß Oesterreich im Stande ist, den Krieg mit aller Macht fortzuführen, woraus denn ihm wieder zu folgen scheint, daß Frankreich ein Interesse habe, mit Preußen und dem Reiche einen Frieden auf die Grundlage des Statusquo wie vor dem Kriege abzuschließen. Die Franzosen möchten bedenken, daß ihre beste Barriere die Schwäche der kleinen Fürsten jenseits des Rheines sei. Sie sollten das Reich zu gewinnen suchen, und es nicht durch Feindseligkeiten gegen sich aufreizen, die nur dem Hause Oesterreich zu Gute kommen würden. Sie sollten das Prinzip aufrecht erhalten, das im Anfang von ihnen selbst aufgestellt sei: daß die Republik keine Eroberungen zu machen gedenke.

Hardenberg hatte immer die allgemeine Combination der großen Geschäfte im Auge. In einem Gutachten vom 15. Januar 1795 erklärte er sich gegen eine Allianz mit Frankreich, welche in diesem Momente selbst der Ehre zuwiderlaufen würde; den einfachen Frieden mit Frankreich dagegen hält auch er für nothwendig. Unstreitig würde es für Preußen das Beste sein, eine Stellung der Neutralität zwischen den kriegführenden Mächten einzunehmen. Nur müsse man sich hüten, mit den alten Alliirten in Entzweiung zu gerathen: das Spiel, das man spiele, würde sonst ein zu hohes und zu gefährliches werden. In die Neutralität müsse man die Reichsstände aufnehmen, die sich an Preußen anschließen würden. Er macht die weitaussehende, aber treffende Bemerkung, bei aller Schwäche der einzelnen Reichsstände sei es doch äußerst wichtig, dafür zu sorgen, daß die mannichfaltigen Kriegsmittel, die ihr Gebiet an Menschen, Geld und Landerträgen darbiete, nicht einmal gegen Preußen gekehrt würden. Veranlaßt durch die Schwierigkeiten, welche Struensee gegen seine finanziellen auf ein Anlehen bezüglichen Projekte, deren wir erwähnten, namentlich eine in Ansbach einzurichtende Bank erhob, hatte Hardenberg um die Erlaubniß gebeten, nach Berlin zu kommen. Durch ein Reskript vom 6. Februar erhielt er

dieselbe. Aber trotz der Aufforderung von Haugwitz und Bischoffwerder, in Folge des Beschlusses, daß er an Stelle von Goltz treten sollte, seine Reise zu beschleunigen, wurde Hardenberg durch die Geschäfte der Markgrafthümer verhindert, vor Ende Februar in Berlin zu erscheinen. Hier war der Wunsch, eine Abkunft mit Frankreich zu treffen, hauptsächlich auch durch den Gang, den die polnischen Verhandlungen nahmen, verstärkt worden. Die polnischen und französischen Angelegenheiten haben eine tief eingreifende Wechselwirkung: die Erhebung Kosciusko's im Frühjahr 1794 mit den äußersten Anstrengungen der damaligen französischen Regierung zum Widerstand; der Gegensatz, in den Preußen in Deutschland gegen Oesterreich gerieth, mit dem Gegensatze der beiden Mächte in Polen; die Annäherung Preußens an Frankreich mit der Annäherung Oesterreichs an Rußland. Wenn man allgemein die Differenz wahrnahm, die zwischen dem Prinz Heinrich, der jetzt das Ministerium auf seiner Seite hatte, und den persönlichen Ansichten des Königs stattfand: so war Hardenberg, der ja immer zwischen den coalisirten Mächten und Preußen zu vermitteln gesucht hatte, mehr als ein Anhänger des Königs zu betrachten[1]). Ohne Zögern nahm er den Auftrag an, der ihm einen größeren Kreis selbständiger Thätigkeit eröffnete, als ihm bisher zu Theil geworden war.

Seine Gesichtspunkte erhellen aus den Bemerkungen, die er selbst zu seiner Instruktion hinzugefügt hat. Der vornehmste ist, daß die Franzosen von weiterem Vordringen in das Reich abgehalten werden müssen, weil sich sonst in allen von ihnen eingenommenen Landschaften der Geist der Revolution zur Herrschaft erheben werde[2]). Schon war in Folge jener von Möllendorf ausgegangenen Anregungen von einer zwischen den Armeen zu bestimmenden De-

1) Depesche des Lord Spencer an Lord Grenville, Berlin, den 10. März 1795, bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband. S. 513.

2) L'esprit révolutionnaire ne manquerait pas de se manifester et de soulever tous les pays occupés par l'ennemi. Mémoire de Hardenberg du 1er mars 1795.

markationslinie die Rede. Hardenberg fand den dafür gemachten Entwurf noch nicht umfassend genug, die Absicht selbst aber sehr gerechtfertigt. Sollte Frankreich die Demarkationslinie ablehnen, so würde darin ein Beweis liegen, daß es auf einen allgemeinen Umsturz sinne; in diesem Falle würde es besser sein, den Krieg unter allen Umständen wieder aufzunehmen. Man müsse dann Alles thun, um das Verständniß mit den übrigen Mächten wiederherzustellen, sich England nähern, und von ihm pekuniäre Hilfleistungen auswirken, hauptsächlich aber seine Kräfte auf das Aeußerste anstrengen, um einen so gefährlichen Feind zu bekämpfen; sonst würde Frankreich allein den Vortheil haben: es würde Preußen von den übrigen Mächten trennen, und wenn es derselben Herr geworden, sich auf die preußische Monarchie stürzen und sie vernichten.

Es war nicht ein einfaches diplomatisches Geschäft, zu dessen Ausführung Hardenberg sich anschickte. Er hatte die bestimmte Absicht gefaßt, den französischen Angriffen eine Sicherung des inneren Deutschlands entgegenzusetzen, gleichsam ein System, durch welches Deutschland mit Preußen näher vereinigt werden und von den Einwirkungen der Franzosen fortan Nichts zu fürchten haben sollte.

Auf der Reise nach Basel, die Hardenberg nun unverzüglich antrat, machte er auch dem Herzog von Braunschweig einen Besuch, der jedoch über die Verhältnisse in England, über welche der Gesandte sich zu unterrichten wünschte, wenig mitzutheilen vermochte. Die Fühlung mit England hielt Hardenberg jedoch noch immer fest. Man hat Grund, anzunehmen, daß er nur durch die Verzögerung der Erklärungen des Londoner Hofes bewogen wurde, mit den Verhandlungen Ernst zu machen.

In Frankfurt empfing er am 10. März Mittheilungen von Harnier, durch die er in zwiefacher Hinsicht allarmirt wurde: einmal weil sie die Abtretung der überrheinischen preußischen Provinzen involvirten; sodann weil sie die Annahme einer Demarkation sehr zweifelhaft machten; noch bei seinem Abschied

hatte der König ihm diese besonders eingeschärft. Bei der Fortsetzung der Reise, die wegen des schlechten Zustandes der Landstraßen sehr langsam vor sich ging, in Kentzingen, kamen ihm am 16. März die berührten Mittheilungen Harniers, die den Tag zuvor aus Basel abgegangen und nach Berlin bestimmt waren, zu Händen. Der Inhalt des neuen Entwurfes war weit entfernt davon, Hardenberg zu befriedigen. Sein erster Eindruck war, daß der König denselben ohne wesentliche Modifikationen nicht annehmen könne: denn er würde dadurch allen seinen Kredit in Europa aufs Spiel setzen und wichtige Provinzen ohne Entschädigung verlieren. Auch der Lage der gegenseitigen Verhältnisse schien der Entwurf nicht zu entsprechen. „Die Preußen", sagte er, „sind von den Franzosen nie besiegt worden; Frankreich hat das größte Interesse, sie von der Coalition zu trennen, welche durch ihre Mitwirkung wahrscheinlich noch einmal gefährlich werden könnte. Dennoch sollen gerade die Preußen das Loos der Besiegten erfahren, was sie nicht einmal sind?" Er begehre so lebhaft wie Jedermann den Frieden, und sei von der Nothwendigkeit desselben durchdrungen, aber um auf eine ehrenvolle Weise zu einem solchen zu gelangen, würde er wünschen, zwei Sehnen an seinem Bogen zu haben. Er würde eine feste Sprache führen können, wenn Preußen zugleich eine drohende Haltung annehme, und namentlich nicht der kleine Ehrenpunkt [1], das erste Wort auszusprechen, von einer Annäherung an England abhielte. Der König hat geantwortet: der kleine Punkt sei für ihn ein großer; seine Ehre verbiete ihm schlechterdings, das erste Wort einer solchen Annäherung auszusprechen; er könne dem Gesandten unmöglich die zweite Sehne für seinen Bogen geben. Ein an sich gerechtfertigtes Gefühl des Königs, durch das aber der Diplomat von vornherein in eine ungünstige Stellung gerieth.

Hardenberg kam am 18. März in Basel an und eröffnete am folgenden Tage seine Unterhandlung. Barthelemy begann damit, den Wohlfahrtsausschuß wegen der Exaltation, die er in

1) pointille.

den letzten Aeußerungen kundgegeben, zu entschuldigen: man müsse diesen Zustand wie eine Krankheit behandeln und jede neue Aufregung vermeiden. Hardenberg rechnete darauf, daß das Comité, wenngleich es die Meinung dirigire, doch auch den Einfluß derselben erfahre: unzweifelhaft aber sei es, daß die öffentliche Meinung, namentlich seit dem Falle der Jakobiner, eine Tendenz zum Frieden habe [1]). Man dürfe also hoffen, daß Preußen nicht zu unehrenhaften Bedingungen gedrängt werden würde, wenn es nur, indem es billige Vorschläge mache, Festigkeit zeige. Ohne präcisere Instruktionen abzuwarten, ging Hardenberg sogleich auf die vorliegenden Fragen ein. Er überzeugte sich bald, daß die Erwähnung der Abtretung nicht zu vermeiden sein werde, wenn man nicht die Möglichkeit, den Krieg im Bunde mit der Coalition fortzusetzen, in Aussicht stellen könne. Da das aber die Meinung des Königs nicht sei, da derselbe den Frieden wünsche: so bleibe nichts übrig, als in einem besonderen Artikel jede definitive Bestimmung in allgemeinen Ausdrücken auf die Pacifikation mit dem Reiche zu verweisen [2]). Er kam damit auf den Standpunkt zurück, den Haugwitz angedeutet und den auf der andern Seite auch Barthelemy an die Hand gegeben hatte: die fernere Occupation der preußischen Landschaften bis zu dem allgemeinen Frieden entschloß er sich nachzugeben, nur nicht ganz in den Ausdrücken des französischen Entwurfes. Wir dürfen dabei die Abweichungen nicht übergehen, die bei der Fassung zur Geltung kamen. In dem französischen Entwurfe hieß es, daß die französische Republik die preußischen Landschaften besetzt halten werde. Hardenberg setzte den Ausdruck „Truppen der französischen Republik" durch, um damit, wie man es auch in Berlin forderte, die Besetzung blos als eine militärische zu bezeichnen. In dem französischen Ent=

1) L'opinion se déclare de plus en plus contre une guerre à laquelle la conquête de la liberté et l'intégrité de l'ancien territoire français ne peuvent plus servir de prétexte.

2) En renvoyant par un article public conçu en termes très généraux tout arrangement définitif à la pacification générale de l'Allemagne.

wurf waren die preußischen Landschaften Cleve, Meurs, Geldern einzeln genannt. Hardenberg verlangte, daß man dafür die allgemeinen Worte setzte: die überrheinischen Staaten Sr. Maj. des Königs von Preußen; er glaubte damit zu bedingen, daß die Civilpossession dem König verbleibe, dem an derselben um so mehr gelegen war, da sie damals ein reines Einkommen von 700,000 Thlrn. abwarf: Veränderungen einzelner Worte, die aber doch die Idee, daß der König auch fortan als der Herr dieser Landschaften angesehen werden solle, in sich enthielten. Von der größten Wichtigkeit ist der Artikel, welcher auf eine spätere Uebereinkunft in Bezug auf diese Landschaften zielt. Der französische Entwurf enthielt, daß die Entscheidung über diese Gebiete dieselbe sein solle, wie die über die anderen linksrheinischen Landschaften von Deutschland, so daß eine unmittelbare Entscheidung allerdings vermieden wurde. Preußischerseits aber war man mit dieser Fassung nicht zufrieden, vornehmlich weil die Entscheidung lediglich dem Reiche überlassen wurde, was der Idee der besonderen preußischen Macht nicht entsprach: dem Staate selbst sollte vielmehr im schlimmsten Falle die Cession der überrheinischen Gebiete anheimgestellt werden. Und auf keinen Fall wollte er dabei in Nachtheil gerathen; die Cession sollte, wenn sie ja nicht vermieden werden konnte, nicht ohne Entschädigung eintreten. Man sträubte sich selbst gegen das Wort „Cession" und hätte dafür vorgezogen „Austausch" zu sagen. Hardenberg begnügte sich jedoch mit dem Worte, weil die Alternative „Entschädigung" hinreichend erläutere, was mit Cession gemeint sei. So wurde der Artikel formulirt, wie er in den Traktat gekommen ist. Man hätte denselben lieber weggelassen: das konnte jedoch aus Rücksicht auf den Convent nicht geschehen welcher den Frieden ohne diesen Artikel nimmermehr angenommen haben würde. Daß dabei die geheime Absicht vorgewaltet habe, sich auf den Grund der Cession mit französischem Beistand zum Nachtheil Anderer zu vergrößern, muß man in Abrede stellen: eine moralische Anklage darf man daraus nicht herleiten, wohl aber eine historisch-politische. Denn schon die Möglichkeit einer

Abtretung in der Ferne erblicken zu lassen, war eine Nachgiebigkeit gegen den Convent, die nur in dem militärischen Uebergewicht der Franzosen ihren Grund hatte, also doch eine Folge der erlittenen Niederlagen. Die Absicht des preußischen Hofes war Frieden mit Frankreich zu schließen, ohne Nachtheil für Deutschland. Es war vielleicht ein Irrthum Hardenbergs, das für möglich zu halten: er schmeichelte sich, daß es zu einer Abtretung nicht kommen würde. Namentlich meinte Hardenberg die unmittelbare Feindseligkeit der Franzosen zu vermeiden und zugleich Gelegenheit zu erlangen, ihrem anderweiten Umsichgreifen entgegen zu treten.

Darauf war seine ganze Aufmerksamkeit und Thätigkeit gerichtet. Er trat mit einem Vorschlage hervor, durch welchen eine Demarkationslinie zwischen den beiderseitigen Armeen und die Neutralität des nördlichen Deutschlands festgesetzt werden sollte. Die Franzosen wandten ein: daß dieser Vorschlag ein neuer sei und die Sache besser einer besonderen Convention verwiesen werden dürfte. Hardenberg bestand um so mehr darauf, da sein Sinn dahin ging, die übrigen norddeutschen Staaten um den König zu schaaren. Er erwiderte: die Neutralität des Reiches sei von Anfang an in Antrag gebracht worden und der jetzige Vorschlag enthalte mehr eine Ermäßigung des alten, als etwas Neues. Wohl beschied er sich, daß der Artikel nicht in dem öffentlichen Traktat aufgenommen werden könne; aber er fand Gelegenheit, eine Andeutung davon, die virtuell seiner Absicht entsprach, in denselben zu bringen. In dem Entwurfe des Comités fand sich ein Artikel, in welchem von der Herstellung des Handels mit Preußen die Rede war; Hardenberg fügte hinzu, daß zu diesem Zwecke der Krieg von Norddeutschland überhaupt fern gehalten werden müsse[1]).

In dem dritten geheimen Artikel wurde dann die Linie,

1) La République française consent à ne pas pousser les opérations de la guerre ni faire entrer ses troupes, soit par terre, soit par mer, dans les pays et États situés au delà de la ligne de démarcation.

bestimmt, welche die französischen Kriegsoperationen nicht überschreiten sollten. Man hatte die Besorgniß, daß trotz dieser Linie die Franzosen einen Versuch machen könnten, eine Landung in dem nördlichen Deutschland zu unternehmen, was dann die Demarkation selbst unnütz machen würde. Aus diesem Grunde wurde festgesetzt, daß sie weder zu Lande noch zur See in das jenseit jener Demarkationslinie liegende Gebiet eindringen dürften. Den König, der eben beschäftigt war, dem Vordringen der Franzosen einen großen militärischen Cordon entgegenzusetzen, lag Alles daran, einer solchen Gefahr durch eine Abkunft mit Frankreich zuvorzukommen. Er hat, wie berührt, die Festsetzung der Demarkation dem Gesandten noch bei seinem Abschied besonders empfohlen. Hardenberg bezeichnete die Linie, welche die Armeen scheiden sollte; sie erstreckte sich von Ostfriesland bis nach Franken, östlich bis nach Schlesien, so daß sie Ober- und Niedersachsen, Westfalen und Franken umfaßte. Es ist ganz in der eigenthümlichen Richtung der Hardenbergschen Gedanken, daß er hiebei an die Reichsverfassung anknüpfte: der König, sagt er, sei eines der wichtigsten Glieder des obersächsischen Kreises, zugleich aber Mitdirektor des niedersächsischen, westfälischen und nun auch des fränkischen Kreises: so daß er nur seine Pflicht erfülle, wenn er für die Sicherheit dieser Kreise Sorge trage. Auf dem Grund der reichsständischen Selbständigkeit sollte eine von dem Kaiser, der sich fremdartigen Bestrebungen hingebe, möglichst unabhängige deutsche Politik eingehalten werden. In diesem Sinne waren die weiteren Bestimmungen, durch deren Annahme den Franzosen ihre Nachgiebigkeit erwidert werden sollte. Der König machte sich anheischig, darüber zu halten, daß die Neutralität jenseit der angegebenen Linie beobachtet würde, unter der Bedingung, daß sie von den Franzosen nicht durchbrochen würde. Um diese Dispositionen aufrecht zu erhalten, erschien es nothwendig, von beiden Seiten Observationscorps aufzustellen. Hierbei kam dann die Frage über die Mediation nochmals zur Sprache. Eine Anerkennung derselben gehörte eigentlich zu dem System, welches

Hardenberg im Kopf hatte; aber sie war, wie wir wissen, von den Franzosen abgelehnt worden. Das Ministerium hatte sie fallen lassen, und es kam nun darauf an, Bestimmungen zu treffen, bei denen doch das Wesentliche des ersten Gedankens conservirt wurde. Die Franzosen hatten sich bereit erklärt, die guten Dienste des Königs für diejenigen Stände stattfinden zu lassen, welche sich direkt an Frankreich wenden würden. Schon darin lag eine Modification ihrer Absicht, mit den kleinen Fürsten selbständig zu verhandeln. Durch Hardenberg wurde jetzt hinzugefügt daß diese Mediation nur für diejenigen stattfinden solle, die sich deshalb an den König wenden würden, wie dies von Vielen bereits geschehen war. Schon hatten sich einige der mächtigsten Stände bereit erklärt, ihre Gesandten nach Basel zu schicken. Hardenberg hatte diese Erbietungen leicht begreiflich fürs Erste abgelehnt. Gleichwohl versprachen die Franzosen schon in diesem Augenblicke, in den nächsten drei Monaten diejenigen nicht feindselig zu behandeln, für welche Preußen sich interessiren würde. Hardenberg legte Werth darauf, daß alle Fürsten diesseit und jenseit des Rheins der guten Dienste Preußens theilhaftig werden sollten, was eine unabhängige Unterhandlung derselben mit Frankreich, etwa über die Abtretung ihrer Gebiete, ausschloß; er legte Werth darauf, daß die Fürsten, gegen einen französischen Einfall sicher gestellt, Zeit haben sollten, in Verhandlungen mit Frankreich zu treten; aber unter den Auspicien des Königs, so daß die Unterhandlung in dessen Hand fallen werde.

Der vierte Artikel des französischen Entwurfes, durch welchen der König verpflichtet werden sollte, in seinen rechtsrheinischen Landen nicht mehr Truppen zu halten, als vorher, wurde jetzt von den Franzosen selbst als unannehmbar bezeichnet.

Ueberhaupt boten die Unterhandlungen in Basel keine großen Schwierigkeiten dar. Zwischen den französischen Bevollmächtigten, von denen ein Theil der vorgelegten Artikel selbst herrührte, und Hardenberg, der diese modificirte und ergänzte, bildete sich eine gewisse Vertraulichkeit aus. Die Franzosen

trugen kein Bedenken, die ihnen zugehenden Weisungen des Wohlfahrtsausschusses dem Preußen mitzutheilen, und dieser bat seine Regierung um ostensible Depeschen, die er den Franzosen mittheilen könne. Bacher, der engere Beziehungen zu Paris hatte als Barthelemy, zweifelte nicht, daß die in Basel vorgenommenen Abänderungen des Entwurfes in Paris gutgeheißen werden würden [1]. Er rechnete dabei auf die Wirkung des Prozesses gegen Barrere, der eben im Zuge war, und den Einfluß der wieder eingetretenen 73 alten Mitglieder der Gironde. Die Meinung war, daß die gemäßigte Partei im Convente die Oberhand behalten und auf die in Basel gefaßten Gesichtspunkte eingehen werde. Diese waren noch umfassender, als sich aus der Discussion über die Artikel allein hätte schließen lassen. Sie gingen auf ein volles Einverständniß zwischen dem deutschen Reiche, Preußen und Frankreich. Hardenberg versicherte: wenn Frankreich von der Erwerbung der Rheingrenze abstünde, so würde das deutsche Reich keinen Augenblick zögern, mit ihnen Friede und Freundschaft zu schließen [2]. Die Franzosen sagten hierauf wohl, in Deutschland sei man ohnehin des Krieges müde; Hardenberg warnte sie, von dieser Stimmung zu viel zu erwarten: sie möchten sich hüten, den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

Man muß sich diese Lage, diese Absichten und Wünsche vergegenwärtigen, um den Frieden zu begreifen, der allerdings eine Secession Preußens von der Coalition enthält, aber keine Allianz mit den Franzosen, selbst nicht eine Beistimmung zu den Annexionsgelüsten ihrer damaligen Regierung. Man erwartete noch, diese werde von denselben abstehen und alsdann in einen festen Frieden mit Preußen und dem Reiche eintreten.

1) Le sieur Bacher influe certainement plus à Paris que le sieur Barthélemy, dont cependant je ne puis assez louer la candeur, les principes et la bonne volonté. Hardenberg au Roi; Bâle, le 25 mars.

2) Barthélemy au comité, le 7 floréal an III. (bei Reynaud, Merlin II. 177). Les Prussiens ne cessent de nous répéter que la paix avec l'Empire est en nos mains si nous voulons généreusement faire le sacrifice de la ligne du Rhin.

Bereits am 31. März wurde der von Hardenberg ausgefertigte Entwurf von den beiden französischen Bevollmächtigten genehmigt und dann am 5. April in aller Form unterzeichnet. Die Genehmigung des Wohlfahrtsausschusses war damals noch nicht eingetroffen; aber Schwierigkeit hatte es damit nicht, wie Bacher vorausgesetzt; einige Tage später lief sie ein. Dazu hatte hauptsächlich auch die Unterdrückung der jakobinischen Erhebung vom 12. Germinal (1. April) beigetragen.

Wie sehr die allgemeinen Verhältnisse dabei mitwirken, sieht man daraus, daß diese Bewegung dem Einfluß der Engländer, die eben wieder in Bund mit Oesterreich getreten waren, zugeschrieben wurde.

In Berlin war man mit dem, was Hardenberg that und erreichte, übrigens sehr einverstanden, namentlich in Bezug auf die Demarkationslinie; aber man trug Bedenken, sie so weit auszudehnen, wie Hardenberg in Antrag gebracht hatte. Denn es komme, so schrieb man, doch nur auf die Linie von Ostfriesland bis an die Nidda an, durch welche die Absicht des Königs, seine Armee keiner Umgehung auszusetzen, bereits erreicht werde. Darauf müsse sich auch die Aufstellung eines Observationscorps beschränken. Die weitere Ausdehnung der Linie in der von Hardenberg vorgeschlagenen Fassung würde in Verwickelungen mit Oesterreich führen, die man vermeiden müsse. Den obersächsischen Kreis in dieselbe einzuschließen, mache das zweifelhafte Verhältniß nicht einmal rathsam. In Bezug auf Franken wäre es vielleicht angemessen, sich mit einem Artikel zu begnügen, durch welchen den beiden kriegführenden Armeen der Durchgang durch die Markgrafschaften untersagt werde[1]). Diese Erinnerungen wurden jedoch erst in dem Moment gemacht, als der Vertrag in Basel bereits abgeschlossen war.

Hardenberg rechtfertigte die Ausdehnung der Linie mit der Be=

1) En convenant, par rapport à mes États de Franconie, d'un article qui en interdirait le passage aux troupes des puissances belligérantes. Le Roi à Hardenberg; Potsdam, le 24 mars.

merkung, daß er die Residenz des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der ein so naher Verwandter des Königs sei, habe sichern müssen. An dem Einschluß von Obersachsen hielt er deshalb fest, weil der König dadurch Gelegenheit bekomme, seine Verhältnisse mit dem Kurfürstenthum Sachsen immer enger zu knüpfen. In Betreff der Ausdehnung der Demarkationslinie über den fränkischen Kreis, stiegen ihm selbst einige Zweifel auf. In der Mitte zwischen Böhmen und dem wahrscheinlichen Kriegstheater gelegen, würden selbst die dortigen Lande des Königs gegen Durchmärsche schwerlich sicher gestellt werden können; aber er lebte noch der Meinung, daß die Franzosen nicht so weit vorrücken würden, um diesen Fall herbeizuführen. Er hielt es alles Ernstes für wahrscheinlich, daß Frankreich sich mit seinen alten Grenzen begnügen und auf die Erwerbung des linken Rheinufers verzichten werde, um mit dem deutschen Reiche und Preußen Stellung gegen Oesterreich zu nehmen. Sehr auffallend ist es, daß er die alten Grenzen trotz der Feindseligkeit der Franzosen gegen Oesterreich und sogar in Folge derselben behaupten zu können vermeinte. Wenn die Ermächtigung zum Abschlusse einer Zusatzakte zu dem Frieden, welche die näheren Bestimmungen über die Demarkation enthielt, eine Zeit lang auf sich warten ließ, so war Hardenberg sehr geneigt, dies von Verhandlungen mit anderen Höfen, besonders auch mit Oesterreich, herzuleiten. Endlich am 17. Mai traf sie ein, und die noch an demselben Tage unterzeichnete Convention ward auf der Stelle den beiden Armeen zugeschickt.

Fünfzehntes Capitel.

Gervinus in Paris.

Nicht selten kehrt die Erscheinung wieder, daß in den Kämpfen der Mächte diese selbst doch nicht als geschlossene Einheiten einander gegenüber auftreten, sondern ihre äußeren Beziehungen durch den Gegensatz innerer Tendenzen durchkreuzt werden. Wenn Frankreich und das deutsche Reich in diesem Augenblick einander gegenüberstanden, so bildete doch weder in dem einen noch in dem andern die Feindseligkeit, die noch keine nationale war, den wesentlichsten Moment. In Deutschland meinten die preußischen Staatsmänner, wenn es ihnen gelänge, das Reich in seiner Integrität zu erhalten und mit Frankreich zu pacificiren, nicht zwar das Kaiserthum zu stürzen, aber die Entscheidung in den inneren Angelegenheiten ihrem König dadurch zu verschaffen, daß er sich an die Spitze der allgemeinen deutschen Interessen stelle und dieselben dem Reichsoberhaupte zur Seite, aber doch zugleich im Gegensatz mit demselben wahrnehme. In dem Convent und in dem Ausschuß gab es eine Partei, welche diesen Gesichtspunkten zuneigte, weil sie den eignen entsprachen: sie sah in der Beschränkung auf die alten Grenzen zugleich eine Bürgschaft für die Herstellung einer ersprießlichen Ordnung der Dinge. Auf diesem Zusammentreffen beruhten die in Basel getroffenen Verabredungen. Aber eine andere Partei regte sich doch auch auf das Lebhafteste dagegen. Als ein Repräsentant dieser Meinung erscheint Merlin von Thionville, der sich im Kampfe gegen den König und nachher im Kampfe

gegen die Verbündeten als einer der eifrigsten Anhänger der Idee der Revolution bemerkbar gemacht, aber die Tendenzen Robespierres nicht getheilt, vielmehr wesentlich zum Sturze derselben beigetragen hatte: er gehörte damals zu den Gegnern der Jakobiner und nahm an den Maßregeln, durch die sie niedergehalten wurden, vielen Antheil. Indem er aber in Bezug auf die inneren Angelegenheiten als ein Führer der moderirten Partei auftrat, hielt er doch an der Meinung fest, daß Frankreich seine Grenzen bis an den Rhein ausdehnen müsse: denn, so sagte er, im Besitz dieser Grenzen, werde Frankreich dem gesammten Europa Gesetze vorschreiben[1]). Aber er zweifelte, diese Erweiterung durch eine Abkunft mit Preußen zu erreichen. Er hatte einst Mainz, auf das es auch jetzt ankam, gegen den König Friedrich Wilhelm II. vertheidigt und die Wiedereroberung dieses Platzes eine Zeit lang aufgehalten. Seine Hoffnungen in dieser Beziehung waren auf Oesterreich gerichtet. Denn Oesterreich verliere wenig dabei, wenn es in diese Abtretung willige. Preußen seinerseits fürchte nichts mehr als eine Allianz Oesterreichs, wie auf der einen Seite mit Rußland, so auf der andern mit Frankreich. Oesterreich wünsche Baiern zu erwerben, was Preußen ihm nicht zugestehen wolle. Merlin meint, von Oesterreich Alles erlangen zu können, was man wolle, wenn man Preußen verhindere, sich der Besitznahme Baierns durch Oesterreich zu widersetzen. Andere bemerkten. Preußen müsse wissen, daß Frankreich zwischen den beiden Mächten Oesterreich und Preußen die Wahl habe, und diejenige verloren sei, gegen welche es Partei nehme[2]); Oesterreich könne man haben, sobald man ihm Baiern zugestehe; es würde dagegen die Niederlande sehr bereitwillig aufgeben. Merlin de Thionville ist entschieden der Meinung, daß sich Frankreich mit Oesterreich verbinden und demselben Baiern zugestehen müsse,

1) La République, après avoir reculé ses limites jusqu'au Rhin, dictera ses lois à l'Europe

2) Schreiben Merlins von Douai 9. Dezember 1794 bei Reynaud II S. 136.

wenn es den Franzosen die Niederlande und zugleich das linke Rheinufer überlasse. „Was kümmern uns die Kurfürsten, deren Protektion Preußen mit so großer Wärme übernimmt. Allein der Kaiser hat viel von uns zu fordern, weil wir ihm viel entrissen haben; wir wollen ihn zufrieden stellen, indem wir ihm Baiern überlassen."

Nachdem Merlin eine Zusammenkunft mit Hardenberg in Hüningen gehabt hatte, deren wir sogleich näher gedenken werden, faßte er seine Ansichten über die Lage in folgenden Worten zusammen: „Preußen und der Kurfürst von Hessen, der damals in Basel zu unterhandeln angefangen hatte, haben die Absicht, das Reich von dem Kaiser zu trennen, ihn durch einen Bund zu verhindern, Baiern in Besitz zu nehmen und zu diesem Zweck mit Frankreich ein Offensiv-Bündniß zu schließen. Sie wollen Alles oder doch beinahe Alles behalten, was sie früher besessen haben und den Franzosen den Kampf mit dem Kaiser überlassen. Meine Meinung ist: wenn der Kaiser über die Abtretung der Niederlande verhandeln und die Rheinlande uns überlassen wollte, unter der Bedingung, daß wir uns nicht um seine Besitznahme von Baiern bekümmern, so könnten wir das unbedenklich annehmen[1])."

Kommen wir nun auf jene Zusammenkunft zurück, so ist es überaus auffallend, daß Merlin dem preußischen Gesandten die Pläne, mit denen er sich trug, als Anträge von Oesterreich darstellte. Sie fand, wie bemerkt, in Hüningen statt, wo ein gemeinschaftliches Mittagsmahl veranstaltet war, an welchem die in Basel anwesenden Franzosen und Pichegru, der mit Merlin gekommen war, Antheil nahmen. Während desselben hatte sich Merlin als besonderer Freund von Preußen zu zeigen gesucht; nachher führte

1) Si l'Empereur voulait traiter de la cession définitive des Pays-Bas et de l'abandon des princes possessionés sur la rive gauche du Rhin, moyennant que nous ne nous mêlions pas de l'occupation de la Bavière par ses troupes il ne faudrait pas balancer à accepter. Schreiben Merlins an den Wohlfahrtsausschuß vom 1. Prärial (20. Mai bei Reynaud II, 194.

er Hardenberg in sein Zimmer, um ihm, wie er sagte, im engsten Vertrauen eine geheime Mittheilung zu machen. Sie bestand darin, daß Graf Carletti, der als florentinischer Gesandter in Paris die allgemeine Aufmerksamkeit bereits auf sich gezogen hatte, nicht ohne Erfolg daran arbeite, gute Verhältnisse zwischen Oesterreich und Frankreich herzustellen; er beantrage, daß Frankreich den Austausch von Baiern zugeben solle, wogegen demselben die Erwerbungen, die es auf dem linken Rheinufer zu machen gedenke, zugestanden werden würden. Auf einem zur Herstellung des Friedens mit dem Reiche zu veranstaltenden Congreß werde Oesterreich eine geheime Abkunft mit Frankreich treffen, in Folge deren es seine Truppen zurückzöge, die dann sofort Baiern in Besitz nehmen würden: dann würde der Austausch proklamirt werden; die Niederlande würden unter ihrem neuen Fürsten in engste Verbindung mit dem deutschen Reiche treten. Es waren die dem preußischen System entgegengesetzten Gedanken, die dabei vorwalteten: denn jenes zielte eben darauf, die Unabhängigkeit Baierns und die Verbindung der überrheinischen Provinzen mit dem Reich zu behaupten. Merlin erneuerte den Antrag auf eine enge Allianz zwischen Frankreich und Preußen, wobei sein Plan zu sein schien, daß Frankreich die österreichischen Niederlande bis an die Maas im Besitz behalte: von der Abtretung der Rheingrenze und der preußischen Vermittlung sprach er hierbei nicht. Barthelemy und Bacher ließen bemerken, daß ihnen von diesen Plänen nichts bekannt sei, Pichegru hat kein Wort davon gesagt. Aber Hardenberg hielt die Erklärungen des damals mächtigen Volksrepräsentanten für zuverlässig genug und so bedeutend, daß er darüber mit seinem Hof Rücksprache nehmen müsse. Merlin hatte angedeutet, daß Hardenberg selbst nach Paris gehen möge: denn man hielt ihn für sehr gut französisch gesinnt, um den österreichischen Umtrieben auf die Spur zu kommen und zu begegnen. Hardenberg zog es vor, seinen alten Freund und Führer Gervinus, der indeß zum Geheimen Legationsrath ernannt worden war, zu diesem Zwecke nach Paris zu schicken. Er selbst

begab sich indessen nach Berlin, wo damals die wichtigsten Entschlüsse über die Reichsgeschäfte nicht allein, sondern zugleich über die Combination der allgemeinen Angelegenheiten, die Verhältnisse zu Oesterreich und Rußland in Berathung gezogen wurden.

Noch war über Polen keine Abkunft getroffen. Oesterreich und Rußland waren in den polnischen Angelegenheiten gegen Preußen; sie wollten eine definitive Theilung, um die österreichischen Ansprüche zu befriedigen; sie schienen einverstanden zu sein, den alten Austausch der Niederlande gegen Baiern jetzt ins Werk zu setzen. Hätte sich Oesterreich mit Frankreich verständigt, so würde jeder Widerstand von preußischer Seite vergeblich gewesen sein: eben eine solche Verständigung hatte Merlin als ganz wahrscheinlich bezeichnet. Unerläßlich schien es die Verbindungen mit der gemäßigten Partei, durch welche die Verabredungen zu Basel zu Stande gekommen waren, aufrecht zu erhalten, wobei, wie damals die Sachen standen, das linke Rheinufer gerettet werden konnte. Barthelemy wenigstens hatte geäußert, daß der Wohlfahrtsausschuß vor allen Dingen die Restitution der linksrheinischen Gebiete aussprechen müsse[1]).

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Hardenberg von Merlin getäuscht worden ist; allein dessen Angaben hatten doch eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Und von der größten Wichtigkeit war es, den Tendenzen zu einem Verständniß mit Oesterreich, die offenbar vorhanden waren, in Paris selbst entgegenzutreten.

Wir begleiten zunächst die von Hardenberg seinem alten Freunde anvertraute Mission, die einen Einblick in die französischen Verhältnisse gewährt, von denen Preußen nahe berührt wurde und welche die Folge der continentalen, besonders der deutschen Verhältnisse beherrschten.

Gervinus kam am 25. Mai in Paris an. Wenige Tage vorher (am 20.) war ein Aufstandsversuch der Jakobiner in

1) Barthélemy a lâché qu'il dirait au Comité qu'une fois pour toutes il fallait se prononcer sur la restitution de la rive gauche du Rhin, pour tranquilliser V. M. et les États germaniques sur cet objet.

Verbindung mit der unteren Volksklasse von Paris, die nach Brod schrieen, von der noch vorwaltenden thermidoristischen Partei niedergeworfen. Nach dem Urtheil von Gervinus war die Insurrektion sehr gefährlich gewesen: diese hatte zugleich in den meisten großen Städten ausbrechen sollen. Hätten die Jakobiner nicht ihre Zeit damit verloren, Dekrete zu Stande zu bringen; wären die Urheber der Bewegung[1]) das, was sie waren, nehmlich Verbrecher, ganz und vollständig gewesen, so würde ein allgemeines Blutbad haben erfolgen können. Aber man habe den Comités Zeit gelassen, ihre Kräfte zusammenzunehmen. Boissy d'Anglas, der mitten in dem Tumulte das Präsidium übernahm, habe die größte Unerschrockenheit gezeigt: ihm schreibe man den Erfolg zu[2]). Paris war, als Gervinus eintrat, in einer Gährung, wie sie sonst nur in einer belagerten Stadt vorkommt. Das Gewirre in den Sektionen ging über alle Vorstellungen: alle Verdächtigen, alle Terroristen wurden arretirt. Der Wohlfahrtsausschuß hielt seine Sitzungen über Nacht; am Morgen gingen seine Mitglieder zu Bett. Mitten in diesen Unruhen brach sich die Meinung Bahn, daß der Friede mit Preußen noch nicht vollendet sei. Es fehlte nicht an Leuten, welche den Frieden auch unter der Verzichtleistung auf die Rheingrenze wünschten. Aber in Anderen herrschten die Ideen der Eroberung und der Gloire vor; sie blieben dabei, die Rheingrenze zu fordern.

Nicht in dem Ausschuß selbst, wie Harnier, sondern in der für die auswärtigen Geschäfte eingerichteten Deputation desselben hatte Gervinus seine erste offizielle Audienz in einem Zimmer

1) scélérats.

2) Wenn auch hierbei die Frage über die Spontaneität dieser Bewegungen oder ihre Leitung durch Verschwörung wieder vorkommt, so stimmt Gervinus der letzten Meinung bei: Jamais la Convention ne fut en si grand danger, et jamais insurrection ne fut ourdie et organisée avec tant d'art et de moyens.

der Tuilerien am 23. Mai um 9 Uhr Abends. Die Deputation bestand aus Sieyes, Treilhard und Merlin von Douai.

Gervinus charakterisirt Sieyes, der allgemein verbreiteten Meinung, die er dann bestätigt fand, zufolge: es sei schwer mit ihm zu verhandeln; er sei hart, schneidend, verschlagen, voll von Philosophenstolz; der geringste Widerspruch rege ihn auf: er galt für einen ehrgeizigen Heuchler. Sieyes führte das Wort fast allein. Auf seine Frage, welches der Zweck der Mission Gervinus sei, erwiederte dieser: er sei geschickt worden, um sich über die gemeinschaftlichen Interessen Preußens und Frankreichs bei der Pacification zu besprechen. Ohne Rückhalt brachte er den vornehmsten Gegenstand, der seine Mission veranlaßt hatte, zur Sprache. Aus guter Quelle habe man von Verhandlungen der Franzosen mit Oesterreich gehört, auf einer von dieser Macht vorgeschlagenen, für Preußen widerwärtigen Grundlage. Es handle sich um nichts Geringeres, als die Ueberlassung Baierns an Oesterreich, durch welche das Gleichgewicht in Deutschland und in Europa vollkommen aufgehoben werden würde, so daß man nicht glauben könne, daß eine einsichtige Regierung, wie die französische, darauf eingehen werde. Es würde zum größten Nachtheil der Republik und ihrer Freunde gereichen. In der Pacifikation, mit der man umgehe, müsse vielmehr ein Hauptgrundsatz sein, das Kurfürstenthum Baiern für die natürlichen Erben desselben zu retten, die Integrität und die Verfassung des deutschen Reiches überhaupt zu erhalten.

Sieyes fragte mit schneidendem und fast gebieterischem Ausdruck, worauf sich denn diese Vermuthung gründe: man müsse Beweise dafür haben. In den Thatsachen liege Nichts, was dafür angeführt werden könne; denn höre man etwa, daß Oesterreich seine Truppen vom Rheine zurückziehe; selbst wenn dies der Fall wäre, würden die Franzosen ihnen folgen und mit ihnen schlagen. Gewiß könne Oesterreich die Absicht auf Baiern, die man ihm beimesse, nicht im Widerspruch zugleich mit dem deutschen Reiche und mit Preußen durchführen. Preußen müsse sich

nur energisch dagegen aussprechen. Gervinus sagte: dieser Macht käme das in der That recht eigentlich zu, und würde von ihr geschehen: allein man müsse bedenken, daß Rußland und England wahrscheinlich auf die Seite von Oesterreich treten würden. Die Parteien würden dann sehr ungleich werden. Gervinus ließ sich nicht dahin bringen, die Autorität zu nennen, auf die er seine Behauptungen gründete; er fügte nur hinzu, man sage in Deutschland, die Initiative dabei komme von der österreichischen Seite. Ein wahrhafter Gewinn würde es für Oesterreich werden, wenn es die Niederlande, die es nicht mehr haben wolle, mit einem Lande vertausche, durch welches es in den Stand käme, den Kreisen von Schwaben und Oberrhein sowie der Schweiz Gesetze vorzuschreiben; dem französischen Interesse laufe es ebenso zuwider, wie dem preußischen. Sieyes erörterte das nicht weiter; er sprach sich über die angeregte Frage nicht aus. An der Behauptung der Rheingrenze hielt er unbedenklich fest; er bemerkte, Frankreich bedürfe den Frieden, aber dieser müsse glorreich sein, und verknüpfte damit die Andeutung, daß auch in Deutschland ein anderes System ergriffen, die Machtvertheilung eine andere werden und Preußen dazu behülflich sein müsse. Und darauf nun ging Gervinus seinerseits nicht ein; er erinnerte an die Zusagen der Franzosen, an die sich der König halte, um dem Reiche den Frieden zu verschaffen; dann werde auch Oesterreich zur Pacifikation genöthigt werden. Es komme nur auf Frankreich an, Deutschland für sich zu gewinnen, indem es demselben die Gebiete auf dem linken Rheinufer, die es jetzt inne habe, zurückgebe. In Deutschland wünsche man nichts mehr als Annäherung an Frankreich, wodurch zugleich das Uebergewicht von Oesterreich gehoben werde. Er stellte die unglücklichen Folgen vor, welche die Verweigerung dieser Rückgabe nach sich ziehen werde. In diesem Falle würde Frankreich den Krieg fortsetzen müssen, was ihm doch nach seinem eigenen Geständniß nicht erwünscht sein könne. Das Reich würde nicht leicht in einen Verlust einwilligen, der andere große Veränderungen auf dem rechten

Rheinufer herbeiführen müsse, um die territoriale Entschädigung gewähren zu können, zu der Frankreich sich anheischig gemacht habe: dann würden die deutschen Staaten genöthigt sein, ihr Heil in der Verbindung mit dem Kaiser zu suchen. Gewiß würde dadurch das Ansehen des Königs nicht gewinnen, dem man diese Nachtheile zuschreiben werde.

Diese Worte schienen doch einen gewissen Eindruck auf Sieyes zu machen; aber er forderte einen detaillirten Plan über die Grenzen, welche Preußen für das gegenwärtige Frankreich in Vorschlag bringe: er sehe wohl, daß Preußen der Abtretung des linken Rheinufers widerstrebe und das Interesse des deutschen Reiches in Schutz nehme. Er verstehe davon nichts; das sei ein Chaos, das ihm keine präcise Vorstellung gewähre, und mit dem deutschen Reiche könne die französische Republik nicht unterhandeln, da sie von demselben nicht anerkannt sei. Sie werde mit den einzelnen Fürsten besondere Verträge schließen. Ueberdies seien die Grenzen von Frankreich von dem Convent bereits festgesetzt; eine derselben bilde der Rhein. Gervinus erwiderte: man habe wohl gelesen, daß in dem Convent diese Meinung geäußert worden, nicht aber, daß sie angenommen oder durch ein Dekret bestätigt worden sei; er frage an, ob er die Aeußerungen von Sieyes dem preußischen Ministerium als die Meinung der französischen Regierung mittheilen könne. „Nein", sagte Sieyes, „das habe ich nicht gesagt, so verstehe ich das nicht"; Gervinus möge das Ministerium auffordern, einen Plan über die Pacifikation vorzulegen; dann könne man sich verständigen.

Die Sitzung, die damit endigte, ist in sofern sehr bedeutend, als darin den Gegensatz der in dem Ausschuß vorwaltenden Absichten, — denn diese waren es doch, welche Sieyes, der durch besonderen Beschluß an Stelle eines andern Mitgliedes zu der Commission geschickt worden war, vertrat, — und der von Preußen noch festgehaltenen Ideen zur Erscheinung kam. Die Franzosen schienen weder das linke Rheinufer herausgeben, noch auch überhaupt mit dem Reiche als solchem verhandeln zu wollen,

sondern nur mit den einzelnen Fürsten, mit denen sie über die Abtretung übereinkommen zu können meinten.

Es hat einen inneren Zusammenhang, daß derselbe Mann, durch welchen die Idee der Nationalsouveränetät in der französischen National-Assemblee, die ihm ihren Namen verdankt, zuerst zu vollem Ausdruck gekommen war, jetzt auch den Plan, den Rhein zur Grenze von Frankreich zu machen, mit Eifer vertrat. Man begreift es, daß der metaphysische Politiker von dem Wesen des deutschen Reiches keine Ahnung hatte, noch haben wollte. Dies repräsentirte noch die alte Seite des europäischen Lebens, das Gegentheil der französischen Ideen.

Beim Herausgehen sprach Sieyes in freundschaftlichem Tone mit Gervinus; er versicherte dabei vornehmlich, daß bei dem Frieden, den man beabsichtige, Preußen nichts verlieren, sondern gewinnen solle. Er hob das Verhältniß Preußens zu Oesterreich, welches die mit der Demarkationslinie verbundene Neutralität nicht respektire, und zu Rußland hervor; von diesen beiden Staaten werde die Sicherheit des Nordens bedroht. Gervinus erwiderte, daß der preußische Gedanke einer Pacifikation namentlich mit dem Reich und mit Oesterreich dahin ziele, der französischen Macht den Einfluß wieder zu verschaffen, der ihr in Europa gebühre.

In seinem Berichte wiederholte Gervinus die Versicherung, daß das französische Volk den Frieden wünsche und die Regierung ihn brauche. Mit Oesterreich werde Frankreich sich nicht so leicht verständigen; die Niederlande würde es dem Kaiser schon darum nicht zurückgeben können, weil den Führern der holländischen Bewegung das Gegentheil versprochen sei. Aber Oesterreich verlange eine Entschädigung, die es nur durch Baiern zu erhalten hoffen könne.

Alles Bemerkungen, welche ihre Wahrheit haben, von inhaltschwerster Natur für die Zukunft des Continentes. Die Differenz beruht darauf, daß Preußen jede durchgreifende territoriale Veränderung abschlug: denn es wollte die Integrität des Reiches

und seiner Verfassung aufrecht erhalten. Der politische Gedanke Preußens war, daß das revolutionäre Frankreich in der Reihe der europäischen Mächte die ihm gebührende Stellung erlangen sollte, in der es an demselben eine Stütze zu finden hoffte. In Frankreich dagegen hielt eine große Partei an der gemachten Eroberung fest, weil davon das Uebergewicht in Europa abhänge. Sie hatte den Umsturz des Reiches und eine vollkommene Umgestaltung im Sinne, wofür sie Preußen zu gewinnen hoffte. Entwürfe, die einander geradezu entgegengesetzt sind. Alles lag daran, ob die Partei, die sich mit diesen Ideen trug, in Frankreich die Oberhand behalten würde.

Gervinus schildert das Verhältniß der inneren Gegensätze folgender Gestalt: der Wohlfahrtsausschuß zerfalle in zwei Parteien, von denen die eine die Fortsetzung des Krieges, die andere den Frieden wolle. Die letzte aber theile sich in zwei Fraktionen; die stärkere sei für die Behauptung des linken Rheinufers, entweder durch unmittelbare Vereinigung mit Frankreich, oder durch Einrichtung desselben zu einer mit Frankreich verbündeten Republik. In dem Ausschuß seien jetzt einige Mitglieder für die Rückgabe der Landschaften am linken Rheinufer; allein sie wagen kaum, sich auszusprechen. Schon öfter war von der Nothwendigkeit, einen preußischen Minister nach Paris zu senden, die Rede gewesen; Gervinus meint, mit Festigkeit und einigem Geldaufwand werde derselbe im Stande sein, der gemäßigten Partei das Uebergewicht zu verschaffen[1]).

Er machte persönliche Bekanntschaft mit Carletti: der bei ihm als ein anmaßender Schwätzer erscheint, nicht recht als ein Diplomat, beinahe als ein Franzose. Carletti sprach viel von den fremden Cabineten, die er entweder als höchst perfid bezeichnete, wie das englische, oder als sehr beschränkt, wie das österreichische. Er behauptete, Oesterreich habe seinen Frieden mit Frankreich

1) Avec de la fermeté et un peu de dépense et d'intelligence un ministre prussien pourrait diriger l'opinion du Gouvernement et la tourner en notre faveur.

auf die besten Bedingungen schließen können, ehe der preußische geschlossen wurde. Er hatte viel Umgang mit einigen der tonangebenden Damen in jener Epoche, namentlich mit Frau von Stael, der Tochter Neckers, die mit ihrem Gemahl, dem Gesandten von Schweden, nach Paris gekommen war, und Madame Tallien: von denen, sagt Gervinus, habe sich Carletti überreden lassen, daß er ein großer Mann sei. Er war stolz darauf, Republikaner und Philosoph zu sein, ohne Rücksicht auf seinen Fürst, den Großherzog von Toscana, von dem er weniger abhänge, als dieser selbst von ihm; zugleich davon durchdrungen, daß die französische Republik unüberwindlich sein werde [1]).

Von den leitenden Männern der Zeit war es besonders Boissy d'Anglas, mit welchem Gervinus in vertraulichen Verkehr trat. Es gereichte ihm zu nicht geringer Genugthuung, daß derselbe, obgleich er auch Carletti häufig sah, doch nicht daran dachte, daß Baiern an Oesterreich überlassen werden könne. Er versicherte ihm, die Verhandlungen mit dieser Macht seien nicht weit vorgeschritten; Frankreich suche Oesterreich nicht zu verstärken, sondern eher zu schwächen. Gervinus stellte ihm den Nachtheil vor, der für Frankreich selbst daraus entspringe, wenn es auf die Rheingrenze dringe: denn der Krieg würde dann ins Unabsehliche fortgesetzt werden müssen. Bei weitem besser wäre es, wenn es der Mäßigung Gehör gebe und seinen Frieden mit dem deutschen Reiche schlösse, ebensowohl für Frankreich, als für Preußen. In Bezug auf die oberrheinischen Gebiete ging Boissy darauf ein, weniger in Bezug auf den Niederrhein, aus Rücksicht auf Holland, und den mit dieser nunmehr revolutionären Republik geschlossenen Vertrag.

Noch war damals Alles unentschieden, und Niemand hätte den endlichen Ausgang voraussehen können. Was am meisten auffiel, war die Unzufriedenheit des Volkes, wozu der Fall der

1) Carletti ne voyant rien que la France et regardant sa puissance républicaine comme un colosse inébranlable, croit qu'elle dominera seule l'Europe, seulement cependant dans la supposition qu'elle reste République.

Assignaten und der hohe Preis der Lebensbedürfnisse vornehmlich beitrugen. Eine Rückkehr zu dem Königthum schien noch immer möglich. Unter denen, die sich jetzt Aristokraten nannten, unterschied man neben der vorherrschenden republikanischen auch eine royalistische Partei. Doch war das nicht der vornehmste Gegenstand des inneren Haders, der vielmehr aus den revolutionären Agonien selbst entsprang. Allgemein empfand man die constitutionelle Nothwendigkeit, die exekutive Gewalt zu verstärken, ein Gesichtspunkt, der bei der neuen Constitution, mit der man umging, vorwaltete.

Sechszehntes Capitel.

Absichten der Pacifikation zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche.

Der Aufenthalt Hardenbergs in Berlin hatte zu einer nochmaligen Ueberlegung aller Verhältnisse geführt. König Friedrich Wilhelm war von der Idee, der Vermittler eines allgemeinen Friedens zu sein, zurückgekommen: denn er würde zuerst die Intentionen der großen Höfe, von denen er nicht einmal darum angegangen sei, erforschen müssen. Aber durch die Vorgänge am Reichstage hielt er sich namentlich in Voraussetzung eines zu erwartenden Reichsconclusums, über dessen Inhalt man keinen Zweifel hegte, für hinreichend unterrichtet, um über den Frieden des Reiches selbst in Unterhandlung zu treten. Sein Gesichtspunkt dabei, sagt er, müsse auf die Behauptung der Integrität des Reiches gerichtet sein; den Franzosen müsse die Wichtigkeit des Friedens für sie selbst zum Bewußtsein gebracht werden, besonders die schädliche Rückwirkung, welche die Erneuerung des Krieges auf ihre inneren Zustände ausüben würde: eine Rektifikation der Grenze sei aber damit nicht ausgeschlossen, wenn man sich nur in der Hauptsache verständige.

Die Instruktion hierüber ist vom 3. Juli 1795; Hardenberg zögerte jedoch noch ein paar Tage mit seiner Abreise, um das Anlangen des Reichsconclusums abzuwarten. Darin wurde nun zwar der Kaiser selbst um schleunige Einleitung des Friedens ersucht, zugleich aber das Vertrauen ausgesprochen, daß der König von Preußen zur Erlangung eines die Integrität und Verfassung des

deutschen Reiches sichernden Friedens seine „beihülfliche Verwendung und Mitwirkung“ eintreten lassen werde. Hardenberg bemerkt, daß dabei Friedrich Wilhelm II., als König nicht eigentlich als Mitstand des Reiches zur Mitwirkung aufgefordert werde: er war damit vollkommen zufrieden. Mit dem König besprach er noch die Unzuständigkeit der Verhandlung der einzelnen Fürsten mit Frankreich; das Angemessenste schien, die Verhandlung an den Reichstag selbst zu verweisen. Man darf nie vergessen, daß die Fülle der Macht verfassungsmäßig dem Reichstag angehörte, und der Kaiser verfassungsmäßig die Beschlüsse desselben auszuführen hatte. Der Ehrgeiz von Preußen ging nun dahin, auf die Direktion der Geschäfte am Reichstag eine entscheidende Einwirkung zu gewinnen, und diese den Einwirkungen Oesterreichs als europäischer Macht zur Seite zu setzen; den Frieden zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche herzustellen, hatte insofern den größten Werth für die Autorität des Königs in Deutschland.

Das Reichsgutachten war nicht ohne großen Widerspruch zu Stande gekommen; doch zweifelte man nicht, daß der Kaiser es ratificiren werde. Alles würde dann in den Formen der bisherigen Verfassung ins Werk gesetzt worden sein.

Am 9. Juli verließ Hardenberg Berlin: er versäumte nicht Bischoffwerder in Marquard zu besuchen. In Baireuth traf er mit Goertz zusammen und kam mit ihm über das am Reichstag einzuhaltende Verfahren überein. Er machte dem Kurfürsten von Cöln in Mergentheim und dem Kurfürst von Mainz in Aschaffenburg seinen Besuch. In Frankfurt sprach er den österreichischen Minister Grafen Schlick und den Britten Crawford, der wiewohl nicht im Amt, doch als Vertreter der englischen Regierung im Reiche angesehen wurde: Hardenberg nahm Bedacht, überall ein gutes Verhältniß mit den Alliirten zu erhalten. Am 24. Juli traf er wieder in Basel ein. Unverzüglich eröffnete er die Unterhandlung mit Barthelemy. Seine Instruktion ging besonders dahin, daß der Unterhandlung über den Reichsfrieden ein Waffenstillstand

vorangehen müsse. Barthelemy war einverstanden damit, daß man ohne einen vorläufigen Waffenstillstand schwerlich zu dem Reichsfrieden gelangen werde; er bemerkte jedoch die Hindernisse, auf welche der Abschluß eines Waffenstillstandes stoßen werde. Die vornehmste schien ihm darin zu liegen, daß die kaiserlichen Truppen von demselben ausgeschlossen werden müßten, wenn man nicht mit Oesterreich eine besondere Abkunft treffen wolle. An sich hielten die beiden Staatsmänner für sehr möglich, den Reichsfrieden auf dem in Berlin eingeschlagenen Wege zu Stande zu bringen.

Wohin die Gesichtspunkte der preußischen Politik überhaupt zielten, ersieht man aus einem Schreiben, welches Hardenberg damals an seinen Vertrauten Gervinus richtete. Alles beruht darauf, sagte er, daß die allgemeine Pacifikation ohne jede Absicht des Ehrgeizes oder der Vergrößerungssucht schleunig herbeigeführt werde; die Interessen sollen vereinigt, jede offensive Allianz vermindert werden[1]. Gervinus soll in Paris aussprechen, daß eine Allianz zwischen Preußen und Frankreich zwar sehr möglich sei, im gegenwärtigen Augenblick aber nicht opportun; sie würde vielmehr die größten Verwirrungen veranlassen namentlich für Frankreich selbst. Frankreich bedürfe den Frieden, der ihm durch die Vermittelung des Königs von Preußen verschafft werden könne. Seinerseits würde Preußen versuchen, sich über die polnischen Angelegenheiten mit Oesterreich und Rußland, über die deutschen mit Oesterreich, über die holländischen mit England und mit Frankreich zu verständigen. In Bezug auf Polen erwarte man den Plan, den Rußland zur Vermittlung mit Oesterreich vorlegen werde. Man hoffe noch, ein unabhängiges Polen, in welchem Umfang auch immer, erhalten zu sehen. Sehr ausführlich ist Hardenberg über die Angelegenheiten des Reichstags. Er erwartete die Ratifikation des Conclusums von Seiten des

1) Mon système général tend invariablement à accélérer la pacification générale sans aucune vue ambitieuse ou d'agrandissement, à ne s'engager dans aucune liaison offensive. Bâle, le 27 juillet 1795.

Kaisers auch deshalb, weil derselbe sonst allen Einfluß im Reiche verlieren würde.

Diese Lage der Dinge soll nun Gervinus den Mitgliedern des Ausschusses vorstellen, und auf zwei Punkte dringen: Eröffnung eines Friedenscongresses in Frankfurt und Abschluß eines Waffenstillstands mit dem deutschen Reiche. Hardenberg hofft, daß Oesterreich bewogen werden könne, seine Truppen aus den Rheinlanden zurückzuziehen. Doch ist er noch immer nicht ohne Besorgniß, über die geheimen Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich. Die holländische Frage, auf die er nunmehr übergeht, erklärt er für die schwerste von allen. Preußen denke nicht, das alte System wieder aufzurichten, aber es wünsche die Herstellung des Hauses Oranien, wenn auch mit großen Modifikationen. Gervinus wird zu besonderer Rücksicht in seinen Beziehungen zu dem schwedischen Gesandten ermahnt: denn der geringste Schatten einer Verbindung mit Schweden würde die Verhältnisse zu Rußland verderben. Wenn es Gervinus als den allgemeinen Wunsch der Franzosen bezeichnet hatte, daß ein preußischer Gesandter in aller Form in Frankreich accreditirt werde, so war Hardenberg dagegen. Denn weit entfernt, die Geschäfte zu erleichtern, würden offizielle Gesandtschaften neue Räder in der Maschine bilden und deren Gang erschweren. Seine Meinung war, daß, wie der Friede so auch dessen Vervollständigung durch ihn selbst und Barthelemy zu Basel vereinbart werden solle. Wie Gervinus in Paris nur als Mitglied der preußischen Gesandtschaft in der Schweiz erscheine, so wäre zu wünschen, daß auch von Barthelemy ein ähnlicher Vertreter nach Berlin gesendet würde. Man erkennt hier wohl die hochstrebende Ambition des preußischen Bevollmächtigten. Mit dem Repräsentanten der gemäßigten Meinungen in Frankreich, Barthelemy dachte er Alles zu verabreden, was weiter nothwendig sei und besonders zum Frieden mit dem deutschen Reiche führen könne. Einen Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Reiche unverzüglich zu Stande zu bringen, sei das Allernothwendigste. Barthelemy stimme ganz damit über-

ein. Wenn man in Frankreich früher nicht von Stillstand, sondern unmittelbar von Frieden habe sprechen wollen, so sei das richtig gewesen in Bezug auf Preußen; in Bezug auf ein so complicirtes Gemeinwesen aber wie das deutsche Reich sei das Gegentheil richtig; man müsse erst den Stillstand festgesetzt haben, ehe man von Frieden reden könne.

Mittheilungen in denen ein ganzes System liegt, wie es für Preußen in dem damaligen Zustande geboten erschien: Verständniß mit den beiden Kaisern über Polen, besonders aber Pacifikation zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche. Die rheinischen Landschaften sollen dem letzteren verbleiben, von dem Austausch von Baiern keine Rede weiter sein. Es hat Momente gegeben, in welchen Preußen in die Erwerbung Baierns durch Oesterreich eingewilligt hätte, in Widerspruch mit dem alten von dem großen Friedrich eingeleiteten System; auf dieses kam man jetzt zurück. Die größte Sorge war, daß sich Frankreich darüber nicht mit Oesterreich verständige.

Gewiß war dies System wohl bedacht und hätte unendlich vortheilhaft werden können: doch läßt sich von vornherein zweifeln, ob es ausgeführt werden konnte. Von Paris her machte Gervinus, der an sich mit demselben einverstanden war, doch erhebliche Einwendungen dagegen. Er hatte mit Männern zu verhandeln, die seinem Schweigen zum Trotz auch über Polen mitverfügen wollten; sie gaben den Anspruch kund, der ganzen Welt das Gesetz zu diktiren. Auch unter den Freunden von Preußen in dem Wohlfahrtsausschuß und der Convention gab es viele, welche einen unmittelbaren Wiederanfang der Feindseligkeiten forderten, um Oesterreich zum Frieden zu zwingen. Gervinus bemerkte ihnen: die Folgen könnten höchst gefährlich werden; denn die Siege, die Frankreich wahrscheinlich erfechte, würden die Rückgabe der überrheinischen Provinzen unmöglich machen, und dadurch auch den Frieden mit dem Reiche. Man wolle, sagt er, nicht allein Oesterreich bezwingen, sondern zugleich Preußen und das Reich in die Nothwendigkeit versetzen, die Abtretung des linken

Rheinufers zuzugeben. Sehr stark sei die Partei, welche auf Errichtung von Republiken in diesen Ländern sinne; die Intriguen einer österreichisch gesinnten Faktion von Republikanern, der Einfluß der holländischen Patrioten und der alten Clubisten von Mainz, Cöln und Coblenz wirken zusammen[1]). Es waren eben die revolutionären Impulse, die, durch das Schwanken der allgemeinen Verhältnisse veranlaßt, den friedlichen Tendenzen von Preußen entgegentraten.

Durch einige Ereignisse jener Tage wurden sie noch verstärkt. Das erste war die Niederlage der Royalisten, welche mit englischer Unterstützung in Frankreich einzudringen versucht hatten, in Quiberon (21. Juli 1795); das andere der Friede mit Spanien, der in Folge der an den spanischen Grenzen von den Franzosen errungenen Vortheile, und einer gewissen Concurrenz der spanischen Staatsmänner unter einander ebenfalls zu Basel abgeschlossen wurde (22. Juli) —, ohne Zuthun Hardenbergs, der vielmehr den Wunsch ausspricht, von den geheimen Artikeln dieser Abkunft Nachricht zu erhalten.

Gervinus lehnte es ab, über die von Hardenberg in Anregung gebrachten Punkte mit dem Ausschuß, als solchem zu unterhandeln; das würde zu nichts führen, wenn er nicht im Voraus mit den einzelnen Mitgliedern desselben vorläufige Rücksprache genommen hätte. Alle Tage aber wurde diese Unterhandlung schwieriger. Anfang August traten Sieyes und Rewbell in das Comite ein; sie hatten den holländischen Traktat geschlossen, der auf der Voraussetzung der Fortdauer der bisherigen feindseligen Haltung gegen die Nachbarn beruhte. Sieyes fand noch Widerstand, aber man sah voraus, daß er den größten Einfluß gewinnen würde, Besonders wurde er von Louvet

1) Gervinus, 18. August: Die hiesigen Rhein-Clubisten, unterstützt von den Terroristen in dem Convent und durch die Holländer, schreien seit einigen Tagen erbärmlich in den Zeitungen, um sich den Rheinstrom als eine Republik zu erhalten. Prof. Hoffmann ist der Anführer derselben; er hat bei einigen heftigen Gliedern, bei Rewbell u. s. w. allerdings Einfluß.

unterstützt, der sich dem Terrorismus wieder zuzuwenden schien. In diesen Kreisen sah man das Heil der Republik darin, daß man auch in den Nachbarlanden Republiken organisire.

Man dachte die überrheinischen preußischen Gebiete mit Holland zu vereinigen. Ueberhaupt war man weit entfernt, sich mit den alten Grenzen begnügen zu wollen. Um Savoyen behalten zu können, meinte man, den König von Sardinien in Mailand zu entschädigen, was sich ohne einen neuen Krieg mit Oesterreich nimmermehr erreichen ließ. Aus dieser Rücksicht lehnte man ab, auf den vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen, in welchem kein Vortheil für Frankreich liege, das seine Armee immer im Felde haben werde; wohl aber für Oesterreich.

Indem sich diese Schwierigkeiten gegen die in Berlin gefaßten Absichten erhoben, war in Deutschland die Ratifikation des Reichstagsconclusums erschienen (29. Juli), welche aber mehr eine Ablehnung als eine Annahme enthielt. Der Kaiser sprach aus: die Verhältnisse seien noch nicht so dringend, um eine Vermittlung nothwendig zu machen; das Reich sei stark genug, in Vereinigung mit seinem Oberhaupt einen billigen, gerechten und annehmlichen Frieden zu erlangen; der Kaiser sei nicht gegen die von der Mehrheit der Stände gewünschte Vermittelung von Preußen, allein diese dürfe eine unmittelbare Verhandlung des Reichsoberhauptes und der französischen Bevollmächtigten nicht verhindern. Das Reichsconclusum war in dem Sinne verfaßt, daß Preußen gleichsam an der Spitze der Stände den Frieden herbeiführen solle; die Ratifikation legt den größten Nachdruck auf die Befugniß des Reichsoberhauptes und die Pflicht der Stände, sich um dasselbe zu schaaren.

Von einer förmlichen Mediation Preußens zwischen dem Reiche und Frankreich konnte nun nicht die Rede sein. Die Franzosen bemerkten, daß ihnen der Friede mit dem Reiche nichts nützen könne, ohne Frieden mit Oesterreich. Zu eigentlichen Verhandlungen über den Reichsfrieden konnte es nicht kommen, weil die Einleitung zu demselben dem Kaiser vorbehalten war;

dieser aber durch seine neuen Verbindungen mit England gehindert wurde, etwas dafür zu thun. Die Stimmung beider Theile, der Franzosen wie der Kaiserlichen ließ einen unmittelbaren Wiederausbruch des Krieges erwarten, was eine Pacifikation mit dem Reiche thatsächlich unmöglich machte.

Die Absichten, mit denen Hardenberg gegen Mitte Juli Berlin verlassen hatte, erschienen gegen Ende August ihm selbst als gescheitert. Dann aber trat eine andere Seite der Sache hervor. Die Franzosen, die noch nicht daran denken konnten, daß ihnen vom deutschen Reiche die Behauptung des linken Rheinufers werde nachgegeben werden, erneuerten ihre Versuche, mit den einzelnen Fürsten Verträge zu schließen. Und wenn keine Pacifikation mit dem Reiche erfolgte, so blieb diesen kein anderer Ausweg übrig, als darauf einzugehen: sie würden sonst vom Sturm des Krieges ergriffen worden sein; sie hatten bisher an der Idee, daß die Negotiation von Seiten des Reiches sofort eröffnet werden würde, festgehalten; in dem Augenblick, daß sich das unmöglich zeigte, wandten sie sich zu besonderen Verhandlungen mit Frankreich. Es war eine fast unvermeidliche Folge der in den höchsten Regionen obwaltenden Mißverständnisse, der Unvereinbarkeit der preußisch-deutschen Tendenzen auf der einen Seite mit den Eroberungsabsichten von Frankreich und dem Wiederbeginn des Krieges mit Oesterreich auf der anderen. Als einen Abfall von dem Reiche darf man das Verhalten der deutschen Fürsten doch nicht bezeichnen; die Fürsten fanden eben bei dem Reiche keinen Schutz mehr. Die Art und Weise der Deliberationen am Reichstage und die Ausdrücke der Ratifikation ließen erkennen, daß sie von einer Pacifikation des Reiches nichts zu erwarten hätten, zumal da die von Paris eingehenden Erklärungen dagegen ausfielen. Die in Basel anwesenden Gesandten der beiden Hessen, von Baden, Würtemberg, Pfalz-Baiern gaben sämmtlich die Absicht kund, bei ihren Höfen die Ermächtigung zu besonderen Friedensunterhandlungen einzuholen. Man kann darin wohl den entscheidenden Moment für die Existenz des Reiches sehen. Die

von Preußen angegebene Auskunft war das einzige Mittel, die allgemeine Verbindung der Stände aufrecht zu erhalten. Es würde aber dem König einen Einfluß in dem Reiche gewährt haben, der dem Kaiser zu stark gewesen wäre: Preußen war einen Frieden eingegangen; der Kaiser war entschlossen den Krieg mit Frankreich wieder aufzunehmen. In diesem Zwiespalt konnten keine gemeinschaftlichen Beschlüsse gefaßt werden. Hardenberg gab den fürstlichen Gesandten eigentlich Recht; er hielt ihr Verfahren sogar für constitutionell [1]. Der König war nicht gemeint mit dem kaiserlichen Hofe über seine Behandlung der Sache ernstlich zu rechten; er fand eine Genugthuung darin, daß der Artikel des Baseler Friedens, durch den er die Befugniß erhielt, seine Verwendung für die einzelnen Fürsten eintreten zu lassen, nun zur Anwendung kam. Auch Hardenberg beschied sich, daß an eine Mediation für das Reich nicht zu denken sei, und behauptete nur das Recht der Mediation für die einzelnen Fürsten. Namentlich der Herzog von Zweibrücken überließ die Verhandlungen, die er auf das Eifrigste wünschte, der Vermittlung Hardenbergs.

Man bewegt sich hier nur in Velleitäten; aber soviel leuchtet doch ein, daß sich durch den Gang, den die Unterhandlungen nahmen, die Stellung Preußens zu seinem Nachtheile veränderte. Noch war über die polnische Angelegenheit keine Vereinbarung mit den beiden Kaiserhöfen getroffen; die Franzosen hofften vielmehr bei neuem Zerwürfniß mit Oesterreich, Preußen doch noch zu einer Allianz zu vermögen. Der sonst so friedliche Barthelemy machte auf Befehl des Ausschusses dem preußischen Gesandten den Antrag zu einem Bündniß, in

1) Les appréhensions que le refus de l'armistice et les préparatifs des Français font naître chez les États de l'Empire, combinées avec la lenteur extrême des délibérations de la diète de Ratisbonne, et plus encore celle que la cour de Vienne met dans l'affaire de la pacification, vont sans doute motiver des négociations séparées de paix, surtout de la part des Princes les plus exposés. Aus dem Schreiben Hardenberg's vom 13. August 1795.

welches die Pforte, Schweden, Dänemark und Holland eintreten würden: die Absicht war, daß die Polen dem König den Besitz der von ihm eingenommenen Provinzen zusichern, zugleich aber wieder als besondere Macht betrachtet werden sollten; diese große Vereinigung würde alsdann ihre Kräfte gegen Oesterreich und Rußland gewendet haben: es würde eine Abkunft in Deutschland im Gegensatz gegen Oesterreich haben erfolgen müssen [1]). Aus der Art, wie sich Hardenberg über diesen Entwurf ausspricht, entnimmt man, daß er einen gewissen Eindruck von demselben empfangen hatte. Das Motiv, um dessentwillen er dennoch davon abräth, ist sehr unerwartet; er meint nämlich: England, das mit feindseliger Gesinnung gegen Preußen erfüllt sei, werde dadurch in den Stand kommen, Rache an demselben zu nehmen; denn von Frankreich werde Preußen nicht mit Geldmitteln versehen werden können, um den Krieg kräftig zu führen; es werde leicht durch Rußland zu erdrücken sein [2]). Hardenberg glaubt, aus dem Verhalten der beiden andern Mächte ebenfalls auf ihre feindselige Gesinnung schließen zu können. Das ergebe sich aus dem Ton, in welchem Rußland über die polnische Angelegenheit spreche, aus der Art und Weise der Ratifikation des Kaisers und dem Stillschweigen der Engländer im Bezug auf die Neutralität von Hannover. Diesen Feindseligkeiten zu begegnen, würde man durch die vorgeschlagene Verbindung nicht fähig werden. Es müsse dabei bleiben, daß man die Allianz vermeide, von der man

1) Il paraît qu'on désirerait une Pologne quelconque rétablie par des liaisons entre V. M., la France, la Porte, la Suède, le Danemark et la Hollande, sans faire restituer à V. M. les provinces occupées par Elle. Les Polonais eux-mêmes voudraient s'entendre avec vous, Sire, et avec la France, se rapprocher de V. M., et agir contre les vues de la Russie. Hardenberg au Roi.

2) L'Angleterre calcule peut-être que la France, quand même V. M. s'unirait à elle, ne serait qu'un faible appui, et que V. M. ne pouvant tirer de cette puissance des secours en argent, se verrait dans l'impossibilité de résister longtemps à des efforts tant soit peu combinés des autres puissances et surtout de la Russie.

keine hinreichende Vermehrung der Streitkräfte erwarten dürfe; aber zugleich auch dabei, mit Frankreich ein freundschaftliches Verhältniß aufrecht zu erhalten. Demarkation und Neutralität gewannen sogar eben dadurch eine verdoppelte Bedeutung, wenn der Reichsfriede nicht zu Stande kam, und der Krieg mit Oesterreich wieder anfing.

Hardenberg war noch immer der Meinung, daß der Status quo vor dem Kriege hergestellt werden müsse und könne; für den König von Preußen sei es offenbar das Beste, nicht minder aber auch für Frankreich, welches den Zweck des Krieges, der doch die Herstellung der Ruhe sei, nur dadurch erreichen könne [1]). Doch verhehlte er sich nicht die Möglichkeit, daß die entgegengesetzte Richtung das Uebergewicht erhalte: die Folge davon könne nur ein allgemeiner Umsturz sein; Frankreich werde sich doch vielleicht mit Oesterreich verständigen; es werde zu einer Säcularisation kommen: für diesen Fall müsse der König sich auch seinerseits Acquisitionen vorbehalten, um das Gleichgewicht behaupten zu können.

1) Le statu quo semble toujours ce qu'il y aurait de plus sûr et de plus désirable pour les intérêts de V. M. et même pour ceux de la France, parce qu'il faut la paix pour atteindre le but fondamental: le repos. — Mais si les événements amenaient malgré vous, Sire, des changements, si la France consentait à l'acquisition de la Bavière par la maison d'Autriche, si des sécularisations avaient lieu en Allemagne, il emporterait beaucoup sans doute que V. M. conservât la balance en faisant aussi de son côté des acquisitions considérables. Hardenberg au Roi, le 27 août 1795.

Siebzehntes Capitel.

Begründung der neutralen Stellung Preußens.

Mehr als einmal haben wir die enge Verflechtung der östlichen Angelegenheiten mit den westlichen berührt. Vielleicht dürfen wir hier unsere Ansicht über die große Streitfrage des Ostens, die wir nicht näher erörtern können, doch im Allgemeinen aussprechen. Die Ereignisse in Osten von Europa erscheinen welthistorisch betrachtet als ein Kampf der beiden slavischen Nationalitäten, der polnischen und der russischen unter einander. Es hat eine Zeit gegeben, in welcher die Polen das Uebergewicht hatten; darauf war eine andere gefolgt, in welcher das Uebergewicht der Russen unbedingt entschieden war. Dann aber war ein erträgliches Verhältniß zwischen den beiden Nationen eingetreten. Grade daher, daß eine indirekte Autorität von russischer Seite nicht zu behaupten war, entsprang die Idee der Theilung. Nicht allein hatten die beiden großen deutschen Mächte Ansprüche auf polnische Gebiete, die sie geltend zu machen gedachten; sondern es wäre ihnen unerträglich gewesen, die Herrschaft der Russen fortgehen und sich befestigen zu lassen. Die Versuche nun, mit Rußland über das fernere Bestehen eines intermediären Königreiches oder über die Besitznahme seiner Landschaften Vereinbarung zu treffen, hatten auf die allgemeine Politik fortwährend bestimmend eingewirkt. Die drei Mächte waren darüber unter sich in Zerwürfnisse gerathen. Wenn Rußland früher auf der Seite von Preußen gestanden, so war es damals mehr auf die Seite von Oesterreich

getreten. Den Streitpunkt bildeten die Palatinate Krakau und Sandomir, welche Oesterreich im Widerspruch mit Preußen in Anspruch nahm; und zwar mit Einwilligung von Rußland. Darüber schien es zu einem Bruch zwischen den drei Mächten kommen zu müssen, eine Eventualität, auf welche sich die eben erwähnten Allianz-Anträge der Franzosen gründeten.

Es ist kein Zweifel, daß die Mißverständniße mit den beiden Kaiserhöfen vorzüglich dazu beitrugen, den König von Preußen zu seiner Annäherung an Frankreich zu vermögen: denn er konnte unmöglich ein Zerwürfniß in Osten und einen Krieg in Westen aushalten; er zog sich von der Coalition zurück, um Frieden mit Frankreich zu haben. Sollte er nun aber, den französischen Anmuthungen folgend, mit den nordischen Verbündeten brechen? Aus den Bemerkungen Hardenberg's ergiebt sich, daß die Unterstützung, die Preußen in einem solchen Falle von Frankreich erwarten durfte, doch bei weitem nicht hingereicht hätte, um es zu einem Kampfe fähig zu machen, in welchem die Kaiserhöfe die Unterstützung von England gehabt haben würden. Ueberdieß aber widersprach es den Intentionen Friedrich Wilhelms, wie aus dessen ersten Eröffnungen hervorgeht, vollkommen. Hatte er Frieden im westlichen Europa, so wollte er darum nicht in neue Kriege im Osten gerathen. Durch das Verhältniß zu Frankreich wurde es vielmehr nothwendig, auch in dem Osten zu einem Verständniß zu gelangen.

Schon war zwischen den beiden Kaiserhöfen, wie erwähnt, eine Abkunft getroffen, welche zugleich eine definitive Theilung von Polen involvirte; sie waren entschlossen, unnachgiebig dabei zu beharren: denn ohne diese Abkunft sei Rußland nicht im Stande, etwas gegen Frankreich zu thun. Dann aber, so vernahm man aus Wien, werde der Kaiser darauf denken, unter möglichst guten Bedingungen seinen Frieden mit Frankreich zu machen, um seine Waffen gegen Preußen zu wenden, einen Nebenbuhler, der ihm sonst zu stark werden dürfte [1]).

1) Whithworth an Grenville, Petersburg, 6. Februar 1795 bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates, Ergänzungsband. S. 509.

Kaiserin Katharina erklärte sich bereit, in einem solchen Falle mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache zu machen; sie ging davon aus, daß sie es eigentlich sei, welche Polen erobert und dadurch auch das Recht erlangt habe, über dessen Gebiete zu verfügen[1]). Es dauerte noch einige Zeit, ehe der preußische Hof über die zwischen Oesterreich und Rußland vereinbarten Punkte verständigt wurde und die Aufforderung erhielt, sie anzunehmen (9. August). An dem Hofe Friedrich Wilhelms brach sich die Meinung Bahn, daß für ihn nicht rathsam sei, sich mit den beiden Kaiserhöfen zu entzweien.

Indem er auf die Anträge derselben einging, behielt er sich nur sichernde Grenzbestimmungen vor, und zwar solche, die mit den zwischen Oesterreich und Rußland geschlossenen Verträgen vereinbar seien. In einem Schreiben an Hardenberg (vom 25. August) sagt der König: „Ich bin es nicht, der diese letzte Theilung gesucht oder gewünscht hat; ich bin weit entfernt, mich über die Inconvenienzen zu täuschen, welche dieselbe nach sich ziehen kann; aber es stand schlechterdings nicht in meiner Macht, sie zu verhindern, es wäre denn, ich hätte mich unter den ungünstigsten Umständen in einen Krieg mit den Kaiserhöfen einlassen wollen, den ich vielmehr um des inneren Zustandes meiner Staaten willen vermeiden muß.“ Hardenberg erhielt den Auftrag, die Franzosen darauf aufmerksam machen, wie viel Interesse es für sie selbst habe, daß Polen nicht in die Hände der beiden Kaiserhöfe komme, sondern daß Preußen einen Theil für sich selbst erhalte; nur dadurch könne es in den Stand kommen, das Gleichgewicht im Norden aufrecht zu erhalten, welches einen nahen Zusammenhang mit dem des Südens habe. Hardenberg sollte Alles anwenden, um jeden Einfluß der Polen auf die französische Politik zu verhindern: denn eine polnische Regierung existire nicht mehr; wenn von polnischer Seite eine Einwirkung auf die französische Republik versucht würde, so seien das nur individuelle und persönliche Bestrebungen.

1) Morton Eden an Lord Grenville, Wien, 18. Februar 1795 bei Herrmann a. a. O. S. 510.

Auf der anderen Seite hielt Friedrich Wilhelm an dem mit Frankreich geschlossenen Frieden fest; er ließ erklären, daß er an dem wiederausbrechenden Kriege gegen Frankreich keinen Antheil nehmen werde; die gegenseitigen Garantien nahm er nur insofern an, als sie seinen mit Frankreich getroffenen Verabredungen nicht entgegen seien. Preußen mußte des Friedens im Osten sicher sein, um den weiteren Uebergriffen und Plänen der Franzosen im Westen Widerstand leisten zu können. Wie die Sachen nun einmal standen, war das System der Neutralität nach beiden Seiten hin geboten. Und das hatte nun wieder eine Rückwirkung auf die Lage in Deutschland. Die nordischen Verhältnisse verboten es, mit Oesterreich über die höchste Gewalt in Deutschland in offenen Streit zu gerathen. Aber die einmal eingegangenen Verhältnisse zu Frankreich und das eigene Interesse litten doch auch nicht, daß man dem Kaiser im deutschen Reiche freie Hand hätte erlangen sollen lassen.

Im September des Jahres 1795 brach nun der Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich wieder aus. Man hatte gemeint, die Oesterreicher würden über den Rhein gehen und einen Angriff auf den Elsaß unternehmen. Aber die Franzosen waren auch diesmal die Angreifenden, und es schien wohl zuweilen, als lege Oesterreich wenig Werth darauf, die Rheinlande zu vertheidigen, und ebenso wenig auf der anderen Seite Italien; als denke es nur, seine Truppen nach den Erblanden zurückzuziehen und hier den Feind zu erwarten. Für Preußen entstand nun die schwierige Aufgabe, die Reichsstände, die ihre Contingente noch nicht zurückzuberufen im Stande gewesen waren, noch überhaupt eine politische Partei zu ergreifen, doch vor den Anfällen der Franzosen sicher zu stellen.

In denselben Tagen war die neue Constitution in Frankreich angenommen worden; sie wurde am 23. September proklamirt. Man sah jedoch, daß die Ausführung derselben und die feste Begründung einer neuen Ordnung der Dinge auf den größten inneren Widerstand stoßen werde. Ueber das den Rheinlanden bevorstehende Schicksal

vermied die damalige Regierung noch sich auszusprechen. Unter anderem wurde dem Herzog von Zweibrücken, der in den Genuß seiner Einkünfte gesetzt zu werden verlangte, eine dilatorische Antwort mit der Bemerkung gegeben: daß man der Hauptfrage nicht vorgreifen dürfte. Daraus schloß man, daß die Intercession Preußens für die vorliegenden Reichsstände noch immer angenommen werden dürfte; diese selbst bauten noch ihre Hoffnungen darauf. Der Kurfürst von Mainz ging mit dem Gedanken um, die Reichsdeputation, die in Folge der Ratifikation gewählt worden war, eigenmächtig nach Basel zu berufen, um unter Führung Preußens den Frieden zu Stande zu bringen. Zugleich aber kamen doch auch in Bezug auf die Demarkation die widrigsten Inconvenienzen vor. Die Franzosen beschwerten sich, daß sie durch dieselbe in ihren militärischen Bewegungen sowohl wie in der Herbeischaffung der Lebensmittel behindert und gelähmt würden. So behaupteten sie besonders, Frankfurt nicht entbehren zu können, wo eine preußische Garnison lag. Diese wurde von ihnen in peremptorischem Tone aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Hardenberg war darüber in hohem Grade aufgebracht; er hatte vor dem Ausbruch des Krieges die französische Regierung an die Verpflichtungen erinnert, die ihr die Demarkationslinie auflege und das Versprechen ausgewirkt, dieselbe in soweit zu beobachten, als Oesterreich sie ebenfalls beobachte. Hardenberg erblickte nun in jener nach Frankfurt geschleuderten Drohung die offenbare Absicht, die Demarkationslinie zu durchbrechen, während doch Preußen sich alle Mühe gebe, dieselbe aufrecht zu erhalten; es gewinne den Anschein, als seien alle Freundschaftserbietungen der Franzosen nur illusorischer Natur. Er sah sich zugleich von den Insolenzen der Franzosen und den Anforderungen der in Basel anwesenden Abgeordneten der deutschen Reichsfürsten bedrängt und fühlte sich in einer so unangenehmen Lage, daß er in diesem schwierigen Augenblicke eine Reise nach Bern unternahm, wohin ihn keine Geschäfte riefen. Der Berliner Hof nahm die Sache nicht so ernstlich auf, wie der

Diplomat: denn die Ausdehnung der Demarkationslinie bis über den Main hatte man in Berlin eigentlich nie gebilligt. Aus dem Vorgefallenen schloß man nicht auf die feindselige Gesinnung der Franzosen; man sah darin einen Beweis für die Unhaltbarkeit der Ausdehnung der Demarkationslinie.

Weit entfernt, den Krieg in Oberdeutschland aufgeben zu wollen, machte Oesterreich vielmehr die erheblichsten Anstrengungen hierfür. Es gelang ihm, in der Mitte des Oktober die Oberhand zu bekommen und die Franzosen zum Rückzug über den Rhein zu nöthigen. Nicht etwa die Niederlage der Oesterreicher war im preußischen Interesse: denn dabei würden die Franzosen zu einer Macht gediehen sein, der man nicht hätte widerstehen können; sondern vielmehr das Gleichgewicht der Waffen, wenn es nur nicht zu einem für Preußen ungünstigen Frieden führte. Die preußischen Truppen wurden von dem Kriegstheater in die brandenburgisch-preußischen Provinzen in Franken zurückgeführt. Aber um so strenger hielt man an der Beobachtung der Demarkationslinie in Niederdeutschland fest. Der Grundsatz war, sich von den Franzosen nichts gefallen zu lassen; sie müßten immer fühlen, daß Preußen noch im Stande sei, zu ihren Feinden überzugehen. Aber zugleich wollte man sich doch auch hüten, ihre Feindseligkeiten zu reizen. Von der größten Wichtigkeit war hiefür das Verhältniß zu Hannover. In einen geheimen Artikel der Convention vom 17. Mai war beschlossen worden: wenn die Regierung von Hannover sich weigere, die Neutralität anzunehmen, solle der König von Preußen das Land als Depositar occupiren, und dafür garantiren, daß die Franzosen von dieser Landschaft aus nicht angegriffen würden. König Friedrich Wilhelm scheute vor der Besetzung von Hannover zurück, aber er übernahm die Garantie für die Neutralität dieses Landes. Wenn die hannoverschen Minister erklärten, der König von England, der in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover nicht zu den kriegführenden Mächten gehörte, werde sich bei dem Frieden von Basel beruhigen, so war Hardenberg damit noch nicht zufrieden; er be-

merkte: damit würden die Bedingungen, an welche die Neutralität geknüpft sei, noch nicht erfüllt; denn, daß man sich bei dem Frieden beruhigen würde, enthalte noch kein Versprechen sich anzuschließen.

Man erkennt die Tragweite der hiemit angeregten Frage. Der König von Preußen übernahm die Neutralität für Hannover zu behaupten, ohne doch ein positives Recht dazu zu haben. Sein Recht lag allein in der militärisch-politischen Nothwendigkeit, an welche die Franzosen unaufhörlich mahnten, da sie von Hannover her einen Angriff auf Holland fürchten müßten. Das Verhältniß Preußens zu Frankreich beruhte auf der Sicherstellung der Republik gegen einen solchen Angriff.

Man hielt eine erneute ernstliche Mahnung für nothwendig. Friedrich Wilhelm ließ durch Dohm in Hannover aussprechen; entweder werde er Norddeutschland und besonders Hannover einer französischen Invasion überlassen, oder Hannover selbst militärisch occupiren. In dem Augenblick, als Dohm sich nach Hannover begab, um von den dortigen Ministern eine kategorische Zusicherung zu fordern, daß sie keine feindlichen Demonstrationen gegen Frankreich oder Holland erlauben würden, lief von London der Befehl zur Räumung von Ritzebüttel und Cuxhaven ein, deren Besetzung durch englische Truppen der fortwährende Gegenstand französischer Beschwerden war. Nach einigen Zögerungen entschlossen sich die hannoverischen Minister auch die additionelle Convention anzuerkennen, so daß die Neutralität im vollen Umfang zur Geltung kam. Am 11. October gab Hardenberg Barthelemy hiervon Nachricht. Er mußte bereits fürchten, daß die Franzosen die unzuverlässige Lage in Hannover benutzen würden, um den Neutralitätsvertrag überhaupt zu brechen. In der That war von französischer Seite die Drohung verlautet, sich durch eine Convention nicht binden zu lassen, die von der anderen Seite nicht beobachtet werde. Hardenberg machte Barthelemy aufmerksam, wie verderblich ein Bruch derselben, wenn er von französischer Seite erfolge, für das Ansehen des

Königs von Preußen sei, dessen ganzes Werk, — der Friede von Basel, — dadurch zu Grunde gerichtet werde. Er bewegte sich immer auf dieser Linie; und sein Rath war, der Neutralität eine allgemeine Bedeutung zu verschaffen, und ihr Bestehen dadurch zu sichern, daß darüber mit Hannover und Sachsen, Braunschweig und Hessen besondere Verträge abgeschlossen würden, woran man dann auch bald Hand anlegte.

Das Verfahren von Preußen zeugt von einer gewissen Consequenz und dem vorherrschenden Willen, das durch den Frieden gegründete System auszubilden oder wenigstens zu behaupten. Die ursprünglichen Pläne, mit denen man sich trug, den allgemeinen Frieden zu vermitteln, oder wenigstens die Mediation für das deutsche Reich zu übernehmen, endlich den Frieden des Reiches auf den Grund von Reichstagsschlüssen herzustellen, waren gescheitert. Aber eine, wenn nicht glänzende, doch große Stellung war allerdings erreicht. Preußen hatte Frieden nach beiden Seiten. Mit vollem Bewußtsein hielt es das eingegangene Verhältniß mit Frankreich aufrecht, auch aus dem Grunde, weil es dann von den einseitigen ehrgeizigen Absichten der coalisirten Mächte nichts zu fürchten haben werde. Es war gleichsam eine Demarkation im Osten wie im Westen, zwischen welchen eingeschlossen Preußen sich der Neutralität und des Friedens zu erfreuen hoffte.

Friedrich Wilhelm II. nahm eine so umfassende Stellung ein, wie sie noch nie ein brandenburgisch-preußischer Fürst inne gehabt hatte. Es ließe sich nicht behaupten, daß seine Pläne von vornherein darauf gerichtet gewesen wären: die Idee hatte sich in dem Conflicte der allgemeinen Angelegenheiten durch die Stimme der höchsten Beamten, der Armee, des Volkes durchgesetzt. Der König acceptirte dieselbe, weil sie der allgemeinen Lage entsprach. Wenn es unmöglich gewesen war, dem Reiche den Frieden zu verschaffen, so war es doch schon ein unschätzbarer Gewinn, einen großen Theil des Reichsgebietes den Bewegungen des Krieges zu entreißen. Hätten die Befürchtungen sich erfüllt, die man Anfang 1795 hegte:

würden die Franzosen die schwachen Linien, mit denen man sie abzuhalten suchte, durchbrochen und Deutschland schon damals überfluthet haben: so wäre an eine ruhige Fortentwicklung des deutschen Geistes, wie sie seit dem Hubertsburger Frieden eingetreten war, nicht zu denken gewesen sein. Durch den Frieden zu Basel und die Demarkation, wurde nun aber inmitten der kämpfenden Weltmächte ein neutrales Gebiet geschaffen, in welchem man unter der Aegide des preußischen Adlers die Segnungen des Friedens genoß. Bezeichnend ist es, daß unter den weltlichen Fürsten Karl August von Weimar eigentlich der erste war, welcher die Aufnahme in die Neutralität begehrte und erhielt. Seine kleine Hauptstadt und die benachbarte Universität Jena bildeten einen der vornehmsten Mittelpunkte der Literatur. Ich wage zu behaupten, daß die Zeit der Neutralität dazu gehörte, um den begonnenen Trieben zu ihrem Fortwachsen und ihrer Reife Raum zu verschaffen. Unleugbar ist es doch, daß die Unruhen und Gefahren des Krieges Alles gestört und vielleicht Allem eine andere Richtung gegeben haben würden. Der Fortgang der sich selbst überlassenen Cultur beruhte auf der Fortdauer des inneren Friedens und den unerschütterten socialen Zuständen; zugleich aber auf den Anregungen, die aus der allgemeinen Weltbewegung hervorgingen. Ich will keine Theorie aufbauen, sondern nur in Erinnerung bringen, daß die Jahre der Neutralität fast die fruchtbarsten in der deutschen Literatur gewesen sind, fruchtbar besonders an originalen und für die Nation unschätzbaren Hervorbringungen.

Noch lebte Kant. Seiner Schule gehörte damals der denkende Theil der Nation überhaupt an. Aus derselben erhoben sich bereits philosophische Geister von ächter Begabung, welche für das moralische Leben und die Herrschaft der Idee noch weitere Bahnen eröffneten, — Fichte und Schelling. Die philologischen Studien führten zu den gelungensten Reproduktionen der vornehmsten Werke des klassischen Alterthums, welche irgend eine Nation aufzuweisen hat, und zugleich zu einer Anschauung der Anfänge ihres Entstehens.

Voß und Wolf wirkten zusammen. Niemals hatte die Poesie eine ähnliche Epoche. Die römischen Elegien und Hermann und Dorothea, gleichsam die Pole der klassischen Studien, von denen die eine südliche Nacktheit, die andere germanische Tiefe und häusliches Leben darstellen, erschienen bald nach einander. Und was ist sonst nicht Alles in dieser Zeit entstanden. Der Roman, welcher ein Abbild der Zustände des damaligen gesellschaftlichen Lebens (1795—1805) für alle Zeiten enthält, einige der schönsten Balladen der beiden Meister der Dichtung und Sprache, das Lied von der Glocke, welches nachgehends die Kinder auswendig lernten, und die großen Tragödien, an denen sich die Seelen kräftiger Männer nährten und erfrischten: Wallenstein, Jungfrau von Orleans, Wilhelm Tell — entstammen dieser Epoche. Die besten Theile der Schweizer Geschichte von Johannes von Müller (der vierte und der fünfte), denen es doch gelang, die historischen Ereignisse entlegener Zeiten zu vergegenwärtigen, sind damals geschrieben worden. Ihnen zur Seite legte die Göttinger historische Schule die Grundlage für die Auffassung der Staatengeschichte und der Geschichte der Wissenschaften im Allgemeinen. Nur die Titel der Bücher zu übersehen erfüllt mit Sympathie. Auch die Kunst wandte sich dem Ideale zu. Die Literatur, in der sich auf allen Gebieten mannichfaltige geniale Kräfte regten, erlangte eine unvergängliche Wirksamkeit für das Gesammtleben der Nation. Noch bewahrte sie ihren ideologischen Charakter; die Zeit sollte schon kommen, wo dies nicht mehr möglich war, und andere allgemeine und patriotische Impulse sich aller Geister bemächtigten.

Drittes Buch.

Zeiten der Neutralität: (1796—1806).



Erstes Capitel.

Uebergewicht der kriegerischen Tendenzen in Frankreich.

Wenn Preußen und Deutschland immer unser vornehmstes Augenmerk bilden, so wäre es doch unmöglich die Abwandlungen ihres Schicksals zu verstehen, ohne die revolutionäre Macht, die sich ihnen gegenüber erhoben hatte, in ihren wechselnden Intentionen allezeit im Auge zu behalten. Es wird nicht überflüssig sein, nochmals auf die Frage zurückzukommen, wodurch die Fortdauer des Krieges zwischen Frankreich und Europa veranlaßt worden ist. Einer der wesentlichsten Momente hiefür liegt in einer geographischen Idee.

Aus den klassischen Studien kennt Jedermann das Wort Cäsars, daß Gallien durch den Rhein begrenzt werde. Was von Gallien gesagt worden war, wendete man auf Frankreich, in der That sehr unhistorisch, an: denn eben in der Ueberschreitung des Rheines durch die Germanen war das historische Frankreich gegründet worden. Wenn auch einige frühere Könige und ihre Minister die Idee der Erweiterung Frankreichs bis an den Rhein gefaßt hatten, so war dieselbe doch niemals, auch nur annähernd durchgeführt worden. Was nun aber den Königen nicht gelungen war, das nahm jetzt das Selbstgefühl der siegreichen Republikaner in Aussicht. Man dürfte nicht behaupten, daß die Nothwendigkeit der Dinge dazu drängte. Nachdem die Angriffe auf die Republik zurückgewiesen waren, so hätte sich denken lassen,

und es wäre unzweifelhaft das Beste gewesen, daß die Franzosen sich mit der Herstellung ihrer alten Grenzen begnügt hätten. Man konnte das um so mehr erwarten, da sie ja selbst die Gefahren kennen gelernt hatten, die aus den äußeren Verwicklungen für die inneren Zustände entspringen. Niemand konnte sich verhehlen, daß mit der Erwerbung der Rheingrenze die Fortdauer des Krieges unvermeidlich würde. Ueber die Marken der österreichischen Niederlande war alle Jahrhunderte daher gestritten. Das Vorhaben, die Verfassung derselben umzugestalten oder die Grenzen an dieser Seite zu erweitern, mußte auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Und vielleicht noch mehr fiel die Erwerbung des linken Rheinufers ins Gewicht; es konnte nicht in Besitz genommen werden, ohne eine Umwälzung des deutschen Reiches hervorzubringen, was dann wieder eine Umgestaltung aller Machtverhältnisse voraussetzte und bedingte.

In dieser Lage stellten sich in Frankreich zwei Parteien einander gegenüber, die, darin einverstanden, daß das Land nicht wieder in die Gewalt des Schreckens kommen dürfe, deren Ketten man so eben von sich abgeworfen, über die Beziehungen nach außen hin doch sehr verschiedener Meinung waren. Die einen hielten für hinreichend, dem französischen Staat das politische Ansehen wieder zu verschaffen, das er zuletzt eingebüßt hatte; durch die Siege, die man erfochten, schien das eigentlich schon erreicht. Man bezweifelte, ob man Recht daran thue, durch Grenzerweiterungen neue Erschütterungen hervorzurufen und den allgemeinen Haß auf sich zu laden. Es gab eine zahlreiche, den alten Feuillants verwandte Partei, welche eine friedliche Abkunft mit den europäischen Mächten wünschte. An diese hatte sich Preußen gewendet; unter ihrem Einfluß hatte es seinen Frieden geschlossen. Aber auch eine andere gab es, in der sich die revolutionären Impulse stärker repräsentirten und die aus der Fortdauer des Krieges eine Macht, der nichts mehr widerstehen könne, entspringen zu sehen hoffte. Rücksicht auf diese Partei war es, was die Aufnahme der geheimen Artikel in den Frieden veranlaßt hatte, durch welche

die definitive Abkunft über die gemachten Eroberungen auf eine allgemeine Pacifikation verwiesen wurde; sie erhob nun in Folge der neuesten Kriegsereignisse des Jahres 1795 ihr Haupt. Es kam ihr zu Statten, daß einer der vornehmsten Begründer des revolutionären Systems überhaupt an ihre Spitze trat und ihre Tendenzen verfocht. Sieyes, der so eben die neue batavische Republik mit Frankreich in die engste Verbindung gebracht hatte, übte in dem Wohlfahrtsausschuß einen überwiegenden Einfluß aus, nicht jedoch ohne an den Männern der Mäßigung im Ausschuß, wie im Convent Widerstand zu finden.

Wir sahen, daß Hardenberg im Juli 1795 ein ganzes System von Entwürfen an die Erwartung knüpfte, daß die gemäßigte Partei doch noch das Uebergewicht erlangen werde. Der Bevollmächtigte, mit dem er in Basel unterhandelte, Barthelemy theilte seine Ansichten, Wünsche und vielleicht seine Illusionen; aber die Berichte, welche der Vertraute Gervinus von Paris einschickte, ließen doch erkennen, daß die Gegner alle Tage mächtiger wurden. Die Franzosen setzten sich in Besitz von Düsseldorf und Mannheim. Hardenberg hegte die Meinung, daß sie in Kurzem Meister der beiden Rheinufer sein würden. In diesem Momente gewann die Frage, wie die bereits eroberten Gebiete angesehen werden sollten, doppelte Bedeutung. In dem Wohlfahrtsausschuß behielt die Meinung, daß Frankreich sie behaupten sollte, die Oberhand. Um aber zur wirklichen Geltung zu kommen, was bisher noch nicht geschehen, mußte sie auch in dem Convent bestätigt werden. Am 9. Vendemiaire (1. Oktober) kam es darüber zu einer entscheidenden Debatte. Die Frage betraf vor allem die Reunion der in dem Feldzug von 1794 eroberten niederländischen Provinzen. Merlin von Douai, der im Namen des Ausschusses Bericht erstattete, begründete die Ansicht zu Gunsten der Reunion vornämlich darauf, daß dieselbe gleich bei dem ersten Vordringen der Franzosen in die österreichischen Niederlande von den Einwohnern gefordert und von der damaligen Regierung zugestanden worden sei: jetzt reklamire man dieselbe in Belgien; der Con-

vent habe in der That die Verpflichtung, die früheren Festsetzungen darüber definitiv zu erneuern. Die Sache ist, daß bei den ersten Anfällen der Franzosen Communen und Provinzen von Belgien in tumultuarischen Versammlungen gefordert hatten, der österreichischen Herrschaft entledigt und mit der französischen Republik, die ihnen die Freiheit anbot, vereinigt zu werden. In dem Drange der folgenden Begebenheiten war dies in Vergessenheit gerathen. Wenn nun Merlin den Convent aufforderte, die früheren Beschlüsse wieder zu erneuern, so machte er dabei zugleich die Vortheile geltend, welche aus dieser Union hervorgehen würden. Er meinte selbst, davon die Möglichkeit einer Verbesserung der finanziellen Lage erwarten zu dürfen: denn man würde die geistlichen Güter und die Besitzungen des Hauses Oesterreich einziehen und als Hypothek für die Assignaten benutzen können, um deren zunehmende Entwerthung zu verhindern. Ein politisches Motiv liege in dem Verhältniß zu der batavischen Republik, der es erwünscht sein müsse, in unmittelbare Verbindung mit dem französischen Gebiete zu kommen. Noch einmal wirkten hier jene Zerwürfnisse der Patrioten und der statthalterischen Partei in Holland ein, welche überhaupt die Ueberwältigung Hollands so leicht gemacht hatten. Die Consequenz, die man daraus zog, war die weitaussehendste. Die batavische Republik wurde als von Frankreich unabhängig betrachtet; um aber der französischen Hülfsleistung sicher zu sein, wünschten die Urheber der Revolution in Holland, daß die von Frankreich eroberten belgischen Niederlande der französischen Republik auf immer einverleibt würden. Die Frage entstand, ob es nicht genüge, die alten österreichischen Niederlande ebenfalls, wozu sie so viele Elemente hätten, in eine Republik zu verwandeln und unter den Schutz von Frankreich zu stellen. Aber im Ausschuß hatte man sich dagegen entschieden: denn dann werde innere Entzweiung und fremde Einwirkung in den belgischen Niederlanden nicht verhindert werden können; man würde selbst einen Heerd für die gefährlichsten Agitationen schaffen. Lüttich war ungefähr in dem=

selben Fall, wie die altösterreichischen Provinzen; es machte dieselben Reklamationen. Für Limburg und Luxemburg bestand ein solches Verhältniß nicht. Ein Schritt jedoch führte zu dem andern; man war entschlossen, auch diese mit dem französischen Gebiete zu vereinigen. Damit aber trat die Hauptfrage nur in größerer Umfassung hervor.

Der Gedanke, Frankreich überall bis an den Rheinstrom auszudehnen, war schon öfter auf der Tribüne ausgesprochen und immer mit großem Beifall begrüßt worden: ein Beschluß darüber war noch nicht gefaßt. Auch jetzt war ein solcher nicht eigentlich beantragt. Aber der Grundsatz, daß die Republik nur dann als befestigt betrachtet werden könne, wenn sie ihre Grenzen bis an den Rhein ausdehne, wurde als unzweifelhaft vorausgesetzt. Gewiß, sagte Merlin, seien in diesem Augenblicke die französischen Heerschaaren nicht deshalb über den Rhein gegangen und energisch gegen ihre letzten Feinde vorgeschritten, um am Ende sich wieder in die alten Grenzen einschränken zu lassen[1]); — er gab zu, daß davon zunächst nicht gehandelt werden könne: denn durch die Basler Traktate habe man die definitive Bestimmung bis zu dem allgemeinen Frieden ausgesetzt; durch einen Akt der Legislation könne man davon nicht abweichen; es könne nur in Folge diplomatischer Verhandlungen geschehen.

1) Il n'est personne parmi nous qui ne tienne invariablement à cette grande vérité, souvent proclamée à cette tribune, et toujours couverte de l'approbation la plus générale, que l'affermissement de la République et le repos de l'Europe sont essentiellement attachés au reculement de notre territoire jusqu'au Rhin; et certes, ce n'est pas pour rentrer honteusement dans nos anciennes limites, que les armées républicaines vont aujourd'hui, avec tant d'audace et de bravoure, chercher et anéantir au delà de ce fleuve redoutable les derniers ennemis de notre liberté. Mais nous respectons les traités; et puisque par ceux que nous avons conclus avec la Prusse et la Hesse, le règlement définitif du sort des pays qui longent la rive gauche du Rhin est renvoyé à l'époque de la pacification générale, ce n'est point par des actes de législation, c'est uniquement par des actes de diplomatie amenés par nos victoires et nécessités par l'épuisement de nos ennemis, que nous devons nous assurer la conservation de cette barrière formidable.

Die Voraussetzung war, daß es geschehen würde. Bei dem Frieden von Basel hatte die entgegengesetzte Voraussetzung vorgewaltet; man hatte gemeint, die Besitznahme der deutschen Provinzen würde nur eine kurze Zeit dauern; den allgemeinen Frieden dachte man sich als nahe bevorstehend. Jetzt war der Krieg wieder ausgebrochen, die Pacifikation in eine weite Ferne gerückt; augenscheinlich, war daß alles Fernere von dem Ausfall der Kriegsbegebenheiten abhänge. Noch wurde die Frage nicht eigentlich entschieden. Aber niemand konnte sich darüber täuschen, wohin die Absicht des Ausschusses und seiner Partei gerichtet sei. Wenn der Convent dem Berichterstatter beitrat, so nahm er auch den großen Grundsatz an, der die Erweiterung der Grenzen bis an den Rhein als eine für Frankreich unentbehrliche politische Nothwendigkeit hinstellte. Wohl hat man nicht unbemerkt gelassen, daß der ursprüngliche Grundsatz der Republik dahin gegangen sei, allen Eroberungen zu entsagen. Die Antwort darauf war: daß ein Staat, der in seinen Grenzen angegriffen werde und sich vertheidige, gar nicht darauf Verzicht leisten könne, für die Anstrengungen, die er mache, und das vergossene Blut Indemnitäten in Anspruch zu nehmen[1]). Unter denen, die sich der Beweisführung Merlins und seinen Anträgen entgegensetzten, war Lesage (de l'Eure et Loir), einer der ausgestoßenen und nach Robespierres Sturz zurückgekommenen Girondisten, wohl der Vornehmste. Er sprach sich dahin aus: man solle den Belgiern ihre alte Constitution lassen; sie würden nicht daran denken, sich etwa, wie man fürchte, in einem Statthalter einen neuen Herren zu geben; er habe belgische Deputirte gesprochen, welche gegen die Reunion seien. Man entgegnete ihm: das sei sehr möglich; denn es gebe verschiedene Parteien in Belgien, eine klerikale, eine liberale und eine kaiserliche; sie würden einander sofort in die Haare gerathen, wenn

1) Ce n'est point faire des conquêtes que de prendre les moyens de mettre ses ennemis hors d'état de nuire, d'assurer sa propre défense, que la conquête enfin devient légitime quand elle devient un besoin de repousser l'attaque.

das französische Heer sich zurückziehe; nur das Uebergewicht von Frankreich könne sie vereinigen. Ueber diese Möglichkeiten ließ sich hin- und herreden. Außer allem Zweifel aber war die fernere Behauptung Lesages, daß die Besitzergreifung dieser Gebiete dazu führen werde, den Krieg zu verewigen. Weder von Oesterreich noch von England könne dieselbe jemals geduldet werden; man gebe damit den kriegerischen Absichten dieser Mächte eine neue Begründung. Dazu aber, sagte er, sei die Zeit nicht angethan; die Nation fordere den Frieden, und auch die Regierung sollte endlich gelernt haben, daß Frankreich trotz seiner Macht doch eben nicht alles vermöge, was es in den Sinn fasse. Für die Grenzfrage sei ein legislatorisches Dekret überhaupt nicht an seiner Stelle; schon jetzt gehöre dieselbe in das Bereich der diplomatischen Negotiationen. Man müsse sehen, wie weit man es damit bringe und das Resultat der Nation vorlegen, die darüber zu entscheiden habe. Die Unterscheidung, die hiebei hervortritt, zwischen legislatorischem Dekret und Negotiationen kann als welthistorisch angesehen werden: denn bei den letzten wurden die Rechte aller Anderen berücksichtigt; durch das erste stellte die Republik ihr Interesse als das die Rechte aller anderen dominirende auf.

Lesages Betrachtungen sind ohne Zweifel sehr begründet; sie zeigen, daß es noch Männer gab, die den Schritt, welchen die Republik zu thun im Begriff war, in seiner weltumfassenden Bedeutung würdigten. Allein die entgegengesetzten Impulse beherrschten bereits die Gemüther. Mit gelehrter Ausführlichkeit macht Lesage auf den Nachtheil aufmerksam, welcher aus großen kriegerischen Unternehmungen für die innere Freiheit der Völker entspringe. Ich finde nicht, daß man hierauf eingegangen wäre. Mehr Eindruck machte die Bemerkung, daß Frankreich durch die Erweiterung seiner Grenzen seine Sicherheit nicht vermehre, sondern schwäche: durch die gegenwärtigen Grenzfestungen sei es bereits wahrhaft unüberwindlich. Das kriegskundigste der Mitglieder des Conventes, Carnot, fand sich bewogen, hiegegen das Wort

zu ergreifen. Er stellte vor Allem den ungeheuren Vortheil vor Augen, welchen die Erwerbung von Luxemburg den Franzosen gewähren werde; er bezeichnete den Platz als ein neues Gibraltar, wohl gelegen zur Vertheidigung wie zum Angriff. In den Festungen der Maas erblickte er eine neue Vertheidigungslinie, durch welche die ältere, an der man festhalten müsse, nur um so bedeutender und sichernder werde. Wenn man Belgien reunire, so treffe dieser Schlag zugleich Oesterreich und England. Man müsse dem Leoparden seine Tatzen, dem zweiköpfigen Adler den einen seiner Köpfe abhauen: dann könne, so sagt er, der Hahn ruhig schlafen.

Man erkennt bei jedem Wort die universale Tragweite dieser Debatte. Die Ideen der gemäßigten Partei kamen darin noch einmal zum Ausdruck; aber sie blieben in der Minderheit. Die Anträge des Ausschusses wurden unter allgemeiner Acclamation angenommen. Es war die letzte große Handlung des Conventes, durch welche er den allgemeinen Krieg in Europa veranlaßte, einen Krieg, der in der That erst zwanzig Jahre später mit der Rückgabe der französischen Eroberungen und der Herstellung der alten Grenzen im allgemeinen geendigt hat. Aber welche Zeiten, die dazwischen liegen, voll von gigantischen Kämpfen und ungeheuren Katastrophen!

Bleiben wir bei jenem Moment stehen, so können wir uns nicht ersparen, nochmals bei der inneren Entwickelung von Frankreich zu verweilen. Denn da die französische Macht die Initiative in den europäischen Angelegenheiten ergriffen hatte, von der dann die Schicksale Deutschlands und Preußens abhingen, so muß man sich, wie berührt, gegenwärtig halten, wie sie zusammengesetzt war und von welchen Grundsätzen sie ausging.

Von entscheidender Wichtigkeit dafür ist, daß die Ideen der Eroberung bei dem Uebergang in die neue Constitution in einem großen inneren Streit die Oberhand behielten. Den allgemeinen Wünschen entsprach es, wenn man in der neuen Constitution der Erklärung der Rechte jetzt auch eine Erklärung

der Pflichten hinzufügte, und darauf Bedacht nahm, der exekutiven Gewalt eine größere Stabilität zu verleihen, als sie bei dem steten Wechsel in den Comites zu erlangen im Stande gewesen wäre. Darüber war keine Entzweiung in der Republik zu fürchten; der Streit, der sich erhob, war ein anderer. Wie die Sachen gegangen waren, hatte sich der Convent zu einer wahren, eigentlich exklusiven Staatsgewalt entwickelt. Die Mitglieder hatten sich bei den gehässigsten Handlungen, welche die letzten Jahre bezeichneten, persönlich betheiligt. Wenn es nun zu neuen Wahlen kam, wie konnten sie vor der Reaktion, welche alsdann erwartet werden mußte, sicher gestellt werden; welcher Pakt ließ sich zwischen den Machthabern der Gegenwart und ihren zu erwartenden Nachfolgern gleichsam im Voraus schließen? Da in der neuen Constitution das jährliche Ausscheiden eines Drittheils der Mitglieder bestimmt wurde, so gerieth man auf dem Gedanken, diese Bestimmung sogleich auf die bevorstehenden Wahlen anzuwenden; man schrieb für dieselben die Regel vor, daß wenigstens zwei Drittheile aus den bisherigen Mitgliedern des Convents genommen werden müßten. Mancherlei Mittel und Wege sind für die Ausführung dieses Gedankens in Vorschlag gekommen. Man hat an eine freiwillige Abdankung eines Theils der Conventsmitglieder oder an eine unmittelbare Wahl in den Convent selbst gedacht. Man hätte lieber die eigentlichen Elektoral-Versammlungen vermieden und den Primär-Versammlungen die Wahl der neuen Deputirten aufgetragen. In den Debatten darüber erscheint die Besorgniß vor dem Uebelwollen, das bei den Wahlen die Oberhand haben würde, eigentlich also Furcht vor der Zukunft als das überwiegende Motiv. Endlich wurde beschlossen, den bisherigen Wahlmodus nicht zu verändern, aber die Wiederwahl von zwei Drittheilen der Conventsmitglieder als Gesetz vorzuschreiben. Nothwendig brach hierüber eine allgemeine Bewegung aus. Denn worin liege, so sagte man, das Recht des Convents zu einer solchen Anordnung; er sei aus den Wahlen der Nation hervorgegangen; an diese

kehre das Recht der Wahl zurück; man sehe nun, der Convent wolle sich verewigen. Man hat damals und seitdem immerfort den Royalisten, den Chouans selbst einen wesentlichen Antheil an dieser Bewegung zugeschrieben; in großer Anzahl seien sie nach Paris zurückgekommen, um sich der Preßfreiheit zum Sturze des Conventes zu bedienen. Und ohne Zweifel ist dem so gewesen. Aber die eigentliche Frage war doch eine constitutionelle. Es war so unrichtig nicht, daß dem Convent, auf dessen Rücktritt man rechnete, kein Recht zu dieser Verfügung zustand, welche seine Existenz für einer unabsehbare Zukunft sicherte. Aufs Neue regten sich nun die Sektionen, die Versammlungen, von denen einst die Revolution ausgegangen war. In den Sektionen stellte sich die Bourgeoisie dar, die ihre frühere Stellung den Gewaltsamkeiten der Machthaber gegenüber wieder zu gewinnen dachte; man bemerkte, daß sie mit Würde deliberirten, nur nicht den Convent nennen hören wollten. Man hatte nichts gegen die Constitution einzuwenden; aber die ihr annektirten Bestimmungen über die Wahl der zwei Drittheile wurden mit Heftigkeit verworfen. Aus der Sektion des Palais Royal ging die erste Erklärung in diesem Sinne hervor; doch war der Sitz der Bewegung noch mehr in der Sektion Lepelletier. Die Absicht wurde gefaßt, aus den Sektionen der Stadt einen Central-Ausschuß zu bilden, der sich dem Convent, Gewalt gegen Gewalt, entgegensetzen sollte. Das ist nun einmal gleichsam die Nothwendigkeit der Revolutionen, daß sie die Autorität faktisch in Hände bringt, denen man dieselbe von der andern Seite wieder zu entreißen den lebendigsten Antrieb hat. Allein, wenn die Idee, die den Institutionen zu Grunde liegt, die Befugniß dazu giebt, so läßt sich doch auch nicht leugnen, wie bedenklich und gefährlich für das Gemeinwesen an sich ein solches Unternehmen ist. Der Convent hatte seine Geschichte und eine durch seine Handlungen und selbst die auswärtigen Verhältnisse gesichertes Dasein. Unter den Anforderungen der Sektionen erscheint auch die: daß der Convent die geheimen

Artikel der von ihm geschlossenen Verträge mitzutheilen habe; gleich als würde es der neu zu bildenden Staatsgewalt zukommen, sie zu prüfen und über ihre Gültigkeit zu entscheiden. Damit würde aber der ganze Zustand nicht allein von Frankreich, sondern auch von Europa, wie er damals war, in Frage gestellt worden sein. Für den Zusammenhang der Staatsverhältnisse war es ohne Zweifel von Bedeutung, daß die bisherigen Mitglieder nicht geradezu ausgestoßen würden; die Continuität der Entwicklung würde dadurch unterbrochen worden sein. Man erinnerte nicht ohne Grund daran, daß das bei dem Uebergang aus der constituirenden Versammlung in die legislative der Fall gewesen sei. Der Gegensatz dieser Tendenzen war nun nicht zu schlichten. Er wurde Tag für Tag stärker und führte im Anfang des Oktober 1795 zu der Ueberzeugung, daß ein neuer großer Kampf bevorstehe. Die Polizeiberichte aus dem Monat August, den letzten Tagen des Fruktidor und den intercalirten Tagen sind übrig, aus denen sich die vorherrschende Stimmung mit einer gewissen Wahrheit abnehmen läßt [1]. Die Sektionen waren in der Verwerfung der beiden Dekrete eigentlich einmüthig: denn wenn die Sektion Quinze-Vingts, die sich schon bei den früheren Stürmen durch ihren revolutionären Geist hervorgethan hatte, die Dekrete anfangs annahm, so hat sie das doch später widerrufen; man behauptete, alle ehrlichen Leute in den Provinzen seien dagegen; nur von den Böswilligen rühre die Annahme her. Die Ansicht war allgemein, daß aus den neuen Wahlen eine neue Legislatur hervorgehen müsse. Den jetzigen Mitgliedern schrieb man alle die Maßregeln des Schreckens zu, die seit der ersten Constituirung des Conventes vorgekommen waren, namentlich auch die Handlungen Robespierres; würde man die zwei Drittel annehmen, so würde in ihrer Mitte gar bald ein neuer Robespierre sich erheben [2]. Die neuen Glieder, die man wähle, würden durch die

1) Schmidt, Tableaux de la Révolution française, II, 395.

2) On se permettait même de dire que, si les $^2/_3$ étaient réélus, on ne tarderait pas à voir renaître dans leur sein un nouveau Robespierre.

alten verdorben werden: denn diese seien einmal an den Besitz einer Gewalt gewöhnt, welche alle andere Gewalten vernichte. Wenn sich nun die Absicht kund gab, die bisherigen Mitglieder des Convents insgesammt von den neuen Wahlen auszuschließen, so wurde dieselbe doch nicht die allgemeine: denn unter ihnen gäbe es einige brave Männer, die man behalten müsse. Aber man verhehlte nicht, was den Uebrigen bevorstehe. Man wollte die Mitglieder einstweilen zur Rechenschaft ziehen, namentlich wegen ihrer Finanzverwaltung; man wollte das unschuldige Blut, das sie vergossen, an ihnen rächen. Mit dem Eintritt der neuen Legislatur würde eine Reaktion begonnen haben, deren letztes Resultat allerdings die Herstellung des Königthums d. h. eines constitutionellen, wie man es vor den 10. August im Sinne gehabt, hätte sein können. Das Wort ist verlautet: die Constitution, die man annahm, sollte doch von der neuen Legislatur wieder abgeschafft und eine andere an ihre Stelle gesetzt werden. In einigen Sektionen nahm man als dem Begriff der Volkssouveränität inhärirend nicht allein volle Freiheit, sondern selbst, wie man sich ausdrückte, ein Recht der Suprematie in Anspruch. Man bestritt dem Convent die Befugniß, neue Dekrete zu erlassen. Aber in der Consequenz der Ereignisse und Meinungen liegt es, daß der Convent den drohenden Aeußerungen hervorbrechender Unzufriedenheit gegenüber alle Mittel ergriff, seine Dekrete zu behaupten. Im Gegensatz gegen die Bourgeoisie hielt er für rathsam, die noch eingekerkerten Terroristen frei zu lassen, um an den Sitzungen der Sektionen und dem neuen Wahlakt Theil zu nehmen. Diese Maßregel aber konnte nicht anders, als die allgemeine Aufregung verdoppeln. In den Versammlungen der Sektionen wollte man die Theilnahme dieser Menschen nicht dulden: denn es seien schon zum Theil gerichtlich verurtheilte Verbrecher, durch welche das Blut ihrer Brüder vergossen worden sei[1]). Die Ausgestoßenen nahmen ihre Zuflucht

1) Les particuliers dont il s'agit sont convaincus, les uns de vol et de dilapidation, les autres d'avoir tiré des coups de fusil sur leurs frères.

zu dem Convent, der dann eine Schaar aus ihnen bildete, die man als Patrioten von 1789 bezeichnet hat. In der That waren es die alten Schreckensmänner; sie hatten eine Art von Lager in der Nähe der Tuilerien. Ein Geschrei ging durch die Stadt, daß sie bestimmt seien, den Schrecken wieder herzustellen unter der Führung des Convents. Die Sektionen hielten sich für berechtigt, sich dem, selbst mit den Waffen in der Hand, entgegenzusetzen, wobei sie den Vortheil hatten, sich auf die National-Garde stützen zu können, so daß ein blutiger Conflikt eigentlich unvermeidlich wurde.

Den Anlaß gab ein Beschluß der Sektion Lepelletier, durch den sie in Widerspruch mit den Anordnungen des Convents gerieth. Dieser hatte den Tag der Wahlen auf den 20. Vendemiaire (12. Oktober) festgesetzt; die Sektionen wollten ihm aber so viel Zeit, um seine Vorbereitungen zu treffen, nicht lassen; und da nun ein früheres Regulativ bestimmt hatte, daß die definitiven Wahlen zehn Tage nach Ernennung der Wahlmänner stattfinden sollten, welche Frist eben zu Ende lief, so hielt sich die Sektion für befugt, dem vom Convent vorgeschriebenen Termin zuvorzukommen. Das Dekret der Sektion lautet fast wie ein Aufruf zur Insurrektion. Die Wahlmänner aller Sektionen sollten sich in dem Saale der Sektion des Theatre français versammeln; zuvor sollten sie sich durch einen Eid verpflichten und sodann unter dem Schutze ihrer Sektionen sich nach dem allgemeinen Versammlungssaal begeben. Die Primär-Versammlungen sollen beschwören: da die unverzügliche Aufstellung einer Legislatur das einzige Mittel zur Rettung des Vaterlandes sei, nicht aus einander zu gehen, ehe nicht das Corps electoral förmlich installirt sei. Die Absicht also ging dahin, auf die Primär-Versammlungen der Sektionen gestützt, die neuen Wahlen selbständig durchzuführen. Das aber konnte der Convent nicht geschehen lassen, ohne seine Existenz aufzugeben. Als sich eine Anzahl Wahlmänner — die Angaben schwanken zwischen 60 und 80 — versammelt hatte, und der Aufforderung, sich zu zerstreuen, kein Gehör gab, wurde der Com-

mandant der Armee des Inneren, Menou beauftragt, ihre Auflösung zu erzwingen. Bei seiner Ankunft jedoch waren die Versammelten schon auseinander gegangen. Aber die populäre Bewegung wurde dadurch keineswegs erstickt, sondern vermehrt: die Primär=Versammlungen der Sektionen erklärten sich in Permanenz; sie hatten jetzt ihren Mittelpunkt in der Sektion Lepelletier. Die bewaffnete Macht bekam nun den Befehl, die leitenden Mitglieder, die das Bureau ausmachten, zu verhaften. Am Abend des 12. Vendemiaire — es war um die Zeit, da die auch jetzt immer zahlreich besuchten Theater geschlossen wurden — sah man die bewaffnete Macht — Husaren, Dragoner, Fußvolk — Volksrepräsentanten an ihrer Spitze, gegen die Sektion Lepelletier heranziehen, um diesen Auftrag auszuführen. Allein sie fanden die Gegner zu gut vorbereitet, um es zu unternehmen. Man hat das der Feigheit des Generals zugeschrieben. Jedoch hing alles von dem anwesenden Repräsentanten Laporte ab. Dieser scheint aber die allgemeine Gefahr, in die man sich stürzte, erwogen zu haben. Man vernimmt, daß die Truppen nicht eben sehr geneigt gewesen seien, den Angriff zu vollziehen, wie man denn schon längst bei den Sektionen auf eine Hinneigung der Truppen zu ihrer Sache gerechnet hatte [1]). Da der Convent, der sich selbst gefährdet fühlte, an seine eigene Vertheidigung denken mußte, so wurde Menou entsetzt, und ein Mitglied des Convents, der zugleich Offizier war, Barras, an seine Stelle zum Führer der bewaffneten Macht ernannt. Aus den späteren Berichten desselben ersieht man, daß die Lage ihm sehr gefährlich vorkam. Bei den Maßregeln, die er traf, hatte er zugleich die Möglichkeit im Auge, daß der Convent genöthigt sein dürfte, sich nach St. Cloud zurückzuziehen.

Am Morgen des 13. waren alle Läden in der Stadt geschlossen,

1) Le fait est que le soir les troupes de lignes témoignèrent de la répugnance à attaquer les gardes nationales qui furent sous les armes, et que c'était très sagement fait des représentants et du général de n'avoir rien précipité, mesure qui aurait pu entraîner ce soir la perte de la convention. Gervinus à Hardenberg, Paris, le 5 octobre.

und die Stille, die dem Sturme vorausgeht, trat ein. Gegen Mittag setzten sich die Sektionen gegen den Convent in Bewegung. Allein indeß hatte dieser alle Anstalten zur Vertheidigung getroffen. Es war die erste Handlung, durch welche der junge Napoleon Bonaparte in die inneren Kämpfe der Hauptstadt eintrat. Er hatte sich bisher dem Convent angeschlossen und arbeitete in dem topographischen Bureau. Was auch eine zweifelhafte Tradition dagegen aufbringen mag, aus seinen Briefen muß man schließen, daß er an der Sache des Convents mit Eifer festhielt. Der Convent ernannte ihn zum zweiten General neben Barras auf den Vorschlag desselben. Er trug kein Bedenken, sich der Schaar jener Patrioten zu bedienen, unter denen sich Leute fanden, die die Kanonen gut zu bedienen wußten. Sorgfältig hütete man sich, den ersten Schuß zu thun: denn Bonaparte wollte nicht zuerst französisches Blut vergießen. Sobald aber aus den Reihen der Sektionen ein Angriff erfolgte, so war auch die Niederlage derselben entschieden. Die National-Garden waren nicht im Stande, der eingeübten militärischen Macht, unter einem Führer, in welchem sich die jugendlichen Impulse des Ehrgeizes mit einem angebornen kriegerischen Genius und schon einer gewissen Kriegsübung verbanden, zu widerstehen; sie erlagen in langen Reihen dem Feuer des Geschützes. Der Convent blieb vollkommen Meister des Kampfplatzes und konnte nun seine Absichten ohne Widerstand durchführen.

Die Bourgeoisie, welche auf dem Grunde der National-Souveränetät die constitutionelle Idee durchzuführen gedachte, wurde von der bewaffneten Macht der geordneten Staatsgewalt überwältigt. In dieser walteten die republikanischen Ideen, ohne alle Einschränkung zugleich mit den Tendenzen der absoluten Gewalt und der Militärmacht. In den Sektionen hätten die Gemäßigten, die fortwährend nach Frieden riefen, die Oberhand behalten: der Friede auf den Grundlagen der alten Zustände wäre wenigstens möglich geblieben. Der Tag ist von welthistorischer Bedeutung. Die Republikaner, welche den Sieg erfoch-

ten, waren eben die, welche dem neuen Frankreich eine Ausdehnung geben wollten, die den Krieg mit Europa nothwendig in sich schloß. Aus dem Kampfe der Parteien, der nun erfolgte, ging die Bildung einer höchsten Gewalt hervor, die diesen Ideen huldigte.

Die zwei Drittel des Convents traten nun wirklich in die neue Legislatur ein; es waren ihrer so viele in den Departements gewählt worden, daß nur noch etwa ein Fünftel an der vollen Zahl mangelte. Die Wiedererwählten constituirten sich einem vorangegangenen Dekret gemäß als Wahlkörper, um die Vakanzen auszufüllen. Die von den Primär-Versammlungen in Anspruch genommenen Rechte wurden durch den Sieg des Convents an und für sich für ungültig erklärt. Ihre Anhänger hörte man sagen: jetzt haben sie uns. Die Verfassung der Commune von Paris wurde umgestaltet; der Generalstab der National-Garde wurde aufgelöst, sowie auch die Grenadier- und Jäger-Compagnien derselben.

Damit war die Opposition, die sich gegen den Convent erhob, vernichtet. Der Erfolg war, daß dieser selbst in die Legislatur eintrat, sodaß er eigentlich die Gewalt behauptete, nur unter den Modifikationen, welche der Eintritt eines neuen Drittheils hervorrief. Die Hauptsache beruhte dann in der Creation der exekutiven Gewalt, welche die Politik nach Innen und Außen fortan zu dirigiren hatte. Dabei war das stillschweigende Uebereinkommen, daß alle ausgeschlossen sein sollten, die sich zu der moderirten Partei gehalten, was insofern von allgemeiner Bedeutung ist, als die Moderirten zugleich für den Frieden waren, die entschieden revolutionäre Partei dagegen für den Krieg. Niemand sollte eintreten, der nicht für den Tod des Königs gestimmt hatte. Unter den Gewählten war auch Sieyes, der aber ablehnte, weil er nicht geeignet sei, in dem Direktorium zu sitzen, welches Männer des allgemeinen Vertrauens begreifen sollte, während er von Anfang an von allen Parteien befehdet worden sei. Sein eigentlicher Grund mochte sein, daß die neue Verfassung eben im

Gegensatz mit seinen Entwürfen durchgegangen war. An seine Stelle trat Carnot, dessen Ideen über den Krieg wir kennen.

Nicht wenig betroffen waren die Männer, welche auf die Bildung einer gemäßigten Partei in der französischen Regierung gerechnet hatten. Bei der Aufstellung der Listen in dem Rathe der 500 hatte Barthelemy 126[1]) Stimmen gehabt, was ungefähr das numerische Verhältniß der gemäßigten Partei andeuten mag. Aber zehn Andere hatten eine größere Anzahl von Stimmen, unter ihnen Cambaceres 157, Carnot 181; der letztere wurde von dem Rathe der Alten in das Direktorium gewählt. Das Auffallende dabei war, daß Carnot an der terroristischen Regierung Antheil genommen hatte. Von Carnot und Rewbell bezweifelte man nicht, daß ihre Absicht auf Fortsetzung des Krieges und allgemeinen Umsturz gerichtet sei. Von Friedens-Negotiationen war nicht weiter die Rede. Alles hing von den Erfolgen des Krieges ab, der mit dem Frühjahr 1796 mit verdoppelter Anstrengung wieder beginnen mußte. Seinerseits mußte auch Preußen davon betroffen werden.

1) Ich entnehme dies aus einem Schreiben Hardenbergs. Im Moniteur sind nur die Mitglieder verzeichnet, welche auf die Liste kamen.

Zweites Capitel.

Preußen im Jahre 1796.

Eine sehr eigenthümlich markirte Stellung hatte Preußen damals nach beiden Seiten inne: im Osten in Folge der Verträge mit Rußland, im Westen durch den Einfluß auf Deutschland und durch das eingeschlagene System der Neutralität. Wenn Europa zur Ruhe gekommen wäre, so würde sich eine den inneren Bedürfnissen des Staates entsprechende Entwickelung haben denken lassen.

Der Staat befand sich in der Mitte zweier Systeme, die in blutigem und unentschiedenem Ringen mit einander lagen: der militärischen Ueberlegenheit der Franzosen auf dem Continent, und der derselben widerstrebenden Mächte der alten Coalition. Man hatte bei dem Frieden von Basel darauf gerechnet, daß die streitenden Weltkräfte einander das Gleichgewicht halten würden. Wie nun aber, wenn das nicht geschah; wenn die Verbündeten, welche das Princip, auf dem auch Preußen beruhte, verfochten, geschlagen wurden, und die Revolution durch ihre Militärkraft den Sieg davontrug: mußte es dann nicht doch in das Verderben gezogen werden, dem es durch den Frieden von Basel zu entgehen versucht hatte? Man war nicht blind gegen diese Eventualität, aber man hatte sich dieselbe doch auch nicht vollkommen vergegenwärtigt: die Bedrängnisse der Gegenwart schlossen die Berechnungen der Zukunft aus. Die nächste Aufgabe eines Staatsmannes ist immer, der Gegenwart gerecht zu werden, den verschiedenen Phasen der Ereignisse gemäß.

Es konnte nicht anders sein, als daß der Wechsel derselben, der den Gesichtskreis, unter dem man sich befand, unaufhörlich

veränderte, allezeit auf die preußische Politik einen maßgebenden Einfluß ausübte.

Der entscheidende Mann des 13. Vendemiaire, Napoleon Bonaparte, unternahm im Frühjahr 1796 seinen ersten großen Feldzug. Dessen Erfolge sind es hauptsächlich gewesen, wodurch das bisherige System der Staaten umgestürzt wurde. Auch auf Preußen wirkten sie wenigstens mittelbar zurück.

Für den Feldzug in Deutschland, der für Oesterreich zuerst glücklich gegangen war, hatte der italienische die Folge, daß die Franzosen aufs Neue unter Jourdan über den Mittelrhein, Ende Juni unter Moreau über den Oberrhein gingen; ihre Angriffe und der Widerstand, der ihnen geleistet wurde, berührten die preußischen Besitzungen in Franken. Wohl hatte man das vorausgesehen. Von Berlin war der Befehl gekommen, sich dem Durchzug der Armeen, die ihre Bedürfnisse selbst zu decken haben würden, nicht zu widersetzen, aber dabei die Neutralität zu beobachten. Ehe noch diese Instruktion ankam, hatte Hardenberg, der die Regierung der Markgrafschaften fortwährend leitete, in Uebereinstimmung mit Hohenlohe einige Vorkehrungen getroffen, die sich heilsam erwiesen. Vor Allem brachte er den französischen Heerführern in Erinnerung, daß das Gebiet, das sie durchzogen, ein neutrales sei. Eine Commission, die aus Alexander von Humboldt und dem Hauptmann Püsch bestand, wurde an Moreau geschickt, eine andere an Jourdan. Von dem ersten war nicht zu erwarten, daß er den Kreis betreten würde; wohl aber von dem zweiten, der den Auftrag hatte, durch Franken seinen Weg in die österreichischen Erbländer zu suchen. Beide versicherten, daß sie die Neutralität Preußens und der mit demselben verbundenen Fürsten zu respektiren beauftragt seien. Die Franzosen haben sich dann in dem Lande glimpflich und rücksichtsvoll betragen. Denn in den Krisen, in denen man war, lag ihnen Alles daran, ein gutes Verhältniß mit Preußen aufrecht zu erhalten.

Auf diese besonderen Berührungen kam es soviel nicht an:

von größtem Gewicht aber war es, daß die veränderte Lage zu einer Modifikation der in Basel angebahnten Politik führte.

Die Demarkation und ihre Linie war von Oesterreich noch nicht anerkannt; und die Franzosen, die sich in einer keineswegs genügenden Weise über dieselbe erklärt hatten, waren in den oberen Reichskreisen vollkommen zur Uebermacht gelangt. Oberrhein, Schwaben und Franken leisteten ihnen keinen Widerstand mehr. Schon fürchtete man einen Besuch von ihnen in Leipzig. Durch eine Beunruhigung von Obersachsen wäre das Centrum der preußischen Politik gefährdet worden. Sie drohten überdies, Hannover zu besetzen, woran sie Niemand hätte hindern können.

Es leuchtet ein, wie viel daran lag, die Demarkation näher festzustellen und die Neutralität vollständiger zu begründen. Die Franzosen waren nicht abgeneigt; aber sie knüpften daran eine Forderung von höchstem Belang.

Bisher hatte man noch in Preußen die Absicht festgehalten, die von den Franzosen occupirten linksrheinischen Lande wieder zu erlangen. Aber der Gegensatz, in welchem sich Preußen hiebei mit den Franzosen befand, war dadurch verdoppelt worden, daß in jenen Beschlüssen des Conventes die Absicht, die französischen Grenzen bis an den Rhein auszudehnen, unverhohlen hervorgetreten war. Die Franzosen verlangten eine unumwundenere Einwilligung von Preußen in die Abtretung der überrheinischen Provinzen, als die, welche im Frieden von Basel lag; sie machten eine Verständigung darüber zur Bedingung der Bestätigung der Neutralität. Beides sollte mit einander untrennbar verbunden, ihre Einwilligung in die Festsetzung der Demarkation davon abhängig sein, ob Preußen auf ihre neuen Vorschläge eingehe.

So erfolgte, daß das Kabinet von Berlin sich bewegen ließ, über die beiden Vorschläge, welche die Franzosen für untrennbar erklärten, in Verhandlung einzutreten. Der erste betraf das eigenste Interesse von Preußen und Norddeutschland: denn dadurch wurde die Neutralität erst befestigt. Der Vertrag

darüber ward bereits am 16. Juli vereinbart. Der zweite, der am 5. August zu Stande kam, hatte keine so unmittelbare Bedeutung; aber er war noch umfassender für die Zukunft: er schloß eine neue Organisation von Deutschland für den Fall der Abtretung des linken Rheinufers in sich, bei welcher für den Vortheil Preußens reichlich gesorgt war. Mehr als einmal wurde gesagt, daß Alles auf der Einwilligung von Kaiser und Reich beruhe. Dabei aber trat noch eine andere Rücksicht ein. Man hegte die Besorgniß, daß der Kaiser genöthigt werden könnte, ebenfalls für sich selbst einen Frieden zu vereinbaren, wie denn Verhandlungen darüber von Seiten des neapolitanischen Gesandten in Basel angeknüpft worden sind, wiewohl sie unverbindlicher Natur blieben: man fürchtete, Oesterreich und Frankreich würden sich zu Festsetzungen vereinigen, die dem preußischen System zuwider wären, namentlich zu dem Eintausch Baierns gegen die Niederlande. Das war nun einmal die nicht beneidenswerthe Lage des preußischen Ministeriums, daß es entgegengesetzte Gesichtspunkte combiniren mußte. Der Druck von Frankreich und die alte Eifersucht gegen Oesterreich wirkten zusammen. Der König meinte, sich gegen alle widrigen Eventualitäten sichern zu müssen. Ueber alle Skrupel kam man dadurch hinweg, daß die Bestimmungen eventuell waren und von dem Ausschlag der Kriegsereignisse abhingen. Preußen setzte durch, daß Münster in die Demarkationslinie aufgenommen und für den Beitritt anderer Fürsten zur Neutralität eine längere Frist gewährt wurde, als die Franzosen gewollt hatten. Das waren jedoch nur die minder bedeutenden Punkte. Alles wurde von der Frage beherrscht, wie die Reichsangelegenheiten sich nach dem Kriege gestalten sollten; ob die Cessionen, die man bis jetzt eventuell in Aussicht genommen, definitive seien und welche Entschädigungen für die Verluste bewilligt werden würden. So weit wurde Preußen nicht gebracht, die Abtretung des linken Rheinufers als eine definitive anzuerkennen. Aber es ließ sich doch auf dieselbe näher ein und bedang sich für seine Verluste am linken Rheinufer eine sehr er=

hebliche, den Werth derselben übertreffende Entschädigung aus. Zugleich wurde Bedacht genommen auf die nächstverwandten Fürstenhäuser, den Landgrafen von Hessen und das Haus Oranien, dessen Ausstattung bereits ein Gegenstand der internationalen Politik wurde: denn darauf vor Allem ging die Absicht der Franzosen, daß ihr Verhältniß zu Holland durch eine anderweite volle Befriedigung des Erbstatthalters sicher werde. Zu Gunsten desselben sollte über die beiden fränkischen Bisthümer verfügt werden; Frankreich und Brandenburg hatten dabei gleiches Interesse. Der Bestand Mecklenburgs und der Hansestädte, welchen die Franzosen anfochten, wurde von Preußen gerettet. Man sieht in den getroffenen Verabredungen den Gedanken einer preußisch-deutschen Macht weiter hervortreten. Das Verhältniß zu dem deutschen Reiche in seiner bisherigen Verfassung tritt dagegen zurück. Gewiß blieb dabei die durch Kaiser und Reich zu bewilligende Abtretung des linken Rheinufers vorbehalten; diese aber hing von der Entscheidung der Waffen ab. Noch war Alles nur eventuell; und man trug Sorge, das Abkommen in das tiefste Geheimniß zu hüllen. Aber überaus weitaussehend ist es doch, daß man Verabredungen dieser Art traf unter Voraussetzung der Abtretung und gemäß dem Prinzipe der Säkularisation, welches bisher keine Anerkennung gefunden hatte. Es konnte doch scheinen, als nehme Preußen in dem großen Kampf, in welchem die Welt begriffen war, Partei für eine Auflösung der bisherigen Zustände zu seinem einseitigen Vortheil. Das vornehmste Motiv lag immer darin, daß sich die preußische Politik gegen feindselige Absichten Oesterreichs, die bei der definitiven Abtretung in dem Frieden mit Frankreich vorwalten könnten, im Voraus sicher stellen wollte: man sah die Dinge kommen, wie sie kamen; — denn mit Frankreich überhaupt gemeinschaftliche Sache machen zu wollen, war und blieb man doch in Berlin weit entfernt.

Maximilian von der Pfalz, der bereits in Unterhandlungen mit Frankreich, welche die Erhaltung von Baiern betrafen, begriffen war, suchte eine Anlehnung an Preußen und kam selbst

nach Franken. In den Briefen seines Gesandten Cetto wird die Meinung ausgedrückt, Preußen hätte sich mit Frankreich verbünden sollen, um Oesterreich zum Frieden zu nöthigen und nicht etwa doch ein Verständniß zwischen Frankreich und Oesterreich zu Stande kommen zu lassen. In Berlin wies man das von der Hand. Der König meinte, es würde seinem System der Neutralität entgegenlaufen, in dessen Erweiterung er noch immer begriffen war. Man hatte wohl insgeheim auf eine Verhandlung mit Frankreich eingehen können, bei der die Eventualität einer Abtretung des linken Rheinufers ins Auge gefaßt war; aber dazu mitzuwirken und sich mit Oesterreich zu entzweien, war man doch nicht gemeint.

Wie sehr man dies, selbst wo es einen großen Vortheil in sich geschlossen hätte, zu vermeiden bemüht war, beweist ein Territorialereigniß in Franken, das sonst den Staat zu den größten Erwartungen berechtigte. Wir müssen desselben hier schon näher gedenken, da Hardenberg noch einmal dabei im Vordergrund erscheint.

Hardenbergs Gedanke war von jeher gewesen, die fränkischen Markgrafschaften überhaupt zu consolidiren, so daß die preußische Macht auch dort eine feste Grundlage gewonnen hätte. Er legte dabei die Autorität, welche das brandenburgische Fürstenhaus unter Albrecht Achilles besessen hatte, zu Grunde. Man forschte in den Archiven nach, wie weit sie sich jemals ausgedehnt hatte. Im Frühjahr 1796 war Hardenberg vom König autorisirt worden, sich auf einmal in Besitz von alledem zu setzen, worauf man Anspruch habe machen können[1]; und dies dann trotz alles Geschreies, das darüber entstehen möchte, mit Gewalt zu behaupten. Es wurde Hardenberg nicht schwer, einige der bedeutendsten Mitglieder des Herrenstandes in Franken, besonders die Fürsten von Hohenlohe, für sich zu gewinnen, deren Beispiel dann für die übrigen maßgebend sein sollte.

1) revendiquer.

Dem stellte sich die Kreisversammlung entgegen, welche gegen das Bestreben Brandenburgs, ein geschlossenes Gebiet zu bilden, einen natürlichen Abscheu hegte. Hardenberg behauptet: man habe in derselben die Idee gehabt, eine Art von Convent zu bilden, die Einheit und Untheilbarkeit des Kreises zu proklamiren und selbst die deutsche Verfassung auf metaphysische Menschen- und Staatsrechte neu zu erbauen; die deutsche Revolution sollte von Nürnberg ausgehen. Bei dem Vordringen der Franzosen war die Kreisversammlung mit Selbständigkeit verfahren. Der dirigirende Geheime Rath Zwanziger, von dem die Mehrheit der Kreisstände abhing, hatte sich auf eigene Hand nach Paris aufgemacht, um dort selbständig eine Unterhandlung einzuleiten.

Ein gewaltiges Aufsehen machte es nun, als am 4. Juli preußische Truppen die Vorstädte von Nürnberg in Besitz nahmen. Es hatte sich gefunden, daß sie zu dem alten burggräflichen Gebiet gehörten, welches revindicirt werden sollte. Der Rath der Stadt war überrascht worden; Hardenberg hatte nur vierundzwanzig Stunden Bedenkzeit gewährt, damit die Sache nicht etwa an die Kreisversammlung gebracht werden könnte. Die eigentliche Stadt blieb intakt. Hier aber herrschte große Entzweiung: nicht allein erregte das einseitige Regiment der Patricierfamilien die Widersetzlichkeit: die Schulden waren so hoch angewachsen, daß man eine kaiserliche Commission erwartete, um die Sache zu regeln, was denn bei vielen Bürgern den Gedanken erweckte, sich lieber einem Herrn ihrer Wahl zu ergeben, als von einer Kaiserlichen Sequestercommission abhängig zu werden. Entscheidend wirkte, daß General Jourdan der Stadt eine unerschwingliche Contribution auferlegte, der man nur durch Anschluß an Preußen entgehen zu können meinte. Ein allgemeines Geschrei erhob sich, das die städtischen Behörden zu einem solchen Schritte drängte. In Berlin war die Wahrscheinlichkeit dieses Ausgangs schon in Erwägung gekommen: denn wie hätte man sich verbergen können, daß die Besitznahme der Stadt schon um

ihrer geographischen Lage willen, die größten Vortheile darbiete. Man hatte nichts dagegen, wenn eine freie Unterwerfung der Stadt erfolge, unter der Bedingung, daß der König die Schulden derselben und ihre Obliegenheiten gegen Kaiser und Kreis übernehme. Schon hatte Hardenberg der Kreisversammlung ihr bisheriges Verfahren auf das Bitterste zum Vorwurf gemacht und den brandenburgischen Bevollmächtigten von derselben abberufen. Indem nun die Führer der Kreisversammlung sich nach dem französischen Hauptquartier und nach Paris begaben, um eine Abkunft zwischen dem Kreise und der französischen Regierung zu Stande zu bringen, erhob sich in der Stadt das gemeine Volk, um den Magistrat zur Unterwerfung unter den König von Preußen zu nöthigen. Man wird dabei an die Art und Weise erinnert, wie sich einst Berlin selbst dem brandenburgischen Scepter unterworfen hatte — durch eine Verbindung der Population mit der Dynastie im Gegensatz gegen die herrschende Aristokratie. Am 12. August 1796 erschien eine Deputation der Stadt in Schweinau, wo sich Hardenberg befand; sie bat ihn zunächst dahin zu wirken, daß die unerträglichen Lasten erleichtert und die Stadt als neutral anerkannt werde. Sie stellten Anträge in Aussicht, in Folge deren es das eigene Interesse des Königs sein würde, Nürnberg nicht zu Grunde richten zu lassen, wobei sie jedoch die Rechte des Reiches erwähnten. Hardenberg machte ihnen lebhafte Vorwürfe über das bisherige Verhalten der Stadt; es wäre ja nur auf diese selbst angekommen, die Neutralität, die ihr der König verschaffen wollte, anzunehmen; statt dessen sei unter ihrer Mitwirkung von der Kreisversammlung eine Abkunft von hinterlistigem Charakter mit den Franzosen getroffen worden, der die neutralen Stände selbst hätten unterworfen werden sollen, gegen deren Widersetzlichkeit man Maßregeln verabredet habe[1]). Die

1) Que sans réclamer la coopération ou l'intervention du roi soit comme directeur du cercle, soit comme puissance neutre; la ville avait pris part à la négociation du cercle avec les généraux français, que nommément un des députés présents, le sénateur de Marsdörfer, était en sa

geschichtliche Thatsache ist also, daß Stadt und Kreis die brandenburgischen Fürstenthümer eben nur als Kreisstände behandeln und sie in einer Abkunft, die sie mit den Franzosen trafen, mitbegreifen wollten, während dieselben bereits durch die Neutralität, die Preußen als Staat geschlossen hatte, geschützt wurden. Die Ereignisse brachten es mit sich, daß Nürnberg in die Nothwendigkeit gerieth, sich dem preußischen System anzuschließen und die Reunion mit Ansbach und Baireuth nachzusuchen. Hardenberg nahm das noch nicht eigentlich an: er brachte die constitutionellen Formen und selbst die Nothwendigkeit der Einwilligung des Reiches in Erinnerung, doch versprach er ihnen seine Intercession bei Jourdan, die er denn einlegte, hauptsächlich auf den Grund, daß die Stadt sich demnächst dem König unterwerfen werde, so daß sie der Neutralität Preußens theilhaftig werden würde. Jourdan wies die Verwendung Hardenbergs nicht zurück, nahm sie aber auch nicht vollständig an, weil das vorzeitig sein würde; ohne Zweifel trug er Bedenken, die Unterwerfung Nürnbergs unter Preußen zu fördern und gleichsam im Voraus anzuerkennen. Hardenberg meldete dies an den preußischen Gesandten in Paris, Sandoz-Rollin, der dann zugleich den Anträgen Zwanzigers entgegentreten sollte, so daß eigentlich beide Theile, der Kreis und Brandenburg-Preußen, in Paris ihren provinziellen Antagonismus fortsetzten. Hardenberg sandte selbst einen besonderen Bevollmächtigten dahin.

In diesem Augenblick bekamen die Oesterreicher, die von Erzherzog Karl befehligt wurden, in Franken wieder die Oberhand; sie passirten Nürnberg ein paar Mal, doch blieb die Stadt

qualité de membre de l'assemblée du cercle un des auteurs des articles infiniment insidieux de l'arrangement convenu avec le général Ernouf et un de ceux qui s'étaient arrogé le droit de décider sur l'étendue et limite des possessions neutres du roi en Franconie et avaient même accordé aux troupes françaises le droit d'exécution contre les États récalcitrants. Die Aktenstücke, deren ich mich hier bediene, entnehme ich aus den Sammlungen von Schöll, bei dem gerade die Nürnberger Angelegenheit mit besonderer Ausführlichkeit behandelt worden ist.

in voller Freiheit. Da eben war es nun, daß der Antrag zur Unterwerfung an Preußen erneuert wurde. Hardenberg wollte denselben nicht annehmen, wenn er nicht von der Bürgerschaft in aller Form eingebracht wurde. Am 28. August wurde die Frage vom Rath der Stadt der Bürgerschaft vorgelegt, immer mit Vorbehalt der späteren Einwilligung des Reiches, wie es Hardenberg betont hatte. Von 3715 Stimmen waren 3281 für die Unterwerfung.

Die Stadt leistete auf ihre Reichsunmittelbarkeit Verzicht und unterwarf sich der Territorialgewalt ihrer alten Burggrafen. Von Seiten des Königs wurde ihr Protektion und Anerkennung aller wohlerworbenen Rechte zugesagt. Preußen übernahm die Schulden der Stadt, inbegriffen die, welche in Folge der französischen Contributionsforderungen aufgelaufen waren: auf den Wunsch der Einwohner ließ Hardenberg eine preußische Garnison einrücken, und säumte nicht, dem Erzherzog Karl hiervon Anzeige zu machen. Ein Versuch der Oesterreicher, sich des städtischen Geschützes zu bemächtigen, wurde verhindert. Die Städte Windsheim und Weißenburg trugen ihre Unterwerfung an und erhielten eine preußische Schutzwache.

Hardenberg glaubte ein großes Werk vollbracht zu haben; er zweifelte nicht, daß die Ratifikation des Königs Alles bestätigen werde. Er behauptete, die Besitznahme stimme mit den Reichsgesetzen vollkommen überein: denn es sei einem freien Stande nicht verwehrt, sich einem andern Reichsstande zu unterwerfen. Ueberdies aber: welche Aussicht knüpfe sich an diese Erwerbung, namentlich wenn einmal die Besitznahme der benachbarten Bisthümer Bamberg und Würzburg erfolge! Der Besitz von Franken werde den König in den Stand setzen, eine Armee von 25 — 30,000 Mann daselbst zu erhalten und Hessen und Sachsen dergestalt zu beherrschen, daß sie in Kriegszeiten wie preußische Provinzen behandelt werden könnten; zugleich erlange man damit eine feste Stellung der Oberpfalz und Böhmen gegenüber und das Uebergewicht über Baiern: man

verschaffe dem Hause Brandenburg überhaupt ein großartiges Gewicht in Süddeutschland[1]). Aehnliche Gedanken hatte einst Dankelmann gehegt: mit einer ganz anderen Tragweite traten sie unter Hardenbergs Vermittlung auf. Die Erschütterung aller Verhältnisse, die so eben ergriffene universal bedeutende Stellung von Preußen wirkten dabei zusammen; und dem Staate schien dadurch in der That ein beherrschendes Ansehen in Süddeutschland gesichert zu werden.

Wie schon berührt: das Kabinet in Berlin war nicht unempfänglich für die unmittelbaren Vortheile dieser Besitznahme, noch für die Folgen, welche sie wahrscheinlich nach sich ziehen konnte: dennoch nahm es Anstand, die Handlungen Hardenbergs gut zu heißen. Man machte auf die finanziellen Schwierigkeiten aufmerksam: diese würden sich jedoch durch bessere Administration haben heben lassen. Das Hauptmotiv, das angeführt wurde, lag in dem Verhältniß zu den beiden kriegführenden Mächten. Haugwitz meinte, um die Franzosen zur Einwilligung in die Besitznahme zu vermögen, müsse man erst mit dem Direktorium verhandeln. Hardenberg erwiderte, daß es so schwer nicht sein würde, sich mit Frankreich zu verständigen: die Welt werde den Grund der Ablehnung in Furcht vor Oesterreich sehen. Gewiß waltete eine Rücksicht auf Oesterreich ob; sie bestand aber noch mehr in Eifersucht als in Besorgniß für die Gegenwart: der König bemerkte, daß das eingeschlagene Verfahren auch Oesterreich veranlassen werde, zu Incorporationen zu schreiten, zu denen Preußen das Beispiel nicht geben dürfe. Am 21. Septem-

1) La possession d'une province considérable en Franconie, gardée par 20,000 hommes, les (Saxe, Hesse, Brunswick) aurait mis dans l'impossibilité de suivre un autre système que celui de la Prusse. D'un autre côté la contiguité de cette province avec la Bavière et le Haut-Palatinat, supposé que ces provinces restassent à la maison Palatine, rendait à celle-ci l'alliance de la Prusse indispensable: à la faveur de cette alliance les margraviats seraient devenus le lien naturel et le centre d'une masse considérable d'États unis par les mêmes intérêts et s'étendant depuis la Baltique et la mer du Nord jusqu'aux frontières de l'Autriche et aux Alpes Tiroliennes.

ber bekam Hardenberg den bestimmten Befehl, der Stadt die königliche Ablehnung der Unterwerfung anzukündigen. Am 1. Oktober verließ die preußische Garnison Nürnberg wieder. Hardenberg glaubte in dem Verfahren des Kabinets persönliche Eifersucht gegen seine Thätigkeit und seinen Erfolg wahrzunehmen. Wir wollen das weder bestätigen, noch ableugnen.

Im Allgemeinen gefaßt, sind die beiden Vorfälle, der Abschluß des Vertrags vom 5. August und die vorübergehende Besitznahme von Nürnberg, von einer die damaligen Velleitäten und Zustände charakterisirenden Eigenthümlichkeit. Augenscheinlich dachte man daran, die revolutionären Erschütterungen zu neuem Machtgewinn zu benutzen. Aber man war zugleich durch anderweite Verbindlichkeiten gefesselt. Das Berliner Kabinet konnte den Muth nicht fassen, über diese hinaus das eigene Interesse einseitig zu verfolgen. Man besorgte unangenehme Rückwirkungen, die noch weit schwerer wiegen dürften, als der augenblickliche Vortheil, den man erlangte. Die Hauptsache schien erreicht, wenn die Neutralität befestigt wurde. Am 22. November 1796 deklarirte der Kurfürst von Sachsen für sich, die sächsischen Herzöge, Anhalt und Schwarzburg seinen Beitritt zu der mit Frankreich geschlossenen Convention in Bezug auf die Neutralität. Preußen erklärte am 29., daß es dies annehme. Auch Reuß wurde in die Demarkationslinie aufgenommen. Dem kaiserlichen Hofe wurde diese Ausdehnung der Neutralität des nördlichen Deutschlands einfach als eine vollzogene Thatsache mitgetheilt.

Drittes Capitel.

Verhandlungen zu Campo Formio und Rastadt. Conferenzen zu Berlin.

Die preußische Politik hing bisher davon ab, daß den Vortheilen der Franzosen zum Trotz das continentale Gleichgewicht doch noch nicht umgestürzt war. Nochmals sind die Franzosen mit der Absicht hervorgetreten, Preußen ganz auf ihre Seite zu ziehen. Friedrich Wilhelm II. wurde von dem französischen Geschäftsträger Caillard aufgefordert, an dem Kriege gegen Oesterreich Theil zu nehmen, und sein Observationscorps, mit Moreau vereinigt, gegen Wien vorrücken zu lassen: denn dann müsse sich Oesterreich den Friedensbedingungen fügen, die man ihm vorschreibe: schlage Preußen ein, so werde es zur Seite von Frankreich die Stellung einer Großmacht erst recht erwerben: es stehe nur bei ihm, sich die deutsche Kaiserkrone aufzusetzen.

In der Lage, in der man war, hatten jedoch diese Anträge nichts Verführerisches für die preußischen Minister oder den König. Sie wollten zwar kein übermächtiges Oesterreich, aber zugleich fühlten sie doch Nothwendigkeit, daß ein mächtiges Oesterreich erhalten werde: sie wollten Frieden mit Frankreich, aber keine Allianz. Hardenberg hatte auf das Dringendste davon abgemahnt und selbst jede Concession schien ihm verderblich: denn nur durch Energie und in einer stolzen Haltung könne man mit Frankreich auskommen. Und Friedrich Wilhelm II. hatte gegen das Ende seiner Tage den Entschluß gefaßt, in seiner Neutralität standhaft zu beharren; er meinte damit in die Fußstapfen seines großen Vor=

gängers zu treten, welcher, nachdem er sein Gebiet erweitert, in seinen spätern Jahren sich nur habe angelegen sein lassen, das zu behaupten, was er besitze. Die Erwerbung des Kaiserthums lag nicht in seinem Sinn, wohl aber die Behauptung der beinahe dominirenden Stellung, welche Kur-Brandenburg dem Kaiserthum zur Seite in Deutschland eingenommen hatte. Man darf diese Stellung in der That als das Resultat der letzten Phase der friedericianischen Politik, die mit dem Fürstenbunde begonnen hatte, betrachten; sie begründete sich auf den reichsständischen Prärogativen, welche jetzt unter die Protektion oder vielmehr die Führung der preußischen Macht gekommen waren. Oesterreich mochte seinen Kampf gegen Frankreich weiter führen, wenn dadurch nur nicht die Stellung Preußens in Deutschland gefährdet wurde. Die Gesammtlage aber veränderte sich dadurch, daß die Ueberlegenheit der Franzosen in Italien immer mehr anstieg und in Folge derselben im Frühjahr 1797 das innere Oesterreich und die Hauptstadt selbst bedroht wurde: ein Ereigniß, das wir auch an unserer Stelle nicht übergehen dürfen.

Die Rede war von einem Congreß gewesen, den Bonaparte verworfen hatte[1]). Um den Angriffen, die er selbst damals von den Oesterreichern zu erwarten hatte, zuvorzukommen, und den Wiener Hof zu einem Separatfrieden zu zwingen, unternahm er einen Alpenzug von Süden nach Norden, der ihn über Klagenfurt bis vor die kaiserliche Hauptstadt führen sollte. Indem er mit heftiger Feindseligkeit vordrang, bot er doch zugleich den Frieden an. Dazu lag ein Grund für ihn darin, daß er seines Sieges keineswegs vollkommen sicher war, vielmehr durch seine Bewegungen selbst in Gefahr gerieth. Sein Vordringen erweckte in den Populationen von Ungarn, Oesterreich, Tirol, und nach und nach in der Hauptstadt den Wunsch und selbst den Entschluß zum Widerstand. Hierdurch ermuthigt, sträubte sich Thugut, der

1) Bonaparte au directoire exécutif. Mantoue, 6 mars 1797. Correspondance de Napoléon I. publiée par l'ordre de l'empereur Napoléon III. II, 366 (Nr. 1544).

noch immer die Direktion des Wiener Kabinets in Händen hatte, einen Frieden anzunehmen, wie ihn die Franzosen bisher vorgeschlagen hatten. Auch auf die Bedingungen, die Bonaparte in dem damaligen Augenblick machte, trug er Bedenken einzugehen. Allein in Krisen dieser Art treten noch andere Persönlichkeiten in die Handlung ein, von denen die Entscheidung mehr abhängt, als von dem Minister, der sich nicht entschließen kann, sein System aufzugeben. Der Kaiser selbst wurde durch Alles, was ihn umgab, und einen Einfluß, der von Neapel her auf seine Gemahlin wirkte, zum Frieden bestimmt. Seine Gemahlin Maria Theresia war die Tochter der Königin Marie Caroline von Neapel, die selbst wieder eine Tochter der würdigen Maria Theresia und des Kaisers Franz I. war, sodaß sich in der Persönlichkeit der Kaiserin die Allianz zwischen den Häusern Oesterreich und Bourbon recht eigentlich repräsentirte. Auf eine neue Abmahnung Thuguts gab Franz I. demselben den Befehl, die Präliminarien, über die seine Gesandten in Leoben mit dem Feinde bereits übereingekommen waren, zu unterzeichnen [1]).

Thugut war überhaupt gegen diese Abkunft und hat sie immer als die unglücklichste bezeichnet [2]), umsomehr, da sich nach der Hand herausgestellt habe, daß Bonaparte nicht mehr als 40,000 Mann um sich hatte; er war aber auch gegen die übereilte Fassung der Artikel, welche zugleich die italienischen und die deutschen Angelegenheiten berührten. Der vornehmste Gesichtspunkt blieb immer der alt=österreichische: für den Verlust Belgiens die venetianischen Provinzen zu fordern. In Italien wurde noch Alles durch die Verwandlung der aristokratischen Republik Vene=

1) Schreiben des Kaisers an Thugut: Wien, 23. April 1797 in Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts II. S. 34.

2) Schreiben Thuguts an Colloredo vom 29. Mai 1797 bei Vivenot a. a. O. S. 38. Ce qui fait pleurer de rage en pensant à l'humiliation, à laquelle nous avons été réduits par l'exagération de la peur et par la terreur panique de nos faiseurs. Il se passera bien des années avant que nous puissions faire oublier l'Europe cette ignominieuse et lamentable histoire.

dig in eine demokratische unter dem Einfluß der Franzosen in eine Agitation gebracht, die keine zuverlässige Bestimmung darüber gestattete. In Bezug auf Deutschland setzte man zwar nochmals fest: die Integrität des Reiches solle gewahrt bleiben; aber die Abtretung, zu der man sich verstand, ließ das doch kaum möglich erscheinen. Man giebt die Provinzen nicht namentlich an; man bestimmt nur, daß die Grenzen die von der französischen Republik dekretirten sein sollen, so daß Oesterreich, in seinem Herzen bedroht, die Dekrete wirklich acceptirt hat, welche am 9. Vendemiaire in dem Convente durchgegangen waren. Man kannte sie nicht genau. Bonaparte selbst hatte, wie er später geäußert hat, keinen deutlichen Begriff davon. Aber schon die Ausdehnung der französischen Ansprüche auf Luxemburg beweist, daß dabei die Integrität des Reiches nicht wohl bestehen konnte. Und noch ein anderer Artikel kommt dabei in Betracht. Kraft einer vorläufigen Stipulation sollte der Herzog Ferdinand von Modena, einer der jüngeren Söhne Franz I. und Maria Theresias, der dies Gebiet durch Vermählung erworben hatte, und es jetzt an Frankreich verlor, bei dem allgemeinen Frieden und dem Frieden des Reiches mit einer Entschädigung in Deutschland bedacht werden. Welche aber konnte die sein, wenn das Reich in seiner inneren Verfassung blieb? Nur durch Säkularisationen, welches Wort jedoch nicht verlautete, konnte es geschehen. Es war die Hauspolitik von Oesterreich, welche diese Idee gleichsam im Voraus postulirte.

Doch war noch Alles im Weiten: der französische General hatte selbst nicht genügende Vollmachten besessen. Die Feststellung der nur im Allgemeinen angedeuteten Verhältnisse hing von dem ferneren Gang der Ereignisse und der Verhandlungen ab.

Man kann die Präliminarien von Leoben (18. April 1797) doch nur als einen Waffenstillstand betrachten, zu welchem jeder Theil durch seine eigenthümliche Lage gedrängt wurde. Aus ihrem Inhalt selbst gingen die schwersten Differenzen hervor.

Bei den nächsten Verhandlungen, die zur Hebung der Schwierigkeiten in Montebello statthatten, wichen die öster=

reichischen Bevollmächtigten bereits zurück: aber die Nachgiebigkeiten, zu denen sie sich verstanden, sind niemals ratifizirt worden.

Wir können darüber hinweggehen. Dagegen fordern die Verhandlungen zu Campo Formio unsere ganze Aufmerksamkeit. Denn wiewohl sie die allgemeinen, vornehmlich die italienischen Verhältnisse betreffen, so haben sie doch auch für Deutschland und für Preußen eine unmittelbare Beziehung. Der Moment trat ein, den man in Berlin immer gefürchtet hatte: zwischen den beiden kriegführenden Mächten, von denen jede furchtbar und feindselig erschien, sollte eine Vereinbarung getroffen werden, welche den ganzen Zustand umfaßte, in dem man sich befand, sodaß Preußen direkt oder indirekt davon berührt werden mußte.

Die Unterhandlungen wurden österreichischerseits von Ludwig Cobenzl gepflogen. Wir kennen diesen Diplomaten als den vornehmsten Urheber der Allianz Oesterreichs mit Rußland. Die oben erwähnten Pläne zur Verstärkung Oesterreichs als eines mitteleuropäischen Reiches, die doch auch auf den Nachtheil von Preußen zielten, waren zwischen ihm und Thugut verabredet worden. Cobenzl empfand die ganze Schwierigkeit der nunmehr eingetretenen Situation; aber er meinte: man sei doch wohl im Stande, die europäische Machtstellung von Oesterreich aufrecht zu erhalten, und wenn ja Belgien nicht behauptet und noch weitere Zugeständnisse gemacht werden sollten, Oesterreich durch Erwerbungen in Italien nicht allein zu entschädigen, sondern zu verstärken. Cobenzl sprach die Forderung aus: das venetianische Gebiet bis an die Etsch und zugleich die von dem Papst bereits abgetretenen Legationen für Oesterreich zu erwerben. Dafür ließ er die Möglichkeit durchblicken, Concessionen am Rheine zu machen, auch in Bezug auf Mainz, und sogar den Wunsch, eine Verbindung mit Frankreich zu schließen[1]). Die Abtretung der linksrheinischen Lande wollte er nicht bewilligen; jedoch aus welchem Grunde? vornehmlich

1) Bonaparte au ministre des relations extérieures, Passariano 28. Septembre 1797, Correspondance de Napoléon, III, 346 (Nr. 2263).

deshalb, weil dieselbe für Preußen einen Anspruch begründen würde, sich auszubreiten. Napoleon Bonaparte betonte die Versuche, welche Preußen mache, in das engste Verhältniß zu Frankreich zu treten; versicherte aber, den Franzosen würde eine intime Verbindung mit Oesterreich lieber sein[1]. „Würden Sie sich", sagte hierauf Cobenzl, „durch einen geheimen Artikel verpflichten, Preußen keine neuen Erwerbungen machen zu lassen?" Bonaparte sah darin keine Schwierigkeit. „Wir würden", sagt er, „dem König von Preußen seine linksrheinischen Besitzungen zurückgeben; ist er damit nicht zufrieden, so erklären wir ihm mit Ihnen gemeinschaftlich den Krieg"[2]. Große Widerrede erweckte der Anspruch der Franzosen auf den Besitz von Mainz, von welchem Bonaparte durch keine Vorstellungen zurückzubringen war. Er redete von dem Anrecht Frankreichs auf die Rheingrenze als von einer Sache, die sich von selbst verstehe. Oesterreich solle seine Truppen nur zurückziehen. Auf einem Congreß, der zu Rastadt zusammentreten sollte, würde er das Reich dahin bringen, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Dem nun setzte Cobenzl den Instruktionen zu Folge, die er mitgebracht hatte, die Forderung des venetianischen Gebietes bis zur Adda und der Legationen entgegen.

Bonaparte war so weit entfernt, dies nachzugeben, daß darüber keine Verständigung möglich schien: die Verhandlungen wurden so gut wie abgebrochen. Cobenzl und die anderen ihm beigegebenen österreichischen Gesandten bemerken: die Absicht der in Frankreich herrschenden Partei sei offenbar die, den Krieg wieder zu beginnen; Oesterreich müsse sich dagegen in Verfassung setzen; schon würden in Italien Vorbereitungen gemacht, um die Autorität des Wiener Hofes von diesem Lande auszuschließen. Da hat es nun Cobenzl über sich gewonnen, neue Vorschläge zu machen, nach denen Oesterreich sich mit einer bei weitem geringern Ausstattung, als die geforderte in

1) Bericht Cobenzls vom 30. September 1797 bei Hüffer, Oesterreich und Preußen, gegenüber der französischen Revolution, S. 394. Schreiben Thuguts an Dietrichstein vom 4. Oktober. Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 43, S. 152.

2) Bericht Cobenzls vom 30. September 1797 bei Hüffer. S. 396.

Italien begnügte, wogegen es in Deutschland durch Salzburg und ein Stück von Baiern entschädigt werden sollte. Und was die Integrität des Reiches anbelangt, so wurde dem Reich überlassen, diese gegen Bonaparte selbst zu vertheidigen. Oesterreich würde, wenn es hierüber zum Kriege käme, nicht mehr als sein Reichscontingent stellen. Auf diese Vorschläge ging Bonaparte ein, insofern sie Deutschland betrafen. In Bezug auf das abzutretende venetianische Gebiet brachte er einen anderen Plan zum Vorschein, nach welchem Venedig selbst mit dem Dogado und einer sehr annehmbaren Grenze bis an die Etsch an Oesterreich überlassen werden sollte.

Aufs Genaueste hängen die Bestimmungen über die italienischen und die deutschen Grenzen zusammen. Bonaparte wiederholte die Lehre von den natürlichen Grenzen Galliens, d. h. Frankreichs. Für die Republik forderte er immer weiter gehende Zugeständnisse, bei denen dies Ziel nahezu erreicht worden wäre, ohne jedoch die rheinischen Kurfürstenthümer geradezu zu vernichten. Seinerseits faßte Cobenzl die Vortheile ins Auge, welche der Besitz der beiden Küsten des adriatischen Meeres für Oesterreich darbiete; und erklärte nach Wien, es nicht weiter bringen zu können, als bis zur Etschgrenze; man müsse dieselbe annehmen oder sich auf den Krieg gefaßt machen; entweder die Etsch, sagte er, oder Krieg[1]).

In diesem Augenblick waren die wiederaufgenommenen Unterhandlungen zwischen England und Frankreich abgebrochen worden, und Oesterreich würde wohl auf die Erneuerung der Bundesgenossenschaft mit England haben zählen können. Aber die Ueberlegenheit der Franzosen am Rhein sowohl wie in Italien zeigte sich zu stark, als daß Oesterreich, auch von England unterstützt, einen neuen Waffengang hätte wagen mögen. „Welch ein Unglück", ruft Thugut aus, „daß wir weder eine Armee haben, noch Generale, um unsere gerechte Entrüstung an den Tag zu legen[2])."

1) Bericht Cobenzls vom 7. October bei Hüffer, Oesterreich und Preußen, S. 425.

2) Quel malheur que n'ayánt ni armée ni généraux nous soyons

Indessen drang Bonaparte auf ungesäumte Annahme und Unterzeichnung der vorgeschlagenen Bedingungen, um, wie Cobenzl vermuthete, dem Wiener Hofe keine Zeit zu lassen, mit den Engländern wieder anzuknüpfen[1]). Auch seiner Regierung gegenüber hatte Bonaparte Ursache, den unverzüglichen Abschluß zu wünschen. Cobenzl ließ sich durch das stürmische Andrängen des Generals nicht aus der Fassung bringen; er erklärte sich zur Unterzeichnung bereit, doch unter der weitaussehenden Bedingung, daß die neuen Artikel mit den Präliminarien in eine solche Uebereinstimmung gebracht würden, daß er sie unterzeichnen könne.

In einer folgenden Conferenz (9. Oktober) schlug nun Bonaparte, der durch seine Regierung zum unverzüglichen Abschluß oder zur Wiedereröffnung des Krieges durch neue Couriere angewiesen zu sein behauptete, sodaß er nicht weichen könne, vor, ein Protokoll aufzusetzen und vorläufig zu unterzeichnen, das er selbst nach Paris bringen werde.

Den größten Eindruck mußte es auf Cobenzl machen, daß Bonaparte versicherte, von einem Moment zum andern könne sich das Direktorium mit Preußen über dessen Entschädigung verständigen, was dagegen nicht stattfinden werde, wenn es sich mit Oesterreich vorher vereinige[2]). Cobenzl fühlte sich wirklich bewogen, ein Protokoll, d. h. einen Friedensschluß in dieser Form niederzuschreiben. Auch Bonaparte faßte ein solches ab und legt es in einer neuen Conferenz, die bei Cobenzl gehalten wurde, vor (10. Oktober). Es enthielt Bestimmungen, von denen bisher nichts verlautet hatte, die dann auf der andern Seite Erstaunen und Mißbilligung weckten. Bei dem Artikel über Deutschland kam es zu einer heftigen Scene. Bonaparte forderte die ausdrückliche Bestätigung

obligés de nous laisser avilir à ce point sans manifester notre juste ressentiment. Schreiben Thuguts an Colloredo vom 18. Oktober 1797 in Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts, II, 63.

1) Bericht Cobenzls vom 9. Oktober bei Hüffer S. 430.

2) Bericht Cobenzls vom 10. Oktober bei Hüffer S. 434.

und Anerkennung der von ihm angegebenen Grenzen [1]). Cobenzl erwiderte: der Kaiser thue schon zu viel, wenn er verspreche, seine Truppen zurückzuziehen, und eine Anerkennung, wie die geforderte, laufe seiner Pflicht und Ehre geradezu entgegen. Bonaparte gerieth in eine leidenschaftliche Aufwallung; er setzte seinen Hut noch in dem Salon auf und verließ denselben unter drohenden Geberden und Worten [2]). Cobenzl fühlte sich hiedurch persönlich beleidigt und war entschlossen, keine Conferenz mit dem General weiter anzunehmen. Auch dieser scheint empfunden zu haben, daß er zu weit gegangen war. Unter der Dazwischenkunft des neapolitanischen Gesandten Gallo wurde nun doch der Entwurf Cobenzls zu Grunde gelegt, der dem des Generals nahe kam, aber nur das Wesentlichste der früheren Festsetzungen wiederholte. Statt der förmlichen Anerkennung ist von einem Zugestehen des Kaisers die Rede. Indem man noch unterhandelte, traf ein Courier von Wien ein mit einem kaiserlichen und ministeriellen Schreiben, in welchen die Bedingungen angenommen wurden.

Der Friede wurde am 17. Oktober unterzeichnet. Er enthält vor allen Dingen eine Auseinandersetzung in Italien: die Errichtung der cisalpinischen Republik auf der einen und die Abtretung eines großen Theiles der venetianischen Gebiete auf der andern Seite. Oesterreich leistete auf seine niederländischen Pro=

1) Dem Berichte Cobenzls vom 14. Oktober (Hüffer S. 453) zufolge forderte Bonaparte eine förmliche Anerkennung aller neuen Erwerbungen, die Frankreich im Reiche machen will, vom Kaiser selbst in dem öffentlichen Vertrage ausgesprochen.

2) Noch immer wird, zum Beispiel in den eben erschienenen Memoiren von Segur (Histoire et mémoires I, 375), die Erzählung wiederholt, daß Bonaparte ein Porzellangefäß Cobenzls ergriffen und auf den Boden geschleudert habe mit den Worten: „So werde ich in Kurzem die österreichische Monarchie zerschmettern.“ Der ausführliche Bericht Cobenzls, welcher andere Ausbrüche der Trunkenheit und Rohheit Bonapartes meldet, schweigt hievon vollständig. Das Wahrscheinlichste möchte sein, was eine rheinische Zeitung meldet, daß der General, indem er plötzlich seinen Hut aufsetzte, mit dem Federbusch desselben ein Porzellangefäß von Werth heruntergeworfen habe. Höchst sonderbar freilich, wenn die Fassung, die sich sofort allgemein verbreitete, von Bonaparte selbst wiederholt worden ist.

vinzen Verzicht. Ob es bei jener Theilung in Oberitalien sein Verbleiben haben würde, war wohl von Anfang an zweifelhaft. Cobenzl hat behauptet, daß ihm sehr bestimmte Versprechungen in Bezug auf die Legationen gemacht worden seien. Das muß jedoch mündlich geschehen sein; in dem Protokoll ist davon nichts zu lesen: dagegen enthalten die geheimen Artikel, die man demselben beigefügt hat, die wichtigsten Bestimmungen über die Zukunft von Deutschland. Der Kaiser genehmigt die Abtretung des größten Theiles der Rheinlande und verspricht dazu mitzuwirken, daß das Reich sie bewillige; die Linie wird genau angegeben, zu keinem andern Zweck, als um die preußischen Gebiete davon auszuschließen. Ausdrücklich wird bestimmt: daß Preußen diese behalten solle, wohlverstanden unter der von Oesterreich und Frankreich garantirten Bedingung, daß es keine neuen Acquisitionen machen dürfe[1]), wodurch die Bestimmung des Baseler Friedens, kraft deren es bei der Abtretung des linken Rheinufers anderweit entschädigt werden sollte, geradezu zurückgenommen wurde. Man wird zugeben müssen, daß Oesterreich darauf denken konnte, seine Machtstellung zu behaupten; jener geheime Vertrag zwischen Frankreich und Preußen vom 5. August hatte denselben Zweck für Preußen. Aber dabei bleibt es doch, daß Oesterreich in die Annahme der Rheingrenze willigte, welche Preußen fortdauernd nur als eventuell betrachtete. Unleugbar ist, daß Oesterreich ohne die Erwerbung des venetianischen Gebietes überhaupt auf keinen Frieden eingegangen sein würde. Es liegt etwas Wahres darin, wenn man gesagt hat, daß es Mainz aufgegeben habe, um Venedig zu gewinnen. Dabei hielt es an der Absicht fest, trotz der Abtretung der Rheingrenze doch den Umsturz der deutschen Verfassung, welche ihm große Rechte gab, zu verhüten. Es ging auf die Säkulari=

1) Artikel 9: La République française n'a point de difficultés à restituer au Roi de Prusse ses possessions sur la rive gauche du Rhin: en conséquence, il ne sera question d'aucune acquisition nouvelle pour le Roi de Prusse, ce que les deux puissances contractantes se garantissent mutuellement.

sationen ein; aber mit dem Vorbehalt, daß Preußen an denselben keinen Antheil nehme und die geistlichen Kurfürstenthümer selbst erhalten bleiben müßten. Der Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich war ein inneres Moment der Festsetzungen von Campo Formio: Preußen wurde von allen Entschädigungen ausgeschlossen, von österreichischen dagegen war viel die Rede. Wenn Oesterreich in dem Hauptvertrag sich bereit erklärte, den Herzog von Modena durch den Breisgau zu entschädigen; so setzte der geheime Vertrag fest, daß für diese und einige andere Abtretungen Oesterreich durch das Erzbisthum Salzburg und einen Theil des bairischen Kreises bis an den Inn, eingeschlossen Wasserburg, schadlos gehalten werden sollte. Noch war über die im Reiche vorzunehmenden Säkularisationen nichts ausgesprochen: in dem geheimen Vertrag zwischen Preußen und Frankreich war davon die Rede gewesen, jedoch nur sehr eventuell; hier aber ward eine solche Bestimmung in einem definitiven Vertrage unumwunden ausgesprochen.

Gewiß sollten nun diese Säkularisationen keine allgemeinen sein; es ward ausdrücklich vereinbart, daß die drei geistlichen Kurfürsten, die von den Abtretungen der Rheinlande betroffen wurden, so gut wie die weltlichen Fürsten entschädigt werden müßten, wodurch dann der Bestand der hierarchischen Verfassung in dem Reiche, auf die sich Oesterreichs Autorität größtentheils begründete, gerettet worden wäre. Wie das geschehen könnte; wie überhaupt sich das Reich zu den getroffenen Bestimmungen verhalten sollte, darüber zu befinden, wenn wir uns dieses bureaukratischen Ausdrucks bedienen dürfen, blieb einem Congreß der Reichsstände, der sich zu Rastadt versammeln sollte, vorbehalten. Aber ohne dessen Beschlüsse zu erwarten, sollten die österreichischen Truppen die Rheingebiete, namentlich auch Mainz räumen, sowie die Franzosen die italienischen Landschaften, die sie noch inne hatten.

So ist es nun doch geschehen, daß der Anspruch der Franzosen auf die natürlichen Grenzen zugestanden wurde, gegen andere Concessionen in Italien, die aber noch

weit davon entfernt waren, Oesterreich zu befriedigen, Thugut drückte sich über die Stipulationen mit schmerzlicher Erregung aus; zugleich aber war er davon durchdrungen, daß man sie geheim halten müsse: das bloße Gerücht davon würde im Reiche Aufregung hervorrufen und Preußen gewonnenes Spiel geben [1]).

Der Friede von Campo Formio ist nur eine Fortsetzung des Waffenstillstandes, der in den Präliminarien von Leoben liegt: eine definitive Abkunft, bei der sich hätte verharren lassen, enthält er nicht. Aber dabei ist er doch von einer nicht hoch genug anzuschlagenden Wichtigkeit. Auf der einen Seite ist er das Werk des nach politischer Selbständigkeit emporstrebenden französischen Generals; sein Zug in die Alpen, die Verfügung über Italien, der endliche Abschluß selbst gehören ihm bereits persönlich an; das Direktorium hatte darauf geringen Einfluß.

Und eben da setzte die beginnende Macht des Generals ein, wo die verschiedenartigen Interessen von Oesterreich zusammenwirkten, oder vielleicht einander abstießen. Es war nicht das alte Oesterreich, wie es einst von den Bourbonen bekämpft war: gerade in seiner Verbindung mit den Bourbonen bestand jetzt die Summe seiner Politik. Zugleich traten nunmehr die alten josephinischen Entwürfe zu einer mitteleuropäischen Stellung Oesterreichs als Staat maßgebend hervor; der französische General, der den Oesterreichern Mailand entriß, überließ ihnen einen großen Theil der venetianischen Gebiete, die für den österreichischen Gesammtstaat geographisch von noch größerem Werthe waren. Oester-

1) Il me revient surtout qu'il s'est répandu que nous aurions peu de chose en Italie, mais que nous serions dédommagés dans l'Empire. Je supplie V. E. de considérer quel sera l'effet de ces bruits et de la consternation qui se répandront avant le temps dans l'Empire, et qui donneront si beau jeu aux Prussiens. — Le seul motif de consolation qui se présente, c'est qu'il est sûr qu'on a obtenu tout ce qui dans la conjuncture a été humainement possible, car pour le reste vous avez toujours connu ma façon de penser dans laquelle je n'ai pas varié. Mais comment résister aux conseils du destin? Au surplus, je suis atterré de chagrin, et ma santé dépérit. Schreiben Thuguts vom 22. Oktober und 2. November 1797 bei Vivenot. Vertraute Briefe II. S. 65, 66. Vergl. das Schreiben von Cobenzl an Dietrichstein vom 2. November. Archiv für österreich. Geschichte Bd. 43, S. 156.

reich gerieth dadurch in unmittelbaren Contakt mit den revolutionären, übrigens unberechtigten Besitzergreifungen der Franzosen. Aber auch diese erkannten die Ideen an, auf denen der österreichische Staat beruhte. Dagegen trat das alte Verhältniß Oesterreichs zu dem deutschen Reiche, das durch den Revolutionskrieg wieder erneuert worden war, bei weitem in den Hintergrund. Für das deutsche Reich ist niemals eine nachtheiligere Abkunft eingegangen worden, als die in Campo Formio. Der alte burgundische Kreis, der die belgischen Provinzen begriff, ging an Frankreich über; das Reich verzichtete zugleich auf seine oberherrlichen Rechte in Italien.

Dabei waren aber alle Bestimmungen darauf berechnet, daß doch die alte reichsoberhauptliche Autorität in dem übrigen Reichsgebiet behauptet werden könne. Durch die Abtretung des linken Rheinufers wurde der innere Bestand des deutschen Reiches in Frage gestellt: aber die Abänderungen sollten auf eine solche Weise getroffen werden, daß die kaiserliche Macht dabei unversehrt erhalten würde. Alles betrachtet, lag in dem Frieden eher eine Befestigung als ein Nachtheil für Oesterreich. In Italien gelangte es in den Besitz einer den Franzosen ebenbürtigen Macht. In Deutschland hießen Diese Bestimmungen gut, welche, während alles Andere zweifelhaft wurde, doch die kaiserliche Macht aufrecht hielten und den territorialen Besitzstand von Oesterreich durch ansehnliche Erwerbungen verstärkten. Es kam nur noch darauf an, diese Bestimmungen auf dem Congreß von Rastadt zu sanktioniren. Aber von vornherein darf man fragen, ob sich eine Durchführung dieser Ideen jemals erwarten ließ. Ein innerer Widerspruch ist es, daß man auf der einen Seite mit den revolutionären Mächten in Verbindung tritt, und auf der anderen die hierarchisch-politische Verfassung des deutschen Reiches aufrecht zu erhalten denkt. Wie sollte die französische Republik, die in sich selbst auf einer Vernichtung der hierarchischen Elemente beruhte, diese doch wieder in Deutschland in Schutz nehmen? Welches Beispiel gab es, daß durch eine Niederlage eine große politische Existenz begründet

worden wäre? Ueberdies aber: wie sollte sich Preußen dazu verhalten? Eben für einen Fall dieser Art war jene Abkunft vom 5. August geschlossen worden. Die historische Thatsache war, und darin hauptsächlich lag die Ueberlegenheit von Frankreich, daß es durch zwei geheime Verträge die beiden großen deutschen Mächte fesselte, und zugleich in Widerspruch mit einander brachte. Diese Lage hauptsächlich trat bei dem Congreß in Rastadt ans Licht.

Die Reichsdeputation war im Sinne von Oesterreich zusammengesetzt worden. Brandenburg-Preußen gehörte nicht zu der Deputation, aber es konnte von dem Congreß nicht ausgeschlossen werden, wie denn auch Schweden als Garant des Westfälischen Friedens, Dänemark wegen seiner Reichslande Zutritt erlangte und Oesterreich durch besondere Bevollmächtigte für Böhmen vertreten war. Der Congreß wurde eröffnet am 9. December 1797. Den Berathungen stellte sich von vornherein eine eigenthümliche Schwierigkeit entgegen. Die Vollmachten der Deputation waren auf die Erhaltung der Integrität des Reiches gerichtet; unter dieser Bedingung verweigerten die Franzosen die Unterhandlung unbedingt. Bei dem Druck der Umstände wurde der Beschluß gefaßt, die Deputation mit unumschränkter Vollmacht zu versehen, was dann von dem Kaiser ohne Rücksicht darauf, daß sein eigenes Ausschreiben die Integrität des Reiches festhielt, am 15. Januar 1798 ratificirt wurde.

Schon zogen sich den Verabredungen von Campo Formio zufolge die österreichischen Truppen an allen Punkten zurück. Die vornehmste Festung des Reiches, Mainz, war den Franzosen vor dem Ende des Jahres 1797 überliefert worden. Alles schien in dem Sinne des Friedens von Campo Formio abgemacht werden zu sollen. Die ersten, die davon abwichen, waren die Franzosen selbst. Ihres Uebergewichtes sicher gingen sie noch einen Schritt weiter, als das Interesse Oesterreichs es forderte und der Friede bestimmte. Sie banden sich nicht mehr an die Beschränkungen, welche zwischen Bonaparte und Oesterreich vereinbart waren und durch welche Preußen von der Entschädigung ausgeschlossen wor-

den wäre; sie forderten die Cession des linken Rheinufers überhaupt. Oesterreich und dessen Anhänger sträubten sich dagegen. Aber so mächtig waren sie bereits nicht, um ihre Gegner zu erdrücken. Die Cession wurde am 11. März 1798 von der Deputation definitiv bewilligt, womit denn sofort die Ausschließung Preußens von der Enschädigung zu Boden fiel und die Bestimmungen des 5. August in Kraft traten. Die Voraussetzung, auf welche diese sich gründeten, daß nämlich Oesterreich zu einem für das Reich nachtheiligen, einseitigen Frieden genöthigt werden könne, gegen dessen Bestimmungen man sich schon vorher sichern müsse, war nun eine Wahrheit geworden.

Von doppelter Wichtigkeit wurde die zweite Frage, die Bestimmung der Entschädigungen und die Art und Weise, dieselben zu ermitteln. Oesterreich, welches die alte hierarchische Verfassung des Reiches aufrecht zu erhalten gedachte, hütete sich, das Wort Säkularisation auszusprechen: auch Preußen wollte das nicht zuerst sagen. Aber mit voller Entschiedenheit konnte doch Oesterreich nicht dawider sein, da in dem Frieden von Campo Formio die Einziehung von Salzburg vorbehalten war; bei dem Vertrag zwischen Frankreich und Preußen war die Säkularisation eventuell die Voraussetzung gewesen; Preußen hatte Bamberg und Würzburg in Anspruch genommen. Bereits am 4. April wurde von der Reichsdeputation auch diese Grundlage angenommen, jedoch mit der Bedingung, daß dabei die Verfassung des Reiches erhalten werde. Die Franzosen nahmen die Concession, auf die sie gedrungen hatten, an, ohne sich an die Bedingung binden zu wollen, die mehr dem österreichischen Interesse entsprach.

Von den beiden Beschlüssen leuchtet ein, daß sie doch den Erwartungen nicht entsprachen, die man in Campo Formio festgehalten hatte. Bei der Energie des einen und der Feinheit des andern der österreichischen Minister läßt es sich schwer verstehen, daß sie sich auf die Zusagen verließen, die ihnen Bonaparte gemacht hatte. Wie Prinz Heinrich einmal sagt, Bonaparte zeigte sich österreichisch; aber das Direktorium war mehr auf

preußischer Seite, und Bonaparte war ja nicht die Regierung. Das Direktorium vermied ihn zu verletzen, aber an den Clauseln der geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio, auf welche die Oesterreicher alle ihre Hoffnung gesetzt hatten, war dem Direktorium nichts gelegen.

Indem es nicht auf denselben bestand, unterstützte es die antiösterreichischen, namentlich die preußischen Interessen. Den preußischen Gesandten war selbst auffallend, daß sie mit ihren Remonstrationen gegen eine Theilung von Baiern, von der sie mit Grund annahmen, daß sie in Campo Formio stipulirt sei, leichten Eingang fanden. Bacher, der sich in dieser Zeit nach Regensburg begab, ließ von dort Eröffnungen an Hardenberg nach Ansbach gelangen, aus denen sich ergab, daß man in Frankreich an den Friedensbedingungen eben nicht ängstlich festhielt. In dem Direktorium war man nur darüber entschieden, daß Frankreich das linke Rheinufer haben und die weltlichen Fürsten, die dabei in Verlust geriethen, durch Säkularisationen entschädigen wollte: Bonaparte halte zwar über seinen Frieden und sei für Oesterreich; aber er erkenne doch an, daß es ein mächtiges Preußen geben müsse, um ein Gegengewicht gegen Oesterreich und Rußland zu halten.

Noch hätte es in der Macht Oesterreichs und Preußens gestanden, den Einfluß der Franzosen auf die innere Gestaltung von Deutschland zu verhindern, hätten sie sich nur selbst über eine solche verständigt.

Während man sich in Rastadt nach Festsetzung der beiden Hauptpunkte mit untergeordneten Gegenständen beschäftigte, wurden in Berlin Conferenzen gehalten, welche eben die wichtigsten betrafen, die man durch Uebereinstimmung der beiden Staaten zu erledigen dachte. Der unerwartete Gedanke brach sich Bahn, daß der Kaiser und der König auf alle Entschädigungen, zu denen sie ihre Verluste berechtigen würden, Verzicht leisten sollten, — wie für sich selbst, so auch für ihre zunächst betheiligten Verwandten, den Prinzen von Oranien und den Herzog von Modena, die auf Schad-

loshaltung in Deutschland angewiesen waren. Der österreichische Gesandte, Fürst Reuß, trug vor: der Kaiser sei dazu bereit, inwiefern der König von Preußen ebenfalls einwillige.

Am 23. Mai erklärten die preußischen Minister, daß der König, — es war bereits Friedrich Wilhelm III., — diese Proposition annehme; er leiste Verzicht auf jede Indemnität und Vergrößerung: eine Erklärung, welche der österreichische Gesandte, wie er sagt, mit Bewunderung aufnahm. Gleich hiebei kamen dann aber auch von beiden Seiten Prätensionen zum Vorschein, die der andere Theil nicht bewilligte. Der König wünschte in seinen fränkischen Besitzthümern der landesherrlichen Befugnisse noch mehr als bisher sicher zu werden; er verlangte das Privilegium de Non-Appellando und die Niederschlagung der wegen der erwähnten Revendikationen in Franken entstandenen Reichsprocesse. Das Haus Oranien leiste auf die Entschädigungen, auf die es doch ein Recht habe, Verzicht, weil dadurch Verwirrungen im Reiche veranlaßt werden könnten; aber es habe alte, legitime Ansprüche auf einige triersche Aemter auf der rechten Rheinseite: dieser Reklamationen nahm sich der König an: ihre Erledigung sollte den Gegenstand einer zwischen Oesterreich und Preußen zu treffenden Uebereinkunft bilden. Prinz Reuß erhob keine Einwendungen gegen das Privilegium de Non-Appellando: aber lebhaft verwarf er die Niederschlagung der Processe und die Herausgabe der trierschen Aemter. Zugleich brachte er seinerseits die für Lieferungen an die Armee ausgegebenen Bons, deren Einlösung jetzt auf die geistlichen Güter übertragen werden sollte, in Anregung. Ich weiß nicht, ob diese Bedingungen von der Bedeutung waren, daß sie von der einen Seite gemacht und von der andern zurückgewiesen werden mußten.

Allein der Streit hierüber war nur das Vorspiel der wesentlichsten Differenzen. Fürst Reuß legte einen Entwurf für die Entschädigung der drei geistlichen Kurfürsten, welche bestehen bleiben sollten, vor. Die Existenz derselben sollte dadurch gerettet werden, daß man ihnen große Bisthümer und Abteien, die in ihren Diöcesen lagen, wenn solche erledigt würden, überlasse. Das Kur-

fürstenthum Mainz, das auf dem linken Rheinufer wenig verliere, würde durch das Wormsische hinreichend entschädigt sein. Mit den noch übrigbleibenden trierschen Landen soll Würzburg und Bamberg vereinigt werden. Für Cöln wird Münster bestimmt, das dann ein hoch- und deutschmeisterisches Kurland ausmachen wird [1]).

Ein Entwurf, der nicht verfehlen konnte, die Antipathie der preußischen Regierung zu erwecken: denn er lief den preußischen Ansichten und Absichten geradezu entgegen. Und dann kam noch ein anderer Punkt von größtem Belang zur Sprache.

Den preußischen Ministern fiel es auf, daß die Oesterreicher bei ihrer Verzichtleistung auf Vergrößerung immer sehr deutlich sagten, eine solche solle nicht auf Kosten des Reiches geschehen, wobei die Möglichkeit eines freiwilligen Austausches vorbehalten zu werden schien. Sie fragten den Fürsten Reuß, ob Oesterreich mit der ihm in Campo Formio zugetheilten Entschädigung, sowie es sie damals besaß, sich begnügen wolle. Die russischen Minister, die der Vermittlung halber an den Sitzungen Theil nahmen, fielen ein, daß man hier von Deutschland handle, nicht von Italien; und daß es dem Kaiser unbenommen bleibe, anderweite Entschädigungen zu suchen, die er entweder durch Krieg oder durch freiwilligen Austausch erlangen könne; Fürst Reuß sagte: man dürfe den Frieden von Campo Formio nicht mit dem Reichsfrieden confundiren.

Wenn es hierüber noch nicht zu einem förmlichen Bruch kam, so leuchtet doch ein, daß die beiden deutschen Mächte ganz entgegengesetzte Interessen vertraten. Oesterreich würde durch seine italienischen Erwerbungen und die Ausdehnung seiner Grenzen über baierische Gebiete eine Macht begründet haben, welche auf Deutschland unwiderstehlich eingewirkt hätte. Die alten Entwürfe Josephs II. wären nahezu ausgeführt worden. Ueberdies

1) Thugut an Reuß: Wien, den 24. April 1798 bei Vivenot Zur Geschichte des Rastadter Congresses S. 38.

aber hätte es durch eine neue Begründung der geistlichen Kurfürstenthümer die Mittel behalten, das deutsche Reich zu beherrschen. Preußen dagegen wäre, da es auf alle Entschädigung Verzicht geleistet hätte, auf die Verstärkung der fürstlichen Autorität in den fränkischen Markgrafenthümern beschränkt geblieben. Es hätte die Wiederbelebung des österreichischen Einflusses in allen Reichsgebieten erwarten müssen: unmöglich konnte Preußen darauf eingehen. Alles zusammengenommen stellt sich heraus, daß keine Verständigung zu erzielen war. Die Resultate der Berliner Conferenzen waren null und nichtig. Die Zukunft von Deutschland hing nochmals von der Entscheidung der europäischen Angelegenheiten durch die Waffen ab.

Viertes Capitel.

Anfänge der zweiten Coalition.

Der Verfasser fühlt an dieser Stelle nochmals die Verlegenheit, welche aus der Combination der allgemeinen Begebenheiten und der partikularen Ereignisse und Entschlüsse für die Darstellung entspringt. Die Begebenheiten, welche die Welt erschüttern, darf er nur in Erinnerung bringen, um bei den Einwirkungen stehen zu bleiben, die sie auf Preußen gehabt haben.

In dem Sommer des Jahres 1797 hing die Entscheidung über die europäischen Angelegenheiten, wie einst im Oktober 1795, von dem Gegensatz ab, der sich in Frankreich zwischen den Gemäßigten, welche eine Pacifikation wollten; und den Jakobinern, die, mit den Führern der Militärmacht in der Hauptsache einverstanden, die Fortsetzung des Krieges anstrebten, herausstellte. Die ersten hatten unter der neuen Constitution eine sehr bedeutende Stellung gewonnen; sie herrschten eigentlich in beiden Räthen, dem der Alten und dem der Fünfhundert vor und machten dem Direktorium gegenüber die constitutionellen Grundsätze geltend, kraft deren dies selbst von der Mehrheit der Räthe abhängig sei. In dem Direktorium war eine diesem Anspruch zuneigende Minderheit; die Mehrheit, die aus Lareveillere, Barras und Rewbell bestand, hielt an der Autonomie der executiven Gewalt fest; sie stützte sich dabei auf die Jakobiner und das Kriegsheer. In den Armeen ließ man keine Journale mehr zu, da die Tageblätter von Paris fast sämmtlich gegen das Direktorium Partei

ergriffen hatten. So lange nun der Streit unentschieden war, ließ sich wohl auf den Frieden hoffen. Jene Triumvirn meinten beide Friedensschlüsse, den mit Oesterreich sowohl, der noch nicht abgeschlossen war, als den englischen, über den soeben wieder verhandelt wurde, zu Stande bringen zu müssen, um die Armeen zu ihrer Sicherheit im Inneren nach Frankreich zurückziehen zu können. In diesem Falle würde eine Auseinandersetzung mit Oesterreich erfolgt sein, bei der man auf die Fortdauer des Friedens hätte rechnen können. Noch mehr aber hatte die Verhandlung mit England zu bedeuten, deren glücklicher Erfolg den Frieden der Welt wieder überhaupt hergestellt hätte. William Pitt war, wie er sagt, als Mensch und Christ für den Frieden [1]). Lord Malmesbury wurde nach Lille geschickt; und es hatte den Anschein, als ob auch die Franzosen auf eine Abkunft eingehen würden.

In England war man in der That jetzt soweit gekommen, die Reunion der belgischen Provinzen mit Frankreich und die batavische Republik anerkennen zu wollen. Pitt setzte diese Ansicht im Gegensatz mit Grenville durch. Die Unterhandlungen waren ernstlich, und trotz aller Zögerungen nicht ohne Aussicht. Man kam einander in den wichtigsten Fragen über das Cap der guten Hoffnung und Trinidad sehr nahe: England war bereit, das erste unter gewissen Bedingungen den Holländern zu lassen, Frankreich für die Abtretung des zweiten den Madrider Hof zu influenciren; die Franzosen behielten sich nur Rücksprache mit ihren beiden Verbündeten vor. Darin lag noch einmal die Möglichkeit, daß die französische Republik und ihre Eroberungen anerkannt und dennoch das alte Europa erhalten würde. Allein Alles scheiterte durch den Zusammenstoß der beiden mit einander kämpfenden Parteien in Frankreich.

Bonaparte war nicht in Allem und Jedem mit den drei Direktoren einverstanden, aber er theilte ihre Tendenz, den Anforderungen der Conseils, die überdies kein Geld bewilligen wollten,

1) Stanhope Taylor Correspondence of William Pitt, Earl of Chatham III, 58.

zu widerstreben; in der gemäßigten Partei sah er nur die Vorkämpfer des Royalismus. Er schickte den republikanisch eifrigsten seiner Generale, Augereau, um die drei Direktoren zu unterstützen. Die Absicht der Gemäßigten wäre gewesen, die National-Garde wieder zu organisiren; dahin aber ließ es das Direktorium nicht kommen. Eines revolutionären Schlachttages, wie im Oktober 1795, bedurfte es dies Mal nicht; eine Maßregel genügte, die man als einen Staatsstreich bezeichnen kann. Am 18. Fruktidor (4. September 1797) zogen die Truppen in den sogenannten constitutionellen Bezirk ein, der ihnen gesetzlich verschlossen war, solange die legislative Gewalt nicht eingewilligt hatte, — lediglich auf den Befehl des Direktoriums, das durch diesen Schritt sich mit einem Male in den Besitz der vollen Staatsgewalt setzte. Absetzungen und Deportationen kamen hierauf an die Tagesordnung; und im Sinne der neu organisirten Gewalt wurde nun auch über die auswärtigen Verhältnisse entschieden. Man kann den 18. Fruktidor als die Fortsetzung des 13. Vendemiaire betrachten, oder vielmehr als den zweiten Akt in dem damals ergriffenen System der Feindseligkeit gegen Europa. An eine glückliche Vollziehung des Friedensschlusses mit England war nicht mehr zu denken. Die neuen Bevollmächtigten, die nach Lille geschickt wurden, nahmen die Frage nicht da auf, bis wohin sie gelangt war; jenes zweimonatliche Stillschweigen, welches angeblich zur Verständigung mit den Verbündeten hatte dienen sollen, schien die bisherigen Verhandlungen gleichsam in Vergessenheit gebracht zu haben. Der englische Bevollmächtigte erklärte, daß er nach diesen Eröffnungen keine Hoffnung auf die Pacifikation mehr hegen könne; sie seien nur dazu angethan, den entgegengesetzten Eindruck auf ihn zu machen. Der präcise Streitpunkt lag darin, daß die Franzosen anfragten, ob der englische Gesandte Vollmacht habe, auf die Herausgabe aller von England occupirten maritimen Besitzungen Frankreichs und seiner Alliirten einzugehen; wenn er diese Vollmacht nicht habe, sollte ihm angekündigt werden, daß er Frankreich binnen vierundzwanzig

Stunden verlassen müsse. Malmesbury antwortete, er habe nur Vollmacht, auf der Grundlage von Compensationen zu unterhandeln; und verließ Lille unverzüglich (17. September 1797)[1]. Auch am Hofe von St. James urtheilte man, daß nach Allem, was vorgekommen, die Eröffnungen der neuen Bevollmächtigten eine so wenig als möglich friedliche Direktion bei der französischen Regierung voraussetzen ließen; bei der Wiederaufnahme des Krieges, die nun nothwendig sei, werde der König zwar immer die Möglichkeit eines Friedens im Auge haben, aber die Würde seiner Krone und die Interessen seines Volkes mit unerschütterlicher Festigkeit behaupten. Der Bruch mit England wirkte auf den Abschluß des Friedens von Campo Formio zurück, der, wiewohl er keine definitiven haltbaren Bestimmungen enthielt, dennoch dem continentalen Krieg fürs Erste ein Ende machte, so daß die Republik alle Kräfte gegen England anwenden konnte.

Wenn Frankreich in dieser Zeit wieder die Prärogative besaß, wie einst, unter Ludwig XIV, den Impuls zu Allem zu geben, was die Welt beschäftigte, so wurde seine Aktion jetzt durch die Wirkung der demokratischen Ideen, die es vertrat, verdoppelt. In Italien gelangte die revolutionär-demokratische Tendenz, von den Armeen unterstützt und sie unterstützend, in den noch unabhängigen Landschaften, selbst in Rom zur Herrschaft. Auch die neu eingerichtete Republik Holland empfing nun dem demokratischen Princip, das in Frankreich selbst vorherrschte, gemäßere Einrichtungen. Nirgends wirkten Demokratie und Militärgewalt mehr zusammen, als in der Schweiz; das natürliche Bollwerk der Neutralität wurde von Frankreich in Besitz genommen. Eine überwältigende Einwirkung hofften nun auch die Franzosen auf England auszuüben; aber, obgleich die Engländer von dem den Franzosen so gut wie unterworfenen Holland und dem mit denselben verbündeten Spanien keine Hülfeleistung hatten, so war doch ihre maritime Ueberlegenheit zweifellos: den Stier bei den

1) Malmesbury Diaries and correspondence III, 547 f.

Hörnern zu packen, wie einst Choiseul versucht hatte, und zwar mit sehr unzureichenden Kräften, war Bonaparte, dem auch hier die Entscheidung zufiel, nicht gemeint: er wollte, sagte er, das Schicksal der Republik nicht auf diesen Einen Wurf im Würfelspiel des Krieges wagen. Immer erfüllt von Gedanken, welche die Welt umfaßten, hatte er vielmehr einen ganz anderen Plan gefaßt. Ein Korse von Herkunft, der französischen Partei von Hause aus angehörig, in natürlichem Gegensatz mit den Engländern, wünschte er Nichts mehr, als die Franzosen zur Herrschaft über das Mittelmeer zu erheben. Die venetianischen Besitzungen im Oriente sollten ihm den Weg zum Umsturz der Türkei bahnen oder diese Macht doch verhindern, seinen anderweiten Eroberungsabsichten in den Weg zu treten. Er hoffte, wie Malta so auch Aegypten zu erobern und sich durch den Orient den Weg nach Indien zu bahnen, wo einst Dupleix mit den einheimischen Fürsten in Verbindung getreten war. Die von dem Christenthum losgerissene revolutionäre Idee coincidirte hiebei mit der politischen insofern, als sie keine Feindseligkeit gegen den Islam einschloß; vielmehr konnte man durch die Verbindung mit den Mohamedanern ihren Gegensatz gegen die englische Herrschaft gewaltig erneuern. Ideen, die etwas Wildphantastisches haben, aber doch praktisch ausführbar erschienen; sie knüpfen an Alexander den Großen und die älteste Weltgeschichte an, sollten aber zugleich dem Moment dienen: nicht sowohl an eine Eroberung Indiens wurde gedacht, als an einen Umsturz der von den Engländern daselbst aufgerichteten Herrschaft. Es ist ein gigantisches Unternehmen, doch wird es von Berechnung beherrscht. Auf diese Weise meinten die Franzosen den Engländern die beste Stütze ihrer Macht zu entreißen und ihr Uebergewicht auf der gesammten alten Hemisphäre zu begründen.

In dieser Combination, welche Orient und Occident umfaßte, lag nun aber auch die Nothwendigkeit, daß die Weltkräfte, die von diesem Vorhaben berührt wurden, sich mit aller Macht dagegen

setzten. Wir kommen hier auf die Verhältnisse von Deutschland und Italien zurück. Der österreichische Diplomat, der den Frieden von Campo Formio geschlossen hatte, war auch der erste, der die Unhaltbarkeit und unter den veränderten Umständen die Unerträglichkeit desselben erkannte. Ludwig Cobenzl war durch das Verhalten der Franzosen in Rastadt, das mit den bei dem Abschluß des Friedens gemachten Zusagen so ganz in Widerspruch war, tief verletzt. Er wollte endlich wissen, woran er sich halten könne. Man veranstaltete, daß er mit François de Neuchateau, einem der in Folge des 18. Fructidor eingetretenen Direktoren, der aber seitdem nach der constitutionellen Ordnung der Dinge wieder ausgeschieden war, in Seltz zusammen kam (Juni 1798). Den äußeren Anlaß gab ein Insult der Trikolore, der zu Wien an dem Palais des französischen Gesandten, damals Bernadotte, stattgehabt hatte. Bei weitem wichtiger aber waren die Verhandlungen über die politischen Verhältnisse überhaupt. Cobenzl wünschte noch immer Ausschließung Preußens von den Unterhandlungen zu Rastadt. François de Neuchateau erwiderte: daß eine solche nicht stattfinden könne, nachdem das ganze linke Rheinufer abgetreten worden, also auch Preußen gegründete Ansprüche auf Entschädigung erlangt habe. Dies war aber gegen den Wunsch von Oesterreich geschehen; es widersprach den geheimen Artikeln des Vertrags von Campo Formio. Dagegen kam nun Cobenzl auf die Idee, das ganze Gewicht der österreichischen Entschädigungen auf Italien zu wälzen. Er forderte hier eine Erweiterung der österreichischen Grenzen bis an den Oglio und nochmals die Ueberlassung der Legationen: eben die Punkte, die ihm General Bonaparte nicht hatte gewähren wollen. Er brachte alle die Gewaltsamkeiten in Erinnerung, zu denen die Franzosen soeben in Rom und in der Schweiz geschritten waren. Er hatte ganz Recht, wenn er meinte, daß Oesterreich, indem es in Deutschland mit seinen, im letzten Traktat formulirten Ansprüchen durchzudringen keine Hoffnung mehr hatte, durch die Stellung, die Frankreich nahm, auch in Italien in eine unhaltbare Lage versetzt

werde. Aus den Berichten Cobenzls nimmt man ab [1]), daß er Vollmacht hatte, von österreichischer Seite für jene Beleidigung der Nationalfarben Satisfaktion anzubieten. Aber er unterließ das, weil ihm immer das allgemeine Verhältniß im Sinne lag. Er behielt beständig die Idee im Auge, die Territorial-Macht von Oesterreich so zu erweitern, daß die alte Bedeutung der Dynastie in der Welt aufrecht erhalten werden könne. Aus der Unmöglichkeit, die Differenz auszugleichen, entsprang dort in Seltz die Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges. Cobenzl sagte: wenn man Oesterreich das Messer an die Kehle setze, so werde es sich in die Arme von England werfen. François de Neuchateau ließ vernehmen: der Ausbruch eines neuen Krieges, werde den Untergang aller Aristokratien in Europa herbeiführen. So schieden sie von einander. In den Conferenzen, welche die Vollendung des Friedens zum Zweck hatten, durchdrang sich Cobenzl mit der Ueberzeugung, daß die Wiederaufnahme des Krieges für Oesterreich nothwendig sei.

Schon längst war darüber mit Rußland verhandelt worden. Aber das österreichische Ministerium hatte sich immer dilatorisch geäußert; es hatte gemeint: daß man sich erst allseitig vorbereiten müsse, um dann einen entscheidenden Schlag zu führen. Weder mit England noch auch mit Rußland waren bindende Verträge für einen neuen Krieg geschlossen [2]). Cobenzl faßte die Ansicht: daß jeder weitere Verzug verderblich werden könne.

1) J'aurais pu à la vérité, en signant une promesse de rechercher et de punir les coupables de l'événement du 13 avril, empêcher la rupture des négociations. Mais il n'est malheureusement que trop prouvé que je n'aurais rien gagné par là du côté de l'Italie. Une fois en possession de cette déclaration le Plénipotentiaire français n'aurait pas moins continué à renvoyer au congrès de Rastatt tout ce qui concerne nos équivalents, à nous disputer les stipulations les plus claires du traité de Campo Formio et à nous contester tout droit d'opposition à ce que la France a entrepris à Rome et en Suisse. Mendelssohn-Bartholdy in der Abhandlung über die Seltzer Conferenzen, v. Sybels historische Zeitschrift Bd. 23 S. 52.

2) Vergl. die Auszüge aus den Depeschen des russischen Gesandten in Wien

In den Aufzeichnungen Cobenzls, in der Form von Instruktionen, die er für sich selbst schrieb, aber vom Kaiser bestätigen ließ[1]), tritt der Gedanke hervor, daß Oesterreich überhaupt auf keinen dauernden Frieden mit den Franzosen zählen dürfe: denn sobald als Frankreich die Entwürfe, mit denen es umgehe, ausgeführt habe, werde es Oesterreich unfehlbar angreifen[2]). Die alte Frage, welche von diesen Mächten in Italien vorwalten solle, auf die auch Cobenzl den größten Werth legte, wäre dann sofort zu Ungunsten Oesterreichs entschieden worden. Cobenzl's Meinung war, durch Vollziehung der Bündnisse mit Rußland und England dieser Eventualität zuvorzukommen. Zugleich hielt er an dem Gedanken fest, die Ideen, die den letzten Thugut'schen, durch Reuß in Berlin mitgetheilten Entwürfen zu Grunde lagen, zur Ausführung zu bringen, namentlich die möglichste Conservation des hierarchischen Elementes im deutschen Reiche, auf welches sich das Ansehen des Kaiserthums gründete[3]). Darüber, daß Rußland die Verbindung mit Oesterreich festhalten werde, hegte er keinen Zweifel.

Für die damaligen Weltverhältnisse war ein entscheidendes Ereigniß, daß Kaiser Paul I. zu dem Entschluß gelangt war, die Hülfe, die seine Vorgängerin versprochen, er aber verzögert hatte, in der That zu leisten. Kaiser Paul war mit der Absicht auf den Thron gestiegen, nur eben die inneren und äußeren

Rasumowsky bei Martens Recueil des traités et conventions conclus par la Russie. II S. 360 ff.

1) Vom 24. Juli 1798 bei Vivenot. Zur Geschichte des Rastadter Congresses S. 213.

2) il n'est pas douteux que la monarchie autrichienne doit s'attendre à une levée de bouclier bien plus dangereuse pour elle que la guerre qui aurait lieu dans le moment présent.

3) dans le cas où la guerre recommencerait avec l'Autriche seule, ces indemnités seront réglées de la manière la plus défavorable pour les intérêts de S. M., tout ne serait réparti qu'en faveur des protestants et au détriment des princes ecclésiastiques; que par conséquent l'autorité et l'influence du chef de l'Empire deviendraient presque nulles.

Interessen des Reiches zur Richtschnur seines Thuns und Lassens zu nehmen. Zuweilen hielt er dafür, daß dies am besten geschehe, wenn er die großen Kämpfe in Europa ihrem eigenen Gang überlasse. Aber eine Fortentwicklung der Macht, wie Frankreich sie jetzt beabsichtigte, war doch auch für Rußland unerträglich. Aus aufgefangenen Briefen nahm er ab, daß die intimste Verbindung der französischen Regierung mit den Polen bestehe; das Direktorium erkannte die Verdienste derselben um die französische Revolution an; und erinnerte sie, nur sich ruhig zu verhalten, bis die Zeit der Rache gekommen sei[1]. Von der Herstellung des alten Königreichs, wofür man Preußen und Oesterreich zu gewinnen hoffte, ist nochmals die Rede gewesen. Um so nothwendiger war es für den Kaiser, einer Verbindung der beiden Mächte, namentlich Oesterreichs mit Frankreich zuvorzukommen. Ueberdies aber: das Mittelmeer, Aegypten, die Türkei dem Uebergewicht von Frankreich zu überlassen, hätte der Weltstellung von Rußland auf immer Eintrag gethan: Paul konnte das in seiner Eigenschaft als Czar nicht dulden; auch seine persönlichen Sympathien waren dagegen. Er war durch seine Herkunft, seine Erziehung, seine Lektüre in ein inneres Verhältniß zu den Ideen der romanisch-germanischen Welt getreten. In seiner Jugend hatte er Vertot gelesen, und war für die Heldenthaten der Johanniter, die noch ihren alten Sitz in Malta inne hatten, mit Bewunderung erfüllt worden. Daß nun Napoleon Bonaparte bei seiner Fahrt nach Aegypten Malta überraschte und in Besitz nahm (12. Juni 1798), machte auf ihn einen höchst widerwärtigen Eindruck. Die unter seiner Aegide vor kurzem gebildete Abtheilung des Malteser-Ordens fühlte sich veranlaßt und hielt sich für berechtigt, das Großmeisterthum desselben

1) Aus einem Berichte von Panin den $\frac{\text{29. Januar 1798}}{\text{9. Februar 1798}}$ bei Miliutin I, S. 51. In dem Schreiben des Direktoriums heißt es: nous n'oublierons jamais les services que vous avez rendus à notre révolution; suspendez pour quelque temps votre vengeance. Miliutin I, S. 341.

dem Kaiser Paul zu übertragen. Er dachte daran, dem Orden auch eine Abtheilung aus griechisch-gläubigen Mitgliedern hinzuzufügen, und denselben zu einer Institution für die Ausbildung des gesammten europäischen Adels im antirevolutionären Sinne zu gestalten. Und wer wollte leugnen, daß es für ihn auch Reiz hatte, im Mittelmeer die große Position von Malta in Besitz zu nehmen. Gegen die orientalischen Pläne des General Bonaparte ward er selbst durch eine Art von Eifersucht gereizt: den Einfluß, den dieser durch den Angriff erwarb, meinte er durch Vertheidigung zu paralysiren und zum Vortheil von Rußland zu benutzen. Dabei nahm er dann den Kampf gegen die Revolution in großem Style auf. Er war ein Enthusiast der Legitimität, sodaß er es für unmöglich hielt, die alten Zustände von Europa zu retten, ohne Zurückführung der bourbonischen Dynastie, der er in seinem Reiche eine Zuflucht gewährt hatte. Sein Gesichtspunkt war immer auf die großen Gegensätze gerichtet, auf welche Rußland zu Lande und zur See stieß; seine Antipathien galten nicht den Franzosen an sich; er war kein Anhänger des englischen Uebergewichts zur See, sehr bereit jedoch, im Verein mit England gegen das revolutionäre Frankreich in den Kampf zu treten. Wenn er die ungeheure Macht ansah, welche in seine Hand gelegt war, so fühlte er sich gleichsam dazu verpflichtet. Von den Vorstellungen, die in seiner Familie, namentlich von dem Bruder der Kaiserin, dem Prinzen Ferdinand von Würtemberg, an ihn gerichtet wurden, war keine wirksamer, als die: daß er seine Kriegsmacht nicht zu einem vorübergehenden Vortheil verwenden, sondern zu einem großen Zweck gebrauchen müsse. In dieser Stimmung trafen ihn die neuen Anträge von Oesterreich.

Von jenen fruchtlosen Conferenzen zu Seltz hinweg eilte Cobenzl zuerst nach Wien, dann über Dresden und Berlin nach St. Petersburg. An den beiden deutschen Höfen konnte er nichts erreichen, zumal da er seine antipreußische Richtung niemals aus den Augen verlor. Aber in Petersburg war Alles vorbereitet, ihm in seinen Plänen entgegenzukommen. Es kam wirklich zu

einer Allianz zwischen Oesterreich, das nur den Fehler von Campo Formio wieder gut zu machen wünschte, und dem feurigen Paul, der die revolutionäre Welt zu vernichten und dem Continent eine der monarchisch christlichen Idee analoge Verfassung zu geben gedachte. Eine mächtige Unterstützung fanden seine Bestrebungen in dem Siege der Engländer über die französische Flotte bei Abukir (2. August 1798). Man könnte Abukir mit Lepanto vergleichen, der Schlacht, durch welche das Uebergewicht der romanischen Nationen über die Türken im Mittelmeer begründet wurde; durch Abukir gelangte dasselbe in die Hand der Engländer. Damit scheiterten nicht allein die ursprünglichen auf die Herrschaft im Mittelmeere gerichteten Absichten Bonapartes; er wurde zugleich in Aegypten isolirt.

Schon drang der König von Neapel, mit Rußland und England verbündet, siegreich in den von den Franzosen occupirten Kirchenstaat ein. Aber der erste Enthusiasmus war nicht geeignet, gegen die revolutionären Streitkräfte Stand zu halten. Der Kirchenstaat fiel wieder in die Hände der Franzosen zurück; König Ferdinand selbst mußte nach Sicilien flüchten. Die Volksbewegung jedoch war damit in den neapolitanischen Provinzen nicht erstickt, geschweige denn in dem übrigen Italien. Indeß erschienen die österreichischen Waffen wieder im Felde; sie begegneten in Oberitalien, in der Schweiz und an der Donau den Franzosen in theilweise glücklichen Anstrengungen und erhielten dann durch den Zuzug der Russen die Oberhand. Eine neue Phase der Weltverhältnisse trat damit ein: der überfluthenden revolutionären Macht geschah zunächst Einhalt; den legitimistischen Principien eröffnete sich die Aussicht nicht allein das Gleichgewicht herzustellen, sondern das Uebergewicht auf ihre Seite zu bringen.

Eine der größten Fragen war, wie sich Preußen zu diesem Wechsel verhalten würde.

Fünftes Capitel.

Erste Regierungsjahre Friedrich Wilhelms III. Auflösung der Coalition.

Wie hoch man auch die allgemeinen Verhältnisse und ihre innere Nothwendigkeit anschlagen mag, so hat doch in dem monarchischen Staat eben das monarchische Element, d. h. die Natur und Sinnesweise des Fürsten einen Alles bestimmenden Einfluß. Friedrich II. hatte nur einen großen Gedanken verfolgt, den der Selbstständigkeit seines Staates inmitten der großen Mächte, denen er ebenbürtig sein wollte. Friedrich Wilhelm II., seinem Vorgänger in Eigenschaften nicht vergleichbar, nahm doch einen eingreifenderen Antheil an den Verhältnissen und Bewegungen der Welt. Seine Allianz mit England zu Gunsten des Hauses Oranien, sein Widerstand gegen die russisch-österreichischen Entwürfe im Orient geben den ersten Jahren seiner Regierung ihren Charakter. Er lebte beständig in großen Impulsen, die ihn zu raschen, nicht immer gleichförmigen Entschlüssen trieben. In seiner Politik war ein persönlicher Moment, der von der Nothwendigkeit des Staates nicht durchaus abhing. Seine anfängliche Sympathie für die Polen verwandelte sich, als er sich nicht nach Verdienst von ihnen gewürdigt sah, in Gleichgültigkeit und selbst in Antipathie. Den Vertrag von Reichenbach hat er dem Hause Oesterreich auferlegt; gleich darauf aber, selbst im Widerspruch mit seinen Ministern, eine Allianz mit Kaiser Leopold geschlossen, welche eine neue Aera eröffnete. In dieser Allianz erlebte er den großen Augenblick, in welchem er das altfranzösische Königthum durch sein Kriegsheer herzustellen berufen zu sein glauben konnte:

seine Seele dürstete danach. Aber es war zugleich der Umschlag seines Glückes: er mußte inne werden, daß es nicht das Amt von Preußen war, die alte staatliche Ordnung von Europa aufrecht zu erhalten. Auch fortan nahm er Theil an dem Kriege der Coalition gegen das revolutionäre Frankreich, immer jedoch mit dem Vorbehalt, das Ansehen, das er in Folge des noch von Friedrich eingeleiteten Fürstenbundes in Deutschland erworben hatte, — denn auch er war nie ohne Eifersucht gegen Oesterreich —, zu vermehren und zugleich die Stellung, die er in Polen einnahm, zu befestigen und zu erweitern, was dann wieder in sein Verhältniß zu Rußland eingriff. Schon waren die Hülfsquellen seines Staates nahezu erschöpft; doch glaubte er noch einmal durch englische Subsidien in den Stand gesetzt zu werden, in dem Kriege gegen die französische Republik, wenn nicht die Führung, so doch eine der ersten Rollen übernehmen zu können. Die plötzliche Zurückziehung dieser Subsidien, die er lediglich den Engländern schuld gab, setzte seinem germanischen Ehrgeiz Grenzen und erfüllte seine Seele mit einer Indignation, die er nie überwunden hat, so daß er, so schwer es ihm auch wurde, endlich doch darauf einging, mit dem revolutionären Frankreich in ein friedliches und selbst freundschaftliches Verhältniß zu treten. Er schritt ungern dazu; aber er that es dann doch unter dem Eindruck der Unmöglichkeit, sich auf eine andere Weise den übrigen großen Mächten gegenüber zu behaupten. In dem historischen Connex der Entwicklung des preußischen Staates bildet seine Regierung ein sehr wesentliches Moment. Seine Erwerbungen in Polen sind zum größten Theil wieder verloren gegangen; aber einmal haben sie doch dazu gedient, die Continuität des Staates im Nordosten, nach der die brandenburgischen Fürsten seit Waldemar vergeblich gestrebt hatten, vollständiger noch, als es dem Vorgänger gelungen war, herzustellen; und bei der späteren Rekonstruktion des Staates haben sie beigetragen, den Maßstab der Macht festzustellen. Friedrich Wilhelm II. hat den gleichsam abhanden gekommenen Gedanken einer engen Verbindung des preußischen Staates mit Deutschland zu vollem Ausdruck gebracht und

diese durch Neutralität und Demarkation zu einer Art von friedlichem Protektorat ausgebildet. In dem Inneren herrschte er nicht mit jener durchgreifenden Autorität, die man unter seinem großen Vorgänger gewohnt gewesen war; dazu war er weder von Natur geeignet, noch durch die Umstände vorbereitet; er ließ dem eigenen Ermessen der Behörden mehr freie Hand. Die Räder der Maschine griffen unter ihm nicht mehr so genau in einander. Auch das Militär ward nicht mehr in der unbedingten Unterordnung von ehedem gehalten: auf dem Kriegstheater, von welchem der König fern war, gelangten die Generale selbst zu einem gewissen politischen Einfluß. Friedrich Wilhelm II. zog die Zügel der Gewalt nicht mehr so straff an: gleichwohl verlor er sie doch nie aus den Händen. Man würde irren, wenn man ihn für unthätig oder auch nur für unfleißig halten wollte. Eine große Anzahl von Kabinetsordres liegen vor, in denen er für die vielverschlungenen politischen Geschäfte seine Direktion aussprach. Die Minister haben späterhin die geistvollen Bemerkungen vermißt, mit denen er ihre Eingaben begleitete. Er hatte einen angeborenen Sinn für Erleichterungen des bürgerlichen Lebens, für die deutsche Literatur und die Kunst: die volle Sympathie seines Volkes jedoch, die ihm Anfangs zu Theil wurde, konnte er auf die Länge nicht behaupten. Daß der König wieder in die Kirche ging, wurde mit allgemeiner Theilnahme begrüßt; aber seine Religionsedikte, die man überdieß einem fremden Einfluß zuschrieb, wollte Niemand billigen. Die Unregelmäßigkeiten seines Privatlebens und die mystische Richtung auf das Geheimnißvolle, der er sich hingab, wirkten zu einem für sein persönliches Ansehen nachtheiligen Eindruck zusammen.

Aus dem letzten Feldzug in Polen hatte er den Keim einer Krankhaftigkeit mitgebracht, die im Jahre 1797 Jedermann auffiel. Man sah jetzt die große starke Gestalt hinschwinden; es wurde ihm schwer, Athem zu holen; seine Stimme wurde beinahe unverständlich. Zurückgezogen in das Marmorpalais sah er nur noch zuweilen seine Familie, seine Minister.

Haugwitz war, wie er zu erzählen liebte, in diesen Tagen bei dem Sterbenden. Friedrich Wilhelm II. ging im Gespräche seine Regierungsjahre durch, wobei er auch der Fehler nicht vergaß, die er begangen habe. „Den Krieg (gegen Frankreich)“, sagte er, „hätte ich niemals unternehmen sollen. Wären Sie nur damals bei mir gewesen. Glücklicherweise sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen.“ Mit Genugthuung erwähnte er das System der Neutralität, an welchem man festhalten müsse. „Verlassen Sie meinen Sohn nicht; geben Sie mir die Hand darauf.“ Er erhob dann seine angeschwollene Hand, die auf dem Tische ausgestreckt dalag [1]).

Am 16. November 1797 sah man die fünf Flügel des brandenburger Thores plötzlich zugehen; auch die andern Thore der Hauptstadt wurden geschlossen: denn am Morgen dieses Tages war Friedrich Wilhelm II. gestorben. Unverzüglich leistete das Regiment Gensd'armes Friedrich Wilhelm III. den Eid. Mit der Leiche des Verstorbenen, die am Tage darauf nach Berlin in den Dom gebracht wurde, stieg Bischoffwerder in die Gruft.

An dem jungen Könige hatte man bisher nur eine ausgesprochene Vorliebe für das Militärwesen in allen seinen Einzelheiten bemerkt und einen gleichsam natürlichen Abscheu gegen alle Ausschweifungen. Das Glück wurde ihm zu Theil, in einer liebenswürdigen gebildeten Gemahlin, die gleichsam das Ideal der Weiblichkeit erfüllte, von dem er beseelt war, eine einverstandene Lebensgefährtin zu finden. Sittliche Reinheit, Einfachheit des Gemüthes und der Seele, Wohlwollen für Jedermann begleiteten ihn auf den Thron. An den Staatsgeschäften hatte er bisher keinen Antheil genommen; er wußte davon nicht mehr, als was er durch das Gerücht erfuhr. Von seiner Umgebung vernimmt man, er hätte die Krone gern entbehrt, um seinen Vater noch länger

1) Diese Umstände hat mir Graf Haugwitz im Dezember 1830 in Venedig erzählt. Ich nehme sie auf, da ich keinen Grund habe, an ihrer Wahrhaftigkeit zu zweifeln.

zu haben [1]). Und niemals hat sich die Ingenuität der Bescheidenheit wahrhafter gezeigt, als bei den Worten, mit denen er unter die Staatsminister trat. „Sie haben Ihren besten Freund verloren; wollen Sie mich annehmen"; er gab ihnen die Hand. Der junge Fürst unterzog sich den Arbeiten der Regierung mit der bei den preußischen Regenten herkömmlichen Pünktlichkeit. Er zeigte von Anfang an das Talent, bei den Eingaben, die ihm zugingen, das Wesentliche von dem Unwesentlichen zu unterscheiden; Feinheit der Beobachtung, vor Allem bedachtsame Zurückhaltung. Sein Vertrauen wurde nicht leicht erworben; aber das einmal gefaßte zog er dann auch nicht wieder zurück. In der Direktion die er den innern Geschäften gab, sprach sich sein eigenster Sinn aus. Er wollte den Unordnungen ein Ende machen, die in den letzten Jahren seines Vaters eingerissen waren. Er hielt es namentlich für seine Pflicht, die Schulden desselben zu tilgen, selbst aus eigenen Mitteln: denn er war haushälterisch von Natur; er hat sich und seiner Familie zu diesem Zwecke Entbehrungen auferlegt [2]). Für anzustrebende Verbesserungen bewährte er einen offenen Sinn: doch wartete er Zeit und Gelegenheit dazu sorgsam ab. Plötzlichen und weitaussehenden Neuerungen war er eher abhold. Eine ruhige Fortentwickelung des Staates wäre ihm das Liebste gewesen. Die Impulse, die seinen Vater in die deutschen und allgemeinen Angelegenheiten einzugreifen bestimmt hatten, lagen ihm ferne. Er wollte an dem System festhalten, welches ihm von demselben hinterlassen war, an dem System des Friedens und der Neutralität. Wenn das nur auch möglich gewesen wäre; aber alle Elemente des allgemeinen Lebens waren in

1) Neun und sechzig Jahre am preußischen Hofe. Aus den Erinnerungen der Oberhofmeisterin Sophie Marie Gräfin von Voß. 208.

2) In späterer Zeit hat dies Baron Brockhausen dem französischen Ministerium in Erinnerung gebracht. Brockhausen an Champagny, den 30. Oktober 1807. A peine monté sur le trône, il a pris la résolution d'acquitter les dettes de son père. Il n' a pas hésité à se soumettre lui et sa famille aux économies les plus sévères.

Gährung und in einem inneren und äußeren Kampf begriffen. Ein eigenthümlicher Anblick, in die Mitte der einander bekämpfenden Weltkräfte diesen friedliebenden, von ehrgeizigen Entwürfen entfernten Fürsten eintreten zu sehen, welcher an der Neutralität festhalten wollte, die doch auch nur das Produkt eines welthistorischen Momentes war.

Die Schwierigkeiten, in die er gerathen sollte, zeigten sich gleichsam symbolisch bei der Huldigung in Berlin (6. Juli 1798). Die Ritterschaft, die selbst die Assekuration ihrer Privilegien, die ihr zu Theil wurde, für unnöthig hielt, weil ihr Recht, ihr ursprünglich angehörig, keiner neuen Verleihung bedürfe, war in dem weißen Saale versammelt, um die Huldigung zu leisten: die kurmärkische in der Mitte, die altmärkische zur rechten, die neumärkische zur linken, Alle in ihrem ständischen Ornat, Alle gepudert, in der Mitte der kurmärkische Domdechant von Brandenburg in seinem violetten Talar. In dieser Versammlung, in welcher nur die althergebrachten, gleichsam altväterischen Vorstellungen herrschten, sah man plötzlich eine fremdartige Figur erscheinen, mit schwarzem ungepuderten Kopf und einer großen dreifarbigen Schärpe; es war der Gesandte der französischen Republik, Sieyes, von dem man in Berlin hauptsächlich das wußte, daß er für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatte: der Anblick des Regiciden brachte in der zur Huldigung vereinten altständischen Versammlung eine widerwärtige Sensation hervor [1]).

In Sieyes erschien die revolutionäre Idee gleichsam verkörpert. Man darf vielleicht sagen, daß die ganze Frage der Zukunft darin lag, wie die Republik, die jetzt von Preußen anerkannt war, und dessen eigne altständische Gewohnheiten sich gegen einander verhalten würden.

Gleich in dem Anfang seiner Regierung wurde dem König die bedeutungsvolle Frage vorgelegt, wie er sich in dem weltumfassenden Kampfe, der sich soeben vorbereitete, verhalten; ob er

1) Vergl. die Aufzeichnungen von Marwitz. Aus dem Nachlaß von Marwitz I. 99.

überhaupt Partei nehmen, und auf welche Seite er sich schlagen werde. Die Franzosen wünschten den König für sich zu gewinnen. Dazu vor Allem war die Mission von Sieyes bestimmt. Bei seinen Vorstellungen ging Sieyes hauptsächlich davon aus, daß es der französischen Republik und dem König von Preußen zukomme, vereinigt ein haltbares Gleichgewicht in Europa herzustellen.

Sein erster Antrag zielte auf ein einseitiges Abkommen mit Preußen über den Reichsfrieden. Aber dazu wollte sich die preußische Regierung nicht verstehen: denn sie würde dadurch mit dem Kaiser als Reichsoberhaupt haben brechen müssen, was dann die Feindseligkeit von Rußland, welches in der italienischen Frage für Oesterreich war, zur Folge gehabt haben würde. Ueberhaupt klagte Sieyes über die Kälte, mit der er aufgenommen sei, über den geringen Erfolg seiner Eingaben[1]).

Doch hatte er einen Bundesgenossen von größtem Gewicht, von dem er vielleicht selbst nichts wußte, in dem Prinzen Heinrich, der auf die Beziehungen Preußens zu Frankreich, wie wir wissen, schon einmal entscheidenden Einfluß ausgeübt hatte. Von diesem Prinzen liegt ein Gutachten vor, das er vor Ausbruch des Krieges dem König eingereicht hat. Er behauptet: Oesterreich sowohl wie Rußland habe Preußen zur Theilnahme an der neuen Coalition aufgefordert, und lobt die Weisheit des Königs, daß er diesen Antrag zurückgewiesen habe. Denn was würde daraus haben erfolgen können? Oesterreich würde eine vortheilhafte Abkunft getroffen, Preußen an Frankreich keinen weiteren Rückhalt gefunden haben. Nur hätte der König weniger Nachdruck auf seine Neutralität legen sollen: das würde Rußland und Oesterreich geneigter gemacht haben, den Frieden zu beobachten.

1) Er beklagt sich über die kalte Aufnahme seiner Vorschläge in Berlin in einem Moment où les intérêts les plus chers à l'Europe auraient pu être fixés de la manière la plus avantageuse entre deux puissances évidemment destinées à marcher ensemble pour rétablir l'équilibre rompu par tous les différends et déchirements qui ont affligé le continent depuis huit ans.

Wenn nun der Krieg ausbreche, so werde Frankreich Alles thun, um den König zu einer Allianz zu vermögen. Mit Oesterreich würde Frankreich augenblicklich Frieden schließen können, wenn es demselben Baiern überlassen wollte; — wie wir denn anderweitig erfahren, daß Oesterreich von Rußland die Einwilligung zu einer einstweiligen Besetzung von Baiern gefordert hat; — allein der König, der eines Rückhalts bedürfe, der nirgends anders gefunden werden könne, als bei Frankreich, würde diesen verlieren und isolirt dastehen. Die Hülfe, die ihm Rußland leisten könne, anzunehmen, würde peinlich sein. Auch wenn der Krieg nicht ausbreche, müsse sich Preußen an Frankreich halten, mehr selbst, als seit dem Frieden von Basel geschehen sei, in Verbindung mit den deutschen Fürsten, die sich an Preußen anschließen wollen. Bei einer Allianz mit Frankreich bestehe die einzige Gefahr darin, daß Rußland den Krieg an Preußen erkläre. Aber es lasse sich erwarten, daß, wenn Preußen und die deutschen Fürsten mit Frankreich vereinigt seien, Rußland selbst friedlich gestimmt würde.

Ein Krieg gegen Rußland wäre um vieles leichter, als ein Krieg gegen Frankreich; näher den preußischen Grenzen, gegen eine Macht, die seit ihren Kämpfen gegen die Türken keine militärischen Fortschritte gemacht habe. Wenn man den Ausgang des Krieges ruhig abwarte, so würde man alle Consideration verlieren[1]). Der Prinz spricht sich gegen die in den Conferenzen in Berlin vorgekommene Erklärung des Königs aus, auf alle Entschädigung Verzicht leisten zu wollen: denn damit würde derselbe zugleich die ungeheuren Summen verloren geben, die sein Vater auf den Krieg gegen Frankreich verwendet habe. Wolle der König seinem Staate das entreißen, was demselben zukomme? Der König habe ein Recht auf Vergrößerung in Deutschland, die bei weitem wichtiger für ihn sei, als die Erwerbungen in Polen. Frankreich werde sie ihm zugestehen, wenn er sich mit demselben ver-

1) La neutralité ne serait plus admissible si le feu de la guerre menace de nouveau d'embraser l'Europe.

binde. Nicht allein die preußische, sondern auch die deutsche Angelegenheit faßt Prinz Heinrich hiebei ins Auge. Die Staaten auf dem rechten Rheinufer würden unhaltbar sein, wenn die jetzige Verfassung fortdauere. Einem König von Preußen komme es zu, dem ein Ende zu machen, und zwar im gegenwärtigen Augenblick durch die Erwerbung der ihm gebührenden und von Frankreich versprochenen Entschädigung. Einer wirklichen Verbindung zwischen Frankreich, Preußen und den deutschen Fürsten könne Oesterreich nicht widerstehen. Gegenüber der Einwendung, daß das revolutionäre Frankreich alle legitime Gewalten aufzulösen und Republiken an ihre Stelle zu bringen suche, bemerkt der Prinz, das habe seine Wahrheit in Bezug auf kleine, nicht aber auf große Staaten: denn diese zu großen Republiken umgeformt, würden für Frankreich selbst gefährlich werden. Nicht auf die Meinung komme es an, sondern auf die Macht.

Ein Gutachten, weniger bedeutend vielleicht durch die Rathschläge, die es giebt, als durch die über die Lage des Moments hinausreichenden Gesichtspunkte, die es aufstellt. Daß es aber Berücksichtigung finden würde, wie das mit früheren Rathschlägen bei Friedrich Wilhelm II. der Fall gewesen war, ließ sich nicht erwarten. Graf Haugwitz antwortete dem Prinzen: der Plan des Königs, die Neutralität festzuhalten, sei unwiderruflich gefaßt und schon der ganzen Welt angekündigt: man könne von demselben nicht zurückweichen. Der König habe ihm gesagt: er möge nicht versuchen, ihn auf einen andern Weg führen zu wollen; das würde vergebliche Mühe sein.

Von jeher ist man der Meinung gewesen, Preußen hätte sich in dem Augenblick, als die zweite Coalition zu Stande kam, derselben anschließen sollen. Faßt man die damaligen Verhältnisse ins Auge, so läßt sich das in Zweifel ziehen: denn die Interessen, welche die drei großen Mächte verfochten, waren in der Hauptsache deren eigene: die Seeherrschaft für England, die Entfernung des französischen Einflusses aus Italien für Oesterreich und für Rußland die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Orient. Alle

die Erwägungen, welche zu dem Frieden von Basel geführt hatten, mußten von einer Verbindung mit der Coalition zurückhalten. Ein neues Moment aber trat ein, als die raschen Erfolge der verbündeten Waffen eine Umgestaltung der Dinge in Europa erwarten ließen. Preußen fuhr auch dann fort, sich einer Theilnahme zu enthalten. Viel zu voreilig erschienen dem König die Erwartungen eines vollständigen Triumphes über die revolutionäre Macht, welche in der Welt und selbst in seinem eigenen Ministerium gefaßt wurden. Allein es gab doch Momente, durch welche auch das eigene preußische Interesse nahe berührt wurde. Man hielt dafür, an dem Niederrhein und in Bezug auf Holland lasse sich eine bessere Stellung gewinnen, als die damalige war. Ohne Bedeutung für das Ganze zu haben, verdienen doch die Erwägungen und Entschlüsse Friedrich Wilhelms III. Erwähnung.

Eine bewaffnete Intervention zur endlichen Herstellung des Friedens lag nicht außer dem Gesichtskreis. Aber auf eine allgemeine Restauration, wie sie besonders Kaiser Paul I. im Sinne hatte, wollte Friedrich Wilhelm III. auch dann nicht eingehen: die Bourbonen auf den französischen Thron zurückführen zu wollen, lag ihm ferne [1]). Die Vorschläge der preußischen Minister bewegten sich innerhalb des eigenthümlich preußischen Gesichtskreises: sie beschränkten sich auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik der Vereinigten Niederlande und die Räumung des Gebietes zwischen Maas, Mosel, Rhein, sodaß von den Uebergriffen der französischen Macht nichts weiter zu fürchten sei.

Auf einer Reise, die der König in Begleitung seiner Gemahlin in den ersten Sommermonaten des Jahres 1799 nach den

1) La raison secrète qui faisait déclarer au roi que l'objet du concert une fois rempli il se bornerait à une simple défensive, était la connaissance qu'il avait du projet de l'Empereur de Russie de rétablir en France le gouvernement des Bourbons; projet que le roi pouvait alors regarder comme étranger aux intérêts de la monarchie prussienne et dont par ce motif il ne voulait pas se mêler.

westlichen Provinzen unternahm, gelangte er nach Petershagen, wo der Herzog von Braunschweig sein Hauptquartier hatte. Auch Haugwitz fand sich daselbst ein. In Petershagen fand am 2. Juni 1799 eine Conferenz statt, an welcher der König, der Herzog von Braunschweig, der General-Adjutant Köckritz und Haugwitz theilnahmen. Man kam dort überein, daß die Befreiung von Holland, sowie des linken Ufers des Niederrheins eine Hauptbestimmung des künftigen allgemeinen Friedens bilden müsse. Der König würde darauf antragen, sobald als die Verbündeten die Positionen, die man vor dem Frieden zu Campo Formio innegehabt hatte, wieder eingenommen haben würden; er wolle dann Frankreich auffordern, jene Bedingungen zu gewähren, zugleich aber ein Kriegsheer ins Feld stellen, um sie nöthigenfalls zu erzwingen, unter Voraussetzung englischer Subsidien. Zu etwas Weiterem wollte er sich nicht verpflichten. Er blieb bei seinem unmittelbaren und nächsten Interesse stehen, das er in Verbindung mit der Coalition durchzuführen gedachte, immer mit der möglichsten Präcaution dagegen, daß es den Coalisirten, besonders dem bösen Willen von Oesterreich nicht gelingen solle, ihn vor der Zeit mit Frankreich zu entzweien. Die Linie der Politik, auf der er sich bewegen wollte, schwebte ihm sehr deutlich vor. Aber noch war er in seiner Seele überaus zaghaft, wie das bei jedem ersten großen Schritt, zu dem ein junger Mann sich entschließen soll, natürlich ist; nachdem die Nacht dazwischen gekommen, meinte er fast zu weit gegangen zu sein. Die Instruktion, welche nach dem Wortlaut der Conferenz abgefaßt war, trug er Bedenken, durch seine Unterschrift zu sanktioniren. Bei seinem Aufenthalt in Cassel, der dann folgte, bemerkte man, daß er an den Festlichkeiten wenig theilnahm; er schien von den großen Fragen, mit denen man umging, präoccupirt zu sein. Trotz des Wunsches, die Russen am Rhein mitwirken zu sehen, wollte doch der König an den Bestimmungen der Neutralität festhalten, ihnen den Durchzug durch seine Staa-

ten nicht gestatten; sie sollten ihren Weg durch Böhmen nehmen.

Die Gesandten von Rußland und von England gingen auf die ihnen gemachten dilatorischen Vorschläge, wiewohl nicht ohne Widerstreben, dennoch ein. Haugwitz legte ihnen, nach seiner Rückkunft nach Potsdam am 8. Juli 1799 den Entwurf zu einer Convention vor, in welcher die Cooperation von Preußen auf den Moment verschoben wird, daß die Russen Ehrenbreitenstein und Mainz bereits umzingeln und belagern würden, sodaß der linke Flügel der zur Aktion bestimmten preußischen Armee gedeckt wäre. Wenn dann die Befreiung Hollands und der benachbarten Grenzlande vollzogen sei, würde der König in die Defensive zurücktreten, ohne an einer Entscheidung der innern Angelegenheiten von Frankreich Theil zu nehmen [1]).

Der Antrag war den Coalisirten nicht zuverlässig genug; dem König ging er schon zu weit; er konnte es nicht über sich gewinnen, einen Krieg, der dem Glücke seines Volkes gefährlich zu werden drohe, in bestimmte Aussicht zu nehmen. Die entscheidenden Entschlüsse wollte er immer den Umständen gemäß sich vorbehalten [2]).

Wenn die Häsitationen des Königs zwischen Krieg und Frieden fortdauerten, so hatte dabei wohl auch ein inneres französisches Ereigniß darauf einigen Einfluß.

Es war die Modifikation des Direktoriums, die am 30. Prairial erfolgte, durch den Austritt von Lareveillere-Lepaux und Merlin de Douai. Das Wesentliche ist: die Diktatur, welche in Folge des 18. Fruktidors dem Direktorium zugefallen war, fand in den beiden Räthen eine so starke, aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzte Opposition, daß sich die genannten

1) Sans être censé lié par la présente convention à s'immiscer ultérieurement dans les affaires intérieures de la France.

2) Schreiben des Königs vom 17. Juli: J'embrasse le système, qui en reculant l'explosion, m'offre du moins l'avantage d'attendre les événements et de ne passer aux mesures que quand moi-même je le jugerai à propos.

Mitglieder, die an der Prärogative des Direktoriums festhielten, dem allgemeinen Sturme gegenüber nicht zu behaupten vermochten. Lareveillere leistete hartnäckigen Widerstand, weil er meinte, das Heil und die Fortdauer der Republik hänge davon ab. Die Initiative war besonders von dem Rathe der Fünfhundert ausgegangen, der das Uebergewicht über die Prärogative des Direktoriums davontrug, wobei ihm selbst eine Partei unter den Direktoren beistand.

Dadurch aber entzündete sich wieder der Streit unter den Fraktionen. Die Jakobiner erhoben sich aufs Neue; sie beherrschten die nun freigewordene Presse und bildeten eine zahlreiche Partei in den Räthen; aber eine andere, welche als die der Moderirten und der Politiker erschien, behielt doch das Uebergewicht in den beiden Räthen, wie im Direktorium. An ihrer Spitze stand Sieyes, dem man Sympathien mit den nordischen Mächten, namentlich mit Preußen, von wo er vor kurzem zurückgekommen war, zuschrieb.

Das Berliner Kabinet meinte darin eine Rückkehr zu den Grundsätzen der Ordnung und des Friedens zu erblicken; es faßte die Hoffnung, durch Negotiationen mit der nunmehrigen Regierung Bestimmungen zu erlangen, wie sie für ein festes und haltbares Verhältniß nothwendig waren. Den Annäherungen an die Coalition fügte man jetzt, ohne Besorgniß, darüber mit ihr zu zerfallen, eine Unterhandlung mit den Franzosen hinzu. Haugwitz eröffnete dieselbe durch eine Conferenz mit dem französischen Residenten Otto, den er an die Ungerechtigkeit der Besetzung und Verwaltung der überrheinischen preußischen Provinzen erinnerte; er bemerkte: so lange Frankreich Holland und die benachbarten Grenzlande in Besitz habe, werde Preußen immer zu einem ihm selbst unangenehmen System der Vertheidigung genöthigt sein; es sei besser die französische Republik gebe dieselbe durch Negotiationen auf, als in Folge einer Waffenentscheidung.

Haugwitz verhehlte die Hoffnung nicht, daß die Unabhängig-

keit der Republik Holland zur Herstellung des Stathouderats führen werde. Die Antwort des Direktoriums (28. August) war in beiderlei Hinsicht, in Bezug auf Holland, das ja immer seine Unabhängigkeit besitze, und in Bezug auf die preußischen Landestheile ablehnend. Das machte doch so viel Eindruck in Berlin, daß der König die Absicht kund gab, seine Provinzen selbst besetzen zu lassen und die russisch-englische Expedition, die sich eben damals nach Holland richtete, zu unterstützen. Nicht eigentlich auf einen Beitritt zu der Coalition war es hiebei abgesehen; Preußen dachte nur seine eigenthümliche Machtstellung zu wahren, welche Sicherung der Grenzgebiete am Niederrhein und Herstellung der Unabhängigkeit von Holland erforderte.

In Kurzem aber erlebte man einen vollständigen Umschwung der Verhältnisse. Paul I., der nur immer sein Ziel einer allgemeinen Restauration vor Augen hatte, schlug einen Congreß vor, der zu Petersburg gehalten werden und alle betheiligten Fürsten vereinigen sollte, um sowohl über die Bedingungen, unter denen man Frieden zu schließen, als über die Zwecke, die man bei der Fortsetzung des Krieges im Auge zu behalten gedenke, Vereinbarung zu treffen. In Wien aber lehnte man diesen Vorschlag ab: denn dabei würden auch die Interessen der minder mächtigen Fürsten vertreten werden, während es doch nur den drei Hauptmächten zukomme, entscheidende Verfügungen zu treffen, denen sich die anderen unterwerfen müßten. Der österreichische Minister Thugut machte kein Hehl daraus, daß die besonderen Absichten von Oesterreich auf feste Begründung seiner Macht in Italien gerichtet seien: denn man müsse den Franzosen den Uebergang nach Italien schwerer machen, als es bei der Schwäche von Sardinien der Fall sei. Thugut wollte Sardinien nicht geradezu auflösen, aber ihm die von Mailand abgerissenen Provinzen wieder entwinden und sodann die Uebergänge der Alpen in österreichische Hände bringen. Ueberdies aber leitete er aus den früheren Verträgen mit Rußland das Recht zu einer weitern Compensation

her, zu der er die drei Legationen des Kirchenstaates bestimmte, die zugleich die erforderliche Verbindung mit Toscana herstellen würden. Die Zukunft des Papstthums bildete einen Gegenstand der Discussion zwischen beiden Mächten. Kaiser Paul forderte, daß man bei dem hohen Alter und der Schwäche Pius VI. unverzüglich auf die Wiederbesetzung des päpstlichen Stuhles Bedacht nehmen möge. In Oesterreich aber war man nicht gemeint, der russischen Politik Einfluß auf diese große Angelegenheit zu gestatten. Man sprach nur aus, daß, wenn der Fall eintrete, man dafür Sorge tragen müsse, die Tiara einem der gemäßigten Cardinäle zu verschaffen: ein entschlossener Eiferer, der vielleicht auf die Restaurationspläne Pauls I. eingegangen wäre, würde dem Hofe zu Wien unerwünscht gewesen sein. Mit dem Allem stimmte der russische Gesandte in Wien Rasumowsky eigentlich überein; er versicherte: Oesterreich werde auch Rußland dagegen Zugeständnisse, wie es sie wünsche, machen; die Verbindung der beiden Reiche würde dann eine unauflösliche sein [1]).

Wie weit war das Alles von den Ideen entfernt, mit denen Paul I., wie er sagte, zum Besten der Menschheit den Krieg unternommen hatte; er meinte, dadurch werde eine neue Potenz zur Unterdrückung der Nachbarn gegründet werden [2]). Da der Gesandte meldete, wenn Rußland dem österreichischen Hofe widerstrebe, so würde dieser von der Coalition überhaupt zurücktreten, so wurde in Paul I. der Verdacht rege, als denke Oesterreich einen neuen Vertrag, wie der von Campo Formio gewesen war, mit Frankreich zu schließen, selbst ohne russische Einwilligung.

1) Rasumowskys Bericht vom 28. 29. August 1798 bei Miliutin III., 439 flg.

2) Rescript Paul I. an Rasumowsky vom 31. Juli 1799: pour avoir pris la résolution d'anéantir le gouvernement français actuel, il n'a jamais voulu souffrir qu'un autre prenne sa place et ne devienne à son tour la terreur des Princes qui l'avoisinent, en envahissant leurs États bei Martens II. S. 366, bei dem sich manche wichtige Ergänzungen zu Miliutin finden, — möchten sie nur besser chronologisch geordnet sein.

Dazu kam ein unter den Heerführern der beiden Armeen, welche gegen Frankreich zusammenwirken sollten, ausbrechendes Mißverständniß. Souworow hat sich oft über die Eingriffe des Hofkriegsrathes in seine Heerführung beklagt, da ihm doch eine absolute Autorität verheißen worden sei. Die Russen hielten dafür, daß sie bei dem weiteren Vordringen in der Schweiz von Oesterreich verlassen und selbst verrathen werden würden. Im Oktober 1799 meinte Kaiser Paul schon ein neues Bündniß schließen zu müssen, welches Europa vor den Folgen einer eventuellen Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich schützen könne. Er meinte das durch Verständniß mit dem englischen Hofe, dem er über die österreichischen Pläne, wie er sie ansah, Mittheilung machte, und auf den er damals noch ein vollkommnes Vertrauen setzte, erreichen zu können. Noch war jene Unternehmung nach Holland im Gange, durch die man den Erbstatthalter herzustellen, ihn selbst zum Meister aller siebzehn niederländischen Provinzen zu machen gedachte. Abermals jedoch bewährte sich die Ueberlegenheit der französischen Kriegführung: der Anführer der Verbündeten, Herzog von York, mußte sich zu einer Capitulation entschließen. Hierauf aber begannen die Banden zwischen Rußland und England sich zu lösen. Den Russen schien es doch, als ob die Engländer nicht alle den Eifer, der nothwendig gewesen wäre, an den Tag gelegt hätten: es befriedige sie, daß sie bei diesem Unternehmen Meister der batavischen Flotte geworden seien.

Dazu kamen dann andre Mißverständnisse in Italien hinzu, deren wir doch auch gedenken müssen, um das Gewebe der allgemeinen Verwickelung zu überblicken. Die russisch-türkische Flotte, die sich der ionischen Inseln bemächtigt hatte, war dazu bestimmt, mit der englischen gegen Frankreich und Spanien zusammenzuwirken. Zu diesem Zwecke machte sich denn der russische Admiral Uschakow nach Sizilien auf, wo sich damals Ferdinand IV. von Neapel aufhielt. Aber die Türken

trennten sich hier eigenmächtig von den Russen; und auch von den Engländern wurde die Cooperation der Russen nicht gern gesehen. Es war ihnen nichts daran gelegen, daß die Russen an der Eroberung von Malta Antheil genommen hätten. In dem Tagebuch der russischen Flotte heißt es ausdrücklich [1]), Nelson habe das vermieden. Und als nun die Rede davon war, die Franzosen aus dem Kirchenstaate zu vertreiben, und sich in Civita-Vecchia zu dieser Absicht zu vereinigen, so mußten die Russen erleben, daß die Engländer noch vor ihrer Ankunft eine Capitulation mit den Franzosen abschlossen, die Bedingungen gewährte, welche die Russen nie acceptirt hätten. Die Russen nahmen an der Wiederbesetzung von Rom, an der Beruhigung Neapels und des Kirchenstaates entscheidenden Antheil. Allein sie an diesen Küsten festen Fuß fassen zu lassen, waren die Engländer nicht gemeint, und ihrerseits ebensowenig die Oesterreicher. Russen und Türken hatten gemeinschaftlich die Belagerung von Ancona unternommen, zugleich mit einem italienischen Aufgebot, welches die größte Hingebung bewies. Der Führer derselben hat wohl gesagt: er kämpfe dabei für eine künftige italienische Republik. Die Belagerung ist wegen des Zusammentreffens so verschiedenartiger Elemente, die dabei alle zum Ausdruck gelangten, und einiger Handlungen der Tapferkeit von beiden Seiten sehr bemerkenswerth. Schon war sie in ziemlich gutem Fortgang, als die Oesterreicher anlangten, welche ohne Mitwirkung der beiden andern Betheiligten den französischen General zur Capitulation nöthigten. Sie zogen dann allein in die Festung ein und wollten selbst die Flaggen weder der Türken noch auch der Russen, die an dem Molo aufgepflanzt wurden, dulden; nur die österreichische sollte daselbst wehen. Darin sah nun Kaiser Paul eine schwere nationale und persönliche Beleidigung. Auch von England konnte er niemals hoffen, daß es die Entscheidung über seine maritimen Eroberungen von jenem

1) Miliutin V. 99.

Congreß in Petersburg abhängig machen werde. Noch wurde jedoch darüber Rath gepflogen, ob nicht doch mit der Hülfe russischer Truppen, die indessen nach den normannischen Inseln gebracht worden waren, eine Unternehmung in dem nördlichen Frankreich, und selbst gegen Paris ins Werk gesetzt werden solle. Allein indessen war auf der andern Seite das große Ereigniß eingetreten, welches allen Dingen eine neue Gestalt gab.

Sechstes Capitel.

Friede von Luneville.

Indem die Coalition in sich selbst zerfiel, consolidirte sich die Revolution, die allerdings durch fernere Siege der Verbündeten gefährdet worden wäre, aufs Neue, eben im Sinne dieses Kampfes. Es war die Gefahr des revolutionären Staates, welche aus zwei Momenten hervorging, dem Uebergewicht der Verbündeten und den inneren Entzweiungen der Republik, was in Napoleon Bonaparte den Gedanken erweckte, aus Aegypten zurückzukehren und die Autorität in Frankreich selbst in seine Hand zu nehmen. Die Handlung war ein Akt vollkommener Selbständigkeit; es war ihm genug, Aegypten in einem haltbar scheinenden Zustande zurückzulassen. Ohne alle Autorisation, gleich als sei keine Regierung über ihm, von seinen ergebensten Waffenbrüdern begleitet, bestieg er das Schiff, das ihn nach der südfranzösischen Küste tragen sollte (24. August 1799). Unterwegs las er zuweilen in der Bibel, zuweilen in dem Koran; er sah die Religionen gleichsam unter sich, er glaubte vor Allem an sein eigenes Gestirn.

Nicht grade dringend war die äußere Gefahr, als er zurückkam: die Franzosen hatten ihr Uebergewicht in der Schweiz durch die Schlacht bei Zürich, ihre Herrschaft über Holland durch den Zusammenstoß am Helder wiederhergestellt; allein um so schwerer empfanden sie die Vortheile, welche Oesterreich und Rußland in Italien erfochten hatten; an den Küsten des Mittelmeeres erneuerte sich die Besorgniß, die der erste Zug Bonapartes in Italien zerstreut hatte. In Paris, wohin er sich unverzüglich begab, hätte man ihn vor ein Kriegsgericht stellen sollen: aber der Ruhm, der ihn

umgab; der Enthusiasmus, den seine Rückkehr erweckt hatte, ließ dazu nicht einmal den Gedanken fassen. Unter all den einander bekämpfenden Elementen, den Parteihäuptern selbst, die um die Oberhand rangen, trat er selbständig auf: er nahm eine Stellung ein, die ihn aller Verantwortung überhob. Worin liegt aber die Souveränetät als in dieser freien Selbstbestimmung? Es gehörte dazu, daß die Autorität, die er gleichsam schon besaß, ihm in den Formen, welche die Constitution allenfalls zuließ, indem man diese selbst auseinander warf, zugesprochen wurde. Auf der Stelle näherten sich ihm alle die, welche sich in der Opposition gegen die Regierung befanden, ohne gerade vielen Eindruck bei ihm zu machen. Seine Thätigkeit lehnte sich an die Regierung selbst an, die er ihren Gegnern vorzog, in der Absicht, sie zu stürzen. Zur Seite standen ihm die Truppen, die sich ihm anschlossen und ungeduldig waren, einer Civilregierung unterworfen zu sein. Einen festen Anhaltspunkt gewährte ihm der Gegensatz der Faktionen, die am 30. Prairial zu freierer Bewegung gekommen waren, und unaufhörlich mit einander kämpften. Die Jakobiner forderten die Constitution des Jahres 1793 zurück; der General wollte sich ihrer bedienen, war aber weit entfernt, ihnen das Uebergewicht verschaffen zu wollen: denn sie hatten anarchische Tendenzen; er aber forderte vor Allem Gehorsam. Ihnen gegenüber hatten sich die Politiker und Moderirten behauptet: sie bildeten die Mehrheit in den Räthen; sie hatten in Sieyes ein Oberhaupt, nicht von unbedingter Autorität, aber doch von einem dominirenden Einfluß. Mit diesen trat Napoleon Bonaparte in eine Verbindung, die dahin zielte, der direktorialen Regierung eine größere Einheit zu geben. Wie das Direktorium einst den Ausschüssen gefolgt war, weil diese bei dem steten Schwanken der Parteien keine feste Politik verfolgen konnten, so gab man das Nehmliche jetzt den Direktoren selbst Schuld. Jedermann empfand das: es war das Gemeingefühl der Nation. „Wohin", sagte Bonaparte, „haben sie Frankreich gebracht? Ich habe es siegreich und mit den Millionen von Italien ver-

lassen; ich finde es arm und geschlagen wieder"; als man Zweifel über die Haltung der Bevölkerung äußerte, sagte er: „Ich gehe mit der Nation." In ihm erschien der nationale revolutionäre Gedanke mit einer unwiderstehlichen Energie und dem Zauber des Ruhmes; zugleich aber wußte er die Verhältnisse und die Personen mit einer Voraussicht und Verschlagenheit zu behandeln, als gelte es die Durchführung eines kriegerischen Strategems.

Indem er die Translation des legislativen Körpers nach St. Cloud bewirkte, brachte er zugleich die Entscheidung in seine Hand. Dort zu St. Cloud erklärte er im Rathe der Alten: er werde Freiheit und Gleichheit aufrecht erhalten; man fragte ihn, ob auch die Constitution; er antwortete: die Constitution sei vernichtet. Im Rathe der Fünfhundert kam man so weit, ihn außer dem Gesetz erklären zu wollen; er war schon längst außer dem Gesetz, d. h. über demselben: er trieb sie durch seine Grenadiere auseinander. Was soll man dazu sagen: bei den inneren Verwirrungen und den äußeren Verlusten konnten die Franzosen sich nicht mehr regieren, noch auch die erworbene Stellung behaupten; sie bedurften eines Herrn und Meisters und fanden ihn. Doch ergriff Bonaparte einige scheinbar legale Anknüpfungen, um die Annahme einer Consular-Verfassung aussprechen zu lassen. Faktisch war er von selbst der erste Consul.

Nach der ersten Sitzung der drei Consuln bekannte der eine von ihnen, Sieyes, daß Frankreich einen Herrn und Meister gefunden habe: Bonaparte könne und wolle Alles allein thun. Nach kurzer Zeit wurde der General zum ersten Consul auf zehn Jahre ernannt.

Aus dem Zusammenwirken der constitutionellen Agitationen, der politischen Verhältnisse und der militärischen Autorität erhob sich in Frankreich ein neues Prinzipat von revolutionärem Charakter, militärisch, aber in sich selbst unbeschränkt.

Der erste Consul schloß sich mehr als die früheren Gewalthaber den Traditionen der alten Regierung an. Die vornehmste Maßregel, durch welche er die Finanzen wiederherstellte, nahm er

aus der alten Einrichtung der Generalpacht herüber; sein erster Minister, Talleyrand, besaß die Formen der früheren Diplomatie in einer gewissen Vollendung; die wichtigsten Gesandtschaften besetzte er aus der Minorität des Adels von 1789. Sein Auftreten war überhaupt das eines geborenen Fürsten, der zur Regierung kommt.

Wir wissen: nicht eigentlich der Coalition fand er sich gegenüber, sie war bereits zerfallen. Der Feinde, die ihm entgegenstanden, waren nur zwei: England und Oesterreich. Er bot dem Einen und dem Andern Frieden an. Die Antwort der Engländer war: die Staatsveränderung in Frankreich flöße ihnen noch kein Vertrauen ein; noch immer dachten sie an eine Wiederherstellung der Bourbonen. Den Kaiser von Oesterreich forderte Bonaparte zu Unterhandlungen auf den Grund des Friedens von Campo-Formio auf. Der Wiener Hof wollte jedoch nur auf dem Grund des jetzigen Status quo unterhandeln, wodurch er Meister von Italien geblieben [1]). Der durch die Verluste der Republik herbeigerufene General konnte aber nicht gemeint sein, diese zu sanktioniren.

Im Frühjahr 1800 brach der Krieg der Franzosen gegen Oesterreich wieder in vollen Flammen aus. In Deutschland leisteten die Oesterreicher den französischen Angriffen auch ohne fremde Hülfe nachhaltigen Widerstand. Nur mit großen Anstrengungen wurden sie genöthigt, aus ihren Stellungen bei Ulm zu weichen. Moreau überschritt die Donau: er nahm eine Position an der Isar, aber dann entschloß er sich doch zu einem Waffenstillstand, zu Parsdorf (15. Juli).

Bei weitem großartiger und entscheidend war der Krieg, den Bonaparte auf den alten Schauplätzen seines Ruhmes in Oberitalien erneuerte. Bei Marengo behielt er nach mancherlei Schwankungen des Würfelspieles der Schlacht endlich das Feld. Er brachte die französische Macht mit einem Male wieder auf den Standpunkt von 1797 empor. In ihm kam das Princip der erobernden Revolution stärker, als jemals früher zur Erscheinung;

1) Die Correspondenz zwischen Talleyrand und Thugut bei Du Casse Histoire des négociations diplomatiques. II, 6.

doch war die Feindseligkeit, die sich demselben entgegensetzte, nicht mehr so entschieden, wie bei dem ersten Anlauf der verbundenen Mächte.

Noch auf dem Schlachtfelde von Marengo hatte Bonaparte dem kaiserlichen Hofe Anträge gemacht, die zu Friedensprälimi- narien führten, durch welche die Herstellung des Vertrages von Campo-Formio eingeleitet wurde. Schließlich aber wurden die- selben doch von dem Wiener Hofe verworfen. Die erneuerte Allianz mit England verschaffte dem Kaiser Franz das Mittel, die unerschöpflichen Streitkräfte seines Reiches nochmals anzu- spannen und ins Feld zu führen. Aufs Neue ward ein Con- greß in Vorschlag gebracht, auf welchem man den allgemeinen Frieden zu schließen suchen werde. Schon ward Luneville dafür bestimmt: doch waren die Dinge nicht soweit gediehen, als daß man einen nochmaligen Gang der Waffen nicht hätte erwarten dürfen.

England und Oesterreich standen auch fortan dem ersten Consul gegenüber. Aber Rußland steckte das Schwert in die Scheide. Die Auflösung der Coalition bahnte insofern eine neue Wendung der europäischen Geschicke an, als der diametrale Ge- gensatz zwischen den verbündeten Mächten und der französischen Republik, der bis jetzt den Gesichtskreis erfüllte, wenigstens auf dem Continent zurücktrat.

Es konnte keine politische Veränderung geben, von welcher Preußen wesentlicher berührt worden wäre. Friedrich Wilhelm III. gerieth dadurch in eine Stellung, die mit der seines Vaters gleichartig, doch von derselben wieder sehr verschieden war. Denn während Friedrich Wilhelm II. von Rußland nur immer zu Feindseligkeiten gegen Frankreich angetrieben worden war, trat nun von Rußland her eine entgegengesetzte Einwirkung ein. Statt von der Coalition fortgezogen zu werden, sah Preußen auf einmal einen mächtigen Bundesgenossen für den Frieden und die Vermittlung an seiner Seite. Und wenn die österreichische Politik auch in Bezug auf Preußen bisher von Rußland unter- stützt wurde, so erschien dieses jetzt in heftigem Antagonismus gegen Oesterreich.

Die Entzweiung zwischen Rußland und Oesterreich hatte die unmittelbare Folge, daß Rußland und Preußen ihre besonderen Verbindungen wieder erneuerten. Gleich bei dem Regierungsantritt Pauls I. war in Berlin die Absicht gefaßt worden, eine Mediation zwischen Frankreich und Rußland zu versuchen. In diesem Sinne arbeitete Graf Brühl, der damals nach Petersburg geschickt wurde. Der Versuch aber scheiterte daran, daß der geheime Traktat vom 5. August 1796 Kaiser Paul I. von der preußischen Regierung mitgetheilt wurde. Das preußische Kabinet hatte gehofft, ihn durch das Vertrauen, das es ihm bewies, zu gewinnen, aber der Inhalt der vertraulichen Mittheilung brachte die entgegengesetzte Wirkung hervor. Paul I. gerieth in eine lebhafte legitimistische Aufwallung, die dann dazu beigetragen haben mag, daß er zu der Verbindung mit Oesterreich die Hand bot, welche zum zweiten Coalitionskrieg führte. Nun aber hatte sich gezeigt, daß Oesterreich die Ideen der Restauration, welche Paul I. mit Enthusiasmus ergriffen hatte, eben so wenig zu dem Leitstern seiner Politik machte, als Preußen; daß es vielmehr den Gedanken des Uebergewichtes in Italien ohne alle Rücksicht auf Legitimität oder Revolution verfolgte, so daß Paul I. den preußischen Eröffnungen wieder sein Ohr lieh. Preußen, das seine Neutralität nicht ohne Schwanken, aber doch thatsächlich festgehalten hatte, konnte dann wirklich auf den Gedanken der Mediation zurückkommen, der, wenn Rußland beitrat, eine großartige Einwirkung auf die künftigen Geschicke der Welt auszuüben versprach. Neutralität und Mediation waren die Grundgedanken der preußischen Politik.

Preußen hatte bisher vergebens auf die Erneuerung der Allianz, die im Jahre 1792 mit Rußland abgeschlossen war, angetragen: im Jahre 1800 war es Kaiser Paul, der sie anbot. Die seit der letzten Theilung von Polen eingetretene unmittelbare Grenzberührung machte sie für Preußen doppelt wünschenswerth. König Friedrich Wilhelm III. sprach sich lebhaft dafür aus; er gab die Ueberzeugung kund, daß diese Allianz über-

haupt das wichtigste aller politischen Verhältnisse sei, in denen Preußen stehe. Er urtheilte: der gewöhnliche Einwand gegen alle Allianzen, daß der ruhige Staat durch den unruhigen Bundesgenossen fortgerissen werde, finde hier nicht statt, da die geographische Lage von Rußland die Streitigkeiten desselben beschränke. Ueber die Hauptartikel könne kein Zweifel entstehen; er setzte fest, daß darin von Frankreich nicht die Rede sein sollte. Auch die geheimen Artikel, z. B. über die Garantie von Oldenburg und Delmenhorst und die gegenseitige Hülfe böten keine Schwierigkeit dar. Im April 1800 brachte der russische Geschäftsträger Krüdener ein Projekt für die Erneuerung der Allianz ein, welches sich von der letzten von 1792 namentlich dadurch unterschied, daß es einige damals ausgelassene Artikel von 1772 wieder einfügte. Haugwitz machte einen Gegenentwurf, welcher die Grundlage des neuen Traktates geworden ist. Ein einziger Artikel, der sich auf die Remonte der preußischen Kavallerie aus der Ukraine bezog, wurde von dem Kaiser aus dem Traktat gestrichen; sein Inhalt jedoch durch eine besondere Erklärung im Wesentlichen bestätigt. Der Traktat wurde am 28. Juli 1800, nicht lange nach der Schlacht von Marengo, unterzeichnet und im folgenden September durch einen besonderen Artikel über die an die Höfe von Schweden, Sachsen, Hannover, Hessen, sowie an die Türkei zu erlassende Einladung zum Beitritt erweitert.

Für Preußen bildete es an und für sich ein großes Ereigniß, daß es inmitten der drohenden und schwankenden Zeitverhältnisse sich einer Allianz, in welcher Friedrich der Große lange Zeit hindurch den Eckstein seiner Politik gesehen hatte, wieder versicherte. Zugleich sollte dieser Vertrag zum Angelpunkt einer Vereinigung des östlichen Europa werden, im Sinne der Ruhe und Pacifikation. Auch das nördliche Deutschland wurde darin aufgenommen. Wenn die Russen den Vorschlag machten, für den Frieden des südlichen Deutschlands ihrerseits zu sorgen, so nahm man das an dem preußischen Hofe doch nicht an. Der König

erwiderte: das werde eher zur Ausdehnung des Krieges, als zum Frieden führen, während er an den Grundsätzen der Neutralität, wie sie einmal bestand, festzuhalten entschlossen war.

Dem ersten Consul mußte es an sich willkommen sein, wenn Preußen, das vor Kurzem im Begriff gewesen war, sich an dem Kriege zu betheiligen, nunmehr eine vermittelnde Stellung einnahm. Im gesandtschaftlichen Verkehr brachte Talleyrand die Idee der Mediation ernstlich zur Sprache; er forderte Preußen auf, den Kaiser Paul von der Unersättlichkeit des Hauses Oesterreich zu unterrichten. Das war nun nicht nöthig; vielmehr wurde man in Berlin durch den russischen Gesandten selbst von den umfassenden Erwerbungsplänen, mit denen sich Thugut getragen hatte, in Kenntniß gesetzt [1]).

Von Napoleon Bonaparte, der den Frieden von Campo-Formio geschlossen hatte, durch welchen die Abtretung des linken Rheinufers festgesetzt, aber zugleich Preußen von jeder Entschädigung ausgeschlossen wurde, hätte man erwarten können: er werde an den Bestimmungen desselben, namentlich auch an den geheimen Artikeln, festhalten. Allein die Umstände waren indeß sehr verändert. Unmöglich konnte er noch gesonnen sein, einen Theil Baierns an Oesterreich zu überlassen; und die Verbindung Preußens mit Rußland, sowie dessen eigene Stellung machten es für ihn doppelt rathsam, das Berliner Kabinet darüber zu beruhigen.

Es war der erste Schritt der Annäherung Napoleon Bonapartes an Preußen, daß er demselben die Versicherung gab, mit Oesterreich nur unter Bedingungen Frieden zu schließen, welche Preußen annehmen könne, was bei einer einfachen Erneuerung

1) Auf einen Zweifel an der Realität der österreichischen Prätentionen, welchen Haugwitz äußerte, versicherte Krüdener, man kenne sie aus den Mittheilungen Englands auf das Bestimmteste: l'Autriche avait déclaré à l'Angleterre que les provinces désignées étaient l'indemnité pour ses pertes et pour les frais des campagnes précédentes et qu'il lui fallait un surcroît de dédommagement pour la campagne de 1800 et les suivantes s'il y avait lieu.

des Friedens von Campo=Formio nicht der Fall gewesen wäre. Er forderte aber dafür einige Gegendienste, von denen der wichtigste darin bestand, daß Preußen die Entfernung der russischen Truppen von den normannischen Inseln, von wo sie Frankreich unmittelbar bedrohten, bewirken solle. Paul I. setzte dem keine Schwierigkeiten entgegen; er erklärte sich zur Entfernung seiner Truppen von Jersey und Guernsey bereit, jedoch nur aus Rücksicht auf Preußen.

Er dachte damals mit Preußen eine Convention zu schließen, durch welche die Regelung der allgemeinen Verhältnisse angebahnt werden sollte. Er schlug dazu folgende Punkte vor: Pacifikation von Deutschland mit der Erhaltung der Integrität des Reiches, wenn irgend möglich Vermeidung aller Säkularisationen; gegenseitige Garantie gegen die ehrgeizigen Absichten Oesterreichs, das man nicht stürzen, aber in Schranken halten wolle. Sollte vollends Oesterreich sich mit Frankreich verbinden, um Deutschland zu berauben und sich in Italien zu vergrößern, so sollte eine Offensiv = Allianz von Preußen und Rußland dagegen geschlossen werden. Dieser offensiven Richtung gegen Oesterreich pflichtete man in Berlin doch nicht bei.

In Bezug auf den ersten Artikel dagegen hatte Preußen selbst die Initiative ergriffen. Es hatte durch Beurnonville erklären lassen, daß es auf Nichts eingehen könne, was den Verlust des linken Rheinufers für das deutsche Reich, namentlich seines Bollwerkes Mainz herbeiführen werde.

Die vereinte Aktion Rußlands und Preußens ging also dahin, im Gegensatz mit Oesterreich, welches in dem Frieden von Campo = Formio die Abtretung des linken Rheinufers im Allgemeinen zugegeben hatte, die Behauptung desselben durchzusetzen. Damit aber stießen die beiden Mächte mit dem eigensten Interesse von Frankreich zusammen. Der erste Consul erwiderte: daß er von der Erwerbung des linken Rheinufers nicht abstehen könne, da sie von der französischen Republik angenommen worden sei. In diesem Verlangen, den Rhein zur Grenze von Frankreich zu

machen, lag, wie wir wissen, der eigentliche Moment der Feindseligkeiten der französischen Republik gegen das deutsche Reich. Bonaparte konnte davon nicht zurücktreten. In dieser Hinsicht war seine Politik mit der Politik der Republik identisch. Er war der Repräsentant der auf die Erweiterung der Grenzen gerichteten Intention der Franzosen: er konnte sich nicht von derselben trennen.

Das Verhältniß zu Frankreich war nun aber nicht das einzige, was die beiden Mächte in Betracht zogen. Fast noch mehr wurden sie durch das Verhältniß zu Oesterreich beschäftigt. Man zog in Erwägung, welche Schranken für Oesterreich festzusetzen seien, zur Sicherheit von Preußen: wie ferner das deutsche Reich, das Haus Pfalz und die italienischen Fürsten aufrechterhalten werden könnten. Ueber Allem schwebte wieder die alte Besorgniß, daß es zwischen Frankreich und Oesterreich zu einer Abkunft kommen könne, die den beiden anderen Mächten nachtheilig sein könnte.

Der preußische Gesandte, der im August 1800 nach Petersburg geschickt wurde, erhielt den Auftrag: in Erinnerung zu bringen, daß auf der anderen Seite das französische Interesse einer übermächtigen Vergrößerung von Oesterreich ebenso gut entgegen laufe, wie das der beiden Höfe. Würde die österreichische Begehrlichkeit zurückgedrängt, so würde man nichts mehr zu fürchten haben, weder für das Haus Baiern in Deutschland, noch für die italienischen Fürstenthümer. Um diesen Zweck zu erreichen, würde eine Pacifikation zwischen Frankreich und Rußland, um deren Vermittlung der König ersucht worden sei, sich überaus nützlich erweisen[1]).

Am Petersburger Hofe war man ebenfalls überzeugt, daß man keine Zeit verlieren dürfe, um einer verderblichen Ueberein-

1) La convoitise de l'Autriche une fois réprimée dans de justes bornes, il y aura beaucoup moins à craindre pour le sort de l'Allemagne, pour le patrimoine de l'Électeur Palatin et pour les possessions des princes d'Italie.

kunft zwischen Oesterreich und Frankreich zuvorzukommen. Kaiser Paul erklärte sich bereit, auf die von Preußen vorgeschlagene Pacifikation mit Frankreich einzugehen; seine Bedingungen waren: Erhaltung von Baiern, Herstellung von Sardinien, Sicherheit von Neapel. Die Integrität des Reiches werde man aufrecht erhalten, es wäre denn, daß das Reichsoberhaupt selbst davon abstünde. Sollte sich Oesterreich auf Kosten des Reiches vergrößern, so würde Preußen von Rußland unterstützt werden, um das Gleichgewicht zu behaupten: doch solle das nur in der äußersten Noth geschehen. Dergestalt nahmen Preußen und Rußland eine sehr bedeutende Stellung ein, insofern sie auf die allgemeine Pacifikation einen ihren Interessen entsprechenden Einfluß auszuüben suchten und sehr im Stande dazu waren. Den weiteren Uebergriffen der einen und der anderen der kriegführenden Mächte schien ein unüberwindlicher Damm entgegengesetzt zu sein. Kaiser Paul sprach von der Aufstellung zweier Heere, die in Verbindung mit den preußischen Waffen das Gleichgewicht wahren sollten.

Indem nun aber Preußen das Ziel seiner Politik zu erreichen glaubte, mußte es wahrnehmen, daß das Einverständniß mit Rußland keineswegs ein so vollkommenes war, als man gemeint hatte. Auf Friedrich Wilhelm III. machte es einen gewissen Eindruck, daß die Zurücksendung der russischen Kriegsgefangenen, zu der er selbst gerathen hatte, ohne seine Dazwischenkunft ausgeführt wurde. Noch bei weitem schwerer fiel eine andere Transaktion ins Gewicht, durch welche Friedrich Wilhelm aus seiner Neutralitäts-Politik herausgetrieben und sogar auf eine oder die andere Weise wieder in den Krieg verwickelt zu werden fürchtete.

Von der intimsten Vereinigung mit England war der Czar — denn er liebte die Extreme — zur heftigen Feindseligkeit gegen diese Macht übergegangen.

Am 28. August 1800 legten die russischen Minister den Gesandten von Dänemark, Schweden und Preußen den Entwurf zu einer Erneuerung der bewaffneten Neutralität des Jahres 1780

vor. Dem Kaiser kam es, wie er durch Krüdener in Berlin aussprechen ließ, nicht auf die allgemeine Accession zu diesen Maßregeln an, sondern darauf, daß die Flaggen der verbündeten Mächte in den ihnen angehörigen Häfen respektirt würden. Eine zwischen Dänemark und England ausgebrochene Streitigkeit über die Wegnahme der Fregatte Freya war wieder beigelegt, aber Dänemark fürchtete, daß bei der Verschiedenheit der Prinzipien der Streit jeden Augenblick wieder ausbrechen könne; man müsse England durch die Erneuerung der Neutralität zwingen, gerechtere Grundsätze anzunehmen [1]).

Wenn Preußen sich bereit finden ließ, auf eine solche Convention einzugehen, so hatte das an sich doch so viel nicht zu bedeuten, da es ohne alle Seemacht war.

Von großer eventueller Wichtigkeit aber war die Convention, die gegen Ende des Jahres 1800 zwischen Rußland, Schweden und Dänemark getroffen wurde, nach welcher man sich im Frühjahr zu einer gemeinschaftlichen Aktion gegen England vereinigen wollte. Die Zahl der Linienschiffe und Fregatten, welche jede Macht in See zu stellen habe, wurde festgesetzt. Die Ostsee soll als geschlossenes Meer betrachtet und dafür erklärt werden. Von Seiten Englands kam es über den Vertrag mit Preußen nur zu einer Correspondenz, dagegen zu einer heftigen Explikation mit Rußland, Dänemark und Schweden.

Es leuchtet ein, wie sehr erwünscht die nordische Verwicklung dem ersten Consul sein mußte. Die Aufwallungen Kaiser Pauls I. kamen ihm, wie gegen Oesterreich, so auch gegen England mächtig zu statten. Der erste Consul ließ durch Bourgoing in Dänemark ankündigen, daß er bereit sei, sich den gegen die englische Usurpation der Seeherrschaft vorgeschlagenen

1) Le but de la neutralité doit être de porter la Grande-Bretagne par des représentations communes et vigoureuses à entrer en négociation pour concilier les principes dont la différence force les gouvernements neutres à s'armer pour la défense de leurs droits et pour suppléer par cet accord des principes au défaut d'un code maritime généralement reconnu.

Maßregeln anzuschließen, überdies auch Spanien und andere Mächte dazu herbeizuziehen. In Dänemark lehnte man das ab: denn die Convention beziehe sich nur auf das Recht der Neutralen; Frankreich möge das bei seinem Friedensschluß mit England zur Anerkennung bringen. Dieser Zurückweisung zum Trotz wirkte doch die nordische Convention sichtlich auf die allgemeinen Verhältnisse ein; auch auf die Negoziationen mit Oesterreich, indem man voraussetzte, daß Oesterreich in seiner Hartnäckigkeit von England bestärkt werde.

Unter diesen Umständen ließ Kaiser Paul I. in Folge einer unmittelbaren Annäherung Bonapartes die Bedingungen angeben, auf die er Frieden mit Frankreich schließen werde. Es waren vor Allem: Räumung von Malta, das den Johannitern, deren Großmeister der Kaiser sei, zurückgegeben werden müsse; ferner Herstellung der Königreiche von Neapel und Sardinien, sowie der Gebiete von Baiern und Würtemberg. Diese Anträge wurden dem preußischen Hofe mitgetheilt; der russische Gesandte Sprengporten, der sie nach Paris überbrachte, nahm seinen Weg über Berlin.

Auf den ersten Consul machten diese Vorschläge großen Eindruck: denn im Wesentlichen entsprachen sie seinem Hauptinteresse gegen Oesterreich. Er gab nun auch seinerseits zu erkennen, auf welchen Grundlagen eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland stattfinden könne. Es waren vornehmlich folgende: Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, ferner Garantie von Baiern und Würtemberg, sodann Erhaltung von Neapel und innerhalb gewisser Grenzen des Kirchenstaates; Herstellung von Sardinien, mit Ausnahme von Savoyen und Novarese. Ueber die Entschädigung der durch die Abtretung des linken Rheinufers in Nachtheil gerathenen Fürsten sollte eine Abkunft zwischen Frankreich, Preußen und Rußland geschlossen werden. So kam die große Frage über die Abtretung des linken Rheinufers und die durch dieselbe erforderlich werdende Veränderung in Deutschland in unmittelbare und dringende Erörterung.

Paul I. ging darauf ein, weil seine Antipathie damals gegen England und gegen Oesterreich gerichtet war, nicht gegen Frankreich. Er wollte den Feindseligkeiten mit Frankreich ein Ende machen.

Sollte nun Preußen, welches die Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich vermittelt, sich dieser Uebereinkunft widersetzen? Es würde dadurch zur Erneuerung des Friedens von Campo-Formio, der doch im Gegensatz gegen Preußen geschlossen worden war, Veranlassung gegeben haben. In einem Schreiben vom 19. November 1800 spricht Haugwitz seine Meinung über die von Bonaparte gestellten Bedingungen aus. Die Abtretung des linken Rheinufers nimmt er an, obwohl sich, wie er sagt, seine Feder sträube, einen so ungeheueren Verlust des deutschen Reiches zu sanktioniren [1]. Aber er behauptet: die Schuld davon falle auf Oesterreich; die beiden Monarchen hätten Alles gethan, was sich dagegen habe thun lassen. Die Bedingungen ablehnen, würde heißen, den Krieg unter den ungünstigsten Umständen wieder aufnehmen wollen. Er machte dem Wiener Hofe zum Vorwurfe, daß er die vornehmsten Bollwerke des Reiches in französische Hände überlassen habe, zuerst Mainz, dann Ulm, Philippsburg, Ingolstadt. Wenn nun jenes große Zugeständniß sich nicht länger verweigern lasse, so müsse man um so mehr darauf Bedacht nehmen, das Uebergewicht der Franzosen in Deutschland nicht weiter um sich greifen zu lassen. Haugwitz dringt auf folgende Punkte: 1. Räumung des übrigen deutschen Gebietes durch die französischen Truppen, 2. Evacuation von Holland unter Garantie der drei Mächte, 3. Unabhängigkeit der Schweiz, 4. Erhaltung von Sardinien mit Entschädigung für Savoyen und Novarese.

Daß nun der erste Consul auf diese seine ganze Stellung umfassenden Bedingungen eingehen werde, ließ sich nicht erwarten; auch kamen sie zunächst nicht zur Erörterung. Bonaparte nahm einzig darauf Bedacht, die Abtretung des linken Rheinufers zu

1) La plume se refuse à l'aveu fatal qui doit consacrer l'immense perte.

Stande zu bringen. Das größte Gewicht legte er auf die Forderungen, welche Oesterreich für die Herstellung des Friedens mache: durch die Gewährung derselben würde die österreichische Monarchie zu einer monströsen Vergrößerung gelangen; Frankreich habe diese nicht zu fürchten; aber höchst gefährlich würde sie für Preußen sein. Dennoch würde der allgemeine Wunsch der französischen Nation nach Frieden die Regierung nöthigen, auf die österreichischen Bedingungen einzugehen, wenn nicht die Abtretung des linken Rheinufers von Preußen garantirt werde, sowie die neue Einrichtung von Deutschland von französischer Seite garantirt werden solle.

Auf diese Weise ist die große deutsche Frage entschieden worden, nicht in Folge der Kriegsereignisse allein: es ist geschehen in Folge der Entzweiung zwischen Rußland und Oesterreich und der Verbindung, in welche Preußen damals mit Rußland trat. Preußen acceptirte die beiden Grundlagen, die schon zu Rastadt festgesetzt waren: Abtretung des linken Rheinufers und Entschädigung durch Säkularisation.

Es kam nun noch darauf an, inwiefern Oesterreich dahingebracht werden konnte, diesen Bedingungen beizutreten. Der Waffenstillstand dauerte noch, als Cobenzl, der zu Luneville mit allen möglichen Ehrenbezeugungen empfangen war, sich nach Paris begab, um die Unterhandlungen einzuleiten. Die Forderungen Oesterreichs waren in der That noch sehr hoch gespannt[1]: wenn die ihm in dem Frieden von Campo-Formio zugestandenen Vergrößerungen nicht in Ausführung gebracht würden, verlangte es Entschädigungen in Deutschland, die sich über die baierischen oder schwäbischen Gebiete ausdehnen sollten. Und das war nun die durch die Waffenentscheidungen und den Gang der Unterhandlungen herbeigeführte Stellung des ersten Consuls, daß er in diesen Angelegenheiten, denen Frankreich eigentlich fremd war, doch zu entscheiden hatte. Da er auf die öster=

1) Die Instruktion für Cobenzl bei Vivenot Vertraute Briefe Thuguts II, S. 466 ff.

reichischen Forderungen nicht eingehen wollte, so wurde die Verhandlung nach Luneville zurückverlegt, wo sich Joseph Bonaparte, der Bruder Napoleons, mit Cobenzl zusammenfand. Vor Allem mußten zwei vorläufige Fragen entschieden werden: ob Cobenzl ohne Theilnahme von England, und ob er nur für den König von Ungarn und Böhmen oder zugleich für den Kaiser als Oberhaupt des Reiches zu unterhandeln Vollmacht habe[1]). Cobenzl antwortete: daß er ohne die Anwesenheit eines englischen Bevollmächtigten nicht verhandeln könne; ob er zugleich für Kaiser und Reich verhandeln dürfe, darüber wollte er erst die Weisungen seines Hofes einholen. Hierauf faßte nun Bonaparte einen seiner Stellung und Sinnesweise entsprechenden Entschluß.

Da die Unterhandlungen keinerlei Aussicht darboten; so mußte noch einmal ein Waffengang versucht werden. Die Entscheidung erfolgte durch die Schlacht von Hohenlinden, in welcher die Baiern zur Seite der Oesterreicher fochten. Das deutsche Heer erlitt eine vollständige Niederlage (3. Dezember). Oesterreich mußte es für ein Glück halten, daß ein neuer Waffenstillstand geschlossen wurde, der die drückendsten Bedingungen auf der deutschen Seite in sich schloß: der Preis derselben war die Sicherung Oesterreichs auf der italienischen. Cobenzl ließ nunmehr verlauten, daß er ohne Theilnahme von England unterhandeln werde; nach einigem Zögern erklärte er sich ermächtigt, für seinen Herren zugleich in dessen Eigenschaft als Oberhaupt des deutschen Reiches zu unterhandeln[2]): Erklärungen, welche der Zweck des eben vollzogenen Waffenganges von französischer Seite gewesen waren.

Daß Oesterreich zu Grunde gerichtet werden sollte, war keineswegs der Sinn von Rußland und Preußen; sie hielten an der Existenz Oesterreichs als großer Macht fest: sie wollten demselben nur kein Uebergewicht über ihre eigene zugestehen. Die Lage der Dinge war so, daß Bonaparte den Frieden diktiren konnte. In

1) Die Instruktion für Joseph Bonaparte vom 25. Oktober 1800 bei Du Casse II, 45.

2) Cobenzls Erklärungen vom 26. Dezember 1800 und vom 25. Januar 1801 bei Du Casse II. S. 188. 268.

dieser Beziehung waltete gleichsam ein Einverständniß zwischen Frankreich, Rußland und Preußen ob, von welchem dann die Unterhandlungen beherrscht wurden. Noch einmal machte Cobenzl einen Versuch, den ersten Consul zu einem Frieden mehr im Sinne von Oesterreich zu vermögen; die beiden anderen Mächte bezeichnete er als schlechtgesinnte, mit denen man nichts zu theilen haben dürfe. Aber weder für Italien, noch für Deutschland konnte er etwas erreichen. Dort im Gebiet seiner eigenen Eroberung bewilligte Napoleon Bonaparte nur die Etschgrenze. Ueber die zweite Hauptfrage, welche Deutschland anging, war er bereits mit Preußen einverstanden. Das Princip der Säkularisation war von dem Reiche schon angenommen. Auch Kaiser Franz konnte Nichts dagegen haben, da seine nächsten Verwandten, der Großherzog von Toscana und der Herzog von Modena, für ihre italienischen Gebiete, die ihnen Frankreich entrissen, in Deutschland entschädigt werden sollten. Am 9. Februar 1801 mußte Cobenzl den Frieden unterzeichnen.

Im sechsten Artikel wird die vollständige Abtretung des linken Rheinufers ohne jene zum Nachtheil Preußens eingeschalteten Clauseln des Traktates von Campo-Formio angenommen, so daß der Thalweg des Rheines fortan die Grenze zwischen dem deutschen Reiche und der französischen Republik bilden soll; die erblichen Fürsten, die dabei in Nachtheil gerathen, sollen auf dem rechten Rheinufer entschädigt werden. Die Reichsverfassung soll bestehen. Sehr wesentlich ist, daß die Entschädigungen ausdrücklich nur den weltlichen Fürsten zugewandt werden; der geistlichen wird dabei nicht gedacht[1]). Darin lag, daß nicht etwa die hierarchische Verfassung, wie der Wiener Hof es wünschte, im Reiche auf die eine oder die an-

1) Im 7. Artikel heißt es: il est convenu entre sa Majesté l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire Germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au Congrès de Rastadt l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin dédommagement qui sera pris dans le sein dudit empire.

dere Weise aufrecht erhalten werden konnte[1]). Es war die entscheidende Rückwirkung der Abtretung des linken Rheinufers auf das innere Deutschland. Oesterreich hatte die Abtretung schon in Leoben vorläufig angenommen; in Campo Formio aber durch einige Bestimmungen, die in seinem Interesse lagen, zu beschränken gesucht. In Rastadt war die Sache doch nicht geradehin zu seinen Gunsten entschieden worden. Vergeblich hatte es versucht, in den Conferenzen zu Berlin die Beibehaltung der hierarchischen Verfassung annehmlich zu machen. Dann war der Krieg aufs Neue ausgebrochen, der die größten Hoffnungen auf beiden Seiten erweckte; aber durch den Abfall von Rußland und die Siege Bonapartes hatte Alles eine andere Gestalt gewonnen. Bonaparte, der in Campo Formio auf der Seite von Oesterreich gestanden, trat in Luneville auf die entgegengesetzte: Rußland und Preußen willigten in die Abtretung der Rheinlande, weil sie sonst eine Vergrößerung von Oesterreich zu fürchten hatten, die ihnen widerwärtig, vielleicht gefährlich gewesen sein würde; sie nahmen die Abtretung unter der Voraussetzung an, daß die Entschädigung nur eben den weltlichen, nicht den geistlichen Fürsten zu Theil werden sollte[2]).

Den Festsetzungen des Friedens gemäß betrifft der Verlust das Reich in seiner Gesammtheit. Dieses soll die Entschädigung aus den Reichsgebieten gewähren. Der äußere Verlust ist vollständig und unbedingt. Die daraus resultirenden inneren Veränderungen aber sind weiterer Deliberation vorbehalten. Der Kaiser nimmt diese Festsetzungen als Reichsoberhaupt an und zwar zugleich im Namen des Reichstages. In der That ließ die Ratifikation des Reiches nicht auf sich warten: sie erfolgte bereits, unter Beistimmung Brandenburgs, am 7. März 1801.

1) Bedeutend für die Frage ist eine Note Talleyrands vom 24. Januar 1801, in welcher es heißt: L'Autriche nous propose d'abandonner les princes dépossédés et le système des sécularisations. Ce serait discréditer à jamais la France et l'Empire, ce serait fortifier encore le parti ecclesiastique et y assurer la toute puissance de l'Autriche. Du Casse II. S. 240.

2) La Russie et la Prusse manifestent un intérêt égal a ce que l'Empereur ne soit pas trop puissant en Italie et à ce que les princes héréditaires dépossédés à la rive gauche du Rhin obtiennent une indemnité en Allemagne. Talleyrand in der erwähnten Note vom 24. Januar. Du Casse II. S. 241.

Durch den Frieden von Luneville vollendete Napoleon Bonaparte die Usurpation der höchsten Gewalt, die ihm in Frankreich gelungen war; er hatte dieser selbst durch die inneren Einrichtungen, die er traf, durch seine Administration überhaupt eine feste Basis gegeben. Daß sich aus der Revolution wenngleich auf ihren Grundlagen, aber doch selbständig die Monarchie erhob, war an und für sich ein großes und weltbeherrschendes Ereigniß. Man könnte Napoleon Bonaparte mit Ludwig XIV. vergleichen, dessen Stärke darauf beruhte, daß er die Elemente der altfranzösischen Verfassung in einer kräftigen Hand vereinigte und zu Einem Willen condensirte. So wußte Bonaparte die revolutionären Elemente, in wiefern sie zu einer einheitlichen Gewalt zusammenwirkten, zu Einem Willen zu condensiren. Er beherrschte und repräsentirte sie zugleich; darin lag die vornehmste Springfeder seiner Einwirkung auf Europa. Auf dem Continent trat er bereits als die entscheidende Potenz hervor; er hatte durch das Glück seiner Waffen das verlorene Uebergewicht von Frankreich erneuert. Wir wissen, wie sehr er dabei durch die Scission zwischen Rußland und Oesterreich unterstützt wurde. Bei der Benutzung derselben zeigte er eben so viel politisches Talent, wie militärisches auf dem Schlachtfelde und administratives in der inneren Verwaltung. Binnen anderthalb Jahren hatte er sich eine beherrschende Stellung in Europa verschafft: die Geschicke von Deutschland und Italien lagen in seiner Hand.

Wenn in dem Frieden von Luneville nicht alle Fragen entschieden wurden, so kann man das nicht als einen Fehler betrachten: wahrscheinlich war es wohl bedacht. Eben darin lag die Zukunft des neuen Herrschers, daß noch so Vieles zu entscheiden übrig blieb: was dann nicht ohne seine unmittelbare Einwirkung geschehen sollte.

Italien und Deutschland, geistliche und weltliche Verfassung, bildeten den Schauplatz einer durchgreifenden Thätigkeit für seine Macht und seinen Ehrgeiz.

Siebentes Capitel.

Territoriale Umwandlung Deutschlands.

Dahin war es nun mit dem deutschen Reiche gekommen, daß sein Bestehen und seine Umgestaltung in dem großen Complex der Verwicklungen doch nur eine secundäre Angelegenheit ausmachte: für die deutschen Mächte und die deutsche Nation freilich die wichtigste von allen. Die vornehmste der vorliegenden Fragen war, bis zu welcher Ausdehnung das Princip der Säkularisation in Anwendung kommen würde. In dem Frieden von Luneville war es noch nicht in aller Form angenommen, aber durch die ausdrückliche Beziehung auf den Beschluß von Rastadt wurde es anerkannt, nur noch mit dem Vorbehalt einer deutschen Gesammtverfassung überhaupt.

Wenn man den Gang der deutschen Geschichte seit König Pipin und dem heiligen Bonifacius erwägt, so lag beinahe das Hauptmoment desselben in der Errichtung und dem Emporkommen der geistlichen Fürstenthümer. Die Bischöfe nahmen Antheil an der höchsten weltlichen Gewalt, was der Idee derselben insofern entsprach, als das Kaiserthum zugleich eine geistliche Autorität in sich trug. Durch die Entzweiungen zwischen Kaisern und Päpsten geschah es, daß die geistlichen Fürsten sich an den Stuhl zu Rom anschlossen und dadurch zugleich ein dem Reiche an sich fremdes Element in die Verwaltung der höchsten Autorität brachten. In dem Reformationszeitalter wurde nun der Versuch gemacht, das Reich in den ungeschmälerten Besitz dieser Autorität wiederherzustellen. Bei dem Uebergang aus dem 16. in's 17. Jahrhundert war die Absicht, nicht etwa die geistlichen Fürstenthümer auf-

zulösen, aber sie von dem römischen Hofe zu emancipiren: sie sollten ebenso gut protestantischen wie katholischen Fürsten eröffnet sein. Dagegen erfolgte nun die gewaltsamste Reaktion in den Zeiten des dreißigjährigen Krieges, die vor Allem darauf beruhte, daß das Kaiserthum mit den geistlichen Fürsten, inwiefern sie sich dem Papste anschlossen, gemeinschaftliche Sache machte. Ein Augenblick ist eingetreten, wo man zu dem Ziele, welches eine Exstirpation des Protestantismus in sich enthielt, gelangen zu können glaubte. Aber der Erfolg war ein entgegengesetzter: ein ansehnlicher Theil der geistlichen Fürstenthümer mußte aufgegeben und dem Protestantismus überlassen werden. Dessen ungeachtet behauptete sich die hierarchische Verfassung; sie blieb auch im 17. und 18. Jahrhundert eine der vornehmsten Stützen des Kaiserthums, welches jedoch, von dem Wechsel der Ereignisse betroffen, auch wieder andere Wege verfolgte. Wenn dann die emporkommende Macht Preußens sich hauptsächlich darauf begründete, daß es die Selbständigkeit der Reichsstände durch seine Waffenmacht vertrat, so schloß es doch die geistlichen Stände von ihrem Antheil an derselben nicht aus. Der Fürstenbund zielte auf eine allgemeine ständische Vereinigung, eingeschlossen die geistlichen Fürsten, im Gegensatz gegen die einseitige Verwaltung des Kaiserthums. Daher kam es denn, daß das Haus Oesterreich an dem Bestehen derselben weniger Antheil nahm als bisher. In dem josephinischen Zeitalter ist ein großartiger Plan zu einer allgemeinen Säkularisation gefaßt worden, durch welchen man den Vortheil, welchen Preußen aus seiner ständischen Haltung zog, zu vernichten und Oesterreich selbst zu verstärken gedachte. Man hat behauptet, der Plan habe bei jener Zusammenkunft Joseph's mit Katharina II. in Cherson vorgelegen. Aber auch abgesehen hievon ist Inhalt und Tendenz der Vorschläge von hoher Bedeutung, und verdient es wohl, ins Gedächtniß zurückgerufen zu werden.

Alles ging von den großen niederländischen Projekten des Kaisers aus. Ein neues Erzherzogthum Burgund sollte aus den österreichischen und einem Theil der vereinigten Niederlande ge-

bildet werden, welchem überdies der größte Theil der Gebiete von Trier und Cöln zufallen sollte. Die Provinzen Holland, Geldern, Gröningen und Utrecht sollten ein neues erbliches Königthum für das Haus Oranien constituiren. Beide, Oranien und Burgund, sollten Sitz und Stimme am Reichstage haben. In dem Reiche dachte man die Kreisverfassung aufzuheben, und von den alten Institutionen nur das Reichskammergericht, welches von den Kurfürsten besetzt werden sollte, und vor Allem die Erzkanzlerwürde zu erhalten. Dem Erzbischof von Mainz, der diese auch fortan bekleiden würde, waren Würzburg und einige andere geistliche Gebiete zugedacht. Man hatte im Sinne, — denn Joseph II. stand gut mit Frankreich —, demselben die Säkularisation von Straßburg zuzugestehen. In dem Norden Deutschlands sollten einige neue Herzogthümer gebildet werden: ein Herzogthum Westfalen durch die Einziehung des Ueberrestes von Cöln, von Münster und von Paderborn zu Gunsten von Kur-Brandenburg, ein Herzogthum Franken aus Bamberg, Eichstädt, Freisingen zu Gunsten Baierns, welchem die Expectanz auf die fränkischen Markgrafschaften zugedacht war. Für Würtemberg waren Augsburg, Constanz, Kempten und St. Gallen bestimmt; es sollte zu einem Herzogthum Schwaben erweitert und zur kurfürstlichen Würde erhoben werden. Oesterreich selbst behielt sich Salzburg, Berchtesgaden, Passau, Trient vor. Sachsen sollte mit Walkenried und einigen Städten, Hessen-Cassel durch Fulda, Corvey und die Stadt Erfurt befriedigt werden; Oldenburg sollte das Bisthum Lübeck auf immer erhalten.

Das ganze alte Deutschland wäre dergestalt mit einem Schlage verschwunden und hätte einer dynastischen Combination Platz gemacht. Und mit diesen Entwürfen verband man zugleich die Idee der Mediatisirung. Der Adel sollte zum Gehorsam gegen die Gebieter der Landschaften, in denen er ansässig sei, angewiesen werden [1]). Man darf diese Entwürfe als eine Reaktion gegen die

[1]) In der Schrift von Vreede „Hoe de Gevaren van Nederland al te wenden?“ wird dies Document mitgetheilt als „Projet de partage dont il

durch den Fürstenbund erworbene umfassende Stellung Preußens im Reiche betrachten. Denn nicht eine Gunst war es, wenn man ihm Westfalen überlassen wollte: es sollte dagegen Schlesien wieder verlieren.

Wenn nun jetzt aufs Neue von Säkularisationen die Rede war, so geschah das jedoch unter einer ganz anderen Constellation. Die Träger der Idee waren durchaus andere. Es war vor Allem das revolutionirte Frankreich, welches mit Oesterreich einen Kampf auf Leben und Tod ausfocht, und in seinem Inneren Säkularisationen der umfassendsten Art ausgeführt hatte. Die Hauptstadt der abendländischen Welt in geistlicher Beziehung war in die Hände der revolutionären Macht gefallen. In den Conflikten der Republik mit dem deutschen Reiche war der Grundsatz bereits angenommen, und von Oesterreich selbst genehmigt worden: nach dem Vorbild des Beschlusses von Rastadt mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß die Reichsverfassung dabei aufrecht erhalten werden sollte.

An dem Reichstag zu Regensburg, wo man den Luneviller Frieden ohne Verzug annahm, war man doch über den Sinn desselben keineswegs einverstanden. Nach der Auslegung, welche die geistlichen Fürsten demselben gaben, sollte wie der Verlust, so auch die Entschädigung dafür als eine Angelegenheit des Reiches in seiner Gesammtheit betrachtet werden. Die geistlichen Territorien würden zu der Entschädigung eben nur so weit herbeigezogen werden können, als es die aus der Abtretung des linken Rheinufers erwachsenen Ansprüche des weltlichen Fürstenthums unbedingt nothwendig machten; übrigens würde die deutsche Hierarchie in ihrem Bestande geblieben sein. In diesem Sinne sprach sich Oesterreich, dem die Einleitung des Geschäftes von Reichswegen überlassen war, durch seinen Gesandten in Berlin aus. Auch Oesterreich konnte, wie bemerkt, die Säkularisation nicht gradehin verwerfen; es mußte sie in einem sehr bedeutenden Umfange annehmen.

a été question, lors du voyage de Sa Majesté Impériale en Russie. (Septembre 1787).

Sein Hauptaugenmerk war die Ausstattung des Großherzogs von Toscana mit Salzburg und Passau. Stadion versicherte, daß man dabei nur eben eine Entschädigung desselben beabsichtige, was denn überhaupt der allgemeine Grundsatz sein müsse: die Entschädigung müsse nirgends über den Verlust hinausgehen; sie würde sich dann durchführen lassen, ohne daß die deutsche Hierarchie geradehin zerstört werde. Es waren dieselben Ideen, welche in den Berliner Conferenzen während der Zeit des Congresses zu Rastadt zum Vorschein gekommen waren. Preußen forderte eine Indemnisation der weltlichen Fürsten durch Säkularisationen ohne weitere Rücksicht auf das Bestehen der Hierarchie. Als die vornehmste Handlung des Grafen Haugwitz dürfte man ansehen, daß er sich von dem geistlichen Fürstenthum unbedingt lossagte. Seine Religiosität war nicht ohne rosenkreuzerischen Anflug: für die Existenz der geistlichen Fürstenthümer hatte er nicht die mindeste Sympathie. Was ihn am meisten interessirte, war das Wachsthum der preußischen Macht und ihr Gegensatz gegen Oesterreich. Schon der Vertrag vom 5. August 1796 war zu der Idee einer allgemeinen Säkularisation geschlossen. Dahin führte dann die Verflechtung der Angelegenheiten überhaupt mit einer Art von Nothwendigkeit. Denn es zeigte sich bald, daß der Großherzog von Toscana mit Salzburg und Passau noch nicht völlig entschädigt sein würde. Man nahm in Oesterreich doch wieder zu diesem Zweck einen Theil von Baiern in Anspruch. Sollte aber Baiern einen Verlust erleiden? Man faßte den Gedanken, es durch eine große Säkularisation und Mediatisirung von Reichsstädten zu entschädigen, wodurch dann der Bestand der bisherigen Verfassung sehr beeinträchtigt worden wäre. Auf der anderen Seite trat aber auch die Nothwendigkeit ein, das Haus Oranien durch deutsche Gebiete zu entschädigen, wie das schon durch den Frieden zu Campo Formio festgesetzt worden war[1]). Durch

1) Im 8. geheimen Artikel heißt es: Il sera donné une indemnité territoriale au Prince de Nassau-Dietz, ci-devant Stathouder de Hollande.

Erneuernng dieser Stipulation [1]) und die Losreißung Toscanas von Oesterreich hat der erste Consul in die deutschen Verhältnisse nochmals entscheidend eingegriffen. Es wäre unmöglich gewesen, mit den Entschädigungen des Erbstatthalters und des Großherzogs zu Stande zu kommen und zugleich den übrigen Anforderungen gerecht zu werden, so lange die geistlichen Stände in Deutschland bestehen blieben oder besondere Rücksicht fanden. Aber zwischen Oesterreich und Preußen war hierüber kein Verständniß zu treffen. Auch in die Reichsdeputation, die zur Erledigung der streitigen Punkte gebildet wurde, waren zwei geistliche Mitglieder aufgenommen. Die Ermächtigung, die dieser von dem Reichstage verliehen wurde, drückt sich über den vornehmsten Punkt noch sehr zweifelhaft aus: die Säkularisationen sollten mit der beschränkenden Vorsicht vorgenommen werden, die zur Erhaltung der Reichsconstitution in jeder Hinsicht erforderlich wäre [2]).

Der Kaiser nahm das Gutachten an und behielt sich bei den Berathungen die reichsoberhauptliche Initiative besonders vor. Schwerlich ließ sich aus diesen Berathungen ein anderes Resultat erwarten, als die Erhaltung wenigstens der geistlichen Kurstaaten, auf deren Zusammenwirken mit den weltlichen die Reichsverfassung hauptsächlich gegründet war.

Immer neue Streitigkeiten tauchten auf; eine der wichtigsten bei der Wahl eines Erzherzogs zum Erzbischof von Cöln, Bischof von Münster. Es kam darüber zu Explikationen zwischen den beiden Höfen, bei denen der österreichische trotz des Tones der Mäßigung, den er anschlug, doch die Nothwendigkeit des Bestehens der drei

1) Déclaration explicative de l'article 18 du traité de paix d'Amiens, le 27 mars 1802: il est entendu que l'indemnité stipulée en faveur de la Maison de Nassau ne pourra sous aucun rapport et d'aucune manière être à la charge de la République Batave, le gouvernement français se portant à cet effet garant envers ladite République.

2) In dem Reichsgutachten wird sehr ausdrücklich die Note vom 4. April 1798 als „Directiv=Norm" bezeichnet, in welcher die Maßregeln und beschränkenden Vorsichten gefordert werden, welche zur Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs in jeder Hinsicht, auch zur Wiederherstellung und Befestigung des darauf gegründeten Wohls der Stände, Reichsangehörigen und Unterthanen wesentlich erforderlich seien.

geistlichen Kurfürsten hervorhob. Auf diese Grundlage konnte Preußen keinen Pakt mit Oesterreich schließen. Der Kern der Frage liegt darin, inwiefern die bisherige Reichsverfassung mit hierarchischen Elementen auch fortan bestehen solle oder nicht. Man war übereingekommen, die Säkularisation eintreten zu lassen, aber man hatte sie nicht als ein constituirendes Princip ergriffen, was eine revolutionäre Intention kundgegeben hätte. Daß keine geistlichen Fürsten mehr bestehen sollten, war nicht ausgesprochen; aber ob auch fortan die Verfassung des Reiches auf dem hierarchischen Element beruhen sollte, wie in allen den letzten Jahrhunderten, war doch auch nicht bestimmt. Man konnte das Reich als solches bestehen lassen, aber die Gesammtverfassung auf das weltliche Fürstenthum gründen. Oesterreich nun und die hohe Geistlichkeit waren für das eine, Preußen und das weltliche Fürstenthum für das andere. Es war, wenn wir so sagen dürfen, die durch keine Unterhandlung auszutragende Frage, an welcher das alte deutsche Reich zu Grunde gegangen ist. Die entgegengesetzten Auffassungen blieben bei dem Wortlaut der Traktate beide möglich; sie entsprachen der Natur der beiden vorwaltenden Staaten. Oesterreich konnte die eine, Preußen die andere nicht aufgeben.

Es war nun nicht anders, als daß nun nochmals die beiden zunächst betheiligten europäischen Mächte in die deutschen Zwistigkeiten hineingezogen wurden. Von Frankreich wurde Preußen aufgefordert, sich nicht an die pedantischen Formen des Reiches zu kehren, sondern energisch die Initiative[1]) zu ergreifen: dann sei es der Unterstützung Frankreichs sicher.

Das erste entscheidende Wort enthielt ein Uebereinkommen zwischen dem russischen Gesandten und dem preußischen Minister, in welchem man festsetzte, daß die geistlichen Stände nur alsdann bestehen könnten, wenn der Ueberschuß der Indemnisation dazu hinreiche, ihnen eine würdige Existenz zu sichern. Vor Allem sollen die in Verlust gerathenen weltlichen Fürsten entschädigt werden. Man verbarg sich nicht, daß damit ein Umsturz der bisherigen Reichsver-

[1]) Häusser: Deutsche Geschichte 2, 364.

fassung überhaupt unvermeidlich sei. Der Beschluß war: dem Reiche eine andere Verfassung zu geben, die der alten so nahe wie möglich komme, aber doch für einen Jeden Ruhe und Sicherheit verbürge, also dem neuen Zustand entsprechen, ihn gleichsam garantiren sollte. Der Beistand von Rußland verschaffte den preußischen Ansichten das Uebergewicht.

Es ist der Moment, in welchem die tausendjährige Verfassung von Deutschland zusammenbrach, und die Aussicht auf eine neu zu gründende den veränderten Zuständen gemäß in den Gesichtskreis trat. Ihre Grundlage war die Unabhängigkeit des weltlichen Fürstenthums, welches nun einen Anlauf nahm, sich definitiv zu constituiren. Wir haben hier nicht den Fortgang dieser großen Auseinandersetzung in ihren Einzelheiten darzulegen. Wir begleiten das Verhalten des preußischen Staates dabei, welches noch von anderen gewichtigen Rücksichten seiner Gesammtlage bestimmt wurde.

Dabei tritt Hardenberg, den wir gleichsam aus den Augen verloren haben, wieder eingreifender auf. Er war bisher mit der Verwaltung der fränkischen Markgrafschaften beschäftigt. Mit dieser Stellung hängt dann sein Vorschlag zusammen, die Entschädigung, welche Preußen für seine Verluste zu fordern hatte, lieber in Schwaben und Franken zu suchen, als in Westfalen.

Der alte Freund Hardenberg's, Heynitz, war hiebei gegen ihn. Aber Haugwitz trat auf Seiten Hardenberg's; er empfahl die Annexion von Bamberg, Würzburg, Eichstädt, und einiger anderer Städte; er verbarg sich die Schwierigkeiten nicht, die sich dem entgegensetzten, aber er gab zugleich an, wie sie zu heben seien.

Der erste Consul, sagt er, werde wahrscheinlich eine Vergrößerung Preußens im südlichen Deutschland nicht gern sehen, zumal dadurch die Entschädigung des Hauses Oranien auf Westfalen zurückfallen müsse. Aber, fügt er hinzu, Oranien lasse sich anderweit in der Nähe seiner erblichen Besitzthümer befriedigen und auf die fränkischen Erwerbungen sei man ja französischer Seits eventuell schon eingegangen. Allerdings werde Oesterreich den

größten Widerstand leisten, allein wenn Preußen sich mit Rußland und Frankreich vereine, so werde Oesterreich dagegen nichts ausrichten. Zur Verbindung der preußischen Staaten würde die Erwerbung des Bisthums Hildesheim gehören. In Bezug auf die in Besitz zu nehmenden Reichsstädte werde Preußen nicht die einzige deutsche Macht bleiben, die sich daran betheilige. Der König entschied sich für diesen Entwurf, sprach aber noch den Wunsch aus, Osnabrück, Eichsfeld und Erfurt zu erwerben; er unterrichtete Lucchesini, der jetzt die Gesandtschaft in Paris übernommen hatte, von diesem Plane. Vor Allem trug man nur Sorge, den russischen Hof für denselben zu gewinnen. Man machte darauf aufmerksam, daß die Vergrößerungen in Franken dazu dienen würden, Oesterreichs Einfluß auf den Süden von Deutschland zu beschränken und es in Böhmen einzuschließen. Noch wichtiger ist eine andere Behauptung, die nur bei der engen Intimität mit Rußland, die damals herrschte, gemacht werden konnte, nämlich die: daß sich auf einen festen Frieden mit Frankreich doch nicht zählen lasse; der König müsse darauf denken, sich in seiner linken Flanke zu verstärken, um seine deutschen Mitstände gegen Frankreich besser vertheidigen zu können[1]). Um den Vorwurf allzu großer Begehrlichkeit abzulehnen, brachte man in Erinnerung, daß die abzutretenden linksrheinischen Provinzen, sehr wohl geordnet, ein sicheres Einkommen gewährten, die neu zu erwerbenden schlecht verwaltet und zugleich mit der Pflicht, die geistlichen Fürsten zu erhalten, beladen, nur geringe Erträge liefern würden. Wir erfahren, daß der König sehr ungern auf die Abtretung einging und hauptsächlich durch die Betrachtung dazu bewogen worden ist, daß jene Gebiete ihm persönlich keine Huldigung geleistet hatten[2]). Bei den Entschädigungen war der Gesichtspunkt,

1) Il a choisi de préférence ces acquisitions qui pourront lui servir un jour à reprendre en main avec d'autant plus de succès la défense de ses coétats.

2) Mittheilung von Haugwitz an Stadion, August 1801; in der Abhandlung von Beer Zur Geschichte der österreichischen Politik in den Jahren 1801 und 1802 im Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 52, S. 501.

daß Preußen und Oesterreich im Gleichgewicht stehen und Preußen verstärkt werden müsse, um seinen Verbündeten nützlich zu sein.

Man wurde damals von der Nachricht erschreckt, daß Oesterreich zur Entschädigung des Großherzogs von Toscana die beiden fränkischen Bisthümer bestimmt habe, und da nun in Paris einmal das Wort gefallen war, Preußen werde gut daran thun, wenn es sich unmittelbar in Besitz dessen setze, was es in Anspruch nehme, sendete man den Oberst Lecoq nach St. Petersburg, um Kaiser Paul von der Absicht zu unterrichten, die man habe, die beiden fränkischen Bisthümer wirklich in Besitz zu nehmen. Der russische Hof war damit nicht recht einverstanden; er hatte schon einen anderen Entschädigungsplan entworfen und nach Paris gelangen lassen, nach welchem die fränkischen Bisthümer an Würtemberg und Baiern fallen sollten. Würtemberg sollte überdies Berg und eine große Ausstattung in Westfalen erhalten. In Berlin war man doch darüber sehr betroffen. Man sprach den Wunsch aus, daß die neuen Instruktionen in Paris nicht mitgetheilt würden. Wirklich ließ sich der russische Gesandte Kolitscheff — es ist derselbe, der einmal an die Stelle Rasumowskys, der als zu gut österreichisch betrachtet wurde, nach Wien geschickt worden war, — dahin bringen, die so eben eingegangenen Instruktionen so lange unbenutzt zu lassen, bis sie durch neue bestätigt würden. Denn dahin war es durch die Entzweiung zwischen Oesterreich und Preußen gekommen, daß die Entscheidung hauptsächlich von dem Einverständnisse Rußlands und Frankreichs unter einander und mit Preußen abhängig wurde. Aber damit waren dann wieder die allgemeinen Angelegenheiten von Europa in unmittelbarem Contakt mit der deutschen Frage. Franzosen und Russen hatten jetzt ein gemeinschaftliches Interesse gegen die Engländer. Die Franzosen machten sich damals Hoffnung, daß Rußland, jetzt mit England zerfallen, ihnen gestatten werde, sich in Aegypten einzurichten und die Befreiung Indiens von der englischen Oberherrschaft nochmals zu versuchen.

In einer anderen Preußen unmittelbar berührenden Beziehung traten die Russen gleichsam in die Stelle der Franzosen.

Paul I., der die preußischen Absichten auf die fränkischen Bisthümer wenigstens nicht unterstützte, hatte einen anderen Gedanken gefaßt, der für den preußischen Staat von eminentem Vortheil zu werden versprach. Wenn bisher Hannover um der engdynastischen Verbindung willen, in der es mit der Krone England stand, von Preußen aus bedroht worden war, so brachte die Feindschaft, in welche Kaiser Paul sich gegen diese geworfen hatte, jetzt eine ähnliche Tendenz von Seiten Rußlands hervor. Am 23. Februar 1801 gab der Vertraute des Kaisers, Rostopschin, dem preußischen Gesandten Lusi die Nachricht, daß er durch eigenhändiges Schreiben seines Souveräns beauftragt worden sei, dem preußischen Kabinet die Besetzung von Hannover vorzuschlagen, als ein Mittel, sich gegen die Gewaltthätigkeiten des Londoner Hofes sicher zu stellen. Zugleich sollte sich der König von Preußen mit Rußland über die Forderung der Rückgabe Maltas an den Orden vereinigen, ohne welche Rußland keinen Frieden mit England schließen werde.

Wenn wir uns in jene Zeit zurückversetzen, wo alles Bestehende zusammenzubrechen drohte, und Jedermann die Hand nach neuen Erwerbungen ausstreckte, so erscheint die preußische Politik in einem Zusammenhang ihrer Entwürfe, der mehr andeutet, als eine schnöde Begehrlichkeit und wenigstens vorübergehend bedeutende Gesichtspunkte verräth. Indem Preußen Franken zu annektiren gedachte, was ihm eine große Stellung im Süden gegeben hätte, faßte es zugleich die Absicht, eine ähnliche für den Norden zu erwerben. Es wäre dadurch eine nach allen Seiten hin selbständige Weltstellung den übrigen Mächten gegenüber gewonnen worden: gegen Oesterreich, um Baiern zu schützen, gegen Frankreich, um eine Wiederholung seiner Uebergriffe zu hindern, endlich auch gegen England, um die Grundsätze der bewaffneten Neu=

tralität zu behaupten. Auf die Allianz von Rußland würde man allezeit haben rechnen können. Die Consolidation in Franken und die Besetzung Hannovers wirkten zusammen. Die Idee der Demarkationslinie und die der Neutralität von Deutschland empfingen dadurch eine neue Erweiterung und Befestigung. Die preußischen Truppen rückten im Anfang des April 24,000 Mann stark in Hannover ein, so daß die Communikationen zwischen dem englischen Hof und dem hannoverschen Kurlande unterbrochen wurden. Der vornehmste Grund, den man anführte, war, daß Preußen den Russen nicht gestatten dürfe, sich in Hannover einzunisten, und daß es eine Occupation des Landes durch die Franzosen verhindern müsse. Die englischen Minister hatten eigentlich nichts hiegegen, und Preußen behauptete nur in friedlichem und freundschaftlichem Sinne zur Besetzung des Landes geschritten zu sein, dessen Bewahrung vor den Unruhen des Krieges dem König von England selbst am Herzen liegen müsse. Auch den Franzosen gegenüber schien es erwünscht: denn auch von ihrer Seite hatte man an die Besetzung dieses Landes gedacht; die Truppenabtheilungen wurden genannt, die zum Einmarsch in Hannover bestimmt gewesen seien. Der erste Consul war sehr unzufrieden darüber, daß man ihm von preußischer Seite zuvorkam. Denn von jeher war es die Absicht der Franzosen, den Krieg gegen England durch Besitznahme von Hannover, das sie als einen continentalen Theil von England ansahen, zu führen. Preußen wollte zugleich Franken als ein Bollwerk gegen Oesterreich und selbst gegen Frankreich in Besitz nehmen, und von Hannover jede auswärtige Einwirkung abhalten. Aber große Positionen, wie diese, werden nur durch große eigene Anstrengung und Kriegserfolge errungen. Hier war der Mangel, daß man, zwar gelehnt auf die eigene Kraft und zugleich auf die Verbindung mit Rußland, Alles auf diplomatischem Wege zu erreichen hoffte.

Dem Freunde Preußens, Paul I., war nur ein kurzes Regiment beschieden: er hat den größten Einfluß auf die Welt gehabt. Seine Theilnahme an der zweiten Coalition gab ihr

ihren Charakter, seine Entzweiung mit Oesterreich zerstörte ihre Wirkungen. Was für Kaiser Paul verderblich wurde, war vor Allem sein Antagonismus gegen England. Ein Jahrzehnt früher, bei dem bevorstehenden Angriff auf Rußland, bei welchem Preußen die Hauptrolle spielen sollte, war das englische Ministerium vor der Abneigung der Nation gegen einen Bruch mit Rußland zurückgewichen. Rußland war nicht angegriffen worden. Die enge innere Verbindung Englands und Rußlands hatte jetzt die entgegengesetzte, aber gleichartige Folge, daß die Regungen des Kaisers gegen England die lebhafteste Antipathie hervorriefen. Zu der englisch-gesinnten Partei gesellten sich die Anhänger Katharinas II., welche, von Paul I. verfolgt, für ihr Leben zittern mußten. Am 23. März ist Paul I. ermordet worden, worauf sich die ganze politische Constellation veränderte.

Zwei Tage nach dem Tode des Kaisers machte die neue russische Regierung friedliche Eröffnungen an England. Es versteht sich, daß von jener Ueberlassung Hannovers an Preußen nicht mehr die Rede sein konnte. Noch an demselben Tage, an welchem Paul ermordet wurde, hatte das preußische Kabinet an die Engländer eine nicht eben freundschaftlich lautende Note erlassen, worin es erklärte: der Staat befinde sich in der Nothwendigkeit, die Mündungen der Weser und Elbe zu besetzen. Zunächst geschah das jedoch auf eine Weise, daß der Handel mit England nicht geradehin unterbrochen wurde. Ein eigentliches Mißverständniß mit England wurde dadurch nicht herbeigeführt. Der Besetzung von Hannover wurde in den Unterhandlungen kaum gedacht; der englische Minister bezeichnete sie als eine für England fremde Angelegenheit.

Auch auf Franken wirkte die in Rußland eingetretene Staatsveränderung zurück. So ganz sicher war man schon der Beistimmung des Kaisers Paul nicht gewesen. Die neue russische Regierung erklärte am 6. Mai: vor Allem müsse man die Meinung des ersten Consuls erfahren, so daß eine Besitznahme, die eventuell gegen Frankreich gerichtet sein konnte, von der Ein=

willigung der französischen Regierung abhängig gemacht wurde.

Oesterreich, mit dem Napoleon Bonaparte wieder in freundschaftlichem Verhältnisse stand, war, wie sich denken läßt, eifrig dagegen. In Paris, wohin nun die Verhandlungen verlegt wurden, machte sich aufs Neue der Einfluß von Ludwig Cobenzl, der dahin gegangen war, und mit Joseph Bonaparte in enger Verbindung stand, bemerkbar. Das Landhaus des letzteren, Morfontaine, wird als der Sitz mannichfaltiger Intriguen bezeichnet. Cobenzl verhandelte hauptsächlich über die Sache des Großherzogs von Toscana. In Folge einer Abkunft mit Spanien verwandelte Bonaparte das Großherzogthum in ein Königreich Etrurien, womit er den Prinzen Ludwig von Parma, welcher Schwiegersohn des Königs von Spanien war, ausstattete. Alle Anträge, welche Cobenzl auf eine Entschädigung des Großherzogs in Italien, etwa durch die Legationen machte, wurden zurückgewiesen[1]; es blieb dabei, daß der Großherzog durch Salzburg, Berchtesgaden, Passau, und inwiefern das nicht zureiche, durch einen Theil bairischen Gebietes entschädigt werden sollte. Das kurpfälzische Haus, welches unter allen Umständen erhalten werden müsse, sollte auf Franken angewiesen werden.

Wohin das auch führen mochte: darüber waren Frankreich und Oesterreich einig, daß die von Preußen in Franken beanspruchte Ausstattung demselben nicht gewährt werden dürfe. Bereits am 24. April wurde Lucchesini vom ersten Consul aufgefordert, einen anderen Plan einzureichen. Hannover wurde nun von französischer Seite für Preußen als Compensation angeboten. Wie weit aber war das von den ursprünglichen, von Frankreich ehedem schon genehmigten Plänen entfernt. Lucchesini machte auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen den Erbländern eines mächtigen Königs und den geistlichen Fürstenthümern, wo kein Nachfolger sei, stattfinde. Haugwitz fügte hinzu, daß der Vorschlag dem Grundsatz, die Entschädigungen durch Säkularisationen

1) Beer. Zur Geschichte der österreichischen Politik. Archiv für österr. Geschichte. Bd. 52, S. 482.

zu bewirken, entgegenlaufe. Die Franzosen bestanden auf die Nothwendigkeit, Hannover miteinzubegreifen, weil sich sonst für den Großherzog von Toscana keine Entschädigung finden lasse, oder aber das pfälzische Haus nicht behauptet werden würde. Mit Entschiedenheit zu widerstreben, hatte Haugwitz nicht den Muth. Er ließ sich zu der Erklärung bewegen, daß Preußen Hannover annehmen werde, unter der Bedingung jedoch, daß England in dem Frieden mit Frankreich seine Einwilligung dazu gebe: wenn das nicht geschehe, werde die Entschädigung in Franken vorbehalten. Eine Transaktion, welche die Ueberlegenheit der Franzosen evident beweist und für Preußen nicht anders als nachtheilig werden konnte: denn in Franken wurde dem österreichischen und französischen Interesse Raum gegeben. In Hannover trat an die Stelle einer einstweiligen Besetzung eine Art von Besitznahme, die in die schwersten Händel mit dem König von England verwickeln mußte. Ueberhaupt veränderte sich jetzt die Lage der Dinge. Preußen bestand, weil es schon so lange der Einkünfte aus seinen linksrheinischen Provinzen entbehre, auf eine unmittelbare Besitznahme dessen, was ihm als Entschädigung zukomme, mit der Verpflichtung, es wieder herauszugeben, wenn anders darüber verfügt werde. Welch ein Unterschied war es doch, den Umfang des Staates auf seine großen politischen Obliegenheiten zu gründen, wozu Paul I. die Hand geboten hatte, und die Alternative, zu der sich Preußen unter französischer Einwirkung entschloß, nur eben Entschädigung für erlittene Verluste zu erlangen. Aber so wollten es jetzt die auf dem Continent vorherrschenden Gewalten.

Der erste Consul hatte den unschätzbaren Vortheil, mit einer jeden von den drei Mächten besondere Verhandlungen pflegen und ihr seine Gesichtspunkte annehmlich machen zu können. Auf Oesterreich übte er durch dessen Beziehungen zu Italien den größten Einfluß aus; mit dem russischen Gesandten wurden eingehende Unterhandlungen über eine allgemeine Pacifikation gepflogen, deren wir weiter gedenken werden; die Verabredungen über Deutschland

bildeten einen Theil derselben. Aus diesen Berathungen ist der Beschluß hervorgegangen, Würtemberg und Baden zu Kurfürstenthümern zu erheben. Für Baiern war der erste Consul schon selbst verpflichtet. Für Abtretung der überrheinischen Provinzen sagte er ihm Entschädigungen zu, die möglichst wohlgelegen die Verluste der letzten Kriege aufwiegen könnten. Erneuerten Anmuthungen Oesterreichs begegnete er mit der Erklärung, Baiern dürfe kein Dorf verlieren. Wohin seine Absichten in Bezug auf den deutschen Norden gingen, sieht man aus seinem Vorschlag, die westfälischen Gebiete, die der Säkularisation unterlägen, an die Herzöge von Mecklenburg zu übertragen, die dagegen ihre alten Fürstenthümer an Preußen aufgeben würden: wie Baiern gegen Oesterreich, so würde ihm dann diese neue Gründung gegen Preußen gedient haben. Aber König Friedrich Wilhelm III. wollte ohne die Einwilligung der Herzöge in nichts eingehen, und diese verweigerten dieselbe mit Entschiedenheit. Oft wiederholte Bonaparte, daß er mit Preußen in freundschaftliche Verhältnisse zu treten gedenke: in den Verhandlungen kamen jedoch Momente bitterer Verstimmung vor. Der König beklagte sich in den Tuilerien, daß man ihm weder Franken, noch auch Westfalen gönne. Es war der Moment, in welchem der geheime Vertrag vom 5. August 1796, — der erste Consul konnte sich der allgemeinen Verpflichtung, die darin lag, nicht entziehen —, einen reellen Werth bekam. Preußen hatte einen traktatenmäßigen Anspruch auf die Vermittlung Frankreichs, um zu einer genügenden Entschädigung zu gelangen. Am 23. Mai 1802 kam es zu einem Vertrag zwischen Frankreich und Preußen, ohne unmittelbare Betheiligung Rußlands, das aber später beistimmte. Preußen bekam Paderborn, Hildesheim, einen Theil von Münster, Eichsfeld, Erfurt, die Abteien Elten, Essen und Werden. Eine bloße Entschädigung war das nicht; es schloß eine für die deutschen Verhältnisse nicht unbedeutende Vergrößerung in sich ein: sie betrug 400,000 Unterthanen. Das Princip der Säkularisation, auf welchem der preußische Staat seit dem großen Kurfürsten gegründet

war, kam ihm nochmals zu gute. Die Ausstattung des Hauses Oranien mit Fulda, Corvey und anderen Besitzungen sollte ihm dereinst ebenfalls zufallen. Der Vertrag ist besonders dadurch bedeutend, daß er die norddeutschen Erwerbungen Preußens in Verbindung mit denen des Hauses Oranien festsetzt, und die sofortige Besitznahme derselben gutheißt, wogegen Preußen in Alles einwilligt, was der erste Consul in Italien unternommen hat. An und für sich hatten diese Angelegenheiten nichts mit einander zu schaffen: ihr Zusammenhang liegt darin, daß der erste Consul sie beide umfaßte und Zugeständnisse in Italien zur Bedingung einer erträglichen Abkunft in Deutschland machte. Er besaß bereits die überwiegende Autorität in den alten Reichsgebieten diesseit und jenseit der Alpen.

Ein Akt dieser Autorität war es, daß die Ansprüche des preußischen Hofes auf die fränkischen Bisthümer abgelehnt und Baiern darauf angewiesen wurde: den Tag nach Abschluß des preußischen Vertrags wurden die Bisthümer dem Kurfürsten von Baiern zugesprochen. Für die Stellung des preußischen Staates eine unendlich wichtige Bestimmung. Die ganze Direktion, welche derselbe bisher zur Gründung einer selbständigen Macht in Oberdeutschland genommen, wurde damit zurückgedrängt; jene große Position zugleich gegen Oesterreich und Frankreich, die man zu erlangen gehofft hatte, aufgegeben: dagegen wurde der norddeutsche Charakter des brandenburg-preußischen Staates bestätigt und verstärkt.

Die besonderen Transaktionen wurden nun auch maßgebend für die deutsche Reichsverfassung. Von den geistlichen Kurfürstenthümern wurde nur eins, das mainzische, gerettet, aber auf eine neue territoriale Grundlage basirt: es sollte die Direktion der allgemeinen Reichsgeschäfte auch fortan führen. An die Stelle der beiden anderen geistlichen traten zwei neue weltliche Kurfürstenthümer, Würtemberg und Baden, die beide aus den Spolien der Reichsstädte und Abteien zu einem ansehnlichen Bestand erhoben wurden, ähn-

lich wie die beiden Hessen. Das Reich sollte dergestalt auch fortan bestehen.

Der zwischen den Mächten und den wichtigsten weltlichen Reichsständen vereinbarte Plan wurde nun der Reichsdeputation vorgelegt und im Allgemeinen und Ganzen angenommen, unter Vorbehalt der Erledigung von Reklamationen, die sich erwarten ließen. Der Kaiser erklärte sich dagegen. Aber die Drohung selbst mit einer bewaffneten Intervention von französischer Seite und die Berücksichtigung einiger besonderer österreichischer Ansprüche, die aus der Entschädigung Toscanas und Modenas entsprangen, bewogen den Kaiser zu accediren. Hierauf kam zwischen der Reichsdeputation, dem kaiserlichen Bevollmächtigten und den vermittelnden Ministern eine neue Redaktion, die vierte des ursprünglichen Entwurfes, zu Stande; sie bildete den Reichsdeputations-Hauptschluß, der am 25. Februar 1803 der Reichsversammlung übergeben und von derselben angenommen wurde: im April erhielt er Gesetzeskraft. Der Reichstag hatte an demselben doch nur einen formellen Antheil; alle wesentlichen Bestimmungen waren zwischen den vermittelnden Mächten und den betheiligten weltlichen Fürsten festgesetzt worden: es war mehr eine europäisch-deutsche als eine deutsche Transaktion.

Der erste Blick zeigt, welch einen Zuwachs an Macht der erste Consul dadurch erhielt. Er hatte Preußen dahin gebracht, sich mit einer für seine Ansprüche in der That nicht ausreichenden Entschädigung zu begnügen; er nöthigte jetzt Oesterreich, die Festsetzungen anzunehmen, die er mit den anderen Mächten getroffen hatte. In Italien gewann seine Macht eine neue Befestigung, indem auch Oesterreich sich dazu verstand, die von ihm getroffenen Einrichtungen anzuerkennen. In Deutschland erwarb er sich durch seine Fürsorge für Baiern einen Bundesgenossen, der ihm bei den folgenden Verwicklungen von dem größten Werthe sein mußte.

Für Preußen selbst war es eine der wichtigsten Angelegenheiten, sich mit dem vergrößerten und verstärkten Baiern auseinanderzusetzen. Hiebei tritt Hardenberg wieder hervor. Die Absicht des Ministers

war, wie wir wissen, immer dahin gegangen, Franken zu einem der vornehmsten Stützpunkte der preußischen Monarchie zu erheben: Hessen, Sachsen, Baiern sollten sich um Franken gruppiren, um ein Gegengewicht gegen Oesterreich zu bilden. Im Jahre 1800 hatte Hardenberg noch an der Hoffnung festgehalten, Bamberg und Würzburg in die Hände des Hauses Oranien übergehen zu sehen. Auf das Tiefste betraf ihn, daß die Bisthümer nun doch für Pfalzbaiern bestimmt wurden. Nicht allein wurden seine auf die Größe Preußens abzielenden Pläne dadurch vernichtet; er sah sich in alledem eingeengt und bedroht, was er in den Fürstenthümern unternommen hatte. In Berlin, wohin er sich im Oktober 1801 begab, stellte er vor: unter solchen Bedingungen würde Franken zu einer Last für die Monarchie werden und dazu dienen, sie zu compromittiren; der Kurfürst von Baiern würde Herr des Mainstromes und der großen Handelsstraße werden und alle Ansprüche seines Hauses geltend machen: die wenig zusammenhängenden fränkischen Besitzungen müßten, einem mächtigen Baiern zur Seite, vollends ihren Werth verlieren. Die guten Gesinnungen des damaligen Kurfürsten würden, so sagt Hardenberg, wenig bedeuten bei dem feindseligen Geist, der seine Regierung gegen Preußen beseele. Die fränkischen Markgrafthümer würden der Spielball der Politik werden. Um Franken einigermaßen behaupten zu können, hielt er den Besitz von Nürnberg, Windheim, Schweinfurt, Rothenburg für nothwendig. Durch Austausch mit Baiern sollte dem Territorium, welches die nördlichen Distrikte von Franken umfassen würde, während die südlichen an Baiern fielen, ein allenfalls haltbarer Bestand gesichert werden. Namentlich müsse der Main und die große Straße von Nürnberg nach Frankfurt in preußischen Händen bleiben.

Der Plan schien vortheilhaft und erreichbar, aber König Friedrich Wilhelm III. konnte nicht zur Genehmigung desselben gewogen werden, weil er treue Unterthanen, von denen er so viele Beweise der Hingebung erhalten hatte, nicht gegen andere vertauschen mochte. Auch einen zweiten, bei weitem weniger um=

fassenden Plan, welchen Hardenberg zu dem Zwecke entwarf, um den Fürstenthümern ein gesichertes Dasein zu verschaffen, verwarf der König, weil auch dieser auf Austauschungen beruhte, die er mißbilligte: denn in alle dem Wechsel von Compensationen hielt König Friedrich Wilhelm III. noch immer an der legitimistischen Idee fest, — legitimistisch vom Standpunkte des Fürsten —: daß eine innere Verbindung zwischen ihm und seinen Unterthanen bestehe. Wie er sich aber auch dagegen sträubte, so war es doch nicht vollkommen zu vermeiden. Es blieb zuletzt nichts übrig, als ein Austausch der in dem bairischen Territorium enclavirten preußischen Gebietstheile, um zu einem einigermaßen genügenden Resultat zu gelangen. Hardenberg entwarf demgemäß einen dritten Plan, der zum definitiven Vertrag vom 30. Juni 1803 geführt hat.

Achtes Capitel.

Frieden von Amiens und dessen Bruch.

Der Vortheil, den Preußen aus dem Vertrage zog, war ein territorialer, kein politischer: denn in dem Einfluß auf das deutsche Reich bestand in alter Zeit und auch wieder in der neuesten seine Macht. Eine große Stellung entsprang aus der Hegemonie Preußens in den deutschen Angelegenheiten, dem Kaiserthum, mit dem man gleichwohl verbunden blieb, gegenüber. Mit dem Ruin des alten Reiches war diese Stellung fürs Erste vernichtet. Man hatte einem Einfluß Raum gegeben, der sich nun über einen großen Theil der deutschen Gebiete erstreckte und alle Tage weiter um sich griff. Frankreich hatte nicht allein das linke Rheinufer in seine Hand gebracht: durch die Nothwendigkeit der Entschädigungen, die daraus entsprangen, kam es zu einem beherrschenden Einfluß über das deutsche Fürstenthum, das ihm gleichsam seine verstärkte Existenz verdankte. Welche Selbständigkeit konnten die kleineren Staaten in Anspruch nehmen, deren territoriale Abgrenzung von der Gunst oder Ungunst der Tuilerien abhing. Und auch die beiden größeren Staaten verdankten die Stellung, die sie einnahmen, der zwischen ihnen häufig schwankenden Gunst oder Ungunst des ersten Consuls. Wie ließ sich da an eine Vereinigung aller, unter welcher Form auch immer, und an die stolze Selbständigkeit denken, die einst im deutschen Reiche machtvoll repräsentirt worden war. Man konnte vielleicht hoffen, — in dem preußischen Kabinet hat man wirklich diese Hoffnung gehegt — bei der Fortdauer des Friedens sich innerlich zu consoli-

diren. In der That trat im Jahre 1802 und 1803 ein Moment der Ruhe ein. Die Katastrophe des Kaisers Paul übte einen entscheidenden Einfluß auf alle großen Angelegenheiten aus, wie es ja nicht anders sein konnte, da er sie alle umfaßte. England wurde dadurch eines gefährlichen Feindes entledigt, Frankreich eines Verbündeten beraubt, der ihm in dem Kampfe gegen England noch sehr nützlich hätte werden können. Den Franzosen wurde die Aussicht, ihren Krieg mit England in demselben großen Style auszuführen, wie sie ihn begonnen hatten, vollends entrissen. Man darf vielleicht behaupten, daß die erste Epoche der Revolutionskriege damit zu Ende ging: denn ihren Charakter hatten dieselben durch die immer fortgehende maritime Feindseligkeit zwischen England und Frankreich empfangen. Die Franzosen waren im Nachtheil, als Bonaparte den Gedanken faßte, die Engländer durch eine orientalische Unternehmung zu Grunde zu richten. Mit diesem Plane war der Mann des Jahrhunderts doch völlig gescheitert. Aegypten war unhaltbar; er mußte sich entschließen, es der Türkei zurückzugeben. Eine große Expedition, die er im Frühjahr 1801 beabsichtigte, konnte er nicht ins Werk setzen.

Da nun auch der Gegensatz vernichtet wurde, welchen England in der nordischen Allianz gegen seine Seemacht fand, so blieb für den ersten Consul nichts übrig, als das maritime Uebergewicht von England anzuerkennen. Die beiderseitigen Interessen ergeben sich aus der Anfrage, welche bereits im Juni 1801 an die englische Regierung gerichtet wurde: ob diese, wenn ihre in Ostindien getroffenen Einrichtungen und Besitznahmen anerkannt würden, einzuwilligen geneigt sei, daß im Mittelmeer und in Amerika der Zustand wiederhergestellt werde, der vor dem Kriege bestanden habe. Die Engländer acceptirten das erste: sie sollten Ceylon behalten, das sie über die Holländer erobert hatten; in Amerika bestanden sie darauf, daß ihnen Trinidad verbleiben müsse, welches sie den Spaniern entrissen hatten. Eben darin lag der große Erfolg des Krieges, daß nicht allein Frankreich,

sondern auch die Verbündeten desselben zur See überwältigt worden waren: ein Uebergewicht welches nun auf immer fixirt werden sollte. Die Hauptfrage betraf das Mittelmeer. England war bereit, Mahon zurückzugeben, aber es weigerte sich, Malta den Franzosen einzuräumen. Man kam überein, daß es dem Johanniter-Orden wiedergegeben werden solle, der sich fortan den ursprünglichen Pflichten der Krankenpflege zu widmen habe. Die Malteser sollten für dieselbe eine internationale Bestimmung erhalten. Die Befestigungen der Insel sollten geschleift werden. Auf dieser Grundlage kam es bereits am 1. Oktober 1801 zum Abschluß der Präliminarien, die dann den allgemeinen Frieden ankündigten, da die Hauptdifferenz damit ausgeglichen zu werden schien. Die Franzosen gaben Aegypten auf; die Türkei sollte in ihrer Integrität erhalten werden; die sieben Inseln sollen eine unabhängige Republik bilden; die Franzosen verpflichteten sich, Neapel und den Kirchenstaat zu räumen. Der großen anderweiten Besitzergreifungen der Franzosen ist dabei nur insofern gedacht worden, als die Engländer ein Recht darauf gründeten, auch ihrerseits sich zu vergrößern.

Mit dieser Transaktion und der großen Aussicht auf den allgemeinen Frieden, den sie eröffnete, hing nun auch die Verhandlung zusammen, die damals zwischen Frankreich und Rußland gepflogen wurde: denn in offenbarem Widerstreit mit England würde Rußland nicht darauf eingegangen sein, — und die zu den weltumfassenden Verträgen vom 8. und 11. Oktober führte. Das Bedürfniß der Verständigung zwischen Frankreich und Rußland beruhte auf der allgemeinsten Beziehung der großen Politik, darauf nämlich: daß Rußland noch immer die Sache der Bourbons gegen die aus der Revolution hervorgegangenen Gewalten von Frankreich führte; Frankreich aber die Sache der Polen. Beide Reiche fürchteten die Regung der Emigranten; Rußland die der polnischen, Frankreich die der französischen. Man erstaunt, daß nach allen Veränderungen und Niederlagen die französische Emigration noch ein Gegenstand der Besorgniß für eine so stark organisirte Re-

gierung, wie die des Consulates war, bildete. Es waren auch nicht mehr die Condé und Artois von ehedem und der ausgewanderte französische Adel in ihrem Gefolge, was dem ersten Consul Besorgniß erweckte, sondern nur die Existenz einer Anerkennung des nächsten Erben aus dem alten Haus Bourbon. Wollte man den Moment angeben, in welchem der Gedanke Bonapartes sich selbst zu einem erblichen Fürstenthum, dem französischen Kaiserthum zu erheben, zu Tage kam, so lag er in diesem Artikel seines Vertrages [1]: denn ungeheuer war es doch, was er dagegen fallen ließ, die Einwirkung auf Polen zum Nachtheil von Rußland, wenigstens für den Moment. Die antirussische Tendenz zu Gunsten Polens, die seit 1793 grundsätzlich festgehalten worden war, wurde von dem ersten Consul aufgegeben. Eine principielle Opposition zwischen Rußland und Frankreich existirte hierauf nicht mehr. Dem Vertrag vom 8. October 1801 in welchem dies ausgesprochen wurde, folgte bereits am 11. ein anderer mit geheimen Stipulationen, die sich auf die vorliegenden Interessen bezogen. Wir haben derselben, inwiefern sie auf die Neugestaltung des deutschen Reiches Einfluß hatten, bereits kurz erwähnt. Nicht minder wichtig aber waren die Verabredungen, welche das südliche Europa betrafen. Rußland versprach seine guten Dienste zur Pacifikation Frankreichs und der Türkei. Die sieben Inseln, welche einst zu Venedig gehört hatten, wurden für unabhängig erklärt. Fremde Truppen sollte es darin fortan nicht geben. Dem König von Neapel, der als der Verbündete Kaiser Alexanders bezeichnet ward, wurde die Integrität seiner Staaten von Frankreich zugestanden; er sollte fortan eine neutrale Macht bilden. Rußland versprach seine guten Dienste, damit diese Neutralität von England und der Türkei anerkannt würde. Zur Räumung des Königreichs Neapel waren einige transitorische Bestimmungen

1) Im dritten Artikel des Vertrages vom 8. Oktober heißt es: tout sujet de l'une des puissances qui, en séjournant dans les États de l'autre, attenterait à sa sûreté, sera de suite éloigné dudit pays et transporté hors des frontières, sans pouvoir, en aucun cas, réclamer la protection de son gouvernement.

getroffen, im Zusammenhang mit Vollziehung der Evacuation Aegyptens durch die Franzosen. Für Sardinien wurde eine freundschaftliche Abkunft in Aussicht gestellt, Berücksichtigung seiner Interessen, inwieweit das mit dem bestehenden Zustand verträglich sei. Man dachte den allgemeinen Frieden zu Stande zu bringen unter dem Gesichtspunkt, daß ein gerechtes Gleichgewicht in den verschiedenenen Erdtheilen hergestellt und die Freiheit der Meere conservirt werde. Auch aus diesen Worten geht hervor, wie sehr Alles auf dem Verhältniß zu England beruhte; es war eine Idee Bonapartes, eine unmittelbare, commerzielle Verbindung zwischen dem südlichen Frankreich und Rußland herzustellen durch das Schwarze Meer. Auch zögerten die Engländer nicht einen Friedensbevollmächtigten nach Frankreich zu schicken. Anfang Januar 1802 wurden die Conferenzen zu Amiens eröffnet. Nachdem die Präliminarien angenommen waren, gab es nur eine Frage von Bedeutung, die noch übrig war, die Bestimmung über Malta. Die Schwierigkeit lag besonders darin, daß die Insel dem Orden wieder eingeräumt werden sollte. Aber Bonaparte fürchtete, daß dabei die Emigranten Berücksichtigung finden würden. Aus diesem Grunde hauptsächlich wurde festgesetzt, daß es weder eine englische noch eine französische Zunge geben solle, also auch kein Franzose zum Großmeisterthum befördert werden könne[1]). Denn der Gedanke hatte sich geregt, diese Würde, die durch den Tod Pauls I. vakant geworden sei, sogar an einen Bourbon zu übertragen. Der erste Consul erklärte, daß die Emigranten Franzosen seien, dem Princip gemäß, das einst bei der Emigration selbst aufgestellt worden war. Wenn nun der König von Neapel 2000 Mann zu der Besetzung Maltas herbeisenden sollte, so bestand der erste Consul

1) en conséquence d'un des articles, où il est dit que les Français ni les Anglais n'auront de langue, on ne pourra prendre pour grand maitre aucun natif Français. Cette réserve est spécialement pour les Bourbons, puisque l'on dit qu'il entre dans les vues de l'Angleterre de placer un Bourbon grand maître. Napoléon à Joseph, 21 mars 1802 in Mémoires et Correspondance du roi Joseph I. S. 223.

auf den ausdrücklichen Zusatz, daß der König nur Eingeborene seiner Staaten dazu verwenden dürfe. Er gab immer die Besorgniß, daß Malta in die Hände der Emigranten falle, kund. Die Absicht, die Insel in ein großes Hospitaliter-Institut zu verwandeln, fand bei den Engländern keinen Beifall; um der Unabhängigkeit der Insel sicher zu sein, verlangten sie bessere Präkautionen, die dann in einer Reihe von Artikeln festgesetzt wurden, ein Arsenal, wie man gesagt hat, für künftige Feindseligkeit. Der Abschluß des Friedens auf dem Stadthaus von Amiens (27. März 1802) war so feierlich wie möglich: denn man wollte damit der Welt imponiren; — jedoch ließ sich schon in jenem Momente nicht erwarten, daß er bestehen würde. Nicht als ob die Uebereinkunft in sich etwas Unmögliches enthalten hätte. Aber indeß war ein Ereigniß eingetreten, welches die friedliche Abkunft, die man hatte gründen wollen, wieder unterbrach.

Die Cisalpinische Republik hatte, in dem sie den Namen einer italienischen annahm, den ersten Consul von Frankreich zu ihrem Präsidenten erklärt (26. Januar 1802). Bonaparte hat gesagt: die innere Anarchie und der Einfluß von Oesterreich habe diesen Schritt veranlaßt. Wie dem auch immer sei, er schuf eine Verbindung der beiden Republiken, an deren Spitze er stand, welche die Unhaltbarkeit des so eben gegründeten Zustandes auf das Deutlichste aussprach: denn man rechnete bisher noch auf die Möglichkeit einer unabhängigen Entwickelung der italienischen Republiken und Fürstenthümer; aber durch diesen Akt wurde die Gesammtmacht Italiens und Frankreichs in eine Hand vereinigt. Bonaparte hatte damals einen Infant von Spanien, noch ein Kind, zum König von Etrurien erhoben. Die subalpinischen Provinzen wurden durch die neue Ordnung der Dinge ohne alle weitere Entschädigung des Königs von Sardinien in der Republik einbegriffen. Vor aller Augen erhob sich der französischen Republik zur Seite, die alle Tage mehr die Gestalt eines Reiches annahm, eine italienische Macht, die mit der ersten fast ununter=

scheidbar vereinigt wurde. Wenn die übrigen Mächte fürs Erste keinen Wiederspruch erhoben, so geschah das, weil sie zu schwach oder mit den Franzosen in diesem Augenblick zu enge verbunden waren. In England bildete es eine der vornehmsten Schwierigkeiten bei dem Abschluß des Friedens; in den letzten Stadien der Verhandlung ist davon die Rede gewesen. England erklärte sich bereit, das Königreich Etrurien, die italienische und die vor Kurzem ins Leben gerufene ligurische Republik anzuerkennen, wenn dem König von Sardinien eine Entschädigung, wenn auch noch so gering, zu Theil werde. Darauf antwortete der erste Consul: an der Anerkennung der italienischen und der ligurischen Republik, wie des Königreichs Etrurien liege ihm Nichts[1]); er wolle dieselbe nicht durch Concessionen an den König von Sardinien verkaufen. In diesem wichtigen Punkte war also kein Einvernehmen erzielt. Und nimmermehr könnte man sagen, daß dies ohne Einfluß gewesen sei. Der erste Consul behauptete: da es an der Einwilligung Englands in den in Oberitalien eingerichteten Zustand mangele, so sei überhaupt der Friede auf dem Continent nicht gesichert; man dürfe sich über die militärische Haltung, die er beobachte, nicht wundern. Nicht minder wirkte es, daß die französischen Emigranten nach dem Frieden eben so viele Protektion in England fanden, wie vor demselben. Bonaparte klagte: man gewähre dort einer Anzahl rebellischer Bischöfe Unterstützung, nicht minder auch Häuptlingen unmoralischer Haltung wie Georges; man habe seine Gesandten zugleich mit Männern, welche mit den altbourbonischen Ordenszeichen erschienen seien, zu Gastmählern eingeladen; der Graf Artois habe bei der Revue eines Regimentes den Orden einer Monarchie getragen, die man in England nicht mehr anerkenne. Noch vor Ende des Jahres erklärte er, es gewinne

1) Thiers Histoire du consulat et de l'empire III, 327. Quant à la reconnaissance de la République italienne, de la République ligurienne et du royaume d'Étrurie, Napoléon déclara qu'il s'en passerait, et qu'il ne l'achèterait par aucune concession faite au roi de Piémont.

das Ansehen, als sei man mehr im Waffenstillstand mit England als im wirklichen Frieden. Er war in Besorgniß vor den überseeischen Intriguen; in einer Anzahl italienischer Hafenplätze, Ancona, Genua, Neapel, Livorno meinte er die widrigen Einwirkungen englischer Agenten wahrzunehmen. In große Aufregung versetzten ihn die feindseligen Artikel der englischen Journale; er mußte erfahren, daß denselben durch diplomatische Verhandlung nicht beizukommen war. Gerade an diesem Punkte zeigte sich der Gegensatz der Gesetzgebung der beiden Länder; die Anforderungen, die man französischerseits zur Zügelung der Presse stellte, konnten nicht anders, als die Aufregung in England steigern. Der Friede von Amiens wurde gerade in dem wichtigsten Punkt, den er betraf, niemals ausgeführt. Die Garantie der über Malta getroffenen Festsetzung kam niemals zu Stande[1]); namentlich nahm Rußland Anstand, seine Einwilligung dazu zu geben. Die Engländer, die Nichts versäumt hatten, um sie zu Stande zu bringen, schrieben das der Einwirkung des französischen Ministeriums zu. So geschah das Entgegengesetzte: indem man die Räumung von Malta erwartete, ließ die englische Regierung ihren dortigen Truppen den Befehl zugehen, daselbst zu bleiben. Schon hatte der Friede überhaupt in der Nation offene Mißbilligung erfahren. Man zog in Betracht, daß die Plätze, die man den Franzosen zurückgegeben habe, ebenso viele Angriffspunkte auf die britischen Besitzungen zu bilden fähig seien. Malta, an das sich die Oberherrschaft der Engländer in dem Mittelmeer knüpfte, wollten sie nicht einer neuen Besitznahme durch die Franzosen aussetzen. In die Contestationen hierüber traf die Mediationsakte (19. Februar 1803), durch welche die Schweiz zwar in sich selbst pacifizirt, aber zugleich von Bonaparte abhängig

1) In dem §. 6 des Artikel 10 des Vertrages war bestimmt worden: L'indépendance des îles de Malta, de Gozo et de Comino, ainsi que le présent arrangement sont mis sous la protection et la garantie de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Autriche, de la Russie, de la Prusse, de l'Espagne und weiter in §. 8 les Puissances désignées seront invitées à accéder aux présentes stipulations.

wurde: ein Eingriff in die Unabhängigkeit der europäischen Staaten, der die größte Aufregung in England verursachte. Der erste Consul rechtfertigte sein Verfahren damit, daß er die Schweiz nicht wie einst Jersey zum Mittelpunkt antifranzösischer Umtriebe werden lassen wollte. Von Malta, sagte er, die Engländer daselbst zu sehen, sei ihm so widerwärtig, als wenn sie in der Vorstadt St. Antoine wären. Alles ließ sich zu einem neuen Kampfe an, für welchen ein Schreiben Talleyrands an den französischen Geschäftsträger in England gleichsam ein Programm von weitesten Umfang enthält.

Mancherlei Gründe werden darin angeführt, weshalb Frankreich die Feindseligkeit von England nicht zu fürchten brauche: sie sind nicht sehr einleuchtender Art, aber sie enthalten einen großen Gedanken. Man würde, sagt Talleyrand, die französische Küste blokiren; allein in demselben Augenblicke würde England selbst blokirt sein: die Küsten von Norddeutschland, Flandern, von Portugal, Italien bis nach Otranto würden von französischen Truppen besetzt werden; die Länder, von denen man Frankreich Schuld gebe, es übe über dieselben eine Herrschaft aus, würden in französische Provinzen verwandelt werden. Man darf wohl sagen: der Friede von Amiens ist eigentlich niemals recht zu Stande gekommen: denn einige der wichtigsten Differenzen blieben ungeschlichtet, und kaum war er scheinbar geschlossen, so ward er auch schon wieder gebrochen. In dem Moment des Bruches trat dann das Continentalsystem in bestimmte Aussicht, zugleich aber auch der unmittelbare Kampf, der im Jahre 1798 vermieden worden war. Talleyrand sagt: der erste Consul werde alle Transportschiffe von Flandern und Holland an der Küste vereinigen unter seiner persönlichen Aufsicht, um 100,000 Mann nach England zu werfen. Das Imperium Galliarum, mit dem man Europa erschrecke, werde dadurch zu Stande kommen. Aber noch mehr. Wo wolle England Verbündete finden? Gewiß nicht bei Preußen und bei Baiern, welche die Vortheile, die ihnen bei der Entschädigung zu Theil geworden, der französischen Ein=

mischung zu verdanken haben; noch auch bei Oesterreich, das durch die Dienste, die es England geleistet, sich selbst erschöpft habe. Wenn der Krieg auf dem Continent beginne, so werde Frankreich, durch England gezwungen, den Continent erobern [1]). Diese Projekte umfassen die Welt; die englisch-französische Zwistigkeit wird zugleich eine continentale: so wurde sie bei den ersten Entwürfen aufgefaßt. Im März 1803 konnte Niemand mehr zweifeln, daß der Ausbruch des Krieges bevorstehe. Bonaparte selbst kündigte es unter anderem auch an Preußen an, welches davon ganz besonders betroffen wurde. Haugwitz hat gesagt, er habe wohl gewußt, daß zwischen Rom und Carthago kein Friede bestehen werde; aber gemeint, der Ausbruch des Krieges werde sich so lange verziehen, daß indeß die Ruhe in Deutschland und auf dem Continent gesichert sei. Gerade in Norddeutschland selbst sollte aber der Ausbruch des Krieges am unmittelbarsten empfunden werden.

Man erwartete, daß alle Anstrengungen der Franzosen auf die Seemacht gerichtet, die so oft Großbritannien gedrohte Invasion wirklich versucht werden würde. Und dahin ging, wie wir soeben sahen, die Absicht. Zugleich aber ergriff doch auch Bonaparte den Gedanken seiner Vorgänger auf dem französischen Thron, namentlich Ludwig XV., England auch auf deutschem Boden durch Besitznahme von Hannover zu bekämpfen und dem Könige von Großbritannien, Georg III., sein deutsches Fürstenthum Hannover zu entreißen. Wenn ein solches Vorhaben aber einst den Anlaß gegeben hatte, daß Preußen mit Hannover und England gemeinschaftliche Sache machte, so konnte man das in diesem Augenblick nicht erwarten. Denn über eine der wichtigsten Fragen, das Recht der bewaffneten Neutralität zur See, war Preußen selbst mit England in Streit begriffen. Was schon unter Georg II. zu einer politischen Thatsache geworden war, daß das englische Ministerium für die hannöverschen Interessen des Königs wenig

1) Auszug der Depesche Talleyrands an Otto vom 1. Brumaire bei Thiers IV, 187.

und nur ungern eintrat, das setzte sich unter Georg III., der sich ja im ersten Augenblicke als nationaler König bezeichnete, noch entschiedener fort. Georg III. ließ sein Kurfürstenthum durch seine hannöverschen Minister verwalten, wiewohl nicht unzufrieden damit, wenn diese zuweilen sich den englischen Ministern opponirten. Gerade in Hannover sonderten sich die continentalen Interessen des Königs Georg von den maritimen Englands. Wir berichteten, wie die erste Besetzung Hannovers durch Preußen nicht gegen den Sinn der englischen Minister war, welche dadurch zur See und in dem allgemeinen Kampfe um so mehr freie Hand behielten. Friedrich Wilhelm III. hatte durch seine einstweilige Besetzung den Dank von England zu verdienen gemeint. Noch im Oktober 1801 zogen die preußischen Truppen zurück, in einem Zeitpunkt, in dem Alles eine Wendung zum Frieden nahm. Man darf nicht verkennen, daß Preußen durch den Frieden von Lüneville in eine Position gerieth, die auf seine politische Stellung nachtheilig einwirkte. Die Demarkationslinie und die Neutralität, auf welche das bisherige System der preußischen Politik gegründet war, wurden dadurch unnütz: wenn die Versicherung, die französischen und holländischen Grenzen gegen eine Einwirkung von Deutschland her zu schützen, alle ihre Bedeutung verlor, so hörte damit auch das Recht Preußens auf, Hannover gegen Frankreich in Schutz zu nehmen. Das Reich, das ein Recht dazu gehabt hätte, war in Abhängigkeit von Frankreich und in einer inneren Erschütterung begriffen, so daß davon gar nicht die Rede war. Dagegen bildete für den ersten Consul die Besetzung Hannovers zugleich das Mittel, Deutschlands und des Continents überhaupt Meister zu werden. Den schon früher geäußerten Gedanken, den gesammten Continent England entgegen zu stellen, ergriff er mit Nachdruck und Consequenz. Der preußische Hof, dem Bonaparte seine Absicht, Hannover in Besitz zu nehmen, ohne Rückhalt mittheilte, gerieth dadurch in unbeschreibliche Verlegenheit.

Darüber kann kein Zweifel obwalten, daß Preußen aus Rücksicht auf seine eigene Lage und auf Norddeutschland überhaupt die Besitz-

nahme Hannovers nimmermehr hätte geschehen lassen sollen. Haugwitz meinte, Bonaparte werde nie zu der Besetzung Hannovers schreiten, ohne sich mit Preußen darüber verständigt zu haben. Der Gedanke lag nahe und ward in der That gefaßt, daß Preußen Hannover nochmals besetzen müsse. Darüber ist dann auch in England angefragt worden: der englische Minister Hawkesbury zuckte nur die Achseln und erklärte, daß Großbritannien und Hannover sehr verschiedene Besitzungen des Königs Georg seien. Alles spricht dafür, daß die englische Regierung der Besetzung durch Preußen sich eben so wenig entgegengesetzt haben würde, wie einige Jahre zuvor. Diese Gesinnung wurde freilich, wie man mit Bestimmtheit weiß, von dem hannöverschen Minister, der bei der Person Georgs III. fungirte, nicht getheilt; er hat sogar die Ansicht ausgesprochen[1]: eine Occupation von französischer Seite würde nur vorübergehend sein, während die preußische leicht in eine bleibende verwandelt werden könnte. Es gab jedoch in Hannover selbst auch eine entgegengesetzte Meinung, und Preußen würde wahrscheinlich zur Occupation geschritten sein, wenn die Umstände ebenso gestanden hätten, wie das erste Mal. Damals war Alles auf russischen Antrieb geschehen, und auch jetzt fragte man bei Rußland an. Aber Kaiser Alexander, noch in gutem Vernehmen mit Bonaparte und an sich bei weitem friedfertiger gesinnt, als sein Vater, rechnete noch darauf, daß sich der Friede zwischen Frankreich und England werde herstellen lassen, und nahm an der bewaffneten Neutralität, welche Preußen zu verfechten fortfuhr, geringen Antheil; da er selbst mit der Mediation zwischen den beiden großen Mächten beschäftigt war, glaubte er die Besetzung Hannovers durch preußische Truppen nicht billigen zu können, weil dabei der Ausbruch des Krieges, den er noch zu verhüten strebte, vorausgesetzt wurde[2]; er widerrieth dem König Friedrich Wilhelm III. eine Maßregel, durch die er seinem Ruhme Eintrag

1) Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lünburg III, 710.
2) Ompteda die Ueberwältigung Hannovers durch die Franzosen S. 73.

thun könne[1]). Das will wohl sagen, daß er damit Vergrößerungsabsichten verrathen würde, die man ihm verargen könne, nachdem der Zustand von Deutschland überhaupt geordnet sei. Und in dem Könige selbst hatte die erste Besetzung, bei der man ihm eigensüchtige Absichten zuschrieb, eine unangenehme Erinnerung zurückgelassen. Er habe, sagte er, davon nur Undank und Verleumdung geerntet; er gab eine persönliche Abneigung gegen eine neue Besetzung kund. Indem aber die Mächte deliberirten, rückten die Franzosen von Holland kommend in der zweiten Hälfte des Mai 1803 ins Hannöversche ein, ohne Widerstand zu finden. Die Convention von Suhlingen, kraft welcher Hannover den Franzosen überlassen und die Truppen über die Elbe zurückgezogen wurden, erinnert an die von Kloster Zeven; aber der Unterschied war, daß jetzt keine Allianz zwischen Preußen und England bestand, und Friedrich Wilhelm III. Bedenken trug, Hannover für England gegen Frankreich zu vertheidigen. So geschah es, daß Hannover in die Hände der Franzosen gerieth.

Sehr empfindlich wurde man besonders dadurch berührt, daß die Franzosen Cuxhaven und Ritzebüttel besetzten, worauf dann die Engländer mit einer Sperrung der Ausflüsse der Elbe und Weser antworteten, sodaß der hanseatische und preußische Handel die schädlichste Störung erfuhr. Daß Hannover von König Georg III. weder durch Truppen noch durch Allianzen vertheidigt wurde, war der größte Nachtheil für Preußen selbst, welches durch die Besitznahme eines so umfassenden Gebietes von Norddeutschland von Seite der Franzosen in eine fast unhaltbare Stellung gerieth. Wie viel besser hatten die alten Welfen und die alten Brandenburger zusammengehalten, allen ihren Zwistigkeiten zum Trotz. Man wollte damals in Wien sogar eine gewisse Schadenfreude über dies Ereigniß, welches dem preußischen Ansehen höchst nachtheilig war, bemerken.

1) Jaloux de sa gloire, il lui déconseillait la mesure.

Die Haltung, die Bonaparte gegen Preußen einnahm, war keineswegs eine feindselige: daß er Hannover besetzt habe, ohne Uebereinkunft darüber mit Preußen zu treffen, entschuldigte er wohl nicht ohne Wahrheit damit, daß er die Verstimmung Preußens erkannt und seinen Widerspruch nicht habe reizen wollen.

Neuntes Capitel.

Neue Begründung der preußischen Neutralität.

Gewiß war es keine Heuchelei, wenn Bonaparte auch unter diesen Umständen dem preußischen Hofe seine Allianz antrug. Er hat den Grund selbst angegeben, welcher darin lag, daß England möglicherweise doch sich nochmals mit Oesterreich coalisire: dagegen wollte er mit Preußen gegen Oesterreich und England verbündet sein. In Preußen hatte man die Aufgabe, über das mit Frankreich einzugehende Verhältniß Erwägung zu pflegen und Beschluß zu fassen.

Wenn der Kabinetsrath Lombard nach Brüssel geschickt wurde, wo sich Bonaparte gerade aufhielt, so war der Zweck dieser Sendung, von dem Machthaber selbst, nicht von einem seiner Minister zu erfahren, inwiefern es demselben mit seiner Anerkennung von Frieden und Freundschaft Ernst sei. Es war nicht gerade eine beabsichtigte Täuschung, wenn Bonaparte Alles anwandte, um Lombard von seinen friedlichen und für Preußen freundschaftlichen Intentionen zu überzeugen, was ihm dann nur allzuwohl gelang. Seine Absicht war von der großen Lage der Politik eingegeben; sie bildete einen Theil des für den Krieg mit England entworfenen Systems. Es war das System, bei welchem sich Bonaparte über alle Verträge und Convenienzen hinwegsetzte. So hatte er Hannover eingenommen ohne alle Rücksicht auf das deutsche Reich, zu dem es gehörte; so hatte er die Garantie, welche der

Friede von Lüneville für die Unabhängigkeit der benachbarten Republiken, der italienischen sowohl, wie der Schweiz und Hollands festsetzte, eigenmächtig aus den Augen gesetzt. Er hatte eine Waffe in den Händen, durch die er sich aller Rücksicht überhoben fühlte. Indem er sich gegen England rüstete, bildete er in dem Lager von Boulogne die Armee militärisch aus, so daß sie zwar England bedrohte, aber den continentalen Mächten unmittelbar furchtbar wurde. In Preußen sahen Viele die allgemeine Gefahr dieser gewaltsamen Stellung wohl ein[1]); doch gab es auch Andere, die Hoffnungen daran knüpften.

Ein Memoire Lucchesinis liegt uns vor, worin die hieraus für Preußen entstehende Frage in einem zwar unparteiischen Sinn, der aber doch zu Frankreich hinneigt, besprochen wird, mit Anmerkungen Hardenbergs, der die entgegengesetzte Richtung verfolgte: ein Gegensatz, durch welchen dieses Aktenstück eine nicht geringe Bedeutung erlangt. Lucchesini geht davon aus, daß der Widerwille der Franzosen gegen das Bündniß mit Oesterreich von 1756 in Frankreich die Idee einer Allianz mit Preußen populär gemacht habe: diesem Gedanken habe Bonaparte, obwohl spät, Raum gegeben; und kein Zweifel, daß Oesterreich auch jetzt noch der Rival und Feind von Preußen sei: durch die letzten Vorgänge in Regensburg werde das bewiesen; während in der Annahme des Princips der Säkularisationen eine dem preußischen Staate durch Frankreich gemachte Concession liege. Der natürliche Verbündete von Oesterreich sei England; es habe immer gewünscht, demselben die Niederlande wieder zu verschaffen und das Stathouderat in Holland zu eignem Vortheil herzustellen. Von den Russen dürfe Preußen keine weitere Förderung erwarten, es wäre denn, daß sie zu Unternehmungen gegen das osmanische Reich schreiten sollten: eben dies aber habe Preußen zu fürchten. Ohnehin mache es die weit überwiegende Macht der beiden Kaiserhöfe für Preußen zur Nothwendigkeit, auf Vergrößerungen zu denken, wenn es die Rolle einer Großmacht, die eigentlich über seine Kräfte gehe, durchführen

1) Aus dem Nachlasse von Marwitz I. S. 128.

wolle. Die Allianz, welche das mächtige Oberhaupt der französischen Nation dem preußischen Staat darbiete, sei allein fähig, demselben neue Gelegenheiten zu den Erwerbungen zu geben, deren es bedürfe. Schon habe man auf französischer Seite dem Kurfürsten von Baiern den Antrag gemacht, sich einer Verbindung zwischen Preußen und Frankreich anzuschließen. Nach der Mission Lombards könne der König nicht vermeiden, eine definitive Erklärung über den ihm gemachten Antrag zu geben. Gegen Annahme desselben spreche vor Allem das Verhältniß zu Rußland: denn die Besitznahme von Otranto und Tarent, zu der man französischerseits geschritten sei, weil England Malta zurückbehalte, laufe den Verträgen zwischen Rußland und Frankreich entgegen. Auch bemerke man in Rußland, daß eine Allianz Preußens mit Frankreich zugleich gegen Rußland gerichtet sein würde. In Frankreich fürchte man entgegengesetzten Erklärungen zum Trotz, daß der Wiener Hof die Ideen Thuguts wieder aufnehmen, daß man Oesterreichs nicht sicher sein werde, wenn man ihm nicht die Suprematie in Italien aufopfere. Würde nun Preußen sich mit Frankreich verbünden, so würde Oesterreich Bedenken tragen, sich für England zu erklären und den Frieden des Continents zu stören. Wie Baiern, so würde auch Würtemberg, Baden, Hessen-Cassel sich mit Preußen und Frankreich zu diesem Zweck verbinden. Wohl erkenne man in St. Cloud, daß Preußen an dem Streit zwischen Frankreich und England kein direktes Interesse habe, aber man setze doch ein solches in Bezug auf die bewaffnete Neutralität voraus. Daher schreibe sich die Weigerung, in den dem Handel schädlichen Maßregeln eine Milderung eintreten zu lassen. Der erste Consul hoffe vielmehr, es dahin zu bringen, daß auch der Sund den Engländern geschlossen werde und erwarte dabei die Unterstützung Preußens bei Dänemark und Rußland [1].

1) Tâcher d'employer l'influence de la Prusse à Pétersbourg et son appui à Copenhague pour contrecarrer dans les deux cabinets les vues et les intérêts de l'Angleterre et parvenir même, s'il était possible, à cette clôture du Sund dont le premier Consul se montre si avide.

Indem Lucchesini die Handlungen des ersten Consuls erwägt, ohne sie eben alle zu billigen, zieht er doch den Schluß, daß derselbe geneigt sei, die Vergrößerung der preußischen Monarchie zu wünschen. Sollte es zu einem Krieg kommen, so biete die Verbindung der beiden größten und berühmtesten Armeen der Welt eine unermeßliche Aussicht dar.

Vor einem Bruch mit Rußland schrickt auch Lucchesini zurück. Er erinnert sich der Rücksichten, die der große Friedrich immer auf die Freundschaft von Rußland genommen habe, und wünscht, daß man auch fortan diesem Beispiel folge; aber er denkt, daß die vorgeschlagene Abkunft auch eine Reconciliation Frankreichs mit Rußland in den angedeuteten Mißverständnissen zur Folge haben werde. Gehe Preußen auf die Allianz nicht ein, so werde es sich die ganze Abneigung des ersten Consuls zuziehen. Dieser habe Lombard unumwunden gesagt: Preußen werde die Consideration verlieren, welche Frankreich im Falle einer Verbindung demselben zu verschaffen gesonnen sei; schon sehe man aus mancherlei Vorgängen, daß er sich Oesterreich nähere.

Das Memoire Lucchesinis hat insofern Werth, als es die aus dem neuen Bruch Frankreichs mit England hervorgegangenen Combinationen des ersten Consuls darstellt. Diese umfaßten Europa: alle spätere Geschicke des Continents beruhen darauf.

Einer andern Meinung als Lucchesini war, wie berührt, Hardenberg, der jetzt wieder mehr zu den Geschäften herbeigezogen wurde; er begleitete die Denkschrift Lucchesini's mit Bemerkungen, die eine so große Tragweite nicht haben, aber den preußischen Standpunkt festhalten. Er stellte in Abrede, daß der preußische Staat dem ersten Consul bei den territorialen Festsetzungen Etwas zu verdanken habe; sie seien mehr dazu angethan, den preußischen Staat in Verlegenheit zu bringen, als ihn zu verstärken: Bonaparte sei bei den letzten Auseinandersetzungen, wenngleich er den Grundsatz der Säkularisation annahm, doch nicht eben auf preußischer Seite gewesen. Hardenberg meinte, man hätte sich, ehe die Dinge entschieden waren, zu einer Allianz mit Frank=

reich entschließen sollen. Europa habe dem preußischen Kabinet zu viel Ehre erwiesen, wenn es demselben ein Einverständniß mit dem ersten Consul zuschrieb. Jetzt würde es zu einem solchen zu spät sein, selbst wenn es auf dessen Pläne eingehe.

Daß man durch das Interesse der bewaffneten Neutralität und des Handels sich in eine Differenz mit England verwickeln lasse, mißbilligt Hardenberg: denn man sei in England keineswegs dem continentalen Handel feindlich gesinnt, und bedrohe wenigstens nicht die Unabhängigkeit Andrer, wie Frankreich. Ohne Unabhängigkeit habe Preußen auch keinen Handel. Hardenberg widerstrebte einem Bruch mit England und hatte das äußerste Mißtrauen gegen Bonaparte; wenn man sich mit ihm verbände, müsse man wenigstens sich zugleich rüsten, um ihm im Nothfall widerstehen zu können [1]); die wahre Präkaution sei: sich vergrößern, sich verstärken, Macht, vor allen andern Dingen Macht.

Die Idee einer Allianz mit Frankreich rief, wie man sieht, noch einmal das Gefühl der Unabhängigkeit und das Bestreben hervor, sie vollständig zu behaupten. Man hatte in Deutschland nicht alle Hoffnung auf die Widerstandsfähigkeit des Reichs aufgegeben, so beschränkt auch das Reichsoberhaupt war. Man fand, der Föderalismus sei keine schlechte Verfassung für die innere Ruhe und Ausbildung; man könne dabei der Aristokratie und der Anarchie widerstehen; die Reichsstädte könnten glückliche Republiken sein. Schriften wurden verfaßt und Zusammenkünfte gehalten, in denen diese Gedanken näher präcisirt wurden.

Eben in dem ersten Consul erblickte Hardenberg den gefährlichsten Gegner. Indem er das föderalistische System annahm, schwebte ihm die Möglichkeit vor, unter dem Schutze der beiden großen Mächte dem deutschen Reiche eine den Umständen angemessene Verfassung zu verschaffen, die auf einem Föderativsystem beruhen müsse, wobei jedem Fürsten und Besitzer sein Eigenthum und sein äußerer Glanz gelassen, dagegen Alles, was die

1) En se prémunissant contre les infractions et en préparant à s'y opposer au cas de besoin.

gemeinschaftliche Vertheidigung und die äußeren Verhältnisse angeht, lediglich den beiden Häuptern des Bundes nach den Gesetzen und dem Zweck desselben, aber mit den nöthigen Mitteln und der erforderlichen Befugniß zur Vollstreckung übertragen werden müßte.

Es war die größte deutsche Frage, welche hier wieder emportauchte: ob nämlich dem Einfluß von Frankreich, welches die alte Idee, den germanischen Körper zu beherrschen, stärker als jemals gefaßt hatte, Thür und Thor eröffnet werden, oder ob es noch gelingen könne, eine Vereinigung der Stände mit den beiden deutschen Hauptmächten zu Stande zu bringen und Deutschland dadurch aufrecht zu halten. In ihrem vollen Umfang wurde dieselbe jedoch nicht in Erwägung gezogen.

Vor allem Anderen blieben Unterhandlungen zwischen Preußen und Frankreich im Gange, deren Zweck es war, die Ausdehnung des französisch-englischen Krieges nach den deutschen und nordischen Gebieten zu verhindern.

Ueber die norddeutschen Angelegenheiten verstand man sich, wenigstens annähernd. Hannover sollte zwar in den Händen von Frankreich bleiben: doch erklärte der erste Consul, es nur behufs einer Compensation für den künftigen Frieden zu behalten.

Er versprach Cuxhaven und Ritzebüttel zu räumen; nur solle sich auf Weser und Elbe kein englisches Fahrzeug blicken lassen. Wenn Preußen darauf bestand, daß Frankreich die in Lüneville festgesetzte Grenze nicht überschreite, so hatte das zunächst nicht so viel zu bedeuten, weil es die Besetzung von Hannover, wenigstens mit einer beschränkten Macht, zugab. Dagegen aber machte Bonaparte die Forderung, daß Preußen den Zustand von Italien, wie er in diesem Augenblicke nach neuen französischen Besitzergreifungen geworden war, anerkennen sollte. Preußen hatte die von Bonaparte in Cisalpinien, Toscana und Genua vorgenommenen Veränderungen anerkannt, weil sie auch von Rußland genehmigt wurden. Die politische Stellung König Friedrich Wilhelms III. hatte ihre Bedingung darin, daß Rußland und Frank-

reich einverstanden waren. Nach einiger Zeit aber, seit den Irrungen zwischen England und Frankreich, die dem Bruch des Friedens von Amiens vorangingen, waren auch Mißverständnisse zwischen Rußland und Frankreich ausgebrochen.

Wie der erste Consul durch seine Absicht, England überall, wo er es finde, anzugreifen, veranlaßt worden war, sich Hannovers und der Ausflüsse der Weser und der Elbe zu bemächtigen; so ward er dadurch auch bewogen, seine Gewaltherrschaft über die Abruzzen und Kalabrien auszudehnen: denn sonst, meinte er, würde er dort die Einwirkung der Engländer von Malta her zu befürchten haben. Aber diese Besitznahme stand, wie schon Lucchesini bemerkt hatte, in Widerspruch mit den letzten Verträgen Rußlands, welches Neapel in seinen Schutz nahm. Der Zweideutigkeit, die in dem Artikel des Vertrags, welcher Sardinien betraf, enthalten war, wollte Rußland nicht länger Statt geben, nachdem Bonaparte den Engländern alle und jede Rücksicht auf Sardinien verweigert hatte. Es forderte nicht allein die Integrität von Neapel, sondern auch die Herstellung der Unabhängigkeit von Sardinien. Der Kanzler Woronzow erklärte, selbst im Widerspruch mit einer Aeußerung des Kaisers: daß die Angelegenheiten der Republik der sieben Inseln eigentlich die Sache von Rußland seien. Russische Truppen und Schiffe wurden daselbst gehalten. Dagegen beanspruchte der erste Consul die Herrschaft über die Küste von Neapel und Sicilien.

Ein wichtiges Moment bildeten die Verhältnisse zur Pforte, welche nach und nach Partei für Frankreich nahm, von dem sie soeben mit Feindseligkeiten heimgesucht war, die ihr den Untergang hätten bringen können.

Wir müssen diese Verhältnisse, weil sie der Entlegenheit zum Trotz doch in den Gesichtskreis der preußischen Politik wesentlich eingreifen, mit einem Wort erwähnen.

Dem ersten Consul gelang es, einen besondern Frieden mit der Pforte abzuschließen (25. Juni 1802), während man gemeint hatte, der türkische Friede solle blos einen Theil der allgemeinen Pacifi=

kation bilden. England zeigte hierüber eine Verstimmung, die zu seinem allgemeinen Mißverhältniß gegen Frankreich beitrug. In dem Frieden garantirten sich die beiden Mächte, Frankreich und die Türkei, ihre gegenseitigen Besitzungen. Die Pforte ging darauf ein, weil sie, obwohl Frankreichs keineswegs sicher, doch von den beiden andern Mächten noch widerwärtigere Einwirkungen fürchtete.

Nachdem der König von Preußen bisher die Rolle eines Vermittlers zwischen Frankreich und der Pforte zur Genugthuung beider Theile erfüllt, wurde er jetzt von Bonaparte aufgefordert, die Integrität der Pforte ebenfalls zu garantiren. Darin schien für den preußischen Hof eine Demonstration gegen die Mächte, von denen die Türkei bedroht werden konnte, England, Oesterreich, besonders aber gegen Rußland zu liegen: er weigerte sich diese Garantie zu übernehmen.

Die inneren und äußeren Verhältnisse des ottomannischen Reiches griffen hier in einander. Die Engländer nahmen sich der Mameluken in Aegypten an, welche man in Constantinopel zu vernichten wünschte. Die Russen standen mit den Griechen des Archipelagus in lebhafter, commercieller Verbindung. Großes Aufsehen machte, daß Sebastopol zu einem Kriegshafen erklärt und eine militärische Verbindung zwischen der Krim und den ionischen Inseln, wo die russische Flotte fortwährend verweilte, ins Werk gesetzt wurde. Der französische Gesandte in Constantinopel machte den preußischen darauf aufmerksam, daß der wachsende Einfluß Rußlands leicht zu einer territorialen Erweiterung seiner Macht führen könne. Man hielt Alexander für geneigt, wie er ja ausdrücklich erklärt hatte, er werde in die Fußtapfen Katharinas II. treten, dies auch in Bezug auf die Türkei und auf die Idee eines orientalisch-russischen Reiches zu thun. Die von Rußland ergriffene Haltung wurde dem preußischen Gesandten als drohend für die Integrität des türkischen Reiches bezeichnet[1]). Wenn nun Preußen aufgefordert

1) Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches VII, 354, 358.

wurde, diese Integrität zu garantiren, so war dabei keineswegs von einer bloßen Formalität die Rede: man muthete ihm an, sich auch in den entscheidenden Punkten der allgemeinen Politik für Frankreich zu erklären. Wie die Sachen faktisch standen, so wäre das eine Demonstration gegen Rußland gewesen, welche außerhalb des Horizontes des preußischen Kabinets lag. Fern hierauf einzugehen, wendete Haugwitz seine Aufmerksamkeit nur auf die Regelung der Verhältnisse in Norddeutschland, die durch die Anwesenheit der Franzosen in Hannover in eine nicht geringe Spannung gerathen waren. Lombard hatte in Brüssel die Evakuation vom Cuxhaven und die Herstellung der Freiheit der Schifffahrt an den Mündungen der deutschen Flüsse in Antrag gebracht. Der erste Consul hatte dies zurückgewiesen: er forderte eine engere Allianz mit Preußen zu dem Zwecke, um in seinen Unternehmungen freie Hand auf dem Continent zu erhalten. Graf Haugwitz meinte, nicht darauf eingehen zu können, ohne die Theilnahme von Rußland. In seinem Sinne hätte eine Verbindung mit Rußland auf der einen, mit Frankreich auf der andern Seite gelegen; man würde allen künftigen Usurpationen Bonapartes eine Schranke gezogen haben. Rußland aber wies dies zurück[1]). Preußen blieb nun auf besondere Verhandlungen mit Frankreich angewiesen. Der Vorschlag von Preußen war dann: seine Garantie, unter der Voraussetzung, daß die französischen Truppen aus Deutschland herausgezogen würden, auf die Erhaltung des Friedens im deutschen Reiche zu beschränken. Der erste Consul lehnte eine auf Deutschland beschränkte Garantie ab: denn sie würde nur Oesterreich sichern für den Fall, daß dies ihn angreife. Er sprach darüber ein paar Stunden mit Lucchesini: er verlangte eine allgemeine Garantie von Preußen, bei der es dann nicht darauf ankomme, ob sie Allianz heiße oder nicht; Frankreich werde sich begnügen, 6000 Mann in Hannover zu halten, um einst bei dem Frieden Rückgabe von Hannover als

1) Denkschrift von Haugwitz. La Prusse offrit à la Russie d'entrer dans le concert proposé. Mais la Russie refusa.

Compensation anzubieten. Im Gespräch mit Lucchesini hatte er noch weitere Eröffnungen gemacht, auf deren Grund Preußen eine Convention vorschlug, nach welcher es sich zu einer allgemeinen Garantie verstand, Frankreich aber versprach, die französischen Grenzen nicht über die von Lüneville auszudehnen; werde eine von den beiden Mächten im Laufe des gegenwärtigen Krieges von einer dritten angegriffen, so werden sie sich gegenseitig Hülfe leisten: Frankreich werde seine Truppen in Hannover auf 6000 Mann beschränken, Cuxhaven und die Flußmündungen räumen.

Von alledem aber nahm Bonaparte nichts weiter an, als die Räumung Cuxhavens durch seine Truppen. Aber dagegen erneuerte er den Antrag auf eine Allianz, von der Oesterreich zunächst bedroht sein würde: dann verlangte er die sofortige Ausführung der Territorial-Bestimmungen, die Oesterreich noch nicht anerkannt hatte. Preußen antwortete: daß es durch Stipulationen dieser Art sich in einen Krieg verwickeln würde, den es zu vermeiden wünsche, zumal da Frankreich selbst zu der Haltung von Oesterreich ein Jahr lang still geschwiegen habe und um gegen dieselbe vorzuschreiten die Theilnahme des anderen Mediators nöthig sei. Der erste Consul gab keinen Schritt nach. In die Garantien sollten auch die militärischen Besitzergreifungen inbegriffen sein, welche seit dem Bruche mit England in Italien vorgenommen waren. Für den Norden behielt sich der erste Consul vor, 25,000 Mann in Hannover zu halten, die im Nothfall auf 50,000 Mann vermehrt werden sollten.

Es läßt sich kaum denken, daß er auf die Annahme dieser Bedingungen zählte, durch welche sich Preußen seiner Politik im Ganzen und nach allen Seiten hin angeschlossen haben würde; nach dem südlichen Europa und nach dem Orient hin, so wie in Bezug auf seinen einseitigen Antheil an der Durchführung der deutschen Territorial-Veränderung, durch die es zugleich von einer verstärkten Macht in Hannover bedroht worden wäre. Den Ursprung der Entzweiungen zwischen Frankreich

und Preußen muß man, da die früheren beseitigt worden waren, in diesen Anmuthungen suchen. Man darf wohl dabei nicht voraussetzen, daß die Haltung, welche Bonaparte annahm, dem Sinn der französischen Nation entsprochen hätte. Sie hatte den ersten Consul mit allen ihren Kräften unterstützt, um sich an dem Canal mit einer Macht aufzustellen, wie sie noch nie beisammen gewesen sein mag. Gewiß ist es ein Irrthum, ihre Anstrengungen dem Einfluß der Regierung zuzuschreiben, welche nur eine persönliche Sache zu verfechten getrachtet habe. Der Enthusiasmus war vielmehr natürlich und wohl begründet; die soeben wiederhergestellten Bischöfe feuerten dazu an; beide Parteien, die revolutionäre und klerikale vereinigten sich in dieser großen Tendenz. Es war ein Wetteifer freiwilliger Anerbietungen und Leistungen zum Kriege gegen England. Als es nun aber so weit gekommen war, daß Bonaparte eine halbe Million Soldaten um seine Fahnen sah, bei denen er eine militärische Einübung in seinem Sinne durchzuführen die Zeit hatte: so fühlte er sich als der Meister von Europa.

Anfangs hatte er geglaubt, fremder Hülfe zu bedürfen; jetzt meinte er ihrer entbehren zu können. Seine Unterhandlungen waren drohend und litten keinen Widerspruch. Man hat gedacht und gesagt, Preußen hätte sich dieser Uebermacht anschließen sollen, um die Herrschaft der Welt mit ihr zu theilen. Aber es würde dann nicht allein gegen England, sondern zugleich gegen Rußland und Oesterreich sich verpflichtet haben. Ein kecker Abenteurer würde vielleicht darauf haben eingehen können, immer mit dem Entschluß, bei guter Gelegenheit wieder zurückzutreten, aber nicht ein König, am wenigsten ein solcher, wie Friedrich Wilhelm III. war. Der hatte sich mit dem System der Neutralität und des Friedens identificirt. Er war entfernt davon, in Deutschland um sich greifen, sich mit Oesterreich entzweien zu wollen oder gar mit Rußland; mit Kaiser Alexander fühlte er sich durch persönliche Freundschaft verbunden. So wenig man auch über seine Zusammenkunft mit dem russischen Kaiser, die im Juni 1802 in

Memel stattfand, durch authentische Mittheilungen erfahren hat: so leidet es doch keinen Zweifel, daß selbst ein persönliches Verhältniß gegenseitigen Vertrauens, das den Charakter der Freundschaft trug, zwischen ihnen begründet worden ist; ungewöhnlich zwischen unabhängigen Herrschern.

In diesem Augenblick beruhte Alles auf einem gleichartigen Verhältniß zu Frankreich. Die zwischen Frankreich und Preußen getroffenen Verabredungen über die preußische Entschädigung wurden damals von Alexander angenommen, der selbst an dem in Deutschland ergriffenen System Antheil hatte. Man träumte in Berlin von der Fortdauer des Verständnisses der drei Mächte. Wie ganz anders aber standen die Verhältnisse nunmehr. Frankreich machte dem preußischen Kabinet Vorschläge, die gegen Rußland gemeint waren, so wie gegen Oesterreich, und die zugleich dem System des Gleichgewichts, das der König ergriffen hatte, vollkommen entgegenliefen. Doch fühlte er sich auch nicht stark genug, um die Unterhandlungen abzubrechen; er hielt wenigstens für gut, ehe das geschah, sich der Beistimmung des Kaisers von Rußland zu versichern.

Alexander hatte ihm einst gesagt, im Nothfall werde er immer auf ihn, den Kaiser, zählen können. Der König schrieb ihm jetzt, er bitte um seinen guten Rath, mit dem Wunsch, daß er nie um mehr als einen solchen zu bitten veranlaßt sein möge: ein Fall, den er jedoch kommen sah, wie diese Worte selbst andeuten[1]). Die Franzosen aus Hannover zu vertreiben würde jetzt ein Unternehmen sein, welches noch größeres Unglück hervorrufen dürfte. Wenn aber Bonaparte, getäuscht in seiner Hoffnung, die preußische Politik unbedingt an die seine zu fesseln, sich dafür an der preußischen Monarchie direkt oder indirekt zu rächen suche: wie weit könne er, der König, in einem solchen Falle auf

1) Schreiben vom 21. Februar 1804. V. M. m'a assuré plus d'une fois que je la retrouverais toujours dans le besoin. Je lui demande aujourd'hui ses conseils, en désirant vivement que je ne sois pas un jour dans le cas de lui demander davantage.

die Hülfe von Rußland und der Verbündeten desselben zählen; er würde über die Geschicke Preußens ruhig sein, wenn er sie mit den russischen verbunden wisse[1]): auf ein Wort aus dem Munde des Kaisers werde er mehr bauen, als auf feierliche Traktate.

Der Kaiser antwortete hierauf am 16. März. Er verschweigt nicht, daß er die bisherige Politik Preußens nicht billige; einen eigentlichen Rath zu geben, vermeidet er; der Fall sei ein solcher, in welchem Jeder sich selbst rathen könne. Er bemerkt jedoch: die Ehre und das wahre Interesse des preußischen Staates stehe auf der einen Seite, auf der andern der Vorwurf, den es sich werde machen müssen, die Universal-Monarchie, eines Mannes, der ihrer so wenig würdig sei, befördert zu haben, und der unvermeidliche Ruin der preußischen Monarchie selbst. Eine unbedingte Zusage der Hülfeleistung spricht er nicht aus; aber er sagt, wenn er sehe, daß der König für die Unabhängigkeit und die Sache von Europa eintrete, so werde er sich augenblicklich auf die Seite von Preußen stellen: in einem so hochherzigen Kampfe werde Rußland Preußen nicht allein lassen[2]).

Hierauf nun faßte man in Berlin den entscheidenden Entschluß, die bisherigen Verhandlungen mit Frankreich fallen zu lassen, und sich mit einem allgemeinen freundschaftlichen Verhältniß zu begnügen. Das geschah durch eine förmliche Erklärung an den französischen Gesandten Laforest (3. April 1804).

Lucchesini wurde getadelt, daß er die französischen Vorschläge auch nur angenommen habe.

Der König betonte mit Nachdruck die Erwartung, die er durch seine bisherige Haltung und die früheren Erklärungen

1) Je serai tranquille sur les destinées de la Prusse dès que la Russie y associera les siennes.

2) Si je vois V. M. engagée pour la défense de l'indépendance et du bien de toute l'Europe, j'assure bien qu' elle me retrouvera à l'instant à ses côtés, et que la Prusse n'aura pas à craindre que la Russie la laisse seule dans une lutte aussi noble.

Bonapartes selbst zu hegen berechtigt sei, daß Frankreich seine Truppen in Hannover nicht vermehre, und die benachbarten, bei dem gegenwärtigen Kriege nicht betheiligten Fürsten, nicht beunruhigen werde[1]): wogegen der König sein Wort verpfände, keinem Plane Gehör geben zu wollen, durch welchen Frankreich beunruhigt werden könne[2]).

So endigten die Unterhandlungen über eine preußisch-französische Allianz. Die Absicht Napoleons dabei trat ganz offenbar hervor: er wollte die Allianz für immer und ohne alle Beschränkung zu dem Zwecke, den er eben verfolgte. Wenn Preußen sie ablehnte, so lag dabei nicht allein die Rücksicht auf Rußland zu Grunde, sondern zugleich auf Oesterreich, auf das deutsche Reich überhaupt und besonders auf die eigenen preußischen Lande. Der König erklärte, er würde es bei seinen Unterthanen nicht verantworten können, wenn er darauf einginge.

Schon unterm 5. April wurde diese Verhandlung mit dem französischen Gesandten, welche einen vollkommenen Bruch der bisherigen Unterhandlungen in sich schließe, nach Rußland mitgetheilt. Wenn man die Worte erwägt, so war die Antwort Alexanders auf die Anfrage des Königs zugleich eine ausweichende: denn nur dann ließ er seine Hülfe erwarten, wenn Preußen in den Kampf für die Unabhängigkeit bereits eingetreten sei. Der König machte bemerklich, wie gefährlich ihm eine feindselige Stellung gegen den ersten Consul werden könne, der, in sein eignes Unrecht sich verwickelnd, immer weiter gehe. Drohende Demonstrationen würden ihn veranlassen, seine Armee in Hannover zu vermehren. Die preußischen Gegenmaßregeln würden dann verstärkt werden müssen. Eine Drohung werde die andre, ein Vorwand den andern hervorrufen: man könne

1) Je compte de la manière la plus positive d'abord sur ce que l'armée de Hanovre ne sera pas augmentée et ensuite que, suivant la promesse faite dès les premiers moments de l'occupation, aucun des États d'Empire étranger à la querelle n'en verra les suites peser sur lui.

2) J'engage ma parole au Premier Consul de ne jamais prêter l'oreille à aucun plan dont la France pût s'inquiéter. An Lucchesini, 3. April 1804.

leicht auf diesem Wege in offenen Krieg gerathen. Eine ruhige, feste Haltung sei das einzige, was Preußen zukomme, zumal da Bonaparte durch seine Versprechungen — auch die zu Brüssel gegebenen werden angeführt — bereits gebunden sei. Er werde sich zwei Mal besinnen, ehe er mit Preußen breche, sobald es mit Rußland verbunden sei. Sollte er es dennoch wagen, so werde der König ruhig bleiben: sicher der Unterstützung seines hochherzigen Verbündeten, werde er nicht an dem Erfolg der gerechtesten aller gerechten Sachen zweifeln. Ohne Aufsehen zu erregen, treffe er bereits Maßregeln, welche ihn in Stand setzen, die Ereignisse mit festem Fuße abzuwarten. In diesen Vorbereitungen fahre man in der Stille fort [1]).

Wenn bei dem Briefe Alexanders die Absicht durchblickt, den König in eine große Coalition zu verflechten, so vermeidet dieser Fürst, darauf einzugehen. Er betont nur mit einigem Nachdruck, daß er auch bei seinen bisherigen Verhandlungen die allgemeine Lage von Europa immer im Auge gehabt habe. Er hält den Standpunkt fest, daß er um der besonderen preußischen und norddeutschen Verhältnisse willen in Entzweiung mit Frankreich gerathen könne; er bleibt dabei, in diesem Falle auf die Hülfeleistung von Rußland zu zählen.

In diesem Augenblicke trat Hardenberg in die Verwaltung der auswärtigen Geschäfte von Preußen ein. Er hatte schon einmal im August und September 1803 den Grafen Haugwitz vertreten. Auch jetzt war seine Stellung nur interimistischer Natur. Haugwitz hatte lange Zeit ohne Besoldung gedient und sich dabei um seine Güter in Schlesien wenig bekümmert. Um die Ordnung in seinen Vermögensverhältnissen herzu-

1) Tout en évitant un éclat qui ne servirait qu' à donner de l'ombrage, Je fais prendre sous main des mesures provisoires qui me mettront en état d'attendre de pied ferme les événements, les préparatifs se continuant toujours dans le silence, et aucune précaution n'est oubliée. Brief an Goltz vom 8. April 1804. In diese Epoche fällt die Enthebung Scharnhorsts von seinem Dienst in der Artillerie und seine Versetzung in den Generalstab als Oberst und dritter General-Quartiermeister-Lieutenant (21. Mai 1804.)

stellen und zugleich ein schlesisches Bad zu besuchen, bat er um einen Urlaub, dessen Dauer sich nicht absehen ließ. Die Vertretung für ihn, welche Hardenberg übernahm, doch nicht ohne Widerstreben, wurde von dem König bestätigt, der selbst die bedenklichen Umstände betonte, die ihm den Entschluß, in die Wünsche des Grafen zu willigen, schwer gemacht hatten, aber zugleich sein unbedingtes Vertrauen in Hardenbergs Diensteifer ausdrückte. Die beiden Minister, noch immer Freunde, sahen einander noch einmal auf dem Landgute Hardenbergs, Tempelberg. Die Absicht bei der Zusammenkunft war, sich über die Lage der Geschäfte still und ungestört zu besprechen.

Das beherrschende Verhältniß lag darin, daß sich Preußen von der engen Allianz mit Frankreich lossagte und dagegen nachdrücklicher als bisher eine Anlehnung an Rußland suchte. Der Brief an Goltz, der die so eben erwähnten Erklärungen des Königs enthielt und noch von Haugwitz herrührt, ist gleichsam ein Programm für die künftige Politik und kündigt eine Entfremdung von Frankreich an, die nothwendig immer wachsen mußte. Der erste Akt der interimistischen Verwaltung von Hardenberg war nun, daß das Einverständniß zwischen Preußen und Rußland durch gegenseitige Deklarationen für die Zukunft fixirt wurde.

Der Kaiser spricht sich einverstanden damit aus, daß man den aus der Anwesenheit der Franzosen in Hannover entspringenden Inconvenienzen zum Trotz dieselbe dennoch dulde, so lange sie sich innerhalb der Linie halten, die sie jetzt einnehmen, und nicht neue Uebergriffe versuchen gegen Landschaften, die dem gegenwärtigen Kriege fremd blieben: die Thätigkeit und Rücksichtslosigkeit aber, mit welcher die Franzosen ihre Entwürfe ausführen, mache es nothwendig, auf alle ihre Bewegungen ein wachsames Auge zu haben. Sollten die französischen Truppen vermehrt werden, so würde man ohne Zeitverlust Vorkehrungen treffen, um die kleineren Staaten, die sich selbst nicht vertheidigen können, in Schutz zu nehmen; der Casus Föderis werde eintreten, sobald die in Hannover anwesenden französi-

schen Truppen sich gewaltsame Eingriffe[1]) in ein benachbartes Land erlauben würden. Der König soll die Operationen unverweilt anfangen; Rußland halte sich bereit, ihm gegen jeden Angriff zu Hülfe zu kommen. Jede der beiden Mächte solle 40,000 Mann ins Feld stellen und sich verpflichten, die Waffen nicht einseitig niederzulegen und keine Abkunft ohne gegenseitiges Einverständniß zu treffen. Man würde Dänemarck, Sachsen und andre norddeutsche Fürsten in diese Vereinigung ziehen, und wenn man zum Ziele gelangt ist, über die Maßregeln Beschluß fassen, durch welche die Entfernung aller fremden Truppen aus Deutschland bewirkt werden könne[2]).

Dem entsprach nun die Deklaration, mit welcher der König am 24. Mai die russische erwiderte. Friedrich Wilhelm III. wiederholt darin, daß er sich, um den Frieden zu erhalten, in die fernere Besetzung Hannovers und der Flußmündungen, so nachtheilig dieselbe auch wäre, fügen wolle: sollte aber Frankreich zu neuen Usurpationen schreiten, so sei er entschlossen, sich dem mit Gewalt der Waffen zu widersetzen. Mit halben Mitteln werde man Nichts erreichen; er werde dann mit einem der ungeheueren Uebermacht der Franzosen proportionirten Heere ins Feld rücken. Er rechne aber auch auf die Ausführung des alten Traktates zwischen Rußland und Preußen, kraft dessen die beiden Staaten einander mit aller ihrer Macht beizustehen sich verpflichtet hatten. Es leuchte ein, daß jene Hülfe von 40—50,000 Mann nicht genüge, so wenig wie eine Aufstellung einer gleichen Anzahl von seiner Seite. Wegen der großen Entfernung der Russen wünschte er, daß zwar die Cavallerie zu Lande anrücke, Infanterie und Geschütz aber zur See transportirt werde. Den Casus Föderis will er dann noch näher bestimmt wissen: nicht auf französische Durchzüge durch kleine Gebiete, wie etwa Ahremberg könne es dabei an-

1) empiétements.

2) Nous Nous réservons de Nous entendre avec Sa Majesté Prussienne sur les mesures ultérieures à prendre afin de purger entièrement le sol de l'Empire germanique de la présence des troupes étrangères.

kommen. Der Casus Föderis werde eintreten, wenn Frankreich ein deutsches Gebiet auf dem rechten Weserufer überziehe, namentlich die Hansestädte, Mecklenburg und das Gebiet des Königs von Dänemark, von dem man hoffen dürfe, daß er alsdann mit beiden Mächten gemeinschaftliche Sache machen werde. Der nächste Zweck soll sein: den deutschen Norden von fremden Truppen zu reinigen, und Bedacht darauf zu nehmen, Deutschland von dem unzuträglichen Zustande, dem es jetzt unterliege, zu befreien.

Die beiden Deklarationen constituiren noch keine förmliche Allianz: Preußen forderte mehr, als Rußland gewähren wollte; aber schon die Zugeständnisse, die Rußland gemacht hatte, sind von der größten Bedeutung; sie gewährten einen starken Rückhalt gegen Frankreich. Von einer Feindseligkeit des ersten Consuls war in diesem Augenblicke nichts zu fürchten; er hatte die seinem Gesandten gemachten Vorstellungen nicht verworfen, vielmehr thatsächlich angenommen. Es waren die Zeiten, in denen sich Rußland gewaltig gegen ihn regte. Bonaparte mußte eine neue Coalition fürchten; der größte Gewinn war es für ihn, wenn Preußen ihn versicherte, daß es auf keinen allgemeinen Plan, der gegen ihn gerichtet sei, einzugehen gedenke. Eine solche Zusage war es wohl werth, daß er sich anheischig machte, in Norddeutschland nicht weiter zu schreiten, als er schon geschritten war. Wie die Sachen einmal standen, konnte er auf die Räumung der Flußmündungen nicht wohl eingehen. Auch Preußen bestand nicht darauf. Ihm lag Alles daran, den inneren Zustand von Norddeutschland, wie er war, zu behaupten, und nur insofern dieser bedroht wurde, war es mit Rußland verbündet. Es war mit Frankreich nicht in Allianz getreten, aber auch eine Gegenallianz hatte es nicht eigentlich getroffen. Entschlossen sich für künftige Fälle in Verfassung zu setzen, war es doch nicht gemeint, den gegenwärtigen Zustand durch Feindseligkeiten welcher Art auch immer zu stören oder stören zu lassen. Darauf allein zielten seine Verabredungen mit Rußland.

Zehntes Capitel.

Napoleonisches Kaiserthum. Gewaltschritte in Deutschland.

Zwischen Rußland und Frankreich waltete ein immer steigendes Zerwürfniß ob. Der erste Consul wollte nicht dulden, daß Rußland alte Emigranten in seinem Dienst habe. Die Anwesenheit von Antraigues als russischem Bevollmächtigten in Dresden bildete für ihn einen Gegenstand von Beschwerden, da derselbe gegen die französische Regierung Libelle schreibe. Einem Beamten der russischen Gesandtschaft in Paris, der schon bei Katharina II. in Dienst gestanden hatte, schrieb man zu, daß er in der Hauptstadt gegen Bonaparte arbeite. Darüber kam es zu heftigen Scenen zwischen Bonaparte und dem russischen Gesandten Markoff, der sich überhaupt die Unzufriedenheit des ersten Consuls zugezogen hatte. Markoff wurde auf das Verlangen desselben abberufen, ein Verlangen, das dem Kaiser Alexander selbst nicht eben unwillkommen war: Markoff schied aus dem Dienste.

So weit war es nun gekommen, daß der revolutionäre Staat von Frankreich auf dem Continent als ein gleichberechtigter angesehen wurde; man stand mit ihm in lebendigem diplomatischen Verkehr.

Die in Frankreich emporgekommene Macht hatte sich das Verdienst um Europa erworben, das stete Aufwogen der revolutionären Tendenzen zu bändigen und eine monarchische Gewalt in Frankreich aufzurichten. Denn durch und durch monarchisch war das Regiment des ersten Consuls: er hatte wie die militäri=

schen, so die geistlichen, die administrativen wie die richterlichen Angelegenheiten nach seinem Dafürhalten neu geordnet. Europa hatte nichts dagegen einzuwenden. Eben deshalb war Kaiser Paul mit Bonaparte in Verbindung getreten, weil er es verstehe, die revolutionären Stürme im Innern niederzuhalten. Gewiß: er bändigte die Revolution, aber er repräsentirte sie auch; die systematischen Gegner der Revolution verfolgten ihn um so heftiger mit ihrem Hasse, weil er dem revolutionären Staate ein größeres Gewicht gab, als je die königliche Regierung gehabt hatte. Mordversuche wurden gegen ihn unternommen, deren Gelingen doch wieder für die Herstellung der bourbonischen Monarchie eine Möglichkeit eröffnet haben würde. Gerade dadurch aber wurde seine Macht im Innern verdoppelt: denn am Tage lag, daß alle revolutionären Interessen, die soeben consolidirt worden waren, durch die Ermordung des ersten Consuls gefährdet worden wären. Seine Macht war nicht aus der revolutionären Idee oder aus der Entwickelung der revolutionären Gewalten hervorgegangen; er hatte die oberste Stelle eigenmächtig in Besitz genommen, aber alsdann die revolutionären Interessen, in wie fern sie der höchsten Gewalt dienen konnten, zu den seinen gemacht, und diese hatten sich ihm unbedingt angeschlossen, da sie durch ihn aufrecht erhalten wurden. Das war die Stellung dieses Mannes, daß ein großes Princip, das ihn nicht entbehren konnte, mit seinem Dasein identificirt wurde. Die Feindseligkeiten, welche gegen ihn versucht, wurden zugleich als Feindseligkeiten gegen die Nation betrachtet. Daher kam es, daß die verwegensten Attentate, die er sich gegen das europäische Völkerrecht erlaubte, von der Nation, wenn nicht mit Beifall, doch ohne Mißfallen aufgenommen wurden. Er selbst war entschlossen, den Moment zur Begründung einer Gewalt auf immer, einer Dynastie zu benutzen. Sein Ehrgeiz, an dem Beispiel des Alterthums genährt, ergriff dies Ziel mit Bewußtsein in dem günstigen und dazu auffordernden Momente.

Keine Rücksicht des Völkerrechts hielt ihn ab, den einzigen

lebensfähigen Sproß aus dem Hause Condé, der eine Zukunft zu haben schien, und an den die Royalisten große Erwartungen knüpften, Louis Antoine Henri, Herzog von Enghien, auf deutschem Gebiet in Ettenheim, wo er als Privatmann lebte, aufgreifen, nach seiner Hauptstadt fortführen und erschießen zu lassen: keine Entschuldigung kann das jemals rechtfertigen. Es war gleichsam der Akt seiner Naturgewalt. Warum hat man ihn, sagte Bonaparte, am Rande des Abgrundes schlafen lassen? Dieser Abgrund war seine eigene Gewalt. Europa erfuhr, daß die in Frankreich gebildete Monarchie doch ihrerseits wieder den Schrecken der Revolution in sich selber trug. Indem Alles zusammenfuhr, — denn an vielen Stellen hatte man wirklich geglaubt, daß das alte Europa mit einer Autorität, wie die des Consulates war, in befreundetem Verhältniß stehen könne —, zwei Monate nach Enghiens Ermordung ward Napoleon Bonaparte zum französischen Kaiser proklamirt. Es war ein autonomer Akt, wie alle die andern, durch welche er schrittweise emporgekommen ist; die von ihm selbst herrührende revolutionäre Organisation stimmte ihm bei. Welch eine ganz andere Monarchie in Frankreich, als die, durch welche einst Kaunitz den Frieden in Europa zu sichern geglaubt hatte.

Napoleon Bonaparte gehörte einer korsischen Familie an, die sich an das revolutionäre Frankreich hielt; sie hatte darüber Corsika verlassen müssen; ihre Besitzungen wurden verwüstet. Wie Joseph, der ältere Bruder Napoleons, berichtet, hatte dieser gleich beim Beginn der revolutionären Kämpfe die Ueberzeugung, daß Frankreich darüber mit den europäischen Mächten zerfallen und für die Anhänger der Revolution ein großer Schauplatz der Thätigkeit und des Ruhmes eröffnet werden würde[1]. Sein Herz

1) si le mouvement donné se continue en France, elle aura contre elle l'Europe entière, elle ne pourra être défendue que par des hommes passionnés pour la gloire, qui consentiront à mourir aujourd'hui pour vivre éternellement. Fragment historique par le Roi Joseph in den Mémoires et Correspondance du roi Joseph publiés par du Casse I. S. 39.

schlug ihm, wenn er daran dachte, daß die Nachwelt einmal von ihm reden würde; nach dessen Versicherung war er weniger ein Bewunderer Ossians als Rousseaus. Er theilte ursprünglich den Schwung der revolutionären Ideen in der Form der Republik. Aber seit dem 9. Thermidor, sagte er, sei die republikanische Bewegung im Sinken: erst seit dem 13. Vendemiaire, an dem er selbst eine so große Rolle spielte, habe sie wieder Kräfte bekommen[1]). Die republikanischen Institutionen, die man traf, zeigten sich jedoch ungenügend: die Ideen von 1789 konnten nur in militärisch-autokratischer Form gerettet werden. Das war die Position, welche Napoleon ergriff. Ohne ihn, so meinte er, würden die royalistischen Tendenzen der Bourgeoisie die Oberhand erhalten haben. Er bezwang dieselbe mit der Hülfe der Jakobiner, die er dann wieder niederhielt. Er glaubte, den Beruf zu haben, die socialen Ideen der Revolution in Europa zu behaupten und soweit als möglich auszubreiten. Ganz einseitig und bloß persönlich war also die Stellung nicht, die er einnahm. Er wollte den Krieg gegen England durchführen und das Uebergewicht der französischen Politik auf dem Continent feststellen. Allmählich aber bekam Alles eine dynastische und persönliche Färbung, da er eben in sich und seinem Kaiserthum die Incarnation der gleichwohl gebändigten Revolution erblickte. Die Autorität des Volkes erschien in dem Plebiscit, welches Napoleon als Kaiser anerkannte; das Kaiserthum wurde dadurch nicht etwa geschaffen; das Plebiscit hatte nur den Zweck, es den Vorstellungen und Ideen des Jahrhunderts gemäß zu sanctioniren; es war der Ausdruck der Beistimmung, mit der die Nation seine Laufbahn und seine Handlungen begleitete.

Von constitutionellen Garantien war bei der Errichtung des Kaiserthums wenig die Rede. Die Souveränetät des Volkes, in deren Namen Ludwig XVI. den Tod gefunden hatte, wurde von Napoleon in dem Sinne anerkannt, daß Alles, was der Fürst thue, ohne Ausnahme, für das Interesse, das Glück

1) Frgm. hist. S. 32, 70.

und den Ruhm des Volkes geschehen müsse. Soweit hätte wohl auch Friedrich II. das Princip anerkennen können. Die Summe der Veränderung lag darin, daß die revolutionäre Gewalt einen von zufälligen Ereignissen, von Leben und Tod unabhängigen Bestand erhielt. Das neue Kaiserthum wurde für erblich erklärt nach den Grundsätzen des salischen Rechtes, das schon bisher in Frankreich vorgewaltet hatte. Der Moment schien gekommen, wo nach der merovingischen, karolingischen und kapetingischen Dynastie eine vierte den Thron von Frankreich in Besitz nehmen sollte.

Nothwendig wirkte das auf die großen europäischen Verhältnisse zurück. Als Monarchien betrachtet konnten sich die großen Mächte mit der französischen verständigen. Allein ihr Grundprincip, kraft dessen der französische Thron an das Haus Bourbon hätte zurückgegeben werden müssen, erfuhr durch die Kaiserkrönung einen Gegensatz, der ein neues Ferment in die europäischen Verwicklungen warf.

In Preußen, wo das militärische Princip immer vorgeherrscht hatte, und der Gedanke, die Bourbons herzustellen, zwar einmal gefaßt, aber seitdem mit aller Entschiedenheit beseitigt worden war, hatte man nicht viel dagegen einzuwenden. Man hatte seit vielen Jahren eine stabile Gewalt in Frankreich gewünscht. Friedrich Wilhelm III. war der erste große Fürst, der das Kaiserthum anerkannte.

Stärker als irgendwo sonst mußte man die Erhebung eines neuen Kaiserthums in Oesterreich empfinden. Denn das Kaiserthum, welches seit Jahrhunderten an die Deutschen gekommen war, aber noch an das altrömische anknüpfte, wurde als der Mittelpunkt des Abendlandes, d. h. der romanischen und germanischen Nationen betrachtet; es wurde als die vornehmste Würde, die dem Besitzer den höchsten Rang gab, angesehen.

Wenn nun ein neues Kaiserthum auftrat, so wurde das Verhältniß der beiden Cäsaren, von denen der eine die Revolution und der andere das altherkömmliche historische System repräsentirte, einer der wichtigsten Punkte des Zwiespaltes. Napoleon

erklärte, daß er keinen höheren Rang in Anspruch nehme, als seine Vorfahren auf dem französischen Thron. Die allgemeine Meinung war, daß er dennoch darnach trachte, sich der alten Kaiserwürde, die man die römische nannte, zu bemächtigen.

Oesterreich befand sich noch immer in dem legal überkommenen Besitz des alten Kaiserthums des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, dessen Idee mit den damaligen Zuständen der Welt in schneidendem Widerspruch stand. Vor Augen lag, daß die Macht des neuen Cäsar, wie sie auf der einen Seite mit der der alten Imperatoren eine größere innere Analogie hatte, so auf der anderen Seite mit den Zuständen der Welt, wie sie damals waren und täglich mehr wurden, besser zusammenstimmte.

Man besitzt eine Denkschrift, welche Friedrich Gentz an das österreichische Ministerium richtete, um es von der Anerkennung dieser Veränderung abzuhalten[1]). Denn, wiewohl es wahr sei, daß dadurch das bisherige Oberhaupt der Republik keinen besonderen Machtzuwachs erhalte, so werde doch Niemand leugnen können, daß dem, was Bonaparte als Kaiser verfügen würde, ein noch größeres Gewicht zukomme, als seinen bisherigen Befehlen. Bis jetzt habe man die revolutionären Gewalten nur als vorübergehend betrachtet; durch das Kaiserthum aber werde eine solche auf immer begründet. Man nehme den Titel an, an den sich alle Ideen der Größe und Majestät der legitimen Gewalt geknüpft haben. Besser wäre es noch gewesen, wenn Bonaparte an der Spitze der Armee sich zum Kaiser hätte ausrufen lassen; aber er habe es vorgezogen, die revolutionären Institutionen dazu zu benutzen. Ihn als Kaiser anerkennen, hieße die Revolution anerkennen; ohne die Revolution würde das Kaiserthum nicht entstanden, ohne das Kaiserthum die Revolution nicht vollendet worden sein. Die Revolution habe ihr blutiges Scepter dem Gewalthaber in die Hand gegeben: Gentz

1) Mémoire sur la nécessité de ne pas reconnaître le titre impérial de Bonaparte présenté le 6 juin 1804, in Mémoires et Lettres inédits du Chev. de Gentz publiés par Schlesier. S. 2 ff.

würde dafür sein, daß lieber der Krieg wieder aufgenommen, als diese Macht anerkannt würde.

So tief diese Gründe in der allgemeinen Auffassung der Vergangenheit und Gegenwart wurzeln; so gewichtig sie überhaupt sind: so können wir doch mit Bestimmtheit sagen, daß sie auf das österreichische Ministerium nicht den geringsten Eindruck gemacht haben. Hier sah man vielmehr in der Erhebung Bonaparte zur kaiserlichen Würde den Anlaß, einen Gedanken auszuführen, mit dem man sich schon lange trug. Man empfand es mit Besorgniß, daß die Würde eines römisch-deutschen Kaisers von einer Wahl abhänge, die möglicherweise auf einen anderen fallen könne. Man meinte: jetzt sei die Gelegenheit vorhanden, einem solchen Verlust von Titel und Rang zuvorzukommen. Franz II. müsse schon als Souverän der österreichischen Erblande den Titel Kaiser annehmen. Die Anerkennung eines österreichischen Kaiserthums von Seiten Napoleons war gleichsam der Preis der Anerkennung des neuen französischen Kaiserthums von Seiten Oesterreichs[1]). Nach einer Verhandlung, die keine große Schwierigkeit hatte, wurde diese Anerkennung im September 1804 ausgewechselt. In Wien machte es wenig Eindruck, daß man es als einen Schimpf bezeichnete, wenn der kecke Corse die Krone Karls des Großen ergreife.

Man konnte sich darüber nicht täuschen, daß Napoleon nicht allein Kaiser von Gallien sein wollte; er behauptete alles Ernstes, der Nachfolger Karls des Großen zu sein; er liebte es in seinen Gesprächen, sein Recht auf diese Prätention zu diskutiren[2]). Die Erinnerungen an Karl den Großen wurden geflissentlich aufgesucht und genährt. Einen Beweis dafür gab das

1) Cobenzl ajouta que le titre d'empereur germanique n'étant pas héréditaire mais électif, François II avait pris la détermination de profiter de la présente occasion pour prendre le titre d'empereur en sa qualité de souverain des domaines héréditaires d'Autriche. Martens Recueil des traités et conventions conclus par la Russie II, 404.

2) Ses héros étaient Alexandre, César, et surtout Charlemagne. La prétention d'être successeur de fait et de droit de celui-ci l'occupait singulièrement. Aufzeichnung des Fürsten Metternich bei Helfert Marie Louise S. 375.

Schaugepränge, das er in den alten Sitzen des Reiches, Mainz und Köln, entfaltete. Napoleon übte bereits auf dem Reichstage von Regensburg eine Alles beherrschende Wirksamkeit aus. Er erklärte unumwunden, daß er keine andre Macht, als die des Reichstages anerkenne, also nicht mehr die Ausübung der kaiserlichen Rechte und die Wirksamkeit der Reichsbehörden in Wien.

Wäre es aber nur bei diesen indirekten und durch die große Veränderung, die sich vollzogen hatte, einigermaßen gerechtfertigten Eingriffen geblieben. Aber man erlebte Gewaltschritte, welche bisher nie erhört waren. Einen Anlaß dazu gaben die Bewegungen in der Reichsritterschaft. Die Irrungen, welche sich im deutschen Reiche erhoben, weil die unmittelbare Reichsritterschaft sich den Maßregeln widersetzte, welche Baiern bei der Besitznahme der fränkischen Bisthümer im Gegensatz gegen die bisherige Unabhängigkeit des Adels ergriff, erweckten in Napoleon die Besorgniß, daß etwa ein geheimes Verständniß mit England zu Grunde liege, um ihm Unruhen an den Grenzen zu erwecken. Es war aber Alles die natürliche Folge der Dinge. Baiern repräsentirte in diesem Augenblick den modernen Staat. Die Reichsritterschaft fand in ihren Reklamationen eine Stütze bei Oesterreich, das die alten Principien festhielt. Von Einwirkungen englischer Agenten läßt sich doch keine Spur nachweisen.

Dagegen war es nicht ohne Grund, wenn Napoleon den englischen Gesandten an den Höfen von Baiern, Würtemberg und Hessen einen gewissen Zusammenhang mit der Opposition gegen seine Regierung, die sich in Frankreich regte, Schuld gab. Den Fäden, die sie verknüpften, kam man in Frankreich schnell auf die Spur; sie wurden durch die Dazwischenkunft französischer Agenten entdeckt und erst dadurch zur Evidenz gebracht. Der Gesandte in München, Drake, dem man Schuld gab, die französische Armee desorganisiren zu wollen, ließ sich verführen, englisches Geld an die Agenten der französischen Polizei zu verschwenden. Der Gesandte in Stuttgart, Spencer-Smith, setzte sich mit der Emigration in Frankreich und in Holland in Ver-

ständniß. Der Gesandte in Cassel, Taylor, stand in Verbindung mit einer angeblichen cisrhenanischen Conföderation, welche die französische Regierung umstürzen wolle. Es bedurfte nur eines Wortes von Seiten des neuen Kaisers, um die Höfe von München und Stuttgart zur Entfernung der englischen Gesandten zu bestimmen: der eine und der andere entzogen sich weitern Belästigungen durch die Flucht. Weniger entschieden erklärte sich der Kurfürst von Hessen, der noch Schuldforderungen an England hatte, sodaß er jede offene Entzweiung vermied. Doch fühlte sich Taylor nicht sicher; er verließ Cassel drei Mal und kehrte dann wieder zurück.

Alle Gegenwirkungen auf dem Continente war Napoleon geneigt, dem Einfluß der englischen Gesandten an den neutralen Höfen zuzuschreiben. Er knüpfte dabei an ein Wort von Hawkesbury an, in welchem gesagt worden war, daß ein englischer Bevollmächtigter seine Pflicht erfülle, wenn er gegen das Gouvernement, bei dem er akkreditirt sei, nichts unternehme; nach andern Seiten habe er keine Verpflichtungen. Napoleon zog daraus den Schluß: den bei den neutralen Höfen akkreditirten englischen Bevollmächtigten werde das Recht vorbehalten, gegen eine Macht, mit der diese Höfe in Frieden seien, doch zu agitiren, was aber eine Verletzung des heiligen Charakters des Gesandten in sich schließe; England wolle die europäischen Fürsten behandeln, wie die Nabobs in Indien. Seinerseits hielt sich Napoleon dadurch für berechtigt, die englischen Bevollmächtigten in den neutralen Gebieten, auf deren Neutralität auch er keine Rücksicht nahm, zu verfolgen und aufheben zu lassen.

So wurde der englische Gesandte beim niedersächsischen Kreise Rumbold, in seinem Landhaus bei Hamburg aufgehoben und als feindseliger Machinationen schuldig nach Paris geschafft. Dadurch wurde nun aber nicht allein der Kreis, das deutsche Gebiet überhaupt in seiner Unabhängigkeit verletzt, sondern auch der König von Preußen, in wiefern er an der Direktion des niedersächsischen Kreises Theil nahm und Rumbold auch bei ihm akkre-

ditirt war. Nothwendig bewirkte das eine große Aufregung in Berlin; es erschien als eine Verletzung des Systemes der Neutralität, auf welchem die Würde und Sicherheit der Monarchie beruhte.

Der König hatte es bisher sein Bestreben sein lassen, den Frieden zwischen den großen Mächten zu erhalten. Wenn der Kaiser von Rußland den Reichstag von Regensburg aufforderte, mit ihm zugleich über die bei der Aufhebung des Herzogs von Enghien vorgekommene Verletzung des deutschen Territoriums Beschwerde zu erheben, so wendete Preußen, hierin mit Oesterreich einverstanden, Alles an, um eine Deliberation im Reichstage zu vermeiden. Die beiden Mächte vermittelten vielmehr, daß der Kurfürst von Baden, in dessen Gebiet die Verletzung vorgefallen war, den Reichstag anging, der Sache keine weitere Folge zu geben. Es war doch bereits so weit gekommen, daß Napoleon anfragte, ob Preußen gesonnen sei, den russischen Truppen den Durchzug durch sein Gebiet zu gestatten.

Indem der König erklärt, daß er an seinem System der Freundschaft für Frankreich und der Neutralität in dem gegenwärtigen Kriege festhalte, bringt er doch mit einem gewissen Nachdruck in Erinnerung, wie sehr er dagegen darauf zähle, daß auch Frankreich seine Truppen in Hannover nicht vermehre, noch den benachbarten Reichsständen beschwerlich falle: davon werde die Erhaltung des Friedens im Norden abhängen [1]).

Den Kaiser Alexander erinnerte der König in einem besonderen Schreiben an die Nothwendigkeit, in der man sei, den Frieden zu erhalten [2]). Er kommt dabei auf jene Aufhebung des

1) Schreiben des Königs an Lucchesini. 24. Mai 1804.

2) V. M. J. rend trop justice à ma façon de penser, pour ne pas avoir préjugé mon opinion à l'égard de la malheureuse affaire d'Ettenheim. Il ne peut exister qu'une voix là-dessus. La sollicitude de V. M. J. et le sentiment qui a guidé ses démarches, sont dignes de son caractère et exigent la plus vive reconnaissance. Mais je ne m'en flatte pas moins qu'ayant en vue le grand but du maintien de la tranquillité, et d'autres objets restant encore à débrouiller, elle ne désapprouvera pas qu'on tâche de concilier, avec le respect dû à sa dignité et à ses

Herzogs von Enghien zurück; und darüber sagt er, könne es nur Eine Stimme geben; man könne dem Kaiser für die Schritte, die er gethan habe, nur danken. Aber bei aller Rücksicht auf den Kaiser müsse man doch auch die gefährlichen Folgen in Betracht ziehen, wenn man Napoleon zu einer Genugthuung dafür nöthigen wollte: denn das sei nicht anders möglich, als mit den Waffen in der Hand. Jever und Oldenburg werden als in die Garantie der nordischen Staaten einbegriffen betrachtet: der König bemerkt jedoch den Unterschied zwischen einer wirklich feindseligen Verletzung des Territoriums und einer zufälligen, die sich nicht wieder gut machen lasse.

Auch an Sachsen wurden Eröffnungen über dies politische System gemacht, in der Voraussicht, daß man der Theilnahme dieses Landes bedürfen könne. Sachsen erklärte sich damit einverstanden, da Alles blos auf defensive Maßregeln gegen einen feindlichen Angriff hinauslief, für welchen Fall Sachsen aus seinem Systeme der Neutralität heraustreten werde. Rußland mahnte den König an, auf Alles, was in Deutschland vorgehe, das wachsamste Auge zu haben und nicht ohne Mühe gelang es dem preußischen Hofe, Jever und Oldenburg vor jedem französischen Eingriff zu schützen. Es ist in der That noch einmal von einer Vermittlung zwischen Rußland und Frankreich die Rede gewesen; die beiden Höfe haben sie, wie man bei Hardenberg liest, in der That angenommen[1]). Aber indessen nahm doch das trübste Verhältniß überhand im Norden und Süden Deutschlands.

Die Lage von Preußen war nicht gerade gefährdet, aber exponirt und unangenehm, als jene Wegführung Rumbolds erfolgte (25. Oktober 1804). Hardenberg sah darin einen Einbruch in das norddeutsche Gebiet, den der König nicht dulden zu wollen den Entschluß kundgeben müsse.

intentions, le désir d'empêcher des suites fâcheuses, que cet incident aurait si on voulait forcer Bonaparte à des réparations tout à fait satisfaisantes, ce qui ne pourrait avoir lieu que les armes à la main.

1) Vergl. Band II, S. 87.

Es war nicht die Verhaftung und Wegführung Rumbolds allein, wodurch Hardenberg zu seinen energischen Rathschlägen veranlaßt wurde, sondern die drohende Gesammtlage der Dinge. In einer Conferenz, der auch Lombard beiwohnte, führte er aus, daß sich auf die Freundschaftsversicherungen Napoleons kein Vertrauen setzen lasse; aus dem Verfahren desselben gegen seine Verbündeten sehe man, daß er nicht sie, sondern lediglich seine eigenen Interessen im Auge haben; durch seine Traktaten suche er nur seine augenblicklichen Zwecke zu erreichen.

Kurz vorher hatte Hardenberg den Versuch gemacht, mit Napoleon eine Abkunft zu treffen, in Folge deren Hannover von Preußen als Depositum bis zum Frieden besetzt werden solle; allein er hatte damit nicht den mindesten Eingang gefunden. Die Franzosen, sagt er, seien bis in die Mitte der preußischen Staaten vorgedrungen und immer weiter greife Napoleon um sich; sein eigner Bruder Joseph habe ihn aufmerksam gemacht, daß die Schritte, die er zur Unterjochung von Holland vornehme, — Napoleon traf damals Vorkehrungen, um der batavischen Republik eine mehr monarchische Verfassung zu geben —, Preußen veranlassen würden, sich mit seinen Gegnern zu verbinden, aus Besorgniß, das Opfer immer erneuerter Nachgiebigkeit zu werden [1]). Eben vor einer solchen warnte Hardenberg den König: sie würde ihm selbst in der Meinung der Nation keinen Vortheil bringen; setze er sich dagegen zur Wehr, so würde er mit Armee und Nation der Fels werden können, an dem die Macht Napoleons scheitere. Man müsse Napoleon überzeugen, daß es mit allen Nachgiebigkeiten ein Ende habe, und ihm überhaupt erklären, daß man die Ruhe im nördlichen Deutschland aufrecht erhalten wolle, wozu man auch gegen Andere sich verbindlich gemacht habe. Hardenberg drang in den König, zu einer theilweisen Mobilmachung der Armee zu schreiten, um zu zeigen, daß er den offenen Krieg einer solchen Behandlung vorziehen werde.

Friedrich Wilhelm III. empfand sehr wohl die Verletzung seines Systems und der Achtung, die man ihm schuldig sei; aber für so

1) Vergl. Band II, S. 91.

wichtig hielt er den Vorfall doch nicht, daß er sein Neutralitätssystem, in dem er noch lebte und webte, hätte gefährden sollen, wie das die Folge einer militärischen Demonstration hätte sein müssen. Er sah in der Aufhebung Rumbolds mehr eine Beleidigung Englands. „Es widerstrebt mir", so schrieb er an Haugwitz, dessen Gutachten einzuholen er sich vorbehalten hatte, „aus einem Grunde dieser Art den Krieg auf dem Continent anzufangen, obgleich die Handlung an sich unverzeihlich und unwürdig ist." Und Alles betrachtet, darf man ihm wohl hierin nicht Unrecht geben: das einmal ergriffene politische System konnte den König, der noch ganz andere Vorbereitungen für nothwendig hielt, um einen Krieg hervorzurufen, doch wohl bestimmen, eine Kundgebung des äußersten Mißvergnügens zu vermeiden. Ohne geradezu den Krieg anzudrohen, forderte Friedrich Wilhelm III. den Kaiser Napoleon in den dringendsten Ausdrücken auf, Rumbold frei zu geben.

Dieser Brief hatte einen Erfolg, der in Erstaunen setzte: Napoleon, der den Ruf der Unerbittlichkeit hatte, fühlte sich zur Freigebung Rumbolds bewogen; er ließ in dem Moniteur versichern, daß das nur auf den Wunsch des Königs von Preußen geschehe. Diesem schrieb er: er müsse die Sache für ein Unglück halten, das ihm selber zugestoßen sei, da sie dem König mißfalle. Es mache einen Theil seines Glückes aus, den König von Preußen zufrieden zu stellen; die Eintracht zwischen Frankreich und Preußen sehe er als das Mittel an, Europa vor neuen Katastrophen zu schützen.

Das Kabinet des Königs war unendlich glücklich über diese Sache, weniger der Minister Hardenberg. Er verwarf den Entwurf zu einem Antwortschreiben des Königs, welchen Lombard aufgesetzt hatte, als zu unterwürfig und selbst kriechend. Darin hatte er gewiß Recht: er selbst setzte ein anderes auf, welches der Würde des Staates mehr entsprach, und dies unterzeichnete der König [1]).

1) Das Schreiben Napoleons an den König in der Correspondance X, 59 (Nr. 8170), des Königs an Napoleon Band II, 110.

Elftes Capitel.

Anfänge der dritten Coalition.

Die Lage des preußischen Staates war bei den verschiedenen Abwandlungen der Ereignisse doch im Ganzen und Großen immer dieselbe. In dem allgemeinen Kampfe, den die französische Revolution veranlaßte, hatte Preußen in dem ersten Feldzuge gleichsam die Führung gegen Frankreich übernommen, war aber nach einiger Zeit von einer eigentlichen Theilnahme abgestanden. Denn wenn Frankreich völlig niedergeworfen worden wäre, so hätte sich Preußen vor der Uebermacht der drei coalisirten Mächte, namentlich seiner continentalen Nachbarn beugen müssen. Darin lag der eigentliche Grund des Baseler Friedens. Preußen nahm dann Stellung zwischen den kriegführenden Mächten und bildete ein System der Neutralität aus. Der größte Theil von Deutschland schloß sich dem preußischen Systeme an, welches den Nationalwohlstand mächtig förderte und für die Fortentwickelung der deutschen Cultur, wie erwähnt, von hoher Wichtigkeit geworden ist. Wie damals, so verhielt es sich im Allgemeinen auch jetzt, jedoch mit dem großen Unterschiede, daß Preußen jetzt von Frankreich gefährdet war, nicht mehr von Rußland und Oesterreich, vielmehr für den Fall, daß es sich mit Frankreich entzweie, Anlehnung an Rußland suchte: denn die vornehmste reelle Gefahr, in der sich Preußen und der deutsche Norden befand, rührte von der Occupation Hannovers her, welche man sich nicht hatte gefallen lassen, ohne Rußland consultirt zu haben. Auf Hannover nun hauptsächlich war das Augenmerk Friedrich Wilhelms III. gerichtet.

Aber er ließ sich dadurch nicht in ein Zerwürfniß mit Frankreich verwickeln. Auch in der gefährdeten Lage, in der er war, hielt er doch das System der Neutralität und der Vermittelung folgerichtig fest, was ihm dadurch möglich wurde, daß der Krieg auf dem Continent noch immer vermieden blieb.

Eine große Verlegenheit für Preußen erwuchs aus der Verbindung zwischen England, Rußland und Schweden, die so eben zu Stande kam. In Folge gereizter Manifestationen von beiden Seiten erklärte König Gustav IV. von Schweden die diplomatischen Verbindungen mit Frankreich für abgebrochen. Um Schwedisch-Pommern, das durch die Franzosen von Hannover her bedroht zu werden schien, vor ihnen zu schützen, trat er in Allianz mit England, das ihm Subsidien versprach, namentlich zur Vertheidigung von Stralsund. In Berlin fühlte man sich hievon unmittelbar so gut wie betroffen: zum Kampf in Norddeutschland zwischen Schweden und Franzosen konnte man es nicht kommen lassen: der Erfolg wäre wahrscheinlich eine Occupation Schwedisch-Pommerns durch die Franzosen gewesen. Indem aber der König sich entschlossen erklärte, Schwedisch-Pommern zu besetzen, mußte er erleben, daß sein Verfahren Mißbilligung bei Rußland hervorrief. Kaiser Alexander suchte ihn vielmehr zu einer Aktion der drei Mächte gegen Frankreich, die bereits im Gange war, herbeizuziehen.

Eines der merkwürdigsten Aktenstücke für die Politik des preußischen Staates ist die Instruktion, mit der General Zastrow am 12. April 1805 nach Petersburg geschickt wurde. Der König wiederholt darin, daß Nichts für ihn größeren Werth habe, als die Freundschaft des Kaisers. Aber wie der Kaiser seine Politik nach seiner continentalen und maritimen Stellung berechne, so geschehe das auch von preußischer Seite. Er gedenkt der Umstände, unter denen er die Occupation Hannovers durch die Franzosen nachgegeben hatte, nicht gerade mit Genugthuung. Nun aber, sagt er, sei durch die zwischen ihm und Rußland verabredete Deklaration der Norden von Deutschland unter den Schutz von Preußen und

Rußland gestellt. Auf dieser Basis beruhe das gute Vernehmen, in das er mit den Franzosen getreten sei: aber sie müsse nun auch beobachtet werden. Zu den Provinzen, deren Vertheidigung man sich versprochen, gehöre Schwedisch-Pommern. Eine feindliche Bewegung aus dieser Landschaft würde den Franzosen das Recht geben, dahin vorzudringen. Um dies zu verhindern, habe er Ein Mittel ergriffen, welches den großen Mächten zustehe. Er hätte nicht den Irrthum wiederholen dürfen, der in Bezug auf Hannover begangen worden sei. Deshalb habe er den Schweden angekündigt: er werde, wenn ihr Verhältniß zu Frankreich die Ruhe des Nordens bedrohe, Schwedisch-Pommern besetzen lassen. Dagegen habe der Kaiser von Rußland erklärt, daß eine Feindseligkeit gegen Schweden ihn nöthigen würde, demselben zu Hülfe zu kommen. Eine solche Erklärung habe er von seinem Freunde, dem Kaiser, nicht erwartet. Pommern besetzen heiße es vertheidigen. In Paris hätte man ihm dies verübeln können; in Stockholm aber sollte man es ihm danken, in Petersburg ihm beistimmen. Aus den militärischen Vorkehrungen in Rußland müsse er schließen, daß man ihm geheime politische Absichten zuschreibe. Friedrich Wilhelm III. wiederholt mit der Aufrichtigkeit, welche Ueberzeugung erweckt, daß er keine weiteren Verbindungen habe. Er gedenkt dabei des ihm durch den russischen General Winzingerode mitgetheilten Ansinnens, sich mit Oesterreich und Rußland zu vereinigen, um den Ehrgeiz der Franzosen im Zaume zu halten. Er weist dasselbe nicht zurück; aber er hebt doch die Schwierigkeit hervor, die es für Preußen seiner geographischen Lage wegen habe darauf einzugehen. Die Zeit könne vielleicht kommen, wo man Alles an Alles setzen müsse, aber noch sei sie nicht eingetreten.

Zastrow kam aus Petersburg mit einem Schreiben des Kaisers zurück, in welchem dieser die Versicherung wiederholte, daß er dem Könige gegen Frankreich zu Hülfe kommen werde, selbst mit einer größeren Macht, als der früher zugesagten. Zugleich aber wurde darin die Frage, auf welche der König am

wenigsten eingegangen war, die einer eventuellen Verbindung der großen Mächte in den Vordergrund gerückt. Schon längst war nehmlich, ohne daß Preußen etwas davon erfuhr, zwischen Oesterreich und Rußland über die Bildung einer neuen Coalition verhandelt und abgeschlossen worden.

Als den eigentlichen Beginn derselben — denn, was bis dahin vorgekommen, war doch wirkungslos verhallt — kann man die Weisung betrachten, die der Petersburger Hof am 6. Oktober 1803 an seinen Geschäftsträger Anstett, damals Vertreter Rasumowskys, erließ, mit der österreichischen Regierung über die Maßregeln, die man gegen den gemeinschaftlichen Feind zu nehmen habe, in Berathung zu treten. Der Vicekanzler Cobenzl antwortete: er sei überzeugt, daß nur das Einverständniß der beiden Kaiserhöfe Europa und namentlich Oesterreich retten könne. Aber so rasch vorzugehen, wie es Rußland wünschte, hatte man doch in Oesterreich keine Neigung. Auf eine neue Anmahnung, keine Zeit zu verlieren, antwortete Cobenzl: „Wir stehen vor der Mündung der Kanone; wir werden vernichtet sein, ehe ihr uns zu Hülfe kommt"[1]).

Ueber die Ermordung des Herzogs von Enghien schlug Rußland den lautesten Ton der Entrüstung an. Aber wir sahen schon, wie wenig die beiden deutschen Mächte geneigt waren, eine Demonstration des Reiches zuzulassen, in deren Folge ein Krieg hätte ausbrechen können. Nicht minder energisch erklärte sich Rußland gegen das napoleonische und selbst gegen das österreichische Kaiserthum[2]). Aber diese principielle Differenz war doch

1) Vous voyez que nous sommes à la bouche du canon et que nous serons anéantis avant que vous puissiez nous secourir. Bericht Rasumowskys vom 22. März 1804 bei Martens Recueil S. 401.

2) Im Sommer des Jahres 1804 waren bittre und gereizte Noten zwischen Frankreich und Rußland gewechselt worden. Der russische Gesandte hatte den französischen Hof verlassen, mit der Erklärung: daß es nur bei Napoleon stehe, ob er Krieg mit Rußland haben wolle oder nicht. Russische Note vom 28. August, bei Garden VIII 266 fg. Sie findet sich auch in den „Mémoires d'un homme d'État" II, 456 (Bruxelles 1839), aber mit Weglassung einiger Stellen, die bei Bignon Histoire de France depuis le 18 brumaire III, 400 citirt werden, so daß man an ihrer Authenticität nicht zweifeln kann.

keine entscheidende: denn den Principien wird eben nicht immer Rechnung getragen. Jener Meinungsverschiedenheit zum Trotze, gingen doch die Unterhandlungen über eine Verbindung gegen Frankreich immer fort. Nicht durch kleine Zwistigkeiten wurde Oesterreich dazu bestimmt, sondern durch ein großes Interesse. Was der Nachahmer Karls des Großen in Deutschland vornahm, erschien nicht so bedeutend. Von der größten Tragweite aber war es, daß Napoleon sein Vorbild auch in Italien nachzuahmen und dies Land mit seinem Reiche zu vereinigen unternahm. Schon die Errichtung der italienischen Republik hatte in Wien beunruhigt; daß nun aber in der so oft von Oesterreich besessenen, verlorenen und wieder eroberten Lombardei ein Königreich mit dem Namen Italien gegründet werden sollte, schien für das Haus Habsburg unerträglich zu sein. Ueberdies bildete die Gesammtkraft von Frankreich und Italien, in Einer Hand vereinigt, eine Gefahr für alle unabhängigen Mächte. Auf diese besondere und allgemeine Befürchtung bezogen sich die Unterhandlungen, die zwischen Rußland und Oesterreich gepflogen wurden. Sie hatten einen dreifachen Gegenstand: die Festsetzung einer combinirten Heeresmacht, die Bestimmung der bei günstigem Erfolg für Oesterreich zu machenden Erwerbungen; endlich die Summe der Subsidien, zu denen sich England verstehen sollte. Ueber den ersten Punkt verständigte man sich leicht. Man kam überein, daß ein Heer von viertehalbhunderttausend Mann, worunter 115,000 Russen, ins Feld gestellt werden sollte. In Bezug auf den zweiten Punkt zeigte sich Alexander nicht so streng, wie Paul I.; er stand davon ab, daß alle einzunehmenden Länder an ihre früheren Besitzer zurückgegeben werden sollten. Die Summen der englischen Subsidien wurden, sowohl für die Rüstungen, wie für jedes Kriegsjahr vereinbart. Rußland und Oesterreich verpflichteten sich zur gemeinschaftlichen Politik in Bezug auf Deutschland und die Türkei, und vornehmlich auf Italien. Wenn die Franzosen sich in Neapel weiter ausbreiten, Calabrien oder die Hauptstadt besetzen sollten; und Rußland dadurch genöthigt würde, dem König von Neapel kraft seiner

Allianz mit ihm Hülfe zu leisten, so verspricht Oesterreich die Operationen gegen den gemeinschaftlichen Feind anzufangen. Am 6. November 1804 wurde der Vertrag im tiefsten Geheimniß unterzeichnet, und am 26. Dezember zu einem definitiven Abschluß gebracht.

Auf die diplomatischen Erörterungen, die zwischen Frankreich und Oesterreich gepflogen wurden, kommt nunmehr so viel nicht an. Alles beruhte darauf, ob England die Subsidien, welche Rußland und Oesterreich forderten, bewilligen würde. Darüber haben nun zwischen Rußland und England Verhandlungen stattgefunden, bei denen man über die nächsten Ziele der zwischen Oesterreich und Rußland getroffenen Vereinbarung noch weit hinausging. Der Gedanke wurde gefaßt, dem Fortschreiten des napoleonischen Reiches durch eine Verbindung der continentalen Mächte entgegenzutreten. Von der größten Wichtigkeit ist der zwischen Rußland und England verabredete Vertrag vom 11. April 1805, ein Vertrag, welcher als Grundlage der dritten Coalition und als eine der vornehmsten Transaktionen, auf denen die neuere Geschichte Europa's überhaupt beruht, zu betrachten ist[1]). Es war gleichsam die Antwort auf die Proklamation des Kaiserthums in Frankreich und die Ausdehnung der napoleonischen Herrschaft über Italien. Die beiden Mächte verabreden darin, eine allgemeine Ligue in Europa zu Stande zu bringen, welche, abgesehen von den englischen Streitkräften, 500,000 Mann ins Feld stellen soll, um die französische Regierung zu nöthigen, den Frieden und das Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen. Die Anforderungen, die man an Napoleon stellen wollte, waren folgende: Räumung von Hannover und Norddeutschland, Unabhängigkeit von Holland und der Schweiz, Wiederherstellung Sardiniens, Sicherheit Neapels, Räumung Italiens. Man rechnete dabei auf eine Betheiligung Preußens mit 100,000 Mann. Wie aber, wenn

1) Die geheimen Artikel des Vertrages vom 6. November 1804 und der Vertrag vom 11. April 1805 (zwischen England und Rußland) sind zuerst von Martens Recueil II S. 407, 433 mitgetheilt worden.

dieser Staat nicht beitrat? Bemerkenswerth sind die in dieser Beziehung verabredeten Schritte. Nach dem Vertrag vom 6. November sollte eine russische Armee an den Grenzen von Preußen erscheinen, um die Hinneigung dieser Macht zu Frankreich durch eine drohende Aufstellung im Zaume zu halten. Nach dem neuen Vertrag vom 11. April wird man gegen die Mächte, welche den Maßregeln der Coalisirten durch eine zu enge Union mit Frankreich Hindernisse bereiten sollten, gemeinschaftliche Sache machen [1]). Die Vermuthung also bestand, daß Preußen sich an Frankreich anschließen könne, wovon es mit Gewalt der Waffen abgehalten werden müsse [2]).

Noch waren die Einzelheiten der Verabredung für Preußen in tiefes Geheimniß verborgen, als ihm die Aufforderung zukam, die Sendung des russischen Bevollmächtigten, der die vereinbarten

1) Art. séparé VIII. S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. Britannique sont convenues de faire cause commune contre toute Puissance qui par l'emploi de ses forces ou par une union trop intime avec la France prétendrait élever des entraves essentielles au développement des mesures que les deux Hautes Puissances contractantes devront prendre pour atteindre le but qu' Elles se sont proposé par le présent concert.

2) Zu welchen Ungeheuerlichkeiten der Pläne und der Ideen der Moment, in welchem sich Rußland und Preußen zu entzweien schienen, Anlaß gab, zeigt ein Brief Czartoryskis an Rasumowsky vom Juli 1805, in welchem bereits von einer Herstellung Polens durch Rußland, aber auf Kosten Preußens die Rede ist; Preußen sollte Polen und selbst Schlesien verlieren. Pour gagner l'affection des Polonais, on trouve que l'Empereur Alexandre devait prendre le titre de Roi de Pologne, quitte à prévenir par des mesures efficaces le mauvais effet que pourrait produire ce titre dans les provinces autrichiennes. Pour ce qui concernait les intérêts de la Prusse, le ministre russe ne croyait pas devoir les prendre en considération. „Je ne prévois pas", écrit le prince Czartoryski, „que l'Autriche voit jamais d'un mauvais œil que la Russie gagne sur la Prusse." D'après cela il n'y avait qu'à pourvoir au sort futur de la Galicie. „Cependant" continue le prince, „dans ce revirement aussi considérable (en Galicie), l'Autriche aurait de quoi se dédommager avec avantage; si elle prenait la Silésie et si elle s'arrondissait en Allemagne par l'annexion de la Bavière". „Mais", ajoute le prince comme conclusion à la note, „peut-être que toutes ces suppositions se trouvent être prématures et superflues si la Prusse vient à se ranger du côté des alliés." Martens Recueil II, S. 478.

Forderungen an Napoleon vorlegen sollte, nach Paris zu vermitteln. Nowosiltzow erschien dazu selbst in Berlin; er sollte von Zastrow nach Paris begleitet werden. Aber wenn man beabsichtigte, weitere Uebergriffe Napoleons zu verhüten, so geschah in diesem Augenblick ein neuer. Seine Anwesenheit in Italien benutzte er, um Genua mit Frankreich zu reuniren (4. Juni). Er that es auf den Grund, daß das Volk von Genua es wünsche; seine Absicht war, die maritimen Streitkräfte Genuas unmittelbar zu seiner Verfügung zu haben.

Auf diese Nachricht wurde Nowosiltzow nach Petersburg zurückberufen, sodaß auch die von Preußen in Aussicht gestellte Unterstützung dieser Mission zu Boden fiel. Zu derselben Zeit hatte sich der Wiener Hof nach langem Schwanken dem russisch-englischen Vertrag vom 11. April zu accediren, entschlossen. Der entscheidende Moment dafür war, daß Rußland damit drohte, die am Ende des vergangenen Jahres abgeschlossenen Verträge für ungültig zu erklären, wenn Oesterreich nicht der Liga mit England beitrete[1]). Wie hätte man in Wien vor den Gefahren, in die man sich durch den Beitritt stürzen würde, sich die Augen verschließen sollen. Aber dagegen faßte man die Hoffnung, daß durch die große Combination, welche sich darbot, eine Heeresmacht ins Feld gestellt werden würde, — man hat sie wohl auf 600,000 Mann berechnet — welcher der französische Kaiser unmöglich werde widerstehen können. Von dem Entschlusse Oesterreichs, an den allgemeinen Entwürfen Theil zu nehmen, drang keine Kunde nach Berlin. Aber es genügte schon, daß Hardenberg von der Verabredung zwischen England und Rußland durch Nowosiltzow Kenntniß bekam. Dadurch wurde die große Frage, welche die preußische Politik beschäftigen mußte, in unmittelbare Evidenz gerückt.

Sollte man bei dem bevorstehenden Kriege der in ihrer Bildung

1) Ad. Beer. Oesterreich und Rußland in den Jahren 1804 und 1805, im Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 53. 1. H. S. 176.

begriffenen Coalition beitreten oder an der bisher behaupteten Neutralität festhalten? Frankreich hatte eine überwiegende und beunruhigende Stellung inne, aber auch die Anmuthungen von Rußland und England ließen für eine selbständige preußische Politik keinen Raum übrig; und da die Verbündeten auch eines Falles erwähnt hatten, in dem man Preußen sogar überwältigen wollte, so war für die Selbständigkeit des Staates von der einen Seite nicht viel weniger zu fürchten, als von der andern. Eine Rücksicht trat hervor, welche für die Vereinbarung mit Oesterreich zu sprechen schien. Oesterreich selbst hatte eine Verbesserung der Reichsverfassung unter dem gemeinschaftlichen Einfluß der beiden Mächte in Antrag gebracht. Und mit Freuden war Friedrich Wilhem III. darauf eingegangen. Man wollte der chaotischen Verwirrung, die bei dem nächsten großen Ereigniß zu erwarten wäre, zuvorkommen und den äußeren Verlust durch intensive Verstärkung der Kräfte ersetzen. Der König hielt im Juni 1805 in Fürth eine Heerschau über seine fränkischen Truppen, bei welcher sich Erzherzog Anton und ein österreichischer Minister einstellten. Da ist denn aufs Neue von der Sache die Rede gewesen. Aber der Minister war nicht instruirt, und weder auf der einen, noch auf der anderen Seite ein rechter Eifer für diese hochwichtige Angelegenheit vorhanden[1]. Zu einem wirklichen Verständniß gelangte man nicht. Dagegen traten die Vorschläge Frankreichs immer dringender auf, je näher die wachsende Entzweiung dieser Macht mit Oesterreich den Krieg in Aussicht stellte.

Es gab damals ein Mißverständniß zwischen Preußen und Frankreich, indem Preußen, immer an der Neutralität festhaltend, sich nicht verpflichtet hielt, einer etwaigen Landung der Engländer in Hannover Widerstand zu leisten, wie das Frankreich forderte. Aber Napoleon ließ sich durch diese Differenz nicht abhalten, der preußischen Regierung den Wunsch auszusprechen, daß den österreichischen Rüstungen eine Demonstration von preußischer Seite

1) Vergl. Bd. II. S. 159.

entgegengesetzt werde. Wenn Rußland die Theilnahme Preußens an den allgemeinen Angelegenheiten hervorhob, so brachte Napoleon das Interesse des Staates als einer besonderen Macht zur Sprache.

Wir dürfen eine Denkschrift nicht übergehen[1]), die damals (8. August) von dem französischen Gesandten in Berlin, Laforest, an Hardenberg mitgetheilt worden ist.

Napoleon geht davon aus, daß der König, der um die gährenden Leidenschaften zu fesseln, erklärt habe, kein Theil von Norddeutschland solle zum Kriegsschauplatz dienen, die Schlingen erkennen werde, die man seiner Ehrlichkeit lege. In diesem Vertrauen habe er, der Kaiser, seine Truppen in Hannover vermindert. Aber er müsse wahrnehmen, daß Preußen an seiner Garantie nicht festhalte; für sich selbst sollte er Nichts mehr wünschen, als 40,000 Russen, Engländer und Schweden in Hannover eindringen zu sehen: er würde ihnen eine gute Lektion geben. Eine halbe Garantie, wie sie Preußen anbiete, sei gar keine. Wenn Rußland den Krieg erkläre, so müsse Frankreich sich der Hauptstadt Pommerns bemächtigen. Wo bleibe da das Neutralitätssystem des Königs? Dagegen biete die Union Preußens mit Frankreich demselben sichere, zahlreiche und unmittelbare Vortheile ohne Gefahr. Preußen möge sich erinnern, daß es die Mittel der Vergrößerung nicht besitze, die seinen Nachbarn zu Gebote stehen. Oesterreich habe die belgischen Provinzen nicht sowohl verloren, als sich ihrer entledigt und dagegen eine großartige Stellung in Italien und der Pforte gegenüber gewonnen, deren Unterthanen in Folge der serbischen Bewegung sich leicht an Oesterreich anschließen würden; noch umfassender seien die seit der Einnahme der Krim von Rußland erworbenen Vortheile; es bedrohe in diesem Augenblicke Persien. Dagegen sei Preußen stationär geblieben und in Gefahr, seine Stellung in der Reihe der großen Mächte zu verlieren. Jede Vergrößerung werde ihm von seinen beiden Nachbarn

1) Dieselbe wird in der Sammlung der Aktenstücke mitgetheilt werden. Vergl. Bd. II. S. 178.

die zugleich seine Feinde seien, beneidet. Was aber die Andern nicht wollen und vielleicht nicht können, das vermöge Frankreich, und es hänge nur von Preußen ab, daß der Kaiser es wolle. In dem Augenblicke, daß er sich beleidigt fühlen könnte, wolle er doch nichts als Freundschaft mit dem König und Erhaltung des Ranges von Preußen unter den Nationen. Die Gelegenheit sei einzig, da die Umstände zugleich die Verbindung als ein Mittel zum allgemeinen Frieden erscheinen lassen. Der Kaiser bietet den Besitz von Hannover dem König von Preußen unverzüglich an und verpflichtet sich, die Cession desselben zu einer Bedingung des Friedens mit England zu machen. Es werde sich daraus ein gemeinschaftliches Interesse zwischen Frankreich und Preußen bilden. Man müsse die Engländer von Hannover entfernen, das ihnen sonst nur zur Beunruhigung des Continents dienen würde. Der Friede werde endlich die Frucht der gemeinsamen Anstrengungen Preußens und Frankreichs sein. Es würde genügen, wenn Preußen für alle künftigen Fälle den gegenwärtigen Zustand von Italien aufrecht zu erhalten sich anheischig mache. Der Traktat solle geheim bleiben; Europa müßte sich an eine faktische Verbindung beider Länder gewöhnen. Da England alle seine Hoffnungen auf den continentalen Krieg gründe, Rußland aber und Oesterreich einen solchen nicht unternehmen werden, wenn Preußen als Alliirter von Frankreich auftritt: so würde der König den Ruhm haben, den Frieden zwischen Frankreich und England herzustellen. Die Abtretung von Hannover würde keine unüberwindlichen Schwierigkeiten darbieten: denn nicht der König Georg werde den Frieden schließen, sondern die englische Nation. Ein Staat, der nicht zunehme, nehme ab; dieser Satz habe niemals mehr Geltung gehabt, als im gegenwärtigen Jahrhundert.

Die Forderungen Napoleons waren sehr weit aussehend, der Augenblick dringend. Der Kabinetsrath Beyme versicherte: der Gegenstand sei der wichtigste, der je die Aufmerksamkeit des Königs beschäftigt habe. Zunächst suchte man nun die Beschwerde, welche Napoleon über die unzureichende Ausführung der Garantie

machte, zu widerlegen. Das Verhältniß ist sehr eigenthümlicher Art: denn eigentlich war die Garantie des Friedens in Norddeutschland gegen eine drohende Invasion Napoleons selbst gerichtet. Der König bemerkte, daß sie sich nimmermehr auf den Schutz der Seeküste zwischen Elbe und Weser habe beziehen können, zu welchem er gar nicht fähig sei; sie sei nur darauf gerichtet, Frankreich gegen einen continentalen Angriff von Seiten Rußlands zu sichern. Aber den Krieg von den Küsten der Nordsee abzuhalten, hatte doch auch für Preußen das größte Interesse; um dazu im Stande zu sein, mußte es aber das Land Hannover in seinen Händen haben.

Aus diesem Grunde wünschte der König eine Diskussion über die Vorschläge Napoleons, von denen der wichtigste eben Hannover betraf. Für die Abtretung der hannoverschen Lande an Preußen wollte er den gegenwärtigen Zustand von Italien garantiren, um auf diese Weise nicht nur den Ausbruch des Krieges zu verhindern, sondern den allgemeinen Frieden einzuleiten. Dazu aber gehöre noch, daß die Unabhängigkeit der übrigen Staaten von Italien, sowie die der Schweiz und der batavischen Republik garantirt würde.

In einem Schreiben des Königs an Lucchesini (vom 17. August 1805) werden diese Gedanken weiter ausgeführt. Eine Abkunft über Hannover sei erforderlich, um jeden feindlichen Anfall von russischer Seite zu vermeiden. Der Frieden mit Oesterreich lasse sich hoffen, wenn es der Unabhängigkeit der noch nicht in Besitz genommenen Theile von Italien und der Schweiz versichert werde. Der König sagte: wenn es ihm gelänge, die Anerkennung der Unabhängigkeit von Holland durchzusetzen, werde er sich ganz Europa verpflichten. Dabei sei seine wohl begründete Voraussetzung, daß der Zustand des deutschen Reiches und die letzten Territorial-Festsetzungen bestehen bleiben[1]).

1) Nous pouvons espérer que la guerre n'éclate pas, si la cour de Vienne voit ses propres États, l'indépendance du reste de l'Italie compris dans la garantie dont Je me chargerais envers la France et celle

Wenn Beyme den Werth der Abtretung von Hannover in Zweifel gezogen hatte, weil das Land ruinirt sei, so bemerkte Hardenberg, daß darin eine Verwechselung des gegenwärtigen Zustandes und der Bedeutung des Landes überhaupt liege: die Acquisition sei sehr wichtig. In der Instruktion an Lucchesini wiederholt er das. Die Ueberlieferung des Landes an die preußischen Truppen soll möglichst beschleunigt, jedoch die definitive Cession in einen geheimen Artikel verwiesen werden. Der Traktat selbst soll die erwähnten Garantien enthalten.

Man kann es begreifen, wenn der leitende preußische Minister, Hardenberg, nicht abgeneigt war, auf die Anträge Napoleons einzugehen, an die sich die Aussicht auf eine neue Vergrößerung des Staates knüpfte. Er war gereizt durch die ihm zu Kunde gekommenen Absichten der Verbündeten, Preußen zu zwingen, an ihrem Kriege gegen Frankreich Theil zu nehmen, während die Erbietungen Napoleons noch die Aussicht, den Frieden zu erhalten, übrig ließen. Niemand schlug die Erwerbung Hannovers höher an, als der geborene Hannoveraner Hardenberg; er meinte, daß sie das Glück der Unterthanen begründen werde; der Anspruch der Dynastie lasse sich auf eine andere Weise befriedigen. Es scheint, als habe ihm der Gedanke vorgeschwebt, daß Preußen Böhmens und selbst Sachsens in diesem Conflikte Meister zu werden Aussicht habe. Er verbarg sich nicht, daß man darüber mit Rußland in Kampf und selbst anfänglich in Verlust gerathen könne; aber von dieser Besorgniß ließ er sich nicht abschrecken, auf die Abkunft mit Frankreich einzugehen: denn auf welcher Seite sei nicht Gefahr?

Am 22. August fand zu Halberstadt eine Conferenz statt zwischen Hardenberg, dem Herzog von Braunschweig und Schulen-

de la Suisse assurés. Si je parviens à faire stipuler celle de la République batave, je croirai avoir mérité la reconnaissance de ce pays et de l'Europe entière. Je compte avec raison que l'intégrité de l'Empire germanique d'après la paix de Lunéville et les transactions de Ratisbonne reste intacte.

burg, in welcher die Frage über die vorgeschlagene Allianz in Berathung gezogen wurde. Die drei Herren waren für die Annahme der französischen Vorschläge, auch deswegen, da sie die Cession von Hannover enthielten. Der Hauptgrund war, daß ohne die Besetzung von Hannover Preußen bei jeder Differenz zwischen Frankreich und England compromittirt werden müsse. Man fügte hinzu, daß erst durch die Entfernung der Franzosen die niedersächsischen und westfälischen Lande des Königs gesichert; und den mannigfaltigsten Inconvenienzen vorgebeugt werden würde. Man hoffte selbst, England werde des Vortheils halber, der dem Lande daraus entspringe, nicht dagegen sein, sondern vielleicht die Blokade der Ems und der Weser aufheben. Gewiß werde die Garantie der italienischen Besitzungen Frankreichs in Rußland einen unangenehmen Eindruck machen; man glaubte jedoch, daß es um dieser Sache willen, die weder ein russisches noch ein englisches Interesse einschließe, den Krieg nicht beginnen werde, zumal wenn Oesterreich ruhig bleibe, wie zu erwarten sei. Für den Fall, daß der Krieg dennoch ausbräche, würde Rußland an Frankreich und Preußen Widerstand finden; man nahm bereits Bedacht, wie man sich dazu zu rüsten habe. Beyme hatte aus Furcht vor Rußland zwei Modifikationen in Vorschlag gebracht: die eine, daß die beantragte Garantie nur gegen Oesterreich gewährt; die andere, daß die Vollziehung des ganzen Traktates von einer wirklichen Landung der Russen in Schwedisch-Pommern abhängig gemacht werde. Die Conferenz verwarf diese Einwendungen. Den Fall eines Krieges mit Rußland faßte man wirklich ins Auge. Der Herzog von Braunschweig, der sich erbot, Hannover zu besetzen, sprach auch den Wunsch aus, in einem Kriege gegen Rußland nicht zu Hause gelassen zu werden.

Zwölftes Capitel.

Verhandlungen mit Frankreich.

Die europäischen Verhältnisse bieten einen höchst außerordentlichen Anblick dar; inmitten der continentalen Mächte die revolutionäre Gewalt eines französischen Kaisers, der, in Unternehmungen nach allen Seiten hin, jeden Augenblick weiter um sich greift. Wir irren wohl nicht, wenn wir den Anfang der neuen Verwickelungen in den italienischen Uebergriffen suchen: die Errichtung der italienischen Republik statt der cisalpinischen, die Unterdrückung des Königs von Sardinien allen anderen Versprechungen zum Trotz, waren es doch eigentlich, was die Unterhandlungen in Amiens nur formell zu einem Frieden gelangen ließ, der in der That kein solcher war: denn eben wegen der Einrichtung von Italien konnten sich Frankreich und England nicht verständigen. Da Napoleon immer weiter schritt, so ist es zu begreifen, daß sowohl Rußland als Oesterreich sich an England anschlossen: die maritime Differenz zwischen England und Frankreich wurde das vornehmste Motiv, durch welches England in seinem Kampfe, der noch keineswegs ohne Gefahr war, die Unterstützung von Rußland und Oesterreich erlangte. Oesterreich sah in der Errichtung des Königreiches Italien eine eigene Gefahr; Rußland nahm sich der bedrohten Selbständigkeit von Neapel an; die beiden Mächte wollten die einseitigen Einwirkungen Frankreichs auf die Türkei nicht dulden.

So fand der alte Zustand, der auf der Idee des Gleichgewichts beruhte, eine starke Repräsentation in den drei Mächten: England, Rußland und Oesterreich. Für sie war es die große Angelegenheit, die Unabhängigkeit des Ueberrestes von Italien, der Schweiz und Hollands zu retten oder wiederherzustellen; den französischen Einfluß vom osmanischen Reiche auszuschließen und das deutsche Reich in dem Zustand, in welchem es sich verfassungsmäßig befand, zu behaupten. Es waren im Allgemeinen die conservativen Ideen, auf denen das alte Europa beruht hatte, welche die drei Mächte verfochten; in Napoleon erschien eine revolutionäre Gewalt, gegründet auf die Ideen von 1789, welche die Institute des alten Europa mit dem Untergang bedrohte. In der Mitte der gegen einander anstrebenden Gewalten stand nun Preußen, keiner von den übrigen an Macht zu vergleichen; aber mit einem eigenthümlichen Interesse. Während die übrigen Mächte sich zu einem Kampfe auf Leben und Tod rüsteten, dachte Preußen, seine Neutralität nach beiden Seiten zu befestigen: es war durch seine geographische Position exponirt, aber auch berufen, den Frieden zu erhalten. An und für sich kann man eine solche Stellung nicht verwerfen; sie war mit der Idee der inneren Cultur und selbst der materiellen Wohlfahrt verbunden. Und auch der Friede hatte für Europa eine conservative Bedeutung, in wiefern der militärischen und revolutionären Gewalt Schranken gezogen wurden.

Das Verhältniß, welches die Epoche beherrschte, war die dynastische Verbindung Hannovers mit England. Hannover wurde der Gegenstand der französischen Uebergriffe; für sich selbst war es nicht in der Lage, an einer Vertheidigung Norddeutschlands gegen die Franzosen nachdrücklich theilzunehmen: denn in dem Uebergewicht von Preußen, welches die Vertheidigung von Norddeutschland in die Hände nahm, sah es sogar eine Gefahr für sein besonderes Bestehen. Die Verwickelung des Momentes lag nun darin, daß Preußen, um den Frieden von Norddeutschland zu erhalten, den Besitz von Hannover nicht entbehren konnte,

durch denselben aber in den Stand gesetzt wurde, eine große pacifikatorische Stellung einzunehmen, namentlich da es die Versicherung von Rußland hatte, daß es den Frieden von Norddeutschland nicht stören wollte. Diesen Besitz bot Napoleon in der That an, und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß er beim künftigen Frieden England nöthigen wolle, auf dieses Land Verzicht zu leisten. In diesem Erbieten lag nun aber wieder die größte Schwierigkeit: denn Preußen gerieth dadurch in die Versuchung, an der Beraubung der europäischen Fürsten, die es verhindern wollte, selber theilzunehmen. Hardenberg meinte, daß sich Mittel finden würden, das welfische Haus anderweit zu entschädigen; es schien dem Berliner Kabinet immer noch möglich, mit der Annahme Hannovers Bedingungen zu verknüpfen, welche Europa vor den weiteren Uebergriffen Napoleons gesichert hätten. In einem solchen Bestreben aber stieß man mit den eigensten Ideen Napoleons zusammen. Er war jetzt nach Boulogne gegangen, um die Rüstungen gegen England, seine Rüstungen überhaupt, persönlich zu leiten. Von dort nun schickte er seinen Hausmarschall Duroc nach Berlin, immer in der Absicht, die Bestimmungen über Hannover zu fixiren, aber zugleich die Bedingungen, die man preußischerseits daran knüpfte und die ihn beschränkt haben würden, zurückzuweisen. „Ich will", sagte er[1]), „die Unabhängigkeit der batavischen Republik und der Schweiz nicht gewähren; auch will ich" — denn von einer Trennung der französischen und der italienischen Krone war die Rede gewesen[2]) — auf mein italienisches Königreich nicht verzichten". Alle seine Gedanken waren auf einen Krieg mit Oesterreich gerichtet. Er forderte Preußen auf, entweder eine Truppenbewegung gegen Böhmen ins Werk zu setzen, oder eine starke Deklaration gegen Oesterreich zu erlassen; im Falle, daß seine Waffen glücklich

1) Napoléon au Général Duroc, Camp de Boulogne, 24 août 1805. Correspondance XI, 154 (Nr. 9126).

2) Lefebvre, Histoire politique de l'Europe pendant le consulat et l'empire II, 106.

seien, versprach er, von den Eroberungen, die man in Deutschland mache, nichts behalten zu wollen; auch Neapel wolle er nicht mit dem französischen oder italienischen Reiche vereinigen: daß er es bestehen lassen wolle, wie es war, sagte er nicht. Mit England brauche Preußen nicht zu brechen; auch sollte es sich nicht eigentlich in Krieg mit Oesterreich verwickeln, sondern dasselbe nur durch eine Truppenbewegung gegen Schlesien und Böhmen beunruhigen. Er beabsichtige, den österreichischen Feindseligkeiten zuvorzukommen; wenn ein russisches Heer erscheine, würden Preußen und Franzosen gegen Rußland zusammenstehen.

In einem besonderen Schreiben an Friedrich Wilhelm III.[1]) spricht sich Napoleon über die Präponderanz aus, welche Rußland durch die Theilung von Polen erlangt habe: Schweden bilde kein Gegengewicht gegen Rußland mehr, eben so wenig Ispahan oder Constantinopel. Da Oesterreich seine Rüstungen verdoppele, wodurch Baiern in die größte Gefahr gerathe, so dürfe der König keinen Augenblick versäumen, um durch eine Truppenzusammenziehung an der Grenze von Böhmen Oesterreich zu bedrohen.

Eine diesen Anmuthungen entgegengesetzte Warnung hatte der König damals von Haugwitz, den er dem gemachten Vorbehalt gemäß zu Rathe zog, empfangen[2]). In der Note Laforest's vom 8. August sah Haugwitz nur eine Wiederholung des schon oft gemachten Versuches, Preußen an die französische Politik zu fesseln. Er rieth dem König, bei dem System einer bewaffneten Neutralität fest zu verharren, zumal da er dieselbe dem Kaiser von Rußland zugesagt habe; man müsse nie vergessen, daß es in Rußland eine Partei gebe, welche Preußen hasse und die Ausdehnung des russischen Reiches bis an die Weichsel verlange; die Erwerbung Hannovers, so wünschenswerth sie sei, habe doch nicht so viel Werth, um darüber mit Rußland zu brechen.

Ohne Zweifel trafen diese Erinnerungen mit den eigenen

1) Napoléon au Roi de Prusse Camp de Boulogne 23 août 1805. Correspondance XI, 140 (Nr. 9116).

2) Ueber das Gutachten von Haugwitz vergl. Bd. II, 196.

Ideen Friedrich Wilhelms III. zusammen; sich mit Rußland zu entzweien, war er nicht im Entferntesten gesonnen. Alles kam darauf an, ob bei den ferneren Verhandlungen mit Frankreich sein ursprünglicher Gedanke, den Frieden zu behaupten, festgehalten werden könne oder nicht. In einer ganz anderen Richtung aber bewegten sich die Vorschläge, welche Duroc in Berlin machte.

In dem Eingang des von ihm vorgeschlagenen Vertrages, der auf alle Zeit den Samen der Zwietracht zwischen Frankreich und Preußen vertilgen sollte, wird besonders des Zustandes des deutschen Nordens gedacht, welcher seit fast einem Jahrhundert Anlaß zu Mißhelligkeiten gegeben habe, die man wegräumen müsse. Die Absicht ist, durch Erhaltung des continentalen Friedens den maritimen zu beschleunigen. Die beiden Mächte sollen sich verbünden, um jeden festländischen Angriff, der gegen eine von ihnen geschehe, mit gemeinschaftlichen Kräften abzuwehren. Sie werden über die Operationen, zu denen sie alle ihre offensiven und defensiven Streitkräfte zu verbinden haben, übereinkommen, keine besondere Abkunft eingehen und über die Bedingungen des künftigen Friedens sich mit einander verständigen. Die Integrität des Königreichs Italien, die über Lucca und Piombino getroffenen Bestimmungen des Kaisers und besonders die von dem französischen Reiche jenseit der Alpen vorgenommenen Besitzergreifungen werden vom König von Preußen garantirt. Die beiden Mächte garantiren das ottomannische Reich, die vollständige Unabhängigkeit der sieben Inseln und die völlige Entfernung der Russen und Engländer vom Mittelmeer. Es wird nicht ganz ausgeschlossen, daß die Russen Corfu, die Engländer Malta behalten: dann will aber Frankreich, Tarent und die gegenwärtig von den französischen Truppen occupirten Bezirke des Königreichs Neapel behaupten. Der König von Preußen wird in Wien, Petersburg und London aussprechen, daß er bei jedem Kriege, der den Zweck habe, die Grenze des Königreichs Italien oder die Besitzungen Frankreichs jenseit der Alpen einzuschränken, gemeinschaftliche Sache mit dem Kaiser

der Franzosen machen werde. In Wien wird der König noch besonders erklären: wenn die österreichische Armee nicht in ihre Garnisonen in Böhmen und Ungarn zurückkehre, so daß Tirol wieder militärisch in den Zustand komme, in dem es vor einem Jahre gewesen, und wenn Oesterreich fortfahre, Baiern zu bedrohen; so werde Preußen Oesterreich als Urheber alles Unglücks, das den Continent betreffe, betrachten und mit Frankreich gemeinschaftlich dagegen angehen. Andererseits garantirte Napoleon dem König von Preußen seine Besitzungen in dem Umfange, der ihnen durch den Reichsreceß vom 25. Februar 1803 zugesprochen ist. Und, um alle Unruhe von dem nördlichen Deutschland ferne zu halten, überträgt der Kaiser alle Rechte, die er durch die Eroberung von Hannover erlangt hat, und Alles, was dem König von England in Deutschland angehört, ohne Ausnahme auf den König von Preußen. Er verpflichtet sich, die Verzichtleistung des kurfürstlichen Hauses von Braunschweig-Lüneburg zu einer Conditio sine qua non bei dem künftigen Frieden mit England zu machen; er verspricht zugleich, alle die Schwierigkeiten zu heben, die hierüber im deutschen Reiche entstehen könnten. Dagegen soll der König von Preußen das Herzogthum Cleve dem Fürsten überlassen, den der Kaiser dazu bestimmen werde. Der Reichsdeputationshauptschluß wird zwar garantirt, aber nur zu Gunsten Derer, welche dem gegenwärtigen Traktat beistimmen. Die beiden Mächte garantiren die Ausführung der Mediationsakte in der Schweiz und die Integrität der batavischen Republik [1]).

In diesem Vertragsentwurf erscheinen die napoleonischen Gedanken, wie sie in diesem Augenblick waren, in ihrem vollen Umfang. Der Gesichtspunkt ist vor Allem auf die Behauptung der in Italien eingenommenen Stellung und auf die Herrschaft im Mittelmeer gerichtet. Von jeder Bedrohung durch Oesterreich soll Italien befreit werden; Baiern wird in besonderen Schutz von Frankreich genommen; die Zustände der Schweiz und der batavischen Repu-

1) Der Vertragsentwurf wird in der Sammlung der Aktenstücke mitgetheilt werden.

blik werden bestätigt, sowie der territoriale Zustand, in dem sich Preußen befindet. Dagegen soll nun Preußen mit Frankreich gemeinschaftliche Sache gegen jeden Angriff einer continentalen Macht machen: der Besitz von Hannover soll auf Preußen übergehen und in dem künftigen Frieden von England genehmigt werden.

Daß Napoleon es mit diesen Vorschlägen ernstlich gemeint hat, könnte man daraus schließen, daß er den Fall erwähnt, in welchem er Malta an England überlassen werde. In dem Laufe der Verhandlungen wurde wiederholt: wenn der Krieg ausbreche und zu einem glücklichen Erfolge führe, so werde Frankreich in Deutschland von den Eroberungen, die man mache, nichts behalten, und Neapel nicht mit dem französischen Kaiserreich vereinigen. Die Verbindung zwischen Preußen und Frankreich würde zugleich maßgebend für die Gestaltung der Dinge in Deutschland geworden sein.

Aber es bedarf keiner langen Ausführung, um zu beweisen, daß diese Anträge für Preußen unannehmbar waren; sie liefen dem System der Neutralität, das bei dieser Macht noch immer vorwaltete, entgegen. Der Fall war ungefähr wie vor einem Jahr bei dem Eintritt Hardenberg's in das Ministerium. Napoleon muthete dem König eine Allianz zu Schutz und Trutz an, die nur ihm selbst zum Vortheil gereichen konnte, da Frankreich allein einen Angriff zu befürchten hatte, Preußen aber nicht. Der Preis dafür war die Abtretung eines Gebietes, das Napoleon eben nur occupirt hatte, mit der ferne liegenden Aussicht, den König von England zur Einwilligung zu nöthigen. So hoch man den Besitz von Hannover anschlug, so war es doch diesen Preis nicht werth.

In der Erklärung des Königs an Duroc wird der landesväterliche Beweggrund angeführt, daß mit der Besitznahme eines ruinirten Landes ein Krieg verbunden sein werde, der die jetzt blühenden preußischen Provinzen mit dem Ruin bedrohe; nur auf Frieden könne die preußische Politik gerichtet

sein: noch sei dazu nicht alle Hoffnung verloren, wenn der Kaiser in Verbindung mit Preußen folgende Punkte garantiren wolle: Integrität der italienischen Staaten, der Schweiz, Hollands, des deutschen Reiches gemäß dem Frieden von Lüneville und dem Reichsreceß [1]). Man hielt für rathsam, bei Oesterreich anzufragen, ob es diesen Vorschlägen beitreten wolle. Die Antwort Oesterreichs war ablehnend: denn was man Unabhängigkeit der Nachbarstaaten von Frankreich nenne, sei nichts weiter als Unterwerfung unter eine gebieterische Schutzherrlichkeit. Franz II. verhehlte nicht, daß er sich mit Rußland zu einem neuen Waffengang verbündet habe. Die Eröffnung Preußens an Rußland schloß sich ganz an die gewechselten Deklarationen an. Der König hatte damals sich entschlossen, sich in Kriegsbereitschaft zu setzen und eine partielle Mobilmachung der Armee zu verfügen. Er bemerkte, daß Frankreich noch nichts gethan habe, was ihn zu einer Kriegserklärung nöthige. Er wünsche nur seine Neutralität festzuhalten und bittet Kaiser Alexander, ihn hiebei zu unterstützen und die Ruhe des Nordens nicht zu stören. Indem man in Frankreich eine intime Allianz mit Preußen zu schließen beabsichtigte, erinnerte der König von Preußen in Rußland, daß er auf dessen Hülfe rechne, wenn er mit Frankreich in Krieg gerathen sollte. Ein Gedanke von Hardenberg war, daß, da die französischen Truppen Hannover verließen, die Preußen auch ohne vorgängige Uebereinkunft mit Napoleon das Land besetzen sollten, was dieser deshalb dulden werde, weil dadurch ein Angriff dieses Landes von Rußland und Schweden her abgewehrt werde. Man sollte zugleich Travemünde und die mecklenburgischen Häfen besetzen, ohne vorherige Uebereinkunft mit Rußland; er meinte, auf diese Weise der Neutralität einen festen Rückhalt zu verschaffen. Aber Hannover zu besetzen, erschien doch dem Kabinet als eine Provokation der Feindseligkeiten Napoleons; man verzweifelte nicht, die Zustimmung desselben auf diplomati-

1) Die Erklärung des Königs Bd. II, 209.

schem Wege zu erlangen. Hardenberg stellte dem französischen Gesandten vor: daß der Krieg so gut wie ausgebrochen sei, und der König leicht gezwungen werden könne, Partei gegen Napoleon zu ergreifen; würde er die Besetzung Hannovers bis zum Frieden an preußische Truppen überlassen, so würde man ihm dagegen zusichern, dafür zu sorgen, daß er vom Norden her nicht angegriffen werden könne. Man erstaunt beinahe, daß sich Hardenberg von diesen Eröffnungen einen Erfolg versprach. Laforest erwiderte ihm: wenn der König wirklich in einen Krieg verwickelt zu werden fürchte, so möge er die Bundesgenossenschaft wählen, die ihm den größten Vortheil biete; eine Diversion von anglo-russischer Seite fürchte der Kaiser nicht; denn die Kräfte, die man gegen ihn zu einer solchen verwende, werde er nicht anderweit zu bekämpfen haben; und auf die Neutralität des Königs, die ihm oft versprochen sei, verlasse er sich mit vollster Zuversicht[1]).

Nicht allein aber der Frieden im Norden, sondern die Zukunft von Deutschland stand bei dem Beginn eines neuen Krieges in Frage: der Moment war unendlich wichtig, selbst wenn Preußen sich mit Frankreich nicht verband. Die große Aufgabe lag alsdann vor, Deutschland durch gemeinschaftliche Anstrengungen beider Mächte zu vertheidigen. In Wien fühlte man vor Allem, daß man dem Vordringen der Franzosen nur im Verein mit Preußen werde widerstehen können. Für alle Zeiten bedeutend ist ein Plan, von welchem Graf Merveldt, der damals (September) nach Berlin geschickt wurde, dem preußischen Kabinet Mittheilung machte[2]).

Oesterreich erwartete in Italien und von Italien her angegriffen zu werden; aber indem es dort zu widerstehen sich selbst die erforderlichen Kräfte zutraute, wünschte es in Deutschland, wohin sich doch auch der französische Angriff richten könne,

1) Die Note Hardenbergs an die französischen Geschäftsträger und deren Erwiderungen Bd. II, S. 215.

2) Militärische Bemerkungen über den Entwurf eines Defensiv-Allianz-Traktats zwischen Oesterreich und Preußen.

im Einverständniß mit Preußen zu handeln. Preußen sollte die große Linie von Emden bis Mainz vor den Franzosen sichern. Die Besorgniß erscheint, daß sich die Franzosen vom Norden her durch das hannoversche Gebiet auf die Marken stürzen und Berlin in Besitz nehmen könnten, was die Desorganisation der preußischen Monarchie zur Folge haben müsse. Dem solle sich nun Preußen durch eine bei Magdeburg zu versammelnde Armee mit aller Kraft entgegensetzen. Oesterreich dachte den Lech zu behaupten, auch deshalb, weil die Position der Franzosen in der Schweiz von Schwaben her bedroht werden müsse; Schwaben selbst aber werde durch eine Aufstellung der Preußen bei Mainz gesichert werden. Noch weiter aber als zu blos militärischen Veranstaltungen erhoben sich die Gesichtspunkte. Um die Streitkräfte von Deutschland gegen Frankreich zu vereinigen, so meinte man in Wien, müsse die Autonomie der deutschen Fürsten auf ihre Domanialbesitzungen beschränkt werden, und zwar unter dem vereinigten Vortritt der beiden Mächte: man dachte sich die Mainlinie als die Grenzscheide der Einwirkung der beiden großen Potenzen; jede müsse in ihrem Kreise eine dictatorale Autorität ausüben. Ihre Verbindung unter einander dürfe nicht zu enge sein, weil das nur Schwierigkeiten veranlasse. Eigentlich lag darin zwar nicht eine definitive, aber eine vorläufige Theilung von Deutschland unter Preußen und Oesterreich, die sich dann gemeinschaftlich anstrengen sollten, Napoleon in seine früheren Grenzen zurückzutreiben: denn ohne Offensive lasse sich keine wahre Defensive denken. Zu dem Versuche, das Verlorene wieder zu gewinnen, könne nur die Gewißheit führen, daß man sonst dem verderblichsten Vernichtungskampf entgegengehe.

In Berlin war man noch entfernt hievon. Wohl sah man die Gefahr eines Krieges sich von allen Seiten aufdringen; aber man meinte ihn vielleicht noch zu beschwören oder wollte doch wenigstens keinen thätigen Antheil daran nehmen. Die deutschen Angelegenheiten waren es nicht, auf welche sich die Aufmerksamkeit richtete. Die obschwebenden Fragen waren von

europäischer Natur; in denen aber kehrte Preußen zu dem Gedanken der Neutralität zurück: es wollte sich weder mit Frankreich, noch mit Rußland, noch auch mit Oesterreich verbinden, sondern auf seiner neutralen Stellung beharren. Die vornehmste Gefährdung derselben mußte man damals von Rußland erwarten. Man erfuhr, daß es schon die Tage bestimmt habe, an welchen es den Durchmarsch seiner Truppen, der ihm versagt wurde, mit Gewalt durchsetzen wollte. Am 19. September wurde in Berlin eine große Conferenz zwischen den höchsten Militärbehörden und Civilautoritäten gehalten, in der man sich vereinigte, alle Kräfte dazu anzuwenden, um die Neutralität, Würde und Selbständigkeit Preußens gegen Jedermann zu behaupten. Der Beschluß war sehr ausdrücklich gegen Rußland gerichtet, welches den Durchmarsch seiner Truppen durch das preußische Gebiet verlangte; man beschloß dem nöthigenfalls mit Gewalt zu widerstehen und zu diesem Zwecke die nöthigen militärischen Maßregeln vorzukehren: doch dürfe man dabei Rußland nicht provociren, noch ihm die Hoffnung einer Uebereinkunft benehmen; wenn die erforderlichen Truppen beisammen seien, so könne man die Cooperation auf eine Vermittlung beschränken. Der Wortlaut zeigt, daß die Idee der Neutralität mehr gegen Rußland, als gegen Frankreich hervorgekehrt wurde.

Dreizehntes Capitel.

Convention von Potsdam.

Einst in den Discussionen mit Duroc hatte der König erklärt, daß er Verpflichtungen gegen Rußland habe, und ehe er sie breche, abwarten müsse, daß ihm Rußland eine legitime Ursache zum Kriege gebe [1]). Und, wie wir wissen, der vornehmste Grund für die Mobilmachung der Armee lag darin, daß man Rußland abhalten wollte, den Neutralitätsvertrag zu verletzen. Die Stellung und der Kredit des Landes beruhte auf der unbedingten Festhaltung der Neutralität inmitten der großen Mächte. Was nun von Rußland vermieden worden war, geschah von Frankreich, eben in dem Momente, in welchem Napoleon den Krieg gegen Oesterreich eröffnete. Verschiedene Staffetten brachten Nachrichten von dem erzwungenen Durchzug der französischen Truppen durch Ansbach. Man vernahm, daß der Marschall Bernadotte sich mit dem ausdrücklichen Befehl des Kaisers entschuldigte; daß aber auch Durchzüge anderer Truppenabtheilungen durch das Fürstenthum im Werke seien. Die Nachricht berührte so recht den Mittelpunkt der preußischen Agitationen. Alle Gemüther waren durch den nahen Wiederausbruch der Feindseligkeiten angeregt. Die vermittelnde Politik Preußens ging vielleicht über die Macht des Staates hinaus. Aber sie war geeignet, ein Selbstgefühl hervor-

1) Lefebvre, histoire politique de l'Europe pendant le consulat et l'empire II, 117.

zurufen, gleich als hänge die Entscheidung aller Dinge doch zuletzt davon ab, ob Preußen das Schwert ziehen werde oder nicht. Eine weit verbreitete Ueberzeugung war, daß mit Napoleon doch kein Pakt zu schließen sei und das Princip des preußischen Staates den Anschluß desselben an die verbündeten Mächte fordere. Diese Meinung erhielt nun nach dem Eintreffen der ansbachischen Couriere die Oberhand. Das verletzte Selbstgefühl der Armee und des Volkes brach in dem Ausdruck heftiger Indignation hervor. Die Oberhäupter der militärischen und politischen Verwaltung traten unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Nachricht am 7. Oktober zu einer Berathung darüber zusammen. Es waren der Herzog von Braunschweig, Möllendorf, Schulenburg und Hardenberg. Sie gingen davon aus, daß die Neutralität in der That nicht mehr existire, da sie von Frankreich gewaltsam gebrochen werde. Verletzungen der Souveränetät dürfe ein großer Staat überhaupt nicht dulden, am wenigsten von Frankreich, dessen Bedrückungssystem gegen nachgiebige Staaten Jedermann kenne. Als ein Motiv, die Beleidigung nicht hinzunehmen, erscheint die Betrachtung, daß Oesterreich und Rußland darin einen Beweis eines wirklichen Verständnisses mit Frankreich sehen und Preußen feindlich behandeln würden; man würde den Fahnen Napoleons zu folgen in den Fall kommen: bliebe er Sieger, so würde Abhängigkeit von ihm; wenn er aber unterliege, so würde die Abhängigkeit von seinen Feinden die Folge sein. Es ist immer die Idee der Unabhängigkeit in der Mitte der großen Mächte, welche diese Rathschläge eingiebt. Die Neutralität, die bisher der Ausdruck dieses Bestrebens war, bei der sich Deutschland sicher fühlte, schien nicht aufrecht erhalten werden zu können, weil kein kleinerer Staat sich dem größeren anschließen würde, der sich selbst unverletzt nicht behaupten könne. Noch hegte man die Hoffnung, daß eine starke Sprache Napoleon vermögen werde, billigen Vorschlägen zum allgemeinen Frieden Gehör zu geben. aus Besorgniß, sonst auch die Feindseligkeiten von Preußen auf sich zu laden: Hannover müsse man jetzt unter allen

Umständen besetzen und die französischen Truppen hinausweisen, wie sie die preußischen in Franken zurückgedrängt hatten; den Franzosen soll man erklären, daß man von den Verbindlichkeiten frei sei, die man eingegangen, und nunmehr auch dem Durchmarsch der Russen keine Schwierigkeit entgegensetzen werde. Man wird Oesterreich, Rußland und England von dieser veränderten Lage benachrichtigen.

Beschlüsse, die aus der von den Franzosen erfahrenen Mißachtung entsprungen, doch zugleich die Entscheidung der Theilnahme an dem Kampf der Coalition enthielten. Ob das ganz dasselbe war, dürfte eine logische Zergliederung vielleicht in Zweifel ziehen. Aber bei der Natur der Menschen unter den obwaltenden Verhältnissen fiel jede Unterscheidung hinweg. Der König wurde von den ministeriellen Beschlüssen in Kenntniß gesetzt; in dem Kabinet faßte man dann eine Vorlage ab, die bei der Conferenz des Königs mit den Ministern zu Grunde gelegt werden sollte. Sie enthielt folgende Punkte:

Nach der Verletzung seiner Neutralität betrachte der König jede Verbindlichkeit, die er gegen Frankreich übernommen habe, als aufgelöst; bei eitlen Versicherungen könne er sich nicht beruhigen: er werde seine Armee Stellungen nehmen lassen, durch welche die Monarchie ihrer Sicherheit gewiß werde. Sachsen und Hessen, an deren Grenzen sich die preußischen Truppen aus Franken und Westfalen zurückziehen sollten, wurden aufgefordert, gemeinschaftliche Maßregeln zur Vertheidigung zu treffen. Die Truppen, die gegen Rußland Nichts mehr zu thun finden, werden an die Stelle befördert, wo sie den Franzosen am besten Widerstand leisten können. Dem Kaiser von Rußland wird die Bereitwilligkeit Preußens erklärt, auf die von ihm eingeleitete bewaffnete Negociation einzugehen, sobald man sich über Tendenz und Bedingungen einverstanden habe. Die Absicht geht auf einen sicheren Frieden, eine solche Bestimmung der Grenze, daß Preußen nicht mehr bei jedem neuen maritimen oder continentalen Krieg compromittirt werde. Den Besitz von Hannover, welchen Napoleon hatte

hoffen lassen, giebt man keineswegs auf; denn eine genügende Bestimmung der Grenzen wäre ohne dies Land unmöglich; man will sich denselben von den coalisirten Mächten ausbedingen; mit demselben Grunde konnte man sagen: nicht aus Ambition, sondern um sich zu sichern. Preußen fordert hiefür die Garantie von Rußland; es soll die Einwilligung der andern Mächte bewirken. Sobald man einig geworden ist, wird der König als Vermittler auftreten, die mit Rußland vereinbarten Vorschläge in seinem eigenen Namen machen, und sich auf die Seite dessen stellen, der sie annimmt. Den Russen wird angekündigt, daß ihrem Durchzug durch Mecklenburg und die preußischen Lande kein Hinderniß mehr entgegenstehe.

Eine vollkommene Veränderung der politischen und der militärischen Haltung kam hiemit zur Erscheinung. Die Armee war bisher gegen Rußland gewendet und wendete sich jetzt gegen Frankreich: noch nicht jedoch, um den Krieg zu beginnen, sondern um die Aktion der Coalition zu verstärken. Nicht erst bei der Anwesenheit Alexanders in Berlin, die bald darauf erfolgte (25. Oktober), gleich damals ging der König auf den Gedanken ein, mit Rußland die Vorschläge zu vereinbaren, die man an Napoleon richten, und bei deren Verwerfung der König sich der Coalition anschließen werde. Der König hielt noch immer an der Idee der Vermittelung fest; er ist darauf gefaßt, mit Rußland gemeinschaftliche Sache zu machen, wenn ihre Vorschläge verworfen werden. Bisher hatte der König gleichsam in der Mitte der beiden Welten Stellung genommen; von der revolutionären Seite her verletzt neigte er sich den conservativen Mächten zu. Daß das so rasch geschah, stimmt mit der Richtung überein, die der öffentliche Geist überhaupt nahm. Auch mit Oesterreich waren gute Verhältnisse angeknüpft. Wir gedachten der Entwürfe Merveldt's, welche auf eine Vereinigung der beiden deutschen Mächte und eine Art von Theilung ihres Uebergewichtes im deutschen Reiche hinzielten. Man war in Berlin nicht darauf eingegangen, aber Merveldt nahm die Ueberzeugung mit sich, daß der König eine Annäherung an Oesterreich wünsche; er fand dieselbe Gesin=

nung auch bei Hardenberg: denn man würde den Franzosen überlegen sein, wenn man sich zu vereinigen verstände.

Die Differenzen, in welche Oesterreich im Frühjahr 1805 mit Frankreich gerieth, beruhten nicht auf diesem Grunde; sie knüpften an die erwähnten Verständnisse mit Rußland an, die durch die Unterhandlungen Stadion's in St. Petersburg auf Grund des Vertrages von 1804 gepflegt wurden. Im Frühjahr 1805 schritt man in Oesterreich zu den längst verabredeten Rüstungen; inmitten derselben faßte Kaiser Franz wieder einiges Vertrauen zu sich und seinen Streitkräften. Jedoch waren Eifer und Zuversicht keineswegs allgemein. Erzherzog Karl, der sich in dem letzten Feldzug zu einem namhaften Rang unter den europäischen Kriegsführern erhoben hatte und jetzt an der Spitze der ganzen Armee stand, war gegen die Unternehmung; die meisten Generale waren dagegen. Wenn der Kaiser, um den Einfluß des Erzherzogs zu paralysiren, den General Mack zum General-Quartiermeister machte, so war doch dieser nicht für eine unverzügliche Waffenerhebung; er that alles Mögliche, sie vorzubereiten: denn darin lag sein Talent, aber sein Rath war es nicht, den Krieg zu beginnen[1]). Wenn es besonders der Einfluß Alexanders war, der dazu forttrieb, so rührte das von der Ueberzeugung her, daß Kaiser Napoleon das Unternehmen, dessen Vorbereitungen die Küsten mit Kriegslärm erfüllte, gar nicht ernstlich meine; er habe vielmehr nur die Absicht, eine große Armee zu sammeln, durch die er den Continent überwältigen könne. Wir urtheilen nicht über die Absichten Napoleons; aber der Erfolg war ein solcher, wie ihn Kaiser Alexander andeutete. Wäre nun aber, so muß man fragen, nicht eine friedliche Politik das beste Mittel gegen diese Eventualität gewesen? Indem man Oesterreich und Preußen zum Kriege drängte, exponirte man sie der militärischen Uebermacht Napoleons. Der Grund war: man wollte sich dieser Uebermacht

1) Vergl. den Brief von Gentz an Joh. v. Müller vom 9. Juli 1805. Briefe an Johannes von Müller, herausgegeben von Maurer-Constant I, S. 45, 57.

widersetzen, ehe sie noch vollkommen zur Erscheinung gekommen sei, und hegte die Zuversicht, daß die vereinte Kraft des Continents ein solches Resultat herbeizuführen im Stande sein würde. Besonders sollte das zögernde Preußen durch Drohungen und selbst durch Gewalt zum Beitritt genöthigt werden. Diese Drohungen waren es gewesen, welche die Mobilmachung der preußischen Armee hervorriefen, die sich gegen Rußland richtete. Die Russen hatten darauf von ihren Drohungen Abstand genommen; aber der König war von denselben sehr unangenehm berührt. Einer Zusammenkunft mit Alexander, welche in Vorschlag gekommen, wich er lieber aus. Daß er nun aber dennoch sein vornehmstes Vertrauen auf Rußland richtete, für den Fall, wenn er von Frankreich zu fürchten habe, liegt schon in jener Deklaration vom Mai 1804, an der er mit Standhaftigkeit festhielt. Es geschah in Folge derselben, daß er sich jetzt, da er von Frankreich beleidigt war, an seinen Freund Alexander wendete und von diesem die Unterstützung erwartete, um zu der Erwerbung zu gelangen, die geographisch und politisch das wichtigste Objekt seiner Bestrebungen ausmachte. Gegen eine Zusage Rußlands in dieser Beziehung — denn sichere Marken für seine Monarchie zu erlangen, wurde ein verdoppeltes Bedürfniß in dem Augenblick, da er gegen seinen Willen in den Krieg verwickelt zu werden befürchten mußte — versprach er, der bewaffneten Mediation, von welcher Rußland redete, beizutreten: denn so bezeichnete Alexander noch immer seine Kriegsrüstungen, bei denen es nur auf Wiederherstellung der verschiedenen, von Napoleon überwältigten Unabhängigkeiten ankam. Man wollte dem französischen Kaiser Bedingungen setzen, durch welche den europäischen Staaten eine sichere Existenz gewährleistet würde. Und wie denn die Meisten die Unternehmung gegen England für sehr ernstlich gemeint hielten, so waren sie der Meinung, dieselbe werde den Kaiser der Franzosen so beschäftigen, daß er für die Vorschläge, die man ihm mache, zugänglich werde. Bei den Irrungen von 1805 ist das Eigenthümliche, daß die verschiedenen Staaten für die Einrichtung eines allgemeinen europäischen

Systems eintraten. Das Ziel, das sich Oesterreich gesetzt, war doch sehr beschränkt. Aber in Kämpfen so umfassender Art kommt es darauf nicht an. Napoleon kannte die Unschlüssigkeit und Schwäche seiner Feinde hinreichend, um sich nicht die geringste Concession abgewinnen zu lassen. Kaum wagt man es auszusprechen, aber so verhält es sich doch wohl, daß alle jene Verhandlungen mit Preußen eben darauf berechnet waren, den Widerstand desselben zu eludiren; denn niemals traute ihm Napoleon. Was sind das für Zugeständnisse, die er in Hannover machte; sie dienen nur dazu, um Preußen von der Verbindung mit den beiden anderen Mächten abzuhalten, während die Absicht dahin ging, die Truppen aus Hannover hinwegzuziehen, und zwar auf einem Wege, der mit Verletzung der preußischen Neutralität dahin führte, der österreichischen Armee in den Rücken zu fallen. Es war alles Strategem: die Verhandlung über Hannover, der Abzug der französischen Truppen, der Durchzug durch das Ansbachische. Wie konnte man sich nur einbilden, daß Napoleon die preußische Neutralität durch eine Demarkation auf immer befestigen werde? Er war der erste, der sie entschieden verletzte. Wenn er Oesterreich niederwarf, so brauchte er Preußen wenig mehr zu fürchten. Das rasche, weite Vorrücken Macks, das selbst in Wien Besorgniß erweckte, gab Napoleon die erwünschte Gelegenheit, seinen Plan rasch und glücklich auszuführen. Er sagte noch immer: der Krieg werde aufhören, wie ein Strohfeuer, wenn Preußen sich ihm anschließe; aber in diesem Augenblick setzte er den König von Preußen in die Unmöglichkeit das zu thun. Wir sahen, welche Bewegungen darüber am Hofe zu Berlin entstanden.

Die Lage war, im eigenen Sinne des Wortes, kritisch. Man war entschlossen, sich von Frankreich zu trennen, ohne doch sofort den Krieg zu unternehmen; man näherte sich dem Kaiser von Rußland mit Vorbehalt jedoch gewisser Bedingungen, die er im Voraus gewähren müsse. Wir untersuchen nicht, ob diese Haltung behauptet werden konnte; aber gewiß ist, daß um sie zu behaupten, die Einheit der Gesichtspunkte auf das Strengste

festgehalten und bei jedem Schritt als Norm betrachtet werden mußte. Schon an sich war Friedrich Wilhelm III. mehr vorsichtig als unternehmend, jeder zweifelhaften Allianz abhold, durch und durch friedliebend, und immer gewohnt, Consultationen zu veranstalten, nach deren Ergebniß er seine Entschlüsse faßte. Der Gang der Geschäftsführung war ein sehr mangelhafter; die ministeriellen Beschlüsse wurden erst in dem Kabinet geprüft und nach Befinden angenommen oder auch modificirt, sodaß das Ministerium niemals sicher sein konnte, ob es mit seiner Meinung durchdringen werde oder nicht. In dem Kabinet machte sich häufig eine Gegenwirkung geltend; die Kabinetsräthe correspondirten mit den Gesandten. Ueberdies aber: das Ministerium, das die auswärtigen Geschäfte behandelte, war selbst zwiespältiger Natur. In der großen Frage über die Allianz mit Frankreich hatte der König auch die Meinung des entfernten Ministers Haugwitz eingeholt: sie lief der Meinung Hardenbergs entgegen. Dennoch wurde Haugwitz wieder herbeibeschieden und zu den Berathungen gezogen. Er verständigte sich meistens mit Hardenberg. Allein wie wäre es möglich gewesen, große Angelegenheiten in dieser Weise mit Erfolg zu behandeln. Nicht aus Berathungen Mehrerer kann eine energische Politik hervorgehen; sie muß von Einem Kopf abhängen, der die verschiedenen Rücksichten, welche zu nehmen sind, in sich selbst erwägt und einem einheitlichen Gesichtspunkt unterordnet; er wird dann die Aufgabe haben, den höchsten Willen zu gewinnen und festzuhalten. Eben, indem das nothwendiger war, als je, verordnete der König eine gemeinschaftliche Behandlung der Geschäfte durch die beiden Kabinetsminister, und zwar auch in Beziehung auf ihre Verhandlungen mit den fremden Gesandten. Hardenberg brachte in Erinnerung, daß gerade für diese Thätigkeit die Repräsentation der ministeriellen Gewalt in Einer Person nothwendig sei, weil sonst die Aeußerungen des einen Ministers mit denen des anderen gleichsam confrontirt werden könnten; er beklagte sich über den Mangel an Vertrauen, der sich in der

königlichen Verfügung zu ihm selber ausspreche. Haugwitz stimmte damit überein, daß es das Beste sein würde, den bisherigen Gang zu beobachten. Der König versicherte Hardenberg, daß er sein Vertrauen besitze. Allein am Tage liegt, daß der Graf Haugwitz doch dem Freiherrn von Hardenberg coordinirt blieb und einer Meinung, welche nicht die des leitenden Ministers war, Gewicht verschaffte. So wünschte man es in der nächsten Umgebung des Königs; man forderte Haugwitz auf, den König in der gefährlichen Lage, in der er sei, nicht zu verlassen.

In den Unbestimmtheiten der Situation und den Abweichungen der Meinungen, bildete es einen wichtigen Moment, daß Kaiser Alexander selbst an dem preußischen Hofe eintraf. Als er am 25. Oktober 1805 in Berlin erschien, wurde er vom Hofe und von der Bevölkerung mit Freude begrüßt: seine Anwesenheit entsprach den durch die französische Beleidigung aufgeregten Gefühlen. Man bemerkte, daß er Haugwitz mit auffallender Kälte behandelte; Hardenberg dagegen erfreute sich einer unverkennbaren Auszeichnung. Von den beiden Ministern könnte man den einen nicht für französisch, den andern für russisch gesinnt halten: sie wechselten vielmehr zuweilen diese Rollen. Und in dem Schreiben, dessen wir gedachten, hatte Haugwitz die Partei von Rußland ergriffen; aber er hatte damit das Vertrauen des Kaisers nicht gewonnen: dieser rechnete nur auf Hardenberg.

An den Conferenzen, die nunmehr mit dem russischen Minister Czartoryski eröffnet wurden, bei denen auch zuweilen der Kaiser und der König gegenwärtig waren, nahmen die beiden preußischen Minister Theil. Ein großes politisches Ereigniß war, daß jener Vertrag vom 6. November 1804 den preußischen Ministern jetzt erst bekannt wurde. Von russischer Seite drang man auf den sofortigen Beitritt Preußens. Am 30. traf auch Erzherzog Anton ein, mit einem Briefe des Kaiser Franz, der den König aufforderte, ihn zu unterstützen, und dadurch zugleich seine eigene Unabhängigkeit und Ehre zu retten.

Was alle Gemüther beschäftigte, war die Nachricht von der Capitulation einer ansehnlichen österreichischen Armee, die den Feldzug eröffnen sollte, am 20. Oktober bei Ulm. Als eine förmliche Niederlage wurde dieselbe nicht betrachtet; sie ist in der Voraussetzung geschlossen worden, daß Napoleon am Inn einen doppelt starken Widerstand finden werde; der Kaiser der Franzosen selbst bot den Frieden an. Hardenberg war der Meinung, daß eine unmittelbare Theilnahme Preußens an dem Kriege einen Ausschlag zu Gunsten Oesterreichs hervorrufen würde: denn man habe mehr als 50,000 Mann in Bereitschaft, die, durch die Hülfstruppen von Sachsen und Hessen verstärkt, den Franzosen gegenübergestellt werden könnten, während andere Truppen aus weiter Ferne herangezogen würden. Allein man wendete ein, daß die Armee noch nicht beisammen, ein großer Theil an der Weichsel befindlich sei. Es machte Eindruck, daß der Herzog von Braunschweig dieser Meinung war. Der Unterschied zwischen Magazinverpflegung und Requisitionssystem kam dabei zur Sprache. In den Conferenzen mit den Russen hielt der König an seiner früher geäußerten Meinung fest. Bei der Unterhandlung wurden die preußischen Vorschläge zu Grunde gelegt. Auch Fürst Theodor Dolgorucky und der russische Gesandte Alopaeus nahmen Theil daran; endlich wurde auch der österreichische Bevollmächtigte Graf Metternich herbeigezogen. Ueber Rede und Gegenrede, die dabei gewechselt wurden, liegt kein Bericht vor. Das Ergebniß der Conferenzen war die Convention von Potsdam vom 3. November [1]).

In derselben tritt der König nochmals als Mediator zwischen den kriegführenden Mächten auf, aber seine Mediation ist eine bewaffnete, deren Resultat entweder Herstellung des Friedens auf den von den Mächten vorgeschlagenen Grundlagen, oder wofern diese von Frankreich verworfen werden, die Theilnahme Preußens an dem Kriege gegen Frankreich sein werde. Der König wird einen Beweis seiner Moderation dadurch geben, daß er sich lediglich an die geschlossenen Traktate hält. Den Fran=

1) Der Text derselben ist zuerst von Martens Recueil II, 480 vollständig mitgetheilt worden.

zosen soll Alles bleiben, was ihnen durch den Frieden von Lüne= ville oder die Verträge, die demselben gefolgt sind, überlassen worden ist. Aber man besteht auf die Wiederherstellung eines unabhängigen Königreichs Sardinien, für dessen Entschädigung vier verschiedene Alternativen aufgestellt werden. Ebenso soll die Unabhängigkeit Hollands, der Schweiz, Neapels, sowie des deutschen Reiches gesichert werden. Nach geschlossenem Frieden sollen die Fran= zosen die von ihnen occupirten Plätze räumen, und die genannten Länder sollen sämmtlich das Recht haben, ihre innere Verfassung für sich selbst zu ordnen, Festungen zu ihrer Sicherheit zu errichten, Allianzen zu schließen. Das Königreich von Italien, das unter dem Namen des Königreiches der Lombardei erscheint — denn den Namen Italien wollte man seiner nationalen Bedeutung wegen vermeiden — sollte von der französischen Krone unab= hängig sein und bleiben. Preußen, ebenso wie Rußland für die Sicherheit der ottomanischen Pforte interessirt, wird den Kaiser Napoleon auffordern, auf alle Maßregeln Verzicht zu leisten, die er gegen diese Macht wegen ihrer Verbindung mit Rußland er= greifen könnte.

Eine Pacifikation von größtem Umfang nahm man dergestalt in Aussicht, welche Holland, die Schweiz, Deutschland und Italien zugleich umfassen sollte. Den Franzosen wurde dabei ein großer Theil ihrer Eroberungen zugestanden; aber man wollte die Unabhängigkeit der kleinen Staaten und der größeren Reiche gegen ihre Uebergriffe sicher stellen. Der König von Preußen machte sich anheischig, einen Unterhändler in das Hauptquartier Napoleons zu schicken, um ihm diese Propositionen vorzulegen. Nach deren Annahme wird ein Waffenstillstand geschlossen werden, wobei in Deutschland Lech oder Isar, in Italien die Etsch die Grenzscheide der Armeen bilden sollen. Hierauf soll ein Congreß zum Abschluß des Friedens zusammentreten, der nicht blos über ein= zelne Fragen, sondern über die allgemeinen Entscheidung treffen wird. Während der Negotiationen wird die preußische Armee nach den Punkten vorrücken, von denen aus sie im Fall eines Bruches

operiren solle. Sollte aber Frankreich die Vorschläge zurückweisen, so wird der König von Preußen 180,000 Mann ins Feld stellen, und außerdem den Beitritt der Fürsten, die sich seinem System angeschlossen haben, veranlassen.

Wohl war es in dem Vertrag auf eine Abkunft mit Napoleon abgesehen, aber er wird doch bereits als der allgemeine Feind Europas bezeichnet. Für seinen Beitritt hatte der König Bedingungen hinzugefügt, welche der finanziellen und geographischen Lage seiner Staaten entsprechen; die eine ist: Zahlung von englischen Subsidien, die nach dem Uebereinkommen mit den anderen Mächten berechnet werden sollten, von dem Tage an, an welchem das Vorrücken der Franzosen im Ansbachschen Gebiet in Berlin bekannt wurde; die andere aber: die Zusage, dem preußischen Staate sicherere Grenzen zu verschaffen, als er sie jetzt habe. In einem geheimen Artikel wird die eben erwähnte Festsetzung über die Grenzen dahin bestimmt, daß die Erwerbung von Hannover dazu gehöre, und daß der Kaiser von Rußland bei dem König von England Alles thun werde, um ihn gegen gebührende Entschädigung zur Abtretung zu bestimmen. Werden diese Bedingungen bewilligt, so wird Preußen die Waffen bis zu einem allgemeinen Frieden nicht aus der Hand legen; sollte dies nicht erreicht werden können, so habe Preußen keine andere Pflicht, als die: sechs Monate vor dem Abschluß zu erklären, daß es durch die Rücksicht auf seine Sicherheit und durch seine pekuniären Verhältnisse genöthigt werde, mit dem Feinde ein Abkommen zu treffen [1]).

Der Traktat hat einen zwiefachen Charakter, er ist insofern von unendlicher Tragweite; er muß als die Grundlage

1) Es ist auffallend, daß bei der Abfassung des Traktates der österreichische Gesandte herbeigezogen ward, während doch nur der russische und der preußische in der Einleitung zu demselben genannt werden, während doch in dem preußisch-russischen Vertrage nur die preußisch-russischen Bevollmächtigten sich unterzeichnet haben. So in dem uns vorliegenden preußischen Exemplar und in dem bei Martens gedruckten russischen. Unverzüglich ist Graf Metternich diesem Vertrage beigetreten, wie die bei Martens gedruckte Déclaration (S. 480) ausweist. Nachforschungen in den Wiener Archiven haben leider zu dem

der Coalition späterer Zeiten betrachtet werden, inwiefern auch diese ursprünglich dazu bestimmt war, das Kaiserreich bestehen zu lassen und es nur mit unübersteiglichen Marken zu umgeben. Preußen gesellte sich der Intention der beiden anderen Mächte bei. Aber es behielt dabei sein besonderes Interesse, wie es eben vorlag, fest im Auge. Es wollte Hannover, das ihm von Napoleon sehr bestimmt zugesichert war, wenn es sich ihm anschließe, durch die Verbindung mit den übrigen Mächten nur um so gewisser behaupten: denn man rechnete darauf, daß das große Interesse Englands und des Continents dem König Georg III. diese Concession abgewinnen werde. Hardenberg hat ein besonderes Memoire über die mit diesem Fürsten zu treffende Uebereinkunft abgefaßt.

Der Gedanke war, daß der König von England sein Gebiet am rechten Weseruſer mit einigen Parcellen am linken abtreten solle, das linke Weserufer aber behalte (Hoya, Diepholz, Osnabrück) und durch die westfälischen Besitzungen Preußens (ausgenommen Ravensberg, Minden) entschädigt werde. Die kurfürstliche Würde sollte ihm verbleiben. Großen Werth legte man darauf, daß er Emden erhalten würde, einen für den englischen Handel überaus wichtigen Hafenplatz. Ein Hauptmotiv war das militärische: denn wie Hannover damals existirte, trennte es die preußischen Territorien von einander; dagegen war es auch wieder durch preußische Besitzungen getrennt. Wohl führte man dagegen an, daß dadurch das Band zwischen dem König von England und seinen Unterthanen aufgelöst werde; man antwortete: dieselbe Rücksicht gelte für den König von Preußen; das Wohl der Unterthanen erheische dies Opfer.

Alles beruht darauf, daß Hannover zur Vertheidigung gegen

negativen Resultat geführt, daß der Hauptbericht des Grafen Metternich vom 4. November 1805 fehlt. Nur einige Privatschreiben desselben an den Grafen Colloredo sind vorhanden, in welchen er sich mit dem Ergebniß im Allgemeinen zufrieden erklärt: J'espère que V. E. trouvera que, sous plusieurs rapports, il s'est plus fait qu'on ne devait croire; sous une infinité d'autres reste-t-il beaucoup à désirer! Mais assurément n'y avait-il plus rien à obtenir. Tous les éléments du bon se trouvent dans le traité.

Frankreich in Stand kommen und alsdann eine im gewissen Sinne formidable Ländermasse bilden sollte.

Noch am 3. November wurden diese Verabredungen von den beiden Monarchen durch Handschlag und Umarmung sanktionirt [1]). Hardenberg will jedoch in den Mienen des Königs gelesen haben, daß er kein vollkommenes Zutrauen zu der Sache hatte. Dem anwesenden schlesischen Minister Grafen Hoym hat der König gesagt: „Ich habe unterzeichnet, aber mein Gemüth ist in der äußersten Unruhe, und ich zittere vor den Folgen" [2]).

Ob ein ruhiger Geist, welcher richtig dachte, an die Durchführung dieser Bedingungen ernstlich glauben konnte, läßt sich in der That bezweifeln: denn sie enthielten insofern einen Widerspruch in sich, als im Allgemeinen auf die Restauration des alten Europas Bedacht genommen und damit doch die Erwerbung Hannovers durch die preußische Krone in Verbindung gebracht wurde. Konnte man sich ernstlich überreden, daß der König von Großbritannien sein Kurfürstenthum einer Besitznahme Preußens, die ihm verhaßt war, unter welchen Bedingungen auch immer überlassen werde? Gewiß, aus militärischen und politischen Gründen mußte Preußen das Land für sich fordern; aber der legitimistischen Idee, für welche es eben in den großen Kampf eintrat, widersprach es. Ueberdies aber: wie konnte man glauben, mit dem siegreichen Eroberer einen Pakt zu schließen, bei dem die Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Staaten hätte gesichert sein können? Napoleon selbst hat einmal es für ein thörichtes Unternehmen erklärt, ihn über den Rhein zurückwerfen und dann doch Friede mit ihm schließen zu wollen; ein geborener Fürst könne große Positionen aufgeben und dennoch seinen Thron behaupten; ein Fürst, wie er, der nur durch Waffenthaten von der untersten

1) Im Wiener Archiv findet sich noch folgende Notiz aus einem Schreiben Metternichs: l'Empereur Alexandre proposera à notre auguste Maître de l'accompagner à Dresde pour une entrevue avec le Roi de Prusse, le dernier ayant refusé de se rendre pour cet effet à Prague.

2) Brief von Gentz an J. v. Müller in der von Maurer-Constant herausgegebenen Sammlung I, 153.

Stufe bis zur obersten aufgestiegen und zu dem Throne gelangt sei, könne das nicht: denn er würde damit den Zauber verlieren, durch welchen er die Geister an sich fesselt. Hienach war nur von einem allgemeinen Kampfe, der Alles an Alles setzte, ein Erfolg zu erwarten. Dazu aber war man nirgends entschlossen. In Preußen blieb man dabei, das System der Mediation, in das man sich einmal hineingelebt hatte, auch unter den jetzigen Umständen zu behaupten und zu erweitern.

Bisher hatte man nur daran gedacht, das weitere Vordringen der Franzosen zu verhindern, in Franken durch Verbindung mit Sachsen, in Westfalen durch Verbindung mit Hessen; zwischen Werra und Saale sollte ein Armeecorps in Cantonnements aufgestellt werden. Das nahm nun Alles in Folge des neuen Vertrages eine andere großartigere Richtung. Der Herzog von Braunschweig entwarf einen allgemeinen Kriegsplan zur Unterstützung von Oesterreich. Seine Voraussetzung ist, daß Oesterreich das Land Tirol werde behaupten können, sodaß für Wien zunächst nichts zu fürchten wäre. Man rechnete bereits damals auf die National-Milizen in Tirol, sodaß mit denselben ein zahlreiches schlagfertiges Heer gebildet werden könne. Dadurch werde Südtirol und die linke Flanke der vereinigten österreichisch-russischen Armee am Inn gedeckt, so wie die Rechte der italienischen Armee an der Brenta. Es trage nichts aus, wenn die Armee vom Inn sich nach der Salza und Traun zurückziehe in der Absicht, einen entscheidenden Kampf so lange zu vermeiden, bis die Russen in größeren Massen ankämen und Preußen sich für die Allianz erklärte. Die russische Armee unter Buxhövden müsse so rasch wie möglich an die Donau herangezogen werden. Eben dahin müsse die zweite russische Armee unter Bennigsen durch Böhmen ihren Weg nehmen, um bei Regensburg einzurücken, was Ende December oder Anfang Januar geschehen könne; vorher aber sollen Abtheilungen der Armee in Böhmen erscheinen, um die Aufmerksamkeit der Franzosen auf ihre linke Flanke zu richten. Zwei preußische Truppenkorps sollen in Bayreuth und an der Werra

aufgestellt werden. Ein drittes in Westfalen zusammengezogenes Corps soll mit der preußischen Armee unter Tolstoy sich vereinigen. Wenn die Unterhandlungen, die man beginnt, abgebrochen werden, so sollen die preußischen Truppen nach der Donau vordringen. Der Herzog erwägt, was Napoleon in einem solchen Falle thun werde; er sei überzeugt, daß man denselben nöthigen könne, über den Rhein zurückzukehren, während man zugleich Holland anzugreifen in Stand komme. Das Ziel soll sein, Napoleon über den Rhein zurückzuwerfen und alsdann einen festen und haltbaren Frieden zu schließen [1]). Diese Ideen lagen bei dem Traktat vom 3. November zu Grunde; durch die vereinten Anstrengungen der drei Mächte sollte der Zustand des Continents haltbar eingerichtet werden.

1) Vergl. die Denkschriften des Herzogs von Braunschweig. Band II, 317 flg.

Vierzehntes Capitel.

Zersprengung der dritten Coalition.

Ich weiß nicht, ob man mit Recht so viel von gemachten Fehlern, versäumten Gelegenheiten, eingetretenen Vernachlässigungen reden darf, wie es geschieht. Alles entwickelte sich über die Köpfe der Betheiligten hin mit einer Nothwendigkeit, welche etwas Unvermeidliches, wie ein Fatum in sich trägt. Daß der König, dessen politisches Verhalten in der Idee der Neutralität wurzelte, von derselben zurücktreten und sich unverzüglich den Verbündeten, die in der Sache, welche sie im Widerspruche mit ihm unternommen, bereits eine Niederlage erlitten hatten, anschließen würde, — war doch in der That nicht zu erwarten. Er brachte die Alternative, auf der sein System beruhte, gegen den, welcher es verletze, auch seinerseits Partei zu nehmen, in Ausführung. Die Bedingungen, die er dem Kaiser der Franzosen einst, als von einer Allianz mit demselben die Rede war, gemacht hatte, stellte er nun im Verein mit den beiden anderen Mächten als den Preis auf, für welchen er auch fortan neutral bleiben wolle Den Krieg sofort zu beginnen: dazu schien der Durchgang durch Ansbach kein hinreichendes Motiv, zumal da man denselben von französischer Seite mit einigen Scheingründen beschönigen konnte und gleichsam um Entschuldigung bat. Und durch die Accession zu dem österreichisch-russischen Vertrag vom November 1804 war fast die vornehmste der gefaßten Absichten nicht erreicht worden; man gewann dadurch keine Sicherheit für das unterdeß besetzte Hannover. Genug: der ganzen Lage entsprach es, wenn Preußen den Krieg vor-

bereitete und mit einem solchen drohte; aber nicht zugleich das Schwert zog. Es ist wahr: eine unmittelbare unverzögerte Schilderhebung hätte eine große Aussicht eröffnet. Aber Hardenberg, der, wie wir sahen, für die Theilnahme am Kriege war, bemerkt doch, daß mit den damaligen Anführern und Veranstaltungen sich nichts Entscheidendes hätte erreichen lassen. Und unter den eifrigsten Gegnern Bonapartes in dem russisch-österreischen Hauptquartiere wurde die Meinung ausgesprochen, Preußen möge ja nicht unvorbereitet und allzu rasch den Krieg unternehmen: denn von dieser Macht hänge jetzt das Schicksal des Continentes ab und eine Niederlage derselben würde dem alten Zustande von Europa ein Ende machen [1]). So faßte auch der Herzog von Braunschweig die Sache auf. Graf Haugwitz war bestimmt worden, Napoleon die Vorschläge der Verbündeten, denen Preußen beitrete, vorzulegen; man erwartete, Napoleon werde auf einen Waffenstillstand, Behufs einer allgemeinen Verhandlung, eingehen. Dergestalt hielt sich die preußische Politik mit einer gewissen Folgerichtigkeit auf der Linie der Mediation, welche ausführbar erschien, da noch keine großen Kriegsentscheidungen gefallen waren. Zugleich aber verbarg man sich nicht, daß es darüber doch zu offenem Bruch mit Napoleon kommen könne. Der Herzog von Braunschweig war darauf gefaßt; aber unter allen Umständen, meinte er, müsse der Friedensbruch bis Mitte Dezember verzögert werden, weil erst bis zu dieser Zeit die nöthigen militärischen Vorkehrungen getroffen sein würden. Aus diesem Grunde gab der Herzog dem Grafen Haugwitz den Rath, den Beginn der Unterhandlungen unter

1) Brief von Gentz an Joh. v. Müller: Wien, d. 8. November in der Sammlung von Maurer-Constant I, S. 121. „Ich finde, daß wir alle sammt und sonders bei dem, was die preußischen Armeen jetzt unternehmen sollen, in einem solchen Grade interessirt sind, daß unser höchster und einziger Wunsch sein muß, es möge dort Alles nur mit Ruhe, mit Ueberlegung, mit Zeit und Klugheit geschehen: denn der Erfolg einer preußischen Unternehmung ist jetzt grade der auf immer entscheidende Punkt in dem gemeinschaftlichen Schicksal von Europa."

schicklichen Vorwänden so weit hinauszuschieben, daß sie erst um diese Zeit zu einem Resultat führen könnten: wäre dann keine Einigung zu erreichen, so sollte Haugwitz Napoleon die Aussicht blicken lassen, daß sich Preußen noch mit ihm verständigen könne. Die Stellung, die man nahm, war eine keineswegs einfache und klare. Wenn die Mediation abgelehnt wurde, so wollte man zum Kriege schreiten; aber man war dazu eigentlich noch nicht unverzüglich im Stande. Man wollte drohen, aber die Ausführung dieser Drohung mußte man noch verzögern. Man klage Niemand an; anders konnte es nach Lage der Umstände nicht sein; aber die ganze Haltung bekam dadurch von vornherein doch wieder etwas Zweifelhaftes.

Aus den Aeußerungen des Herzogs von Braunschweig dürfte man nicht schließen, daß er nicht für den Krieg gewesen wäre: er wollte nur den Ausbruch desselben so lange verzögern, bis man im Stande wäre, die Waffen mit aller Kraft zu ergreifen [1]. Der Krieg sollte erst dann unternommen werden, wenn man dazu vollständig vorbereitet sei, gleich als wäre es möglich gewesen oder als hätte es in der Willkür der verbündeten Mächte gelegen, den Zustand, wie er im Anfang des November war, zu behaupten und den Beginn eines entscheidenden Waffenganges bis zur Vollendung der preußischen Rüstungen zu verzögern. So wenig kannte man den Gegner, mit dem man es zu thun hatte. Napoleon hatte den Krieg gegen Oesterreich eröffnet, ehe es mit seinen Vorbereitungen zu Ende gekommen war: wie hätte er jetzt nicht eilen sollen, der Vollendung der preußischen Rüstung zuvorzukommen. Krieg und Politik wirkten zusammen, um ihn zur raschesten Durchführung seiner Unternehmung anzutreiben. Auf das Glücklichste gelang sie ihm.

Tirol, auf welches der Herzog von Braunschweig so viel rechnete, wurde nicht behauptet. Von dem Oberbefehlshaber der italienischen Armee, die eine rückgängige Bewegung antrat, wurde die Räumung von Tirol, wenn nicht befohlen, doch genehmigt.

1) Denkschrift des Herzogs vom 5. November.

Die Armee am Inn zog sich ohne wohl bedachten Plan zurück. Auch Wien, auf dessen Conservation der Herzog von Braunschweig gezählt hatte, fiel jetzt in die Hände der Franzosen. Wenn Oesterreich in diesem Augenblicke Vorschläge zu einem Waffenstillstande machte, so war Napoleon bereits so sehr im Vortheil, daß er dafür die weitreichendsten Bedingungen machte. Die fremden Truppen sollten nach Hause gehen, der Insurrektion, d. h. der Bewaffnung der Ungarn ein Ende gemacht, Tirol und das Venetianische den Franzosen eingeräumt werden. Wäre der Krieg lediglich ein österreichischer gewesen, so würde man an eine Unterhandlung auf diese Bedingungen haben denken können. Aber der Kampf war als ein allgemeiner der europäischen Mächte gedacht und eingeleitet worden. Wenn Kaiser Franz in einer ähnlichen Lage im Jahre 1797 bei dem Vordringen Napoleons gegen Wien sich vergeblich um russische Hülfe bemüht hatte, so war eine solche jetzt im vollen Anmarsch begriffen und bereits in der Nähe; und ein neues Vertrauen flößten ihm die Nachrichten ein, die er von dem Berliner Hofe erhielt. Er erklärte (13. November), indem er sich entschloß, den Krieg fortzusetzen: er habe nicht in die Bedingungen willigen wollen, die der Herzstoß für seine Monarchie und ein Riß in die Verhältnisse mit allen befreundeten Staaten gewesen sein würden; er rechne noch auf die unversiegten Hülfsquellen, die er in der Treue und Kraft seiner Völker finden werde, und auf die ungeschwächte Macht seiner hohen Verbündeten, des Kaisers von Rußland und des Königs von Preußen.

Versetzt man sich in den Moment, so war hiedurch der ganze Gesichtskreis verändert. Der österreichische Krieg, den Napoleon unternommen hatte, um seinen Krieg gegen England zu sichern, — jene Truppenmacht, die er am Canal versammelte, war wie ein zweischneidiges Schwert — verwandelte sich jetzt in einen allgemeinen continentalen. Jenes Manifest von Oesterreich, übrigens erfolglos, hatte doch die Wirkung, daß es die Vereinigung der drei Mächte als eine Thatsache herausstellte:

denn vor der Uebereinkunft vom 3. November hätte Kaiser Franz Preußen nie als seinen Verbündeten bezeichnen können. Und soeben setzten sich die preußischen Truppen vom Osten gegen den Westen in Bewegung. Napoleon befand sich, selbst wenn er von jener Uebereinkunft keine genaue Notiz hatte, in der Nothwendigkeit, die Verbindung Preußens mit Oesterreich und Rußland nicht zu einer vollendeten Thatsache werden zu lassen. Und auf der preußischen Seite trat ein Moment ein, der ihm hiebei entgegen kam: die Verspätung der Rüstungen machte einen Aufschub der Feindseligkeiten unvermeidlich. Wie aber dann, wenn indessen die Sache, der man sich anschließen wollte, durch neue Ereignisse in eine veränderte Lage gerieth? Wer stand dafür, daß nicht Oesterreich, indem man heranzog, nochmals geschlagen und zu einer verderblichen Abkunft genöthigt wurde? Wollte man dann den ganzen Impuls der doppelt überlegnen französischen Macht gegen Preußen heranziehen? Die Instruktion, die Graf Haugwitz für sich selber schrieb, die aber der König annahm, zeugt in den ersten Worten von diesem inneren Widerspruch. Sie lautete dahin, daß man den europäischen Frieden wiederherstellen und den Frieden für Preußen erhalten wolle. Das eine und das Andre war nicht möglich, so lange Napoleon das Uebergewicht im Felde hatte: denn dann war doch nimmermehr daran zu denken, daß er Bedingungen angenommen hätte, die ihm in den schon gefaßten Intentionen Schranken zogen.

Wenn Haugwitz nur langsam reiste, so lag sein Motiv in der erwähnten Weisung des Herzogs; er wollte nicht früher ankommen, als bis die Truppen eine für ihre Aktion geeignete Stellung genommen haben würden: denn daß Napoleon einen Stillstand, in welchem weitere Truppenbewegungen zugelassen worden wären, verweigern würde, ließ sich nicht bezweifeln. Für einen Bruch hatte der Herzog den 15. Dezember festgesetzt, weil man vorher nicht im Stande sein würde, den Krieg mit Methode und Energie zu führen. Haugwitz fürchtete eigentlich zu früh anzukommen; um den Krieg nicht sogleich ausbrechen zu lassen,

dachte er, auf Negotiationen mit Napoleon, in welchen dieser seine eigenen Vorschläge machen würde, einzugehen und das Resultat derselben dem König noch einmal persönlich vorzulegen: dann würde die von dem Herzog angegebene Zeit heranrücken. Wenn man annimmt, er habe nur eben die in Potsdam vereinbarten Vorschläge machen wollen, nach deren Verwerfung der Krieg ausgebrochen wäre, so war das von Anfang an nicht seine ernstliche Absicht. Ihm schwebte nicht allein die allgemeine Pacifikation nach den Bedingungen, die man aufgestellt hatte, vor Augen, sondern zugleich die Erhaltung des Friedens für Preußen.

Vielen Eindruck machte es auf Haugwitz, daß er auf der Reise von den bereits begonnenen Unterhandlungen Oesterreichs mit Napoleon hörte.

Nowosiltzow erschien bei ihm, um ihn zur Eile anzutreiben: er sagte ihm dann, daß Oesterreich bereits Unterhandlungen eingeleitet habe und geneigt sei, einen Frieden abzuschließen, in welchem einige Concessionen in Italien gemacht werden könnten. Haugwitz nahm daraus ab, daß jene in Potsdam verabredeten Anforderungen und Deklarationen nicht mehr statt haben könnten; und daß ihm nichts übrig bleibe, als die Vermittlung des Friedens zwischen Oesterreich und Frankreich, wenn derselbe noch nicht zu Stande gekommen sei; er glaubte wahrzunehmen, daß zwischen Oesterreich und Rußland keineswegs ein vollkommen gutes Verhältniß bestehe: die Schlacht, welche bevorstand, werde dazu führen, sie von einander zu trennen.

Von diesen Besorgnissen voreingenommen, langte Haugwitz in dem Hauptquartier Napoleons zu Brünn an. Dessen militärische Lage war keineswegs ohne strategische Gefahr für ihn. Er hatte eine überlegene russische Armee, die sich bei Olmütz zusammengezogen, gegen sich; von den österreichischen Erzherzögen rückte der eine durch Böhmen gegen ihn vor, der andere bedrohte von Ungarn her seine rechte Flanke: er mußte fürchten, daß die Preußen in seiner Linken seinem Rückzug in den Weg treten würden.

In Berlin erwartete man eine Verzögerung der Entschei-

dung, bis der Augenblick eingetreten sei, wo die preußischen Truppen herangerückt sein würden, um an dem Kriege Theil zu nehmen. Dazu zu schreiten, war man in der That sehr entschlossen.

Eine nicht geringe Bedeutung kommt den Briefen zu, die damals zwischen Alexander und dem König von Preußen gewechselt worden sind. Am 16. November gab der Kaiser Nachricht von der Situation, in der sich seine Armee befinde; er bezeichnet sie als eine kritische: denn die österreichische Armee existire nicht mehr; Napoleon sei der russischen auf den Fersen. Der staunenswürdigen Tapferkeit, welche die Russen bewiesen, zum Trotz habe doch Napoleon das Uebergewicht; er scheine ihn zu dem Aeußersten drängen zu wollen, bevor Graf Haugwitz eintreffe. Am 20. schickte der Kaiser einen seiner General-Lieutenants nach Berlin, um dem König noch genauere Auskunft über alles Vorgefallene zu geben: er werde sehen, daß die Russen nicht unwürdig seien, zur Seite der berühmten preußischen Armee zu kämpfen. Friedrich Wilhelm antwortete auf den ersten dieser Briefe am 23. November: er drückt das vollkommenste Vertrauen zu der großen Sache, die sie beide unternommen haben, aus. Er seinerseits hält an dem Plane fest, den er mit dem Kaiser verabredet habe; dieser selbst werde durch die Entfernung der preußischen Truppen bestimmt. Schon ihr Marsch werde hinreichen, den Russen eine Erleichterung zu verschaffen. Seine Hauptmacht werde sich nach Franken wenden, um in dem Moment, daß die Unterhandlungen scheitern sollten, mit dem Schwert in der Hand einzugreifen. Er versichert, daß er sich nur mit dem Kaiser, dem er zur Tapferkeit seiner Truppen Glück wünscht, und mit dem großen Gegenstand, zu dem sie sich vereinigt haben, beschäftige.

Fügen wir hinzu, daß auch Königin Louise diese großen Tendenzen theilte.

Bis zu dem Vorfall von Ansbach war sie, wie sie selbst gesagt hat, gegen Frankreich noch friedfertig gestimmt. Dieses Ereigniß aber machte sie anderen Sinnes; sie fühlte, daß dabei die Idee des unabhängigen Staates, in der sie lebte und webte, — sie sah darin

ihren Ehrgeiz für ihren Gemahl, ihre Familie und das Land, — bedroht und verletzt war: eine Rettung derselben erblickte sie nur in dem Kampfe gegen Napoleon im Verein mit den anderen großen Mächten. Alle ihre Aeußerungen athmen diesen Geist.

In einem zweiten Briefe versichert der König, daß die Unterhandlung von Haugwitz die Bewegung seiner Truppen nicht hindere; im Fall eines Unglücks stehe Schlesien den Russen offen.

Es ist kaum verständlich, daß Alexander auf diese bestimmten Versicherungen keine Rücksicht nahm. Sein vornehmstes Motiv lag darin, daß Napoleon eine Stellung so weit vorwärts genommen hatte, daß man die Hoffnung faßte, seiner Meister zu werden. Am 28. November schreibt er dem König: er habe bereits die Offensive begonnen.

Von Napoleons Seite war eine Unterhandlung eingeleitet, die zu einer Zusammenkunft mit dem Vertrauten Alexanders, Dolgorucky, führte; sie fand bei den Vorposten Statt (30. November). Dolgorucky trug dann kein Bedenken, die Bedingungen des Friedens, wie sie den verbündeten Mächten vorschwebten, anzugeben; er gedachte vor Allem der Verzichtleistung auf Italien und auf Belgien. Im Gespräch kam überdies die Forderung vor, daß Napoleon Wien und das Donauufer räumen solle. Die Anwesenden fanden die Haltung Dolgoruckys bei diesem Zwiegespräch stolz und insolent, die Napoleons gereizt. Napoleon sah in den Anforderungen einen Insult. Er forderte Dolgorucky auf, sich so geschwind wie möglich zu entfernen; man hörte ihn sagen: „Italien? Bin ich denn besiegt? In achtundvierzig Stunden werde ich ihnen eine Lektion geben, an die sie denken sollen [1]."

Unter diesen Umständen traf Graf Haugwitz in Brünn ein. Er gehörte nicht zu denen, die den Krieg wünschten; die Zurücksetzung, die er von Alexander erfahren, war nicht ohne Einfluß auf seine Stimmung geblieben. Er hatte nur immer in dem System der Neutralität und den mit derselben verbundenen Schwankungen gelebt: die großen Ideen, die den Traktat vom

1) Segur, Histoire et Mémoires II, S. 449.

3. November eingegeben hatten, waren ihm fremd geblieben. Er hielt es von vornherein für unmöglich, damit durchzudringen. In der Audienz, die er bei Napoleon hatte, ließ er es nun sein Bemühen sein, keinen offenen Bruch mit demselben zu veranlassen[1].

Napoleon schien vorauszusehen, daß der preußische Staatsmann widerwärtige Bedingungen vorlegen und ihn durch die Drohung der Waffengewalt zur Annahme derselben zwingen wolle.

Haugwitz, der nochmals von den Verhandlungen Oesterreichs mit Napoleon gehört hatte, hielt es für das Nothwendigste, einer Wendung der französischen Kriegsmacht gegen Preußen zuvorzukommen; er meinte in dem Sinne des Königs zu handeln, wenn er nur von der Mediation zwischen den kriegführenden Mächten sprach, die derselbe übernommen habe. Napoleon machte die Einwendung, daß ja Preußen schon im Bunde mit den andern Mächten stehe, und also keine Mediation übernehmen könne; er hatte sein Augenmerk auf Holland gerichtet und ließ den König auffordern, nicht zuzugeben, daß es von Norddeutschland her angegriffen werde. Haugwitz wurde veranlaßt, die Verhandlung nach Wien zu verlegen, wohin er sich begab.

Die Armeen standen einander zu nahe, als daß sich eine Schlacht hätte vermeiden lassen. Erwägt man, daß Napoleon die See verloren hatte und in seiner Stellung auf dem Continent durch die drei großen Mächte bedroht wurde, so erkennt man die Bedeutung der Schlacht, welche nun erfolgte. Es ist die Bataille von Austerlitz, eine der großen Schlachten, welche das Schicksal der Welt verändert haben: sie zerstörte die werdende Coalition und befestigte die Uebermacht Napoleons auf dem Continent. Der Gedanke des Gegensatzes der drei großen Mächte gegen den französischen Kaiser, welcher am 3. November gefaßt worden war, wurde durch den Sieg unausführbar; durch die Niederlage von Rußland und Oesterreich wurde Preußen zugleich mitbetroffen.

1) Ah, sagte Napoleon, man spricht mir immer von dem alten Grafen Haugwitz, aber ich sehe, Sie sind noch ein junger Mann.

In Berlin hatten die Meldungen des Grafen Haugwitz von Brünn einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgebracht: die Anmuthungen Napoleons, daß ihn Preußen gegen einen Angriff auf Holland sicher stellen solle, wogegen er dessen Mediation annehmen werde, erschienen fast als eine Insolenz, weil er gegen eine Zusage, welche die Alliirten auf der Seite gelähmt hätte, wo er nicht der Stärkere war, doch keinen allgemeinen Waffenstillstand angeboten habe. Einen gewissen Eindruck hat die Nachricht von den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich auch in Berlin gemacht; man meinte jedoch: Oesterreich werde im Ganzen festhalten und nur, auf einen Artikel des Traktats gestützt, in Bezug auf die Ausdehnung der an Napoleon zu machenden Forderungen nachzugeben geneigt sein. Die Meinung war, daß Haugwitz dann von Rußland und Oesterreich zugleich Instruktion erhalten müsse, wie weit auch er gehen könne. Hierauf trafen die ersten Nachrichten von der Schlacht ein, die jedoch noch zu verworren und zu wenig authentisch waren, als daß man darüber von dem einmal eingeschlagenen methodischen Gange hätte abweichen wollen.

In einer Conferenz vom 9. Dezember ging ein Gutachten des Grafen von Schulenburg ein, welcher auf das Dringendste anrieth, an dem Traktat vom 3. November festzuhalten: der Traktat sei einmal geschlossen und trete nunmehr in Kraft, vier Wochen nach der Abreise von Haugwitz; die Verhandlung von Haugwitz laufe demselben entgegen; der König sei verpflichtet, unverzüglich mit 180,000 Mann im Felde zu erscheinen; man müsse verfahren, als ob Mähren und Böhmen preußische Provinzen, die combinirten Armeen preußische Armeen seien; ein zweifelhaftes Verhalten würde alle Mächte gegen Preußen aufregen und den Kaiser Napoleon keineswegs gewinnen; derselbe werde den Traktat, den er ohne Zweifel kenne, dem preußischen Staate nicht vergeben, sobald er nur hinreichende Kriegskräfte habe, um sie gegen Preußen ins Feld zu stellen; wollte er aber auch das Land mit einem Krieg verschonen, so würde es doch

einer unbedingten Dependenz verfallen: denn alle Nachbarn würden sich an Frankreich schließen; sollte dann die Arroganz nicht mehr auszustehen sein, so würde Preußen es allein mit Frankreich zu thun haben.

Die Vorschläge Schulenburgs waren in diesem Augenblick vielleicht schon unausführbar; aber er faßte die großen Fragen, wie sie vorlagen und sich vorbereiteten, mit treffendem Geiste.

Doch wurden in der Conferenz auch andere Stimmen laut, die in dem Festhalten an dem Vertrag vom 3. November den Ruin Preußens erblickten und die schleunigste Abkunft mit Napoleon anriethen. In diesem Sinne sprach sich besonders Massenbach aus, der als Stellvertreter des Fürsten Hohenlohe der Conferenz beiwohnte, der sehr antirussisch gesinnt war und immer nur Frieden mit Frankreich im Munde führte.

Der Beschluß war: an dem Vertrag festzuhalten, aber über die Operationen mit den beiden Verbündeten Uebereinkunft zu treffen. In diesem Sinne schrieb der König an Kaiser Alexander. Er machte denselben aufmerksam, daß durch den Gang der Ereignisse eine successive Veränderung in der Bestimmung über die Bewegung der preußischen Truppen nothwendig geworden sei. Er schickte ihm seinen General-Quartiermeister Phull, um über einen Operationsplan der drei Mächte Verabredung zu treffen.

Erst hierauf bekam man in Berlin eine ausführliche Nachricht über die Schlacht durch den Fürsten Dolgorucky und den Bruder des Kaiser Alexander. In dem Briefe Alexanders kömmt die Andeutung vor, daß Alles dem üblen Willen von Oesterreich zuzuschreiben sei: der Kaiser beklagte sich über eine Behandlung, die er nie erwartet hätte. Auch ein österreichischer General traf ein, Stutterheim, der hinwider alle Schuld auf Alexander und die Russen warf. Man hatte russischerseits angekündigt, er werde die preußische Verwendung nachsuchen, um Napoleon zu besseren Bedingungen für Oesterreich zu bringen. Doch hat er sich dann wenigstens nicht im Namen seines Hofes aussprechen wollen. Die Ereignisse reichten hin, Preußen auf seine eigne Gefahr auf-

merksam zu machen, die vor Allem darin bestand, daß Napoleon Hannover zurücknehmen und damit der Neutralität ein Ende machen werde. Hierüber ist zwischen Rußland und Preußen weiter unterhandelt worden. Kaiser Alexander genehmigte, daß seine beiden in der Nähe befindlichen Armeen von den Befehlen des Königs von Preußen abhängen sollten. Ueberhaupt aber war das System mit einem Male verändert. Die Bewegungen der preußischen Truppen wurden sistirt. Wenn man jene Anmuthung einer Garantie Hollands gegen feindliche Einfälle früher mit Indignation zurückgewiesen hatte, so war man jetzt geneigt, darauf einzugehen. Am 21. Dezember legte der russische Gesandte dem Minister Hardenberg die Frage vor: ob der König einer Reoccupation Hannovers durch die Franzosen sich widersetzen werde, selbst mit offner Gewalt. Hardenberg antwortete: der König sei dazu entschlossen; er werde den Franzosen den Weg dahin verlegen, zumal da er sehe, wie viel dem Kaiser an der Erhaltung des Friedens in Norddeutschland liege; um die Ruhe von Europa zu erhalten, sei das Beste, daß ein jeder ruhig bleibe und sich selbst in Vertheidigungszustand setze. Alopäus erwiderte hierauf: das sei auch die Absicht des Kaisers; wenn er darauf gerechnet habe, daß Napoleon in Folge seiner ihm selbst durch Savary gemachten und dann dem Fürsten Liechtenstein wiederholten Versicherungen Oesterreich einen erträglichen Frieden bewilligen werde, so zeige sich jetzt, daß er Oesterreich aus der Reihe der unabhängigen Staaten streichen möchte; man dürfe nicht zugeben, daß er das Werk einer allgemeinen Unterjochung, mit dem er umgehe, zur Vollendung bringe; noch könne sich vieles ändern; besonders wenn man darauf rechnen dürfe, daß Preußen an dem Vertrag vom 3. November festzuhalten entschlossen sei. Hardenberg gestand zu: daß die Erniedrigung von Oesterreich ein allgemeines Unglück wäre; aber diese Monarchie sei bereits in einer so unglücklichen Lage, daß es unmöglich sein werde, sie zu retten; wolle der König nicht die Ruhe seines Volkes und zugleich die Unabhängigkeit des

nördlichen Deutschlands aufs Spiel setzen, so dürfe er die französischen Truppen nicht gegen sich selber heranziehen. Ein Angriff auf Holland sei unausführbar, zumal da die englischen Truppen in Hannover nicht mobil seien, und der König von Schweden beständig Schwierigkeiten mache. Auf Beihülfe der russischen Truppen könne man bei der weiten Entfernung nicht zählen; ein schwacher Verbündeter sei eher eine Last; und vor Allem, Stutterheim habe sogar von der Möglichkeit einer Verbindung Oesterreichs mit Frankreich geredet. Alopäus fragte hierauf: ob in dem Fall, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich abgebrochen würden, der König geneigt sei, gemäß der Bestimmung des Traktats vom 3. November den Casus Föderis anzuerkennen. Hardenberg antwortete: der König werde von der Allianz mit Rußland keinen Schritt breit abweichen; aber der Vertrag vom 3. November, der nur eventuell gewesen sei, bedürfe nach Allem, was vorgefallen der allergrößten Modifikationen.

Darin liegt doch, daß jener Vertrag, von welchem eine Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts erwartet worden war, als vernichtet betrachtet werden müsse, nachdem durch den Feldzug alle Erwartungen getäuscht waren. Die Gesichtspunkte Hardenbergs concentrirten sich auf die Behauptung der Unabhängigkeit von Norddeutschland. Und im Widerspruch mit der angenommenen Politik war es nicht, wenn Hardenberg dem Lord Harrowby erklärte, das Eindringen der Franzosen in Hannover werde als eine Feindseligkeit betrachtet werden.

Wenngleich in den Aufzeichnungen Hardenbergs[1]) nicht deutlich davon die Rede ist: so ergiebt sich doch aus den Urkunden, die

1) Man bemerkt an dieser Stelle einen Widerspruch der Erzählung Hardenbergs mit den urkundlichen Aufzeichnungen, die er selbst seinen Denkwürdigkeiten beifügte. Nach der ersten sollte es scheinen, als hätte er an der Nothwendigkeit, den Traktat vom 3. November auszuführen, unerschütterlich festgehalten: eine solche wäre ihm sogar thunlich vorgekommen, nachdem die beiden russischen Corps unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt worden waren. Nach den Mittheilungen dagegen, die der russische Gesandte

er mittheilt, daß die preußische Politik mit vollem Bewußtsein von den Verpflichtungen abstrahirte, die sie durch den Vertrag vom 3. November übernommen hatte. Es wäre fast gegen Sinn und Vernunft gewesen, nach der erlittenen Niederlage von Oesterreich im Augenblicke, da dies nur nach einer Pacifikation mit Frankreich trachtete, für dasselbe die Waffen zu ergreifen, — nur ungenügend gerüstet, die Macht eines siegreichen Anführers gegen sich selber aufzurufen. Diese Idee gab man unter der Mitwirkung Hardenbergs auf. Man wollte an dem Schicksal Oesterreichs keinen weiteren Antheil nehmen; Norddeutschland sichern, Hannover gegen eine Reoccupation Frankreichs in Schutz nehmen, im Einverständniß mit Rußland und selbst mit England: das System des isolirten Staates und der norddeutschen Unabhängigkeit wollte man dabei festhalten. Eine hievon sehr verschiedene Richtung schlug indeß Graf Haugwitz bei den Unterhandlungen in Wien ein.

Er wurde von der Idee der Unbesiegbarkeit Napoleons unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse doppelt betroffen: besonders wirkte auf ihn, daß Oesterreich sich zum Nachtheil Preußens mit Frankreich pacificiren zu wollen schien. Daß Oesterreich seine bisherige Stellung nicht werde behaupten können, ward schon in

an seinen Hof gelangen ließ und deren Wahrhaftigkeit er selbst, — denn sie wurden ihm vorgelegt, ehe sie abgingen —, bestätigt, ist er es selbst gewesen, der die Unausführbarkeit des Traktates ausgesprochen hat, und zwar auf den Grund, daß von den russischen Corps das eine zu schwach sei und das andere zu entfernt. Die Erklärungen sind sehr wichtig und treffen den Kern der Sache. Später bei der Abfassung der Denkwürdigkeiten war dieser Vorgang dem Autor entschwunden. Er schrieb nun unter dem Eindruck, daß man energischer hätte handeln sollen und sucht den Fehler, der auch sein eigener war, nur in Andern.

Fern muß es sein, ihm eine bewußte Unwahrhaftigkeit Schuld zu geben. Aber er war so sehr von seiner Erinnerung durchdrungen, daß er die Urkunden, die er beifügte, nicht einmal wieder las, überzeugt davon, daß sie mit dem, was ihm vorschwebte, übereinstimmen müßten. Seine Aufzeichnungen können nicht für eigentlich historisch gelten; sie sind mehr Entschuldigung. Die Urkunden, die er beifügt, sind unschätzbar; aus denen ersieht man den wahren Gang der Dinge.

Berlin nicht hoch genug angeschlagen. Ich meine: man zog nicht genug in Betracht, daß, wenn Oesterreich seine Positionen an der Donau verliere, Napoleon Meister von Süddeutschland werden und Preußen sich schwerlich lange gegen ihn behaupten würde. Für Haugwitz existirte eine solche Betrachtungsweise nicht: er war nur besorgt, daß Frankreich allein oder selbst mit Oesterreich verbündet auf Preußen stürzen werde. Die Mediationsstellung, die er ursprünglich wirklich einnehmen zu wollen geschienen hatte, ließ er fallen: wie er dem österreichischen Gesandten Stadion, so maß dieser ihm die Schuld der Erfolglosigkeit aller Mediationsversuche bei.

Fünfzehntes Capitel.

Unterhandlungen zu Schönbrunn und Paris.

Napoleon hatte eine große Schlacht gewonnen. Der deutsche Kaiser erschien in seinem Bivouak, um ihn um Frieden zu bitten. Wie Napoleon nach dieser Zusammenkunft seine Situation ansah, zeigt seine Aeußerung: der Friede sei geschlossen, man könne nach Paris zurückkehren; aber er werde auch fortan genöthigt sein, 400,000 Mann im Felde zu halten[1]): denn er wußte wohl, daß er mit diesem Einem Schlage die ihm gegenüberstehenden feindseligen Elemente keineswegs gedämpft habe. Die Russen zogen sich aus dem Kampfe zurück; aber sie gaben ihn nicht auf. Eine Idee ist aufgetaucht, Oesterreich anderwärts zu beschränken, aber dafür mit Moldau und Walachei auszustatten. Und gewiß hätte man damit Oesterreich und Rußland auf immer von einander getrennt. Allein welches Mittel gab es, um die Türken zur Abtretung dieser Fürstenthümer zu vermögen? Sie würden sich wahrscheinlich ganz in die Arme von Rußland geworfen haben. Napoleon hielt an dem Gedanken fest, den die alte Regierung in ihrer besten Epoche entwickelt und die Revolution aufgenommen hatte, der dahin ging: die Macht von Oesterreich in Deutschland sowie in Italien möglichst einzuschränken. In Deutschland setzte er nun diesem Hause in seinen Verbündeten, Baiern, Würtemberg,

1) Segur, Histoire et Mémoires II, 480.

Baden, die er aus den Spolien desselben verstärkte, Gegner zur Seite, auf deren Treue er rechnen konnte, und die den Einfluß Oesterreichs auf ein sehr geringes Maß herabbrachten. Aus Italien wollte er das Haus Oesterreich vollends entfernen; er nahm gleichsam den Kampf des Hauses Valois gegen Burgund in Italien auf. Den Oesterreichern entriß er die ihnen überlassenen venetianischen Landschaften; den Bourbonen, die unter dem Schutze Oesterreichs standen, Neapel. In erster Linie fiel dann seine Aufmerksamkeit auf die Haltung des preußischen Staates. Mit seinen die Welt umfassenden Entwürfen beschäftigt und in ihrer Ausführung begriffen, begab er sich nun nach Wien, wo Haugwitz seiner wartete.

Ursprünglich hielt Haugwitz an der Idee der Mediation, nicht zwar in dem allumfassenden Sinne fest, aber an der Pacifikation zwischen Oesterreich und Frankreich. Allein diese wurde ohne alles Zuthun von Preußen in Gang gesetzt, und in Haugwitz regte sich sogar die Besorgniß, daß sie in einem dem preußischen Interesse entgegengesetzten Sinne erfolgen würde.

Soweit war es schon, als Napoleon nach Wien kam und Haugwitz am 13. Dezember seine erste Audienz hatte. Napoleon beschwerte sich, anscheinend mit zurückgehaltener Entrüstung, daß der König von Preußen, der ihn durch sein früheres Verhalten verpflichtet habe, jetzt mit seinen Feinden einen Vertrag eingegangen sei, kraft dessen er 180,000 Mann ins Feld gestellt, die von ihm abhängigen Fürsten und wo möglich ganz Europa in offenen Kampf gegen ihn fortgerissen haben würde. Dem Grafen Haugwitz machte er einen Vorwurf darüber, daß er diesen Vertrag unterschrieben habe. Haugwitz suchte denselben in dem günstigsten Lichte als einen Beweis der Friedensliebe von Preußen darzustellen. Napoleon kam auf seine Streitigkeiten mit Oesterreich zu sprechen. Mit den Friedensschlüssen von Campo Formio und Lüneville habe es zufrieden sein können; jetzt habe er ihm eine Lektion gegeben, die es nicht vergessen werde; es habe den Mincio gewollt, es werde jetzt seine italienischen Provinzen ver-

lieren; auch Tirol und seine schwäbischen Besitzungen könne es nicht behalten. Der König von Preußen habe ihm durch den Traktat vom 3. November den Krieg erklärt. „Man beschwert sich, sagte Napoleon, darüber, daß meine Truppen durch das Gebiet von Ansbach passirt sind. Ich habe darin Unrecht gethan; der Tadel darüber fällt auf mich allein: denn ich habe diesen Marsch anbefohlen. Ich rechnete dabei auf die Freundschaft von Preußen und die früher getroffenen Stipulationen. Wenn der Irrthum, den ich begangen habe, den Krieg veranlaßt, so muß ich, von meinen Truppen umgeben wie ich bin, und stark durch die Hingebung meines Volkes, erklären, daß ich denselben nicht fürchte. Ich unterscheide die preußischen Truppen wohl von denen, die ich geschlagen habe; ich weiß, sie haben einige gute Generäle, viele ausgezeichnete Offiziere. Der König wird sich ebenso an die Spitze seines Heeres stellen, wie ich es thue. Wir werden dann sehen; bis hieher ist mir das Glück noch immer günstig gewesen." Napoleon ging im Zimmer auf und ab; Haugwitz erwartete entlassen zu werden. „Graf Haugwitz", sagte endlich Napoleon, „Preußen hat mir den Handschuh hingeworfen; ich muß ihn aufheben. Sein Verhalten gegen meinen Gesandten hat mich in den Augen meiner Nation herabgewürdigt. Mein Herz ist verwundet; aber mein Kopf setzt sich dem entgegen. Ich frage, wohin ein Bruch mit Preußen führen könne. Preußen und Frankreich sind zu gegenseitiger Freundschaft gemacht." Den Nachmittag wurde Haugwitz aufs Neue zum Kaiser beschieden. „Diesen Morgen", sagte Napoleon, „war ich der Meinung, daß der Krieg zwischen Preußen und Frankreich unvermeidlich sei; jetzt aber trage ich euch einen Vertrag an, der euch trefflich zu Statten kommen wird. Ich werde ein Unterpfand der Freundschaft des Königs gewinnen; unsere Freundschaft wird auf immer befestigt sein." Der Antrag des Kaiser Franz sei, daß man ihn durch die Ueberlassung von Salzburg, das jetzt sein Bruder inne habe, für die erlittenen Verluste einigermaßen entschädige; diesen aber durch Einräumung von Hannover. Er zeigte dem Grafen ein Schreiben

von Talleyrand, der sich dieser Abkunft zuzuneigen schien. „Aber", sagte Napoleon, „das sind ministerielle Ideen, nicht die meinen. Ich habe die Wahl zwischen der Allianz mit Rußland, Oesterreich und Preußen. Mit einer Macht, die ich eben niedergeworfen habe, mich zu verbinden widersteht mir. Auch muß ich, um meinen deutschen Verbündeten zu genügen, ihr noch neue Beschränkungen auferlegen; überdies aber: diese Allianz ist nicht im Geschmack meiner Nation. Mit Rußland werde ich mich nicht sogleich, aber in ein paar Jahren verbinden können: es ist vielleicht die Allianz, die mir am meisten convenirt." Haugwitz ergriff den Augenblick, um die Vortheile in Erinnerung zu bringen, welche eine Allianz zwischen Frankreich, Rußland und Preußen darbieten werde. Napoleon machte bemerklich, daß das zwar in seinem Sinne wäre, aber lange Unterhandlungen erfordern würde: jetzt stehe er mit seiner Armee der preußischen gegenüber; ein Zustand, dem er ein Ende machen müsse. Er wolle sich mit Preußen in ein Verhältniß setzen, das ihm auf lange Zeit den Frieden des Continents garantire. Ohne diese Garantie werde er seine Truppen nicht an die Küsten des Oceans zurückführen; er werde seine Eroberungen behaupten, sich wieder in Besitz von Hannover setzen, seine Truppen im deutschen Reiche und in Holland stehen lassen. Der König von Preußen werde zu einer ähnlichen Haltung gezwungen sein, wäre es auch nur, um seine Staaten zu decken. Aber dabei werde man gegenseitig seine Finanzen ruiniren; ein solcher Zustand laufe auch dem Charakter des französischen Soldaten entgegen; er würde zuletzt doch zum Kriege führen. Um alledem zuvorzukommen schlug er eine Convention vor, durch welche das gute Vernehmen zwischen Preußen und Frankreich wiederhergestellt werden könne. Haugwitz versichert: bei der Lage, in der die Dinge waren, habe er gefürchtet, eine Verrätherei zu begehen, wenn er auf den Antrag nicht einginge; es stehe immer bei dem König, zwischen der Ratifikation dieser Convention und dem Krieg zu wählen; fürs Erste habe Napoleon versprochen, alle Feindseligkeiten gegen die preußischen Truppen zu vermeiden.

So weit Haugwitz in seinem Bericht an den König. In den später aufgezeichneten Erinnerungen gedenkt er noch folgender Scene. Er hatte seine Audienz bei dem Kaiser zu Schönbrunn in einem Kabinet Maria Theresias unter ihrem Bilde. Napoleon beschäftigte sich damit, auf der Karte von Oesterreich, die auf einem Tisch ausgebreitet lag, die Stellungen der Armee, die mit Nadeln bezeichnet waren, nach den eingehenden Rapporten zu berichtigen. Haugwitz besah sich einen Augenblick die Karte, wich aber ehrerbietig zurück, als Napoleon wieder eintrat. „Sollten wir nicht", sagte Napoleon, „das Werk des großen Friedrich vollenden. Es fehlt euch noch ein Stück von Schlesien. Geht euer Begehren dahin es zu besitzen, jetzt wäre der Augenblick dazu gekommen." Haugwitz machte einige Bemerkungen über die uneigennützige Denkungsart des Königs, seines Herren. „Aber Sie sind der Minister", sagte ihm Napoleon. „Ihre Pflicht ist den Augenblick zu ergreifen, der vielleicht niemals wiederkehrt." Doch behauptet Haugwitz, Napoleon habe den Plan studirt, den Loudon gemacht habe, um in Schlesien einzudringen [1]).

Wie es sich auch mit diesen Partikularitäten verhalten mag, die Gesichtspunkte der mit einander paciscirenden Parteien liegen offen zu Tage. Haugwitz wollte Preußen vor den Feindseligkeiten der französischen Heere sicher stellen, und die preußische Macht möglichst vermehren; Napoleon wollte sich der Beunruhigungen, die ihm von Preußen her drohen konnten, entledigen und mit der Zustimmung Preußens die Position, die er einnahm, be=

1) Nach der Erzählung Bignon's Histoire de France V, 14 machte Napoleon in der Audienz vom 13. Dezember dem preußischen Minister heftige Vorwürfe über die Perfidie von Preußen. Er sagte: er würde berechtigt sein, mit Oesterreich abzuschließen; Schlesien, dessen Plätze schlecht bewacht seien, zu überziehen; das preußische Polen zum Aufstand anzutreiben und sich für den bösen Willen Preußens an ihm zu rächen. Aber, so läßt Bignon ihn weiter fortfahren, ein Fürst müsse zuweilen das ihm geschehene Unrecht vergessen; so wolle er auch Preußen seine vorübergehende Abirrung verzeihen, unter der Bedingung jedoch, daß es sich jetzt unauflöslich mit Frankreich vereine. So die französische Tradition. Die in dem Schreiben des Grafen Haugwitz mitgetheilten Notizen sind unzweifelhaft zuverlässiger.

festigen. Der Traktat enthält gleichsam ein Programm für seine Politik in Deutschland, Italien und Europa überhaupt. Die Fälle werden bestimmt, in welchen die beiden Mächte mit einander selbst für den Fall eines Krieges verbunden sein wollen. Es sind folgende vier: die Erhaltung der Integrität und Unabhängigkeit der Türkei; Garantie der preußischen Staaten, ihre durch den gegenwärtigen Vertrag zu stipulirende Vergrößerung eingeschlossen; ebenso der Staaten von Frankreich mit allen Vergrößerungen, die es in Italien erlangen könnte; nicht minder des Bestandes von Baiern, wie derselbe noch in dem Vertrage festgesetzt werden würde.

Von der Türkei und Italien ist im Vertrag nicht weiter die Rede; er bezieht sich fast ausschließlich auf die in Deutschland zu treffenden Einrichtungen. Vor Allem wird Preußen von den Landen des Königs von Großbritannien in Deutschland Besitz ergreifen und sie in voller Souveränetät behalten, jedoch deshalb keine neue Stimme in dem Kurfürstencollegium in Anspruch nehmen. Dem Kurfürsten von Baiern wird der Königstitel und eine sehr beträchtliche Erweiterung garantirt: nicht allein Tirol und andere bisher österreichische Besitzungen, sondern auch die Markgrafschaft Ansbach. Der Gedanke, der schon bei der Territorialveränderung in Deutschland obgewaltet, Baiern in Oberdeutschland eine dominirende, jedoch zugleich von Frankreich abhängige Stellung zu verschaffen, tritt hier vollkommen zu Tage. Der alte Gegensatz zwischen Baiern und dem Hause Brandenburg, der in früheren Jahrhunderten Franken mit Fehde erfüllt hatte, wurde vollkommen zu Gunsten Baierns entschieden. Brandenburg-Preußen sollte eine Provinz, an der ihm unendlich viel gelegen war, verlieren. Und so hoch wurde der Vortheil, den Preußen durch die Erwerbung von Hannover erlange, angeschlagen, daß es dagegen noch zu zwei anderen Abtretungen verpflichtet wurde: zur Verzichtleistung auf Neuchatel und auf Cleve; das letztere sollte einem Reichsfürsten zu Theil werden: denn die Idee des Reiches in einer formellen Unabhängigkeit von Frankreich wurde noch immer fest=

gehalten. Auch Würtemberg und Baden sollen die ihnen von Alters angehörigen und die ihnen jetzt zugesprochenen Staaten in voller Souveränetät besitzen, wie Preußen und Oesterreich die ihren. Preußen genehmigt die Verluste, welche Oesterreich in Folge dieser Gebietsabgrenzungen erleidet, auch den der venetianischen Provinzen, die an Napoleon fallen[1]).

Ein neues Deutschland steigt hier vor unseren Augen auf: volle Souveränetät der deutschen Reichsfürsten im Süden des Reiches, von welchem Preußen möglichst ausgeschlossen wird; im Norden dagegen Verstärkung Preußens durch die Abtretung von Hannover; das deutsche Kaiserthum besteht noch dem Namen nach, aber ohne alle Macht: dem deutschen Kaiser wird auch das Recht entzogen, in Deutschland zu rekrutiren. Frankreich gelangt zu einer überwiegenden Autorität in Oberdeutschland durch die Veränderung selbst, die es durchgeführt hat. So stark Preußen zu werden scheint, so ist es doch an Frankreich gefesselt, selbst in den Angelegenheiten von Südeuropa, isolirt von seinen bisherigen Verbündeten. Haugwitz sah in jener Uebereinkunft vom 3. November eine Beleidigung Napoleons, für welche dieser Rache nehmen werde; er glaubte viel zu erreichen, wenn er seinen König, nachdem dessen Verbündete besiegt worden waren, gegen die französischen Feindseligkeiten, denen man sonst ebenfalls unterliegen würde, sicher stelle. Aber er fühlte wohl, welche unerwartete Wendung der Dinge der neue Vertrag mit alle den Zugeständnissen, die er sich hatte abgewinnen lassen, enthielt. Er sagte: er könne denselben weder einem andern Organ, noch auch der Feder anvertrauen; er müsse ihn selbst nach Berlin überbringen.

Am 25. December 1805 kam Haugwitz nach Berlin zurück und legte seinen Vertrag dem König vor. Er behauptete: der Ehre von Preußen sei durch die entschuldigende Erklärung Napoleons über den Marsch durch das Ansbachsche vollkommen Genüge geschehen. Bei dem von ihm angenommenen Vertrage bleibe die Un=

1) Der Schönbrunner Vertrag vom 15. Dezember 1805 ist mitgetheilt bei De Clercq Recueil des traités de la France II. S. 143.

abhängigkeit des Staates unversehrt; Preußen unterhandle als eine vollkommen ebenbürtige Macht mit der französischen. Seine Streitkräfte seien unvermindert; wenn es zur Ausführung des Traktates komme, werde auch Preußen ein Wort mit zu sprechen haben; Rußland werde zufrieden sein, wenn man dem Fortschritt der napoleonischen Macht in Norddeutschland eine Schranke setze.

Die Meinung, die er in Berlin fand, war nun keineswegs eine entgegenkommende. Man hat viel von der allgemeinen Indignation gesprochen, auf welche Haugwitz mit seinen Entwürfen gestoßen sei. Ganz so verhält es sich wohl eigentlich nicht. Man empfand es als eine Schmach, daß, nachdem eine Allianz mit Rußland und Oesterreich geschlossen, und eine Unterhandlung mit England ernstlich eingeleitet worden sei, immer unter lebhaften Manifestationen gegen die Usurpationen Bonaparte's, man sich jetzt den Unternehmungen desselben zur Unterjochung von Europa beigeselle: es scheine beinahe, wie Würtemberg oder Baden. So drückte sich selbst Hardenberg aus. Aber er war doch darum nicht gemeint, die Schönbrunner Abkunft vollkommen zu verwerfen, oder auf die Zusagen vom 3. November zurückzukommen. Er bemerkte: gegen Oesterreich habe man keine Pflichten; es habe sich der Defektion schuldig gemacht; ebensowenig gegen England, da noch kein Vertrag mit dieser Macht zu Stande gekommen sei. Nur Rußland verdiene Rücksicht, welches in diesem Augenblick dem König Unterstützung versprochen habe und gewähre.

Das Verhältniß zu Rußland würde nun zu der Politik geführt haben, die bereits mit Alopäus besprochen worden war. Man würde dabei beharrt sein, Napoleon den Eintritt in Hannover zu versagen[1]), weil dadurch die Ruhe von Norddeutschland gestört werde; mit der Erklärung, daß das Schicksal von Hannover erst im künftigen Frieden entschieden werden könne, und daß man bis dahin sich neutral verhalten wolle. Offenbar würde eine solche Haltung am meisten der früher beobachteten entsprochen haben.

1) Que le retour des troupes françaises dans le pays de Hanovre est inadmissible.

Hardenberg brachte sie zur Sprache, rieth aber nicht, auf derselben zu beharren: denn Graf Haugwitz versichere, Napoleon werde nimmermehr darauf eingehen. Sich aber deshalb einem Krieg auszusetzen, hielt auch Hardenberg für höchst bedenklich. Denn die französische Armee werde von einem durch die Siege geschwellten Selbstgefühl beseelt; sie werde von jungen Generalen geführt, die noch ihr Glück machen wollen. Der Kaiser sei selbst der größte Strateg der Welt. Die preußische Armee, wie sie sei, könne sich nur mit eminenter Gefahr widersetzen. Noch einen andern Beweggrund zur Annäherung an Frankreich hatte Hardenberg. Durch die bloße Neutralität, sagt er, werde Napoleon in den Stand gesetzt werden, sich den Weg zur Universalmonarchie zu bahnen und zunächst Deutschland eine neue Verfassung vorzuschreiben, gestützt auf die Verbündeten, die sich ihm angeschlossen haben. Er kehrte die Gesichtspunkte hervor, die er bei den Discussionen mit Laforest und Duroc geäußert hatte: denn auch Napoleon biete eben die Bedingungen an, welche er damals vorgeschlagen, die er aber jetzt sehr erschwere; er fordere z. B. Neuchatel, Cleve, Ansbach. Ueber Neuchatel, das zu einer Dotation bestimmt sein werde, geht Hardenberg leicht hinweg Cleve könnte an den Herzog von Braunschweig kommen, wenn er es begehre; den meisten Anstoß nimmt er an der Abtretung von Ansbach, nachdem Napoleon die Grenzen dieses Landes eigenmächtig überschritten und dadurch die preußische Unabhängigkeit mißachtet habe. In Folge dieser verschiedenen Erwägungen schlägt Hardenberg die Annahme des Schönbrunner Vertrages vor, jedoch mit den erforderlichen Modifikationen. Auch andere Absichten, mit denen er früher die Allianz mit Frankreich empfohlen hatte, hält er fest. Einer Vergrößerung, sagt er, bedürfe Preußen; es würde sonst in seinem Verhältniß zu den europäischen Mächten in Nachtheil gerathen; er vertraut, Preußen werde zu einer Stärke gedeihen, die ihm seine Unabhängigkeit sichre und es in den Stand setze, sich den Colossen, die es sonst zu erdrücken drohen, kräftig entgegenzusetzen und sich gegen den Einen so lange

mit Erfolg zu vertheidigen, bis der Andre zu Hülfe herbeigezogen werden könne. Napoleon gegenüber müsse man, auch wenn man sich mit ihm verbinde, den Zweck im Auge behalten, Beschützer des noch nicht unterjochten Theils von Europa zu werden, eben deshalb aber in den Besitz einer dazu hinreichenden Macht zu gelangen trachten.

Auch Schulenburg und der Herzog von Braunschweig waren vom König zu gutachtlichen Aeußerungen aufgefordert. Schulenburg machte besonders darauf aufmerksam, daß die Annahme der Allianz den König verpflichten werde, an dem Krieg gegen England und Rußland Theil zu nehmen. Jede Besitzergreifung von Hannover, ohne die ausdrückliche Bezeichnung desselben als eines geheiligten Depositums, enthalte eine Feindseligkeit gegen England; Napoleon werde sich ihrer sogar bedienen können, um sich mit dem König von England zu versöhnen. Wenn Schulenburg dergestalt im Grunde gegen jede Annahme von Hannover war, so erklärte sich der Herzog von Braunschweig dafür. In dem unglückseligen Zustand, in welchen Preußen durch den Mangel an Klugheit und Folgerichtigkeit in der Führung der russisch-österreichischen Angelegenheiten gebracht sei, glaubte er keinen anderen Ausweg zu sehen. Das Gehässige falle durch die Betrachtung weg, daß Hannover sonst in die Hände eines Erzherzogs von Oesterreich fallen werde. Die Besorgniß einer Verbindung zwischen Frankreich und Oesterreich beherrschte auch ihn. Trete nun aber Preußen in Verbindung mit Frankreich, so müsse es sich doch durch besondre Bedingungen sicher stellen, daß es nicht mit Rußland zu brechen habe: Napoleon kenne ja die alten Beziehungen Preußens zu Rußland und werde vielleicht eine Verbindung mit Rußland ebenso wie mit Preußen wünschen.

Wenn nun dergestalt die Absicht dahin ging, den Traktat vom 15. December anzunehmen, aber doch vermieden werden sollte, sich darüber mit Rußland zu entzweien und sich überhaupt zu isoliren, so trat Hardenberg diesen Ansichten bei. In einem neuen Gutachten wiederholte er, was von Schulenburg und dem

Herzog gesagt war, zum Theil wörtlich. Und daran hat er keinen Zweifel, daß Napoleon die ihm vorgeschlagenen Modifikationen annehmen werde, wenn sie ihm nur mit Präcision und Festigkeit vorgelegt würden.

In einer Conferenz wurden nun diese Modifikationen festgesetzt. Es sind folgende: der Traktat sollte nicht als ein offensiver bezeichnet werden; die Verpflichtungen, die man eingehe, sollten erst dann eintreten, wenn der Friede zwischen Frankreich und Oesterreich vollkommen gesichert sei und England die Abtretung von Hannover genehmigt habe [1]). Mit diesem Vorbehalt wird die Abtretung Hannovers durch den Kaiser Napoleon von Preußen angenommen. Der König verspricht, von diesem Augenblick an für die Ruhe Norddeutschlands einzustehen. Er hat darüber selbst an Napoleon geschrieben, die Absicht zwischen Rußland und Frankreich zu vermitteln angekündigt und die Freundschaft mit Frankreich als das natürliche System von Preußen bezeichnet.

Ließ sich nun aber — das war die große Frage — von Napoleon die Annahme dieser Modifikationen erwarten? Mit seinen Ideen standen dieselben in vollem Widerspruch. Er hat immer gesagt, seine Absicht bei dem Schönbrunner Vertrag sei gewesen, Preußen durch die Abtretung von Hannover in Krieg mit England zu verwickeln; durch die Modifikationen des Vertrages wollte Preußen ein freundschaftliches Verhältniß zu England vorbehalten.

Der preußische Gedanke war, die Allianz mit Frankreich anzunehmen, aber dabei doch eine eigentliche Entzweiung mit den übrigen Mächten zu vermeiden. Aus Besorgniß, daß in Rußland der alte Verdacht eines geheimen Verständnisses mit Frankreich erneuert werden möchte, hielt Haugwitz für rathsam, daß der Herzog von Braunschweig selbst dahin gehe, um denselben zu zerstreuen.

Haugwitz zweifelte nicht daran, daß Napoleon die Modifikationen

1) L'obligation des garanties du moment où la paix avec l'Angleterre aura sanctionné l'acquisition du Hanovre par la Prusse.

annehmen werde, welche Preußen zu diesem für ihn selbst so wichtigen Vertrag mache. Er übernahm die Sendung nach Paris, voll davon, daß seine Gegenwart allein hinreichen werde, um die Annahme der Restriktionen bei Napoleon auszuwirken. Es war die Meinung, welche auch die übrigen Staatsmänner theilten.

Und Napoleon selbst schien so gesinnt zu sein. Er war noch in München, als ihm die preußischen Modifikationen vertraulich mitgetheilt wurden. Er sagte nichts dagegen: denn er war nicht gemeint, die Antipathie von Preußen zu erregen, so lange ihm dies noch in seiner vollen Kraft gegenüberstand. Aus einem Schreiben Talleyrand's an Laforest, in welchem es hieß, daß der Kaiser sich leicht mit Haugwitz über Alles, was die gemeinsamen Interessen von Frankreich und Preußen betreffe, verständigen, und daß er jeden Schritt, der zur Verstärkung der Freundschaft zwischen beiden Kronen beitrage, mit Genugthuung aufnehmen werde, zog man den Schluß, Napoleon werde die preußischen Restriktionen nicht verwerfen, so daß der Friede über allen Zweifel hinaus gesichert sei.

Alles beweist, daß Laforest selbst diese Meinung hegte, und die Frage ist nur, ob er nicht getäuscht war, um zu täuschen: er hatte die durch die Restriktionen modificirte Ratifikation angenommen — allerdings unter dem Vorbehalt der Einwilligung des Kaisers Napoleon, — wie er sich ausdrückte, Sub Spe Rati [1]).

Diese Illusionen, zu denen man vielleicht inducirt wurde, denen man sich aber gern hingab, brachten nun in Berlin eine verhängnißvolle Beschlußnahme hervor. Hardenberg war damals krank, Haugwitz abgereist. In der Abwesenheit der beiden leitenden Minister wurde der Beschluß gefaßt, die Armee auf den Friedensfuß zu setzen, gleich als ob der Friede mit zweifelloser Sicherheit hergestellt sei: eine Maßregel, zu der hauptsächlich das

1) Die Frage ist, ob, wie Hardenberg angiebt, die Restriktion von Haugwitz angegeben, und von Lombard niedergeschrieben ist; oder ob Hardenberg, wie aus Laforests Depeschen (bei Lefebvre II, 254) hervorzugehen scheint, entscheidenden Antheil daran gehabt habe.

Bedürfniß von Ersparnissen führte: denn jeden Tag koste die Erhaltung der Mobilmachung der Armee eine erhebliche Summe Geldes; bei der aber Uebereilung und Ehrlichkeit, Zutrauen und Verblendung zusammenwirkten. Einem Gewalthaber gegenüber, dessen Stellung auf überlegener Kriegsmacht beruhte, entzog man der eigenen Kriegsmacht die Streitfähigkeit, die sie allein furchtbar machte. So viel wir wissen, stimmte der König damit nicht überein; er sah darin eine Art von Leichtsinn in der Behandlung der großen Angelegenheit; aber er war gewöhnt, die Einsicht seiner Rathgeber höher zu stellen, als sein Gefühl. Und einen vorzüglichen Gegenstand seiner Aufmerksamkeit bildete immer die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Finanzen. Er trat dem Entschlusse bei.

An und für sich konnte sich Niemand darüber täuschen, daß zwischen dem Vertrag und der Ratifikation eine principielle Differenz obwaltete: es war dieselbe, die den Gegenstand des allgemeinen Streites ausmachte. Napoleon behauptete die Rechtmäßigkeit seines Besitzes; Preußen sträubte sich, dieselbe anzuerkennen, und kam darauf zurück, die Einwilligung des legitimen Fürsten zu verlangen. Doch war es nicht das Princip, welches hier entscheidend eingriff, sondern eine Veränderung, die in der Lage der allgemeinen Angelegenheiten seit dem 15. December eingetreten war. Napoleon hatte damals für nothwendig gehalten, der Entzweiung mit Preußen, welche ihm sehr lästig war, durch gegenseitige Concessionen ein Ziel zu setzen. Aber seitdem hatte sich seine ganze Position geändert; Oesterreich war nun genöthigt worden, Bedingungen einzugehen, von denen Napoleon meinte, sie würden es auf zwanzig Jahre unfähig machen, sich wieder zu erheben; sie machten ihn zum Meister von Italien. Er war entschlossen, jetzt auch die Bourbons aus Neapel zu vertreiben. Von dem Tage des Schönbrunner Vertrages ist das Dekret datirt, durch welches dem Hause Bourbon in Neapel das Ende seiner Regierung angekündigt wurde. Napoleon wollte, wie er sagt, das gesammte Italien den französischen Gesetzen unterwerfen, keinen Fremden, auch nicht im Kirchenstaat

dulden, geschweige denn in Neapel. Dem päpstlichen Stuhl machte er einen Vorwurf daraus, daß er einen englischen Bevollmächtigten an der Kurie dulde. In Neapel sollten die englischen Waaren sofort confiscirt; weder Engländer noch Russen sollten daselbst zugelassen werden. Seinen ältesten Bruder Joseph ernannte er zu seinem Verweser und bestimmte ihn zum König von Neapel, wenn er nicht selbst wolle, daß ein anderer seiner Brüder diesen Thron erhalten solle. Ohne Widerstand ist Joseph, der sich jetzt nicht mehr Bonaparte nannte, sondern Joseph Napoleon, im Neapolitanischen vorgerückt; die Absicht war, daß er im ersten Feuer sich auch Siciliens bemächtigen sollte. In dieser großartigen Machtstellung, die zugleich die Entwickelung des Krieges gegen England in sich enthielt, — einer Feindseligkeit, von welcher auch die Allianz mit Preußen einen Theil ausmacht, — trat nun ein Ereigniß ein, welches die Aussicht auf den Frieden mit England eröffnete. Im Januar 1806 starb der Mann, der vor allen anderen die Kräfte der continentalen Mächte mit den maritimen von England vereinigt, und den Widerstand gegen Napoleon, der bei Austerlitz niedergeschlagen worden war, organisirt hatte. Man beklagte in ihm den großen Piloten in dem allgemeinen Sturme, dessen Gleichen man niemals wieder zu sehen erwartete. William Pitt ist ewig denkwürdig, weil er Ideen einer Neugestaltung Europas zum Widerstande gegen die französische Uebermacht gefaßt hat, die später zum Theil realisirt worden sind; damals aber schien eine solche Gestaltung durch die Ereignisse unmöglich geworden zu sein. In England erhob sich der Wunsch nach Frieden mit Frankreich, den der alte Gegner Pitts, nunmehr sein Nachfolger, Charles Fox, seiner ganzen Vergangenheit nach in sich repräsentirte.

Welchen Eindruck das Ereigniß auf Napoleon machte, sieht man aus einem Schreiben an Talleyrand (4. Februar 1806[1]) in welchem er die eigentlich noch nicht geschehene Ministerial-Veränderung bereits voraussetzt. Er sieht darin die Möglichkeit, Frieden

1) Napoléon à Talleyrand, 4 février 1806 in der Correspondance XII S. 4 N. 9742, Vgl. Thiers VI, 314.

mit England zu schließen; dafür aber will er die Hände frei haben: die Abtretung Hannovers an Preußen wird ihm selbst zweifelhaft; nur dann könne sie stattfinden, wenn man mit Preußen einen Traktat auf breiterer Basis schließe, und ein System gründe, welches aller Besorgniß vor künftigen Feindseligkeiten ein Ende mache [1]).

Wie wenig ahnte Haugwitz, als er am 2. Februar in Paris anlangte, von dieser Veränderung der allgemeinen Situation. Durch die Combination eines Momentes war der Vertrag von Schönbrunn herbeigeführt; jetzt aber war eine ganz andere Combination eingetreten, für die derselbe nicht mehr genügte. Doch wollte sich Napoleon von Preußen nicht lossagen; aber er dachte ihm eine noch größere Abhängigkeit aufzuerlegen, so daß kein continentaler Krieg entstehen, England aller Hoffnung, durch einen solchen etwas zu erreichen, beraubt und dadurch für sich selbst zu einem friedlichen Abkommen mit Napoleon um so geneigter gemacht werden sollte. Napoleon war entschlossen, den Traktat von Schönbrunn nicht mehr anzuerkennen, sondern einen anderen an dessen Stelle zu setzen. Talleyrand wurde angewiesen, die aus der Lage der Dinge entspringenden Gesichtspunkte zu verhüllen und nur die Unzulässigkeit der vorgeschlagenen Restriktionen hervorzuheben. Was man von einer zornigen Entrüstung Napoleons über die vorgeschlagenen Modifikationen berichtet, ist eine Fabel. Napoleon hatte sich so vollkommen in seiner Gewalt, daß von plötzlichen Aufwallungen nicht die Rede war, sondern nur von einem Ergreifen des geeigneten Augenblicks zum bestimmten Zwecke. In jenem Schreiben vom 4. Februar weist er seinen Minister ausdrücklich an, diese Aufwallungen, die man in seinem Charakter voraussetze, als Motiv der Verwerfung des Vertrags zu bezeichnen.

Unter dem 4. Februar erfolgte die offizielle Erklärung des

1) Nous ne pouvons céder le Hanovre à la Prusse que par suite d'un grand système, tel qu'il puisse nous garantir de la crainte d'une continuation d'hostilités.

französischen Ministeriums an Haugwitz: daß der Vertrag von Schönbrunn, da er in der bestimmten Zeit nicht ratificirt sei, nicht als existirend betrachtet werden könne.

Bei der ersten Audienz, die Haugwitz am 6. Februar hatte, sprach sich Napoleon in diesem Sinne nachdrücklich aus: keine Macht der Welt könne ihn vermögen, eine Akte wie die, welche ihm der preußische Minister überbringe, anzunehmen. Er machte Haugwitz einen Vorwurf daraus, daß derselbe in Berlin so viel Widerstand fände. Alles, was dort vorging, war ihm im Allgemeinen bekannt.

Statt des alten Vertrages wurde nun von französischer Seite ein anderer vorgeschlagen, der Preußen und England unbedingt entzweien mußte. Danach sollte Hannover als eine unmittelbare Erwerbung mit dem Titel der Souveränetät von Preußen angenommen werden; und Preußen sich anheischig machen, die Mündungen der Weser und Elbe den Engländern zu verschließen. Wenn man sich erinnert, welchen Grund die vornehmste Restriktion bei der Ratifikation des Schönbrunner Vertrages hatte, nämlich die Rücksicht auf England, ohne welche das bisherige System nicht zu denken war: so sieht man auch, wie viel es zu bedeuten hatte, daß Preußen sich dazu verstehen sollte, die Flußmündungen den Engländern zu schließen. Ein Zugeständniß, durch welches es die englische Nation, Ministerium und Parlament gegen sich aufregte, während die Klausel aufgegeben wurde, durch die man den König von Großbritannien in seinem besonderen Interesse, Hannover, schonte. In letzter Instanz war es doch nur darauf abgesehen, durch diese Feindseligkeiten den Engländern die Nothwendigkeit einer Pacifikation mit Frankreich um so dringender erscheinen zu lassen. Man darf das nicht für eine Vermuthung halten. In jenem Schreiben an Talleyrand ist es unumwunden zu lesen.

Die Abtretungen, welche Preußen dagegen machte, wurden insofern erschwert, als bei Ansbach die sofortige Besitznahme des Markgrafenthums durch die Franzosen, und für Cleve nicht mehr die Ausstattung eines Reichsfürsten, sondern eines Fürsten

überhaupt stipulirt wurde: Napoleon hatte, seinem dynastischen System gemäß, seinen Schwager Murat für dasselbe bestimmt. Es sprang in die Augen, wie sehr dadurch der Druck der Franzosen auf das nördliche Deutschland vermehrt werden mußte. Und was das südliche anbetraf, so verpflichtete sich Preußen zur Anerkennung der Integrität und Souveränetät der Königreiche Baiern und Würtemberg, sowie des Kurfürstenthums Baden. Es war unter diesen Verhältnissen, daß Napoleon mit einigen alten deutschen Fürstenhäusern in Familienverbindung trat; sie schienen ihm um so mehr anzugehören. Ueberdies machte sich Preußen anheischig, alles das anzuerkennen, was in Folge des mit Neapel ausgebrochenen Krieges festgesetzt werden würde. Endlich blieb es dabei, was in Berlin den größten Anstoß erregt hatte, daß die Integrität und Unabhängigkeit der Pforte gemeinschaftlich von Preußen und Frankreich garantirt werden sollte. Preußen wurde in dieser Hinsicht gegen Rußland, sowie in anderer gegen England verpflichtet: es erkannte das napoleonische System vollständig an. Die beiden Mächte sagen einander zu: wenn es über einen der eben erwähnten Punkte zum Kriege komme, gemeinschaftliche Sache mit einander zu machen. Der Gedanke Napoleons ging dahin: nachdem er Oesterreich besiegt hatte, Italien und Deutschland in vollkommener Abhängigkeit unter sich zu vereinigen, — das südliche Deutschland unmittelbar, das nördliche durch die engste Allianz mit Preußen; — in dieser Haltung den beiden, noch in dem Krieg begriffenen Mächten, England und Rußland gewaltig gegenüberzutreten und sie zum Frieden zu nöthigen. Und mit der Accession von Preußen war er nicht einmal zufrieden; auch die Demobilisirung der preußischen Truppen schien ihm nicht vollständig genug; er bemerkte, daß die Russen noch nicht ganz aus Schlesien entfernt seien.

Man hat Haugwitz mit Unrecht den Vorwurf gemacht, daß er den Forderungen der Franzosen leichtsinnig entgegen gekommen sei: in seinem Bericht an den König sprach er sich mit heftiger Entrüstung über dieselben aus: denn er halte eine Allianz zwischen

Frankreich und Preußen wohl immer für sehr nützlich, allein dabei werde eine gegenseitige freundschaftliche Gesinnung vorausgesetzt. Talleyrand deutete an: Napoleon werde, wenn Preußen zurücktrete, nöthigenfalls in Oesterreich einen Verbündeten suchen, wozu dieser Staat selbst den Antrag gemacht habe. Was werde, fragte er, Preußen unter solchen Verhältnissen thun; es werde sich gewiß mit anderen Mächten verbinden: ihn würde es immer schmerzen, wenn die Politik von Frankreich und Preußen dergestalt wieder auseinandergehe. Haugwitz antwortete: er werde es eben so ungern sehen; aber Preußen werde nicht daran Schuld sein, da es an allen wesentlichen Punkten des Vertrages festhalte; Preußen, stark in sich selbst und in Verbindung mit Rußland, bedürfe keiner anderen Allianzen; diese würde hinreichen, um den Frieden von Europa zu erhalten. Haugwitz fürchtete noch immer den Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen. Man erfährt, daß er den König aufforderte, sein Kriegsheer auf eine Weise zu disponiren, die in einem solchen Falle nothwendig sein würde. Noch dürfe man keine Besorgniß zu erkennen geben. Allein vor Allem müsse der Herzog von Braunschweig von der Lage der Dinge und von der wenig freundschaftlichen Gesinnung, die Frankreich an den Tag lege, unterrichtet werden. Es war ein sehr unerwarteter Wechsel: in dem Augenblick, daß man die Truppen nach ihren Garnisonen entließ, zeigte sich die Gefahr eines Bruches, die man für beseitigt hielt, stärker als jemals. Preußen hatte aber die inneren Kräfte nicht, um einer Macht, wie die französische, mit vollem Selbstbewußtsein entgegen zu treten.

Offenbar war es doch die Ueberlegenheit von Frankreich in seiner Kriegsbereitschaft, was Haugwitz vermochte, den neuen Traktat, sehr gegen seinen Willen, zu unterzeichnen. Er selbst giebt an, daß der Krieg unvermeidlich gewesen wäre, wenn er ihn nicht durch einen neuen Traktat vermieden hätte; denn auch auf den alten Traktat, selbst ohne die Restriktionen, zurückzukommen, wäre unmöglich gewesen. Napoleon habe Hannover nicht um den damals bewilligten Preis hergeben wollen; er würde es

vorgezogen haben, Hannover einem der Mitglieder seiner Familie, wahrscheinlich Murat zu übertragen. Die Franzosen würden dann nach Hannover zurückgekommen sein, den Frieden des Nordens unmöglich gemacht und den preußischen Staat in unmittelbarster Nähe bedroht haben. Die Abtretung Hannovers, unter welcher Voraussetzung auch immer, zu behaupten, wurde das vornehmste Objekt der Verhandlung von Haugwitz; er glaubte eilen zu müssen: denn was man ihm heute zugestehe, verweigere man ihm wahrscheinlich morgen. Die Franzosen forderten Baireuth, die Grafschaft Mark, selbst Osnabrück; Haugwitz brachte die Einverleibung der drei Hansastädte in Antrag. In der Ablehnung der französischen Forderungen war er glücklicher, als in der Erreichung seines eigenen Vorschlages. Die Hauptsache bleibt immer, daß das Recht Napoleons auf Hannover anerkannt und die Besitznahme desselben unabhängig von dem Rekurs an England von Preußen vollzogen werden sollte.

Haugwitz meint, daß dies durch alle die stattgehabten Ereignisse auch in den Augen Alexanders gerechtfertigt werde. Indem der König Neuchatel, Cleve, Ansbach aufgebe, verschaffe er doch seinen Staaten eine reelle Vergrößerung; es sei ein Glück, daß er dabei der Nachbarschaft eines französischen Prinzen entgehe. Mit der Gefahr, daß die Franzosen Hannover wiedereinnehmen, entschuldigt Haugwitz den 4. Artikel des neuen Vertrags, nach welchem in den alten und neuen Provinzen von Preußen die Mündungen aller Flüsse in die Nordsee den Engländern geschlossen sein sollten. Denn wenn der preußische Handel dadurch ohne Zweifel leide, so könne man fragen, ob demselben aus der Besitznahme Hannovers durch die Franzosen geringere Nachtheile erwachsen würden.

Haugwitz stellte dem König vor, daß ihm nichts übrig bleibe, als die Ratifikation in der bestimmten Frist von drei Wochen oder der Krieg. Für den Krieg sei von französischer Seite Alles vorbereitet; Bernadotte und Augereau rücken vor.

Um dem König von der Gefahr, in der er sich befinde, eine

überzeugende Mittheilung zu machen, hat es Lucchesini über sich genommen, nach Berlin zu gehen und den König zu der Ratifikation des neuen Vertrages zu vermögen. Dieser lief den Ansichten, welche bei der Mission des Ministers Haugwitz obgewaltet hatten, vollkommen entgegen.

In allen Punkten waren die Restriktionen, durch welche der frühere Vertrag annehmbar gemacht werden sollte, zurückgewiesen worden: Hannover sollte ohne Bedingung von Napoleon angenommen; die dagegen stipulirte Abtretung unverzüglich ausgeführt werden; Preußen aber sich zu einer der englischen entgegenlaufenden Handelspolitik entschließen. Keine Vorstellung hiegegen hatte das mindeste vermocht. Im Gefühl seiner Ueberlegenheit zwang Napoleon der preußischen Monarchie einen Vertrag auf, der ihr ihre Unabhängigkeit schon durch die Thatsache selbst entriß, wiewohl die Voraussetzung einer Allianz immer festgehalten wurde. Der Dezember-Vertrag konnte vielleicht noch als ein freiwilliger gelten; der Februar-Vertrag ward durch militärische Bedrohungen erzwungen. Sollte nun aber der König sich zu dieser Ratifikation entschließen? Mit Nachdruck hat man ausgesprochen, und es ist fast die allgemeine Meinung, daß Preußen schon im Jahre 1805 zum Kriege gegen Napoleon hätte schreiten sollen; aber darin lag die verderbliche Verflechtung der Dinge, daß man zwar den Anlauf dazu nehmen konnte, zur Ausführung jedoch viel zu schwach war. Man gerieth dadurch in den Nachtheil, zurückweichen zu müssen; wohin aber konnte das führen?

Ueber die Ratifikation des zweiten Vertrages zu entscheiden, wurde nun am 24. Februar 1806 in der Behausung Hardenbergs ein großer Staatsrath gehalten. Hardenberg legte ein mit aller Sorgfalt gearbeitetes schriftliches Gutachten vor. Die Frage sei wieder die alte: Krieg oder Ratifikation; eine dritte Auskunft gebe es nicht. Unmöglich könne man den Traktat, der nunmehr unterzeichnet sei, zurückweisen: denn Hannover den Franzosen wieder zu überlassen und sich auf die alten Provinzen zu beschränken, das würde zwar ein momentanes Palliativ sein, aber

doch gewiß zum Kriege führen, der dann die schlimmsten Folgen haben müsse. Die Franzosen würden aller Mäßigung vergessen; sie würden die Hansastädte und Schwedisch-Pommern bedrängen; ein neuer Souverän aus der Familie Napoleons werde in Hannover aufgestellt werden, gegen welchen ein Observationscorps würde errichtet werden müssen; aber selbst für die eigene Bewaffnung würde man auf unendliche Schwierigkeiten stoßen. Der König könne allerdings erklären, daß er sich die Freundschaft Napoleons zu erhalten wünsche, jedoch ohne einen Traktat zu unterschreiben, der ihn seiner treuesten Unterthanen berauben und ihn mit den übrigen Mächten entzweien würde. Das wäre die Sprache der Unabhängigkeit und der Ehre. Allein eine solche Erklärung werde den Krieg herbeiführen; man müsse entschlossen sein, sich dann jeder Gefahr auszusetzen. Dagegen den Traktat zu ratificiren, schließe eine Unterwerfung unter den Willen Napoleons in sich ein: man werde die Achtung der übrigen Mächte verlieren und selbst die Bande lockern, welche Nation und Armee, die auf ihre Vergangenheit stolz sein dürfen, mit dem Throne verknüpften. Mit den Engländern werde man sich nicht verstehen, selbst wenn diese es wünschten; sie würden vielmehr den preußischen Handel zerstören, unter andrem auch die Exportation der schlesischen Leinen verhindern, und einen empfindlichen Mangel an baarem Gelde hervorrufen. Durch die Beziehung zu Rußland könne man leicht in einen Krieg der drei großen Mächte verwickelt werden. Hardenberg stellte nur die großen Fragen einander gegenüber: eine Entscheidung zu ergreifen, komme allein dem König zu. Der müsse wissen, ob er sich an den Triumphwagen Napoleons fesseln lassen dürfe; oder ob er Vertrauen genug zu seiner Armee, zu seiner eigenen Festigkeit habe, um einen Krieg zu unternehmen.

Die Gesinnung Hardenbergs ist nicht zweifelhaft: er verdiente den Haß Napoleons, der denn auch ausdrücklich forderte, die Unterschrift Hardenbergs solle bei der Ratifikation vermieden werden. Ueber seinem Gutachten schwebt das Gefühl, daß eine falsche

Politik eingeschlagen worden; daß man in eine unhaltbare Stellung gerathen sei. Aber zugleich seinem lebhaften Widerwillen zum Trotz räth er doch, die Ratifikation nicht zu versagen, noch sie zu verzögern. „Die Truppen Napoleons sind schlagfertig und bereit, auf das Rascheste vorzudringen; die unsern sind zerstreut. Napoleon verspricht sich rasche und entscheidende Erfolge."

Diesen Sinn athmete die ganze Erwägung; man bemerkte noch, daß der Gefahr, mit den Engländern in Differenzen zu gerathen, die den Handel zerstören könnten, die andere entgegenstehe, daß dasselbe durch Frankreich geschehe. England selbst würde sich seines eigenen Handels wegen bedenken, die Mündungen der Flüsse zu schließen. Obgleich man das Wort nicht aussprach, so ging doch das Uebergewicht der Meinung dahin, daß der neue Vertrag angenommen werde. Ganz und gar aber wollte man sich doch in die Idee desselben nicht ergeben. Man wollte ihm die Bedingung hinzufügen, daß Napoleon seine Truppen über den Rhein zurückführe. General Rüchel, welcher als der entschiedenste Gegner Napoleons betrachtet wurde, klagt vor Allem, daß man den Moment, in eine günstigere Lage zu kommen, versäumt habe; da aber die Franzosen durchaus in Hannover nicht geduldet werden können, die Schwierigkeiten des Commerzes sich moderiren lassen, so erklärt auch er sich für die Ratifikation; in der Erwartung, daß Napoleon nicht über eine defensive Allianz hinausgehen, und was er auf das Stärkste betont, sein Heer über den Rhein zurückführen werde. Er meint wohl, daß damit nicht Alles verloren sei; er erinnert an das Walten der Vorsehung jenseit der Politik. Auch die übrigen Anwesenden, — Lucchesini, der sich auf seine mündlichen Mittheilungen an den König bezieht, Köckritz, Kleist, Beyme, — erklären sich für die Ratifikation; dem stimmte auch der König bei. In einem Schreiben an Haugwitz vom 26. Februar spricht er aus, daß er durch dieselben Gründe, durch die er zur Ratifikation des ersten Vertrages vermocht worden, auch zur Ratifikation des zweiten bewogen werde. Diese Gründe seien jetzt noch verstärkt durch den

Unterschied der militärischen Haltung, in die er durch sein betrogenes Zutrauen versetzt worden sei.

Ueberlegt man die Ereignisse, so muß man wohl sagen, daß nicht im Ueberschreiten der ansbachischen Grenze, auch nicht in dem ersten Vertrag, den man sich in Berlin aus manchen Gründen nicht ungern gefallen ließ, sondern in diesem zweiten, welcher die Gegensätze vollkommen ans Licht brachte, eine Entzweiung zwischen Frankreich und Preußen entstand, die nicht mehr beigelegt werden konnte. Indem eine neue Allianz geschlossen werden sollte, entsprang ein Gegensatz, der nicht zu beseitigen war. Man hatte das Gefühl, daß man durch die militärische Ueberlegenheit Napoleons die Unabhängigkeit, welche den Kern des politischen Daseins ausmache, verlor: die Herrschbegierde der Franzosen und der preußische Stolz, eine unabhängige Macht zu sein, stießen unversöhnlich auf einander. Der König suchte einen Trost darin, daß er durch seine Concession den Frieden von Deutschland gesichert habe: die Quelle der Beunruhigungen, die seither vorgewaltet, werde damit verstopft sein. Als Gegengabe für seine Concessionen verlangte er die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem deutschen Reiche, für deren Anwesenheit es jetzt nicht den mindesten Grund gebe. Haugwitz wird beauftragt, Alles zu thun, damit den französischen Truppen der Befehl zugehe, ihren Rückmarsch anzutreten.

Sechszehntes Capitel.

Sendung des Herzogs von Braunschweig nach Petersburg.

Nur der angreifende Mächtige hat eine selbständige Politik; er hat seine Ziele vor Augen und schreitet zur Erreichung derselben mit Consequenz fort. Die Politik der Vertheidigung ist schwach hiegegen: da sie Bedenken trägt, es auf eine Entscheidung des Schwerdtes ankommen zu lassen, so weicht sie zurück; sie unterwirft sich dem Gebote, dem sie nicht zu widerstreben vermag, aber mit bewußtem Widerwillen.

Davon, daß Preußen den Februarvertrag, den es einging, gebilligt hätte, dürfte man eigentlich nicht reden: weder der Hof noch das Ministerium, weder die Armee noch die Nation waren mit demselben einverstanden. Für jeden, der Augen hatte zu sehen, waren die Hoffnungen, die man sich machte, in der Verbindung mit Napoleon die Selbständigkeit des Staates zu wahren, null und nichtig. Wenn Hardenberg davon sprach, daß Preußen zwischen den beiden Colossen stark genug werden müsse, um sich in ihrer Mitte mit Sicherheit zu bewegen und im Nothfall die Hülfe des einen gegen den andern anzurufen: so war diese Nothwendigkeit schon im gegenwärtigen Augenblick eingetreten. Die Allianz, die man nothgedrungen mit Frankreich schloß, durchsetzte sich mit einer inneren Abwendung, wie sie noch niemals stärker gewesen war. Man ergriff die niemals aufgegebene Verbindung mit Rußland, oder man hatte sie in diesem

Moment bereits ergriffen, um sich eines Rückhalts für jeden möglichen Fall zu versichern.

Nicht allein das preußische Interesse führte zu dieser Annäherung; das russische selbst hatte daran den größten Antheil. Es war der Augenblick, in welchem das Verhältniß Rußlands zu den Osmanen, das seine Politik von jeher bestimmt hat, in die Gefahr gerieth, gestört zu werden. Es beruhte auf der Verbindung der Nationalität und vornehmlich der Religion zwischen dem russischen Reiche und den griechisch-gläubigen Unterthanen des türkischen. Aber auch der Divan selbst hatte sich in den allgemeinen Conflikten jener Epoche vorzugsweise an Rußland gehalten und demselben umfassende Concessionen, deren wir noch gedenken werden, gemacht. In diesem Zustand trat vor Allem dadurch eine Veränderung ein, daß durch die Schlacht von Austerlitz der russische Name an seinem Ansehen unendlich verlor. Oesterreich war besiegt, die Küstenlande zum Theil französisch geworden; es folgte, daß die französische und die russische Politik in der Türkei auf einander stießen. Wohl führten beide Mächte die Integrität der Pforte im Munde; aber jede verstand sie auf ihre Weise: Napoleon wollte den russischen Einfluß ausschließen; Kaiser Alexander meinte, daß das Wort Integrität diesen Einfluß in sich begreife.

Nun hatte Preußen in dem Vertrage vom 15. Dezember die Integrität der Pforte gewährleistet [1]). Man glaubte in St. Petersburg, in dem französischen Sinne, wie es auch die Erwerbungen Frankreichs in Italien garantirte. Es gewann den Anschein, als wolle Preußen, das sich bisher auf die nordische Politik beschränkt hatte, diesen Kreis überschreiten und sich dem napoleonischen Gesichtspunkte auch in Beziehung auf den Süden von Europa, selbst auf das osmanische Reich anschließen. So gefaßt

1) In dem ersten Artikel des Schönbrunner Vertrages heißt es: S. M. l'Empereur des Français et S. M. le roi de Prusse feront cause commune et emploieront toutes les forces 1° pour la défense de l'Empire Ottoman dont les deux Parties contractantes garantissent l'indépendance et l'intégrité.

konnte der Vertrag von Schönbrunn als eine Gefahr für Rußland betrachtet werden: wie denn in der That die Möglichkeit, Franzosen und Preußen würden gemeinschaftlich das Schwert gegen Rußland ziehen, besprochen worden ist. Der König von Preußen und seine Staatsmänner waren weit entfernt, den Vertrag in diesem Sinne zu verstehen. Indem sie denselben, wiewohl mit Restriktionen, annahmen, wurde zugleich dem Rathe von Haugwitz gemäß der Beschluß gefaßt, daß der Herzog von Braunschweig, der immer in gutem Verhältniß mit dem russischen Hofe gestanden hatte, eine Mission nach St. Petersburg übernehmen sollte, um jeden Verdacht zu zerstreuen.

Er trat die Reise an, ehe man noch etwas von den neuen Irrungen mit Frankreich erfahren hatte, überzeugt davon, daß die dem Traktat beigefügten Modifikationen von Napoleon angenommen werden würden. Bei der Sendung des Herzogs war es auf eine Erklärung des modificirten Vertrages in Bezug auf Rußland abgesehen. Die Allianz mit Frankreich sollte nicht so verstanden werden, daß daraus eine Mitwirkung Preußens bei den Streitigkeiten zwischen Frankreich und Rußland hergeleitet werden könnte. Zu der Unabhängigkeit, welche durch den modificirten Vertrag befestigt werden sollte, gehörte es, einen Versuch der Mediation zwischen Frankreich und Rußland zu machen, welche den allgemeinen Frieden herbeizuführen geeignet wäre.

Der Herzog fand eine sehr gute Aufnahme in Rußland. Kaiser Alexander, für welchen er Briefe des Königs und der Königin mitbrachte, erneuerte die Versicherung seiner Theilnahme an den Angelegenheiten des Königs und des preußischen Staates; bemerkte aber von vornherein, daß die Annahme des modificirten Vertrags von Seite Frankreichs, welche der Herzog als gewiß voraussetzte, ihm keineswegs zweifellos erscheine. Ueberhaupt aber meinte er unter den veränderten Umständen einer neuen Versicherung des intimen Verhältnisses zwischen Rußland und Preußen zu bedürfen; um Lebens und Sterbens willen sei eine solche für das russische Reich unentbehrlich.

Der Herzog antwortete: das Mittel werde sich in einer geheimen Deklaration finden lassen, nämlich in der Zusicherung Preußens: daß die mit Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten niemals im Gegensatz mit dem russischen Interesse stehen würden. Der Kaiser sprach aus, daß er das durch eine Erklärung analogen Inhaltes erwidern wolle. Nachdem einige Noten darüber gewechselt worden waren, traten die russischen Minister mit einer ausführlichen Denkschrift über die gegenseitigen Verhältnisse hervor, welche die Gegenwart und die Zukunft bestimmen sollte. Sie gehen in derselben davon aus, daß der Schönbrunner Vertrag, was man auch immer sage, darauf berechnet gewesen sei, Preußen von England und Rußland zu trennen, weil in diesen Mächten die sicherste Anlehnung für Preußen bestanden habe; darauf ziele die Abtretung von Hannover: denn die englische Nation hege Sympathien für die Erhaltung ihres Königs in seinen Erblanden. Die vornehmste Absicht Napoleons gehe dahin, Rußland seines präservativen Einflusses auf die Türkei zu berauben und dieselbe zum Kriege gegen Rußland zu animiren, wodurch dies verhindert würde, Preußen zu unterstützen: denn um auf Europa einzuwirken, müsse Rußland von Seite der Türken Nichts zu besorgen haben; es dürfe selbst die Rüstung der Türken nicht zugeben, ohne sich einer Gefahr auszusetzen. Napoleon habe Preußen vermocht, die Integrität der Türkei zu garantiren, so daß Rußland durch Preußen selbst verhindert werde, für die Sicherheit Preußens Sorge zu tragen. Die Erhaltung der gegenwärtigen Verhältnisse zwischen Rußland und der Türkei sei nothwendig für Rußland und nützlich selbst für die Türken. Auf der Art und Weise, wie Preußen seine Allianz mit Frankreich auffasse, würde fortan sein Verhältniß zu Rußland beruhen.

Preußen werde sich der Ueberzeugung nicht entziehen, daß Rußland seine vornehmste Stütze bilde und zu der Verbindung, die dies ihm antrage, die Hand bieten. Aus der Garantie der Neuerungen Bonapartes in Italien, im Widerspruch mit

dem alten System, welches sich auf die Neutralität des Nordens beschränkte, wird der preußischen Politik ein Vorwurf gemacht. Nur durch die außerordentlichen Umstände könne ein solcher Traktat entschuldigt werden; aber als bindend könne er nicht gelten. Im Widerspruch damit stehe die Versicherung, die der Herzog dem Kaiser überbringe, daß der König in den intimsten Verhältnissen mit Rußland zu bleiben gedenke. Zu diesem Zwecke macht Rußland folgende Vorschläge: da der Kaiser nicht ertragen kann, daß der König ein Alliirter seines Feindes sei, so wird Preußen in seinem Vertrag mit Frankreich die Stipulationen nicht für obligatorisch ansehen, die es zum Kriege mit Rußland veranlassen könnten, und zwar nicht allein in Bezug auf das türkische Reich, sondern auch auf den Fall, daß sich Rußland und Oesterreich verbinden sollten, um Frankreich zu der Evakuation von Provinzen zu nöthigen, die ihm gar nicht gehören. Preußen wird die Entfernung der französischen Truppen binnen drei Monaten aus dem deutschen Reiche verlangen: es wird sich zur Wiederherstellung der Handelsverhältnisse, wie sie vor der Okkupation Hannovers bestanden, anheischig machen.

Die Vorschläge stehen, wie man wohl sieht, in direktem Gegensatz zu den Anforderungen Napoleons. Während Napoleon dahin arbeitete, Preußen vollkommen seinem System zu unterwerfen, verlangte Kaiser Alexander den Wiederanschluß Preußens an das allgemeine System von Rußland: dann sollte es an dieser Macht einen Rückhalt gegen die Uebergriffe Napoleons finden. Zwar sollte auch Rußland selbst in Unterhandlungen mit Frankreich treten; diese aber sollten nur als sekundär betrachtet werden. Man nahm bereits Bedacht auf eine gemeinsame Erhebung gegen Napoleon; und da der letzte Feldzug wegen des Mangels eines gemeinsamen Planes gescheitert sei, so soll ein eventueller Cooperationsplan zwischen Preußen und Rußland verabredet werden.

Man erfuhr damals von Bewegungen der französischen Truppen in Deutschland, welche eine feindliche Tendenz gegen

Preußen verriethen. Die Meinung des Kaisers Alexander war, daß Preußen ihnen entgegentreten müsse, selbst auf die Gefahr hin, daß es darüber zum Kriege kommen werde: er erklärte sich bereit, dem Könige alle Hülfe zu leisten; er bot ihm an, die russischen Truppen in seinem Dienste zu verwenden.

Der Herzog von Braunschweig hatte in Petersburg bereits Abschied genommen und war im Begriff, die Stadt zu verlassen, als er einen Brief des Königs erhielt, der ihn von dem in seiner Abwesenheit Vorgefallenen unterrichtete; die Modifikationen des Schönbrunner Vertrages waren nicht allein nicht angenommen, vielmehr war ein neuer Vertrag mit noch viel drückenderen Bedingungen vorgelegt und der König gezwungen worden, denselben anzunehmen. Bei dem Empfang dieses Schreibens entschloß sich der Herzog auf der Stelle umzukehren, um dem russischen Hofe hievon unverzüglich Mittheilung zu machen. Er sprach zuerst mit dem Minister Czartoryski und dann mit dem Kaiser selbst. Alexander gerieth in große Bewegung; Thränen traten ihm in die Augen: denn die deutsche und die preußische Angelegenheit war zugleich eine allgemeine und besonders eine russische geworden. Alexander kam auf die Absicht, einen allgemeinen Widerstand ins Werk zu setzen, zurück: daß der modificirte Vertrag, mit dem man sich vielleicht hätte behelfen können, verworfen und Napoleon, der immer die universalen Verhältnisse im Auge hatte, Preußen noch enger an sich zu fesseln suchte, bildete ein Ereigniß auch für Rußland.

Der Kaiser diktirte, da er selbst zu schreiben nicht im Stande war, dem Herzog einige Worte für den König, in denen er vor allem die Befürchtung hervorhebt, daß derselbe von Napoleon noch weiter gedrängt und zu unerwünschten Nachgiebigkeiten werde bestimmt werden: Alles, weil er nicht im Voraus sich in den Stand gesetzt habe, der Ungerechtigkeit desselben zu widerstehen. Er forderte den König auf, soviel Truppen als möglich auf den Kriegsfuß zu setzen [1]).

1) De tenir sur le pied de guerre le plus de troupes possible.

Es war demnach nicht allein Theilnahme für die preußische Macht, was den Russen den Wunsch zu einer engeren Verbindung mit derselben einflößte, sondern auch die Besorgniß, daß sich Preußen ganz auf die Seite der Franzosen schlagen und alsdann das europäische Gleichgewicht vollends zu Grunde gehen würde.

Auf der anderen Seite fürchtete Friedrich Wilhelm ein engeres Verständniß zwischen Rußland und England. In einem zwar nicht eigenhändig entworfenen, aber eigenhändig durchcorrigirten Schreiben an den Kaiser Alexander drückt der König diese Besorgniß aus: er sagt, von England her werde man die Russen auffordern, Hannover wiederzuerobern. Er betheuert, er habe das Land nur angenommen, weil er gezwungen gewesen sei[1]. Um vollkommen in Europa zu herrschen, fehle Napoleon nur Eines: an dem Tage, an dem Preußen und Rußland sich entzweien, werde die Allmacht Napoleons entschieden sein. In Bezug auf die Befürchtung des Kaisers, als werde er sich in ein antirussisches Interesse einlassen, bemerkt der König: seine erste Verpflichtung gelte ihm, dem Kaiser von Rußland. Der König von Schweden, dessen sich Rußland annahm, habe nur von den Franzosen, Nichts von Preußen zu fürchten.

Man sieht, wie nahe die Interessen der beiden Staaten, die doch keineswegs identisch waren, einander berührten. Man wollte in Petersburg sogleich weiter fortschreiten: der Herzog von Braunschweig sollte an der Entwerfung eines Operationsplanes theilnehmen und mit den russischen Ministern die ihm mitgetheilte Denkschrift diskutiren. Für die Sache selbst hätte dies vielleicht nützlich sein können, allein es lag nicht in der Natur des Herzogs, irgend etwas zu thun, was eine Ueberschreitung seiner Vollmacht in sich enthalten hätte. Er eilte, nachdem er sich der entgegenkommenden Gesinnungen der Minister und des Kaisers versichert hatte, seine Rückreise definitiv anzutreten.

1) Mes refus seuls à moins d'une guerre incalculable n'eussent pas sauvé le pays de Hanovre.

Seine Mission nach Rußland ist doch von einer universalen Bedeutung. Der preußische Gesandte versichert: nach Allem, was vorgegangen, habe in St. Petersburg ein sehr starkes Mißtrauen gegen Preußen geherrscht; aber die Ankunft des alten Kriegsmannes, - denn der Herzog genoß noch unter den continentalen, nicht französischen Kriegsberühmtheiten den größten Ruf — und sein Verhalten habe das Vertrauen hergestellt. Von sich selbst fügt er hinzu: er habe nicht viel Gutes in Rußland erfahren; er sei keineswegs russisch gesinnt, aber er sehe das Heil von Preußen nur in einer Verbindung mit Rußland. An dem preußischen Hofe war damals noch Alles sehr friedlich gesinnt. Hardenberg, der an der Spitze der auswärtigen Geschäfte stand, spricht in einem Schreiben an Goltz mit aller Entschiedenheit aus: bei der unglücklichen Lage, in der man sich befinde, bleibe Nichts übrig, als dem Bergstrom zu weichen und Alles zu thun, um zu dem allgemeinen Frieden zu gelangen; offener Widerstand sei in dem Augenblick unmöglich. Er bezieht sich dabei auf die Meinung von Fox, der den Frieden wünsche, weil Napoleon seinen Verlust zur See auf dem Continent räche, und eher der Friede als der Krieg eine sichere Grundlage des europäischen Gemeinwesens zu gewinnen Gelegenheit geben werde. Auch Rußland möge, da es doch gewiß sein Verhältniß zu England fortsetze, Alles thun, um eine allgemeine Pacifikation herbeizuführen.

Ohne gerade auf einen Erfolg zu rechnen, hatte es doch auch Czartoryski gebilligt, daß von preußischer Seite der Versuch gemacht werde, eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland herzustellen. Der Herzog hatte noch von Petersburg her durch die französische Gesandtschaft in Berlin eine Eröffnung in diesem Sinne an Talleyrand gelangen lassen. Aber indem man dergestalt die Möglichkeit einer allgemeinen Pacifikation ins Auge faßte, trat die andre, daß der Krieg ausbrechen werde, fast noch mehr in Aussicht.

In einem Schreiben aus Landsberg an der Warthe, in wel=

chem der Herzog seine nahe Ankunft anzeigte, berichtete derselbe, daß er die Nachricht von der Auswechselung der Ratifikationen des Februarvertrages erhalten habe. Diesen Vertrag betrachtet er jedoch nur in dem Lichte, daß er eine Frist gebe, um sich indeß zu rüsten und die Bande mit Rußland fester zu knüpfen. Die russische Denkschrift wurde nun, als der Herzog zurückkam, der Gegenstand der ernstlichsten Berathungen in Berlin —, wie sich versteht, im tiefsten Geheimniß. Am 23. März traf der Herzog in Berlin ein: am 24. fand in seinen Gemächern eine Conferenz statt, an der nur der König selbst und Hardenberg theilnahmen.

Hardenberg legte ein Memoire über die obwaltenden Verhältnisse vor, welches eine Begutachtung der russischen Denkschrift enthält. Es hatte auf ihn vielen Eindruck gemacht, daß der Krieg noch einmal möglich erschien. Um so dringender rieth er dem König, der in dem Kaiser von Rußland seinen einzigen wahren Freund habe, Alles in seinem Verhalten hinwegzuräumen, was Rußland beunruhigen könne. Er stimmt damit überein, daß der König nicht verpflichtet sei, Krieg gegen Rußland zu führen, weder in dem Falle, daß Frankreich die Türkei zu Feindseligkeiten gegen Rußland veranlasse, noch auch wenn Oesterreich, Schweden oder Dänemark von Frankreich angegriffen würden und Rußland ihnen zu Hülfe käme. Der König soll, wie Rußland verlangte, die Besitzungen der vorgenannten Mächte garantiren; er wird nicht dulden, daß die französischen Truppen in Deutschland verbleiben und den gegen die englische Schifffahrt genommenen Maßregeln bald wieder ein Ende machen; endlich wird er seine Armee in eine Kriegsbereitschaft setzen, welche Anderen Furcht einflößen kann, und mit Rußland einen eventuellen Vertrag zu gemeinschaftlicher Vertheidigung schließen.

Kaum hatte die Uebermacht der Franzosen es dahin gebracht, daß die Friedensbedingungen vom 15. Februar angenommen wurden, was den schwersten Druck bezeichnete, der bisher auf die preußische Unabhängigkeit versucht worden war, so trat durch

die Anerbietungen Rußlands wieder die Aussicht hervor, daß man sich diesem Zwange werde entziehen können.

Mit Freuden acceptirte man das Versprechen Rußlands, alle Streitkräfte zur Vertheidigung Preußens zu verwenden. Nur eine große Differenz blieb dann übrig: die, welche das Land Hannover betrifft. Der König sprach sein Bedauern aus, daß er durch die politische Nothwendigkeit veranlaßt sei, Hannover in Besitz zu nehmen: aber man müsse sich erinnern, daß auch er Landschaften, welche die Wiege seines Hauses enthielten, aufgeopfert habe; der Besitz von Hannover könne Preußen allein in den Stand setzen, den Franzosen eine haltbare Barriere gegenüber zu stellen. Rußland soll seinen Einfluß bei dem König von England anwenden, um ihn zu vermögen, eine Besitzung aufzugeben, die er doch nicht behaupten könne. Hardenberg bemerkt, daß England durch die Blokade der Elbe und Weser seinem eigenen Handel schaden werde. Dies Memoire Hardenbergs wurde von dem König gebilligt, und der Herzog fügte noch einige Bemerkungen hinzu, die das Verhältniß zwischen Rußland und Preußen bezeichnen.

Den obersten Gesichtspunkt soll allezeit die intime Allianz zwischen Preußen und Rußland bilden: gegen dieselbe soll auch nicht der Schatten eines Zweifels erhoben werden können[1]). Wenn wegen der Pforte ein Krieg zwischen Frankreich und Rußland ausbricht, so wird Preußen neutral bleiben; sollte es deshalb von Frankreich mit Krieg überzogen werden, so soll Rußland dem Könige mit aller Macht beistehen. Preußen wird sich innerhalb seiner topographischen Grenze halten und bei einem französischen Angriff die Unterstützung von Rußland erwarten. Dänemark und Schweden in Bezug auf Schwedisch-Pommern kommen unter die Aegide von Preußen. Ueber die Beziehung zu Oesterreich wird man sich mit Rußland verständigen.

1) Les mesures auxquelles les circonstances peuvent nous inviter un jour, elles restent subordonnées à jamais au premier devoir, à la première affection du roi, et l'alliance de la Russie est le principe de la politique prussienne.

Indem der Herzog von Braunschweig die Besetzung von Hannover mit allen möglichen Gründen, die er selbst für sophistisch hielt, zu rechtfertigen suchte, sah er schon den Fall gemeinsamer Operationen gegen Napoleon voraus; der militärischen Verabredung werde eine politische vorangehen müssen[1]. Es gab einen Moment, in welchem man den allgemeinen Krieg unter Theilnahme von Oesterreich und selbst von England trotz der eingetretenen Differenzen führen zu können meinte, um der Uebermacht zu widerstehen, — auf Leben und Tod.

Dergestalt nahm man Stellung gegen alle Eventualitäten, welche der Fortschritt der Macht Napoleons erwarten ließ. Man könnte nicht sagen, ob die Beziehungen Napoleons zu Rußland oder zu Preußen den wichtigsten Gesichtspunkt bildeten. Ein Angriff auf den bestehenden Zustand in der Türkei und ein weiteres Umsichgreifen Napoleons in Deutschland wurden als gleichbedeutend betrachtet. Das Verhältniß Rußlands und das Verhältniß Preußens zu Frankreich wirkten zusammen, so verschieden sie auch an sich sein mochten. Die Russen selbst hatten bemerkt, daß die Erschütterung ihres Uebergewichtes in den osmanischen Grenzgebieten sie verhindern werde, ihre ganze Macht zu Gunsten Preußens zu verwenden; sowie eine Verbindung Preußens mit Frankreich ihrer dominirenden Stellung an der Donau Eintrag gethan haben würde. Czartoryski sagte: wir wollen alles Vergangene mit einem Schwamm verlöschen und uns für die Zukunft vorbereiten.

1) Car il faut s'entendre dans quels cas et sous quels rapports on trouvera nécessaire de résister au torrent; ces cas doivent être prévus et les moyens de soutenir une lutte à mort doivent être calculés.

Siebenzehntes Capitel.

Neue Irrungen Preußens mit Frankreich.

Dahin hatten die Verhältnisse Preußens zu den großen im Kampf begriffenen Mächten geführt, daß es, sonderbar zu sagen, eigentlich mit beiden im Bündniß war. Vor einem Bruche mit Frankreich war es zwei Mal zurückgewichen, weil es an den übrigen Mächten keinerlei Rückhalt fand; es hatte sich in die Bedingungen gefügt, welche ihm Napoleon auferlegte. Nicht allein der preußische Staat als solcher ward davon betroffen; es war dabei vielmehr zugleich von der Zukunft von Deutschland die Rede. Hardenberg hat für die künftige Verfassung von Deutschland einen Entwurf gemacht, der dem Grafen Haugwitz bei seiner zweiten Mission nachgeschickt worden ist. Dieser Entwurf ist in völlige Vergessenheit gerathen, aber für die deutsche Frage ist er doch von vieler Bedeutung und verdient wohl in Erinnerung gebracht zu werden.

Die Idee war, dem deutschen Reiche seine Einheit und selbst einen wählbaren Kaiser zu conserviren. Die Grundlage der Verfassung sollten die Reichskreise bilden, die wieder in drei Gruppen unter verschiedenen Oberhäuptern zerfallen würden. Die erste sollte aus den österreichischen Staaten unter dem Oberhaupt des Hauses Oesterreich bestehen; die zweite würde Baiern und Schwaben umfassen unter der Direktion von Baiern; die drei übrigen Kreise, Brandenburg, Sachsen, Hessen sollen unter dem König von Preußen vereinigt werden. Alle sollten eine große

Conföderation bilden zum Zweck gegenseitiger Garantie und Vertheidigung unter einem wählbaren Kaiser, welcher von den kaiserlichen Rechten nur so viel behalten soll, als mit den neuen Zuständen vereinbar wäre. Drei Reichscollegien sollen formirt werden: das erste bestehend aus den drei Oberhäuptern der genannten Gruppen, das zweite aus den alten Kurfürsten des Reiches, Baiern, Böhmen, Sachsen, Brandenburg ohne ein geistliches Mitglied, dagegen vermehrt durch Braunschweig, welches an die Stelle von Hannover treten würde, Hessen, Würtemberg, Baden, Würzburg, vielleicht auch, wenn man wolle, durch Mecklenburg und Holstein; das dritte, das Fürstencollegium, in Gemäßheit des Reichsdeputationshauptschlusses mit Heranziehung der Grafen und Herren in Kurien. Die Hauptveränderung würde danach die Ausbildung des Kurfürstencollegiums nach Maßgabe der Reichsverfassung ausmachen; das Kaiserthum würde durch die Oberhäupter der Conföderationen auf's Neue beschränkt und das Ganze überhaupt mehr die Gestalt eines Bundes gewonnen, als ein Reich gebildet haben. Die Souveränetät der Fürsten sollte anerkannt werden, jedoch mit Vorbehalt der Verpflichtungen gegen die Conföderation und ihren Direktor. Durch diesen soll besonders die Bewaffnung geregelt werden: man wird eine Matrikel aufstellen. Die Truppen werden unter jeder Direktion nach dem Muster der Direktorialtruppen eingerichtet werden. Der Direktor soll auch die allgemeine Polizei leiten. In jedem Kreise soll unter derselben Direktion ein oberstes Appellationsgericht eingerichtet werden. Die Reichsgerichte, die Reichslehen und besonders die Erzkanzlerwürde sollen aufhören. Alle Maßregeln zu gemeinschaftlicher Vertheidigung werden in den Kreisen besprochen und vorläufig regulirt. Die drei Conföderationen werden durch Kaiser und Reichstag zusammenberufen, zu gemeinschaftlichen Zwecken, z. B. für einen Reichskrieg. Der Reichsadel soll diejenigen Rechte behalten, die nicht aus dem Souveränetätsrecht herfließen. Jeder Stand soll das Recht haben, wenn er will, sich einem anderen zu unterwerfen. Um diese und alle damit zusammenhängenden Veränderungen

durchzuführen, würde eine Reichsdeputation zu bilden sein. Indem man Alles entfernte, was dem alten Reiche charakteristisch gewesen war, suchte man die Einheit desselben durch eine Bundesorganisation herbeizuführen. Es leuchtet ein, daß dabei Preußen in den Vordergrund getreten wäre; die österreichische Conföderation würde eben nur Oesterreich, die baierische Baiern und Schwaben umfaßt, Preußen dagegen würde die übrigen drei Kreise unter seine Direktion genommen haben, namentlich die beiden großen Nachbarfürstenthümer Sachsen und Hessen. Hauptsächlich auf diese Verstärkung Preußens in Norddeutschland war und blieb es abgesehen. Auch für den allgemeinen Gegensatz, in welchem die Welt sich bewegte, hat dieser Entwurf Bedeutung: denn wenn die Dinge in dem eingeschlagenen Wege fortgingen, so war die Herrschaft der revolutionären Monarchie und der Usurpation mit Bestimmtheit vorauszusehen. Die Behauptung eines deutschen Reichsverbandes würde dem Allen der Natur der Sache nach einen Damm entgegengesetzt haben. Die alte Verfassung hatte nach dem Fall von Oesterreich nun einmal keine Aussicht wiederhergestellt zu werden. Die Idee der drei Conföderationen, welche die Rechte der Fürsten und des Adels zwar beschränkte, aber doch aufrecht erhielt, würde Allem eine mehr conservative Gestalt gegeben haben. Die Vorschläge entsprachen den Ansichten, welche Hardenberg schon in seiner Jugend gefaßt hatte, einige davon sind schon in dem Reisetagebuch angedeutet: sie waren reformistischer, aber doch auch conservativer Natur, und erhielten die Nationalität ungeschmälert.

Bei dieser Tragweite der Propositionen darf man sich aber doch verwundern, daß sie dem Kaiser Napoleon in dem Momente seiner vollen Uebermacht vorgelegt zu werden bestimmt waren. So sehr täuschte man sich nicht, daß man gemeint hätte, den Plan ohne seine Theilnahme durchzuführen; er gehörte zu dem Ideenkreise, der bei der Annahme des Schönbrunner Vertrages vorwaltete. Man glaubte, mit Frankreich im Bunde eine starke Stellung in Deutschland nehmen zu können und die Theilnahme Frankreichs für den vorgelegten Entwurf zu gewinnen. Gesetzlich würde dies keinen

unmittelbaren Einfluß ausgeübt haben. Gestützt auf eine solche Organisation und zugleich auf die Annahme der Modifikationen des Vertrags vom 15. Dezember, würde für Preußen noch immer eine selbständige Stellung und ein großes Machtgebiet gerettet worden sein. In einer ganz anderen Richtung bewegten sich die Ideen Napoleons. Er war weit entfernt, seine Truppen aus Deutschland abrücken und über den Rhein zurückkehren zu lassen, so oft er es auch versprochen hatte. Er brachte damals Kehl, Cassel und andere Punkte auf dem rechten Rheinufer unmittelbar in seine Gewalt. Wesel, das an Berg kommen sollte, welches von den preußischen Staatsmännern noch immer als zu Deutschland gehörig betrachtet wurde, vereinigte er mit dem französischen Reiche. Aber überdies hatten ihm seine Siege nicht allein, sondern die Bundesgenossenschaften, die er in dem Kriege geschlossen, zahlreiche und mächtige Anhänger in dem inneren Deutschland verschafft. Baiern und Würtemberg, die ihre Kronen, Baden, das den Kurfürstenhut ihm verdankte, meinten ohne den Schutz seiner Uebermacht nicht bestehen zu können. Der Coalition, die sich noch immer regte, und dem schwankenden Verhalten Preußens gegenüber erblickten sie die Stütze ihrer Existenz nur in dem französischen Imperator. Die Zeit war gekommen, wo man die alte französische Idee, den germanischen Körper von den beiden deutschen Mächten loszureißen und mit Frankreich zu vereinigen, zur Ausführung bringen konnte. Wie Napoleon, wenn wir daran nochmals erinnern dürfen, dem Beispiel der französischen Könige gemäß, Hannover in Besitz genommen hatte, um Krieg gegen England zu führen: so hatte nun die Fortsetzung dieses Krieges — denn in Oesterreich wurde, wie ganz anders als im siebenjährigen Kriege, der Verbündete Englands bekämpft — zu einer engen Verbindung der dieser Macht entgegengesetzten deutschen Fürsten zweiten Ranges mit Frankreich geführt. Wie hätte Napoleon nur daran denken sollen, die Position aufzugeben, die ihm das Glück seiner Waffen verschafft hatte? Wie hätte er den deutschen Kaiser bestehen lassen sollen, dessen legale Macht ihm nothwendig

alle Zeit entgegentreten mußte, oder gar einen Entwurf billigen können, der die entscheidende Gewalt in die Hände von Preußen gebracht haben würde? Aus dem Gesichtspunkte späterer Zeiten angesehen, hätte er vielleicht Pläne, wie die Hardenberg'schen waren, acceptiren sollen. Für die Franzosen, als Nation betrachtet, würde es das Rathsamste gewesen sein, nach ihrer revolutionären Umwandlung sich mit den benachbarten Mächten zu verständigen. Aber schon herrschte nicht mehr die nationale Idee vor; eine dynastische, welche die nationale bei weitem hinter sich zurückließ, war in den Vordergrund getreten: sie beruhte auf der ungeheuern Machtentwicklung, welche Napoleon in Folge der Ereignisse jetzt erworben hatte. Von jenen Conföderationen, bei denen Oesterreich und Preußen concurriren sollten, hat er vielleicht nie eine Notiz bekommen. Für ihn war der Abschluß einer eigenen Conföderation der vornehmsten deutschen Fürsten unter seinem Protektorat der nächste Zweck und auf das Leichteste zu erreichen. Es bedurfte nur einer Unterhandlung mit den Abgeordneten der deutschen Staaten, die abhängig von ihm waren; sie waren alle dazu geneigt. Der Mann, der als Erzkanzler zuletzt an der Spitze der Reichsvereinigung gestanden, Dalberg, bot selbst die Hand dazu. Für ihn war kein Platz in einer Conföderation, wie sie Hardenberg vorschlug; er rettete für sich selbst eine einflußreiche unabhängige Existenz, indem er sich unter Napoleon stellte und dessen Entwürfe zu den seinen machte. So entstand die Idee des Rheinbundes, in welchem die Herrschaft des revolutionären, aber monarchischen Frankreichs ihre vornehmste Stütze fand.

Wie nahe wurde hievon die preußische Politik berührt, deren Tendenz immer gewesen war, die deutschen Reichsstände an sich zu knüpfen, den Einfluß Oesterreichs auf dieselben mit ihm zu theilen. Das war eben der Fluch der Entzweiung der beiden Mächte, daß sie gegen eine dritte zu keinem gemeinschaftlichen Widerstande nachhaltig zu vereinigen waren. Der Versuch dazu, dies Mal ernstlich gemeint, war nicht allein mißlungen: er hatte zu einer Nachgiebigkeit Preußens gegen Frankreich geführt, die

zum Theil darin ihren Grund hatte, daß eine Allianz Oesterreichs mit Frankreich in Aussicht trat. Preußen forderte die Entfernung der französischen Truppen vom deutschen Gebiete, aber es wäre doch nicht fähig gewesen, dieselbe zu erzwingen. Der Gesichtspunkt, welchen es dem gegenüber faßte, war nun, die benachbarten Reichsstände zu einer nordischen Conföderation zu vereinigen, unter der Protektion von Preußen.

Haugwitz brachte aus Paris den Eindruck zurück, daß Napoleon dies Vorhaben nicht allein nicht mißbillige, sondern es unterstützen werde. Er nahm die Direktion der Geschäfte wieder ausschließlich in die Hand, immer in der Zuversicht, daß er auch jetzt unter den veränderten Umständen die Machtstellung Preußens behaupten werde. Er galt und gilt für leichtsinnig: sein Leichtsinn liegt darin, daß er die großen Momente der Dinge, welche unabhängig von allen augenblicklichen Abmachungen die Weltlage beherrschen, nicht erkannte oder doch nicht beachtete. Er trat durch seinen Dezembervertrag in Allianz mit einem Prinzip, welches aller Unabhängigkeit der Mächte, namentlich der preußischen, entgegen war und entgegen sein mußte. Ohne dies zu erwägen glaubte er noch immer an die Freundschaft Napoleons, wenn die preußische Regierung ihm nur nicht Anlaß gebe, die Anhänglichkeit an seine Sache zu bezweifeln. Er ist hierin soweit als möglich gegangen; daß man in Folge des Februarvertrages die norddeutschen Häfen dem englischen Handel schloß, brachte in dem Lande eine unangenehme Aufregung hervor. Haugwitz überredete sich, daß Napoleon, wenn er diese Wirkung wahrnehme, aufhören werde, auf Maßregeln zu bestehen, die dem preußischen Commerz so nachtheilig seien: denn schon werde er inne, daß die öffentliche Meinung in Preußen sich gegen ihn kehre. Er werde in Anbetracht der Macht, welche der öffentlichen Meinung jetzt zukomme — eigentlich zum Verdruß des Ministers, der das mißbilligte — darauf denken, diese üble Stimmung nicht überhand nehmen zu lassen.

Noch wurde Haugwitz damals von seinen Illusionen beherrscht,

allein zwei Monate später ist er davon zurückgekommen. Was ihm die Augen öffnete, war vor Allem der Versuch Napoleons, Hessen und Sachsen an sich zu ziehen. In einer Denkschrift vom Juli heißt es: Napoleon beherrsche Italien, Holland, Süddeutschland; Oesterreich sei bei Seite gedrängt. Um Preußen vollkommen zu isoliren, suche er nun auch, die beiden Staaten, die mit Preußen auf's Genaueste zusammenhängen, Hessen und Sachsen von demselben zu trennen; wenn es mit Hessen gelinge, so werde Sachsen nicht lange widerstreben. Im Gegensatz hiemit nahm Haugwitz um so ernstlicher auf eine Conföderation von Norddeutschland Bedacht, zu der Hessen, Sachsen, Mecklenburg und Oldenburg herbeigezogen werden müßten. Preußen in seinem norddeutschen System angreifen, heiße seine Macht selbst angreifen. Man könne nicht wissen, wie weit es führen werde, wenn ein solcher Versuch gelinge. So hoch man auch die Allianz mit Frankreich stellen möge, so werde sie doch um diesen Preis zu theuer erkauft: selbst ein unglücklicher Krieg würde nicht verderblicher sein. Bereits faßte der Minister die Möglichkeit eines Kampfes mit Frankreich in's Auge, für welchen die eigene Kraft und eine Verbindung mit England und den nordischen Reichen, vor Allem mit Rußland, die Mittel darbieten werden [1]). Er giebt den Rath, sich für's Erste noch ruhig zu verhalten, namentlich auch in Westfalen, und jenes Bündniß vorzubereiten, bis die Zeit zur Auseinandersetzung mit Napoleon gekommen sei, welche dahin zielen müsse, die Unabhängigkeit von Preußen zu behaupten. Besonders müsse man warten, bis Napoleon den größten Theil seiner Soldaten aus Deutschland entfernt habe. Die noch auf dem Kriegsfuß befindlichen preußischen Truppen berechnet er auf 80,000 Mann. Er schlägt vor, sobald es nöthig werde, die eine Hälfte nach Sachsen, die andere nach Hessen vorzuschicken: dann würden, mit

1) Tandis que dans une lutte vigoureuse, si la Prusse y était forcée, elle aurait pour elle, outre ses forces imposantes, celles de ses confédérés, le puissant secours de la Russie, probablement la Suède et le Danemark, peut-être même l'Autriche et les moyens de l'Angleterre.

den Eingeborenen vereinigt, an jeder Stelle 60,000 Mann trefflicher Truppen sich dem ersten Einbruch der Franzosen entgegensetzen können. Man werde dann die Truppen der Marken und Pommerns nicht mehr gegen Schweden brauchen, sondern im Stande sein, Schweden selbst zu dem System herbeizuziehen.

Die Gelegenheit zur Explikation werde die bevorstehende Aufforderung Napoleons, die Verwandlung Hollands in ein Königreich zu garantiren, darbieten. Man müsse dann die Uebergriffe des Herzogs von Berg in die benachbarten Gebiete hervorheben, über die man bisher sich vergebens beklagt habe; ferner das Stillschweigen, das Napoleon in Bezug auf seine Einrichtungen in Süddeutschland beobachte: die Anerkennung des zu schließenden norddeutschen Bundes müsse der Preis für die Anerkennung des Königreichs Holland sein.

Wenn nun in alle Dem die Machtstellung Preußens in Norddeutschland den vornehmsten Gesichtspunkt bildete, so fiel besonders das Verhältniß von Hannover ins Gewicht, dessen Besitz für die geographische Position von Preußen unentbehrlich erschien, aber noch keineswegs gesichert war.

Auf eine Bemerkung des Königs hierüber — denn man vernahm, daß England bei einem allgemeinen Frieden die Rückgabe Hannovers fordern werde — hatte Haugwitz erwidert[1]): es liege in der Natur der Sache, daß England, um Preußen in Furcht zu halten, die Erklärung gebe, es werde nie gutwillig auf Hannover Verzicht leisten. So verhalte es sich allerdings, daß Preußen erst bei einem allgemeinen Frieden einen legalen Titel für diesen Besitz erlangen könne; einzig auf das Verhältniß zu Frankreich könne derselbe begründet werden. Man wende ein, daß Frankreich dem König von Preußen dadurch Waffen gegen sich selbst in die Hand gebe. Und wohl möge Napoleon sich durch die Abtretung Hannovers einen momentanen Tadel in Frankreich zugezogen haben, doch sei es ihm Ernst damit: denn er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß eine neue Coalition ohne

1) Es war noch im Mai 1806.

Theilnahme von Preußen unmöglich sei. Könne er sich auf die Freundschaft von Preußen verlassen, so werde er den Krieg so lange fortsetzen, bis der Besitz von Hannover für Preußen unwiderruflich festgesetzt sei. Der preußische Minister hatte vollkommen Recht, daß Napoleon durch die Ueberlassung Hannovers an Preußen vor einer künftigen Coalition sich hatte sichern wollen: denn die Besitznahme Hannovers machte ein Einverständniß zwischen Preußen und England unmöglich. Aber wie nun dann, wenn Frankreich einer künftigen Coalition dadurch zuvorkam, daß es mit England selbst in Verständniß trat. Konnte es denn nicht dahin kommen, daß es seine Abtretung widerrief und Hannover an den König von Großbritannien zurückzugeben einwilligte? Gleich bei den ersten Schritten einer ernstlichen Friedensunterhandlung mit England ist davon die Rede gewesen. Um derselben mehr Leben zu verschaffen, wendete sich Talleyrand an einen der vor Kurzen freigegebenen Engländer, Lord Yarmouth. Er sprach mit ihm über die Mittel der Versöhnung zwischen England und Frankreich, unter der Bedingung jedoch, daß Alles geheim bleibe, wenn man nicht zum Ziele gelange. Yarmouth, ein alter Tory, erwiderte, daß er sich auf keine Negotiation einlassen dürfe, die zu einem Frieden führen könne, gegen den er im Parlament selbst stimmen müsse; er verlangte die Zusicherung, daß sein Herr, der König von Großbritannien in seine deutschen Besitzungen, namentlich in Hannover wieder eingesetzt werde. Talleyrand scheute vor dieser Forderung zurück; denn offenbar war es doch, daß ein Zugeständniß dieser Art den Verpflichtungen, die man gegen Preußen übernommen hatte, entgegenlief. Allein nach einer Unterbrechung von mehreren Tagen trat Talleyrand mit der Bemerkung hervor, daß die Sache von Hannover keine Schwierigkeiten machen werde[1]. Man kann nicht anders, als annehmen, daß er mit dem Kaiser Rücksprache genommen hatte, der damals in einer Pacifikation mit England ein so großes Interesse sah, daß er darüber sein Verhältniß zu Preußen

1) Le Hanovre ne ferait pas de difficulté.

hintansetzte. Die Hauptsache, auf die es ankam, war immer eine Verständigung in den maritimen Angelegenheiten. Napoleon hatte nichts dagegen, daß England das Kap erwerbe, wiewohl es Ostindiens dadurch völlig Meister werde. In Indien eine Gegenwirkung zu versuchen, davon stand er damals nach Allem, was dort geschehen war, ab. Was ihn am meisten beschäftigte, war der Zustand der Dinge im Mittelmeer, namentlich das Verhältniß von Sicilien und Malta. Er meinte: es hänge nur von ihm ab, sich Siciliens zu bemächtigen; wenn er aber darauf Verzicht leiste und Sicilien in den Händen der bourbonischen Dynastie lasse, so fürchtete er, die Engländer würden die Herrschaft über diese Insel ausüben; sollten sie zugleich im Besitze von Malta bleiben, so würden sie in den Stand kommen, den Verkehr der Franzosen mit dem adriatischen Meer und Konstantinopel auf alle Zeiten zu verhindern. Er verlangte die Herausgabe von Malta; in diesem Falle würde er Sicilien dem Sohne des Königs von Neapel überlassen, mit der Bedingung jedoch, daß er keine englischen Streitkräfte auf der Insel ansammeln dürfe. Er hoffte, damit zugleich Rußland zu befriedigen, wenn nur Malta von den Engländern aufgegeben werde. Hier also war der Knoten der Unterhandlung. Konnte aber, so dürfte man fragen, wirklich die Erwartung gehegt werden, daß England jene große Position aufgeben würde? Napoleon, der die englische Politik von der englisch-hannövrischen nicht unterschied, hielt das für möglich, wenn er dem König von England Hannover zurückgebe, worüber man sich jedoch — sagte er — mit Preußen verständigen müsse [1]). Noch war Preußen nicht allein in vollständiger Unkunde darüber; von französischer Seite wurde es vielmehr versichert, daß man in der hannöverschen Sache stets auf seiner Seite sein werde.

1) Je ne m'étendrais pas trop sur la question du Hanovre. Ce serait alors une question à arranger avec la Prusse. Jamais je ne pourrais m'engager à autre chose qu' à interposer mon influence. Note pour le ministre des relations extérieures. Saint-Cloud, 4 juillet 1806. Correspondance, t. XII 628. (n° 10,448.)

Napoleon wünschte den Frieden mit England; aber er glaubte, denselben dadurch zu befördern, daß sich Preußen mit ihm gegen England alliire. Dazu sollten die Feindseligkeiten, welche der englische Handel in der Nordsee erfuhr, mitwirken. Napoleon dachte damals sogar an eine Schließung des Sundes für die englische Marine. Die Preußen von ihm aufgezwungene Feindschaft gegen England sollte ihm dazu dienen, den Engländern die vorwaltende Macht von Frankreich zum Bewußtsein zu bringen. Das war die Summe der untergeordneten Stellung, in die er Preußen gebracht hatte, daß er diesen Staat zum Krieg gegen England veranlaßte und dabei doch daran dachte, den demselben eingeräumten Besitz als eine Compensation für England zu benutzen.

In dem Laufe der Unterhandlungen, die dann zwischen General Clarke und Lord Yarmouth gepflogen worden sind, ist man in der That zu einem vorläufigen Abkommen gelangt. Darin ist vor Allem die Anerkennung des damaligen französischen Empire und der neuen Königreiche, mit denen es sich umgab, enthalten: Sicilien sollte französisch werden, Malta den Engländern verbleiben. Dabei ist nun auch Hannovers gedacht worden. Im 7. Artikel des Entwurfes heißt es, daß Napoleon den König von Großbritannien als Souverän von Hannover anerkenne; in den geheimen Artikeln wird stipulirt, daß der König von England den Titel als Großherzog oder König von Hannover annehmen könne. Es war nicht gradehin auf eine Beraubung Preußens abgesehen. In den Gegenbemerkungen zu dem Entwurfe von Napoleons Hand findet sich, daß sich England und Frankreich vereinigen sollen, um dem König von Preußen eine Schadloshaltung in der Nähe seiner Staaten zu verschaffen, die 400,000 Unterthanen umfassen solle. Dergestalt wurde über den Besitz, welchen Napoleon dem König von Preußen aufgedrungen hatte, auf's Neue verfügt, ohne daß dieser über seine Beistimmung befragt worden wäre. Im System Napoleons lag darin kein Widerspruch: denn er hatte durch die Uebertragung des Landes

an Preußen für England einen Beweggrund mehr zum Frieden schaffen wollen; jetzt aber glaubte er durch Zurückgabe Hannovers den Frieden mit England um so sicherer zu Stande bringen zu können. Man muß gestehen, Alles war noch sehr eventuell: denn wer konnte sich die Schwierigkeiten verbergen, die sich einem Frieden zwischen Frankreich und England überhaupt entgegensetzten? Aber die Negociation an sich enthielt einen Beweis von Mißachtung gegen Preußen. Wie die Verhandlungen mit Rußland zeigen, kam es dem König von Preußen bei der Erwerbung von Hannover nicht auf ein paar Hunderttausend Unterthanen mehr oder weniger an, sondern auf die geographische Lage des Landes, dessen Besitz dem König und den preußischen Staatsministern als eine Bedingung ihrer Macht erschien. Die größte Beleidigung nicht allein in Bezug auf den damaligen Bestand des preußischen Staates, sondern auch, wenn wir so sagen dürfen, in Bezug auf seine Idee lag darin, wenn Napoleon, ohne den König von Preußen zu Rathe zu ziehen, über Hannover verfügte, gleich als könne er mit Bestimmtheit darauf zählen, daß Preußen seinen Intentionen, welche sie auch sein mochten, keinen Widerstand entgegensetzen werde. In Wahrheit verlor Preußen den Rang einer großen Macht, wenn Frankreich und England ohne sein Zuthun über ein Land, das in seinem Besitz war, Uebereinkunft trafen. Man war von einer solchen noch weit entfernt. Der Plan enthielt, in wie fern er die beiden Direktionen der englischen Politik vermischte, sogar etwas Unausführbares. Dazu aber mußte die Negociation darüber doch führen, daß das preußische Kabinet die Unhaltbarkeit seiner Lage in den europäischen Angelegenheiten einsah, zumal da es eben damals durch die Stiftung des Rheinbundes seinen alten Rang in Deutschland einbüßte.

Nach keiner Seite hin genoß Preußen die Rücksicht, die es in Anspruch nehmen durfte. Hardenberg faßte einmal den Inhalt der ihm mitgetheilten Depeschen folgendergestalt zusammen: Preußen werde von Rußland geschont, weil es sonst sich leicht ganz an

Frankreich anschließen könne; dennoch sei das Verhältniß auch wieder zweifelhaft: denn Rußland wolle sich nicht mit Schweden entzweien, das durch einen unbedingten Uebertritt zu den Ideen der Coalition in eine Art von Kriegszustand gegen die Politik Friedrich Wilhelm III. gerathen war. England fahre in seinen gewaltsamen Maßregeln gegen Preußen fort, aller Vorstellungen des preußischen Gesandten ungeachtet; es reize Schweden und Rußland gegen dieses Land auf und verspreche denselben Subsidien. Indem Preußen aus Rücksicht auf Rußland alle mögliche Moderation gegen Schweden beweise, erscheine es schwach, auch gegen diese kleine Macht, die ihm Trotz biete. Frankreich gebe dem preußischen Hofe keine Nachricht über seine Verhandlungen mit England und mit Rußland. Man werde von dort mit Verachtung behandelt. Auch in den Streitigkeiten mit dem Herzog von Berg über den Besitz einiger Abteien weiche Preußen zurück: Blücher habe soeben den Befehl erhalten, sie zu verlassen. Bei alle dem beklage sich Talleyrand mit Bitterkeit über den Mangel an Rücksicht, welchen Preußen in seinen Verhältnissen zu Frankreich an den Tag lege. Napoleon mache sich zum Meister des südlichen Deutschlands: durch Berg und Holland beherrsche er die Grenzbezirke des nördlichen; er suche Hessen in seine Conföderation zu ziehen. Wo bleiben da, fragt Hardenberg, die Früchte, die Vortheile der beiden Reisen, die Graf Haugwitz unternommen; der beiden Verträge, die er geschlossen hat. Haugwitz lebte in der Vorstellung, daß Alles davon abhänge, Freundschaft gegen Napoleon zu zeigen und ihn nicht zu reizen. Er hatte keine Ahnung davon, daß Napoleon nur seinen großen politischen Intentionen folge, ohne sich im Mindesten um die Gesinnungen Preußens zu kümmern, das er gefesselt zu haben meinte. Die allgemeine Combination, welche allen Verhältnissen zu Grunde lag, war dem preußischen Minister lange hin ein Geheimniß.

Achtzehntes Capitel.

Verhandlungen mit Rußland im Frühjahr und Sommer 1806.

Wurde nun das Verhältniß zu Frankreich von Tage zu Tage unhaltbarer und für das Selbstgefühl des Staates unerträglicher, so kam es umsomehr auf jenen Rückhalt an, den man sich in Rußland zu sichern gedacht hatte. Noch gingen die Verhandlungen über die gegenseitigen Deklarationen fort. Es war Sorge dafür getragen, daß das Geheimniß unverbrüchlich gehalten werden konnte. Indem Hardenberg sich auf sein Gut Tempelberg zurückzog, anscheinend um zunächst keinen Antheil an den öffentlichen Geschäften zu nehmen, war ihm ein solches zugefallen, welches die größte Bedeutung in sich trug. Ebenso wurde für den russischen Gesandten, Alopäus, welcher von Alexander in das Geheimniß gezogen war, die Erlaubniß ausgewirkt, sich von Berlin zu entfernen; scheinbar ohne allen Antheil an den Geschäften, nahm Alopäus seinen Aufenthalt in Friedrichsfelde, nicht gar weit von Tempelberg. Zwischen den beiden quiescirenden Ministern waltete nun der regste Verkehr in Bezug auf das geheime Verständniß ob.

Um den König von Zeit zu Zeit ohne Einmischung dritter Personen sprechen zu können, nahm Hardenberg die Vermittelung der Königin in Anspruch, die denn dazu gern die Hand bot. Hauptsächlich darin bestand der politische Einfluß, den Königin Louise ausübte; sie hielt sich immer in Kunde der Verhandlungen mit Rußland in der Ueberzeugung, daß diese rath=

sam und selbst unentbehrlich wären. Wenn der König offiziell auf dem von Haugwitz gebahnten Wege zu arbeiten fortfuhr, so neigte sich die Königin zu Hardenberg, der die Fäden der geheimen Unterhandlung in seiner Hand hielt. Noch aber hatte diese nicht zu völligem Einverständniß geführt: denn an der preußischen Politik, wie sie in Folge der letzten Verträge mit Frankreich geworden war, nahm Rußland, das an seinem Bündniß mit England festhielt, nicht geringen Anstoß. Der russische Minister Czartoryski wenigstens legte vielen Werth darauf, daß die Haltung des Kaisers trotz der neuen Landeserwerbungen Preußens keine Aenderung erfahren habe. Wenn nun aber Preußen die Dazwischenkunft Rußlands bei England fordere, um sein Verhalten zu entschuldigen: welchen Grund dafür könne Rußland haben? Die indeß erfolgte Schließung der Flußmündungen habe noch mehr auf sich, als die Besitznahme von Hannover allein: sie sei gegen die englische Nation gerichtet; sie störe den Handel des Nordens überhaupt, dessen Freiheit Alexander doch vorbehalten habe. Rußland könne bei England nichts thun; aber das gute Verhältniß, in welches sich Fox zu dem preußischen Gesandten, Jakobi, gesetzt habe, lasse der Hoffnung Raum, daß England selbst daran denken werde, Preußen zu schonen.

Die maritime Feindseligkeit zwischen Preußen und England bildete insofern eine sehr erhebliche Schwierigkeit, als auch die anderen Mächte davon berührt wurden, namentlich da England die Absicht blicken ließ, eine Eskadre in die Ostsee zu schicken, um einen oder den andern preußischen Hafen zu schließen, was Rußland nicht zugeben konnte, weil es eine fremde Flotte in der Ostsee nicht zuzulassen zu seinem Grundsatz gemacht hatte.

Alexander suchte die Entrüstung Englands über das, was geschehen war, zu mildern; forderte aber Preußen auf, dem englischen Handel keine neuen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, weil sich sonst die Repressalien verdoppeln würden; nur alsdann könne der russische Hof etwas ausrichten. Auch die Besitznahme

von Hannover kam bei diesen Erörterungen sehr ernstlich zur Sprache. Lord Gower hatte in einer an das russische Cabinet gerichteten Note auf ein früheres Versprechen, welches Preußen in St. Petersburg gegeben habe, sich Hannovers nie ohne Einwilligung seines legitimen Souveräns zu bemächtigen, Bezug genommen. Der russische Hof konnte wohl eine einstweilige Besitznahme, nicht aber eine definitive gutheißen, wie sie in dem letzten Vertrage mit Napoleon ausgesprochen war. Eine solche aber suchte Preußen grade durch eine Dazwischenkunft Rußlands zur Anerkennung zu bringen.

Czartoryski machte den Vorschlag, das geheime Verständniß Rußlands und Preußens an Fox mitzutheilen, weil derselbe sich gefügiger zeigen werde, wenn er ein allgemeines System angenommen sehe. Hardenberg ging darauf nicht ein: denn man kenne die Indiskretion der Engländer, die sich bei ihrer parlamentarischen Verfassung nicht vermeiden lasse [1]).

Der König adoptirte die Ansicht Hardenbergs. Es mußte also dabei bleiben, zuerst Rußland für sich selbst zur Billigung der Besitznahme Hannovers zu vermögen. Hardenberg säumte nicht, dem Könige das Interesse, das Rußland hiebei habe, in Erinnerung zu bringen [2]). In St. Petersburg, sagte er, fürchte man eine Ausdehnung der maritimen Verabredungen Napoleons mit Preußen über den Norden [3]). Wird der König — so frage man — eine peremtorische Forderung Napoleons in dieser Hinsicht ablehnen? Rußland könne nicht dulden, daß Frankreich auf Däne-

1) La confidence à faire au sieur Fox me paraît très dangereuse, surtout dans les circonstances du moment, parce que les Anglais s'expliquent en plein Parlement et dans leurs gazettes avec une très grande indiscrétion sur les négociations les plus secrètes. Vergl. Bd. III, 6.

2) Schreiben an den König vom 11. Mai 1806, a. a. O.

3) Le roi s'opposera-t-il à toute demande péremptoire qui lui sera faite dans ce sens par la France, et la conviction qu'il sera impossible à la Russie de laisser toucher au Danemark, à la Poméranie Suédoise et au Mecklenbourg sera-t-elle assez intime et assez puissante pour faire préférer au Roi de secouer le joug qui lui est imposé à faire naître des sujets de contestation avec la Russie?

mark, Mecklenburg, Schwedisch=Pommern einen überwiegenden Einfluß gewinne; aber es glaube, der König werde von Frankreich gezwungen werden, einer solchen Forderung Gehör zu geben. Dieser Betrachtung setzte man von Seiten Preußens die Behauptung entgegen, daß Rußland selbst ein Interesse habe, Hannover in preußischen Händen zu sehen. Ohne den Besitz Hannovers werde Preußen sich den Franzosen nicht entgegenstellen können. Daß Preußen Hannover besitze, sei im Interesse aller Mächte, ausgenommen Englands: denn diesem erwachse in seinem maritimen Streite mit Frankreich aus der Herrschaft über Hannover der Vortheil, daß es auf dem Continent ein Land gebe, über dessen Besitz Frankreich mit den continentalen Mächten in Differenz gerathe. Selbst wenn Frankreich, was sehr möglich sei, dies Land dem König von England zurückgeben wolle, so würde es doch für Rußland vortheilhaft sein, Hannover für Preußen zu conserviren. Je mehr sich Preußen an Rußland anschließe, desto mehr habe Napoleon Grund, Hannover an England zurückzugeben.

König Friedrich Wilhelm III. gab die Hoffnung nicht auf, daß der allgemeine Friede ihm aus politischen Gründen den Besitz von Hannover bestätigen werde. Noch sträubte sich das russische Kabinet dagegen, da die Verbindung der Mächte vor Allem die Aufrechterhaltung des Eigenthums einer jeden zum Zwecke habe; es legte Nachdruck darauf, daß, wenn Preußen bei dem allgemeinen Frieden Hannover zurückgebe, es eine Entschädigung für die an Frankreich gemachten Abtretungen erhalten werde[1]). Damit aber wurde der Kern der Frage nicht berührt. Denn vor allem Anderen war es doch der militärisch=politische Moment, der in dem Besitz von Hannover lag, was Preußen veranlaßte, auf denselben zu bestehen. Hätte die Verbindung Großbritanniens mit Hannover dahin ge=

1) Il n'y a rien qui puisse empêcher la Prusse de donner secrètement l'assurance qu' à la paix générale elle ne se refusera pas à restituer le Hanovre à son légitime souverain, bien entendu que l'on tâcherait de lui faire rendre les provinces qu'elle a cédées à la France ou à la Bavière ou au moins une indemnisation complète.

führt, daß dieses Land um so kräftiger gegen die Franzosen vertheidigt worden wäre, was im siebenjährigen Kriege geschehen war, trotz aller der Schwierigkeiten, die es schon damals hatte; so würde Friedrich Wilhelm III. so wenig auf den Besitz von Hannover gedrungen haben, wie einst Friedrich II. Er war durch die Nothwendigkeit, eine feste Position in Norddeutschland zu behaupten, zu der Besitznahme Hannovers veranlaßt worden, und suchte nun durch die Dazwischenkunft Rußlands die Einwilligung des Königs von England, die seinen Besitz legitim gemacht haben würde, zu erlangen. Wir erfahren, daß diese Erwägungen, die aus der allgemeinen Lage der Weltverhältnisse entsprangen, in dieser Epoche in England selbst Eingang gefunden hatten. Die englischen Minister legten sich die Frage vor, ob es rathsamer sei, Hannover den Franzosen zu überlassen oder es dem Schutze von Preußen nochmals anzuvertrauen. Sie entschieden sich für das letzte: denn ohne Zweifel werde Napoleon, wenn er Hannover besitze, es dazu benutzen, um die ganze Nordseeküste durch seine Autorität zu beherrschen. Da die Sache aber das Kurfürstenthum betraf: so mußten die englischen Minister bei dem König selbst darüber anfragen. Sie haben das in der That gethan; aber Georg III., voll von seiner alten Eifersucht gegen das Haus Brandenburg, antwortete: er wolle nicht, daß Hannover unter den Schutz, — sie sagten die Custodie — von Preußen, gerathe[1]). Recht eigen tritt hiebei der Widerstreit zwischen der allgemeinen Politik und dem dynastischen Princip hervor. Dieses kam in dem König-Kurfürsten Georg III. zur Erscheinung, jene in der Tendenz seiner Minister. Am Tage liegt, daß der preußische Besitz von Hannover, wenn er von England genehmigt wurde, dem maritimen Interesse, wie von England so auch von Rußland entsprach: denn von Hannover aus würden die Franzosen die

1) His Majesty's determination is not to enter into any arrangement with Prussia for custody of Hannover. Castlereagh to Harrowby. January 14, 1806, in Correspondance, Dispatches and other papers of Viscount Castlereagh VI, 124.

Küsten der Nordsee mit ihrer Feindseligkeit gegen England erfüllt, und durch die Ausdehnung derselben auch die Ostsee gefährdet haben. Es hat viel Sinn, wenn Friedrich Wilhelm III. seine Schonung der maritimen Interessen Rußlands davon abhängig macht, daß ihm dies zum Austrag mit England behülflich sei. Ausführlich entwickelt Hardenberg einmal den Zustand, welchem Europa entgegen gehe, wenn Frankreich in den Besitz von Hannover wieder gelangen sollte. Wenn Preußen Hannover an Frankreich zurückgäbe, so würde die Macht desselben unwiderstehlich werden. Schon bedrohe Napoleon die ottomanische Pforte, um sie seinem Einfluß zu unterwerfen; er verfüge über den schönsten Theil von Deutschland und paralysire Oesterreich. Was würde erfolgen, wenn er nach der Wiedereinnahme von Hannover Hessen, Westfalen, die Hansestädte, Dänemark, endlich die Küsten der Ostsee in Besitz nehme. Um Frankreich zu widerstehen, müsse Preußen Hannover haben; ohne den Besitz desselben sei das unmöglich. Wäre Preußen einmal niedergeworfen und würden dann Unruhen in Polen erweckt, so würde sich Rußland auf seine entlegenen Landschaften beschränkt und seiner allgemeinen Consideration beraubt sehen [1]). Betrachtungen, welche das Kommende im Voraus ergreifen und an sich so einleuchtend sind, daß sie in Rußland Eindruck machen mußten.

Kommen wir nun auf die Deklarationen zurück, so stellte sich auch dabei heraus, daß es für die allgemeine Machtstellung Rußlands von wesentlichem Vortheil war, Preußen auf seiner Seite zu haben. In denselben kamen Bestimmungen vor, welche

1) Déjà elle (la France) dispose de la plus grande et de la plus belle partie de l'Allemagne et paralyse l'Autriche; que serait-ce si, après une conquête facile du Hanovre, entraînant la Hesse, elle s'emparait de toute la Westphalie, des villes Hanséatiques, des États Danois, excepté les îles, des côtes de la Baltique? La Prusse pourrait-elle résister? Et celle-ci renversée, des troubles en Pologne excités, la Russie elle-même n'aurait-elle pas l'alternative d'une lutte dangereuse ou de se retrancher dans ses possesions lointaines et de perdre son influence et sa considération? L'Autriche serait incapable de se relever et de résister. La Saxe serait réduite à suivre le torrent ou à se voir engloutie.

bei den preußischen Staatsmännern mit Recht Bedenken erweckten: keine mehr als die auf die ottomanische Pforte bezügliche. Preußen sollte gegen diese mit Rußland gemeinschaftliche Sache selbst in dem Falle machen, daß der Krieg durch Rußland selbst veranlaßt würde. Der preußische Gesandte in St. Petersburg, Goltz bemerkte: dieser Fall könne eintreten, ehe Preußen gerüstet sei. Wenn aber Preußen in einen solchen Krieg verwickelt werden solle, der nachtheilige Folgen für dasselbe herbeiführen könnte, so müsse man ihm auch einen entsprechenden Vortheil anbieten; jetzt aber trete Rußland sogar von der am 3. November gegebenen Zusicherung zurück, daß es den König von England zur Abtretung von Hannover zu vermögen suchen werde und verspreche nur seine guten Dienste, um einen Bruch mit England zu vermeiden. Das habe nicht viel zu bedeuten, während Frankreich im Falle eines Krieges Preußen mit dem Ruin bedrohe. Man müsse die Verpflichtung vermeiden, an einem Kriege Theil zu nehmen, wenn er von Rußland selbst provocirt werde. Goltz ist der Meinung, daß man sich dennoch mit Rußland verbinden solle; aber man müsse von Rußland entsprechende Zugeständnisse erhalten, und vor Allem Zeit gewinnen, um sich für einen Krieg vorzubereiten [1]. Bei der

1) Le cas est extrêmement embarrassant pour nous, car certes la guerre se rallumera incessamment — mais quand une fois notre position géographique et politique nous place de manière à ne pouvoir plus rester neutre — quand nous sentons déjà, par une suite de notre amitié avec la France, au moins pour notre commerce, tous les maux de la guerre en égard à notre brouillerie avec l'Angleterre et la Suède, sans avoir aucun avantage réel en perspective — quand enfin les papiers publics français même nous annoncent que les intentions de la France ne sont pas sincères à notre égard et qu'on ne nous a présenté l'appas de l'acquisition du Hanovre que pour nous perdre et nous brouiller avec nos meilleurs amis, que risquons-nous de nous ranger positivement du côté de la Russie qui seule a de véritablement bonnes intentions avec nous, qui ne s'opposera pas à ce prix aux acquisitions que nous pourrons désirer de faire, qui seule nous assistera de bien bon cœur — et qui seule par son influence sur le cabinet de St.-James pourra nous procurer des subsides et nous mettre en état de ne pas faire la guerre à nos propres dépens.

offenkundigen Hinneigung des Grafen Haugwitz zu Frankreich bedürfe Rußland einer neuen Versicherung von Seiten Preußens, daß es sich in keine Verpflichtung einlassen werde, die den russischen Interessen entgegenlaufe. Czartoryski forderte eine definitive Erklärung, wie weit Preußen mit Rußland gehen wolle: darauf beruhe das Einverständniß der beiden Staaten [1]. Die Frage gewinnt eine Beziehung zu den universalen Weltverhältnissen, welche die großen Mächte entzweien. Hardenberg erkannte die ganze Tragweite der vorliegenden Entscheidung; er kam auf's Neue darauf zurück, daß der König zwischen Frankreich und Rußland wählen müsse. Wenn er bei der Allianz mit Frankreich verharre, so könne er sich nicht mit Hannover begnügen; er müsse noch ganz andere Erwerbungen fordern, um auch seinerseits formidabel zu sein. Sollte er die Verbindung mit Rußland vorziehen, so sei nichts dringender, als sich zum Widerstand gegen Frankreich bei dem ersten weiteren Uebergriff, den es sich erlaube, zu rüsten, und sich die Hülfe Englands vorzubehalten [2].

Der Artikel der Deklaration, auf den es in Beziehung auf die Pforte ankommt, bestimmt, daß die Neutralität Preußens (zwischen Frankreich und Rußland) nicht statthabe, wenn Rußland die ottomanische Pforte nöthigen wolle, die Verpflichtungen zu erfüllen, welche sie eingegangen, und Frankreich deshalb Krieg gegen Rußland anfange [3]. Es folgte

1) Jusqu' où la Prusse peut aller. La confection ultérieure de cet acte ou de cette convention secrète et sa réalisation prompte et subite est le seul moyen qui nous reste pour maintenir une bonne harmonie avec la Russie.

2) Si V. M. juge à propos de se décider pour le parti de l'alliance avec la Russie, il est d'autant plus urgent de se préparer à opposer une résistance prompte et efficace à la France, à pouvoir agir contre elle avec une force proportionnée à sa grande puissance au premier empiétement qu'elle se permettra de nouveau contre l'indépendance et la dignité de la Prusse et des États du Nord sans exception, de bien conserver les liens avec ceux-ci et surtout avec la Russie et de se ménager la conciliation avec l'Angleterre.

3) Dans le cas que la France attaquât la Russie à la suite des mesures

daraus, daß der Friede mit Frankreich von einem nur das russische Interesse betreffenden Verhalten dieser Macht abhängig wurde. Auf den König scheint jedoch diese Eventualität weniger Eindruck gemacht zu haben, als das unmittelbar vorliegende Verhältniß zu Schwedisch-Pommern [1]). Der König sträubte sich lebhaft gegen die Garantie der schwedischen Besitzungen in Norddeutschland, welche Rußland verlangte. Sie wäre unthunlich, sagte er, bevor der König von Schweden, welcher von Pommern her und zur See eine feindselige Haltung gegen Preußen genommen hatte, zur Vernunft gebracht würde: die guten Dienste von Rußland seien dafür nicht genügend. Nur wenn diese Schwierigkeit hinweggeräumt sei, erklärte er sich bereit, die Deklaration zu unterschreiben. Am 1. Juli unterzeichnete König Friedrich Wilhelm III. die Deklaration mit einem auf die schwedischen Verhältnisse bezüglichen Vorbehalt. Allerdings will er die schwedischen Besitzungen garantiren, aber der Kaiser soll sich verpflichten, den König von Schweden dahin zu bringen, daß er die Vorschläge von Preußen annimmt. Die in die Deklaration eingeschalteten Worte sind zuerst von Hardenberg und Alopäus vereinbart und dann dem König auf's Neue vorgelegt worden.

Wenn der König dergestalt trotz der Einwendungen, die man dagegen gemacht hatte, die Deklaration annahm, so hat er das nur in der Voraussetzung gethan, in dem Besitz von Hannover nicht beeinträchtigt zu werden. In einem Schreiben, mit welchem er die Annahme der Deklaration begleitete, bringt er in Erinnerung, daß, seitdem Frankreich sich Hollands, der festen Plätze am Rhein und eines Theils von Westfalen Meister gemacht, der Besitz von Hannover für Preußen unentbehrlich geworden sei, um seine westlichen Grenzen zu behaupten und seine zerstreuten Gebietstheile

que celle-ci emploierait pour obliger l'Empire Ottoman à remplir les engagements qu'elle a contractés envers elle.

1) Nous garantissons l'intégrité du Nord de l'Allemagne nommément des États des rois de Danemark et de Suède.

einigermaßen zu verbinden. Auch für alle anderen Staaten sei es nothwendig, daß Hannover nicht in eine Hand zurückfalle, die es doch nicht vertheidigen könne; für England selbst wäre es so das Beste. Er spricht die Erwartung aus, daß Rußland ihm bei dem Frieden Hannover verschaffen werde. Alexander wollte sein Wort nicht geradezu dafür verpfänden; doch widersprach er auch nicht. Man traf die Auskunft, daß Hannover in den Deklarationen überhaupt nicht erwähnt wurde. Auch in Bezug auf Schweden fühlte sich Alexander durch sein Verhältniß zu England gebunden. Er gab wenigstens nicht in aller Form nach. Er war nur zu der Erklärung zu bringen, daß er, obwohl er den auf Schweden bezüglichen Artikel nicht billige, doch Alles thun werde, um den Zweck desselben zu erreichen. Die Frage war nun wieder, ob sich der König hiemit begnügen würde. Aber darauf rechnete man mit Bestimmtheit. Man hielt die Deklaration für so gut als angenommen. Alopäus wurde beauftragt, den Herzog von Braunschweig in Kenntniß zu setzen, nur ohne die Aktenstücke in seiner Hand zu lassen; er sollte ihn auffordern, an die militärischen Pläne Hand anzulegen.

Czartoryski schreibt an Hardenberg: er preise sich glücklich, mit ihm zur Verbindung Rußlands und Preußens mitgewirkt zu haben, einer Verbindung, die den Interessen Europas am besten entspräche. Gebe Gott, erwiderte Hardenberg, daß Europa durch unsere Anstrengung vor Schande und Sklaverei geschützt werde.

Noch konnte man in diesem Augenblick auf die Herstellung des allgemeinen Friedens hoffen. Dem englischen Gesandten, der darüber unterhandelte, zur Seite war auch ein russischer Bevollmächtigter, Oubril in Paris erschienen, der auf die damaligen französischen Forderungen einging. Alle in Italien, inbegriffen Neapel, vorgenommenen Aenderungen Napoleons wurden anerkannt. Das Haus Bourbon sollte auch Sizilien verlieren und dafür die Balearen erhalten. Wenn es der vornehmste Wunsch des franzö=

sischen Kaisers war, seine Herrschaft, wie sie nunmehr geworden, zu allgemeiner Anerkennung zu bringen, so war die Accession Rußlands von der größten Bedeutung. Napoleon versprach dagegen die Räumung Deutschlands durch seine Truppen. Auch über die Verhältnisse der beiden Mächte zur Pforte wurden Verabredungen getroffen, die den Frieden zu sichern schienen.

Neunzehntes Capitel.

Regungen der Feindseligkeit gegen Frankreich.

Ich habe nicht mit Bestimmtheit ermitteln können, ob Haugwitz von den geheimen Verhandlungen zwischen Rußland und Preußen wirklich, wie man aus den vorliegenden Dokumenten schließen sollte, keine Kunde gehabt hat; oder ob ihm doch auf indirektem Wege eine solche zugekommen ist. Hatte nicht Haugwitz selbst jene Sendung des Herzogs von Braunschweig, durch welche diese Verbindung überhaupt eingeleitet war, einst in Vorschlag gebracht? Es ist kaum glaublich, daß er von den damals begonnenen Unterhandlungen später nichts erfahren haben soll. Wahr ist es: er nahm keinen offiziellen Antheil an denselben, was daher rühren mag, daß Kaiser Alexander, dem sein Name verhaßt war, sich mit ihm in Verhandlungen, die auf gegenseitigem Vertrauen beruhten, nimmermehr eingelassen haben würde. Nicht allein Alexander, sondern die Welt überhaupt sah in Haugwitz den Repräsentanten der Hinneigungen Preußens zu Frankreich. Alles, was er that und unterließ, wurde nach dieser Voraussetzung beurtheilt; Schritt für Schritt zog er sich den allgemeinen Haß zu. In früheren Zeiten hatte die öffentliche Meinung in Preußen dem Kriege gegen Frankreich widerstrebt; nach alle dem, was geschehen, verlangte sie nach einem solchen. Die Demüthigung des Staates war für die Bevölkerung unerträglich und kam in populären Demonstrationen gegen Haugwitz zur Erscheinung. Ich möchte daran erinnern, daß das Bewußtsein des preußischen Staates als eines über den Partikularitäten der Landschaften

stehenden Ganzen in einem auswärtigen Kriege, in dem Kampfe gegen Schweden im Jahre 1657 erwacht war. Von diesem Anfang aus war der Staat erst zu politischer Größe und unabhängiger Bedeutung gelangt. Noch lebte Alles in Erinnerung an die Politik und Macht des großen Königs. Von einer Nationalität im eigentlichen Sinne war hier nicht die Rede: aber der Staat hatte auch sein Bewußtsein und seinen Enthusiasmus: der erwachte in dem Augenblicke, in welchem wir stehen, im Gegensatz gegen die demüthigende Rolle, die ihm Napoleon aufzwang. Erheben wir uns zu einer allgemeinen Anschauung. Die Macht des revolutionären Frankreichs beruhte auf dem Gesammtgefühl der französischen Nation; das Gesammtgefühl der englischen setzte sich ihm entgegen. In Preußen erschien ein drittes, mit den beiden andern an Umfang nicht zu vergleichen, aber doch stark genug, um nach und nach die Seele des Staates zu werden.

Und nicht allein gegen Haugwitz, sondern auch gegen die wirksamsten Räthe im Kabinet des Königs, namentlich einen derselben, der mit Haugwitz auf das Engste verbunden war, Lombard richtete sich eine allgemeine Indignation. Ihren beredtesten Ausdruck fand dieselbe in einer Denkschrift, welche von dem energischen Minister der Finanzen, Karl Friedrich von Stein, herrührt, und die Unzufriedenheit hervorkehrte, die aus dem Verlust des alten wohlerworbenen Ruhmes und der Gefahr der Nation entspringe, ihre Selbständigkeit und die besten Quellen ihres Nationalreichthums zu verlieren. Nicht bloß dem fremden Einfluß, sondern dem eigenen unzuverlässigen Verhalten schreibt er dies Unheil zu. Man erlebe, daß beschlossene Verträge — er meint den vom 3. November — in dem Augenblicke, daß sie ausgeführt werden sollen, umgestoßen würden: der Staat gerathe dadurch in einen Abgrund von Verderben; die Nation fühle sich in ihrer Unabhängigkeit bedroht, sie verliere ihre Anhänglichkeit an den König und den Thron. Ueber dem ganzen Schriftstück schwebt schon das Gefühl einer mangelnden Staatsverfassung; Stein klagt darüber, daß es keine Stellvertreter der Nation gebe. Aber den Hauptmangel sieht er

doch in der Staatsverwaltung, namentlich in der Macht des Kabinets, welchem sein Verhältniß zu dem König unbedingte Autorität verleihe, so daß dagegen selbst das Ministerium subaltern erscheine: das Kabinet aber bestehe aus Männern, die dieses Vertrauens unwürdig seien. Stein fordert vor Allem eine selbständige Theilnahme der Staatsminister an der höchsten Verwaltung und sodann eine Veränderung in den Persönlichkeiten des Kabinets. Die Denkschrift ist mit Würde geschrieben, voll von religiösem Gefühl und als Manifestation des höchsten Beamtenthums im Gegensatz gegen die im Kabinet vorwaltenden Einflüsse hoch bedeutend. Unmittelbare Wirkungen hatte sie nicht; aber aus den offenkundigen Mängeln entsprungen, welche verderbliche Folgen haben sollten, bildet sie eine Grundlage für spätere Zeiten.

Damals konnte die Erscheinung einer selbständigen öffentlichen Meinung auf den leitenden Minister um so weniger ohne Eindruck bleiben, da er die schlechten Folgen seiner Politik unmittelbar selbst empfand.

Am 1. August 1806 wurde der Abschluß des Rheinbundes in Regensburg angezeigt; Franz II. legte auf Napoleons Forderung die deutsche Kaiserkrone nieder. Was den tiefsten Eindruck auf Haugwitz machte, waren aber die Nachrichten, die Lucchesini über die Pläne Napoleons im Allgemeinen und gegen Preußen im Besonderen gab. Dabei geschah auch des Plans der Rückgabe Hannovers an England Erwähnung, der durch eine Indiskretion Yarmouths bei einem Diner bekannt geworden war. Haugwitz mußte inne werden, daß bei dem Februar-Vertrag, in welchem Napoleon die entschiedene Feindseligkeit Preußens gegen England provocirt, doch die geheime Absicht zu Grunde gelegen hatte, auf Kosten Preußens den Frieden mit England zu schließen. Und wenn Napoleon einmal die bestimmte Erklärung gegeben hatte, daß seinem Rheinbunde gegenüber Preußen eine norddeutsche Confööderation, in welcher Form auch immer, zu Stande bringen möge: so stellte sich doch alle Tage mehr heraus, daß er bereits einer solchen entgegenwirkte. Lucchesini mochte sich Uebertreibungen der

napoleonischen Absichten haben zu Schulden kommen lassen; auf der Höhe der Politik stand er nicht; thatsächlich war doch seine Meldung wohl begründet. Am 5. August war dieselbe eingetroffen. Unter dem Eindruck, den sie machte und der mit den erwähnten Begebenheiten zusammentraf, entschloß sich Haugwitz, dem König die Mobilmachung der Armee anzurathen, was er — denn dieser Fürst selbst war von dem schlechten Erfolg jener Demobilisirung und den Gefahren, in die ihn die Ueberlegenheit seines Nachbars brachte, betroffen — mit leichter Mühe durchsetzte. Ob hiebei nicht das bessere Verständniß mit Rußland mitwirkte, das soeben durch die Deklarationen eingeleitet war? Was den König persönlich anbetrifft, so läßt sich daran meines Erachtens nicht zweifeln, hatte doch Rußland selbst die Mobilmachung in Vorschlag gebracht. Haugwitz aber scheint doch in der That ohne bestimmte Rücksicht darauf zu Werke gegangen zu sein. Er empfing seine Impulse von dem unhaltbaren Verhältniß zu Frankreich und von der öffentlichen Meinung im eigenen Lande; — er erschien wie ein Steuermann, der, von dem Wechsel der Windesströmung getroffen, sich entschließt, den Curs zu ändern.

Die Maßregel machte ein unermeßliches Aufsehen: Niemand konnte sie sich erklären; auch Hardenberg nicht, der statt an den Geschäften Theil zu nehmen, wozu er mehr inneren Beruf hatte als Haugwitz, seine Tage auf einer Badereise nach Lauchstädt zubrachte, bei der er den Vorstellungen der Weimar'schen Bühne mit Vergnügen beiwohnte. Dem französischen Gesandten Laforest, der sein Erstaunen darüber aussprach, gab Haugwitz folgende Erklärung: der König sehe sich auf allen Seiten von französischen Truppen umzingelt; er könne nicht glauben, daß der kriegsbereiten Haltung derselben etwa eine Absicht gegen Oesterreich zu Grunde liege: denn was würde damit das zu schaffen haben, was man an der Ems erlebe, in Cleve, Berg und in Wesel? Napoleon habe die norddeutsche Conföderation zu unterstützen versprochen: man erfahre, daß er insgeheim dagegen arbeite. Der neue König von Baiern strebe nach dem

Besitz von Baireuth; Münster und die Grafschaft Mark werde von Cleve her bedroht, Ostfriesland von Holland. Man höre von Yarmouth, die Herstellung von Hannover an England sei von Frankreich bewilligt: die Armee, welche Preußen umgebe, scheine dazu bestimmt zu sein, ihm dies Opfer aufzulegen. Auch unter den günstigsten Voraussetzungen fühle sich Preußen bedroht und müsse sich in Vertheidigungsstand setzen. Der König sei jedoch bereit, zu entwaffnen, sobald Frankreich ihm genügende Zusicherungen gebe. Kaiser Napoleon möge diese Lage der Dinge in Betracht ziehen und sich unumwunden erklären.

Napoleon bekam das Schreiben Lucchesinis, welches den preußischen Hof in diese Aufregung versetzte, noch ehe es in Berlin angelangt war, in seine Hände. Er sieht darin einen neuen Beweis, daß Lucchesini, den er mit Wegwerfung behandelt, mit Betrug umgehe und Talleyrand zu betrügen wisse; übrigens besuche er nur untergeordnete Gesellschaften und erfahre von nichts. Großen Eindruck auf ihn machte doch die Nachricht von den in Berlin ergriffenen Maßregeln: an Einem Tage seien vierzig Couriere abgegangen, um die Armee auf Kriegsfuß zu setzen.

Man konnte sich nicht darüber täuschen, daß darin eine feindselige Demonstration Preußens gegen Frankreich lag. Nicht allein aber auf das Verhältniß zwischen Frankreich und Preußen kam es jetzt an; in der allgemeinen Politik trat zugleich eine die Welt umfassende Veränderung ein. Der von Oubril zu Stande gebrachte Vertrag setzte Jedermann in Erstaunen. Um ihn zu erklären, nahm man an, einige dieser Abmachungen[1])

1) In einer Depesche vom 21. August 1806 sagt Goltz: wahrscheinlich habe Oubril geglaubt, dem neuen Ministerium werde jede Art von Frieden lieber sein, als Krieg. Schladen (Tagebuch S. 177) behauptet zu wissen, der Vertrag sei eigentlich ein Werk des Kaisers Alexander, der persönlich, durch die Parteien in Petersburg beunruhigt, im Geheimen einen eigenhändigen Briefwechsel mit Oubril geführt und demselben darin Vollmacht ertheilt habe. Als Oubril in Petersburg mit dem Vertrag erschien, entsprach dieser weder den Wünschen der Nation, noch den Intentionen des Kaisers. Der Kaiser bekannte, es sei seine eigne Schuld. In der englischen Deklaration

seien durch ein paar glückliche Schachzüge Talleyrands auf dem Brettspiel der Politik dem russischen Bevollmächtigten abgewonnen worden. Das Motiv, das dieser selbst angab, lag darin, daß Oesterreich wegen der Buchten von Cattaro, die in russische Hände gerathen waren, mit einem neuen Krieg bedroht werde, dem zuvorzukommen er für die Pflicht eines Verbündeten gehalten habe[1]). Eine schicksalsschwangere Frage war nun, ob dieser Vertrag, durch den auch der Frieden in Deutschland gesichert worden wäre, ratificirt werden und bindende Kraft erlangen sollte. In demselben war auch jene große Angelegenheit, über welche zwischen Frankreich und England unterhandelt wurde, das Verhältniß Siciliens entschieden worden; Sicilien sollte definitiv an den Bruder Napoleons übergehen. Keineswegs aber waren die Engländer gesonnen, die Autorität, die sie in Sicilien ausübten, und die für ihre Herrschaft im Mittelmeer den größten Werth hatte, aufzugeben. Charles Fox erklärte sich mit Nachdruck dagegen. Den raschen Abschluß Oubrils betrachtete er als eine Art von Treubruch der Russen und beschwerte sich darüber. Und zuletzt war man in Rußland nicht gemeint, den Vertrag zu ratificiren: denn unter keinen Umständen wollte man sich mit England entzweien. Der Vertrag, dessen Ratifikation ein Eckstein der Größe des napoleonischen Reiches geworden sein würde, fand bei der Rückkehr Oubrils nach St. Petersburg keine Billigung.

Ein neues Ministerium trat ein, welches die alte Freundschaft Englands den in dem Vertrag mit Frankreich stipulirten Concessionen bei weitem vorzog. So geschah es auch in Eng-

vom 21. Oktober 1806 heißt es dagegen: Il fut induit par les artifices de l'ennemi à signer un traité également contraire à l'honneur et aux intérêts de S. M. Imp.

1) Rußland hatte sich mit vieler Mühe Cattaros bemächtigt, welches von Oesterreich an Frankreich hätte übergehen sollen, so daß Napoleon es von den Oesterreichern forderte (Frühjahr 1806). Aus Martens Recueil des traités conclus par la Russie II. S. 504, sollte man schließen, daß dabei eine Connivenz von Oesterreich vorgekommen sei.

land: die Franzosen machten den Engländern neue Vorschläge, die vielleicht der Rücksicht werth gewesen wären: allein die englischen Minister wollten Unterhandlungen nicht fortsetzen, durch welche sie sich von Rußland getrennt haben würden. Die Russen gaben der Nichtratifikation selbst einen aufsehenmachenden Charakter, um England vollkommen von der Wiederaufnahme der alten Verhältnisse zu überzeugen. Neue Vorschläge der Engländer, bei denen aber zugleich die Interessen der Russen berücksichtigt waren, wurden von Napoleon in peremtorischen Ausdrücken verworfen, worauf der englische Gesandte den Befehl erhielt, seine Pässe zu verlangen. Wenn man von Rußland aus noch einmal eine vermittelnde Eröffnung an Napoleon machte, so war man doch überzeugt, daß diese unwirksam, und der Krieg zwischen Rußland und Frankreich unvermeidlich sei.

Noch rechnete Napoleon auf die Ratifikation des Vertrages. Um die Antipathien zu ersticken, gewann er es sogar über sich, wie er in dem erwähnten Vertrage versprochen hatte, den Befehl zur Zurückziehung der französischen Truppen über den Rhein zu geben. Anfang September sollte sich die große Armee hiezu in Bewegung setzen [1].

Wie nun aber, wenn diese Ratifikation nicht erfolgte? Dann mußte der Gegensatz zwischen Frankreich und Rußland um so heftiger ausbrechen, und auch Preußen mußte von diesem Hader betroffen werden; alle Tage wurden die Verhältnisse zwischen Preußen und Frankreich gespannter. Ueber die Mobilmachung der preußischen Armee erklärte sich Napoleon noch nicht unumwunden, aber er gab seinem Gesandten Aufträge, die das Mißtrauen verriethen, von dem er erfüllt war. Den Fortgang der Bewaffnung sollte er nur beobachten: denn man könne Nichts dagegen thun, so lange die Frage über den Oubrilschen Vertrag noch nicht erledigt sei. Wenn sich Preußen hauptsächlich über die Einwirkungen auf Sachsen und Hessen beklagte, so verbot Napoleon, seinem Gesandten darüber irgend welche Auskunft

1) Au maréchal Berthier, 17 août 1806. Corresp. XIII, 98. (nº. 10,660).

zu geben. Dies drohende Verhalten aber erweckte nun wieder in Preußen wachsende Aufregung. Von einem der angesehensten preußischen Generale Rüchel liegt ein Gutachten vor, in welchem der Krieg bereits als eine politische Nothwendigkeit erscheint. Bei aller Meinungsverschiedenheit der Parteien, sagt er, seien sie doch einstimmig in der Ueberzeugung, daß die jetzige Regierung von Frankreich unfähig sei, ihrem politischen System eine gewisse Schranke zu ziehen; sie werde in ihren Bahnen ins Unendliche fortgehen, wenn ihr nicht durch andere Gewalten eine Schranke gezogen würde. Frankreich sei mit seiner despotischen Gewalt über das südliche Deutschland nicht zufrieden, sondern greife Preußen an das Herz; es bedrohe Hessen und Sachsen wider die heiligste seiner Verpflichtungen; es bedrohe das nördliche Deutschland, um Preußen von jeder deutschen „Mitkraft" völlig zu isoliren, um ganz Deutschland in eine französische Provinz zu verwandeln. Napoleon wolle die Deutschen als sklavische Werkzeuge für die Ausbreitung seiner Universalmonarchie brauchen. Er nähere sich der Hauptstadt Preußens, um das Land unter irgend einem Vorwand zu überfallen, um Preußen zum Kriege gegen seinen letzten Freund nöthigen zu können, zu seinem eigenen Verderben. Solle nun Preußen sich isoliren und auch von Sachsen und Hessen trennen lassen? Man dürfe das nicht, ohne dem Untergang entgegenzugehen und den preußischen Ruhm zu brandmarken bei Mit- und Nachwelt. Ein Waffenstillstand für einige Jahre sei noch möglich, wenn Frankreich, indem es sich die Herrschaft über das südliche Deutschland vorbehalte, gleichwohl seine Truppen von da zurückziehe; und dem König von Preußen mit Bestimmung einer neuen Demarkation das Protektorat über das nördliche Deutschland einräume. Dabei könne immer eine stille Rüstung vor sich gehen; man könne sich indeß der Verbindung mit Rußland und anderen Mächten versichern; er nennt Oesterreich, Dänemark, England, selbst Schweden. Vielleicht befinde man sich jetzt in einem für eine erste Campagne nachtheiligen Zustand; aber nur durch ernste kriegerische Maßregeln könne

Heerd und Ehre beschützt werden. Der erste hiezu erforderliche Schritt sei geschehen: bei den ferneren komme es auf die Zeit an, die der schnelle Gegner dazu übrig lasse. Von der allergrößten Wichtigkeit sei es, Sachsen und Hessen festzuhalten. Unabhängig von Haugwitz äußert sich doch Rüchel in dem nämlichen Sinne wie dieser in seinem Gutachten vom 6. Juni; die zu ergreifenden militairischen Maßregeln giebt er noch präciser an. Er hielt eine Annäherung der Truppen an die sächsisch-hessischen Landschaften für rathsam. Auf Sachsen werde ein Vorrücken der schlesischen Truppen wirken, sowie man auch auf die Neigung des Kurfürsten zu Hohenlohe zählen könne. Hessen habe den General Blücher in der Nähe. Den beiden Ländern würde man dadurch Vertrauen einflößen, wenn man die Potsdamer und Berliner Garnison schleunigst vorrücken und zwischen Hannover und Sachsen eine Curtine bilden lasse, vornehmlich aber, wenn der König selbst mitgehe bis auf den Centralpunkt Magdeburg. „Der Charakter unserer Operationen muß ein wirksamer Bewegungskrieg sein: mit Corps zu observiren, en Masse angreifen [1]. Das Glück pretirt sich nur dem Kühnen; sind wir unglücklich, so haben wir doch die Ehre gerettet.“ Mit Recht legte man auf die Verbindung mit Sachsen und Hessen großen Werth. Aus der ältern deutschen Geschichte ist bekannt, wie viel die Erbeinigung der drei Häuser einst zur Beruhigung von Norddeutschland, zur Herstellung des Landfriedens in diesen Regionen, während andre noch von der Privatfehde beunruhigt waren, beigetragen hat. Mit einiger Verwunderung bemerkt man, daß in dem Entwurf, der zur Aufrichtung der norddeutschen Conföderation gemacht wurde, die alte Formel der Erbverbrüderung vom Jahre 1614 zu Grunde gelegt ist; die Worte sind oft die nämlichen; der Zweck freilich ein ganz verschiedener. Die Verbindung, die keine inneren Feinde zu bekämpfen hatte, sollte sich zu einer imposanten Macht consolidiren, um Napoleon Widerstand leisten zu können,

1) Ich verstehe: man soll zunächst mehrere Observationskorps aufstellen; angreifen aber nur in Masse.

im Zusammenhang mit Rußland und England, welche soeben von allen Friedensverhandlnngen mit Napoleon Abstand nahmen.

Allgemein hielt man dafür, daß Haugwitz nicht der Mann sei, um unter seiner Führung den großen Kampf anzutreten. Seine Politik mochte sich in jedem einzelnen Falle entschuldigen lassen; im Ganzen erschien sie als eine wiederholte Tergiversation, die in dem Lande selbst, in dessen Namen sie ausgeübt, sehr widerwärtig empfunden wurde; auch nach dem Wechsel seiner politischen Haltung erwartete man nichts Gutes von ihm, hat man doch selbst noch damals die Meinung gehegt, daß er für Frankreich rüste, nicht gegen Frankreich. Und wenn es auch soweit nicht komme, so fürchtete man, es werde Alles nur wieder zu einem schädlichen Abkommen führen, wie im vorigen Jahre. Die Offiziere, welche eingezogen wurden, kamen nicht ganz gern, weil sich die Rüstung zuletzt als ein Blendwerk ausweisen werde. Selbst die Beamten der militärischen Verwaltung zeigten sich lässig; sie glaubten nicht an den Ernst der Sache. Der schlechte Ruf, welchen Haugwitz sich durch seine widerspruchvolle Haltung zugezogen, machte Jedermann kopfscheu. In dieser Gährung ist es zu einer Demonstration gekommen, die in der preußischen Monarchie bisher unerhört war. Mit dem Minister Stein hatten sich einige der hervorragendsten Persönlichkeiten in Staat und Krieg, Schroetter, Rüchel, Phull schon im April vereinigt. Noch mehr wollte es sagen, daß sich im Laufe des Sommers auch mehrere Mitglieder des königlichen Hauses in dem nämlichen Sinne erklärten: die beiden Brüder des Königs, Prinz Louis Ferdinand und der Fürst von Oranien-Fulda. Sie beschlossen, dem König eine Denkschrift über die Lage der Dinge zu überreichen, bei welcher, wie man weiß, der Geschichtschreiber Johann Müller, der damals in der höheren Gesellschaft viel verkehrte und als ein schriftstellerisches Talent vom ersten Range anerkannt war, die Feder geführt hat. Nach der Betheuerung, der man vollständig Glauben schenken muß, daß nehmlich Nichts anderes sie leite, als die Sorge für die Erhaltung der Würde

und Unabhängigkeit der Monarchie, heben sie besonders hervor, daß das deutsche Reich einem fremden Willen unterworfen worden, seitdem der König seine partikularen Interessen von denen des Reiches getrennt habe. Das von Friedrich dem Großen eingeleitete System der Vereinigung mit dem deutschen Reiche sei dadurch gebrochen; der König genöthigt worden, mehrere seiner treusten Landschaften aufzugeben; die nächsten Verwandten des Königs habe ein Machtstreich ihrer Besitzungen beraubt. Niemand begreife, daß das unüberwundene Heer nicht zur Erhaltung so heiliger Interessen verwendet werde. Heer und Volk seien bereit gewesen, sich dafür aufzuopfern, als durch die Negociation von Haugwitz alle Hoffnung verschwand. Zum zweiten Mal habe man zu einer kostspieligen Rüstung schreiten müssen. Heer und Volk seien nochmals zu allen Anstrengungen erbötig: denn Niemand könne bezweifeln, daß Napoleon Preußen ebenso behandeln wolle, wie andere unter seinem Joch seufzende Staaten.

Der Widerwille gegen die Regierung der Kabinetsräthe, den die erste Denkschrift ausgesprochen, wurde in der zweiten mit verdoppelter Stärke wiederholt. Man erschrecke, wenn man bedenke, die nämlichen Männer könnten auch dies Mal Alles vereiteln. Man habe Ursache — es möge Friede bleiben oder Krieg werden — das Aeußerste zu fürchten. Das Kabinet wird beschuldigt, sich zwischen Volk und König einzudrängen; es mißbrauche die Friedensliebe des Königs; es colludire mit Frankreich und werde selbst den Krieg gegen dasselbe nicht mit dem nöthigen Eifer führen. Sie sprechen mit Bestimmtheit aus: nur durch die Entfernung des Grafen Haugwitz und der beiden Kabinetsräthe könne Zutrauen, Festigkeit und Ruhe zurückkehren.

Unumwunden wurde dergestalt der König zu einer Veränderung in den Personen seiner politischen Rathgeber gedrängt. Es war eine Remonstration, wie sie sonst nur in parlamentarischen Verfassungen oder bei großen Erregungen einer mächtigen Aristokratie vorgekommen ist. König Friedrich Wilhelm III. befand sich eben bei seiner Gemahlin, als ihm durch einen Adjutanten des General=

Lieutenant Rüchel diese Vorstellung überreicht wurde. Er gerieth in eine zornige Aufwallung; er sagte: darin liege Meuterei und revolutionäres Beginnen. Die Königin hat ihren Einfluß nicht verwendet, um den aufflammenden Unmuth ihres Gemahles zu besänftigen; wahrscheinlich theilte sie denselben. Die vornehmen Herren, welche die Eingabe unterzeichnet hatten, wurden zu ihren Regimentern, die auf dem Marsche begriffen waren, verwiesen; der König bezeigte auch den Andern seine Ungnade. Man hatte Haugwitz von ihm entfernen wollen; die Art und Weise, in der dies versucht wurde, bewirkte, daß er, wie die Fürsten pflegen, um so mehr an ihm fest hielt. Und nicht eben ungerechtfertigt war der Unwille Friedrich Wilhelms. Die Herren, welche den Gang seiner Politik tadelten, kannten doch nur die eine Seite der Sache, nicht die andere; sie hatten keine Kunde von der Fühlung, in die der König mit Rußland getreten war. Höchst außerordentlich war doch in der That die damalige Verwaltung der auswärtigen Geschäfte. Sie lag in den Händen zwei mit einander rivalisirender Minister, von denen keiner an der Thätigkeit des andern Theil nahm und nicht einmal genau von derselben unterrichtet war. Die Correspondenz Hardenbergs mit dem König fand nur unter geheimer Vermittlung des Oberpostmeisters statt. Zuweilen sah er auch den König, jedoch nur selten und dann unter Vorkehrungen, welche jeder Vermuthung eines besonderen Vertrauens zuvorkommen sollten. König und Königin hätten Nichts mehr gewünscht, als eine Aussöhnung zwischen den beiden Ministern. Hardenberg aber, der sich von Haugwitz beleidigt fühlte und von ihm betrogen zu sein glaubte, sträubte sich mit Händen und Füßen gegen diese Vereinigung, vielleicht auch deshalb, weil er dann das Vertrauen, das ihm Kaiser Alexander schenkte, verscherzt hätte. Er war mißvergnügt, weil er von der offiziellen Politik ausgeschlossen blieb. An den geheimen Verhandlungen hatte dagegen Haugwitz keinen Antheil, für einen ersten Kabinetsminister eine an sich, wenn wir so sagen dürfen, unerträgliche Lage: aber es scheint kaum, als

habe Haugwitz sie recht erkannt. Das Verhältniß zu Rußland durfte ihm nicht ganz und gar verborgen gehalten werden, weil man fürchtete, er möchte sich zu tief mit Frankreich einlassen. Aus den Mittheilungen, die er durch Goltz erhielt, konnte er wenigstens soviel abnehmen, daß es demnächst zu einem Bruche zwischen Rußland und Frankreich kommen werde, was ihm dann in der antifranzösischen Haltung, die er jetzt eingenommen, einen festen Rückhalt verlieh. Das Sonderbarste ist, daß man in Rußland die Schwankungen der preußischen Politik nicht einmal ungern sah. Denn die Besorgniß regte sich, daß Rußland in seinen polnischen Provinzen von Napoleon angegriffen werden solle. Man hatte nichts dagegen, wenn Preußen den Schein annehme, als müsse es sich wegen der darüber zu erwartenden Verwickelungen gegen Rußland sicher stellen: unter diesem Schein könne der König seine ganze Armee in Kriegsbereitschaft stellen. Die Voraussetzung war dabei immer, daß Preußen in dem entscheidenden Momente sich auf die Seite von Rußland schlagen werde. Man hätte gewünscht, daß Hardenberg die Direktion der Geschäfte ausschließend in seine Hand bekäme. Denn in ihm war das Bewußtsein der europäischen Nothwendigkeiten überwiegend; Haugwitz repräsentirte mehr die Sache des isolirten Staates. Was man auch gegen ihn sagen mag, er wird immer die Ehre haben, selbst noch vor der Nichtratifikation des Oubrilschen Vertrags eine Stellung gegen Napoleon genommen zu haben; er hat behauptet, seine Absicht bei dem Vertrag vom 15. Februar sei dahin gegangen, was auch der Inhalt seiner Briefe aus Paris wahrscheinlich macht.

Zwanzigstes Capitel.

Kriegerische Entschließungen.

Die Frage ließe sich wohl aufwerfen, ob es nicht auch ein allgemeines Interesse in sich schloß, der isolirten Stellung von Preußen nochmals Raum zu verschaffen. Seit dem Emporkommen der revolutionären Macht standen in Europa zwei Principien einander gegenüber, das eine der Streitkräfte des revolutionirten Frankreichs, die, jetzt in der Hand eines kriegsgewaltigen Eroberers vereinigt, doch auch wieder den Ideen von 1789 Bahn machten; und das Princip der europäischen Staaten, in denen eine legitime Gewalt bestand, auf den Grund der alten historischen Entwickelung, durch welche der sociale Zustand, wie er sich im Laufe der Zeit gebildet hatte, aufrecht gehalten wurde. Dieser Widerstreit der legitimen Gewalten und der revolutionären Monarchie drohte noch einmal einen großen Kampf hervorzurufen, der, wenn er auch zum Vortheil der legitimen Gewalt ausfiel, den Gegensatz der Ideen nicht aufhob. Den revolutionären und usurpatorischen Tendenzen, welche in jenem Augenblick die Oberhand hatten, konnte dann möglicherweise die Herrschaft der legitimen und conservativen Ideen folgen, wie sie denn in dem Zeitalter der Restauration wirklich eingetreten ist. Der Historiker kann nach der Hand wohl fragen, ob das so durchaus wünschenswerth war. Bisher hatte Preußen den Kampf in dieser Ausdehnung unmöglich gemacht. Die Aufstellung des preußischen Staates in der Mitte der großen Mächte, immer mit dem Gedanken der Vermittelung zwischen ihnen,

war dazu bestimmt, einen unmittelbaren Conflikt zu vermeiden. Unter diesem Gesichtspunkt darf man die preußische Politik in den letzten Jahren des 18. und den ersten des 19. Jahrhunderts nicht geradezu verdammen. Es ließ sich nur bezweifeln, ob Preußen stark genug sei, das System, das es ergriffen hatte, zu behaupten. Der Gedanke der Neutralität war in einem Augenblick gefaßt worden, in welchem man zu schwach war, die Waffen zu führen, ohne sich selbst zu verderben. Er war aber zugleich mit dem Vorhaben verknüpft, das Verhältniß des preußischen Staates zu Deutschland weiter zu entwickeln und die Organisation des deutschen Reiches zu einem Bollwerk gegen die Uebergriffe Frankreichs zu machen. Das geschah in stetem Antagonismus zu Oesterreich; aber das Bestehen Oesterreichs als einer selbständigen und hinreichend starken europäischen Macht gehörte doch wieder dazu, um die Stellung von Preußen haltbar zu machen. Ein Gefühl von dieser Zusammengehörigkeit hatte man gehabt, als man den Vertrag vom 3. November schloß. Aber in dem Zeitpunkt, in welchem dies geschah, war es schon zu spät, der Strömung der Ereignisse Einhalt zu thun. Oesterreich wurde niedergeworfen und war zu politischer Ohnmacht verdammt und Deutschland der französischen Herrschaft in Form eines Bundes unterworfen. Konnte nun aber Preußen dem veränderten Zustande von Deutschland gegenüber die Rolle behaupten, welche ihm zukam? Augenscheinlich war dies nur dann möglich, wenn man dagegen die Verbindung mit England und Rußland verstärkte. Der größte politische Fehler von Haugwitz lag eben darin, daß er das Ziel in einer Verbindung mit Frankreich zu erreichen meinte. In Kurzem mußte er erleben, daß eben die Concessionen, zu denen sich Frankreich entschlossen hatte, von demselben doch für nicht verbindlich erklärt wurden. Die Abtretung, welche dem preußischen Staate eine selbständige territoriale Macht verschaffen sollte, wurde nicht mehr als vollgültig anerkannt; das deutsche Reich, an welchem dem preußischen Staate ein so großer Antheil zukam, für aufgelöst erklärt. In Folge des Rheinbundes breitete sich das revo-

lutionäre Imperium in den oberen Reichskreisen in unwiderstehlichem Fortschritt aus; eine entgegengesetzte Conföderation, welche die Einheit von Norddeutschland auf den Grund uralter Verbindungen behaupten sollte, wurde absichtlich gehemmt und verhindert. Die Politik Friedrich Wilhelms III., die dies Alles ohne Widerstand geschehen ließ, würde unverständlich sein, wenn man nicht wüßte, daß er im Angesichte des Fortschrittes der seinem Staate feindseligen Elemente die Verbindung mit Rußland erneuerte und befestigte.

Eben, indem man eine entschiedene Haltung gegen Frankreich annahm, wurden die letzten Schwierigkeiten gehoben, welche sich der Auswechselung der Deklarationen, über die man so lange verhandelte, entgegengestellt hatten. Am 29. August traf die definitiv beistimmende Erklärung des Königs bei Hardenberg ein, worauf dann Alopaeus nach Tempelberg kam und die Deklaration übergab. Die Sache war schon durch Czartoryski eingeleitet, wurde aber unter dessen Nachfolger Budberg zu Stande gebracht. Wenn man die Daten vergleicht, so sieht man, daß die Remonstration der Prinzen, deren wir gedachten, eben in dieselbe Zeit fällt, in welcher diese Deklaration ausgewechselt wurde. Darin liegt doch, daß der König keineswegs so ganz in den Händen des Grafen Haugwitz und der angeschuldigten Kabinetsräthe war, als deren Gegner voraussetzten; für den Fall eines Bruches mit Napoleon hatte er sich eines Rückhaltes versichert. Eine unmittelbare Entlassung von Haugwitz würde zwar das Vertrauen Rußlands befestigt, aber auch das persönliche Ansehen des Königs tief erschüttert und auf Napoleon nicht die mindeste Wirkung hervorgebracht haben: denn dessen Aufmerksamkeit war vornehmlich auf Rußland gerichtet. Er zweifelte nicht, daß zwischen den preußischen Rüstungen und der russischen Politik ein innerer Zusammenhang bestehe.

Von nicht geringer Wichtigkeit für das Verhältniß wurde von Neuem die orientalische Frage. Die Osmanen hatten sich durch einen Vertrag von 1802 verpflichtet, die Hospodare der Moldau und der

Walachei, Ypsilanti und Murusi, die als Anhänger Rußlands galten, sieben Jahre in ihren Stellen zu lassen, vorausgesetzt, daß ihnen keine schweren Vergehungen nachgewiesen würden, und auch in diesem Falle vorher mit Rußland[1]) Rücksprache zu nehmen. Der französische Gesandte, General Sebastiani bemühte sich, den Sultan Selim dennoch zur Entfernung dieser Hospodare und zur Ersetzung derselben durch Anhänger des französischen Systems zu vermögen. Auch hiebei spielte der Oubrilsche Vertrag eine Rolle. Die Besorgniß, daß er nicht ratificirt werden möchte, veranlaßte die Franzosen, noch ehe dies geschehen war, eine Gegenwirkung in Constantinopel zu versuchen[2]). Dem Eifer und der Geschicklichkeit Sebastiani's gelang es in der That, den Sultan persönlich zur Absetzung der beiden Hospodare zu überreden, obwohl darin eine Contravention gegen den Vertrag mit Rußland lag: denn noch waren die Hospodare erst drei Jahre im Amte. Unmöglich konnte Rußland das ruhig hinnehmen. Da die Türken sich so entschieden auf die Seite der Franzosen warfen, die eben damals Dalmatien inne hatten, so war die Stellung von Rußland im südöstlichen Europa überhaupt bedroht. Kaiser Alexander entschloß sich zu einem Angriff auf die Türkei. Einer der oben angeführten Artikel der zwischen Preußen und Rußland gewechselten Deklarationen war sehr ausdrücklich auf diesen Fall berechnet. Es bildete sich nun, man möchte sagen, eine gleichsam ideale Parteiung in Europa: denn ausgesprochen war sie noch nicht, — auf der einen Seite die Türkei und Frankreich in seiner damaligen großartigen Weltstellung, auf der anderen Seite England, das eben damals zu seiner alten Politik auf das Entschiedenste zurückkehrte, und Rußland. Wäre nun nicht die Zeit dagewesen, um die Coalition von

1) Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches VII. S. 403.

2) Für den Fall der Ratifikationen scheint sich Sebastiani eine anderweite Regelung dieses Verhältnisses vorbehalten zu haben. Il serait toujours temps, si l'empereur Alexandre sanctionnait l'oeuvre de son négociateur, de revenir sur des prétentions que ne comporteraient plus les relations pacifiques de son gouvernement avec celui de Russie. Lefebvre, Hist. pol. de l'Europe III, 17.

1805 zu erneuern, da Preußen sich sehr dahin neigte, seiner früheren Verbindlichkeit nachzukommen, und Stellung gegen Frankreich nahm? Kein Zweifel kann darüber obwalten, daß der König von Preußen mit Oesterreich in Allianz zu treten wünschte. Und an sich wäre Oesterreich nicht abgeneigt gewesen, diesen Wunsch zu erfüllen: Haugwitz meinte, des Beistandes von Oesterreich sicher zu sein. Doch setzte sich dem eine Schwierigkeit entgegen, die in den allgemeinen Angelegenheiten lag: die orientalischen Verhältnisse, welche die occidentalischen immer durchsetzt hatten, wirkten auf Oesterreich ganz anders, als auf Rußland. Oesterreich kam auf den Grundsatz zurück, den es auch in den Zeiten der engsten Verbindung mit Rußland nicht aus den Augen verloren hat: es wollte die Russen nicht an der mittleren und niederen Donau zur Herrschaft gelangen lassen. Die Engländer haben zwischen ihnen zu vermitteln gesucht: denn ihr Zweck war die Wiederbelebung der Coalition, aber sie konnten die Schwierigkeit nicht überwinden. Es stellte sich heraus, daß Oesterreich in diesem Moment doch mehr zu dem französisch-türkischen System hinneigte, als zu dem russisch-englischen, während Preußen zwar nicht an England, aber an Rußland Anlehnung suchte und fand. Preußen seinerseits schien auch der hannoverschen Irrung wegen auf keine Verbindung mit England hoffen zu dürfen. Es traf ganz zur Sache, wenn der englische Gesandte in Wien, Adair, ein vertrauter Freund von Fox, insgeheim dem Minister Hardenberg die Eröffnung machen ließ: in dem Falle, daß die preußische Rüstung nicht zu Gunsten Frankreichs abziele, — was man noch allgemein für möglich hielt — sei England zu Anerbietungen bereit, die mit dem preußischen Interesse übereinstimmen würden. Aber schon sprach sich Haugwitz ohnehin so antifranzösisch als möglich aus; zu den Franzosen äußerte er wohl: er sei dazu von der Gegenpartei gezwungen; er selber suche noch Alles zu mäßigen; und wolle man, soll er gesagt haben, daß ihm der Kopf abgeschnitten werde. Dem König hat er ein Gutachten eingereicht, aus welchem man ersieht, daß die in Volk und Armee vorwaltende Stimmung gegen Frankreich zugleich

seiner eigenen Gesinnung entsprach; es ist vom 16. September 1806. Haugwitz betont darin mit einer Art von Stolz, daß der König jetzt 180,000 Mann um sich habe, die vortrefflichsten Truppen, welche vor Eifer brennen, die nationale Ehre zu rächen und für die gerechteste aller Sachen zu kämpfen, bis auf den letzten Soldaten überzeugt, daß nur mit den Waffen die Unabhängigkeit des Landes behauptet und für die Zukunft eine ehrenvolle und ruhige Existenz gesichert werden könne. In der Nation sei das Gefühl allgemein, daß man dem Strome, der Alles was ihr lieb und werth, zu zerstören drohe, einen Damm entgegensetzen müsse; sie halte es für ihre Pflicht, sich dafür aufzuopfern. Die Meinungen seien jetzt hierüber einhelliger, als im vorigen Jahre. Preußen habe bei diesem Unternehmen alle die, in welchen ein Gefühl für Unabhängigkeit und ein Widerwille gegen die Ungerechtigkeiten Napoleons lebe, auf seiner Seite, in Frankreich selbst, Holland, Italien. Der Hülfe von Rußland sei man sicher, und selbst des Beistandes von Oesterreich, insofern man dieser Macht durch energische Maßregeln Vertrauen einflöße. Die Meinung war hienach eigentlich nicht, sich der Coalition anzuschließen, sondern sie ging vielmehr dahin, den preußischen Staat als das Centrum des Widerstandes gegen Napoleon aufzustellen. Haugwitz sagte: Preußen werde das Oberhaupt und der Mittelpunkt aller Völker sein, welche von dem bereits auf ihnen lastenden Joche sich befreien wollen, oder fürchten, der allgemeinen Domination unterworfen zu werden. Von Oesterreich und Rußland habe man die Zusicherung, daß sie Preußen eben so gewiß Hülfe leisten werden, als sie von ihm solche erwarten können. Gegen England habe man alle mögliche Rücksicht beobachtet.

Augenscheinlich ist, daß Haugwitz diese Verhältnisse günstiger auffaßte, als sie standen. Noch war ein eigentliches Verständniß mit keiner der großen Mächte erreicht. Mit Rußland war noch keine Verabredung für den Krieg getroffen; von Oesterreich hatte man nur allgemeine Zusagen; mit England waren die Verhältnisse noch immer gespannt. Ganz im Irrthum war er jedoch dabei nicht.

Und außer Zweifel ist, daß ein weiteres Zusammengehen mit Frankreich unmöglich war. Haugwitz meint: wenn gleich die französischen Truppen jetzt über den Rhein zurückgingen, so würden sie doch wiederkommen, sobald Preußen entwaffnet habe. Die Erfahrung zeige, was man von einer besonderen Abkunft mit Frankreich zu erwarten habe. Haugwitz selbst sagte jetzt: man dürfe die Sache von Preußen nicht mehr von der Sache Oesterreichs und Rußlands trennen. Wenn man das thue, so werde man sich der Rache Napoleons allein aussetzen, der dem König von Preußen seine Haltung im vorigen Jahre noch nicht vergeben habe; selbst die Unterhandlungen, auf die Frankreich etwa eingehen möchte, würden einen für den preußischen Staat unerträglichen Zustand der Unentschiedenheit herbeiführen. Dieser würde dabei seine Mittel erschöpfen, was Napoleon wahrscheinlich wünsche. Nicht eigentlich den Krieg anzukündigen hielt er für rathsam. Aber unerläßlich erschien es ihm, einige Punkte als Präliminarien einer gemeinsamen Unterhandlung aufzustellen, deren Verwerfung unmittelbar die Eröffnung kriegerischer Operationen herbeiführen würde. Er macht folgende namhaft: unverzügliche Evakuation Deutschlands durch die französischen Truppen, so daß die preußischen Raum haben würden, sich weiter auszubreiten; das förmliche Versprechen der Franzosen, der Bildung des norddeutschen Bundes keine Hindernisse in den Weg zu legen; der Bund solle alle deutschen Staaten ohne Ausnahme begreifen, die nicht in der Fundamental-Akte des Rheinbundes genannt seien; endlich Beistimmung zur Eröffnung von Negotiationen, durch welche der Frieden des Kontinents hergestellt und gesichert werden sollte. Aus den einlaufenden Berichten nehme man ab, wie sehr Napoleon sich gegen eine definitive Erklärung sträuben werde; man sehe seine Truppen immer weitere Quartiere einnehmen und die Nachbarn bedrohen. Aus diesem Grunde schlägt Haugwitz vor, dem französischen Kaiser einen Termin zu setzen, bis zu welchem seine Erklärung mit Bestimmtheit erwartet werde.

Auf Friedrich Wilhelm III. nun machten diese Rathschläge, die etwas Großartiges haben und das preußische Ansehen höher zu

heben hoffen ließen, als es jemals gestanden, den größten Eindruck. Den folgenden Tag hatte Hardenberg, der dieselben noch nicht kannte, eine Audienz bei dem König. In dem Gespräch, das sich dabei entspann, wollte der König nicht zugeben, daß seine Lage gefährdeter sei, als im Jahre 1805: Oesterreich sei bereit beizutreten, nur scheine es den ersten Erfolg abwarten zu wollen; auf Rußland könne man rechnen; mit England werde man sich auch einverstehen. Auf die Erinnerung Hardenbergs, daß Haugwitz über die geheimen Verhandlungen mit Rußland und die Eröffnungen Adairs unterrichtet werden müsse, ging der König nicht weiter ein; er wünschte die Mittheilungen Hardenbergs auf dem bisherigen Wege, das Uebrige werde er schon selbst besorgen. Wahrscheinlich hatte er das bereits gethan, so weit es ihm nöthig schien.

Hardenberg war dadurch verstimmt, daß ihm keine näheren Mittheilungen gemacht; sein Rath in den allgemeinen Angelegenheiten auch diesmal nicht gefordert wurde. Aber die Haltung des Königs erfüllte ihn mit hoher Anerkennung, und er suchte ihn in derselben zu bestärken [1]); er sagte ihm: besser sei es mit Ehren zu unterliegen, als Schande und Abhängigkeit zu dulden. Wenn der König im Verlaufe des Gespräches doch auch wieder bemerken ließ, daß er die Gefahr seiner Lage wohl fühle, so erwiderte Hardenberg: die Gefahr sei doch nicht absolut; Kraft werde Kräfte wecken; er müsse handeln und von dem guten Geiste, der allenthalben herrsche, Vortheil ziehen [2]).

Die Stellung, die man nahm, ist von großer innerer Bedeutung. Dem revolutionären Kaiserthum sollte in Deutschland eine Schranke gezogen werden, und zwar durch die eigensten preußischen Interessen unter der Sympathie von Europa. Eine Coalition war nicht geschlossen. Preußen unternahm es, dem ge=

1) Die Unterredung ist in dem Journal mit einigen Abweichungen von den Memoiren erzählt; das erstere hat den Vorzug, daß es unmittelbar niedergeschrieben ist.

2) Je répondis: Kraft werde Kräfte wecken, qu'il ne s'agissait que d'agir et de tirer parti du bon esprit qui régnait partout. So im Journal.

waltigen Heer, das den größten Theil des Continents beherrschte, und das Rußland und Oesterreich besiegt hatte, allein entgegenzutreten, einmal zur Vertheidigung seiner eignen Gebiete, sodann für die Unabhängigkeit von Deutschland, endlich zur Wahrung des allgemeinen Gleichgewichts der Staaten überhaupt. Wohl fühlte man, daß man einem bei weitem überlegenen Feinde entgegen ging; aber man meinte, mit einer Armee von 180,000 Mann eine feste Position nehmen und in derselben die Entschlüsse des Feindes erwarten zu können.

Wenn das Friedericianische Heer, das noch seinen alten Ruhm behauptete, sich der Napoleonischen Macht in den Weg stellte, so wagte man voraus zu setzen, daß der große Gewalthaber auf Unterhandlungen eingehen und sich bequemen werde, die Bedingungen eines haltbaren Zustandes anzunehmen.



